

# Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien  
11

# Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit

Herausgegeben von  
Helmut G. Koenigsberger  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

## Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Horst Fuhrmann  
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,  
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Helmut G. Koenigsberger (London) war – zusammen mit Professor Dr. Eberhard Kolb (Köln) und Professor Dr. Winfried Schulze (Bochum) – Stipendiat des Historischen Kollegs im fünften Kollegjahr (1984/85). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Helmut G. Koenigsberger aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Republiken und Republikanismus in der frühen Neuzeit in Europa“ („Republics and Republicanism in early modern Europe“) vom 6. bis 9. Mai 1985 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

### *CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit** / hrsg. von Helmut G. Koenigsberger. Unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München: Oldenbourg, 1988  
(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 11)  
ISBN 3-486-54341-5

NE: Koenigsberger, Helmut G. [Hrsg.]; Historisches Kolleg  
(München): Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54341-5

*Für Peg Jacob und Phyllis Mack*



# Inhalt

Zur Einführung	
<i>Helmut G. Koenigsberger</i> .....	IX
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	XI
 <i>Wilfried Nippel</i>	
Bürgerideal und Oligarchie. „Klassischer Republikanismus“ aus althistorischer Sicht .....	1
 <i>Giovanni Cipriani</i>	
Republican Ideology and Humanistic Tradition: the Florentine Example .....	19
 <i>Sergio Bertelli</i>	
Elites et pouvoir dans la ville-état de la Renaissance .....	27
 <i>Gaetano Cozzi</i>	
Venedig, eine Fürstenrepublik? .....	41
 <i>Peter Blickle</i>	
Kommunalismus und Republikanismus in Oberdeutschland .....	57
 <i>Robert Oresko</i>	
The Question of the Sovereignty of Geneva after the Treaty of Cateau-Cambrésis .....	77
 <i>Heinz Schilling</i>	
Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus“? Zur politischen Kultur des alteuropäischen Stadtbürgertums .....	101
 <i>Wim P. Blockmans</i>	
Alternatives to Monarchical Centralisation: The Great Tradition of Revolt in Flanders and Brabant .....	145
 <i>Guy Wells</i>	
Emergence and Evanescence: Republicanism and the <i>Res Publica</i> at Antwerp before the Revolt of the Netherlands .....	155

*Nicolette Mout*

Ideales Muster oder erfundene Eigenart. Republikanische Theorien während  
des niederländischen Aufstands ..... 169

*Hans W. Blom*

Virtue and Republicanism. Spinoza's political philosophy in the context of the  
Dutch Republic ..... 195

*Ian Roy*

The English Republic, 1649–1660: the View from the Town Hall ..... 213

*Thomas Fröschl*

Selbstdarstellung und Staatssymbolik in den europäischen Republiken der frü-  
hen Neuzeit an Beispielen der Architektur und bildenden Kunst ..... 239

*Nils Runeby*

Notizen über eine verhinderte Republik ..... 273

*Helmut G. Koenigsberger*

Schlußbetrachtung: Republiken und Republikanismus im Europa der frühen  
Neuzeit aus historischer Sicht ..... 285

Register ..... 303

## Zur Einführung

Es gibt viele moderne Studien über einzelne Republiken im Europa der frühen Neuzeit, weniger über den Republikanismus als politische Theorie und fast gar keine über Republiken und Republikanismus als ein beinahe in ganz Europa aufscheinendes Phänomen. Wir wissen wenig Systematisches über die Beziehungen der Republiken und Quasirepubliken und deren Ideologie zu den Monarchien und dem zeitgenössischen Monarchismus. Und obwohl einerseits die Ursprünge von Republiken und Republikanismus im Altertum und andererseits ihre Entwicklung zur vorherrschenden Staatsform und Staatsideologie des modernen Europa, ja der ganzen modernen Welt, augenfällig sind, so gibt es auch zu diesem Thema recht wenig systematische Forschung. Der vorliegende Band kann nicht vorgeben, diese Lücke zu füllen. Aber ich hoffe, daß er die Problemstellung etwas klären wird, die Weitläufigkeit, Vielschichtigkeit und historische Zentralität des Themas dem Leser vor Augen führen und vielleicht andere Historiker anleiten wird, dem Thema weitere Aufmerksamkeit zu widmen. Mein eigenes Interesse erwuchs aus dem Thema, für das ich die Ehre hatte, vom Historischen Kolleg in München für das Jahr 1984/85 als Stipendiat gewählt zu werden: Die Generalstaaten der Niederlande im 15. und 16. Jahrhundert. Wie oft bei einem solchen Symposium waren die Diskussionen so anregend wie die Vorträge. Es ist aber auch immer schwer, Substanz und Ton solcher Diskussionen im Druck zu fassen. Daher habe ich sowohl auf ihre wörtliche Wiedergabe wie auch auf ihre Zusammenfassung verzichtet, aber einige, mir besonders wichtig erscheinende Argumente in meiner Schlußbetrachtung verarbeitet. Ich danke den Teilnehmern des Symposiums für ihre freundliche und gelehrte Mitarbeit.

Für die ausgezeichnete Organisation und die großzügige finanzielle und räumliche Gastlichkeit, ohne die dieses Symposium nicht hätte stattfinden können, danke ich der Stiftung Historisches Kolleg, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und den Personen, auf die die eigentliche organisatorische Arbeit gefallen ist: Herrn Georg Kalmer, Frau Elsa Lang, Herrn Götz-Erik Flohr und besonders Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner, der Mitherausgeberin dieses Bandes.

Helmut G. Koenigsberger  
London, Januar 1987

## Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Peter Baumgart, Würzburg  
Prof. Dr. Sergio Bertelli, Florenz  
Prof. Dr. Peter Blickle, Bern  
Prof. Dr. Wim Blockmans, Rotterdam  
Prof. Dr. Hans W. Blom, Rotterdam  
Prof. Dr. Karl Bosl, München  
Prof. Dr. Giovanni Cipriani, Florenz  
Götz-Erik Flohr, München (Historisches Kolleg)  
Dr. Thomas Fröschl, Wien  
Dr. Kaspar von Greyerz, London  
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)  
Dr. Dorothy Koenigsberger, Hatfield/England  
Prof. Dr. Helmut G. Koenigsberger, London (Stipendiat des Historischen Kollegs 1984/85)  
Dr. Eric Kouri, München  
Prof. Dr. Karl Möckl, Bamberg  
Prof. Dr. Nicolette Mout, Leiden  
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)  
Prof. Dr. Wilfried Nippel, Bielefeld  
Brigitta Oestreich, Kochel am See  
Robert Oresko, London  
Prof. Dr. Rainer Postel, Hamburg  
Prof. Dr. Volker Press, Tübingen  
Dr. Ian Roy, London  
Prof. Dr. Nils Runeby, Stockholm  
Prof. Dr. Heinz Schilling, Giessen  
Dr. Georg Schmidt, Giessen  
Prof. Dr. Winfried Schulze, Bochum (Stipendiat des Historischen Kollegs 1984/85)  
Prof. Dr. Eberhard Weis, München  
Dr. Guy Wells, Wellington/Ohio  
Dr. Joachim Whaley, Cambridge/England

Wilfried Nippel

Bürgerideal und Oligarchie.  
„Klassischer Republikanismus“  
aus althistorischer Sicht

Jeder Versuch, einen Beitrag über die antiken Grundlagen des frühmodernen Republikanismus zu liefern, sieht sich mit einer doppelten Problematik konfrontiert. Zum einen ist zweifelhaft, ob man sinnvollerweise von einem antiken Republikanismus sprechen kann oder ob nicht diese Kategorie für die Antike selbst kaum Erklärungs- und Trennschärfe beanspruchen kann. Denn schließlich ist fast die gesamte antike politische Theorie auf die Polis, den republikanischen Stadtstaat, als die einzig denkbare Form politischer Vergesellschaftung des Menschen auch dann noch fixiert geblieben, als diese schon längst in großen Reichsbildungen aufgegangen war. Es genügt, daran zu erinnern, daß Aristoteles in seiner politischen Theorie den Aufstieg Makedoniens mit seinen Folgen für die Welt der Poleis ignoriert hat, oder daran, daß auch das römische Kaiserreich zu seiner Legitimierung einer republikanischen Fassade bedurfte.

Wenn man zum anderen antiken Republikanismus retrospektiv als den Bestandteil antiker politischer Theorie und Praxis, der wesentlich zur Formierung des modernen Republikanismus beigetragen hat, definieren könnte, dann stellt sich hier die Schwierigkeit, daß es bisher noch keinen Konsens darüber gibt, was dieses Konzept ausmacht bzw. ob man es hier überhaupt mit einem einheitlichen Phänomen zu tun hat.

Angesichts dieses Sachverhalts scheint mir das sinnvollste Vorgehen zu sein, von der Diskussion über die Entstehung republikanischer Theorie im Florenz der Renaissance (und ihre weitere Wirkung in der politischen Ideengeschichte der Neuzeit) auszugehen, die unter den Schlagwörtern *civic humanism* und *classical republicanism* die internationale Forschung in den letzten drei Jahrzehnten entscheidend geprägt hat. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen die Werke von Hans Baron<sup>1</sup> und John G. A. Pocock<sup>2</sup>, die von der Renaissance des Ideals des politisch aktiven und verantwortli-

<sup>1</sup> The Crisis of the Early Italian Renaissance. Civic Humanism and Republican Liberty in an Age of Classicism and Tyranny (Princeton 1955, <sup>2</sup>1966). – Die Kategorie des Bürgerhumanismus findet sich schon bei Hans Baron (Hrsg.), Leonardo Bruni Aretino. Humanistisch-philosophische Schriften (Berlin 1928) XI ff. Vgl. zu Biographie und Werk Barons den Essay von Wallace K. Ferguson, The Interpretation of Italian Humanism: the Contribution of Hans Baron, in: Journal of the History of Ideas 19 (1958) 14–25.

<sup>2</sup> The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition (Princeton 1975).

chen, seinem Gemeinwesen auch als Soldat dienenden Bürgers handeln. Baron hatte die Wiederbelebung des antiken Bürgerideals in Florenz exakt auf die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert datiert und aus der Konstellation des Abwehrkampfes der Stadtrepublik gegen die Bedrohung ihrer Unabhängigkeit durch Giangaleazzo Visconti von Mailand erklärt<sup>3</sup>; Pocock ging es um die Aufdeckung eines Traditionsstrangs politischen Denkens, der vom Bürgerhumanismus der Florentiner Denker über die politische Diskussion in England seit der Mitte des 17. Jahrhunderts (durch die Vermittlung über Harrington und die späteren Neo-Harringtonians) auch zu einem wesentlichen Bestandteil der amerikanischen politischen Ideologie geworden ist<sup>4</sup>.

Wenn man eine umfangreiche und thematisch komplexe Diskussion über diese beiden – nach Gegenstand, Erkenntnisziel, Methode und Darstellungsweise recht unterschiedlichen – Werke stark vereinfacht, dann läßt sich sagen, daß ein wesentliches Element der Kritik in beiden Fällen Zweifel daran waren, ob man die Hervorhebung des Bürgerideals ausschließlich mit einem im 15. Jahrhundert erfolgten unmittelbaren Rückgriff auf die Antike erklären könne und solle oder ob damit nicht näherliegende Voraussetzungen und Bedingungen der Entfaltung eines Bürgerhumanismus in verschiedenen institutionellen wie ideologischen Traditionen seit dem 12. Jahrhundert (kommunale Selbstregierung, Rezeption des Römischen Rechts, Aristoteles-Rezeption, Tradition der Rhetorik-Ausbildung) zu wenig Berücksichtigung fänden<sup>5</sup>. So ist gegen Baron vorgebracht worden, daß der Bürgerhumanismus eher als eine Neuformulierung von Bürgerrechten und Bürgerpflichten gelten müsse, die in der – vom Römischen Recht geprägten – Tradition kommunaler Selbstregierung bereits vorgegeben

<sup>3</sup> Die Diskussion hat sich besonders auf die von *Baron* zugrunde gelegte Neudatierung der einschlägigen politischen Schriften dieser Zeit konzentriert (ausführlich begründet in: Humanistic and Political Literature in Florence and Venice at the Beginning of the Quattrocento, [Cambridge/Mass. 1955], die nicht unwidersprochen geblieben ist [siehe schon die Rezension von *Michael Seidlmayer*, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen 210 [1956] 35–63]) und ferner auf den Charakter und die Aussagefähigkeit der von Baron benutzten Literatur (vgl. u.a. *J. E. Seigel*, „Civic Humanism“ or Ciceronian Rhetoric? in: Past & Present 34 [1966] 3–48 sowie die Replik *Barons*, Leonardo Bruni: „Professional Rhetorician“ or „Civic Humanist“?, in: ebd., 36 [1967] 21–37). Die Staatsbriefe sowie die *Consulte e Pratiche* sind nach Meinung von Kritikern besser geeignet, die politische Vorstellungswelt der florentinischen Elite erkennen zu lassen; so vor allem *Peter Herde*, Politik und Rhetorik in Florenz am Vorabend der Renaissance, in: Archiv für Kulturgeschichte 47 (1965) 147–220; *ders.*, Politische Verhaltensweisen der Florentiner Oligarchie, 1382–1402, in: Geschichte und Verfassungsgefüge. Frankfurter Festgabe für Walter Schlesinger (Wiesbaden 1973) 156–249 oder jüngst *Gene Brucker*, Humanism, Politics and the Social Order in Early Renaissance Florence, in: Florence and Venice. Comparisons and Relations. Acts of Two Conferences at Villa I Tatti in 1976–1977 organized by S. Bertelli, N. Rubinstein, C. H. Smyth (Florenz 1980) I, 3–11.

<sup>4</sup> Die Rolle Harringtons (und seiner Adepten) als Vermittler zwischen der florentinischen und der anglo-amerikanischen Theorie hat in der Diskussion bisher die meiste Beachtung gefunden. Eine Bibliographie der Arbeiten Pococks und der Sekundärliteratur dazu findet sich bei *Iain Hampsher-Monk*, Political Languages in Time: The Work of J. G. A. Pocock, in: British Journal of Political Science 14 (1984) 89–116.

<sup>5</sup> Siehe jetzt die zusammenfassende und weiterführende Diskussion bei *Quentin Skinner*, The Foundations of Modern Political Thought I (Cambridge 1978) 72 ff. et passim.

gewesen seien<sup>6</sup>. Gegen Pocock hat die Kritik eingewendet, daß er fast ausschließlich ein aus Aristoteles abgeleitetes partizipatorisches Bürgerideal betone, dem gemäß Freiheit und Tugend des Bürgers sich erst in der Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß realisieren, und darüber die Bedeutung eines von der römischen Tradition geprägten Bürgerkonzepts ignoriere, das vorrangig den Schutz individueller Rechte, Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit vor dem Gesetz meint<sup>7</sup>. Pocock hat auf Kritik dieser Art jüngst zum einen erwidert, ihm sei es allein auf die diachrone Rekonstruktion eines bestimmten Traditionsstrangs angekommen, und zum anderen hervorgehoben, daß es sich bei beiden – von der Antike bis in das 18. Jahrhundert – um zwei voneinander unabhängige Traditionen der Konzeptualisierung von Bürgerrecht und Bürgerfreiheit gehandelt habe, die sich nur selten berührt und kaum überlagert hätten<sup>8</sup>.

Im folgenden sollen zunächst das Verhältnis von Partizipation und Rechtsschutz in den antiken Bürgervorstellungen diskutiert werden, ferner der Zusammenhang zwischen politischem Bürgerkonzept und Mischverfassungstheorie untersucht werden, den vor allem Pocock betont hat; schließlich sollen aus der historischen Analyse der antiken Phänomene in hypothetischer Form einige Fragen und Vermutungen abgeleitet werden, die für die Untersuchung der entsprechenden Sachverhalte in der Renaissance von Bedeutung sein könnten.

Erhebliche Unterschiede zwischen der Bürgerkonzeption der athenischen Demokratie und derjenigen der römischen Republik (und mehr noch natürlich des römischen Kaiserreiches) sind evident. Sie entsprechen auch – grob gesagt – weitgehend einer Differenzierung zwischen einer die politische Partizipation in den Vordergrund stellenden und einer die individuelle Schutzfunktion betonenden Konzeption<sup>9</sup>. Der Unterschied schlägt sich in verschiedenen institutionellen Regelungen nieder, namentlich bei der Verleihung des Bürgerrechts. Das Rechtsinstitut der *civitas sine suffragio* ist sinnfälliger Ausdruck dafür, daß in Rom im Extremfall die politische Komponente des Bürgerrechts ganz wegfallen konnte; in der athenischen Demokratie hat man dagegen jede Einschränkung qualifizierter politischer Rechte auf einen engeren Kreis von Bürgern als Anschlag auf den Bürgerstatus der übrigen betrachtet<sup>10</sup>. Die Unterschiede in der Gewichtung der politischen und der privatrechtlichen Komponente des Bürgerrechts liegen somit auf der Hand. Gleichwohl hat man in beiden Fäl-

<sup>6</sup> Siehe vor allem *Peter Riesenberger*, *Civism and Roman Law in Fourteenth-Century Italian Society*, in: *D. Herlihy et al.* (Hrsg.), *Economy, Society and Government in Medieval Italy* (Ohio 1969) 237–254.

<sup>7</sup> Siehe besonders *J. H. Hexter*, *Rez. Pocock*, *Mach. Moment*, in: *History & Theory* 16 (1977) [306–337], 329 ff.; *John H. Geerken*, *Pocock and Machiavelli*, in: *Journal of the History of Philosophy* 17 (1979) 309–318.

<sup>8</sup> *Reconstructing the Traditions: Quentin Skinner's Historians' History of Political Thought*, in: *Canadian Journal of Political and Social Theory* 3 (1979) 95–112; *Virtues, Right and Manners*, in: *Political Theory* 9 (1981) 353–368; *The Machiavellian Moment Revisited*, in: *Journal of Modern History* 53 (1981) [49–72], 53 f.

<sup>9</sup> *Philippe Gautbier*, „Générosité“ romaine et „avarice“ grecque: sur l'octroi du droit de cité, in: *Mélanges d'Histoire Ancienne offerts à William Seston* (Paris 1974) 207–215.

<sup>10</sup> S. unten bei A. 36.

len ein gewisses Komplementärverhältnis zwischen diesen beiden Elementen gesehen.

Zum Selbstverständnis der athenischen Demokratie gehört nicht nur, daß jeder Bürger als berechtigt und befähigt (und in gewissem Sinne auch verpflichtet) gilt, an den politischen Entscheidungen mitzuwirken, sondern genauso auch, daß die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Verantwortlichkeit der Regierung und die Freiheit in der täglichen Lebensführung garantiert sind<sup>11</sup>.

Wenn man den Blick über Athen hinaus auf die anderen Poleis richtet, dann ergibt sich hinsichtlich Bürgerrecht und Bürgerideologie das gleiche Problem, das sich bei den meisten Fragen nach den inneren Verhältnissen dieser Gemeinwesen stellt: wir sind nämlich außerordentlich schlecht unterrichtet und im wesentlichen auf häufig nach Zeit und Kontext nicht weiter spezifizierte Notizen und Kommentare in der Aristotelischen *Politik* angewiesen. Wenn es deshalb auch im allgemeinen nicht möglich ist, verlässliche empirische Aussagen über einzelne, bestimmte Typen oder die Gesamtheit der Poleis der klassischen Epoche zu machen, so kann man doch aus einer Analyse der Implikationen der Aristotelischen Diskussion eine Vorstellung von der Komplexität der Bürgerrechtsproblematik in faktischer wie ideologischer Hinsicht gewinnen<sup>12</sup>.

Locus classicus der Definition des Staatsbürgers (*polites*) sind die Erörterungen am Beginn des III. Buches der *Politik*. Hier findet sich die Definition, Bürger „im eigentlichen Sinne“ sei, wer am Richten und Regieren teilhabe (1275 a 23).

Aristoteles gibt damit eine normative Definition, die sich mit dem empirischen Sachverhalt, daß die Bürgerdefinition von Polis zu Polis und Verfassungstyp zu Verfassungstyp variieren kann (1275 a 2–5; 1278 a 15), nur zum Teil deckt. Wie er selbst sagt, trifft diese scharfe Definition uneingeschränkt nur auf die Demokratie zu (1275 b 5), in der die Definition des Teilhabens am Richten und Regieren durch die Teilhabe an Volksgericht und Volksversammlung erfüllt werde, also nicht der Ausübung einer *arche* im Sinne einer spezifischen Magistrats- oder Ratsfunktion bedürfe (1275 a 23 ff; b 5 ff.). Realiter geht diese Definition von der athenischen Demokratie in ihrer entwickelten Form aus. Hier sind Volksversammlung und Volksgerichte nicht nur die formal höchsten Entscheidungsorgane, sondern verfügen auch in allen wesentlichen staatlichen Angelegenheiten über die materielle Entscheidungskompetenz. Notwendige Voraussetzung dafür ist, daß durch Diätenzahlung, kurze Amtsfristen und Losung der Ratsherren und Magistrate aus der gesamten Bürgerschaft bewirkt wird, daß die Volksversammlung auch nicht de facto durch andere Gremien mediatisiert werden kann, deren Mitglieder über mehr Sachkompetenz, höheres Prestige und größere soziale Macht verfügen als der Durchschnitt der Bürger (vgl. 1317 a 40–1318 b 3).

<sup>11</sup> Euripides, Hiketides 352–355, 403–462; Thukydides 2, 37–40; Platon, Protagoras 327 a; vgl. Kurt Raaflaub, Freiheit in Athen und Rom, in: Historische Zeitschrift 238 (1984) [529–567], 540 ff.

<sup>12</sup> Vgl. Claude Mossé, Citoyens actifs et citoyens „passifs“ dans les cités grecques, in: Revue des Études Anciennes 81 (1979) 241–249; Edmond Lévy, Cité et citoyen dans la Politique d'Aristote, in: Ktema 5 (1980) 223–248.



In der Demokratie gilt somit, daß die Bürger „abwechselnd regieren und regiert werden“ (1317b 2)<sup>13</sup>. Das heißt, daß es keine erhebliche Kluft zwischen dem Recht auf politische Teilhabe und seiner faktischen Wahrnehmung gibt und daß sich politische Partizipation in der gleichberechtigten Teilnahme an den die Gesamtheit bindenden Entscheidungen ausweist – und sich nicht in der bloßen Ratifizierung andernorts materiell getroffener Entscheidungen und/oder in der Wahl von Amtsinhabern erschöpft<sup>14</sup>.

In anders verfaßten Poleis, in denen es möglicherweise gar keine (regelmäßig tagende) Volksversammlung oder kein Volksgericht gibt, sondern die entsprechenden Entscheidungen von Rats- oder Magistratskollegien getroffen werden, kommt es dagegen laut Aristoteles auf die Wählbarkeit in bestimmte Ämter und nicht auf die tatsächliche Partizipation an Entscheidungen als Kriterium für den Bürgerstatus an (1275b 5–21). Weiter stellt sich die Frage nach dem Status derjenigen, die in solchen oligarchischen Regimes nicht zu den politisch Berechtigten zählen. Es liegt in der Konsequenz der Aristotelischen Definition, wenn er erwägt, ob man diese eigentlich überhaupt noch als Bürger ansehen könne (1278a 15–40) oder sie nicht eher als eine Art von Metöken zu betrachten habe (1275a 8–14; 1278a 35–40). Aristoteles deutet jedoch an, daß diese Schlußfolgerung in Wirklichkeit nicht gezogen werde, schon deshalb nicht, weil es gerade ein Interesse daran geben könne, die Diskriminierung bestimmter Gruppen von Bürgern nicht zu offenkundig werden zu lassen (1278a 38–40). Beim Fehlen entsprechender positiver Belege wird man jedenfalls aus der Aristotelischen Bürgerdefinition nicht zwingend ableiten können, daß Oligarchien die politisch nicht berechtigten indigene Einwohnerschaft als Nichtbürger bzw. Metöken<sup>15</sup> behandelt hätten oder ihr einen spezifischen Status einheimischer Freier zugeschrieben hätten<sup>16</sup>. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß Aristoteles mit seiner tentativen Schlußfolgerung aus der Bürgerdefinition über die übliche Praxis von Oligarchien hinausgeht, nach der dieser Gruppe (im Regelfall) der Bürgerstatus nicht verwehrt worden sein dürfte<sup>17</sup>. Für diese Annahme spricht wohl auch die Verwendung von *politeuma* zur

<sup>13</sup> Vgl. Cicero, De Re Publica 3,48.

<sup>14</sup> Vgl. jetzt zum politischen System der athenischen Demokratie vor allem Christian Meier, Die Entstehung des Politischen bei den Griechen (Frankfurt 1980) 247–272; Wilfried Nippel, Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und früher Neuzeit (Stuttgart 1980) 98 ff.; Moses I. Finley, Politics in the Ancient World (Cambridge 1983); Detlef Lotze, Die Teilhabe des Bürgers an Regierung und Rechtsprechung in den Organen der direkten Demokratie des klassischen Athen, in: E. Kluwe (Hrsg.), Kultur und Fortschritt in der Blütezeit der griechischen Polis (Berlin 1985) 52–76.

<sup>15</sup> Es ist nicht festzustellen, ob es in anderen Poleis einen – dem athenischen vergleichbaren – Sonderstatus für dauernd ansässige Fremde gegeben hat; David Whitehead, The Ideology of the Athenian Metic (Cambridge 1977) 4f.

<sup>16</sup> Vgl. die Konstruktion eines „Indigenats“ bei Emil Szanto, Das Griechische Bürgerrecht (Freiburg 1892, ND New York 1979), der die Aristotelische Definition des Bürgers zur Prämisse seiner historischen Untersuchung gemacht hatte; siehe dazu die Kritik bei Wilfried Gawantka, Isopolitie (München 1975) 5f.

<sup>17</sup> So schon Georg Busolt, Griechische Staatskunde (München <sup>1</sup>1920) I, 220f.

Bezeichnung eines aus der Gesamtbürgerschaft (*politeia*) herausgehobenen Kreises politisch vollberechtigter Bürger<sup>18</sup>.

Bei der Präsentation und Diskussion umfangreichen und mannigfaltigen empirischen Materials in den Büchern IV–VI der *Politik* wird deutlich, daß Aristoteles gerade in der Abstufung und Differenzierung politischer Rechte eine Möglichkeit zur Stabilisierung von Oligarchien sieht. Auf diese Theorie der gemäßigten Oligarchie, die sich hinter den zahlreichen Einzelbeobachtungen erkennen läßt, kommt es mir im folgenden an.

Schon ohne formale Beschränkung von Rechten kann die tatsächliche Wahrnehmung von Partizipationschancen erheblich beeinflußt werden, indem zum Beispiel die Teilnahme an der Volksversammlung von einer vorhergehenden freiwilligen Einschreibung in eine Liste abhängig gemacht, aus der Registrierung eine Verpflichtung zur Teilnahme an Volksversammlung und Volksgericht abgeleitet, deren Nichtbefolgung wiederum mit Strafgeldern geahndet wird (1297 a 24 ff.). Andere Möglichkeiten sind, die Teilnahme an diesen Funktionen allein für die Mitglieder der oberen Zensusklassen – unter Androhung von Geldbußen bei Versäumnis – verbindlich zu machen (1297 a 21 ff., 35 ff.) oder die Ausübung bestimmter Magistraturen an die Übernahme kostspieliger Liturgien zu knüpfen (1321 a 33 ff.).

Wenn es formale Einschränkungen der politischen Rechte auf Grund von Zensusqualifikationen gibt, dann kann dies auf eine Weise geschehen, die die Diskriminierung der nicht qualifizierten Bürger in Grenzen hält. So sollen Zensusanforderungen grundsätzlich so festgesetzt werden, daß nicht eine Mehrheit von den politischen Rechten gänzlich ausgeschlossen wird (1297 b 2 ff.; 1320 b 25 ff.). Bei einer Festlegung unterschiedlicher Zensusqualifikationen für verschiedene Rechte und Funktionen kann die Volksversammlung für alle Bürger offenbleiben, wenn diese Versammlung nur über Vorlagen anderer Gremien abstimmen kann (1298 b 26 ff.; 1299 b 30 ff.). Der Demos kann in unterschiedlicher Weise an der Bestellung der Amtsinhaber beteiligt werden, wenn nur Mitglieder einer privilegierten Gruppe wählbar sind (1268 a 20 ff.; 1305 a 28 ff.; 1305 b 30 ff.; 1318 b 21 ff.). Das Recht aller Bürger, die Wahl der Magistrate (aus einem eingeschränkten Kreis amtsfähiger Bürger) vorzunehmen, wird – in einem anderen Kontext – als elementares politisches Recht charakterisiert, dessen Verweigerung eine unangemessene Diskriminierung des Demos darstellte, dessen Gewährung jedoch auch keine Herrschaft der breiten Masse begründe (so 1274 a 15–19; 1281 b 32–34 zur Solonischen Verfassung).

Die Beschränkungen für die qualifizierten politischen Funktionen brauchen nur für die höchsten und wirklich wichtigen Ämter zu gelten, für andere kann ein niedrigerer Zensus gefordert werden bzw. sie können den nicht bevorrechtigten Bürgern überlassen werden (1305 b 34; 1309 a 30; 1320 b 11 ff.; 23 ff.). Die Amtsinhaber sollen aus ihren öffentlichen Funktionen keinen materiellen Gewinn erzielen können (1308 b 34 ff.; 1316 b 3 ff.; 1318 b 14 ff.). Amtsfunktionen, die mit Einkünften verbunden sind,

<sup>18</sup> Vgl. W. Ruppel, *Politeuma*, in: *Philologus* 82 (1927) 268–312; 433–454; Mossé, *Citoyens actifs et citoyens „passifs“ dans les cités grecques*, und demnächst Wilfried Nippel, *Art. Politeuma*, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*.

sollen wiederum bevorzugt den nicht vollberechtigten Bürgern zugänglich sein (1309 a 20 ff.). Für Aristoteles ist aber auch denkbar, daß der Demos unter Umständen den Ausschluß von den qualifizierten oder sogar von sämtlichen politischen Rechten hinnehmen könnte, wenn man sich nur der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte im täglichen Leben erfreuen könne, in seinen Erwerbschancen nicht beeinträchtigt werde und sich keiner ungesetzlichen Übergriffe von seiten der Machthaber ausgesetzt sehe (1297 b 6 ff.; 1308 a 5 ff.; 1318 b 18 ff.).

Zur Stabilität einer Oligarchie ist auf der anderen Seite erforderlich, daß innerhalb der Elite selbst ein Höchstmaß an Partizipation verwirklicht werden kann. Ein wesentliches Instrument zur Sicherung von politischer Gleichheit innerhalb der Oligarchie sind vor allem kurze Amtsfristen (1308 a 10 ff.), unter Umständen kann aber auch der Einsatz des Losverfahrens sinnvoll sein (1300 b 1 ff.; 1303 a 14), das ja – unter der Voraussetzung der Zulassung aller Bürger – das demokratische Verfahren *par excellence* darstellt (1317 b 20 ff.; Rhetorik 1365 b). Insgesamt muß dafür gesorgt sein, daß nicht zu viele Amtsfähige von der tatsächlichen Übernahme von Magistraturen ausgeschlossen werden, ob wegen einer zu geringen Zahl von Magistraturen, fehlender zeitlicher Begrenzungen, Manipulationen von Wahlen oder weitreichender Verbote der gleichzeitigen bzw. sukzessiven Bekleidung mehrerer Ämter durch nahe Verwandte (1305 b 1 ff.; 1306 a 13 ff.; 1306 b 22 ff.). Ambitionierte und potentiell amtsfähige Individuen aus der breiten Bürgerschaft sollten in die politische Elite aufgenommen werden (1308 a 8; 1320 b 28; 1321 a 30 f.). Von Zeit zu Zeit sind die Zensusregelungen der Entwicklung der Vermögensverhältnisse anzupassen, um die Zahl der vollberechtigten Bürger in Relation zur Gesamtzahl nicht unangemessen wachsen oder auch schrumpfen zu lassen (1308 a 35–b 10).

Eine Oligarchie, die den Interessen und Rechten der Gesamtheit in eingeschränktem, jedoch für die Stabilität des Systems – jeweils den Voraussetzungen und Umständen gemäß – ausreichendem Maße Rechnung trägt, unterscheidet sich im Ergebnis nur graduell von anderen zwischen einer engen Oligarchie und einer Demokratie athenischen Typus liegenden Verfassungsformen, wie von der bei Aristoteles so genannten „ersten Demokratie“, deren Bürgerschaft vor allem aus Bauern besteht, in der Volksversammlungen nur unregelmäßig stattfinden und die Ämter (da keine Diäten gezahlt werden) wie selbstverständlich der Oberschicht überlassen werden (1292 b 25 ff.; 1318 b 6 ff.); sie entspricht auch in wesentlichen Punkten dem Aristotelischen Konstrukt einer Mischform aus Demokratie und Oligarchie (auf die noch zurückzukommen ist).

Bei Aristoteles läßt sich demnach eine implizite Theorie einer gemäßigt oligarchischen, auf Akzeptanz durch die Gesamtheit der Bürger gründenden Herrschaft fassen: eine Oligarchie sollte der breiten Bürgerschaft politische Rechte von faktisch begrenzter Bedeutung, jedoch beachtlichem Symbolwert einräumen – namentlich die Mitwirkung bei der Wahl der Amtsinhaber – und ihr ferner den vollen Rechtsschutz gewährleisten, der mit der Zugehörigkeit zur Bürgergemeinde verknüpft ist. Die Elite sollte ferner prinzipiell nach unten offen sein und, auf ihren eigenen Kreis bezogen, möglichst viel an Partizipation ermöglichen.

Auf der theoretischen bzw. ideologischen Ebene finden sich dazu auch Entspre-

chungen in der römischen Republik. (Die immer wieder diskutierte Frage nach den „griechischen Einflüssen“ kann hier außer acht bleiben; was immer es im ideengeschichtlichen Bereich an Kontinuitäten gegeben haben könnte, Gegenstand dieser Konzeptionen waren jedenfalls Institutionen von singulärem Charakter, die Ergebnis einer genuin römischen Entwicklung waren.) Aufs Ganze gesehen zeigen sich in Rom sicherlich deutliche Unterschiede in der materiellen Bedeutung des Bürgerrechts für die Aristokratie auf der einen Seite, für die damit der Anspruch auf die Magistraturen verknüpft ist, und für die breite Masse der Bürgerschaft, für die der Schutz vor Willkür im Vordergrund steht<sup>19</sup>. In bestimmten Zusammenhängen wird jedoch auch ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis zwischen der Freiheit der Aristokratie und derjenigen des Volkes bzw. zwischen der Partizipations- und der Schutzfunktion von *libertas* thematisiert.

So findet sich in den Quellen eine Begründung für das extreme Klassenwahlrecht der Centuriatscomitien, die nicht nur die angemessene Abstufung der politischen Rechte gemäß der militärischen und finanziellen Leistungsfähigkeit anführt, sondern auch betont, daß damit demonstrativ selbst der geringste Bürger nicht von einer Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen sei (auch wenn seine Stimme praktisch nicht zähle)<sup>20</sup>.

Noch bedeutsamer ist die Ideologie, die in der römischen Republik mit bestimmten Institutionen verknüpft ist, die als Garantien der Bürgerfreiheit sowohl in einem individualrechtlichen<sup>21</sup> wie in einem politischen Sinne gelten. Das Provokationsrecht, d. h. das Recht des Bürgers auf ein ordentliches Gerichtsverfahren anstelle magistratischer Coercition bei Strafen gegen Leib und Leben, war in den politischen Konflikten der Ständekämpfe akut und durchgesetzt worden<sup>22</sup>, es wurde im Laufe der Zeit zum Symbol des Schutzes der Bürger (einschließlich der *cives sine suffragio*<sup>23</sup>) im ganzen Reich. „Civis Romanus sum“ ruft der römische Bürger dem Provinzstatthalter zu, der ihn züchtigen will, im Vertrauen darauf, daß seine *civitas* ihn schützen werde, so heißt es schon bei Cicero – (und nicht erst in der Apostelgeschichte zum Protest des Paulus bei seiner Verhaftung in Jerusalem)<sup>24</sup>.

Die Volkstribune schützen den einzelnen Bürger gegen obrigkeitliche Willkür. Sie artikulieren darüberhinaus die kollektiven Interessen der *plebs* und bringen sie in den staatlichen Entscheidungsprozeß ein. Dieser in den Ständekämpfen entwickelte Anspruch der – oder auch: an die – Volkstribune ist nie gänzlich verlorengegangen, auch

<sup>19</sup> Jochen Bleicken, Staatliche Ordnung und Freiheit in der Römischen Republik (Kallmünz 1972); Raaflaub, Freiheit in Athen und Rom, 549 f.

<sup>20</sup> Cicero, De Re Publica 2,39 f.; Livius 1,43,10; Dionysios Halikarnassens 4,21,1; vgl. Claude Nicolet, L'idéologie du système centuriate et l'influence de la philosophie politique grecque, in: La filosofia greca e il diritto romano [Accademia dei Lincei] (Rom 1976) I, 111–137.

<sup>21</sup> Vgl. für unterschiedliche Bewertungen Bleicken, Staatliche Ordnung, 31 f. und Giuliano Crifò, Remarques sur les problèmes de l'égalité et de la liberté à Rome, in: Ktema 6 (1981) 193–206.

<sup>22</sup> Wolfgang Kunkel, Untersuchungen zur Entwicklung des römischen Kriminalverfahrens in vorsullanischer Zeit (München 1962) 24 ff.; Andrew W. Lintott, Provocatio, in: Aufstieg und Niedergang der römischen Welt, I, 2 (Berlin 1972) 226–267.

<sup>23</sup> Michel Humbert, Municipium et civitas sine suffragio (Rom 1978) 280 f.

<sup>24</sup> Zweite Rede gegen Verres 5,162; Apostelgeschichte 22, 23 ff.

wenn das Tribunat seit der mittleren Republik primär Kontroll- und Reformaufgaben im Sinne der regierenden Elite ausübte<sup>25</sup>. Es haben sich Reflexe einer Vorstellung gehalten, gemäß der die Vertretungsfunktion der Volkstribune nicht allein der Auslegung durch die jeweiligen Amtsinhaber unterliege, sondern daß es auch eine Rückbindung an den Willen des Volkes geben müsse<sup>26</sup>. Dieses Verhältnis zwischen Volk und Volkstribunen ließ sich jedoch nicht in eindeutigen, dem römischen Verfassungssystem adäquaten Konstruktionen erfassen<sup>27</sup>, und jeder Versuch, aus einer solchen Funktionsdefinition des Tribunats unmittelbar wirksame Konsequenzen zu ziehen, beschwor die Verfassungskrise herauf, wie sich im Jahre 133 v. Chr. zeigte, als Tiberius Gracchus mit einer auf den Volkswillen bezogenen Argumentation die Abwahl seines interzedierenden Kollegen durchsetzte.

Immerhin läßt sich sagen, daß im Volkstribunat eine dritte Ebene politischer Partizipation angelegt ist (neben der tatsächlichen Regierungsfunktion auf der einen, der Wahl von Amtsinhabern auf der anderen Seite): nämlich die Vertretung von Interessen durch Beauftragte, auch wenn sich das Verhältnis zwischen Mandatar und Mandanten einer näheren Bestimmung entzieht.

Provokationsrecht und Volkstribunat als institutionelle Garantien und symbolische Verkörperungen der *libertas* des Volkes<sup>28</sup> können andererseits auch als Voraussetzung der politischen Führungsrolle der Nobilität gelten, da von ihnen eine pazifizierende Wirkung ausgeht und durch sie ermöglicht wird, die breite Masse der Bürgerschaft in ein aristokratisch gelenktes Gemeinwesen zu integrieren, ohne ihr eine materielle Entscheidungsbefugnis einräumen zu müssen<sup>29</sup>. (Allerdings steht dieser relativen Anerkennung der positiven Rolle des Volkstribunats bei Cicero eine Auffassung entgegen, die im Tribunat eine gefährliche Quelle von Aufruhr sieht<sup>30</sup>.) Fundamentale Voraussetzung für eine solche Integration ist unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit die Gleichheit in bezug auf die bürgerlichen Rechte<sup>31</sup>.

Für die Aristokratie wiederum impliziert *libertas* insbesondere die – zumal durch Annuität ermöglichte<sup>32</sup> – Rotation der Ämter innerhalb der regierenden Klasse<sup>33</sup>, zu

<sup>25</sup> Jochen Bleicken, Das römische Volkstribunat, in: Chiron 11 (1981) 87–108.

<sup>26</sup> Polybios, 6,16,5; Cicero, De oratore 2,167; Plutarch, Tiberius Gracchus 15,2 ff.

<sup>27</sup> Vgl. aber jetzt Okko Behrends, Tiberius Gracchus und die Juristen seiner Zeit, in: K. Luig und D. Liebs (Hrsg.), Das Profil des Juristen in der europäischen Tradition. Symposium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Franz Wieacker (Ebelsbach 1980) [25–121], 85 ff., der argumentiert, daß Tiberius Gracchus zur Begründung der Absetzung des Octavius mit einer aus dem Privatrecht entlehnten Mandats-theorie operiert habe.

<sup>28</sup> Livius 3,45,8; Cicero, 2 Verr. 5,163; Bleicken, Staatliche Ordnung, 32 f.

<sup>29</sup> Cicero, De Re Publica 2,57–59; ders., De Legibus 3,25 f.; Alfred Heuß, Ciceros Theorie vom römischen Staat (Nachrichten der Akademie der Wissenschaften Göttingen, Phil.-Hist. Kl., Jg. 1975, Nr. 8); Klaus M. Girardet, Ciceros Urteil über die Entstehung des Tribunats als Institution der römischen Verfassung, in: Bonner Festgabe für Johannes Straub zum 65. Geburtstag (Bonn 1977) 179–200; Nippel, Mischverfassungstheorie, 155.

<sup>30</sup> Cicero, De Legibus 3,19–22; vgl. auch die divergierenden Einschätzungen des Volkstribunats bei den Renaissance-Theoretikern: Pocock, Mach. Moment, 196, 246 f., 308.

<sup>31</sup> Cicero, De Re Publica 1,49.

<sup>32</sup> Livius 2,1,7 und öfter; Bleicken, Staatliche Ordnung, 23, A. 17.

<sup>33</sup> Cicero, De Legibus 3,5.

deren Legitimation als Leistungselite auch die prinzipielle Offenheit gegenüber *homines novi*<sup>34</sup> gehört.

Auch hinsichtlich der Entsprechung zwischen den Rollen von Bürger und Soldat finden sich in den antiken Gemeinwesen Unterschiede, die den Differenzierungen der Verfassungsordnungen entsprechen. Die grundsätzliche Gleichsetzung von Bürgerschaft und militärischem Aufgebot war ein konstitutives Merkmal der antiken Stadtstaaten nach der – im Zusammenhang mit der Einführung der Hoplitenphalanx stehenden – Ablösung der archaischen Adelsherrschaften. Die Unterschiede im einzelnen betrafen vor allem den Status derjenigen, die ökonomisch nicht wehrfähig waren. Viele Poleis knüpften die (bzw. die qualifizierten) politischen Rechte an das Erreichen des Hoplitenzensus. In Rom hat man mit den Centuriatscomitien eine Proportionalität zwischen politischem Gewicht und militärisch-finanzieller Leistungsfähigkeit geschaffen, die – wie schon erwähnt – als ingenöse Lösung des Problems einer akzeptablen Abstufung der politischen Rechte ausgegeben werden konnte. Die Ausdehnung der aktiven politischen Rechte auf die unteren Strata der Bürgerschaft – denen durch freiwilligen Dienst auf der Flotte die Möglichkeit eines militärisch nützlichen Beitrags gegeben wurde – macht den Sonderfall des demokratischen Athens aus. In den oligarchischen Umstürzen gegen Ende des Peloponnesischen Kriegs wurde versucht, die Koppelung zwischen finanzieller Leistungsbereitschaft, ökonomischer Wehrfähigkeit und politischer Berechtigung wiederherzustellen<sup>35</sup>; dies scheiterte (auch) am Widerstand der großen Masse der Bürgerschaft, die darin einen Angriff auf ihren Bürgerstatus insgesamt erkannte<sup>36</sup>.

In allen Fällen stand außer Frage, daß gerade die oberen Zensusgruppen die Belastungen durch den Kriegsdienst als solchen, durch Liturgien und Kriegssteuern zu tragen hatten<sup>37</sup>. Der Erfolg der stabilen Gemeinwesen Athen, Sparta und Rom beruhte auf ihrer Fähigkeit, sich die militärische Leistungsbereitschaft ihrer sozialen Eliten wie diejenige der großen Masse der Bürgerschaft (durch eine je unterschiedliche Mischung von politischer Berechtigung und materieller Gratifikation) zu sichern<sup>38</sup>. Für enge Oligarchien könnte sich dagegen öfter das Problem gestellt haben, sich zwischen dem Einsatz von Söldnern (sonst im übrigen ein typisches Instrument von Tyrannen) und einer Aufbietung der Masse der Bürgerschaft, die dann wahrscheinlich politische Rechte forderte, entscheiden zu müssen (vgl. Aristoteles, Politik 1306a 25 ff.).

Insgesamt heißt das also, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen militärischer Funktion und politischen Rechten sich gerade im Falle der verschiedenen Formen oligarchischer Regimes ergab, während es ein Kennzeichen der Demokratie war, daß sie die zwingende Kopplung von beidem aufgeben hatte.

<sup>34</sup> Sh. jetzt *Peter Brunt*, Nobilitas and Novitas, in: *Journal of Roman Studies* 72 (1982) 1–17.

<sup>35</sup> Vgl. *Nippel*, Mischverfassungstheorie, 84 ff.

<sup>36</sup> *Thukydides* 8, 76,5.

<sup>37</sup> *Moses I. Finley*, The Freedom of the Citizen in the Greek World, in: *ders.*, Economy and Society in Ancient Greece (London 1981) [77–94], 89.

<sup>38</sup> *Finley*, Politics in the Ancient World, 58 ff. et passim.

Neben dem partizipatorischen Bürgerideal stellt – für Pocock – das Konzept der Mischverfassung ein wesentliches Element des „klassischen Republikanismus“ dar<sup>39</sup>. Die Problematik dieser Zuordnung liegt zum einen wiederum in einer fehlenden Differenzierung hinsichtlich des Bürgerkonzepts und zum anderen darin, daß nicht ausreichend zwischen zwei erheblich unterschiedlichen Varianten des Mischverfassungskonzepts unterschieden wird.

Das Modell der von Aristoteles konstruierten, *politeia* genannten Mischform aus Demokratie und Oligarchie setzt an der Ausdehnung und Ausgestaltung der politischen Rechte und Chancen in den beiden Verfassungstypen an, die je als Verkörperung der Herrschaft der Armen bzw. der Reichen angesehen werden<sup>40</sup>. Der Gegensatz zwischen den konkurrierenden Ansprüchen beider großer Gruppen der Bürgerschaft – vor allem auf die Ämter – soll dadurch überwunden werden, daß jeweils typisch demokratische mit typisch oligarchischen Regelungen kombiniert werden. Außer Festlegungen eines angemessenen mittleren Zensus erörtert Aristoteles (als Alternative dazu) Möglichkeiten, Diätenzahlungen (typisch für die Demokratie) mit Versäumnisbußen (typisch für Oligarchien) oder Losung (demokratisch) mit Wahl (oligarchisch) dergestalt zu kombinieren (Diäten für Arme, Bußen für Reiche bzw. Losung aus Vorgeählten), daß der Effekt einer (überwiegenden) Rekrutierung der Amtsinhaber aus den oberen Schichten der Bürgerschaft erreicht werden kann, ohne daß eine förmliche Abstufung der politischen Rechte vorgenommen oder ohne daß typisch demokratische Errungenschaften – Diäten und Losung – gänzlich aufgehoben werden müßten.

Dieses Modell bietet somit eine spezifische Variante einer gemäßigten Oligarchie, die anscheinend konzipiert worden ist, um eine faktische Abstufung politischer Partizipationschancen zu erreichen, bei der die Abkehr von den Prinzipien der entwickelten Demokratie, die mit dem Bürgerideal für alle Bürger ernst machen will, möglichst verschleiert werden soll.

Die zweite Variante der Mischverfassung hat erst recht nichts mit einem partizipatorischen Bürgerkonzept gemein. Einzelne Komponenten dieses Konzepts sind bei Platon und Aristoteles zur Erklärung der Stabilität der spartanischen Verfassung (mit ihrem Wechselspiel zwischen Königen, Gerousia und Ephoren) herangezogen bzw. entwickelt worden<sup>41</sup>. Polybios hat später diese Vorgaben zusammen mit weiteren Theorieelementen zu einem spezifischen Konzept von Mischverfassung vereinigt, das er zur Erläuterung des Erfolges des römischen politischen Systems (Konsuln, Senat, Volk und Volkstribune) heranzog (und Cicero ist ihm – mit spezifischen Modifikationen – gefolgt)<sup>42</sup>. Es geht um ein System von *checks-and-balances* zwischen Regierungsorganen mit sich überschneidenden Kompetenzen, divergierender Legitimationsbasis und (zum Teil) unterschiedlicher sozialer Rekrutierung. Damit sei zum einen der Ausgleich der gesellschaftlichen Interessen gewährleistet und zum anderen die wechselseitige Kontrolle der Regierungsinstanzen etabliert, die einen Mißbrauch der Macht

<sup>39</sup> Pocock, Mach. Moment, 67, 77; ders., Civic Humanism and its Role in Anglo-American Thought, in: ders., Politics, Language and Time (London 1972) [80–103], 88.

<sup>40</sup> Politik 1294 a 30–b 13; Nippel, Mischverfassungstheorie, 52 ff.

<sup>41</sup> Nippel, Mischverfassungstheorie, 124 ff.

<sup>42</sup> Ebd., 142 ff.

durch die Regierenden ausschlieÙe. Dieses Modell thematisiert zugleich die Fragen des Interessenausgleichs zwischen Adel und Volk wie diejenige des Verhältnisses von Amtsinhabern und Regierten. Die Rechte der Gesamtheit werden demnach zum einen mittelbar durch die Interorgankontrollen auf der Ebene der Entscheidungsinstanzen abgesichert, auf der zugleich die mit der Vertretung der Volksinteressen beauftragten Magistrate (Ephoren bzw. Volkstribune<sup>43</sup>) eine entscheidende Rolle spielen, und zum anderen durch die kollektive Teilnahme am politischen ProzeÙ über Wahlen und Abstimmungen.

Voraussetzung für das Funktionieren eines solchen Systems ist realiter (wie die Beispiele Spartas und Roms zeigen), daß in den verschiedenen Entscheidungsinstanzen keine erheblich divergierenden gesellschaftlichen Interessen vertreten werden, sondern daß alle Positionen von den Vertretern einer weitgehend homogenen Führungsschicht besetzt bzw. kontrolliert werden, so daß trotz aller formalen Rechte im Effekt der politische Einfluß der Gesamtheit der Bürger auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

\*

Die Schlußfolgerungen, die sich aus diesen kurzen Bemerkungen zur antiken Problematik für das Problem des klassischen Republikanismus in der Renaissance ergeben könnten, können letztlich nur von den Spezialisten gezogen werden. Es kann hier im folgenden nur darum gehen, einige Beobachtungen zu machen und daraus einige Fragen abzuleiten, die – nach dem Eindruck eines Außenstehenden – in der einschlägigen Spezialliteratur nicht immer genügend beachtet worden sind.

Ein zentrales Postulat müÙte meines Erachtens lauten, die verschiedenen Dimensionen der Bürgerproblematik – die rechtlichen, politischen und ideologischen Aspekte – stärker untereinander in Beziehung zu setzen, als dies bisher im allgemeinen der Fall sein dürfte.

Gerade für einen Althistoriker ist es frappierend festzustellen, daß die Fragen der Definition des Bürgers sowie der rechtlichen und ideologischen Implikationen des Bürgerstatus anscheinend kaum eingehender untersucht worden sind und man nur auf vergleichsweise lapidare Feststellungen trifft, daß diese Fragen leider ausgesprochen schwierig zu beantworten seien<sup>44</sup>.

Für eine bestimmte Forschungsrichtung sind die Stellungnahmen der Postglossatoren zentral. Sie betrafen zum einen das grundsätzliche Problem der rechtlichen Be-

<sup>43</sup> Die Schwierigkeit, das Verhältnis zwischen Volk und Volksmagistraten angemessen erfassen zu können, zeigt sich auch bei der Einordnung des Ephorats. Entweder ignorierte man die Volksversammlung (so Platon und Aristoteles) oder das Ephorat (so Polybios); vgl. *Nippel*, Mischverfassungstheorie, 126, 148 und ebd., 157 ff., 161 ff., 192, A.5, 204, A.8, 254, A.10, 299, A.19 zur Ephoren-Konzeption in der frühneuzeitlichen politischen Theorie.

<sup>44</sup> So z. B. *Riesenberg* (o. A.6), 237; *ders.*, Citizenship and Equality in Late Medieval Italy, in: *Studia Gratiana* 15 (1972) [424–439], 435, A.17; *Julius Kirshner*, Paolo di Castro on „cives ex privilegio“, in: *Renaissance. Studies in Honor of Hans Baron* (De Kalb, Ill. 1971) [227–264], 229 f.; ergiebiger sind *William M. Bowsky*, Medieval Citizenship: The Individual and the State in the Commune of Siena, 1287–1355, in: *Studies in Medieval & Renaissance History* 4 (1967) 195–243; *Peter Riesen-berg*, Citizenship at Law in Late Medieval Italy, in: *Viator* 5 (1974) 333–346.



gründung der Autonomie bzw. Souveränität der Bürgergemeinde. Aus der Vindizierung der *civitas sibi princeps* bzw. *civitas quae non recognoscit superiorem* wurde wiederum das Recht der Gemeinde hergeleitet, das Bürgerrecht durch Beschluß verleihen zu können<sup>45</sup>. Die *consilia* der Juristen sind vor allem angefordert worden, wenn es um die konkret immer wieder zu Konflikten führenden Fragen um die Rechte von Neubürgern (es handelte sich vor allem um aus dem *contado* zugezogene Familien) und ihre Gleichstellung bzw. Diskriminierung im Verhältnis zur indigenen Bürgerschaft ging. Dabei ist von den Juristen offenbar als selbstverständlich vorausgesetzt worden, daß aus dem Bürgerstatus als solchem kein unmittelbarer Anspruch auf die Bekleidung öffentlicher Ämter abgeleitet, sondern die Berechtigung dazu an weitergehende Qualifikationen (wie Steuerzahlungen und Residenz in der Stadt über lange Zeiträume) geknüpft werden könne<sup>46</sup>.

Auf die Definition, Identifizierung, innere Differenzierung und soziale Rekrutierung der regierenden Klasse kommt es einer anderen Forschungsrichtung an. Als objektives Kriterium der Zugehörigkeit zu dieser – als *reggimento* bezeichneten – Elite wird die Wählbarkeit in die *Tre Maggiore*, die obersten Ämter (die *Signoria* und die beiden ihr zugeordneten Kollegien der Zwölf und der Sechzehn) angesehen. Die Auswertung der Listen der wählbaren Kandidaten, die bei einer (periodisch stattfindenden) Kandidatenüberprüfung (*squittino*) anfallen, ermöglicht wesentlich exaktere Aussagen über die tatsächliche Zusammensetzung und Entwicklung der politischen Klasse als zuvor möglich war<sup>47</sup>.

Für die Beantwortung der Frage, welche Rolle Bürgerrecht und Bürgerideologie für die politische Integration der Florentiner Gesellschaft spielten, wäre es wichtig zu wissen, wie sich das Verhältnis zwischen politisch Berechtigten und der Gesamtheit der Bürger entwickelt hat. Nur dann ließe sich die im Zusammenhang mit der These Barons verschiedentlich thematisierte Frage des Realitätsbezuges der politischen Ideologie Leonardo Brunis genauer eingrenzen. Es ist verschiedentlich gegen Baron eingewendet worden, daß man kaum die Wirksamkeit eines politischen Bürgerideals in einer Konstellation unterstellen könne, in der tatsächlich eine Einschränkung der sozialen Basis des Regimes (infolge verschiedener Verfassungsänderungen in der Zeit nach dem Ciompi-Aufstand) stattgefunden habe<sup>48</sup>.

<sup>45</sup> *Luuro Martinez*, *Lawyers and Statecraft in Renaissance Florence* (Princeton 1968) 413 ff.; *Skinner*, *Foundations* I, 8 ff.; *Joseph P. Canning*, *A Fourteenth-Century Contribution to the Theory of Citizenship: Political Man and the Problem of Created Citizenship in the Thought of Baldus de Ubaldis*, in: *Authority and Power. Studies on Medieval Law and Government* presented to Walter Ullmann (Cambridge 1980) 197–212.

<sup>46</sup> Vgl. die in Anm. 44 zitierte Literatur sowie *Julius Kirshner*, „*Ars imitatur naturam*“: a Consilium of Baldus on Naturalization in Florence, in: *Viator* 5 (1974) 289–331; *ders.*, „*Civitas sibi faciat civem*“: Bartolus of Sassoferrato's Doctrine on the Making of a Citizen, in: *Speculum* 48 (1973) 694–713.

<sup>47</sup> *Dale Kent*, The Florentine *Reggimento* in the Fifteenth Century, in: *Renaissance Quarterly* 28 (1975) 575–638; *Gene Brucker*, *The Civic World of Early Renaissance Florence* (Princeton 1977) 248 ff.; *Nicolai Rubinstein*, *Oligarchy and Democracy in Fifteenth-Century Florence*, in: *Florence and Venice* I (o. A.3), 99–112.

<sup>48</sup> *Kirshner*, Paolo di Castro on „*cives ex privilegio*“, 263 f.; *Brucker*, *Civic World*, 9 (mit weiteren Nachweisen).

Dieses Argument geht jedoch von der Annahme aus, daß jede Rede von bürgerlicher Freiheit, Gleichheit und politischer Teilnahme sich notwendig auf die Gesamtheit beziehen müsse und ignoriert die Möglichkeit, eine solche Ideologie auch mit einer gemäßigt oligarchischen Verfassung kompatibel zu halten. Wenn man als Adressaten von Brunis Postulaten die Schicht der amtsfähigen Bürger ansieht, dann verliert seine Behauptung, in Florenz habe jeder Bürger gleiche Chancen auf die öffentlichen Ämter, den Charakter einer fragwürdigen Verzerrung der Realität, der ihm oft zugeschrieben worden ist. Denn für die zum *reggimento* zählenden (circa 2500 Bürger) war dies – angesichts der kurzen Amtsfristen (in einigen Fällen nur 2 Monate), des Losverfahrens und der mehr als tausend<sup>49</sup> regelmäßig zu vergebenden öffentlichen Positionen – durchaus nicht so illusorisch<sup>50</sup>. Die Signifikanz von Brunis Aussagen ist am ehesten darin zu sehen, daß sie die Überwindung eines korporatistischen Politikverständnisses zugunsten eines vom einzelnen Bürger ausgehenden (wenngleich elitär eingeschränkten) Republikanismus impliziert<sup>51</sup>.

Die Integrationsprobleme stellen sich in Florenz wohl auf zwei Ebenen: zum einen, wie sich die Behauptung der Gleichheit innerhalb der Aktivbürgerschaft mit der Herausbildung eines engeren Führungszirkels innerhalb des *reggimento* vereinbaren ließ, der (zumal über das Institut der *pratiche*, der ad hoc einberufenen, semioffiziellen Beratungsgremien der Magistrate) weitgehend die Richtlinien der Politik bestimmte, und weiter ob bzw. wie weit der Ehrgeiz der Gruppen, die an der Schwelle zum *reggimento* standen, befriedigt werden konnte. Man müßte in diesem Zusammenhang wissen, ob es eine erhebliche Differenz zwischen der Zulassung zu den *Tre Maggiori* (und anderen gewichtigen Ämtern) und zu der großen Zahl weniger bedeutsamer Amtspositionen gab<sup>52</sup> und zum anderen, ob etwa die (möglicherweise gegenüber den akzeptierten Kandidaten mehr als doppelt so große)<sup>53</sup> Gruppe potentiell amtsfähiger Bewerber, die die Hürde des *squittino* nicht nehmen konnte, sich zurückgesetzt fühlte (oder ob dieses Problem – wenn es denn eines gewesen sein sollte – möglicherweise dadurch entschärft wurde, daß die Vorgänge bei der Eignungsprüfung nicht publik gemacht wurden). Daß es eine Sensibilität in solchen Fragen gab, zeigt die Anwendung verschiedener Inkompatibilitätsvorschriften (die unter anderem die gleichzeitige Übernahme hoher Amtsfunktionen durch mehr als drei Mitglieder einer Familie ausschlossen): erst nach Abschluß des Bestellungsverfahrens trat die Durchsetzung des *divieto* ein; diejenigen, die eigentlich bestellt waren, ihr Amt aber wegen eines solchen objektiven Hemmnisses nicht antreten konnten, wurden als *veduti ai Tre Maggiori* bekannt ge-

<sup>49</sup> Diese Zahl schätzt Brucker, *Civic World*, 253 mit A. 28, während andere bis zu 3000 Positionen annehmen.

<sup>50</sup> Vgl. jetzt Rubinstein, *Oligarchy and Democracy in Fifteenth-Century Florence*, 107 mit seinen früheren weitaus skeptischeren Ausführungen, *Florentine Constitutionalism and Medici Ascendancy in the Fifteenth Century*, in: ders. (Hrsg.), *Florentine Studies*, (London 1968) 442–462.

<sup>51</sup> Vgl. Brucker, *Civic World*, 11 f.; John M. Najemy, *Guild Republicanism in Trecento Florence*, in: *American Historical Review* 84 (1979) 53–71; Antony Black, *Guilds and Civil Society in European Political Thought* (London 1984) 96 ff.

<sup>52</sup> Kent, *The Florentine Reggimento in the Fifteenth Century*, 578, 584 f. läßt dies offen.

<sup>53</sup> Ebd., 578 (zum *squittino* von 1433).

macht (die tatsächlich installierten Magistrate hießen *seduti*), und ihren Nachkommen wurde als *beneficiati* die Wählbarkeit zu den höchsten Amtsfunktionen zugesprochen.

Für das Verhältnis gegenüber den Bürgern ohne Aussicht auf Bekleidung öffentlicher Ämter wäre nach den rechtlichen wie symbolischen Implikationen des Bürgerrechts (in der Abgrenzung gegenüber den nichtbürgerlichen städtischen Schichten wie gegenüber den Bewohnern des *contado*) zu fragen. Was bedeutete in praktischer wie in sozialpsychologischer Hinsicht die Verbürgung von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit auch für den kleinen Bürger, die Bruni in Anlehnung an das Formular des römischen Provokationsrechts betont hatte („ego quoque Florentinus civis sum“, könne auch der geringste aller Bürger sagen)<sup>54</sup>? Es wäre ferner nach möglichen Kompensationen in Form sozialer Ehrenstellungen unterhalb der Ebene politischer Ämter (z. B. durch ehrenvolle Funktionen in den Gilden<sup>55</sup>) zu fragen oder auch nach den Funktionen einer Wohlfahrtspolitik gegenüber den unteren Schichten<sup>56</sup>. Anders gesagt, es könnte sich lohnen, nach Florentinischen Äquivalenten zu den später von Gianotti und Contarini angeführten Integrationsmitteln in Venedig, zumal gegenüber den *cittadini originari*, zu suchen<sup>57</sup>.

Auch für die Verfassungsproblematik der Zeit der wiederhergestellten Republik zwischen 1494 und 1512 und für die andauernden theoretischen Erörterungen bis zum Ende des republikanischen Intermezzos von 1527 bis 1530 muß die Mehrdimensionalität der Bürgerkategorie beachtet werden, wenn man den Einsatz verschiedener Elemente des klassischen Republikanismus für unterschiedliche verfassungspolitische Zwecke angemessen erfassen will.

Die Verfassung von 1494<sup>58</sup> fixierte zum ersten Mal förmlich den Kreis der amtsfähigen Bürger (auf die früher als wählbar zu den *Tre Maggiori* Akzeptierten sowie die Söhne und Enkel solcher Bürger). Diese – wie sich herausstellte – mehr als 3000 passiv wahlberechtigten Bürger bildeten den Großen Rat. Die quasi *serrata* wurde in gewisser Weise dadurch kompensiert, daß die Festschreibung de facto mit einer Ausdehnung des *reggimento* einherging, sowie dadurch, daß die Möglichkeit einer Ergänzung aus bisher nicht ratsfähigen Familien vorgesehen war. Der *Consiglio Maggiore* konnte deshalb als Realisierung eines *governo largo* gelten, und er konnte zudem als symboli-

<sup>54</sup> Laudatio Florentinae Urbis, in: Hans Baron, From Petrarch to Leonardo Bruni (Chicago 1968) 262.

<sup>55</sup> Vgl. Brucker, Civic World, 260 f.

<sup>56</sup> Ebd. 501; Richard C. Trexler, Charity and the Defense of Urban Elites in the Italian Communes, in: F. C. Jaber (Hrsg.), The Rich, the Well Born and the Powerful (Urbana, Ill. 1973) 64–109.

<sup>57</sup> Vgl. Brian Pullan, Rich and Poor in Renaissance Venice (Oxford 1971) v. a. 99 ff., 626 f.; Willem Bouwsma, Venice and the Defense of Republican Liberty (Berkeley 1968) 60, 148 f.

<sup>58</sup> Nicolai Rubinstein, Politics and Constitution in Florence at the End of the Fifteenth Century, in: E. F. Jacob (Hrsg.), Italian Renaissance Studies (London 1960) 148–183; Felix Gilbert, Florentine Political Assumptions in the Period of Savonarola and Soderini, in: Journal of the Warburg & Courtauld Institutes 20 (1957) 187–214; ders., Machiavelli and Guicciardini (Princeton 1965); Donald Weinstein, Savonarola and Florence (Princeton 1970) 247 ff.; Sergio Bertelli, Constitutional Reforms in Renaissance Florence, in: Journal of Medieval & Renaissance Studies 3 (1973) 139–164.

sche Repräsentation und institutionelle Garantie der *libertà* des gesamten *popolo* gelten.

Savonarolas Rechtfertigung dieser Institutionen baut auf einem Argument der Wahrnehmung der Autorität des gesamten Volkes durch eine kleinere Gruppe (die einerseits nicht zu exklusiv ist, andererseits aber den regierungsunfähigen Pöbel ausschließt) auf<sup>59</sup>, die in der Vagheit der hier verwendeten Vertretungskonzeption in der Tradition der Rede von der *pars valencior* steht<sup>60</sup>.

Für die Verfechter eines mehr oligarchischen Regimes, eines *governo stretto*, kam es nach 1494 vor allem darauf an, die Angleichung der Florentinischen Verfassung an das Venezianische Vorbild, die Savonarola explizit auf die Nachahmung des Großen Rates beschränkt halten wollte, konsequent weiterzuführen<sup>61</sup>. Den *Consiglio Maggiore* konnte man als solchen unangetastet lassen, wenn es nur gelang, durch die Institutionalisierung eines starken Senats und einer quasi-monarchischen Spitze die faktische Entscheidungskompetenz auf Gremien zu verlagern, die das Übergewicht einer kleinen politischen Führungsgruppe institutionell ermöglicht hätten. Theoretiker wie Guicciardini und Gianotti wußten, daß man zur Erreichung dieses Ziels gut daran tat, die Institution des Großen Rats wegen seiner symbolischen Verkörperung von Freiheit und bürgerlicher Partizipation nicht abzuschaffen; sie wußten weiter, daß eine Reduzierung politischer Partizipationschancen der Absicherung durch die Garantie von Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit für alle Bürger bedurfte<sup>62</sup>. Die von Lodovico Alamanni 1516 getroffene Feststellung, es gebe in Florenz drei Gruppen – diejenigen, die die tatsächlichen Regierungsfunktionen anstrebten, eine zweite Gruppe, die zwar Ämter bekleiden, aber nicht wirklich regieren wolle, und schließlich diejenigen, die zufrieden seien, wenn sie keinen außerordentlichen Steuern unterworfen würden und ungestört ihrem Erwerb nachgehen könnten<sup>63</sup>, entspricht sehr gut dem Modell der Abstufung bzw. unterschiedlichen Valenz des Bürgerrechts für unterschiedliche Gruppen, wie es schon für die gemäßigten Oligarchien der Antike relevant war und meines Erachtens auch das sinnvollste Interpretationsparadigma für die Verhältnisse in Florenz darstellt.

Es ist kein Zufall, daß die Florentiner Theoretiker eines *governo stretto* bzw. die Propagandisten des Vorzugs der Venezianischen Verfassung die Forderung nach einer solchen Ordnung auch mit dem Argument der Vorzüglichkeit einer Mischverfassung

<sup>59</sup> Trattato Terzio. Della istituzione e modo del governo civile, in: *Girolamo Savonarola, Opere* 11 (hrsg. v. L. Firpo (Rom o.J. [1965])) 474.

<sup>60</sup> Vgl. vor allem *Walter Ullmann, De Bartoli Sententia: concilium repraesentat mentem populi*, in: *Bartolo da Sassoferrato. Studi e Documenti per il VI centenario* (Mailand 1962) II, 707–733.

<sup>61</sup> *Gilbert, Machiavelli*, 52 ff.

<sup>62</sup> *Guicciardini, Ricordi* no 21,38 (zitiert nach *Francesco Guicciardini, Selected Writings*, hrsg. und übers. von C. und M. Grayson [London 1965]); vgl. weiter *Pocock, Mach. Moment*, 128 f., 142 f., 146, 278 f., 286 f.; *Rudolf von Albertini, Das Florentinische Staatsbewußtsein im Übergang von der Republik zum Prinzipat* (Bern 1955) 102, 124, 127 f., 154; *Gilbert, Machiavelli*, 85 ff.; *Skinner, Foundations* I, 159 f.

<sup>63</sup> *Albertini, Staatsbewußtsein* 369 (Text), vgl. 44.

– in der zweiten Variante – verbanden<sup>64</sup>. Denn damit ließ sich die Notwendigkeit der Einführung von dem *Consiglio Maggiore* gleichgeordneten Institutionen begründen und die Etablierung von Interorgankontrollen dieser Art als Garantie der politischen Stabilität wie der Freiheit aller Regierten rechtfertigen. (In diesem Sinne ist die Figur der Mischverfassung später im 16. Jahrhundert zu einem konstitutiven Element des *mito di Venezia* geworden)<sup>65</sup>.

Schließlich seien noch einige Bemerkungen zum Problem der Bürger-Miliz gemacht. In der Florentinischen Diskussion warf das Postulat der Wiederherstellung des antiken Ideals vom Bürger-Soldaten von Anfang an nicht nur die Frage der Effizienz im Vergleich zu einem Söldner-Aufgebot auf, sondern auch zum einen das Problem der militärischen Kompetenz wie der persönlichen und finanziellen Leistungsbereitschaft der bürgerlichen Oberschichten und zum anderen, ob man das Risiko einer Bewaffnung der unteren Schichten – mit den möglichen Gefahren für die innere Ordnung und den sozialen status quo – eingehen könne<sup>66</sup>. Wenn man dies vermeiden wollte, konnte man entweder die Rekrutierung der Miliz auf die sozial zuverlässigen Klassen beschränken (wie zwischen 1527 und 1530 praktiziert)<sup>67</sup> oder man mußte – die Rede vom Bürgerideal damit dementierend – auf die Bevölkerung des *contado* zurückgreifen (wie 1506 – ausgerechnet unter der Regie von Machiavelli – geschehen)<sup>68</sup>. Die Wiedergewinnung der Übereinstimmung zwischen den Rollen des Bürgers und des Soldaten ließ sich nicht mit dem möglichen praktischen Vorzug einer Miliz, der Mobilisierung möglichst großer Zahlen, in Übereinstimmung bringen<sup>69</sup>. Und zudem hatte man es seit der Etablierung eines Gonfaloniere auf Lebenszeit (1502) mit der Befürchtung zu tun, daß dieser eine aufgebotene Truppe zu einem Staatsstreich einsetzen könnte<sup>70</sup>. Die Kopie des Venezianischen Vorbilds schuf hier

<sup>64</sup> Renzo Pecchioli, Il „mito“ di Venezia e la crisi fiorentina intorno al 1500, in: *Studi Storici* 3 (1962) 451–492; Felix Gilbert, The Venetian Constitution in Florentine Political Thought, in: *N. Rubinstein* (Hrsg.), *Florentine Studies*, 463–500; Erdmann Blackstein, Der venezianische Staatsgedanke im 16. Jahrhundert und das zeitgenössische Venedig-Bild in der Staatstheorie des republikanischen Florenz (Diss. Frankfurt 1973).

<sup>65</sup> Hermann Hackert, Die Staatsschrift Gasparo Contarinis und die politischen Verhältnisse Venedigs im sechzehnten Jahrhundert (Diss. Heidelberg 1940); Rodolfo de Mattei, La teoria dello „stato misto“ nel dottrinarismo del seicento, in: *Rivista di studi politici internazionali* 15 (1948) 406–436; Franco Gaeta, Alcune considerazioni sul mito di Venezia, in: *Bibliothèque d'Humanisme et Renaissance* 23 (1961) 58–75; Myron Gilmore, Myth and Reality in Venetian Political Theory, in: *J. R. Hale* (Hrsg.), *Renaissance Venice*, (London 1973) 431–444; William Bouwsma, Venice and the Political Education of Europe, in: ebd., 445–466; Skinner, *Foundations* I, 139 ff.; Robert Finlay, *Politics in Renaissance Venice* (London 1980) 27 ff.; Edward Muir, *Civic Ritual in Renaissance Venice* (Princeton 1980) 13 ff.; Eco G. O. Haitsma Mulier, *The Myth of Venice and Dutch Republican Thought in the Seventeenth Century* (Assen 1980).

<sup>66</sup> C. C. Bayley, *War and Society in Renaissance Florence* (Toronto 1961) 197. 214 f.; Pocock, *Mach. Moment*, 244 f.; Skinner, *Foundations* I, 173.

<sup>67</sup> Albertini, *Staatsbewußtsein*, 132 f.

<sup>68</sup> Felix Gilbert, Machiavelli: The Renaissance of the Art of War, in: *E. M. Earle* (Hrsg.), *Makers of Modern Strategy* (Princeton 1943) [3–25], 10 f.; Albertini, *Staatsbewußtsein*, 131; Gennaro Sassò, Niccolò Machiavelli (Stuttgart 1965) 74 ff., 310.

<sup>69</sup> Albertini, 131.

<sup>70</sup> Bayley, *War and Society in Renaissance Florence*, 261; Sassò, Machiavelli, 73 f.

also ein Problem, wenn man hinsichtlich der militärischen Organisation sich von einer Praxis wie in Venedig gerade abwenden wollte.

\*

Die Erörterung des Konzepts „klassischer Republikanismus“ aus einer althistorischen Perspektive hat auf Gefahren unterschiedlicher Natur hingewiesen, die der Verwendung dieses Konstrukts innewohnen. Ein Problem liegt – wie die Diskussion um die Bürgerproblematik zeigt – in einer fragwürdigen Isolierung einzelner Konzeptionen, die der Komplexität antiker Theorie wie politischer Realität nicht gerecht wird und die deshalb auch einer fruchtbaren Aufnahme der antiken Tradition für den epochenübergreifenden Strukturvergleich im Wege stehen kann.

Zum anderen zeigt sich – wie das Beispiel der Theorie der Mischverfassung erkennen läßt – die Gefahr, daß bestimmte Theorieelemente als notwendige Bestandteile umfassenderer Konzeptionen mißverstanden werden, während sie tatsächlich wegen ihrer hohen Verallgemeinerbarkeit in unterschiedlichen Kontexten Verwendung finden können<sup>71</sup>. Die weitere Karriere, die das Mischverfassungsmodell in der englischen Verfassungstheorie seit der Mitte des 17. Jahrhunderts gemacht hat, kann als Illustration dafür gelten; auch hier ließe sich – gegen Pocock – zeigen, daß die Applikation dieser Figur als solche nicht zwingend mit der Orientierung an einem partizipatorischen Bürgerideal verbunden sein muß<sup>72</sup>.

<sup>71</sup> Felix Gilbert, Rez. Pocock, Mach. Moment, in: Times Literary Supplement (19.3.1976), 308.

<sup>72</sup> Siehe Wilfried Nippel, „Klassischer Republikanismus“ in der Zeit der Englischen Revolution, in: W. Schuller (Hrsg.), Antike in der Moderne (Konstanz 1985) 211–224.

*Giovanni Cipriani*

## Republican Ideology and Humanistic Tradition: the Florentine Example

Since the Middle Ages the imperial political pattern, which was alive in the Holy Roman Empire, did not only represent a political entity but a living ideal frame of reference to which the Biblical and Roman traditions seemed unfailingly to lead. Concrete more than ideal motivations lay at the core of the republican communal reality. As this reality became established in a large part of the Italian peninsula, however, the development of an autonomous political ideology became a heartfelt and straightforward necessity.

The Roman world contained elements of both republican and imperial ideology. As scholarly investigations of the ancient past spread in Italy during the XV<sup>th</sup> century, investigation of the oldest political traditions increased as well. Going backwards in time, probing the roots of antiquity, historians rebuilt the Italian political geography and unearthed a twofold Etruscan political model, side by side with that of republican and imperial Rome.

In Tuscany above all the discovery of an autochthonous past could be used to bolster up the form of the contemporary government, and some humanists actually worked in this direction. At the beginning of the XIV<sup>th</sup> century Giovanni Villani had already emphasized the "potenza e signoria ch'avea la provincia di Toscana innanzi che Roma avesse stato"<sup>1</sup>. He made clear that "le sue confine, dette colonne, erano infino alla città d'Adria in Romagna, in sul golfo del mare di Vinegia ... e nelle parti di Lombardia ... infino di là dal fiume di Po e del Tesino"<sup>2</sup>; it was Coluccio Salutati, however, who claimed for Florence and Tuscany the Etruscan and the Roman republican heritage.

From this viewpoint the Otto Santi war<sup>3</sup> and, above all, the fight against Giangaleazzo Visconti<sup>4</sup> represented moments of great creativeness. The purpose of the Duke of Milan was clear. Determined to extend his hegemony throughout central and

<sup>1</sup> *Giovanni Villani*, Cronica, in: *Croniche di Giovanni, Matteo e Filippo Villani secondo le migliori stampe e corredate di note filologiche e storiche* (Trieste, Milano 1857) Vol. I, book I, chap. XLIV, 24.

<sup>2</sup> Ibid.

<sup>3</sup> See R. C. Trexler, Who were the Eight Saints?, in: *Renaissance News* XVI (1963) 89–94.

<sup>4</sup> See D. M. Bueno de Mesquita, *Giangaleazzo Visconti Duke of Milan 1351–1402* (Cambridge 1941). Interesting pages in *Giovanni di Pagolo Morelli*, Ricordi, a cura di V. Branca (Firenze 1956).

northern Italy, Giangaleazzo took possession of Pisa, Siena, Perugia and Assisi in the period from 1399 to 1400, thus surrounding the Florentine State.

Locked in a deadly embrace, Florence summoned up every resource for the struggle against the powerful enemy. At the military level Florence kindled the ambitions of the young emperor Rupert of Wittelsbach and invited him to come down to Lombardy with an army. In the meantime a hard ideological struggle was carried out between Antonio Loschi on the one hand and Coluccio Salutati and Cino Rinuccini on the other.

Humanism was already intensely experienced as a constitutive element, both of individual learning and of a collective culture which was represented by autochthonous traditions that history and philology filled with symbolic meanings. Florence and Milan, engaged in a struggle without quarter, made clear the political content of an intellectual tradition which had so far been connected only with the rebirth of antiquity.

Already in 1397, shortly after the outbreak of the war, Antonio Loschi, chancellor in the pay of Giangaleazzo Visconti, did, in fact, send the Florentines a violent *Invectiva*<sup>5</sup> whereby he charged them as the real aggressors in the fight against Milan and, above all, as having falsely declared their Latin heritage. Cino Rinuccini and Coluccio Salutati after him, rose indignantly and powerfully claimed the moral and cultural superiority of their city. "Ancora spargi, o sciocchissimo, molte parole vanitose"<sup>6</sup>, Rinuccini wrote in his *Responsiva*; even more explicit was Coluccio Salutati in his famous *Invectiva in Antonium Luschum Vicentinum*: "Pudeat te spurcissimorum spurcissime sterucus et egeries Lombardorum vel potius Longobardorum, Florentinos, verum et unicum Italiae decus, faecem Italiae nominare."<sup>7</sup>

Florence was not only a town, she was the very symbol of the struggle against tyranny; with extreme boldness Salutati did not hesitate to call the Tuscan town indestructible because of the strength and independence of her inhabitants: "Talis est, ni fallor, populus Florentinus quem difficile sit ad unum penitus interire. Capta quidem, quod Deus avertat, dirutaque Florentia, tot sunt extra Florentiam Florentini quod viris et opibus novam possunt, alteris vel reffectis moenibus, Florentiam excitare."<sup>8</sup>

The Etruscans alone, who were conceived of as the ancient Tuscans, had been able to withstand the Latins and did not fear them militarily. More significantly Etruscan power was demonstrated by the extent of their rule, so ample as to reach the Adriatic, the name of which was thought to derive "ab Adria, Tuscorum colonia"<sup>9</sup>. Florence

<sup>5</sup> See *Hans Baron*, *Humanistic and Political Literature in Florence and Venice at the Beginning of the Quattrocento* (Cambridge/Mass. 1955) 38–47.

<sup>6</sup> *C. Rinuccini*, *Risponsiva alla invettiva di Messer Antonio Lusco*, in: *C. Salutati*, *Invectiva Lini Colucii Salutati Reipublicae Florentinae a secretis in Antonium Luschum Vicentinum de eadem republica male sentientem* (Firenze 1826) 206. See *Hans Baron*, *La crisi del primo Rinascimento italiano. Umanesimo civile e libertà repubblicana in un'età di classicismo e di tirannide*, trad. ital. (Firenze 1970) 98; *Baron*, *Humanistic and Political Literature*, 47–50.

<sup>7</sup> *Salutati*, *Invectiva*, 126.

<sup>8</sup> *Ibid.*, 7–8.

<sup>9</sup> *Ibid.*, 168.



herself had originated from the Etruscan "civitas Faesulana"<sup>10</sup> and received her earliest urban structure from the republican leader Sulla and from his soldiers.

The Etruscan and the Roman republican traditions were called upon to supply the key ideological element supporting the viewpoint of the Florentine humanists; in spite of this powerful effort, however, the outcome of the Milanese war was doubtful. The superiority of the ducal army was obvious; after the defeat of Giovanni Bentivoglio at Casalecchio (26 June 1402) and the conquest of Bologna, Giangaleazzo Visconti seemed ready to launch the final attack against Florence.

As Giovanni di Pagolo Morelli in his *Ricordi* tells us, Florence experienced terrible days of waiting and only the sudden death of Visconti, on 3 September 1403 in Margignano, dissolved the fear. A miracle had happened. "Istando le cose in questi termini Idio e la sua madre Vergine Maria e 'l beato messere Santo Giovanni Batista promissiono, acciò che tanto male non seguisse, che il Duca malò di male pestilenziale."<sup>11</sup> Thus the plague had saved Florence and restored that balance of power among the Italian States that had been deeply altered only a few years before.

The Tuscan town emerged from the fight renewed. Firm in her republican institutions, proud to be the symbol of the struggle against tyranny, she reached an harmonic cohesion in her politics both at home and abroad, where she was now endeavouring to win control of Pisa and her surrounding territory. Florence felt herself "urbs eiusmodi ... ut nichil neque luculentius neque splendidius in toto orbe terrarum inveniri possit"<sup>12</sup>. Leonardo Bruni expressed the feelings of many Florentines in his *Laudatio Florentinae urbis*, composed either in the summer 1403 or in that of the following year<sup>13</sup>.

Bruni's work, patterned after the *Panathenaicus* by Elio Aristide<sup>14</sup>, contained only a far echo of the struggle against the Visconti but the ideal image of Florence as a free city-state, heir to that republican Rome where liberty had ruled for so many centuries, held a most prominent role in it. The Romans had been the ones who founded the Tuscan town when "nondum Cesaes, Antonii, Tiberii, Neronis, pestes atque exitia reipublicae, libertatem sustulerant sed vigeat sancta et inconcussa libertas quae tamen, non multo post hanc coloniam deductam, a sceleratissimis latronibus sublata est"<sup>15</sup>, and for this reason "iure quodam hereditario ceu paternarum rerum possessio"<sup>16</sup>, to the Florentines belonged "dominium orbis terrarum"<sup>17</sup>.

<sup>10</sup> Ibid., 25.

<sup>11</sup> Morelli, *Ricordi*, 399. See Gene Brucker, *The Civic World of Early Modern Renaissance Florence* (Princeton 1977) 187ff.

<sup>12</sup> Leonardo Bruni, *Panegirico della città di Firenze*, testo italiano a fronte di frate Lazzaro da Padova, Presentazione di G. De Toffol (Firenze 1974) 11. Critical edition in Hans Baron, *From Petrarcha to Leonardo Bruni. Studies in Humanistic and Political Literature* (Chicago 1968) 217–263.

<sup>13</sup> See Baron, *La crisi*, 231–243 and in particular 245; Baron, *Humanistic and Political Literature*, 69–107.

<sup>14</sup> See Baron, *La crisi*, 210; Giovanni Cipriani, *Il mito etrusco nel rinascimento fiorentino* (Firenze 1980) 6.

<sup>15</sup> Bruni, *Panegirico*, 46.

<sup>16</sup> Ibid., 44.

<sup>17</sup> Ibid.

The consciousness of such an outstanding position, with the political and ideological implications attendant upon it, thoroughly legitimised the investigation into the past of the Florentine Republic. Doubtless Leonardo Bruni was the best spokesman of civic republicanism and, as learned humanist, he dug in depth. He had read Livy and was well informed about the war of the Romans against the Etruscans; in Bruni's work therefore, the character of the Florentines, who had proved themselves proud enemies of tyranny, acquired more specific outlines since they equally emerged as heirs to the free Roman citizens and the ancient Etruscans.

Bruni was the first to discover the meaning of Etruscan urban civilization and his *Historiarum Florentini Populi libri XII*<sup>18</sup> make his discovery clear. In his account the history of Florence had to be rewritten: "Florentiam urbem Romani condidere a Lucio Sylla Fesulas deducti. Fuerunt autem hi Syllani milites quibus ob egregiam cum in caeteris tum in civili bello navatam operam pars Fesulani agri est attributa et Fesulae una cum veteribus incolis sedes traditae."<sup>19</sup> If it was a fact that Florence, cradle of republican liberty, originated from Sulla's soldiers, it was also a fact that the Etruscans were present in that land. Everybody knew that: "Ante Romanum quidem imperium longe maximas totius Italiae opes maximamque potentiam ac prae caeteris, vel bello vel pace, inclitum nomen Etruscorum fuisse, inter omnes antiquissimos rerum scriptores haud ambigue constat."<sup>20</sup>

The Etruscan political system was carefully highlighted and if "ab initio rex unus gubernabat"<sup>21</sup>, later "ut regia potestas gravior illis visa, ex singulis populis singulos Lucumones, (sic enim magistratum vocitabant qui communi consilio totam regeret gentem) creare coeperunt"<sup>22</sup>. The Etruscans, the ancient Tuscans, possessed free city-states at first, ruled by "Lucumones" whose power was not rigid and absolute, as the words "communi consilio" clearly pointed out. Statements of this sort provided the evidence to support the humanists' contention that Tuscany had been the cradle of republican liberty. For this very reason the Florentines were "tyrannorum valde ... inimici"<sup>23</sup>. For this they loved liberty "maxime omnium"<sup>24</sup>.

The Roman heritage, as Bruni argues, legitimized the Florentine wars as the recovery of something lost. So much that "ut omnia bella quae a Populo Florentino geruntur iustissima sint nec possit hic populus in gerendis bellis iustitia carere cum omnia bella pro suarum rerum, vel defensione vel recuperatione, gerat necesse est, quae duo

<sup>18</sup> See E. Santini, Leonardo Bruni Aretino e i suoi *Historiarum Florentini Populi libri XII*, in: *Annali della R. Scuola Normale Superiore di Pisa XXII* (1910) 1-174; E. Santini, La fortuna della Storia Fiorentina di Leonardo Bruni nel Rinascimento, in: *Studi Storici XX* (1891) 177-195; *Baron*, La crisi, passim; D. J. Wilcox, *The Development of Florentine Humanist Historiography in the Fifteenth Century* (Cambridge/Mass. 1969) 32-129.

<sup>19</sup> Leonardo Bruni, *Leonardi Aretini Historiarum Florentini Populi libri XII*, a cura di E. Santini, in: *Rerum Italicarum Scriptores. Raccolta degli storici italiani dal Cinquecento al Millecinquecento ordinata da L. A. Muratori*, Nuova edizione riveduta, ampliata e corretta con la direzione di G. Carducci e V. Fiorini, tomo XIX, parte III (Città di Castello 1914-1926) book I, 5.

<sup>20</sup> *Ibid.*, 7.

<sup>21</sup> *Ibid.*

<sup>22</sup> *Ibid.*, 7-8.

<sup>23</sup> Bruni, *Panegirico*, 46.

<sup>24</sup> *Ibid.*

bellorum genera omnes leges omniaque iura permittunt”<sup>25</sup>, now, however, a new heritage and a new source of legitimation were added. Indeed the Etruscans, the ancient Tuscans, had been in many ways mentors of the Romans: “Constat autem Romanos praetextam et trabeas, phalerasque et anulos, togas quoque pictas et palmatas, tunicas, currus insuper aureos triumpho decoros, fasces denique et lictores et tubas et sellam curulem ac caetera omnia regum magistratuumque insignia ab Etruscis sumpsisse”; furthermore “Nec imperii tantum insignia, caeterumque augustiorem habitum sumpserunt ab Etruscis verum etiam literas disciplinamque ... Nam caeremonias quidem ac religionem et cultum Deorum, qua in arte Etrusci prae caeteris gentibus excelluisse traduntur, Romani sic ab illis susceperunt ut tamen priores partes relictas penes auctores ipsos faterentur. Simulatque gravius quidquam reipublicae imminerebat, in quo Deum numina placandum censerent, vates et aruspices ex Etruria vocabantur.”<sup>26</sup>

Above all, in their cult of the divine the ancient Tuscans had been sublime; if it held true that the Latins learned from them their own rites and ceremonies, it also held true that this ancient religious tradition was still living in Florence.

Bruni meant to emphasize the fact that between the Etruscans and the Romans there had never been incurable contrasts and he also believed that the Etruscan forces, when they were weakening, had been absorbed into the Roman forces as their worthy heirs, because, “cum Romanis vero non odio neque acerbitate unquam pugnatum, plus etiam amicitiae quam belli interdum fuit”<sup>27</sup>. After many centuries the same process repeated itself in Florence. The Roman forces, now also weakening, together with their previous Etruscan heritage, entered the Tuscan town. Thus Florence, making old splendour, come alive again, actually became the spiritual fatherland of all Italians.

The term “Etruscan” soon became a synonym for noble and generous: “Quid igitur, aut pace aut bello, magis inclitum esse potest quam Etruscum nomen si antiquitatem et vetustatem gentis gloriam inspicias?”<sup>28</sup>, wrote Leonardo Bruni to Francesco Gonzaga on 26 May 1418, as he celebrated, on the grounds of Plinius *Naturalis historia*<sup>29</sup>, the Etruscan origins of Mantova and while venting his pride for his share in the ancient glory of that city.

Etruscan and Roman at the same time, Florence withstood with renewed strength Filippo Maria Visconti's attack. In May 1427, the death of Nanni degli Strozzi, the only military commander in the Florentine army who was not a mercenary, provided a new opportunity for Bruni's celebration of his adoptive city. “Civitate amplissima atque maxima, lati domini, summae auctoritatis, Etruscarum quidem civitatum, sine

<sup>25</sup> Ibid., 44.

<sup>26</sup> Bruni, *Historiarum*, book I, 9.

<sup>27</sup> Ibid.

<sup>28</sup> Leonardo Bruni, *Leonardi Bruni Arretini Epistolarum libri VIII ad fidem codicum manuscritorum suppleti et castigati et plusquam XXXVI epistolis quae in editione quoque Fabriciana deant, locupletati*. Recensente Laurentio Mehus Etruscae Academiae Cortonensis socio, qui Leonardi vitam scripsit, Manetti et Poggii orationes praemisit, indices, animadversiones praefationemque adiecit, librumque nonum ac decimum in lucem protulit. Accessere eiusdem epistolae Populi Florentini nomine scriptae nunc primum ex codicibus manuscriptis in lucem editae (Firenze 1741) pars secunda, lib. X, epist. XXV, 229.

<sup>29</sup> “Mantua Tuscorum trans Padum sola reliqua.” Plin., *Nat. Hist.*, III, 19.

controversia, omnium princeps, Italicarum vero ... neque genere, neque opibus, neque magnitudine cuiquam secunda"<sup>30</sup>; such was the solemn tone of the *Oratio in funere Nannis Strozae*<sup>31</sup>. The reason of this greatness stood clearly out and belonged to the very origins of the town: "Ad cuius originem civitatis duae nobilissimae ac praestantissimae totius Italiae gentes coierunt, Tusci, veteres Italiae dominatores et Romani, qui terrarum omnium virtute sibi et armis imperium pepererunt."<sup>32</sup> Nobody could have doubts about the Etruscan excellence. In idealized humanistic fashion the Etruscans embodied the free republican political system thanks to the form of their government and Florence emerged as the main heir of such an old tradition.

The coming to power of Cosimo il Vecchio in 1434 altered these ideals remarkably. Once again Leonardo Bruni provides precious evidence of this change in the political temper of the city through his Περί Πολιτείας Φλογεντίων a small Greek tract on Florentine political institutes written in 1439 in the context of the Council of Florence<sup>33</sup>. However, it is interesting to point out that the connection with the Etruscan republican tradition survived for a long time in Florentine political culture.

In the face of all this Niccolò Machiavelli at the beginning of the XVI<sup>th</sup> century realized the positive aspects of the "modo delle leghe come viverono i Toscani ... e come oggi vivono i Svizzeri"<sup>34</sup> and invited his fellow citizens to keep in mind the Etruscan alternative to the Roman political model: in case "la imitazione de' Romani paresse difficile ... non doverrebbe parere così quella degli antichi Toscani, massime a presenti Toscani. Perché se quelli non poterono ... fare uno imperio simile a quel di Roma, poterono acquistare in Italia quella potenza che quel modo di procedere concesse loro"<sup>35</sup>.

Similarly Piero Vettori spurred the army to the last defence of the Florentine Republic on 5 February 1530, by calling with such words in his *Oratione*: "Et non è nuova ai Toscani la gloria dell'arme ... Io dico de' più rimoti secoli et che quasi per lunghezza sono in oblivione a molti, ma a noi è vergogna non saper le cose virtuosamente fatte dagl'antichi habitatori di questo nostro paese. Quelli antichi buo' Toscani così come e furono autori della disciplitia delli auguri et in quelle cerimonie mirabilmente lodati, così ancora meritaron gran fama nella disciplina militare, per mezzo della quale in modo ampliarono il loro dominio che quasi tutta Italia obediya alle lor arme."<sup>36</sup> And he wished "d'havere a rinnovare l'imperio et la gloria di quei bellicosì

<sup>30</sup> *Leonardo Bruni*, Eloquentissimi viri Leonardi Aretini oratio in funere Nannis Strozae Equitis Florentini, in: *E. Baluze*, Stephani Baluzii Tutelensis miscellanea novo ordine digesta et non paucis ineditis monumentis opportunisque animadversionibus aucta, opera ac studio, Johannis Dominici Mansi Lucensis (Lucca 1761-1764) tom. IV, 3.

<sup>31</sup> See *Baron*, La crisi, 411-412, 447-449, 466-471.

<sup>32</sup> *Bruni*, *Oratio*, 3.

<sup>33</sup> See *Giovanni Cipriani*, Per una lettura del Περί πολιτείας Φλογεντίων di Leonardo Bruni, in: *Ricerche Storiche* XI (1981) 619-624.

<sup>34</sup> *Niccolò Machiavelli*, Il Principe e Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio, con introduzione di *G. Procacci* e a cura di *Sergio Bertelli* (Milano 1971) Discorsi, book II, ch. IV, 289.

<sup>35</sup> *Machiavelli*, Discorsi, book II, ch. IV, 291.

<sup>36</sup> *P. Vettori*, Oratione di Piero Vettori fatta alla Militare Ordinanza Fiorentina l'anno MDXXX il di (5 Febbraio), in: *R. von Albertini*, Firenze dalla Repubblica al Principato. Storia e coscienza politica, trad. ital. (Torino 1970) Appendice 419.

Toscani, perché siamo pur nati sotto il medesimo cielo, atto a produrre generosi animi et leggiadri, né s'ha a stimare ch'abbia mutato natura ma che sia più tosto stata cagione del nostro pigro sonno la mala educatione ch'annighittisce et addormenta ogni generoso spirito col nutrirlo in opere abiette et meccanice"<sup>37</sup>.

<sup>37</sup> Ibid.

Sergio Bertelli

## Elites et pouvoir dans la ville-état de la Renaissance

Définir l'élite sociale dans la ville-état du Moyen Âge et de la Renaissance n'est, théoriquement, pas facile.

La théorie des élites politiques a été exprimée, sous plusieurs formes, sans grande différence de contenu, par Gaetano Mosca (1884), par M. J. Ostrogorski (1902), par Robert Michels (1911), et enfin par C. Wright Mills (1956)<sup>1</sup>, sans oublier Vilfredo Pareto (1848-1923) et sa théorie de la «circulation des élites», développée par ses disciples, en particulier par Maria Kobalinska. Plus récemment R. A. Dahl<sup>2</sup> a corrigé cette théorie, en soutenant la thèse «pluraliste», selon laquelle le groupe dominant changerait en rapport avec l'évolution des problèmes politiques: des coalitions politiques différentes répondraient à des décisions différentes et rassembleraient des groupes différenciés soit par leur *membership*, soit par leurs propres ressources. D'autre part, C. J. Friedrich<sup>3</sup> a remarqué que, pour définir une élite politique, il ne suffit pas de répondre à la question: «qui possède les ressources?», mais qu'il faut aussi vérifier la présence d'une «manière d'être» (je dirais plutôt d'une *Weltanschauung*) commune au groupe.

En voulant généraliser, nous pourrions dire que, par élite politique – et je souligne *politique* – nous entendons un groupe socio-politique qui exerce collégialement le pouvoir au sommet de l'état, en utilisant les ressources collectives pour son propre intérêt et celui des clients (les membres d'un *pairage*, d'une *vicinia*, d'une faction politique<sup>4</sup> qui l'entourent). C'est le privilège d'accéder aux magistratures (aux *offici*) les plus hautes de l'état qui délimite l'appartenance à l'élite. Donato Giannotti (qui était le secrétaire de la République florentine, après Machiavelli) écrivait:

«Questi che possono avere magistrati, sono quelli che noi chiamiamo nobili: se come ancor in Vinegia, solo quelli che possono avere magistrati sono gentiluomini, cioè nobili.»<sup>5</sup>

Mais une définition plus précise des élites dans la ville-état de la Renaissance n'est pas aisée parce que nous nous trouvons en face d'une double évolution, historique et sociale, qui vient de changer profondément la société italienne. En effet, entre le XV<sup>e</sup>

<sup>1</sup> Pour une information générale sur ce problème v. G. Parry, *Political Elites* (London 1969); S. Passigli (ed.), *Potere ed élites politiche* (Bologna 1971).

<sup>2</sup> R. Dahl, *Who Governs?* (New Haven 1961).

<sup>3</sup> C. J. Friedrich, *Man and His Government* (New York 1963).

<sup>4</sup> Cf. J. Heers, *Le clan familial au Moyen Âge* (Presses Universitaires de France 1974).

<sup>5</sup> D. Giannotti, *Discorso intorno alla forma della repubblica di Firenze*, in: F. L. Polidori (ed.), *Opere politiche e letterarie* (Firenze 1850) I, 17.

et le XVI<sup>e</sup> siècle nous assistons au passage d'une structure fondée sur le clan, sur une *consorteria* ou un pairage, à une société moins rigide et dans laquelle des personnalités individuelles s'imposent au sommet politique de l'état. Tout au moins, telle est la thèse avancée par Jacob Burckhardt et aujourd'hui accueillie par beaucoup d'historiens (et notamment par Richard Goldthwaite dans son étude sur quatre familles oligarchiques florentines), même si elle a été critiquée, par exemple, par David Herlihy et Francis William Kent<sup>6</sup>. Il ne s'agit pas de nouveaux aristocrates, parce que presque tous sortent des anciennes couches citadines, mais d'hommes de la même *consorteria* qui demandent de participer directement au débat politique, qui ne veulent plus être représentés dans les conseils de la ville par le chef de leur pairage; il s'agit d'hommes qui se transforment en leaders «politiques» en dehors même de leur clan et se spécialisent en une seule activité: la politique, le service d'état (à Florence, Leon Battista Alberti les appellerait *statuali*).

Le privilège d'accéder aux magistratures «réservé aux membre mâles des clans» vient d'être acquis grâce à une lutte politique qui déborde des limites du pairage, conférant à l'homme politique des dignités qui lui assurent une position éminente et un prestige social qui l'isole au sommet. La nouvelle oligarchie est ainsi formée par un groupe de membres d'une même faction, *vicinia* ou «parti politique» embryonnaire, qui a pris le pouvoir et qui l'exerce dans l'intérêt de son propre parti et de ses partisans.

Ces élites basent leur pouvoir essentiellement sur deux composantes: d'une part, le revenu de la terre et du commerce; d'autre part, les fonctions administratives (militaires, financières, judiciaires) de l'état. Mais l'exercice d'une charge n'est pas seulement une source de revenus, mais aussi de pouvoir politique, ce qui n'est pas le cas pour la terre et le commerce. Ainsi la première composante n'est pas forcément liée à la seconde. On peut trouver des hommes pourvus de richesse mais dépourvus de pouvoir politique; on peut trouver des hommes pourvus de pouvoir politique et qui ne participent pas à l'essor économique de la ville-état mais qui, repliés sur eux-mêmes, trouvent dans la disponibilité des dignités, dans l'utilisation directe de leurs charges, dans la corruption même, la source de leurs propres richesses.

Pour pouvoir parler d'oligarchies dominantes dans la ville italienne de la Renaissance il faudrait répondre aux questions suivantes:

1. Qui détient le pouvoir dans la ville et comment?
2. Dans quelles conditions et dans quelles limites s'exerce-t-il?
3. Y a-t-il une *Weltanschauung* commune dans les groupes qui se succèdent au pouvoir?

<sup>6</sup> R. Goldthwaite, *Private Wealth in Renaissance Florence. A Study of Four Families* (Princeton, N. J. 1968); D. Herlihy, *Family Solidarity in Medieval Italian History*, in: D. Herlihy, R. S. Lopez, V. Slesarev (eds.), *Economy, Society, and Government in Medieval Italy. Essays in Memory of Robert L. Reynolds* (Kent, Ohio 1969); F. W. Kent, *Household and Lineage in Renaissance Florence. The Family Life of the Capponi, Ginori and Rucellai* (Princeton, N. J. 1977); D. Kent, *The Rise of the Medici Faction in Florence, 1426-1434* (Oxford 1978); D. V. and F. W. Kent, *Neighbours and Neighbourhood in Renaissance Florence: The District of the Red Lion in the Fifteenth Century* (The Harvard University Center for Italian Renaissance Studies 6, New York 1982).

En premier lieu, pour éloigner d'emblée toute comparaison équivoque avec les démocraties modernes, on notera que le monde des *cives optimo jure*, par rapport à la population réelle, est incroyablement étroit dans la ville du Moyen-Age et de la Renaissance. A Florence, pour une population qui oscille entre 55 000 et 65 000 habitants, le *squttino* (liste électorale) de l'an 1391 nous donne 4336 artisans *Maggiori* (c'est-à-dire appartenant aux gildes les plus importantes et auxquelles étaient réservés deux-tiers des charges) et 1649 artisans *Minori*. Le nombre des *cives abilitati* au Conseil Majeur de la République (la classe politique florentine, la seule qui pouvait accéder aux charges de l'état) est, d'après les chroniqueurs, de 3600 à 3200 *beneficiati*, dans une des périodes considérées (erronément) comme une des plus démocratiques de la vie politique de la ville: la période de Savonarola entre 1494 et 1498<sup>7</sup>.

La recherche de l'existence d'une oligarchie devra donc tenir compte de l'exigüité de sa base électorale et de l'étroitesse de son milieu politique.

Dans la commune médiévale l'*arengo* (de l'allemand *Ring*), la *concio*, le *parlamento*, comme les différents conseils majeurs ou *grandi*, sont des assemblées purement électorales, accessibles non pas à tous les habitants de la ville, mais seulement aux *cives optimo jure*, aux *nobili* vénitiens, aux *beneficiati* florentins, les seuls membres, à plein titre, de la commune. Le caractère particulier, privé, de l'ancien serment que nous trouvons à la base de la commune, fait de cet organisme un pouvoir minoritaire et rend les «communistes» différents – à la naissance du nouvel organisme – des habitants sujets à l'autorité féodale de l'évêque ou du comte impérial. Ce nouveau groupe de pouvoir est formé par des fonctionnaires épiscopaux ou impériaux (juges et notaires), des artisans, des marchands, des gens venus de la campagne féodale qui, à ce moment, sert de réservoir démographique à la ville<sup>8</sup>, et même par des nobles feudataires *inurbati* (venus en ville). Cependant, ce ne sont pas tous les fonctionnaires ou tous les marchands ou tous les nobles qui sont engagés dans la nouvelle structure politique: la différence entre les «communistes» et tous les autres est frappante. Il ne s'agit donc pas d'une classe, mais plutôt d'un parti politique.

La première commune est une association privée dans la mesure où ses membres, en soutenant et/ou en se substituant au pouvoir public (de l'évêque ou du comte), visent à imposer l'usage de la justice, ou le privilège d'un monopole, en fonction d'intérêts «privés». A partir de ce point de vue il est bien vrai, comme le dit P. C. Timbal<sup>9</sup>, que les consulats se présentent avec toutes les caractéristiques d'une seigneurie collégiale; mais il s'agit d'établir la portée de cet exercice collectif du pouvoir et il ne semble pas qu'elle fût, en vérité, très ample. Naturellement, contrairement au consulat romain, le consulat médiéval a toutes les caractéristiques d'une magistrature collective beaucoup plus vaste; il est aussi certain que le milieu dirigeant est constitué par un

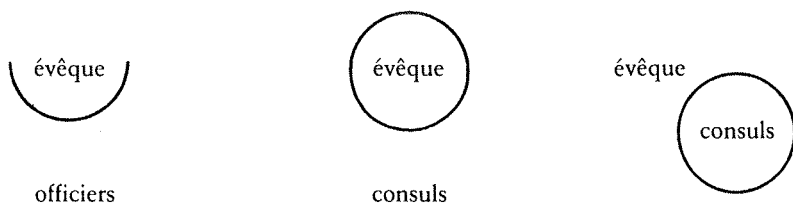
<sup>7</sup> Cf. R. Pesman Cooper, The Florentine Ruling Group under the «governo popolare», 1494–1512 (à paraître); Sergio Bertelli, Constitutional Reforms in Renaissance Florence, in: The Journal of Medieval and Renaissance Studies 3, n. 2 (1973) 139–164.

<sup>8</sup> J. Plesner, L'émigration de la campagne à la ville libre de Florence au XIII<sup>e</sup> siècle (Copenhagen 1934).

<sup>9</sup> P. C. Timbal, Les villes de consulat dans le Midi de la France, in: Recueil de la Société Jean Bodin VI, La ville, I (Bruxelles 1954) 361.



cercle (la caste consulaire) qui peut être défini comme «noblesse» citadine. Le noyau originaire était composé par les descendants des fonctionnaires lombards et francs, par les vassaux des évêques provenant de la petite noblesse, par les *judices* et les notaires de l'état, comme le rappelle Goetz<sup>10</sup>. Médiateurs du pouvoir, entre seigneur et sujets, ils l'ont conditionné et environné, enfin ils l'ont privé, dépouillé de son pouvoir:



Nous devons cependant nous demander à nouveau: la commune a-t-elle été formée par tous les juristes, par tous les fonctionnaires et officiers du seigneur, par tous les vassaux? Ou plutôt est-ce que nous nous trouvons devant une *parte* («parti») qui agit politiquement pour conquérir le pouvoir dans la ville-état?

Comme Francesco Cognasso l'a justement écrit, la commune est toujours un parti organisé, dans la ville et même en dehors. Dans la ville la commune domine le palais du gouvernement après la défaite de son adversaire, en dehors, elle se conduit comme un organisme juridique fictif qui a ses propres magistrats et notaires, avec son sceau, et que tous les amis politiques reconnaissent dans l'attente de l'aider à conquérir la ville et de détruire le parti adverse<sup>11</sup>. Ce seront donc les «communistes» en tant que parti politique qui donneront alors l'assaut aux terres allodiales, qui détiendront le pouvoir politique et économique dans la ville après la destruction du pouvoir économique de leurs adversaires.

Ce groupe politique, élevé au pouvoir, se perpétue grâce à un mécanisme qui, tout en le perpétuant, le sépare à son tour de sa base-même (*l'arengo*). Les consuls sortants indiquent les électeurs des futurs consuls en les choisissant parmi les ex-consuls: la base est ainsi privée de tout contrôle sur les sommets qui se transforment en castes. Puisque dans la plupart des cas la structure collégiale du consulat reflète un équilibre de forces entre les différents clans présents dans la ville, la commune se transformera bien vite en une *federatio gentium*, en équilibre précaire entre eux. Ce n'est pas un hasard si la ville médiévale – contrairement au droit public romain – demande compte du délit public à l'individu et à ses *sodales*: c'est tout le groupe du pairage qui est coupable.

Machiavel a écrit dans la préface à ses *Histoires florentines* que «si, dans une république quelconque, les divisions furent remarquables, celles qui sont survenues dans Florence le sont au plus haut degré» – et il voulut se distinguer des historiens précédents

<sup>10</sup> W. Goetz, *Le origini dei comuni italiani* (trad. it.) (Milano 1965).

<sup>11</sup> F. Cognasso, *Le origini della signoria lombarda*, in: *Archivio Storico Lombardo* VIII, VI (1956) 8.

en mettant l'accent sur les dissensions intérieures de sa patrie. En fait, depuis l'époque de l'Empereur Frédéric II la commune italienne trouva dans la rivalité des guelfes et des gibelins un facteur permanent de scission de son groupe oligarchique. Cette scission donna lieu au phénomène remarquable du *fuoruscitismo*, qui dura jusqu'au XVI<sup>e</sup> siècle (nous pourrions choisir la bataille de Montemurlo contre Cosme de Médicis, 1537, comme terme *ad quem*). Chaque groupe d'exilés trouva auprès d'autres oligarchies l'appui et le soutien nécessaires pour comploter contre le parti contraire et pour organiser son retour. Il suffit d'ouvrir au hasard une chronique de l'époque pour se rendre compte de la nature des liaisons que les exilés réussirent à nouer avec les familles hors de la ville, en impliquant les oligarchies de la même *parte* et de communes tant voisines que lointaines.

Tout cela n'empêcha pas la reconstitution d'une unité au sommet, grâce à la formation d'un régime totalitaire (peu importe si guelfe ou gibelin) appelé par Nicolas Ottokar «regime accentuato», c'est-à-dire sous la direction d'un seul parti (à Florence, la *Parte Guelfa*). Ce qui n'impliqua pas un phénomène successif de sclérose de la part de l'élite politique qui avait pris le pouvoir. C'est sur sa capacité d'absorber l'essor socio-économique de la ville, dans un contexte international dominé par l'éclipse de l'autorité impériale, que la *Parte Guelfa* appuya sa force. Les *ordinamenti di giustizia* de Giano della Bella (1293) ont été considérés comme le point culminant de la lutte «populaire» contre les *Grandi* et les *Magnati*; mais nous sommes plutôt en présence d'un exemple classique de lutte à l'intérieur d'une oligarchie, avec appel au peuple d'une partie contre l'autre, dans le cas de dissidence interne (Giano était lui aussi un des membres du patriciat!). Ici, de nouveau, il ne s'agit pas de lutte de classes comme dans une société horizontale, selon l'interprétation marxiste de Gaetano Salvemini. Les *Magnati* ou *Grandi* étaient les chevaliers féodaux qui, rentrés à Florence après la bataille victorieuse de Campaldino (juin 1289) s'enorgueillissaient et essayaient d'imposer leur propre autorité sur leurs concitoyens, hors de la loi. *Grande* signifie plutôt ostentation de grandeur, suffisance qui porte à commettre des crimes; il n'avait pas – ou il n'avait pas seulement – le sens de *status*<sup>12</sup>. Il s'agissait pratiquement de malfaiteurs qui étaient condamnés pour leur violence, avec leur parentage, cité comme garant de la future bonne conduite d'un ou de plusieurs membres du pairage. Le pouvoir discrétionnaire accordé aux *Priori* (les Seigneurs de la ville) déterminait une grande corruption; de nombreuses familles de la noblesse féodale ou consulaire n'étaient pas reconnues *magnatizie* (telles les Altoviti, Baldovinetti, Della Bella, Chiermontesi, Giugni, Importuni, Pagalotti). Nous retrouverons au contraire certains de leurs membres parmi les leaders du coup d'état de 1293. Une révolution qui portera, en tout cas, rapidement, deux ans plus tard, à la cooptation dans le groupe au pouvoir (le *populus*) d'autres familles féodales telles que les Adimari, les Tosinghi, les Mozzi, les Bardi et les Cerchi. La réduction à l'état «populaire» de plusieurs familles de la noblesse féodale fut un processus constant jusqu'en 1330, lorsqu'une nouvelle loi cassa la seule connexion pour la définition de *magnate*: la dignité de chevalier. En tout cas, comme remarque Niccolò

<sup>12</sup> Cf. G. Pampaloni, I magnati a Firenze alla fine del Dugento, in: Archivio Storico Italiano CXXXVIII (1971) 393 ss.

Rodolico<sup>13</sup>, la loi de 1323 qui mettait dans la *Parte Guelfa*, à côté de trois prieurs du patriciat trois prieurs *di popolo*, ne signe pas la défaite des *Grandi* ou aristocrates. Le nouvel élément introduit par la loi, au lieu de transformer la *Parte Guelfa* en sens démocratique, fut assimilé: signe irréfutable de la vitalité d'un groupe qui visa à l'hégémonie et de sa capacité de se renouveler en absorbant les familles les plus riches de la classe moyenne.

Mais il nous faut aussi vérifier le concept même du *peuple* (*populus*), dans le Moyen-Age italien. A Pisa, en 1222, le *podestà* Alberghetto da Pandimiglio prête son serment de fidélité à l'état du peuple et à l'état de la noblesse, c'est-à-dire aux deux factions en lutte dans la ville. Mieux encore, après la paix de 1237, on trouve, à Pise, de nombreux nobles dans la faction dite «du peuple», avec leur *domus* et tous leurs *fideles et consortes*. Même chose pour Piacenza, où l'arbitrat de Sozzo Colleoni, de 1222, partage les magistratures de la ville entre la faction dite «du peuple» (*Populus Placentiae*) «et illi milites qui ad populum attendunt» et d'autres factions de la noblesse féodale (*milites*) «et illi de populo qui ad milites attendunt». Il est donc inexact d'affirmer que «le peuple est constitué par la bourgeoisie artisanale, commerçante, industrielle organisée en corporations de métiers et en corps d'armes», créant un rapport de lutte de nature classiste<sup>14</sup>. Plus près de la vérité se trouve C. de Vergottini, quand il écrit que «tout le mouvement populaire est au XIII<sup>e</sup> siècle largement guidé par des nobles, détachés pour diverses raisons de leur classe sociale et de leur parti politique»<sup>15</sup>. En réalité nous assistons à une redistribution du pouvoir à l'intérieur du groupe oligarchique qui règle ses propres irrémédiables contrastes à coups d'appels à l'extérieur, impliquant dans ses propres luttes les *cives mediocres et minores*, en une division politique *latu sensu*. Encore, l'erreur est de considérer la noblesse féodale de l'Italie communale comme une féodalité très liée à des concepts d'honneur qui arriveront, plutôt, dans la reféodalisation du XVI-XVII<sup>e</sup> siècle. La noblesse inurbée du XIII-XIV<sup>e</sup> siècles se mêle naturellement avec les marchands de la ville, participant à la lutte politique dans la double base du clan familial et de la corporation. A travers ces luttes, de nouveaux groupes émergents obtiennent la participation au pouvoir, à côté des groupes consortiaux qui sortiront vainqueurs de la lutte et cooptés par eux. En effet ce n'est pas un hasard si le vainqueur de ces luttes sera presque toujours, non pas le «peuple» (dans un sens et une acception du terme qu'il n'eut jamais avant la révolution française), mais la faction du «peuple» rassemblée autour d'un propre leader issu de la noblesse (ou du patriciat). C'est ainsi qu'à Piacenza, des luttes intestines commencées en 1218, émergera comme capitaine du peuple Uberto de Iniquitate, avec des pouvoirs seigneuriaux, et le rectorat du «peuple» sera confié collégialement à Caglielmo l'Audito et à ses fils, et l'on pourra parler de sa *dominatio*. Ainsi à Parma, en 1255, le capitaine du peuple sera Giberto da Gente avec des pouvoirs seigneuriaux.

<sup>13</sup> N. Rodolico, *La democrazia fiorentina nel suo tramonto (1378-1382)* (Bologna 1905) 162.

<sup>14</sup> G. Fasoli, *Ricerche sulla legislazione antimagnatizia nei comuni dell'alta e media Italia*, in: *Rivista di storia del diritto italiano* XII (1939) 91.

<sup>15</sup> G. de Vergottini, *Il «popolo» di Vicenza nella cronaca ezzeliniana di Gerardo Maurisio*, in: *Studi in memoria di U. Ratti* (Milano 1934) 652.

A Viterbo le chef de la majeure famille féodale, Rainerius Gattus, sera le «capitaine du peuple» entre 1257 et 1259; un peu plus tard, un autre noble, Monaldus Petri Fortisguerre obtiendra la même charge. A Orvieto, le régime «du peuple» sera imposé par Ranieri della Greca, issu d'un des milieux les plus importants de la noblesse féodale locale. Il sera capitaine du peuple entre 1280 et 1284<sup>16</sup>.

Le peuple n'est donc pas une classe, mais une faction politique. Suivant la parole d'un juriste du temps, Ranieri da Forlì, «sub hoc significatu etiam nobiles comprehenduntur». Dans une société rigidement hiérarchique et caractérisée par une extrême étroitesse politique, la lutte sera verticale plus qu'horizontale. Comme l'observe justement David Herlihy, «a faction was a vertical as well as horizontal association, linking great men and small, cutting across class lines and working to obscure them»<sup>17</sup>. Dans le clan des Doria les différences sociales étaient très grandes, mais cela n'empêcha pas la cohésion et la solidarité entre les membres du parentage<sup>18</sup>. Ce sera seulement plus tard, dans la ramification naturelle des familles, vers la fin du XIV<sup>e</sup> siècle, le début du XV<sup>e</sup>, que cette solidarité s'affaiblira, qu'on arrivera à percevoir comme trop coûteux le soutien économique des membres les plus faibles de sa propre *consorteria*. La ramification de la *gens* selon un développement naturel créera encore une diversité de lignes politiques à l'intérieur d'un même groupe patricien, jusqu'à la dispersion extrême. A Florence les Strozzi, par exemple, figurent parmi les familles de l'oligarchie guelfe au début du XIV<sup>e</sup> siècle et une de leurs branches demeurera toujours dans le groupe prédominant jusqu'à la principauté de Cosimo I de Médicis (1537). Leurs maisons s'élevaient avec leurs tours dans les districts de la paroisse de Saint Pancrace, gonfalon du Lion rouge<sup>19</sup>. En 1351 les groupes familiaux des Strozzi sont vingt-huit, et ils arrivent à trente et un, selon le *catasto* (structure fiscale) de 1427, où ils figurent avec des patrilignes séparés. Il est donc évident que «their political interests often diverges, and individuals of Strozzi descent can be found on all sides in the tumultuous politics of the late fourteenth Century», selon Richard Goldthwaite<sup>20</sup>.

Mais l'histoire des Médicis est encore plus intéressante pour nous. Comme l'a démontré Gene Brucker, ils se sont partagés en différents groupes politiques, à partir du XIV<sup>e</sup> siècle<sup>21</sup>. Plus récemment Madame Dale Kent nous démontre que le parti médicéen était un ensemble d'intérêts familiaux d'un groupe de parents et voisins, unis dans le district de Saint Jean, gonfalon du Lion d'or. Ici on trouve leurs palais aux alentours de l'église Saint Laurent, ici on trouve leurs *clientes*. Cela signifie que les Médicis (ou plutôt une branche de leur famille), au début du XV<sup>e</sup> siècle étaient une force terri-

<sup>16</sup> Cf. in *Sergio Bertelli*, Il potere oligarchico nello stato-città medievale (Firenze 1978) 61–65.

<sup>17</sup> *D. Herlihy*, Medieval and Renaissance Pistoia. The Social World of an Italian Town (New Haven 1967) 199.

<sup>18</sup> Cf. in *Heers*, Le clan familial, fig. 5.

<sup>19</sup> Cf. *D. Kent*, The Rise, 61 ss.

<sup>20</sup> *Goldthwaite*, Private Wealth, 31 ss.

<sup>21</sup> *Gene Brucker*, The Medici in Fourteenth Century, in: *Speculum* 1 (1957) 1 ss.

toriale, non plus une *consorteria*, ni un groupe social<sup>22</sup>. En adaptant la fameuse sentence de E. P. Thompson à propos de la classe ouvrière anglaise, on peut dire que «neighbourhood, like «class» itself was not a «structure», nor even a «category», but something which in fact happens (and can be shown to have happened) in human relationship»<sup>23</sup>. Ce groupe politique est donc lié par parentage et par voisinage. Selon l'accent polémique de Anthony Molho, Cosimo l'ancien était plutôt un *padrino*, un parrain dans le langage de la mafia, qu'un *pater patriae*<sup>24</sup>.

Mais au début du XV<sup>e</sup> siècle l'état a désormais dépassé les frontières de la ville, de la *civitas*, grâce à la conquête de plusieurs territoires, de plusieurs communes voisines. En même temps, l'état vient de se centraliser, grâce à la monopolisation croissante de la violence<sup>25</sup>. Le gouvernement requiert un mécanisme plus complexe. Si le milieu politique est encore semblable au milieu médiéval, une bureaucratie va pourtant se former, une spécialisation politique est aujourd'hui nécessaire, laquelle ni l'artisan, ni le marchand ne peuvent avoir ni acquérir sans dommage pour leur travail et pour leurs affaires. David Herlihy a justement observé que «the growth of a class of men, educated for, living by and committed to the art of government service is one of the most significant political and social developments» du XV<sup>e</sup> siècle<sup>26</sup>. Le phénomène se lie à deux processus évolutifs, mûris au cours du siècle précédent: la désagrégation du clan ou, tout au moins, son éloignement de la sphère publique et son repliement sur le domaine privé<sup>27</sup> et le développement de la structure de l'état. La conduction de la chose publique est désormais devenue un art (et Burckhardt parlera d'un état «comme œuvre d'art»), et on ne pourra prétendre cette spécialisation de la part d'un marchand ou d'un chef d'atelier ou d'un rentier, ni ceux-ci ne pourront l'acquérir sans négliger leurs pro-

<sup>22</sup> Cf. D. Kent, *The Rise*, 348: «the major conflict in the city from 1426 to 1434 arose not out of an opposition of fundamental class interests, but between two groups within the ruling class whose subtle differences in social and political background and experience significantly affected their structure and organization, and were also reflected partly, though not wholly, in their differing attitudes to questions of major importance like the financing of the republic, the admission of newer citizens into the ruling group, and the treatment of that suprapolitical Florentine class, the magnates. Most immediately, however, the two parties were essentially dedicated to the defence of their own private interest in the *stato*; theirs was a clash, not of opposing ideologies, but of the conflicting claims of individuals to the exercise of power».

<sup>23</sup> D. and F. Kent, *Neighbours*, 9.

<sup>24</sup> Anthony Molho, Cosimo de' Medici, «pater patriae» or «padrino»? in: *Stanford Italian Review* (Spring 1979) 9-18.

<sup>25</sup> Je pense ici à l'œuvre de N. Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen* (Haus zum Falken 1939) et à M. Foucault, *Surveiller et punir. Naissance de la prison* (Paris 1976).

<sup>26</sup> Herlihy, *Medieval and Renaissance Pistoia*, 231.

<sup>27</sup> D. Herlihy, *Family Solidarity*, mais v. encore S. Chojnacki, *In Search of Venetian Patriate: Families and Factions in 14th Century* (London 1973); D. Owen Hughes, *Toward Historical Ethnography: Notarial Records and Family History in the Middle Ages*, in: *Historical Methods Newsletter* 7,2 (March 1974) 61-68 et, du même auteur, *Kinsmen and Neighbours in Medieval Genoa*, in: H. Miskimin, D. Herlihy, A. L. Udovitch (eds.), *The Medieval City. In Honor of R. S. Lopez* (New Haven 1977) 95-111 et *Urban Growth and Family Structure in Medieval Genoa*, in: *Past and Present* LXVI (1975) 3-28; Ch. Klapisch, «Parenti, amici e vicini»: il territorio urbano d'una famiglia mercantile nel XV secolo, in: *Quaderni storici* 33 (1976) 953-982.

pres affaires. Mais du moment que la présence dans la vie publique (dans le *reggimento*) était une condition nécessaire pour déterminer le bon succès du commerce et de la pénétration dans les marchés extérieurs, pour la conquête de nouvelles terres dans la campagne, il ne restera qu'à répartir entre les membres de la famille patricienne les différents engagements et les différents devoirs. Par exemple, un des *consorti* se consacrera au commerce, un autre à la politique (mais d'autres encore, comme c'est souvent le cas, se consacreront à la carrière ecclésiastique: ainsi les familles du patriciat réussiront à contrôler l'appareil de l'église locale, grâce à l'entrée de leurs membres dans les chapitres métropolitains). Mais on verra plus tard, au début du XVI<sup>e</sup> siècle, des familles entières se vouer uniquement à la politique et au service de l'état (en particulier de la diplomatie). A Florence les Soderini (ancienne famille aristocratique et marchande) en sont un exemple probant. Un des membres de cette famille sera le premier gonfalonier à vie (c'est-à-dire le *doge*, à l'exemple de Venise) de Florence, élu à la plus haute magistrature de l'état en 1502. Mais l'un de ses frères aînés, Giovanpaolo, sera parmi les chefs politiques de la première république savonarolienne, entre 1494 et 1498, et l'autre, Francesco, sera l'évêque de Volterra et, à partir de 1503, un des plus puissants cardinaux à Rome; le frère le plus jeune, Giovanvittorio, un des plus fameux ambassadeurs de la République.

Le conflit, même au niveau des coutumes, fut net entre les vieilles familles marchandes et les nouvelles familles (même si Herlihy parle encore d'une *bilateral extended family*)<sup>28</sup>, engagées uniquement sur le front de la vie publique, politique, et appelées malgré tout *statuali*. Dans le troisième livre de *La famiglia*, Leon Battista Alberti affirme que le citoyen a le devoir de servir sa patrie; mais il entend ce service comme une aide donnée de temps à autre, et sans modifier son *status*, son activité commerciale ou professionnelle. Quant aux *statuali*, L. B. Alberti leur est hostile: selon lui, les anciens Florentins ont affirmé que les devoirs du citoyen sont de servir la république et de se consacrer à la patrie et au bonheur de tous, pour ne pas céder la place aux individus oisifs dont l'improbité bouleverserait l'ordre des choses publiques et privées. Mais cette aide, pour Alberti, ne peut être qu'occasionnelle, irrégulière. Dans son dialogue, à Léonard qui lui demande: «Considérez-vous, comme nos citoyens, un honneur le fait de remplir les charges de l'état?», Giannozzo répond vivement qu'assurément rien ne lui semble moins digne d'être réputé honorable que de remplir ces fonctions, et qu'il a toujours préféré une autre vie à celle des *statuali*: vie très tourmentée, pleine de soupçons, de peines, et surtout de servitudes, car, selon lui, on ne peut guère voir de différences entre ceux qui cherchent à être élus aux charges de l'état et des serfs publics<sup>29</sup>.

Il faut souligner que le plagiat du pseudo-Pandolfini, le *Governo della famiglia*, achevé à l'époque médicéenne, vers 1460, reprend et développe la critique faite par Alberti. Mais il est encore plus important de constater que la même critique revient sous la plume de Giovanni Rucellai, une des plus éminentes figures de la Renaissance florentine, dans son *Zibaldone quaresimale*: ce qui montre la cassure de l'oligarchie flo-

<sup>28</sup> Herlihy, *Family Solidarity*, 180 et 182.

<sup>29</sup> L. B. Alberti, *I libri della famiglia*, in: C. Grayson (ed.), *Opere volgari* (Bari 1960) 183.

rentine. Que se passera-t-il donc dans la société florentine? Il ne faut pas oublier que, pour beaucoup de *homines novi*, protégés par les Médicis contre les vieux patriciens, le *cursus honorum* de la vie politique fut un moyen puissant pour obtenir un *status* dans la ville à côté des riches aristocrates.

Après la chute des Médicis (de Piero fils de Laurent le Magnifique, en 1494) des familles féodales des vieux *magnati* et des familles persécutées par les Médicis, furent accueillies dans le milieu politique de la nouvelle république et cooptées dans le *inner group* au pouvoir. La *leadership* était désormais dans les mains de ce groupe, de ces *statuali* (à peu près mille mâles florentins, ceux qui participent aux travaux du Grand Conseil avec continuité). Ces modernes «savants de la politique» surent exprimer des figures extrêmement significatives, tel un haut bureaucrate comme Niccolò Machiavelli (chef de la Chancellerie républicaine), tel Francesco Guicciardini (membre d'une famille du patriciat), Donato Giannotti, ou – à Venise – Paolo Paruta.

Malgré son origine (la plupart provenait du patriciat citadin), cette nouvelle classe de *statuali* n'était pas détentrice du pouvoir économique, ou du moins de tout le pouvoir économique, dans la mesure où les *statuali* avaient diversifié leur propre avenir de celui des parents ou des *consorti* restés marchands, ou banquiers ou entrepreneurs ou rentiers, pour se consacrer entièrement à l'exercice des charges d'état, à la politique. La structure de la chose publique, désormais plus articulée, avait donc apporté un divorce – au moment même où elle demandait une spécialisation – entre le moment productif et le moment décisionnel. On ne peut pas non plus dire, d'une manière trop simpliste, que c'était le monde de la production qui influençait et déterminait de toute façon les choix politiques, parce que les décisions de ceux qui détenaient le pouvoir politique étaient prises en ayant soin, avant tout, des intérêts du «parti» qui prévalaient sur toute autre considération.

En opposition au nouveau régime de Soderini, plusieurs aristocrates et citoyens florentins ne payent plus les taxes, ce qui signifie la perte de tous droits civils pour eux, laissant ainsi au parti politique au pouvoir toute responsabilité de la conduite de la politique florentine, même militaire et étrangère. Ainsi, pour n' être pas contraints à accepter les charges peu rétribuées de la *Terra Ferma*, les nobles vénitiens abandonnent leur responsabilité (et Donald Queller<sup>30</sup> a parlé de *civic irresponsibility* pour la noblesse vénitienne) en face du Grand Conseil et des plus hautes magistratures de leur République. Une nouveau *stratus* ou couche sociale, les *cittadini*, au-dessous de la noblesse, remplit toutes les places de la bureaucratie, en assurant une continuité et en même temps un contrôle de la vie politique vénitienne.

L'alliance constante d'un Pier Soderini – le gonfalonier à vie de Florence entre 1502 et 1512 – avec la France, par exemple, était l'indice d'un mépris pour les intérêts économiques des marchands florentins qui avaient leurs comptoirs et leur commerce dans la zone d'influence romaine, non moins importants que ceux de la zone de la foire de Lyon. Mais puisque les Médicis, une fois bannis de la ville et adversaires du parti au pouvoir, avaient obtenu l'appui de Jules II, le gouvernement Soderini fut ac-

<sup>30</sup> D. E. Queller, The Civic Irresponsibility of the Venetian Patriciate, in: D. Herlihy (ed.), *Economy, Society and Government in Medieval Italy* (Kent, Ohio 1969) 223–235.

culé à sacrifier, à l'intérieur même de son propre parti politique, les intérêts financiers à Rome.

De même, à Venise, les sympathies pro-françaises de Domenico Trevisan et de Paolo Pisani, nobles influents des premières années du XVI<sup>e</sup> siècle, allaient certainement contre les intérêts vénitiens en Europe du Nord, en Flandres et dans l'Empire. Ces deux choix politiques apportèrent une défaite militaire, mais ils ne furent pas modifiés sinon en présence de cette défaite (et de l'écroulement de ces groupes politiques qui en suivit)<sup>31</sup>.

Voici donc pourquoi il n'est pas vrai que «la manière la plus facile pour découvrir quel est le groupe dominant de chaque société consiste, d'ordinaire, à rechercher quel est le groupe qui a le plus haut revenu»<sup>32</sup>. La délégation du pouvoir politique à des politiciens professionnels comporte toujours des risques de choix qui ne concordent pas avec les intérêts de ceux qui détiennent le pouvoir économique, ou, à la limite, avec les intérêts globaux de ceux qui le détiennent. Plus la société est complexe, plus cette division du pouvoir se manifeste. Le pouvoir économique est seulement un des nombreux pouvoirs qui opèrent dans une société complexe, mais ce n'est pas l'unique pouvoir déterminant.

J'ai décrit ici une société médiévale d'ordres structurés en sens vertical. Dans celle-ci, la structure du clan, le patronage et les clientèles, les liens de *vicinia*, familiaux et mercantiles, les rapports de vasselage de type féodal ou des gildes, étaient à la base de la lutte politique et étaient le dénominateur commun de la société urbaine. Expérience unique à l'aube de l'âge moderne, Florence présente une structure politique horizontale pendant une brève période de son histoire: quand, entre 1494 et 1512, le premier régime des Médicis a été substitué par une structure républicaine qui avait sa base politique et électorale dans le Conseil Majeur, organisme créé à la ressemblance du Grand Conseil vénitien. L'appartenance au nouveau Conseil ne se fonda plus sur la reconnaissance de liens avec le *consortium* (ou la *vicinia*) au pouvoir (c'était le cas, dans le régime précédent, pour l'appartenance au Conseil des Cent, en 1459, ou au successif et plus restreint Conseil des Soixante-dix en 1480). L'accès au nouveau Conseil fut réservé à tous les citoyens qui avaient eu ou le père ou un aïeul déjà élus (ou proposé pour l'élection, c'est-à-dire accueilli dans la liste électorale unique à un des trois offices majeurs de l'état). Puisque cette appartenance était reconnue à vie, il s'agit, en réalité, d'un «barrage» dans le sens vénitien (*serrata* du 1297): une nouvelle caste était désormais en formation: l'étroit milieu politique florentin. Dans l'histoire de la ville-état du Moyen-Age et de la Renaissance, les groupes oligarchiques majoritaires ont toujours expulsé leurs adversaires, mais cette fois, la nouvelle caste des *beneficiati* (le *beneficio* étant l'honneur d'être élu ou vu aux Trois Offices majeurs) s'est divisée entre les partisans de Savonarola, ceux des Médicis, les ennemis des Médicis retournés à Florence après la chute de Piero, enfin les anciens médicéens opposés à la fois à Savonarola et aux partisans de Piero. Ainsi, à la différence des régimes précédents, il n'y eut aucun

<sup>31</sup> Cf. Sergio Bertelli, La politica estera fiorentina e quella veneziana nella crisi rinascimentale, in: S. Bertelli, N. Rubinstein, C. H. Smyth (eds.), Florence and Venice: Comparisons and Relations, I (The Harvard University Center for Italian Renaissance Studies 5, Florence 1979) 141 ss.

<sup>32</sup> J. Burnham, La rivoluzione dei tecnici (Milano 1947).



groupe consortial, aucune alliance de *vicinia*, aucune faction qui réussit à émerger comme majoritaire, au sein du Conseil Majeur, et à expulser – comme d'habitude – ses adversaires. Le débat politique s'articula donc entre trois groupes au moins, de consistance et de pouvoir égaux: le groupe «démocratique» rassemblé autour de la *leadership* de Francesco Valori, un patricien qui s'appuyait sur la prédication du moine Girolamo Savonarola; le groupe qui fut appelé des hommes du «vieux état» (c'est-à-dire les fils des exilés du coup d'état des Médicis de 1434 alors revenus dans leur patrie); le groupe des ex-médicéens qui avaient rompu avec la *leadership* de Piero di Lorenzo et qui s'opposaient alors au parti des «frateschi» (ou «piagnoni») de Valori. Un quatrième groupe – comme j'ai dit – contraint à la clandestinité, mais qui n'en restait pas inactif pour autant, était, enfin, celui des amis de Piero des Médicis. Ces forces en présence provoquèrent un débat, qui pour la première fois trouva des accents politiques «modernes». La bataille politique se développa grâce à un système embryonnaire de partis politiques, plutôt que des factions familiales ou de *vicinia*. Tandis que les «frateschi» représentèrent les *minores* et les *mediocres*, les hommes du «vieux état», coalisés avec les ex-médicéens devenus désormais les adversaires acharnés des «frateschi» – ils furent donc appelés les «enragés» (*arrabbiati*) – devinrent les représentants politiques du patriciat, des *buomini principali*, ayant pour chefs les plus grandes personnalités politiques des *statuali*<sup>33</sup>.

C'est seulement dans ce nouveau contexte que peut s'expliquer la germination de la pensée politique de Machiavelli et surtout le *Discursus Florentinarum rerum* et la proposition de *provvisione* (loi constitutionnelle de l'état florentin), deux écrits dans lesquels Machiavelli déversa, entre 1520 et 1522, toute sa pensée politique.

Mais il s'agit d'une brève expérience, que le rétablissement de la domination médicéenne, transformée en principauté après le soubresaut révolutionnaire de la dernière république (1527–1530) a interrompue définitivement.

Pour terminer, il faut se demander s'il existe une *Weltanschauung* commune dans ces oligarchies. On ne peut naturellement pas, pour une période aussi longue, dégager une pensée fixe et constante. Mais le problème est de découvrir si, pour chaque période oligarchique, on peut tracer certaines lignes fondamentales (religieuses, morales) communes aux groupes dominants.

En remontant aux origines, l'importance de la famille dans la structure de la ville de la Renaissance est indubitable et elle se reflète inévitablement dans la manière d'être du groupe hégémonique. La vie quotidienne de cette famille nous apparaît par exemple dans certaines nouvelles de Boccace ou de Giovanni Sercambi, mais rien ne nous donne un exposé plus précis de la coutume et de la morale propre à l'oligarchie citadine, que les *Libri della famiglia* de Leon Battista Alberti.

Dans une société déchirée par les luttes des factions le *bonum commune*, la paix sociale était prioritaire pour une vie en commun. Toutes les oligarchies prétendirent assurer (et elles seules) la paix et la concorde, étant donné que le bien commun était assi-

<sup>33</sup> Une reconstruction de cette période historique, dans Sergio Bertelli, Embrioni di partiti politici alle soglie dell'età moderna, in: Sergio Bertelli (ed.), Per Federico Chabod. Atti del seminario internazionale (Università di Perugia, Annali della Facoltà di Scienze Politiche 17, 1980/81) 17–35.

milé au bien de la Commune. Les Priori de Sienne feront peindre dans le palais deux fois, par Ambrogio Lorenzetti et Taddeo di Bartolo, le message idéologique du bien commun<sup>34</sup>.

Du côté religieux ce bien commun fut aussi identifié avec le saint patron et il est très intéressant de souligner qu'on trouve dans la ville médiévale et de la Renaissance plusieurs saints patrons, ajoutés les uns aux autres au fur et à mesure que l'histoire de la ville se déroule et que de nouveaux groupes oligarchiques substituent les précédents. L'honneur du saint patron fut identifié complètement avec celui de la ville-état.

Mais nous pouvons encore dire qu'un groupe dirigeant s'impose aussi par des normes de «civilité», de «bonne conduite» qui servent d'exemple aux classes subalternes, mais qui distinguent aussi les couches supérieures des couches inférieures. «C'est par elles» – a observé Norbert Elias – «que les milieux séculiers médiévaux, ou plus exactement leurs éléments avancés, exprimaient la conscience de leur propre valeur et leur sensibilité spécifique»<sup>35</sup>.

Dans la vie de Niccolò Niccoli, un ami de Cosimo des Médicis l'ancien, Vespasiano da Bisticci nous offre le portrait-modèle de l'homme de la Renaissance éduqué («civilisé»), éloigné des anxiétés de la vie, libre de l'esclavage des femmes et des peines de l'amour, et, chose extraordinaire et impossible pour chacun à cette époque, personne extrêmement propre (mais cela signifie, dans une société qui ignorait les microbes, seulement pureté): «Fu di bellissima presenza, alegro, che sempre pareva ridessi, piacevolissimo nella conversatione. Vestiva sempre de bellissimi panni rosati, lunghi infino terra. Non ebbe mai donna a fine non gli fussi impedimento a' sua studi. Teneva in casa sua una donna di tempo, che lo provedeva nelle sue nicistà. Era sopra tutti gli uomini che nacquono mai pulitissimo, così nel mangiare come in tutte le cose. Quando era a tavola mangiava in vasi antichi bellissimi (...) A vederlo in tavola, *così antico come egli era*, era una gentilezza»<sup>36</sup>: c'est donc l'exemple classique, qui domine dans ce portrait-modèle. Le terme qui incarnait ce modèle était *gentilezza*, *cortesìa* et se rapportait sans exception au savoir-vivre de la cour (le *Cortigiano* de Baldesar Castiglione). Mais était-ce, encore une fois, un modèle de paix, d'ataraxie?

Face à un peuple qui était secoué par des appels millénaristes<sup>37</sup>, porté à des révoltes soudaines et sanglantes (des *patari* à Milan, des *senzabrache* à Bologne, des *straccioni* à Lucques, des *beccherini* à Pérouse, des *ciompi* à Florence) les oligarchies de la ville de la Renaissance offraient au contraire un modèle d'honnête homme gentil (et la parole gentilhomme signifia même noble). Cette ataraxie était la même chose que le *bonum commune* imposé par le groupe dominant. Une paix sociale assurée grâce au contrôle de l'état par une oligarchie unie en rangs serrés.

<sup>34</sup> Cf. N. Rubinstein, Political Ideas in Siennese Art: the Frescoes by Ambrogio Lorenzetti and Taddeo di Bartolo in the Palazzo pubblico, in: Journal of the Warburg and Courtauld Institutes XII (1958) 181.

<sup>35</sup> N. Elias, La civilisation des moeurs (Paris 1973) 77 ss.

<sup>36</sup> Vespasiano da Bisticci, Vite, A. Greco (ed.), II (Firenze 1976) 239.

<sup>37</sup> Cf. N. Cohn, The Pursuit of the Millennium (New York 1961); D. Weinstein, Savonarola and Florence. Prophecy and Patriotism in the Renaissance (Princeton, N. J. 1970); S. Cohn, The Laboring Classes in Renaissance Florence (New York 1980).

*Gaetano Cozzi*

## Venedig, eine Fürstenrepublik?

Anläßlich der Hochzeit seiner Tochter mit Lorenzo, Sohn Girolamo Giustinians, die am 16. April 1630 stattfand, hatte Girolamo Mocenigo über die Stränge schlagen wollen und zwar mit einer Darbietung des Raubes der Proserpina, einer Fabel von Giulio Strozzi, mit der Musik von Claudio Monteverdi, mit einem großen Tanzfest, vor allem aber mit „un solenissimo et straordinario banchetto a parenti et amici con apparato veramente regio“ (einem überaus feierlichen und hervorragenden Bankett für Verwandte und Freunde mit wahrhaft königlichem Gepränge). Das Adjektiv „regio“ (königlich) bezeichnete im Venedig des 17. Jahrhunderts ein verbreitetes personelles und familiäres, aber auch kollektives Ideal, ein Ideal des Reichtums und der Macht, das den Vorrang seiner selbst und der eigenen Familie gegenüber anderen garantieren sollte; ein Ideal von vergangener und gegenwärtiger Größe und von Glanz, ergänzt durch Vorrechte, die es der Republik Venedig erlaubten, sich in den Rang einer Monarchie einzureihen, über den kleineren Fürsten oder jeder anderen Republik stehend<sup>1</sup>.

Der Gebrauch dieses „königlich“, um die Hochzeitsfeierlichkeiten eines Patriziers zu bezeichnen, war im 17. Jahrhundert nicht zufällig. Er spiegelte eine Tendenz wider, die in den Reihen einer bestimmten Patrizierschicht verbreitet war, und bezweckte, sich von Patriziern abzusetzen, die einem niedrigeren Rang zugerechnet wurden: Er war somit Ausdruck des Bestrebens, die republikanische Gleichheit innerhalb des Patriziates zu unterlaufen, eine Tendenz, die schon in den vergangenen Jahrhunderten zutage getreten, sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts aber sehr verstärkt hatte.

Grundlage des aristokratischen venezianischen Systems war die Gleichheit der Rechte und Pflichten aller Patrizier, die ihm angehörten. Eine Gleichheit, die es wollte, daß alle an der Versammlung des Patriziates, dem *Maggior Consiglio*, teilnahmen, bei dem die Souveränität der Republik lag und daß alle an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirkten, indem sie einerseits die Wahlen in die verschiedenen Regierungsämter durchführten, andererseits bereit waren, in diese Ämter gewählt zu werden. Die Ämter brachten für die kurze Zeit ihrer Dauer die Übernahme von Verantwortung und damit die Ausübung von Machtbefugnissen mit sich. Es blieb jedoch unbestritten, daß die Autorität nicht in den Ämtern begründet lag, sondern im Gesetz, oder besser im venetischen Recht, das die Grenzen der Verantwortlichkeit, der Machtbefugnisse und Rechte aller festlegte. Es war das venetische Recht, welches das Kollektivbewußtsein des Patriziates verkörperte und darin Gleich-

<sup>1</sup> Biblioteca nazionale marciana, Venezia, ms. It. VII, 2492 (= 10145), *Diari G. Priuli*, c. 98.

heit und Gerechtigkeit garantierte. Das Problem beschränkte sich jedoch nicht auf diesen Kreis. Eine Aristokratie nämlich, die von solchen Grundsätzen geleitet war, mußte auch den Untertanen die Achtung vor dem Recht zugestehen<sup>2</sup>.

Die Gleichheit des Patriziates sollte auch deutlich in der Bekleidung, die es trug, zum Ausdruck gelangen. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts schrieb Marin Sanudo, daß die Patrizier „vestiti come i cittadini“ (wie Bürger gekleidet) waren, „con vesti negre e lunghe fino a terra“ (mit schwarzen bis zur Erde reichenden Gewändern), mit Ausnahme derjenigen, die besondere Ämter innehatten und farbige Gewänder tragen mußten<sup>3</sup>. Ein Gesetz von 1668 bekräftigte diesen Grundsatz mit Entschiedenheit: „La prudenza de' magistrati volse che alla similitudine dell' interna relazione et egualità d' oggetti ne' cuori de' medesimi [„cittadini“ ossia patrizi], conforme anco apparisse l' esteriore dell' abito, così che ordinarone che in specie di religione si uniformasse in ogn' uno la veste, acciò in segno di decoro e testimonio di veneratezza si rendesse venerabile questa patrizia nobilità“ (Die Umsicht der Magistrate wollte es, daß der Übereinstimmung in den inneren Beziehungen und der Gleichheit der Dinge in den Herzen derselben [„Bürger“ beziehungsweise Patrizier] auch das Äußere der Bekleidung entsprechen sollte, so daß sie befahlen, daß sich jeder nach Art des Klerus in der Kleidung gleiche, damit durch (dieses) Zeichen von Anstand und Ehrwürdigkeit sich dieser patrizische Adel verehrungswürdig mache)<sup>4</sup>. Weder unterschiedliche Kleidung noch Gepränge oder aufsehenerregende Zurschaustellung von Luxus sollte es geben, donnerte der zukünftige Doge Marco Foscarini während der „correzione“ 1761–1762, noch das Verlangen oder die Forderung nach Ehrfurchtsbezeichnungen, was die Leute auf der Straße sagen lassen würde: „Fé largo ... inchinemose che passa uno de i Patroni grandi. Se un solo citadin se trova quadrento, che ghe piasa tai voti, ch'el vada subito fora da ste porte, perché a tal citadin rincresse d'esser simile a i altri“ (macht Platz ... verneigen wir uns, denn es geht einer von den großen Herren vorbei. Wenn sich ein einziger Bürger hier unter uns befindet, dem diese Verehrung gefällt, dann soll dieser sofort zu diesen Türen hinaus, denn diesem Bürger mißfällt es, gleich mit den anderen zu sein)<sup>5</sup>.

Es bleibt die Frage, ob Bekleidung, Gesetze oder ideelle Prinzipien ausreichten, um nicht nur eine formale, sondern auch eine substantielle Gleichheit zu garantieren. Die Antwort ist vielschichtig und wird zu verschiedenen Zeiten verschieden ausfallen. Robert Finlay hat die Unterschiede zwischen den verschiedenen „case“ (Geschlechtern oder „clan“: der Gesamtheit aller Patrizierfamilien, die den gleichen Namen trugen) im Venedig der Renaissance sehr gut beschrieben; die „case“ der „Longhi“, das waren die Ältesten, und diejenigen der „Curti“, das waren die Neueren; die „case grandi“, das

<sup>2</sup> Es sei mir erlaubt, auf meinen Beitrag über „La giustizia e la politica nella Repubblica di Venezia (secoli XV–XVIII)“, in: *Repubblica di Venezia e Stati italiani* (Torino 1982) 96, 100–102 zu verweisen.

<sup>3</sup> *M. Sanudo*, *De origine situ et magistratibus urbis venetae* ovvero. *La città di Venetia* (1493–1530), hrsg. von *A. Caracciolo Arico* (Milano 1980) 22–23.

<sup>4</sup> *Cozzi*, *La giustizia*, 201.

<sup>5</sup> Zitiert aus *G. Cozzi*, *Note su Carlo Goldoni, la società veneziana e il suo diritto*, in: *Atti dell'Istituto Veneto di Scienze, Lettere ed Arti CXXXVII* (1978–79) 151.

waren diejenigen, welche verhältnismäßig viele Familien umfaßten, und die „case piccoles“, diejenigen mit weniger Familien. Finlay hat die bestehenden Beziehungen unter ihnen aufgezeigt, die Formen der Solidarität, und wie sich diese manifestierten, die Vorteile und die Nachteile, den einen oder den anderen Geschlechtern anzugehören, um schließlich festzustellen: „One of the strengths of the Venetian political system was the role of the Great Council in reconciling potentially dangerous splits within the patriciate. The rich and the poor, the old houses and the new, worked out their frustrations and ambitions within the constitution because every patrician had a seat in the sovereign assembly and a part to play in the electoral process.“<sup>6</sup> Aber die Unterschiede zwischen den verschiedenen Typen von „case“ und deren politischer Einfluß nahmen allmählich ab und verschwanden schließlich ganz (im 18. Jahrhundert wurden die Patrizier nicht mehr nach „case“, sondern nach Familien unterschieden, gekennzeichnet durch die Kirchengemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten). Die eigentlich maßgebliche Abgrenzungslinie wurde immer mehr durch den Reichtum bestimmt. Das Wahlrecht blieb in den Händen der armen Patrizier, und sie benutzten es auch bei verschiedenen Gelegenheiten als Waffe, um sich gegen für sie nachteilige Situationen zu schützen oder um die Mächtigen einzuschüchtern, manchmal auch, um sich zu rächen oder um zu erpressen: aber dennoch bedeutete Armut eine politische wie kulturelle Randstellung, einen Macht- und Prestigeverlust; kurz und gut, sie beeinflusste in grundlegender Weise die republikanische Gleichheit.

Zu jener Zeit, als die Patrizier zum größten Teil noch Kaufleute waren und der Senat über die staatliche Schifffahrt, die sogenannten „mude“, die Handelsunternehmungen lenkte (dies war beinahe im ganzen 15. Jahrhundert der Fall), gelang es sicher nicht, die Gewinne gleich zu gestalten, aber man versuchte zumindest so zu verfahren, daß alle vom Handel profitieren konnten. Der Senat ließ es nicht an Maßnahmen fehlen, denjenigen, der sich in Schwierigkeiten befand, zu unterstützen. „Con tante forme di protezione“ (bei so vielen Formen von Unterstützung), so stellte sich Ugo Tucci die Frage, „varrebbe la pena di ricercare non in che modo s'accumulavano le ricchezze, ma quali vicende potevano condurre una famiglia alla povertà“ (würde es sich eher lohnen nachzuforschen, welche Umstände eine Familie in Armut brachten als auf welche Weise sich Reichtümer anhäuften). Die Gründe für die Armut waren die üblichen: das Dahinscheiden des Familienoberhauptes oder desjenigen, der die Geschäfte führte, eine verlustreiche Handelsunternehmung, Schiffbruch, der den Verlust der Ladung mit sich brachte; Angriffe von Seeräubern. ... Wie auch immer, zwischen dem Ende des 15. und dem Beginn des 16. Jahrhunderts zeichnete sich das Problem der Armut beim Patriziat in besorgniserregendem Ausmaß ab. Dies hing auch mit dessen demografischem Ansteigen zusammen: Der Handel konnte nicht alle aufnehmen, nicht einmal ein ausreichendes Einkommen sichern. Es blieb nichts anderes übrig, als sich um die einträglichen Ämter, die der Staat zu vergeben hatte, zu bemühen und zu hoffen, daß die expansionistische Politik der Republik neue zur Verfügung stellen würde. Andererseits zogen es die begabteren und unternehmungsfreudigeren Patrizier vor, auf eigene Faust zu reisen, auf eigenen Galeeren, zu geheim gewählten Zielen; sie tra-

<sup>6</sup> R. Finlay, *Politics in Renaissance Venice* (New Brunswick/N.J. 1980) 81–96.

ten in Konkurrenz zueinander, das heißt zu venezianischen Kaufleuten und vielleicht sogar zu den staatlichen „mude“, also nicht nur zu Kaufleuten anderer Nationen wie Genuesen oder Florentinern. Während also ein Teil des Patriziates verarmte, fuhr der andere Teil fort, riesige Vermögen zu erwerben, die er wieder in Handelsgeschäfte, Immobilienbesitz, Kreditgeschäfte oder Staatsanleihen investierte. Und dieser Reichtum wurde den Kindern oder Enkeln zur Verfügung gestellt, damit diese mit den größtmöglichen Erfolgsaussichten die politische Laufbahn Venedigs antreten konnten<sup>7</sup>.

Der Handel ließ also außergewöhnliche Trennwände zwischen Arm und Reich entstehen: die Investition in Grund und Boden verstärkte diese noch mehr. Während nämlich der Handel, auch angesichts der gerade festgestellten beträchtlichen Ungleichheiten, immer ein Bereich war, der für jeden zugänglich war, sei es mit kleinen Summen oder mit großem Kapital, auf den Glücksfall vertrauend, den Geschäfte mit sich bringen können, blieb die Landwirtschaft den Reichen vorbehalten. Ja, sie ließ die Reichen sich noch reicher fühlen, die sich Boden beschaffen konnten und daraus nicht nur ein Einkommen bezogen, sondern ihn auch genossen, indem sie dort Villen errichteten, während die Armen, die sich weder Land noch Villen erlauben konnten, sich noch ärmer fühlten. Wenn man an die ständig zunehmende Bedeutung des Landesbesitzes und der Villen im venezianischen Leben denkt, dann wird einem klar, daß das, was zwischen Arm und Reich emporwuchs, nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine psychologische Trennwand war und das Bewußtsein unterschiedlicher menschlicher Lebensumstände stärkte.

Es ist hinzuzufügen, daß die neuen Formen von Reichtum auch neue Formen, diesen zu erhalten, mit sich brachten. Auch in Venedig hatte sich das Institut des Fideikommisses eingebürgert, auf Grund dessen die Erbfolge festgelegt wurde, um von Generation zu Generation intakt übertragen zu werden, und zwar für gewöhnlich auf den erstgeborenen männlichen Nachkommen<sup>8</sup>. Wer sich gut stand und über ein großes Einkommen verfügte, konnte es vermehren, indem er sich mit einer jungen Frau vermählte, die über eine beachtliche Mitgift verfügte. Wer sich hingegen weniger gut stand, mußte entweder auf Heirat verzichten oder sich mit einer Ehefrau begnügen, die nur eine bescheidene Mitgift hatte. Die Folgen wurden, wenn auch nicht sofort, so doch in der nachfolgenden Generation spürbar. Ein zu bescheidenes Vermögen erlaubte es nicht, sich einer glänzenden Laufbahn zu widmen, die beträchtliche Ausgaben mit sich brachte, wie die Regierung einer großen Stadt der Terraferma, oder die Vertretung der Republik als Botschafter bei irgend einem Hof; es erlaubte nicht, wichtige Verwandtschaftsbeziehungen herzustellen, welche den politischen Rückhalt für den großen Aufstieg in der Regierung lieferten; und es barg auch nicht die Möglichkeit, den Söhnen die Erziehung zukommen lassen zu können, die besonders für dieje-

<sup>7</sup> U. Tucci, *Mercanti, navi, monete nel Cinquecento veneziano* (Bologna 1981) 15–43; F. C. Lane, *I mercanti di Venezia* (Torino 1982) passim. Die zitierte Stelle befindet sich in U. Tucci, *Il patrizio veneziano mercante e umanista*, in: *Venezia e il Levante* (Firenze 1977) 338–339.

<sup>8</sup> D. Manin, *Della veneta giurisprudenza* (Venezia 1848) 36–37; J. C. Davis, *Una famiglia veneziana e la conservazione della ricchezza. I Donà dal '500 al '900* (Roma 1980) besonders 47–156.

nigen wichtig war, die nur auf die eigenen Qualitäten zurückgreifen konnten, um aufzusteigen. Denn der Patrizier, der verarmte oder arm geboren wurde, befand sich mehr oder weniger in einem Abgrund, dem zu entkommen ihm praktisch unmöglich war. Er nahm zwar trotzdem am Maggior Consiglio teil, war aber Gegenstand von Unduldsamkeit und Verachtung, war wie ein gefährliches Hindernis, gegen das man sich schützen mußte.

Die Macht, die die republikanische Gleichheit zu gefährden vermochte, konnte ein Patrizier außerhalb oder im Rahmen der republikanischen Verfassung innehaben und ausüben. Typisch für den ersten Fall ist der Besitz einer Diözese oder die Erlangung des Kardinalshutes, ganz zu schweigen natürlich von dem höchsten Amt der Christenheit, der Papstwürde, die venezianischen Patriziern im 15. wie auch im 17. und 18. Jahrhundert zugefallen war. Der Ehrgeiz der Republik war es, aufgrund eines Privileges, das den großen Monarchen vorbehalten war, bei der Vergabe von Bistümern innerhalb ihres Herrschaftsbereiches intervenieren zu können, indem sie dem Papst diejenigen Namen vorschlug, die er dann formell bestätigen mußte. Es war ein Privileg, das die Republik im Verlauf des 15. Jahrhunderts weitgehend – nicht vollständig – ausgeübt hatte, und zwar um den Preis langwieriger Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl und mit den Patriziern, die Anspruch darauf erhoben, daß bei ihnen die Wahl der Bischöfe liegen sollte.

Nach der Niederlage von Agnadello, die Venedig von einer Koalition beigebracht wurde, an deren Spitze ausgerechnet der Papst stand, verlor es dieses Privileg, ausgenommen blieb lediglich der Einfluß auf das Patriarchat von Venedig, das Erzbistum von Candia und das Patriarchat von Aquileia, das 1552 infolge eines mit Julius III. geschlossenen Geheimabkommens hinzukam<sup>9</sup>. Eine weitere Konsequenz aus dieser Niederlage und der dramatischen politischen und finanziellen Krise, die sie hervorgerufen hatte, war, daß einige Familien – die Grimani, die Corner, die Pisani – die Lage genutzt hatten, um sich dem Apostolischen Stuhl zu nähern, alle Bischofssitze an sich zu ziehen, die in ihrem Umkreis lagen, darüberhinaus einige Kardinalshüte und außerdem eine Position von erstrangiger Bedeutung innerhalb der Republik. Diese Familien sollten es sein – ergänzt von den Barbaro und Priuli – die Diözesen wie Padua, Vicenza, Treviso, Concordia, Ceneda, Aquileia kontrollierten. Der Patriarch Giovanni Grimani zögerte nicht, den Geheimvertrag von 1552 zu umgehen, indem er für das Patriarchat von Aquileia einen von ihm ausgewählten Patrizier, Francesco Barbaro, nachfolgen ließ; und genauso hielten es die Nachfolger Barbaros. Es gab Bischöfe patrizischer Herkunft, die unverhüllt Gegenposition zur Republik bezogen; so forderte der Kardinal Marino Grimani die Republik heraus, indem er vom Schloß von Ceneda die Wahrzeichen von San Marco abnehmen ließ, welche die Serenissima dort hatte anbringen lassen; und Patriarchen von Aquileia wie Giovanni Grimani und Francesco

<sup>9</sup> P. Prodi, The structure and organization of the Church in Renaissance Venice: suggestions for research, in: *Renaissance Venice*, hrsg. von J. R. Hale (London 1973) 409 ff.; G. Trebbi, Francesco Barbaro, patrizio veneto e patriarca di Aquileia (Udine 1984) 55; M. Tafuri, Politica, scienza e architettura nella Venezia del '500, in: *Cultura e società nel Rinascimento tra riforme e manierismi*, hrsg. von V. Branca und C. Ossola (Firenze 1984) 108.

Barbaro wurden verdächtigt, das Patriarchat von Aquileia in einen unabhängigen Staat verwandeln zu wollen<sup>10</sup>. Nach dem Interdiktstreit, als die Republik eine erneute und noch längere Periode schwieriger Beziehungen zum Apostolischen Stuhl durchlief, erwarben die venetischen Kardinäle, einschließlich derjenigen, die eine Abwendung von der Vaterstadt hatten erkennen lassen, im Inneren der Republik größeren Einfluß als zuvor, und zwar als Wortführer, denen es möglich war, das zu erreichen, was den Botschaftern nicht gelang: kirchliche Benefizien zum Beispiel, nicht nur die größeren, sondern auch die kleineren, die fast bei dem gesamten Patriziat begehrt waren, da es mit ihrer Hilfe möglich war, die Söhne unterzubringen und dank der Einnahmen, die sie abwarfen, das Familienbudget in Ordnung zu halten. Letztlich war es für den Betroffenen besser, Gunstbeweise durch die Vermittlung eines einheimischen Kardinals zu erhalten, als sich direkt an die Kurie wenden zu müssen<sup>11</sup>. Prestige und Macht der Kardinäle (dies galt aber auch für die Inhaber großer Diözesen), die auf ihre Familien rückwirkten, indem sie aus ihnen eine Art oberer Schicht innerhalb des Patriziates machten, waren somit sehr groß. Die „Größe“ einer Familie, so behauptete Marco Lombardo, illegitimer Sproß eines Patriziers, in seiner „Descrittione delle vinticinque famiglie più antiche della Nobiltà Venetiana“ (Beschreibung der fünfundzwanzig ältesten Familien des venezianischen Adels), zwischen 1656 und 1658 verfaßt, die „Größe“ einer Familie gründet sich auf die Verflechtung politischer und kirchlicher Ämter, sie ist, mit anderen Worten, durch die Tatsache bedingt, daß die Familie zu ihren Mitgliedern nicht nur Dogen, Prokuratoren von San Marco und Senatoren, sondern auch Kardinäle und andere kirchliche Würdenträger zählt. Das ist jedoch nicht alles. Lombardo fügte hinzu (ich bediene mich der zusammenfassenden Anmerkung von Piero Del Negro), daß die Ämter der Republik auf Grund der „Größe“ der Familien vergeben werden mußten, ohne allzuviel Rücksicht auf die „uguaglianza de la vita civil“ (Gleichheit des bürgerlichen Lebens), die Marco Foscarini (und wieder ist es Del Negro, der daran erinnert), als „la base di ogni governo aristocratico“ (Grundlage eines jeden aristokratischen Systems)<sup>12</sup> bezeichnet.

Als Beispiel, in welcher Weise trotz der offiziellen Geschlossenheit der venezianischen Aristokratie einige Familien sich besonderer Verhältnisse rühmen konnten, die sie auf eine den anderen Familien verschiedene Stufe stellten, ist der Fall Latisana anzuführen. Latisana mitsamt seinem ausgedehnten Territorium zu beiden Seiten des letzten Teiles des Tagliamento bis hin zur Mündung, hatte dem Grafen von Gorizia gehört. Kaufweise war es in die Hände einer der reichsten Familien des venezianischen Patriziates, der Vendramin, gelangt, die sich in der Tat als dessen Herren bezeichneten<sup>13</sup>. Der Akt, womit am 5. Juni 1528 die Gebrüder Andrea, Nicolò und Zaccaria Vendramin, „signori di Latisana degnissimi“ (die sehr ehrenvollen Herren von

<sup>10</sup> Trebbi, Francesco Barbaro, 353.

<sup>11</sup> Vergleiche zum Beispiel die Berichte der Botschafter in Rom *Angelo Contarini* von 1629 und *Alvise Contarini* von 1635, in: *Relazioni degli ambasciatori veneti al Senato*, hrsg. von N. Barozzi und G. Berchet, s. III. Roma I (Venezia 1877) 289–291, 305–307.

<sup>12</sup> P. Del Negro, *Forme e istituzioni del discorso politico veneziano*, in: *Storia della cultura veneta*, hrsg. von G. Arnaldi und M. Pastore Stocchi, 4/II (Vicenza 1984) 410.

<sup>13</sup> *Sopra una ricerca dell'antico diritto di Latisana* (Treviso 1857) 9.



Latisana) die Gerichtsordnung ihres Gebietes niederlegten, war im Ton vollständig souveräner Gewalt abgefaßt. Es hieß darin, daß „a tutte le leggi, ordini e voleri delli signori“ (alle Gesetze, Befehle und Wünsche der Herren) ausgeführt werden mußten, ohne irgendeine Erwähnung der Gesetze der Republik<sup>14</sup>. Über die Pflicht oder die Möglichkeit, vor dem Gericht der Republik Einspruch gegen die Urteile der grundherrlichen Richter einzulegen, verlautete nichts. In seiner „Descrizione della patria del Friuli“ (Beschreibung der Heimat Friaul, 1567) hatte Graf Girolamo di Porcia in dieser Beziehung keine Zweifel: Latisana „ora è in mano delli signori Vendramini gentiluomini veneziani, senza alcuna superiorità, di modo che le sue appellazioni non hanno superiore, né fanno alcuna fazione, solamente mangiano il sale veneto, tengono banditi di tutto lo Stato veneto“<sup>15</sup> (ist nun in den Händen der Herren Vendramin, venezianischen Edelleuten, ohne irgendeine Oberhoheit, dergestalt, daß sie keine höhere Instanz für Berufungen haben und auch keinen Dienst schulden. Sie essen einzig das venezianische Salz und beherbergen die Verbannten des ganzen venetischen Staates). Eine einzige Verbindung zur Republik gab es also, nämlich deren Salz erwerben zu müssen; was den Rest betraf und die Möglichkeit, Verbannten Unterschlupf zu gewähren, so bewies dies eine vollständige Exterritorialität. Diese Zustände sollten jedoch nicht immer so bleiben. Der Republik war es gelungen, ein wenig von ihrer Souveränität aufzuzwingen, indem sie höchstwahrscheinlich von der Tatsache profitierte, daß schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die Herrschaft nicht mehr nur den Vendramin, sondern einer Gemeinschaft aus etwa sieben bis acht Familien gehörte, die sich jedoch weiterhin als „signori di Latisana“ bezeichnete. Aber die Herren von Latisana versuchten sich der Republik zu widersetzen und so viel wie möglich von ihrer Unabhängigkeit zu erhalten. Nach Gerichtsverfahren im 18. Jahrhundert zu urteilen, machten die Herren, was sie wollten, ohne jegliche Rücksichtnahme. Wenn sie, um Verbrecher zu verfolgen, das Eingreifen des Rates der Zehn forderten, so gaben sie an, dies zu tun, weil sie unter „protezione“ (Schutz) der Serenissima stünden, nicht aber, weil sie als Untertanen handelten<sup>16</sup>. Die „Statuti della Giurisdizione della Tisana“ (Statuten über die Rechtsprechung Tisanas), die die Herren 1760 hatten abfassen lassen, erwähnen in keiner Weise die Serenissima, gerade als ob es diese gar nicht gäbe. Die gleiche Tendenz, das heißt auf Distanz zur Serenissima zu gehen, kann man auch bei Patriziern antreffen, die von ihr in ein Lehen eingesetzt worden waren. Viele von ihnen, so hat Giuseppe Gullino geschrieben, weigerten sich, den Befehlen der Behörde der „Provveditori sopra feudi“ nachzukommen<sup>17</sup>. So zum Beispiel die Gabrieli, Inhaber des Lehens von San Polo und Aviano. Auch sie ließen die Serenissima unerwähnt, als sie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Statuten ihres Lehens neu fassen

<sup>14</sup> Statuti della Giurisdizione della Tisana (Venezia 1760) 5.

<sup>15</sup> Udine 1897, 82.

<sup>16</sup> Archivio di Stato, Venezia, Consiglio dei X, Processi criminali delegati, B. 1: abusi di un giudicante di casa Molin (1749–51) e B. 15: caso di una banda di ladri e contrabbandieri (1768).

<sup>17</sup> G. Gullino, I patrizi veneziani di fronte alla proprietà feudale (secoli XVI–XVIII), in: Quaderni storici XV (1980) 168–171.

ließen und auch hier so deuten, als existiere diese für sie überhaupt nicht<sup>18</sup>. Aber es sei mir erlaubt, an das zu erinnern, was ich über das hochmütige Gebaren der Patrizier gegenüber dem Staat geschrieben habe, so als wolle man die eigene persönliche und familiäre Macht der souveränen Macht entgegenstellen; und es möge mir erlaubt sein, den patrizischen Podestà von Portobuffolè zu zitieren, der es 1631 nicht wagte, seine Gerichtsbarkeit über die Patrizier Morosini auszuüben, „sogieti grandi“, die Herren über zwei oder drei Ortschaften<sup>19</sup>.

Innerhalb einer aufgeblähten Aristokratie standen sich reiche, gebildete und in den Weltgeschennissen und Regierungskünsten erfahrene Patrizier und arme, äußerst unwissende Patrizier ohne jede tatsächliche Geschäfts- oder Verwaltungspraxis und auch solche Patrizier gegenüber, die, obwohl kulturell und administrativ gut ausgewiesen, politisch unbeständig waren und deshalb eher dazu neigten, gewagte politische Entscheidungen zu treffen, welche die vorsichtigeren und weiseren Patrizier beunruhigten. Abhilfe gegen die Unzuträglichkeiten einer derartigen Ordnung suchte man in der Organisation konstitutioneller Organe, die es einer qualifizierten Minderheit (nach Vermögen, Alter, Ansehen der innegehabten Ämter) erlaubten, schnell und mit einem gehörigen Maß an Diskretion die anstehenden Angelegenheiten zu erledigen. Es handelte sich mit anderen Worten darum, oligarchische Einrichtungen ins Leben zu rufen, ohne damit jedoch die aristokratischen Strukturen zu verändern. Dies geschah zwischen dem 15. und 16. Jahrhundert, als einem Organ wie dem Rat der Zehn, der mit politisch-richterlichen Funktionen geschaffen worden war, nun auch weitgehende administrative Kompetenzen übertragen wurden und ihm eine „Zonta“ (= giunta = Kommission) zur Seite gestellt wurde, die aus besonders ausgewählten Patriziern bestand und die über die schwierigsten Probleme entscheiden sollte, wie über die Finanzen, die Beziehungen zu Rom, andere religiöse Fragen und über die delikatesten außenpolitischen Belange. Es war der Rat der Zehn mit der Zonta, der 1540 und 1573 die Friedensverträge mit den Türken zum Abschluß brachte, im Anschluß an Verhandlungen, die ohne Wissen des Senates geführt worden waren<sup>20</sup>. „Il Consiglio de X ha autorità suprema nella Republica“ (Der Rat hat die oberste Gewalt in der Republik inne), sollte 1581 Antonio Milledonne, Sekretär des nämlichen Rates, schreiben; er spielt die Rolle eines „principe“ innerhalb einer republikanischen Konstitution<sup>21</sup>.

Zwischen 1582 und 1583 setzte eine aristokratische Reaktion ein, die Zonta wurde abgeschafft und der Rat der Zehn auf begrenzte, genau festgelegte Kompetenzen eingeschränkt, deren wichtigste die Zuständigkeit als höchstes Organ der Straegerichtbarkeit darstellte. Dies war nicht gerade wenig, da ab 1571 festgelegt worden war, daß

<sup>18</sup> Archivio di Stato, Venezia, Miscellanea codici, s. II, no. 27: *Leges municipales comitatus Sancti Pauli*, 1778.

<sup>19</sup> Cozzi, *La giustizia*, 183.

<sup>20</sup> Über den Fall des Marco Foscari, der 1539 versucht hatte, die Friedensverhandlungen mit dem Türkischen Reich einer speziellen „zonta“ anzuvertrauen, die vom Rat der Zehn und der normalen Zonta gewählt werden sollte – ein Fall, der als „la più scoperta proposta oligarchica della storia veneziana“ (der offensichtlichste oligarchische Vorstoß in der venezianischen Geschichte) bezeichnet worden ist – vgl. *A. Ventura*, *Introduzione a Relazioni degli ambasciatori veneti al Senato* (Bari 1976) XLIII–XLVI, XLVIII–LII und *Tafuri*, *Politica*, 107–108.

<sup>21</sup> Cozzi, *La giustizia*, 154.

Patrizier nur vom Rat der Zehn verurteilt werden konnten. Und da der Rat der Zehn – abgesehen davon, daß er über ein geheimes Verfahren verfügte, welches die Angeklagten in Bedrängnis brachte – trotzdem immer ein Organ blieb, dem Patrizier angehörten, die bedeutende Ämter hinter sich hatten, die ihrerseits bekanntlich gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen erforderten, geschah es, daß vermögende und einflußreiche Patrizier die armen Patrizier verurteilten und ihnen gegenüber – so wenigstens beklagten sich die armen – besondere Strenge walten ließen. Die republikanische Gleichheit mußte ganz sicher unter dieser Verschiedenheit leiden<sup>22</sup>. Einer Bewegung armer Patrizier gelang es, daß 1628 der Rat der Zehn einer erneuten Revision unterzogen wurde, die besonders darauf abzielte, seine strafrechtliche Macht zu schwächen. Die Ergebnisse waren sehr bescheiden<sup>23</sup>.

1648, drei Jahre nach dem Ausbruch des Krieges um Candia (Heraklion, Kreta), hatte der Senator Andrea Bernardo gegenüber seinen Amtskollegen verlauten lassen, daß die Führung eines so mächtigen Unternehmens Sicherheitsgarantien erfordere, die der Senat nicht leisten könne. Er erinnerte wehmutsvoll an die Zeit als „v'era il consiglio di dieci con la giunta pure di trenta padri, che dirigeva assolutamente tutte le più gravi materie“ (es noch den Rat der Zehn mit dem Ausschuß der dreißig Väter gab, der die wichtigsten Angelegenheiten unumschränkt lenkte). Es war unmöglich, diese Kommission erneut zu bilden. Man konnte vielmehr eine Art „Zonta“ des Senates einrichten, oder, um die Worte des großen Historikers des 17. Jahrhunderts, Andrea Valier, zu gebrauchen „un corpo di ventiquattro de' più prestanti senatori (oltre la persona del doge) da esser scelti dal maggior consiglio“ (einen Zusammenschluß der 24 stattlichsten Senatoren (neben der Person des Dogen), die vom Maggior Consiglio gewählt werden sollten). Es schien zuerst, als ob dieser Vorschlag durchgehen würde und als ob „in quell'occasione all'interesse privato della maggior parte (che per necessità in riguardo del poco numero dovea rimanere esclusa) quello della patria“ (bei diesem Anlaß das Interesse für das Vaterland gegenüber dem privaten Interesse des größeren Teiles (der in Anbetracht der zur Verfügung stehenden wenigen Plätze notwendigerweise ausgeschlossen bleiben mußte) überwiegen würde). Dann aber war es anders gekommen. Ein anderer Patrizier war hervorgetreten, Andrea Trevisan, der der „Quarantia criminal“ angehörte, einem Gericht, in dem sich Mitglieder des niederen Patriziates befanden, diejenigen, die nicht auf die höheren Ämter hoffen konnten. „Uomo loquace assai, di torbidi pensieri, e che non pensava più innanzi de quello che gli dettava qualche plausibilità popolare“ (ein überaus redseliger Mann, mit wirren Gedanken, der über das, was ihm der Beifall aus dem Volk diktierte, nicht mehr nachdachte), so beschreibt ihn Valier verachtungsvoll. In seiner Rede im Senat hatte also Trevisan „il nuovo consiglio“ (den neuen Rat) abgelehnt, „interessando il senato con dire che non dovea da se medesimo escludersi dalle sue proprie deliberazioni, e facendo vedere con esempi, de'tempi più lontani, che il Pregadi aveva dati molti testimonj del suo secreto, con maraviglia del mondo“ (wobei er das Gehör des Senates fand mit dem Hinweis, daß der Senat sich nicht selbst von den eigenen Entscheidungen

<sup>22</sup> Ebd., 169.

<sup>23</sup> G. Cozzi, *Il doge Nicolò Contarini* (Venezia, Roma 1958) 229 ff.

ausschließen dürfe und indem er anhand von Beispielen aus längst vergangenen Zeiten darlegte, daß der Senat häufig Zeugnis von seiner Verschwiegenheit abgelegt hatte, sehr zum Erstaunen der Welt). Diese Argumente waren inspiriert von den klassischen Prinzipien der republikanischen Gleichheit, ablehnend gegenüber allem, was Anzeichen von Oligarchie aufwies, Argumente, welche die emotionale Leidenschaft im *Maggior Consiglio* wecken konnten. Der Vorschlag war gescheitert, und niemand wagte, ihn vor den *Maggior Consiglio* zu bringen. Eine Tatsache, die Valier bedauerte, da seiner Ansicht nach diese große Versammlung „forse avrebbe più facilmente compreso che in un consiglio di molti non v'è cosa alcuna più disuguale dell'egualità, perché essendo diversa la prudenza, l'autorità però non è differente“ (wahrscheinlich besser verstanden hätte, daß es in einem Rat aus vielen nichts Ungleicheres als die Gleichheit gibt, da die Einsicht unterschiedlich ist, auch wenn die Autorität nicht verschieden ist)<sup>24</sup>.

Die Probleme des Rates der Zehn – die Voraussetzungen, die man erfüllen mußte, um hineingewählt zu werden, die Zeit, die man im Amt verbleiben mußte, die mehr oder weniger weitgehende Autorität, die diesem Organ übertragen werden sollte – bildeten das zentrale Thema in den „*correzioni*“ oder Reformen, die 1655, 1667 und 1677 diskutiert wurden. Die Wichtigste war die von 1677: Hier standen sich die zwei größten damals in Venedig lebenden Persönlichkeiten gegenüber: Zuanne Sagredo, der für die Verteidigung der Gleichheit eintrat, und Battista Nani, der sich dagegen auf die Seite der Autorität gestellt hatte. Sie diskutierten darüber, ob für das Wohl der Republik die Garantie der Gleichheit unter den Mitgliedern des Patriziates am Wichtigsten wäre, oder aber die Zusicherung, daß die souveräne Gewalt in entschiedenster Weise von einem Rat der Zehn, der den qualifiziertesten Patriziern vorbehalten wäre, ausgeübt werden sollte. Ein Gesetz vom 13. Dezember 1671 hatte die Zahl der Kandidaten für den Rat sehr erheblich eingeschränkt. Nach einigen Jahren hatte man die Folgen davon wahrgenommen: die erneute Bildung einer Oligarchie. Man hatte wie 1582 reagiert: Indem man in den Wahlen, die im Großen Rat stattfanden, die Kandidaten für den Rat der Zehn ablehnte. Es war notwendig geworden, eine neue „*correzione*“ zu beschließen. Battista Nani hatte die Ansicht vertreten, daß man die rigorosen Auswahlkriterien für eine Teilnahme an diesem Rat, den er als Schiedsrichter und Hüter der venezianischen Verfassung verherrlichte, beibehalten müsse. Eine Auswahl, die auf den innegehabten Ämtern oder den erreichten „*gradi*“ (Amtswürden), um den Ausdruck Nanis zu gebrauchen, beruhte. „*Nell'armonia della Repubblica*“, sagte er, „i cittadini sono stati sempre considerati come eguali, ma non mai li gradi“ (In dem harmonischen Gefüge der Republik sind die Bürger immer als gleich angesehen worden, die Amtswürden jedoch niemals). Wichtig war das reibungslose Funktionieren des Staates und seiner Institutionen; wenn man eine Auslese vornehmen mußte, um dies zu gewährleisten, so sollte man nicht so viele prinzipielle Fragen aufwerfen. Betrachtet man dagegen Sagredo, dann sollte man die Freiheit des *Maggior Consiglio*, auszuwählen, wen er für geeignet hielt, in den Rat der Zehn einzutreten, nicht zu sehr einschränken, indem man ihn mit Erwägungen über „*gradi*“, die eine Verletzung der re-

<sup>24</sup> A. Valier, *Storia della guerra di Candia*, I (Trieste 1859) 126–127.

publikanischen Gleichheit waren, behinderte. Wenn, da man die „gradi“ so hoch bewertete, die Mitglieder des Rates der Zehn, die Richter des Patriziates, immer die gleichen blieben, würden sie eine Kaste bilden, und es wäre nicht denkbar, daß man Gerechtigkeit erhalten würde: Funktion und Sinn einer republikanischen Gerechtigkeit wären gänzlich entstellt. Es war die These Zuanne Sagredos, die schließlich die Zustimmung des Großen Rates erhielt<sup>25</sup>.

Die Abstimmung des Maggior Consiglio konnte, selbst wenn es damit gelang, im Namen der republikanischen Freiheit und deren Gerechtigkeitsideal, diesen Vorstoß auf eine Oligarchie hin zu unterdrücken, der indessen dem aristokratischen, venezianischen System immer zu eigen gewesen zu sein scheint, und der sich übrigens nicht nur des Rates der Zehn, sondern auch des Collegio bediente, nichts gegen die Verschärfung des faktischen Auseinanderlebens tun, das zwischen den gegensätzlichen Lagern des Patriziates, den Reichen und den Armen, eingesetzt hatte.

Das zeigt ein Ereignis zu Beginn des Krieges um Candia. Im Februar 1646, angesichts der bedrängenden Aufwendungen für die Kriegsführung, dachte man neben anderen Hilfsmaßnahmen auch an die Verkündung eines Gesetzes, welches denjenigen „cittadini e sudditi veneti“ (venetischen Bürgern und Untertanen) den Zugang zum Patriziat ermöglichen sollte, die mindestens 60 000 Dukaten in die Kasse der Republik zahlten und denjenigen „esteri“ (Auswärtigen), die 70 000 Dukaten zahlten. Die Summen entsprachen ungefähr dem Unterhalt von tausend Soldaten im Dienste Venedigs für ein Jahr. Der Vorschlag, von den höchsten Autoritäten der venezianischen Regierung verfaßt, war ohne weiteres vom Senat gebilligt worden. Im Maggior Consiglio, wo er endgültige Zustimmung finden mußte, hatte es große Meinungsverschiedenheiten gegeben. Ein hoch angesehener Patrizier, Giacomo Marcello, Ratgeber der Serenissima, hatte den Vorschlag unterstützt. Angelo Michiel, Mitglied der „Avogaria di comun“, der Justizbehörde, die sich theoretisch mit der Verteidigung der Gleichheit zwischen Patriziern und Justiz identifizierte, lehnte ihn ab. Das Patriziat, so sagte Michiel, sei Ausdruck eines antiken Adels, eines Adels, der sich auf diejenigen zurückführe, die Venedig gegründet hätten, als sie Zuflucht für ihre Religion und ihre Freiheit suchten. Er übertrage sich vom Vater auf den Sohn, mit dem guten Blut, das ihn auszeichne. – Man könne die Aufnahme gewähren, aber in angemessener Weise, das heißt, für außerordentliche Taten, niemals für Geld. Darüberhinaus, so fügte Michiel hinzu, würde der Adel der venetischen Terraferma stolz sein auf seine eigenen Titel und niemals, für alles Geld der Erde nicht, neue Personen in seinen Stadträten akzeptieren. Die Rede Giacomo Marcellos dagegen war sehr pragmatisch. Nach ihm sollte das fundamentale Anliegen darin bestehen, den Krieg zu gewinnen und das eigene Dominium zu erhalten. „Se amiamo“, sagte er, „che i titoli più insigni freggino la Repubblica e che la nostra aristocrazia non sia nome vano ed ombra nuda dell’antica gloria de’nostri maggiori, ci convien difender gli Stati ed i sudditi, assoldar milizie, rinforzar l’armata, pagar la vita ed il sangue a’guerrieri, il fiato ed il sudore alle ciurme“ (Wenn es uns teuer ist, daß die ehrenvollsten Verdienste die Republik auszeichnen und unsere

<sup>25</sup> Cozzí, *La giustizia*, 195–210.

Aristokratie kein leerer Name und bloßer Schatten der antiken Glorie unserer Vorfahren sein soll, dann müssen wir die Staaten und Untertanen verteidigen, Truppen anwerben, die Armee verstärken und den Soldaten ihr Blut und Leben, den Rudermannschaften Atem und Schweiß vergelten). Denn, falls wir dies nicht tun und „se un accidente funesto portasse a romper le nostre speranze, che ci gioverebbero i natali ed il preggio di cui insuperbiamo?“ (wenn ein verhängnisvolles Unglück unsere Hoffnungen zum Scheitern bringen würde, was würden uns dann Herkunft und Ansehen, auf die wir so stolz sind, nützen?). Sehr wichtig wäre es, so fügte Marcello hinzu, die Zahl der Patrizier zu erhöhen, weil diese im Abnehmen begriffen sei; aus einer kleinen Anzahl heraus könne man keine gebührende Auswahl für die Ämterwahl vornehmen. Gegenüber diesen Betrachtungen könne der Schaden, welcher der Reinheit des Patriziats zugefügt würde, indem man Personen für Geld aufnehme, keine große Bedeutung erlangen: „Quelle insegne d'onore ... non devono esser tanto patrimonii del nascer che non siano anco premii della virtù, e qual miglior congiuntura si potrebbe trovar ... di quello che la fortuna ci porge e la ragione ci addita?“ (Diese Würde ... solle nicht so sehr die durch Geburt bestimmte Auszeichnung sein, sondern vielmehr Belohnung für Verdienste, und welch bessere Gelegenheit ließe sich finden ... als die, die uns das Schicksal bietet und die Vernunft uns weist?). Genausowenig durfte man gegenüber denjenigen, die dem Maggior Consiglio beitreten wollten, zimperlich sein: „Forse che le case che si pensa di ascrivere non sono dotate di titoli, ornate di prelatore, fregiate di natali?“ (Sind die Familien, die man einzubeziehen gedenkt, nicht mit Würden gesegnet, mit Prälaturen ausgezeichnet und von ehrenvoller Herkunft?), schloß Marcello. Dieses Gesetz wurde im Maggior Consiglio nicht verabschiedet. Die Regierung erreichte dennoch, was sie angestrebt hatte. Sie ließ zum Patriziat nicht mittels eines allgemeinen Gesetzes zu, das einen Grundsatz ausgedrückt hätte, sondern von Fall zu Fall denjenigen, welcher der Serenissima 100 000 Dukaten anbot, die eine Hälfte als Schenkung, die andere als Darlehen<sup>26</sup>.

Die Diskussion war typisch für die Veränderungen, die sich innerhalb der venezianischen Führungsschicht vollzogen hatten. Für das niedere Patriziat waren es Reinheit des Blutes und Charisma des Adels, die seine Lebensumstände kennzeichneten, der materiellen und vielleicht sogar der moralischen Misere zum Trotz, mit der es sich infolge seines widrigen Geschicks herumzuschlagen hatte. Blut und Geburt verliehen allen Mitgliedern des Maggior Consiglio gleichen Anteil an der Souveränität. Für die „Großen“ des Patriziats genügte dies nicht; der bloße Patrizierstand war kein ausreichendes Unterscheidungsmerkmal. Man wollte „grandezza“ (Größe) und diese bezeugt in der Gegenwart, mehr aber noch in der Vergangenheit durch von Generation zu Generation vererbten Reichtum, politischen Erfolg und Ruhm. Das Patriziat ließ sich für Geld verkaufen, die „grandezza“ jedoch nicht, sie verlieh die Würde, die zählte, die des „principe“. Sie sei der Titel, so hat Piero Del Negro geschrieben, mit dem die „grandi“ des 17. Jahrhunderts ihre Vormachtstellung bestätigt haben wollten.

Konnte diesen „principi“ eine Republik genügen? Offensichtlich standen weder die republikanische Verfassung noch der republikanische Stolz zur Diskussion: weder für diejenigen Patrizier, die, um zu wiederholen, was ein zeitgenössischer Schriftsteller über den Historiker Michiel Foscarini sagte, die Maxime vertraten „che in repubblica

aristocratica non vi sii altra nobiltà che la nobiltà stessa“ (daß es in einer republikanischen Aristokratie keinen anderen Adel geben sollte als den Adel selbst), und zwar den Adel, der mit der Eigenschaft, Patrizier zu sein, verbunden war, noch für diejenigen, die sich für „principi“, im Besitz der „grandezza“ hielten, ob sie dies nun wirklich waren oder es sich ganz einfach einbildeten<sup>27</sup>. Die kollegiale Regierung, mittels gewählter Organe, die fehlende Abhängigkeit von einem einzigen Fürsten waren immer als Synonyme für Freiheit angesehen worden. Und noch im späten 17. Jahrhundert glaubte man, daß diejenigen, die, wie die Florentiner, diese Freiheit verloren hätten, bekümmert und neiderfüllt die „libertà“ Venedigs mit „la servitù di Fiorenza“ (der Knechtschaft von Florenz) vergleichen würden<sup>28</sup>.

Um eine Republik also, aber eine Republik „diversa“ – eine andere Republik – ging es; eine Mischung aus Republik und Königreich, und dies nicht nur, weil sie über Institutionen verfügte, die sich von denen der anderen Republiken unterschieden, weil sie Alter und Ruhm besaß in einem Maße, daß sie mit Rom wetteifern konnte, weil sie in ihrer Geschichte Kaisern und Königen die Stirn geboten hatte und sich genauso wenig dem Papst gegenüber gebeugt hatte, weil sie, Herrin des Adriatischen Meeres, weiterhin Bollwerk der Christenheit im Mittelmeer war, sondern auch, weils sie, auch wenn sie nach republikanischen Prinzipien aufgebaut war, als Oberhaupt einen Fürsten hatte, der mit den Merkmalen der Majestät, der sakralen Weihe und der Macht ausgestattet war, wie sie denen eines Königs entsprachen. „Sic etiam Venetorum dux non pure laicus debet existimari, sed aliquid divinitatis in se includere, et reponi debere in numero sacrorum Principum non est ambigendum“ (Daß somit auch der „Dux Venetorum“ nicht nur als weltliches Oberhaupt betrachtet werden darf, sondern etwas Göttliches besitzt und in eine Reihe mit den „sacri principes“ zu stellen ist, kann daher nicht bezweifelt werden), schrieb gegen Mitte des 17. Jahrhunderts der „Consultore in iure“ (der juristische Ratgeber) der Republik, Gasparo Lonigo, in einem kleinen Traktat mit dem peremptorischen Titel „Venetorum dux habet formam regis“.

Die großen Fürsten haben den Dogen immer als König behandelt, behauptete Lonigo; vom König hat er das Gewand und seine unverwechselbaren Kennzeichen. Das war zu jener Zeit eine zumindest halboffizielle Meinung. Zwei andere Ratgeber der Republik, Scipione Ferramosca und Lodovico Baitelli, hatten in einem „Breviarium iurium regiae dignitatis Reipublicae Venetae“ v.J. 1633 die Ansicht vertreten, „che il dominare con titolo et effetto di Re è antichissimo nella Republica di Venezia“ (daß das Herrschen mit dem Titel und der Macht des Königs sehr alt ist in der Republik

<sup>26</sup> J. C. Davis, *The decline of the venetian nobility as a ruling class* (Baltimore 1962) 107–108; S. Romanin, *Storia documentata di Venezia*, VII (Venezia 1925) 370–371; die Stelle aus der Rede Giacomo Marcellos wurde dem Manuskript entnommen, das in der Biblioteca Correr (Venezia, Provenienze diverse B. 96 c) aufbewahrt wird.

<sup>27</sup> Bezüglich des Urteils über Michiel Foscarini, das dem „Esame istorico politico di cento soggetti della Serenissima Repubblica di Venezia“ entnommen ist, vgl. *Del Negro*, *Forme*, 419.

<sup>28</sup> Bericht des *Giovanni Pesaro* aus Rom von 1632, in: *Relazioni*, 341.

Venedig)<sup>29</sup>. Venedig hatte glanzvolle Königreiche wie Negroponte (das heutige Euböa) und Zypern unter seiner Herrschaft gehabt (die Serenissima schmückte sich auch weiterhin mit diesen Titeln) und besaß noch immer das Königreich von Candia, die Perle seines Dominiums<sup>30</sup>. Die Republik „è stimata, ma non amata da altri Principi“ (wird von anderen Fürsten geachtet, aber nicht geliebt), schrieb 1635 der Botschafter und erfahrene Kenner der Höfe, Alvise di Tomaso Contarini, an den Senat. Nicht geliebt, da sie eben „anders“ war: weil sie die Freiheit der Republik und die Vorrechte des Königreiches wollte<sup>31</sup>.

Die Forderung der Republik, wie ein Königreich behandelt zu werden, war nicht nur rein rhetorisch, sondern hatte eine sehr konkrete politische Kehrseite. Daß die Tatsache, nur als Republik betrachtet zu werden, eine schwerwiegende Minderstellung bedeutete, hatte sich schon auf dem Konzil von Trient gezeigt, als im September 1563 die sogenannte Reform der Fürsten im Gespräch war. Kapitel 32 der Reform bestimmte, daß während der Ausübung der Messe die Bischöfe die Bibel oder den Friedenskuß nur dem Kaiser, den Königen, deren Gemahlinnen und Kindern darreichen mußten: alle anderen, und damit auch der Doge der Republik Venedig, mußten sich den Bischöfen gegenüber zurückgesetzt fühlen. Ein anderes Kapitel betraf die Republik in einer weiteren, ebenfalls wichtigen Frage, nämlich den kirchlichen Patronaten. Die Serenissima war gegen ihre auf dem Konzil anwesenden Botschafter und die drei höchsten venetischen Prälaten in Wut geraten, weil diese nicht in gebührender Weise gegen diese Kapitel Widerstand geleistet hatten, die dem venetischen Dominium solch großen Schaden zufügten. Glücklicherweise waren die Kapitel dann weitgehend geändert worden. Der Republik wurde im Gegenteil eine besondere Genugtuung zuteil, da sie dank des Besitzes des Königreiches Zypern (dieses sollte sie innerhalb der folgenden zehn Jahre verlieren) in den Rang des Kaisers und der Könige eingereiht wurde<sup>32</sup>.

Es war Tatsache, und dies war eine ewig blutende Wunde, daß dort, wo Kaiser und Könige die Bischöfe ihrer Diözese ernennen konnten, die Republik beinahe vollständig von diesem Vorrecht ausgeschlossen blieb: Unter den Ausnahmen, die schon genannt worden sind, befand sich das Erzbistum des Königreiches von Candia, worüber der Republik das Patronat zustand. Obwohl man wußte, daß es äußerst schwer war, das Ernennungsrecht wiederzuerlangen, hoffte man weiterhin. „Prima di Giulio II, la Re-

<sup>29</sup> Der Traktat des Lonigo befindet sich im Archivio di Stato di Venezia, Consultori in iure, Filza 72, cc. 144 ff. Das Breviarium von Ferramosca und Baitelli ebd., Filza 568; vgl. in derselben Filza, fasc. XVIII, die Schrift derselben, in *Controversia praecedentiae inter Serenissimam Rem publicam et Serenissimum D. Ducem Sabaudiae*, ebenfalls von 1633.

<sup>30</sup> Francesco Sansovino schrieb, daß sein Vater in der Loggetta die Reliefs „Venere significativa del Regno di Cipro come quella che fu Dea et regina di quel regno“ (Venus als Allegorie des Königreiches Zypern als diejenige, die Göttin und Königin dieses Reiches war) und „Giove che fu Re di Candia“ (Jupiter, der König von Candia war) gemeißelt habe; vgl. *D. Rosand, Venezia e gli dei*, in: *Renovatio urbis. Venezia nell'età di Andrea Gritti (1523–38)*, hrsg. von *M. Tafuri* (Roma 1984) 211.

<sup>31</sup> Bericht *Alvise Contarini*, in: *Relazioni*, 403.

<sup>32</sup> *G. Cozzi, Domenico Bollandi: un vescovo veneziano tra Stato e Chiesa*, in: *Rivista storica italiana* LXXXIX (1977) 573–576.



pubblica nominava alle chiese, come fanno gli altri re“ (Vor Julius II. vergab die Republik Kirchenämter, so wie es die anderen Könige tun), bemerkte seufzend Alvise Contarini im Jahre 1635<sup>33</sup>. Wenn sich diese Hoffnung auf etwas gründen konnte, dann auf die Tatsache, daß auch die Republik gewissermaßen einen König hatte, da sie das Königreich Candia besaß und deshalb die gleichen Rechte genießen mußte. Es war also unumgänglich, die in der Vergangenheit erworbenen königlichen Titel aufrechtzuerhalten, und die Republik sollte tatsächlich in heftigen Streit mit dem Herzog von Savoyen geraten, der sich den Titel eines Königs von Zypern aneignen wollte: Mehr noch, man mußte alles daransetzen, daß die Republik an den Höfen im Range eines Königs behandelt würde<sup>34</sup>: Bei diesem Unterfangen trat besonders Giovanni Pesaro hervor. Im August 1631, als er Botschafter in Rom war, hatte er eine große Auseinandersetzung mit einem Neffen des Papstes, Taddeo Barberini, gehabt. Dieser verlangte, daß ihm, in seiner Eigenschaft als Präfekt von Rom, Vortritt nicht nur vor den Ministern der einfacheren Fürsten gebühre, sondern auch vor den Botschaftern „di teste coronate“ (von gekrönten Häuptern). Giovanni Pesaro hatte ihm den Vortritt verweigert; die Botschafterkollegen der „teste coronate“ hatten sich mit ihm solidarisch erklärt; der Senat hatte sein Verhalten nachdrücklich gutgeheißen. Die Episode hatte Pesaro mit Stolz erfüllt. Als er in seinem Bericht auf sie zurückkam, schrieb er: „Ha guadagnato la Serenissima Repubblica d'esser riconosciuta nella sua grandezza, et ha conseguito la dichiarazione, anzi approbatione di quel posto che Dio, la natura, la grandezza delli Stati et il merito dei nostri maggiori ci ha costituito nella serie e nella classe dei maggiori Re“ (Die Republik Venedig hat es verdient, in ihrer Größe anerkannt zu werden, und hat die Bestätigung, ja die beifällige Zuerkennung des Platzes erlangt, den Gott, die Natur, die Größe der Staaten und das Verdienst unserer Vorväter uns zugewiesen haben, in der Reihe und in dem Rang der größten Könige)<sup>35</sup>.

Der Überfall auf Candia durch das osmanische Reich setzte gerade diesen fundamentalen Punkt aufs Spiel, nämlich die Einordnung der Republik „tra le corone d'Europa, nella prima sfera de'principi“ (unter die Kronen Europas, in den unmittelbaren Umkreis der Fürsten). In einer Rede, mit der es ihm 1657 gelungen war, den Senat davon zu überzeugen, den Krieg weiter zu führen – einer Rede, die viel dazu beitragen sollte, ihn im folgenden Jahr zum Dogen zu erheben – hatte Giovanni Pesaro vor allem auf dieses Argument besonderen Nachdruck gelegt. „Anche con questo possesso“, sagte er „l'invidia e l'ambizione hanno conteso alla repubblica questa regia dignità, onde se più non l'avremo, quella contesa, che sempre abbiamo vinta, resterà affatto perduta, e con tanto più di ragione, quanto che volontariamente ce ne saremo spogliati“ (Bereits mit diesem Besitz haben Neid und Mißgunst der Republik diese königliche Würde streitig gemacht; wenn wir Candia verlieren, wird dieser Streit, den wir

<sup>33</sup> Bericht *Alvise Contarinis*, in: *Relazioni*, 388–389.

<sup>34</sup> Über den Streit mit dem Herzog von Savoyen, der 1658 mit dem Rückzug des Herzogs beendet worden war vgl. das Buch mit dem Titel „Del titolo regio dovuto alla casa di Savoia (Torino 1633), wo auch alle sonstigen Ansprüche des Hauses Savoyen aufgezeichnet sind. Vgl. *Valier*, *Storia*, II, 165.

<sup>35</sup> Bericht von *Angelo Contarini* und *Giovanni Pesaro*, in: *Relazioni*, 305, 325, 328; vgl. auch ebd. 400, den Bericht *Pietro Mocenigo* von 1676, ebenfalls aus Rom.

immer gewonnen haben, gänzlich verloren sein, und das mit um so mehr Grund, wenn wir es freiwillig aufgeben würden)<sup>36</sup>.

Der Krieg wurde damals weitergeführt, sollte aber 1669 mit einer Kapitulation enden, einem Ausgang, den Giovanni Pesaro am entschiedensten verworfen hatte. Der Verlust von Candia, so schrieb dennoch der Autor des „Trascorso politico sopra la pace fatta tra la Repubblica di Venezia et il Grand Turco l'anno 1669“ (politische Abhandlung über den Frieden zwischen der Republik Venedig und dem großen Türkischen Reich im Jahre 1669) bedeute keinesfalls „la perdita d'un Regno e d'una Corona“ (den Verlust eines Königreiches und seiner Krone). Die Republik „si è ... diffusa con ogni sforzo possibile per tant'anni, e finalmente non si è resa, ma cambiata [Candia] con Clissa e suo territorio, e si sono conservate le fortezze di Suda, Spinalonga e Grabuse che sono una porzione del medesimo Regno ... E poi la corona della Repubblica non dipende dalle mure nude e lacere di Candia ma dalla gloriosa difesa che ha sostenuta vinticinque anni delle medesime mura con la più formidabil fortezza dell'universo ... Vale più questa gloria della Repubblica d'haver per vinticinque anni guerreggiato ella sola e riportate vittorie e vantaggi contro l'Imperio ottomano che spaventa egli solo e può guerreggiare con tutti i Principi dell'Europa, che non valerebbe il possesso di dieci Regni, e questa è una corona più che regia, più che imperiale, che non gli potrà mai essere levata per tutti i secoli venturi“ (hat sich ... mit jedmöglicher Anstrengung auf viele Jahre verteidigt und schließlich hat sie sich nicht ergeben, sondern [Candia] mit Clissa und dessen Gebiet getauscht; und die Festungen Suda, Spinalonga und Grabuse, die ein Teil des nämlichen Königreiches sind, blieben erhalten ... Darüber hinaus hängt die Krone der Republik nicht von den nackten und brüchigen Mauern Candias ab, sondern von der glorreichen Verteidigung, die sie über 25 Jahre hinweg von diesen Mauern aus mit der großartigsten Standhaftigkeit der Welt durchgehalten hat ... Dieser Ruhm der Republik, 25 Jahre lang alleine gekämpft, Siege und Vorteile gegenüber dem Osmanischen Reich errungen zu haben, das alleine schon Angst einflößt und mit allen Fürsten Europas kämpfen kann, dieser Ruhm zählt mehr als der Besitz von zehn Königreichen, und er ist eine mehr als königliche, mehr als kaiserliche Krone, die ihr niemals in allen kommenden Jahrhunderten genommen werden kann)<sup>37</sup>.

Weniger als 20 Jahre später sollte derselbe Patrizier, der die Kapitulation von Candia abgefaßt hatte, Francesco Morosini, für die Republik ein neues Königreich erobern, das sogar noch prächtiger war als Candia, das von Morea (Peloponnes). Dieses sollte nur kurz währen, bis 1716. Aber es galt damals, für den, der sich trösten wollte, was der Doge Bertucci Valier 1657 im Streitgespräch mit Pesaro gesagt hatte: „Questa città di Venezia sola è quella che fa regina la repubblica“ (Diese Stadt Venedig alleine ist es, welche die Republik königlich macht)<sup>38</sup>.

<sup>36</sup> Valier, Storia, II, 99.

<sup>37</sup> Biblioteca nazionale Marciana, Venezia, ms. It., VII, 656 (= 7791), c. 6v.

<sup>38</sup> Valier, Storia, II, 95.

Peter Blickle

## Kommunalismus und Republikanismus in Oberdeutschland

Von den Wallisern heißt es 1619, sie „vermeinend, ein fry Volk zu sein, als in einer fryen Republic“<sup>1</sup>. 1651 gibt die Landeshauptstadt Sitten in einem Schreiben an die Regierung eine inhaltliche Präzisierung des Walliser Republikverständnisses: sie – die Regierung nämlich – habe „alle substantialische dem lieben Vaterland bedenkliche, für uns, unsere Nachkommen consequentische Articul“ dem Land bekanntzumachen, „damit Rat und Gemeinden ihren Gesandten und Ratsboten ihr Gutbedenken darüber geben“<sup>2</sup> können. Die *Republik* im Wallis baut sich aus den *Gemeinden* her auf, von den „communitates“, wie die mehrheitlich lateinischen Rechtsquellen des Landes sagen. Damit sind die leitenden Begriffe der folgenden Überlegungen benannt – *Kommunalismus* und *Republikanismus*.

Über die Begriffsgeschichte von Republik besitzt man durch die jüngste Materialpräsentation von Wolfgang Mager<sup>3</sup> einen guten Überblick. Eine eher stichwortartige Zusammenstellung mag daher genügen, um den Rahmen, in dem im folgenden argumentiert werden soll, hinreichend abzustecken. Die klassische Verfassungstypologie Monarchie, Aristokratie und Politie erfährt im hoch- und spätmittelalterlichen Oberitalien vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen Fürstenherrschaft und Stadtkommunen eine duale Verfremdung: „regimen regale“ als unumschränkte Herrschaft und „regimen politicum“ als gesetzlich beschränkte werden einander gegenübergestellt, aber erst Ptolemäus von Lucca gibt dem „regimen politicum“ seine zukunftsweisende Bedeutung, wenn es sich nach ihm durch das „dominium plurium“ definiert. Diese Herrschaft der Vielen nennen umgangssprachliche Wendungen der Zeit „stato franco“ oder Regierung „a commune“. Wenn schließlich Ptolemäus „res

<sup>1</sup> Der Text im Zusammenhang lautet: „Die Herren Landlüt vermeinend, ein fry Volk zu sein, als in einer fryen Respublic, und Democratischen Regiment dafür sy bisher gehalten worden. Dasselb von den Altvordren (die Gott begnadet hat) ererbt, welche es mit ihrem Schweiß und Blut erobert und durch ihr Dapferkeit sich in die Fryheit gestellt, von den Herren und usländischem Gwalt errettet wie die acta und Cronigen das bezügent, des Vorhabens die jetzlebenden auch sind und dasselbig mit ihr Mannheit und ußerstem Vermögen zu erhalten ganz geneigt und mit unverzagtem Gemüet resolvirt und bedacht sind.“ *W. A. Liebeskind*, Das Referendum der Landschaft Wallis (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien 33, Leipzig 1928) II.

<sup>2</sup> Ebd., 45.

<sup>3</sup> *W. Mager*, Artikel Republik, in: *O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache*, 5. Bd. (Stuttgart 1984) 549–651, bes. 582–586.

publica“ im freistaatlichen Sinn als Gattungsbegriff verwendet, kann man wohl mit Recht vermuten, daß dies „dem Wortgebrauch in den bürgerschaftlich regierten Kommunen seiner Zeit entsprach“<sup>4</sup>. Spätestens um 1400 ist der Republik-Begriff als Abgrenzungs- und Gegenbegriff zu Fürstenherrschaft und Monarchie voll ausgebildet und geht als „republica“, „république“ und „Freistaat“ in die italienische, französische und deutsche Sprache ein und verdrängt damit zunehmend den Sinn von Republik als „Gemeinwesen“. In der „Serenissima Repubblica“ von Venedig wird für die den absoluten Monarchien ausgelieferten Europäer die Republik modellhaft abgebildet.

Verdrängt wird damit aber nicht nur die Bedeutungsvariante Gemeinwesen, sondern auch die Bedeutungsvariante „universitas“. Bis ins 15. Jahrhundert hinein nämlich verwenden vornehmlich die Juristen Republik im körperschaftlichen Sinn. Das bedeutet, daß Personenverbände, die rechtlich, wirtschaftlich und sozial Einheiten darstellen und vom Mitgliederwechsel in ihrer Substanz nicht betroffen werden, republikanische Qualität erreichen<sup>5</sup>: Zünfte und Gilden, Eidgenossenschaften und Dorfschaften beispielsweise. Offensichtlich gibt es auch in der Begriffsgeschichte Verbindungen zwischen Freistaaten und verschiedenen Formen von „universitates“ oder „communitates“, wie sie auch heißen, zwischen Republik und Gemeinde.

Von Gemeinde ist der Begriff „Kommunalismus“ abgeleitet<sup>6</sup>. Er versucht der Tatsache Rechnung zu tragen, daß etwa von 1300 bis 1800, vom Ende des Mittelalters bis zum Beginn der Moderne, die Gemeinde – neben der Familie – für 95% der Gesellschaft den primären sozialen Lebensbezug darstellt. In der Erscheinungsform der

<sup>4</sup> Ebd., 583.

<sup>5</sup> Ebd., 559, verweist auf eine Definition von *W. Krawietz* (Artikel Körperschaft, in: *J. Ritter, K. Gründer* (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, 4. Bd. (Darmstadt 1976) Sp. 1102), die hier im vollen Wortlaut zitiert werden soll, zumal sie für den Vergleich mit dem Kommunalismusbegriff nützlich ist: Körperschaft – universitas bezeichnet „den menschlichen, zumindest ansatzweise mit einer arbeitsteiligen Organisation ausgestatteten, eine mehr oder weniger selbständige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Einheit darstellenden Personalverband, der zur gemeinschaftlichen Verfolgung überindividueller, aber auch durch die individuellen Interessen und Zwecke der Mitglieder mitbestimmter Anliegen dient, jedoch in seiner jeweiligen Identität von einem Mitgliederwechsel, d. h. dem Ein- und Austritt einzelner Mitglieder, unberührt bleibt, weil die Rechte und Pflichten der Körperschaft als solcher von denen der Mitglieder streng unterschieden werden“.

<sup>6</sup> Erstmals entwickelt in meiner Studie: *Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch* (München 1981). Für weitere Überlegungen hinsichtlich der im Kommunalismus geltenden Normen sei verwiesen auf meine Arbeit: *Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil* (München 1985, <sup>2</sup>1987) 165–204. – Adolf Gasser hat mich freundlicherweise darauf hingewiesen, daß er den Begriff in einer Publikation von 1943 bereits verwendet hat, die wegen des Auslieferungsverbots in Deutschland kaum bekannt wurde. Vgl. *A. Gasser, Gemeindefreiheit als Rettung Europas* (Aarau 1943) [eine 2. Auflage erschien 1947]. Gasser entwickelt den Begriff räumlich von der Schweiz her, sachlich von der Freiheit und einer mit ihr verknüpften Ethik, ich eher aus dem deutschen Raum und aufgrund funktionaler Zusammenhänge im bäuerlichen Alltag. Immerhin mag die unabhängig voneinander entwickelte Wortform auch für das Vorhandensein der Sache eine Stütze sein. – Die perspektivische Weite des Problems ist neuerdings beleuchtet bei *R. Koch, Staat oder Gemeinde? Zu einem politischen Zielkonflikt in der bürgerlichen Bewegung des 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983) 73–103.

Städte und Dörfer (und verwandter Gebilde) konkretisiert sich gemeindliches Leben. Was heißt das?

Von den organisatorischen Bauprinzipien her ist Stadt und Dorf gemeinsam, daß es hier wie dort Gemeindeversammlungen gibt, hier wie dort ein Verwaltungsgremium unter dem Namen Rat, Zwölfer, Sechser oder Vierer, hier wie dort ein Gericht und hier wie dort als Schultheiß, Bürgermeister oder Ammann benannte Gemeindevorsteher. Zwar werden alle Ämter mit Gemeindemitgliedern besetzt, die Zuständigkeit dieser Organe und ihre Bestellung können jedoch sehr unterschiedlich gestaltet sein. Von Kommunalismus spreche ich dann und nur dann, wenn die Zuständigkeiten der Organe in der Gemeinde weit gezogen sind und deren Bestellung überwiegend durch die Gemeinde selbst erfolgt, wo sie – anders gewendet – einen hohen Grad von politischer Autonomie erreicht hat.

Was konkret gemeint ist, läßt sich etwas deutlicher zeigen, wenn man den Prozeß der Kommunalisierung der Gesellschaft betrachtet. Plakativ läßt sich dieser Vorgang als Auflösung der hochmittelalterlichen Villikationsverbände beschreiben. Im Hochmittelalter arbeitet der Unfreie auf den Gütern seines Herrn und wird von ihm gepflegt, behaust, vertreten und beschützt – im Prinzip. Soweit er eigenständig Land bewirtschaftet, fällt es bei seinem Tod an seinen Herrn heim, wie auch seine Fahrhabe, falls er sich eine solche während seines Lebens hat erwerben können. „Eigenschaft“ ist der dafür weitverbreitete Ausdruck. Mit der Lösung der Landwirtschaft und des Handwerks von der adeligen oder klösterlichen Eigenwirtschaft, der Ausgrenzung existenzfähiger Höfe und Gewerbebetriebe geschieht etwas sehr Wesentliches: an die Stelle von Freiheit und Unfreiheit als Kriterien sozialer Differenzierung treten Tätigkeitsmerkmale, der Bauer und der Bürger verdrängt – auch terminologisch – den servus. Was den Bauern und Bürger vom hochmittelalterlichen Unfreien zuallererst unterscheidet, ist seine Möglichkeit und Fähigkeit, seine Arbeit selbst organisieren und über die Erträge seiner Arbeit relativ frei verfügen zu können. Wohl nicht zufällig verklumpen sich nach der allmählichen Auflösung der Fronhöfe die locker gestreuten Einzelhöfe und Weiler zu Dörfern und Städten. Das bringt spezifische Arten des Wirtschaftens hervor: etwa die individuell-kollektive Nutzung der Flur, die kollektive der Allmende. Insofern sich der Grundherr um die Organisation der Wirtschaft nicht mehr kümmert, wird Nachbarschaft als gemeinsame Arbeit eine gelebte Erfahrung.

Es sind diese nur andeutungsweise beschriebene Komplizierung wirtschaftlicher Ordnungen und die Verdichtung sozialer Beziehungen, die neue Reglementierungen erfordern: Normen für das Zusammenleben mußten erstellt, Organe für die Einhaltung dieser Normen mußten geschaffen werden, Institutionen zur Klärung der Verletzung solcher Normen mußten ausgebildet werden. Wo sich die Stadt und das Dorf vom Fronhof und vom Domhof abkoppeln können, wo der Adel und der Klerus sich aus der Wirtschaft zurückziehen und damit auch als Ordnungsfaktoren geschwächt werden, gibt den Rahmen für solche Reglementierungen zunehmend die Gemeinde, ihr Rat, ihr Gericht und ihr Gemeindevorsteher ab. Erst der Absolutismus, besser gesagt die „gute Polizei“, kehrt diese Entwicklung um und schränkt die kommunalen Autonomieräume wieder ein.

Meine These hält auf dem Tenor: *Der Kommunalismus als Lebensform zeigt eine hohe Affinität zur Republik als Staatsform.* – Daraus ergibt sich: je höher der Kommunalismus in einer Region entwickelt ist, desto wahrscheinlicher wird sich in dieser Region eine Republik herausbilden. (Wäre dem so, dann würde sich – nebenbei gesagt – Kommunalismus als ein brauchbarer Gegenbegriff zu Feudalismus anbieten.) Zur Orchestrierung des Themas bediene ich mich einiger vergleichsweise wahllos herausgegriffener Beispiele.

Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Kommunalismus und Republikanismus sei zunächst am *Hochstift Sitten*, dem Wallis, wie es auch heißt, erörtert. Seit dem frühen 14. Jahrhundert tritt in der Regel bei der Bischofswahl ein „consilium terrae Vallesii“ zusammen. Hier liegen die Anfänge einer politischen Vertretung der Walliser Bevölkerung, die im 17. Jahrhundert ihren Abschluß findet, als das consilium terrae, der jetzt sogenannte Landrat, faktisch die Regierung übernimmt<sup>7</sup>. Die Etappen dieses Prozesses seien in der gebotenen Kürze zur besseren Verständlichkeit der strukturellen Wandlungen beschrieben.

1428 wird ein Mandat gegen Hexen vom consilium generale erlassen, das einerseits vom Bischof durch seinen „balliuis Vallesii“ beschickt wird, andererseits „per patriotas Vallesii cum communitatibus tam Alamanorum quam etiam Romanorum cum plena potestate desenorum patrie Vallesii“<sup>8</sup>. Communitates, Gemeinden, und desena, Zenden, wie sie in der deutschen Sprache heißen, beschicken also den Landrat. Die in ihm vertretenen „nuncii et procuratores omnium communitatum et desenorum“<sup>9</sup> erlassen 1435 mit dem bischöflichen Vertreter eine Gerichtsverfassung. 1446 zwingt eine Ver-

<sup>7</sup> Einen ersten orientierenden Überblick gibt der Artikel Wallis von J. Eggs im Historisch-biographischen Lexikon der Schweiz, 7. Bd. (Neuenburg 1934) bes. 382–393. – Für einen kurzen Abriss der Anfänge des Landrats vgl. auch *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 8f. – Zur Einordnung in größere Zusammenhänge vgl. H. C. Peyer, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz* (Zürich 1978) 70f.

<sup>8</sup> Wegen der außerhalb der Schweiz schwer zugänglichen Quellen sei hier und im folgenden die Begrifflichkeit etwas breiter dokumentiert. Die Präambel des Hexenmandats lautet im vollen Text: „Nos Thomas Venech balliuis Vallesii pro reuerendissimo in Christo patre et domino domino Andrea archiepiscopo Collocensi et administratore ecclesie Sedunensis comiteque et prefecto Vallesii notum harum serie facimus vniuersis et singulis presentes litteras inspecturis ac etiam audituris, quod in presenti congregatione et consilio generali tento et habito apud Leucam presenti die per patriotas Vallesii cum communitatibus tam Alamanorum quam etiam Romanorum cum plena potestate desenorum patrie Vallesii et specialiter et maxime ab aqua Morgie Contegii superius ab vtraque parte Rodani venerunt pro bono statu commodo et honore Ecclesie Sedunensis et totius patrie Vallesii et multis arduis negotiis et necessitatibus feliciter ordinandis et singularum personarum et maxime inter alia plura negotia et necessaria in dicto presenti consilio ordinata et conclusa per patriotas fuit ordinatum et conclusum in ipso consilio presenti per ipsos patriotas et nuntios communitatum tam nobiles quam etiam alios probos homines et nuntios predictos super facto artis sortilegii ne eorum maleficia remaneant impugnata, prout infra sequitur.“ Ediert bei A. Heusler (Hrsg.), *Schweizerische Rechtsquellen. Rechtsquellen des Cantons Wallis*, in: *Zeitschrift für Schweizerisches Recht* 29 (1888) 133–300; 30 (1889) 163–333 und 31 (1890) 117–269; hier Nr. 15. [Wegen der möglichen Vereinfachung der Zitierweise werden die von Heusler edierten Stücke mit Nummern angegeben.]

<sup>9</sup> Ebd., Nr. 16.

sammlung von 2000 bewaffneten Bauern den Bischof auf einer außerordentlichen Landratssitzung, ein ihm von den Wallisern diktiertes Landrecht<sup>10</sup> zu publizieren<sup>11</sup>, dessen Stoßrichtung gegen die bischöfliche Herrschaft schon darin zum Ausdruck kommt, daß dessen Nachfolger im Amt sich weigerte, es zu bestätigen, was freilich seine Anwendung auf lokaler Ebene nicht verhindern konnte<sup>12</sup>. Gesichert ist seitdem jedenfalls die regelmäßige Beteiligung von Gemeinde- und Zendenvertretern bei allen Rechtskodifikationen<sup>13</sup>, ja gelegentlich scheinen die Boten der Gemeinden und Zenden auch Mandate, Ordnungen und Gesetze ohne den Bischof, seinen Vertreter oder das Domkapitel erlassen zu haben<sup>14</sup>.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Verabschiedung eines sogenannten „Landfriedens“ 1517. Bemerkenswert an seinem Zustandekommen ist, daß nach Ausweis der Präambel offensichtlich die wehrfähige Mannschaft „gewaltiglich mit allen bannern die sibenzenden“ in die Bischofsstadt Sitten gezogen war und durch „rath und gemeinden der landschaft Wallis“ eine umfassende Rechtskodifikation vornahm. Sie sollte dem älteren, formal außer Kraft gesetzten Landrecht von 1446 wieder Geltung verschaffen, darüber hinaus aber die bisherigen zivil- und strafrechtlichen Normen ergänzen und – was hervorzuheben ist – dem Land eine neue verfassungsmäßige Grundlage geben<sup>15</sup>. Letzteres kommt in der Bestimmung zum Ausdruck, daß das Domkapitel ohne die Landschaft keinen Bischof mehr wählen und der Landbrief künftigen Kandidaten für das Bischofsamt als Wahlkapitulation dienen sollte<sup>16</sup>. Der Text, an dessen Abfassung weder bischöfliche Vertreter noch das Domkapitel beteiligt waren, erhielt Rechtskraft dadurch, daß sich alle künftigen Bischöfe darauf verpflichten ließen<sup>17</sup>.

Den Abschluß fand der Prozeß der Verlagerung politischer Kompetenzen vom Bischof auf den Landrat zwischen 1571 und 1634. 1571 nämlich wurde die Stellung des

<sup>10</sup> Das ergibt sich aus der Aussage von Kardinal Schiner, gedruckt bei *D. Imesch* (Hrsg.), *Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500*, 1. Bd. (1500–1519) (Brig 1916) 381.

<sup>11</sup> Es handelt sich um die sog. „Artikel von Naters“ vom 28. I. 1446. Druck bei *Heusler*, *Rechtsquellen* (wie Anm. 8), Nr. 18. Die politischen Hintergründe erörtert *L. Carlen*, *Das Landrecht des Kardinals Schiner. Seine Stellung im Walliser Recht* (Arbeiten aus dem juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz 14, Freiburg/Schweiz 1955) 3 ff.

<sup>12</sup> *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 3.

<sup>13</sup> Die Nachweise ebd., passim.

<sup>14</sup> Das gilt etwa für die Landsatzung vom 19. IV. 1496, die folgende Präambel hat: „Nos communitates omnium desenorum patrie Vallesii in vnum in prato fori ciuitatis Sedunensis congregatae pro reformatione et statu reipublice ac commodo patrie vnanimiter ordinauimus et fecimus statuta et ordinationes que sequuntur, quas perpetue in futurum volumus inuiolabiliter obseruari iuramentis nostris manibus eleuatis prestitis.“ Druck bei *Heusler*, *Rechtsquellen* (wie Anm. 8), Nr. 21. – Aufmerksamkeit verdient die hier wohl erstmalige Verwendung des Begriffs „Republik“, wobei freilich das Wort wohl im Sinne von Gemeinwesen gebraucht wird.

<sup>15</sup> *Imesch*, *Landrats-Abschiede* (wie Anm. 10), 378–383 Nr. 108. – Ein Inhaltsreferat bietet *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 19–22.

<sup>16</sup> „Item, wan ein herr zue Sitten abstirbt, hat das ehrwürdig capitel mit sambt der landschaft vollmächtigen gewalt, ein andren herren zue erwählen.“ *Imesch*, *Landrats-Abschiede* (wie Anm. 10), 380.

<sup>17</sup> Den Nachweis führte *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 23 f.

Landrats durch das revidierte und erneuerte Landrecht in der Weise gestärkt, daß er fortan nicht nur als Spitze der politischen Verwaltung, sondern auch als oberste Gerichtsstanz im Lande fungierte, von dem es keine weitere Appellationsmöglichkeit an den Bischof mehr gab<sup>18</sup>. In der Logik dieser Entwicklung anerkannte der Bischof 1634 die faktischen Verhältnisse. Der Landeshauptmann rückte an seine Stelle<sup>19</sup>, was zeichenhaft darin zum Ausdruck kommt, daß er künftig den Landrat einberief und die Gemeinden und Zenden seit 1634 auch den Bischöfen nicht mehr huldigten<sup>20</sup>. Aus einem Hochstift des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation war eine Republik geworden<sup>21</sup>.

Inwiefern, so ist in einem zweiten Anlauf zu fragen, setzt die Republik Wallis die behauptete Existenz von Gemeinden voraus? Die Antwort muß über eine Kompetenz- und Organisationsbeschreibung des Landrats, der Zenden und der Gemeinden erfolgen.

Der *Landrat*<sup>22</sup> erarbeitete die großen Rechtskodifikationen vom Zivilrecht über das Strafrecht bis zum Gerichtsverfassungsrecht, und der Landrat verfügte die Maßnahmen, die die deutsche Sprache seit dem 15. Jahrhundert mit „Polizei“ umschreibt. Bleibt also noch über Zusammensetzung und Arbeitsweise zu sprechen. Einberufen wurde er bis ins frühe 17. Jahrhundert durch den Bischof; teilnahmeberechtigt waren der Landeshauptmann als sein Vertreter, das politisch völlig unbedeutende Domkapitel und Vertreter der Zenden und Gemeinden. Sie treten als nuntii, Ratsboten und Gesandte in Erscheinung, und in dieser Bezeichnung kommt klar zum Ausdruck, daß sie ein imperatives Mandat hatten. Was durch Instruktionen der Mandatäre nicht gesichert war, konnte nicht beschlossen, sondern nur verhandelt werden. Entsprechend wurden mit den Einladungen (Tagbriefe) die Tagesordnungen verschickt, und die Ergebnisse der Landratsverhandlungen (Abschiede) mußten die Landräte „hinter sich bringen“, „ad referendum“ wie die Bezeichnung seit dem späteren 17. Jahrhundert heißt. Erst die Zustimmung der Korporationen, die die Räte delegierten, verlieh einem Abschied Rechtskraft<sup>23</sup>. Das erklärt Wendungen in den Quellen, die von „Räten

<sup>18</sup> Ebd., 49.

<sup>19</sup> *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 42.

<sup>20</sup> L. Carlen, Die Landsgemeinde von Goms, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 15 (1973) 17–24, hier 21.

<sup>21</sup> Die komplizierten Beziehungen zum Reich beschreibt G. Ghika, L'indépendance du Valais à l'égard du Saint-Empire, in: *Annales valaisannes* 23 (1948) 389–448.

<sup>22</sup> Das Folgende nach dem bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), ausbreiteten Quellenmaterial. Die interpretatorischen Folgerungen, die Liebeskind aus den Quellen zieht, wird man nur bedingt teilen müssen. – Den landtagsähnlichen Charakter der Landratssitzungen betont Liebeskind erst später (zum Teil in Widerspruch zu früheren Arbeiten). Vgl. W. A. Liebeskind, Landesherr und Landschaft im alten Wallis, in: *ders.*, *Institutions politiques et traditions nationales* (Genf 1973) 157–164.

<sup>23</sup> Das Verfahren fand auch Anwendung bei den großen Rechtskodifikationen, die als Beilagen den Abschieden mitgegeben wurden und solchermassen als integrale Bestandteile der Abschiede galten; vgl. dazu *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 67. – Die starke Stellung der Korporationen, die Boten in den Landrat delegieren durften, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich erst im 17. Jahrhundert, gewissermaßen außerhalb des hier interessierenden Zeitraums, das Mehrheitsprinzip durchsetzte. Ebd., 86. – Vgl. ergänzend die der Terminologie Liebeskinds verpflichtete, aber



und Gemeinden als dem höchsten Gewalt“ oder von einer Landratssession als „souverainische(r) Session“ sprechen<sup>24</sup>.

Untergliedert war das Wallis in sieben *Zenden*. Vermutlich handelt es sich ursprünglich um Gerichts- und später Militärbezirke, denn die Zendenversammlungen scheinen aus dem „placitum“ hervorgegangen zu sein<sup>25</sup>. Der gerichts- und militärorganisatorische Ausgangspunkt kommt etwa zum Ausdruck in einer Versammlung des Zenden Goms vom 30. Juni 1549, auf der beschlossen wurde, am Landrecht von 1446 festzuhalten und die Annahme von Pensionen für Kriegsdienste unter bestimmten Umständen zu verbieten<sup>26</sup>. Der hier auf rechtliche und militärische Funktionen zugeschnittene Kompetenzbereich der Zendenversammlung wird durch die Funktion der Zendenbehörden bestätigt: sie lagern sich um den Meier bzw. Kastlan, den Vorsitzenden im Gericht, und den Hauptmann als Führer des militärischen Aufgebots<sup>27</sup>. Daß beide seit dem 14. Jahrhundert gewählt wurden – nach nicht unumstrittener Auffassung von einer Zendenversammlung<sup>28</sup> – zeigt, wie schwach die Stellung des bischöflichen Landesherrn geworden war. Daneben gab es einen Zendenrat, der sich aus Vertretern einzelner Korporationen innerhalb des Zenden (Viertel, Drittel, Gumper) zusammensetzte und zu festen Terminen sowie regelmäßig vor und nach den Landrats-sitzungen zusammentrat<sup>29</sup>. Für die Bewertung der Zenden ist es wichtig zu wissen,

doch durch eine Präzisierung der Abschiede weiterführende Arbeit von *B. Truffer*, *Les Recès de la Diète valaisanne, source primordiale de l'histoire de notre pays du 16e au 18e siècle*, in: *Annales valaisannes* 57 (1982) 145–155.

<sup>24</sup> Die Belege bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 23. – Vgl. dazu grundlegend *G. Ghika*, *La fin de l'état corporatif en Valais et l'établissement de la souveraineté des dizains au XVIIème siècle* (Université de Genève. Faculté de droit No. 450, Sion 1947).

<sup>25</sup> *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 18 – Die Entstehungsgeschichte der Zenden ist im Wallis umstritten. Die mögliche etymologische Verwandtschaft des Wortes mit Zehnt und centena hat zu den unterschiedlichsten Ableitungen geführt, die in starkem Maße auch von der Mittelalterforschung insgesamt abhängig waren. Einen nützlichen Überblick über die einzelnen Forschungspositionen ebd., 18 f. – Die von mir vorgenommene Betonung der gerichtlichen und militärischen Funktionen des Zenden findet so in der Literatur keine Bestätigung. Aus allen sowohl in den verschiedenen Arbeiten *Carlens* wie in denen von *Liebeskind* beigebrachten eindeutigen Belegen scheint aber hervorzugehen, daß der Zenden als gerichtlich-militärische Einheit zu gelten hat. Alles andere scheint bis jetzt nicht hinreichend gesichert.

<sup>26</sup> *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 19. Die Zendenversammlung des Goms beschließt darüber hinaus, beim Glauben der römischen Kirche zu bleiben. Auch hier handelt es sich m.E. nicht um eine Frage, die außerhalb des „Rechtlichen“ liegt. Zur gerichtlichen Kompetenz gehörte eben auch das „ius pacificandi“, das in einer anhaltenden Konfliktsituation, wie es Glaubensfragen in der Regel waren, zum „ius iudicandi“ fortgeschrieben wurde. So bewertet etwa die jüngere Forschung die Glaubensentscheidung der Obrigkeit in Zürich 1523. Vgl. dazu *H. A. Oberman*, *Werden und Wertung der Reformation. Vom Wegestreit zum Glaubenskampf* (Tübingen 1977) 246 f.

<sup>27</sup> *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 19. – *D. Imesch*, *Der Zenden Brig bis 1798*, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 7 (1934) 103–124, hier bes. 144–147, 202 ff. Der häufige Rekurs auf die Zenden Goms und Brig erklärt sich aus der Tatsache, daß für sie die besten Untersuchungen vorliegen. – Insgesamt ist über die Funktion der Zenden wenig bekannt, weil es für die frühere Zeit keine Zendenratsabschiede gibt. Vgl. zur Quellsituation *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 26.

<sup>28</sup> *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 26. – Die wenigen vagen Belege sind zusammengestellt bei *P. Zurbriggen*, *Der Walliser Landrat im 17. Jahrhundert* (Lizentiats-Arbeit, Bern 1982) 8. [Die Arbeit ist zugänglich über das Historische Institut der Universität Bern.]

<sup>29</sup> *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 16–19. – Differierend *Imesch*, Brig (wie Anm. 27), 162 ff.

daß sie bereits im frühen 15. Jahrhundert – und das heißt lange bevor der Landrat eine wirklich politische Größe im Wallis darstellt – Bündnisse abschließen konnten, ohne jede Beteiligung des Bischofs oder seiner Vertreter<sup>30</sup>.

Bleibt abschließend noch der Charakter der *Gemeinden* näher zu bestimmen. – 1361 werden die Walliser verpflichtet, als Kriegsentschädigung dem Grafen von Savoyen 13 000 fl zu zahlen. Zahlreiche Gemeinden, darunter Münster, Ernen und Zermatt, weigerten sich, ihre Anteile zu entrichten, weil sie an den Friedensverhandlungen nicht beteiligt worden waren. Als der Bischof nun gezwungenermaßen ins Oberwallis ritt, um die Steuer einzutreiben und seine beschädigte Autorität zu sichern, wurde er von den Bauern gefangen genommen, bis er sich bereitfand, den Anteil der betroffenen Gemeinden selbst zu bezahlen<sup>31</sup> – das dauerte 11 Wochen. Die kleine Geschichte illustriert schön das Selbstbewußtsein der Gemeinde im 14. Jahrhundert<sup>32</sup>.

Der *Communitas*-Begriff begegnet im Wallis seit dem 13. Jahrhundert und gewinnt rasch an Boden. Gemeindeversammlungen und kollegialische Behörden unter dem Namen Prokuratoren (*procurjuren*, *syndici*, *custodes*, *gubernatores*) sind die institutionellen Ausprägungen der *communitates*, ihre Kompetenzen umfassen meist wirtschaftliche und polizeiliche Aufgaben, offensichtlich jedoch kaum juridische und militärische<sup>33</sup>. Das ergibt sich aus den gemeindlich gewillkürten Dorfrechten. Spätestens im 15. Jahrhundert hat jede Gemeinde eine derartige Satzung – 47 Gemeinderechte sind allein für den Zenden Goms nachgewiesen, an deren Ausgestaltung keine herrschaftliche Instanz beteiligt ist. Inhaltlich beschreiben sie den weiten Bereich dessen,

<sup>30</sup> Vgl. *W. Schaufelberger*, Spätmittelalter, in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, 1. Bd. (Zürich 1972) 239–388, hier 289. – Eine Zusammenstellung der Bündnisse bietet *P. Arnold*, Bündnisse und Verträge der Walliser mit den Eidgenossen 1252–1815, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 14 (1865/66) 5–73, bes. 7–30. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Walliser Zenden auch Bündnisse mit Mailand und Savoyen abschlossen. – Die Beziehungen zur Eidgenossenschaft referiert breit *W. Oechsli*, Orte und Zugewandte. Eine Studie zur Geschichte des schweizerischen Bundesrechtes, in: *Jahrbuch für schweizerische Geschichte* 13 (1888) 1–497, bes. 13, 69–87, 286–310. Erst im 17. Jahrhundert wird offensichtlich die Zusammengehörigkeit der Zenden als so ausgeprägt angesehen – was durch den behördlichen Charakter des Landrats unterstrichen wird –, daß separate Verträge des einzelnen Zenden mit Auswärtigen nicht mehr geduldet werden. So heißt es etwa 1616: „Us gegenwürtigem oberkeitlichen Edikt und Satzung würd statuiert und beschlossen, daß nun fürthin kein Zenden ohn der übrigen Vorwissen und Willen mit keinem Fürsten, Herren, Potentaten einige Pündnus, Vertrag oder andere Verkommnus machen, weder ufrichten solle, diewyl wir ein Corpus sind ...“ Druck bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 16.

<sup>31</sup> *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde im Goms vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution (Arbeiten aus dem juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz 31, Freiburg/Schweiz 1967) 57.

<sup>32</sup> Sie kommt auch zum Ausdruck in einer m. E. einzigartigen Pflege kommunaler Archive. Die kommunalen Bestände reichen vielfach bis ins 15. Jahrhundert zurück. Verwiesen sei auswahlweise nur auf einen Band des Walliser Urkundenbuches, der das belegen kann. *J. Gremaud* (Hrsg.), *Documents relatifs à l'histoire du Valais*, 7. Bd. (Lausanne 1898).

<sup>33</sup> *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 182–186. – *Imesch*, Brig (wie Anm. 27), 106–110. Für einen allgemeineren, vorläufigen Überblick vgl. *J. Bielander*, Die Bauernzünfte als Dorfrecht, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 5 (1944) 509–588. – Auf einige wenige Ausnahmen weist *L. Carlen*, Dorfgerichte im Wallis, in: *Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung* 1 (1969) 1–12, hin.

was im Wallis seit Jahrhunderten und noch heute „Gmeinwärc“, in der lateinischen Entsprechung „opus comune“, heißt<sup>34</sup>. Der international anerkannte Volkskundler *Arnold Niederer* hat aufgrund eigener Beobachtungen und historischer Forschungen am Wallis einen Realtypus von Gemeinde rekonstruiert, der auf gemeinsamer Arbeit, gemeinsamer Beschlußfassung und gemeinsamem Fest aller Gemeindemitglieder fußt<sup>35</sup>. Das komplizierte System der Bewässerung der Wiesen durch Ableitung der Gletscherbäche über Holzaquädukte entlang der Felsen, das Abernten der Gemeindeäcker, der Weinbau an Steilhängen, die Bestoßung der Alpen und die Unterhaltung der Wälder als Schutz gegen Lawinen konnten nur gemeinsam bewältigt werden<sup>36</sup>. Noch heute gibt es Gemeinden, die an einem bestimmten Tag im März alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren aufbieten, um den Mist in die Rebberge zu führen<sup>37</sup>, und noch vor wenigen Jahren leistete jeder Mann in der Gemeinde einen Tagwan (einen Fron- oder Dienstag), wenn ein Gemeindemitglied ein Haus baute<sup>38</sup>. Genau diese Bereiche regeln die Gemeinderechte. Die anerkannte individuelle Bedürftigkeit führt zur gewünschten Nachbarschaft, und sie gibt dem Jahresablauf ihren Rhythmus. Der mittelalterliche Fronhof, die neuzeitliche Manufaktur und die Fabrik, sagt *Niederer*<sup>39</sup>, sind die Entgegensetzungen zum Gemeinwerk. Und in der Tat läßt sich zeigen, daß erst die Auflösung adeliger Villikationen im Wallis durch das Aussterben der Dynastien oder den Freikauf seitens bäuerlicher Verbände das Gemeinwerk und damit die Gemeinde schafft<sup>40</sup>. Begleitet wird dieser Vorgang von einer zunehmenden Ausbreitung des Erbrechts anstelle des älteren, der Villikation eigenen Hofrechts – und damit gelangt das Lebensverhältnis unter Landrecht<sup>41</sup>. Zuständig wird das „öffentliche“ Gericht, im

<sup>34</sup> *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 208.

<sup>35</sup> *A. Niederer*, Gemeinwerk im Wallis. Bäuerliche Gemeinschaftsarbeit in Vergangenheit und Gegenwart (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde 37, Basel 1956).

<sup>36</sup> Ein anschauliches Beispiel noch aus den 1950er Jahren gibt *Niederer* mit der Aufzählung der Verpflichtungen eines Bergbauern in St. Niklaus im Vispatal pro Jahr: „Drei Tage Arbeit für die Alpgeteilschaft Jungen, einen Tag an der Höllenwasserleite, einen Tag für die Alp Unterbächji, zwei Tage an der Stockwasserleite, einen Tag an der Mattwasserleite, einen Tag an der Jungenwasserleite, einen halben Tag an der Feldwasserleite, einen Tag für die Brunnengeilschaft, einen Tag auf dem Weg Tennjen – Höllenen.“ *Niederer*, Gemeinwerk (wie Anm. 35), 71.

<sup>37</sup> Ebd., 79f.

<sup>38</sup> Ebd., 36.

<sup>39</sup> Ebd., 12.

<sup>40</sup> *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 30 ff., 47 ff., 75 ff., beschreibt ausführlich den Ausverkauf der Grundherren, die schwächer werdenden grundherrlichen Gerichte und die Herausbildung besserer Besitz- und Leiheformen seitens der Bauern. Einen besonders ausgeprägten Typus stellen die „Freigerichte“ dar, die in der Regel durch Kauf seitens der Bauern entstanden und über Nieder-, oft auch Hochgerichtsbarkeit verfügten. Sie sind gewissermaßen die sinnfälligsten Beispiele für den Entkernungsprozeß adeliger Herrschaft. Vgl. *L. Carlen*, Freigerichte im Oberwallis, in: *F. Elsener – W. H. Ruoff* (Hrsg.), Festschrift Karl Siegfried Bader (Zürich 1965) 69–84.

<sup>41</sup> Für die Ausbildung der Erbleihe im Wallis vgl. *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 30. – Verwiesen sei auf völlig gleiche Beobachtungen in Tirol, wo mit der etwa gleichzeitigen Durchsetzung der Erbleihe die adelig-klösterliche Grundherrschaft weitestgehend verschwindet. Der Vorgang selbst ist für Mitteleuropa paradigmatisch beschrieben in der Arbeit von *H. Wopfner*, Beiträge zur Geschichte der freien bäuerlichen Erbleihe Deutschirols im Mittelalter (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 67, Breslau 1903).

Falle des Wallis der Zenden. Das erklärt, weshalb die Kompetenzen zwischen *communitas* und Zenden so säuberlich geschieden sind<sup>42</sup>. Das erklärt aber auch, weshalb neben den *communitates* auch Viertel und Drittel als Unterteilungen des Zenden ihre Boten in den Landrat schicken. Dort wurde Zivilrecht und Strafrecht verhandelt, das Recht der Gemeinden und das Recht der Zenden<sup>43</sup>.

In einer ersten Zwischenbilanz seien die zeitlichen Marken in der Walliser Geschichte vom Hochstift zur Republik nochmals benannt. Nachweislich erst im 13., verstärkt im 14. Jahrhundert entstehen *communitates* als Wirtschaftsgenossenschaften mit einer auf die Normierung wirtschaftlicher Fragen limitierten Zwangsgewalt. In dem Maße, wie sich die Landwirtschaft aus der grundherrschaftlichen Organisation löst, wachsen den Zenden weitere gerichtliche Kompetenzen zu, die mit den älteren gräflichen und vogteilichen Zuständigkeiten, erweitert um die militärorganisatorischen, verschmelzen. Die Wahl des Gerichtsvorsitzenden und des Hauptmanns seit dem 14. Jahrhundert deutet einen politischen Emanzipationsprozeß an, der im frühen 15. Jahrhundert im Abschluß von Bündnissen einzelner Zenden mit Auswärtigen seinen politischen und im eigenen Zendensiegel seinen symbolischen Ausdruck findet<sup>44</sup>. Die wirtschaftliche und politische Autonomie auf kommunaler und regionaler Basis macht sich schließlich seit dem frühen 16. Jahrhundert im Landrat geltend, der zunächst dem Bischof die Wahlkapitulation diktiert und ihn 100 Jahre später auf Apapage setzt.

In etwa dasselbe erfolgt im *Hochstift Chur*. Der Transformationsprozeß von einem reichsfürstlichen Hochstift in eine Republik läßt sich grob mit den Eckdaten 1367 und 1524 eingrenzen.

Etwas Ähnliches wie der Walliser Landrat begegnet in Graubünden 1365 in einer vom Bischof einberufenen Versammlung von Vertretern des Domkapitels, des bischöflichen ministerialischen Adels und Vertretern der Gotteshausleute (wie die Untertanen des Bischofs hier heißen) aus der Stadt Chur und den Großgemeinden in den umliegenden Alpentälern (Domleschg, Schams, Oberhalbstein, Bergell, Oberengadin und Unterengadin)<sup>45</sup>. Aus dieser eher landständischen Versammlung ging schließlich der Gotteshausbund hervor, der 1367 gestiftet wurde, in Abwesenheit des Bischofs,

<sup>42</sup> Die Interpretation ergibt sich als Konsequenz aus dem Vergleich der obigen Ausführungen zu den Zenden. Sie wird in der Literatur nicht in dieser Schärfe gezogen.

<sup>43</sup> Folgt man dieser Interpretation, dann erübrigen sich die Klagen und Unklarheiten in der Literatur, wie einerseits die Vertretung von Vierteln und Dritteln etc. und andererseits die von *communitates* erklärt werden könnten. Auch löst sich damit die auf den ersten Blick irritierende Vielfalt sich personal überlagernder Korporationen. Derselbe Bauer konnte natürlich unter solchen historischen Voraussetzungen verschiedenen genossenschaftlichen Verbänden angehören, je nachdem ob sein Gerichtsstand, seine militärische Funktion oder seine wirtschaftliche Tätigkeit angesprochen waren.

<sup>44</sup> *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 13 ff.

<sup>45</sup> *O. Clavuot*, Kurze Geschichte des Gotteshausbundes. Eine zusammenfassende Übersicht, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 529–558, hier 529–532.

der als Kanzler Kaiser Karls IV. häufig in Prag weilte<sup>46</sup>: Kein Bistumsverwalter kann ohne des Gotteshausbundes Bestätigung sein Amt antreten, und hochstiftische Güter dürfen ohne dessen Zustimmung nicht veräußert werden, heißen die wichtigsten verabschiedeten Bestimmungen. Seitdem gewinnen die Boten der Gemeinden und Täler einen zunehmenden Einfluß auf die Verwaltung und die Politik im Hochstift. In den mehrfach ad hoc zusammengestellten Pflögschaften bei Abwesenheit oder Mißwirtschaft der Bischöfe scheidet zunächst die Ministerialität aus, das Domkapitel tritt stark in den Hintergrund<sup>47</sup>. Anlässlich der „Gotteshaustage“, landtagsähnlichen Versammlungen, auf denen vornehmlich Steuern bewilligt und politische Fragen entschieden werden, gewinnen die Stadt Chur und die ländlichen Gemeinden im Verlauf des 15. Jahrhunderts den dominierenden Einfluß. Verfahrensrechtlich liegen die Verhältnisse ähnlich wie beim Walliser Landrat: Die Boten haben ein imperatives Mandat, die Beschlüsse des Bundes müssen, zumindest in wichtigeren Angelegenheiten, von den Gemeinden ratifiziert werden<sup>48</sup>.

Die veränderten politischen Gewichte kommen 1524 verfassungsrechtlich zum Durchbruch. Der Gotteshausbund vereinigt sich mit dem benachbarten Zehngerichtebund und dem Grauen Bund – Graubünden als eigenständige politische Größe wird damit konstituiert<sup>49</sup>. Es kann kaum verwundern, daß dem weitere Erosionen der bischöflichen Herrschaft folgten. 1526 wurden dem Bischof und dem Domkapitel die wichtigsten Herrschaftsrechte abgesprochen<sup>50</sup>. Weil sich der im Exil lebende Bischof und das Domkapitel aber naturgemäß weigerten, einen solchen Beschluß zu ratifizieren, wurden die Restbestände von Herrschaftstiteln von den Gemeinden selbst – freilich um lächerliche Summen – abgelöst<sup>51</sup>. Es war nur folgerichtig, daß anlässlich der Neuwahl eines Bischofs 1541 der Gotteshausbund eine Wahlkapitulation aufsetzte, mit der sich der Bischof verpflichtete, die bestehenden Bünde und alle bisher getätigten Verkäufe an die Gemeinden anzuerkennen und alle Ämter nur mit Gotteshausleu-

<sup>46</sup> Zu den im Bundesbrief enthaltenen (hier nicht vollzählig aufgeführten) Bestimmungen vgl. *O. Clavuot*, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 529 f. – Zur Interpretation des rechtlichen Charakters, auch im Vergleich zu den weiteren, im Raum Graubünden bestehenden Bündnissen *E. Meyer-Marthaler*, Rechtsquellen und Rechtsentwicklung im Gotteshausbund, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 91–128, hier 98 f.

<sup>47</sup> Solche als Räte oder Hauptmannschaften geführten Institutionen wurden im 14. Jahrhundert, dann 1439 und 1468 eingesetzt. Für die Zusammensetzung im einzelnen *Clavuot*, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 540–544 und *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 103.

<sup>48</sup> *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 107–115. – Das Verfahren setzt sich in den späteren Beratungen der drei Bünde fort. Vgl. dazu *P. Liver*, Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 13 (1933) 206–248, hier 208.

<sup>49</sup> Den Text druckt *C. Jecklin* (Hrsg.), Urkunden zur Verfassungsgeschichte Graubündens, in: 13. Jahresbericht der historisch-antiquarischen Gesellschaft von Graubünden (Chur 1883) 83–89.

<sup>50</sup> Es handelt sich um den sogenannten Zweiten Ilanzer Artikelbrief der „Drei Bünde“, besonders zu verweisen ist auf Art. 1. Der Text bei *Jecklin*, Urkunden Graubündens (wie Anm. 49), 89–95.

<sup>51</sup> Breit ausladend dargestellt von *O. Vasella*, Die bischöfliche Herrschaft in Graubünden und die Bauernartikel von 1526, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 22 (1942) 1–86, bes. 56–81.

ten zu besetzen<sup>52</sup>. Von einer Verlagerung der „Souveränitätsrechte ganz auf die Gesamtheit der Gemeinden des gemeinen Gotteshauses“<sup>53</sup> bzw. von einer „Demokratie“<sup>54</sup> wird seitdem in Hinsicht auf Graubünden in der Forschung gesprochen. Tendenziell ist der Sachverhalt damit begrifflich richtig wiedergegeben: Der Bischof traute sich nicht einmal mehr, das Konzil in Trient zu beschicken<sup>55</sup>; die 48 Gemeinden übten die Gerichts- und Militärhoheit aus, und nur sie verfügten über finanzielle Mittel<sup>56</sup>; ihre Stellung auch innerhalb der Bünde war so stark, daß sie selbst darüber abstimmten, ob ein Pater im Veltlin den Professorentitel führen dürfe<sup>57</sup>. Das hat Jean Bodin veranlaßt, Graubünden zu den „am stärksten demokratisch geprägten Ländern“ zu rechnen, die freilich durch ihre Bereitschaft zu „seditions“ und ihrem Wunsch nach „pleine liberté“ nach seiner Ansicht an der Grenze zur Anarchie manövrierten<sup>58</sup>.

Die Gemeinden Graubündens unterscheiden sich von jenen des Wallis nur unwesentlich. Eine Trennung der Kompetenzen wie im Wallis zwischen *communitates* und *Zenden* ist in Graubünden in der Weise gegeben, daß große Gerichtsgemeinden wie das Unterengadin in Terzen (ähnlich dem Walliser Drittel und Viertel) und Wirtschaftsgemeinden unterteilt sind<sup>59</sup>. Der emanzipatorische Prozeß selbst ist erstaunlich ähnlich. Der Rückgang adeliger Herrschaft und der Vormarsch des Erbrechts schwächen die grundherrlichen und stärken die landesherrlichen Gerichte in den Tälern und Großgemeinden. Gezielte Freikäufe von einzelnen Gemeinden schmälern die persönlichen und dinglichen Bindungen an den Bischof<sup>60</sup>. Soweit die Walser das Land erschließen, werden ihnen kommunale Autonomie zugesichert und die herrschaftlichen Bindungen auf die Vergabe des Landes zu Erbrecht beschränkt<sup>61</sup>. Die Rechtsent-

<sup>52</sup> Genauerer Referat der Einzelbestimmungen bei *P. Liver*, Die Stellung des Gotteshausbundes in der bischöflichen Feudalherrschaft und im Freistaat Gemeiner Drei Bünde, in: *Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund* (Chur 1967) 129–183, hier 170f.

<sup>53</sup> *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 105.

<sup>54</sup> *P. Liver*, Vom Feudalismus zur Demokratie in den graubündnerischen Hinterrheintälern (Chur 1929).

<sup>55</sup> *P. Stadler*, Das Zeitalter der Gegenreformation, in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, 1. Bd. (Zürich 1972) 612.

<sup>56</sup> *Ebd.*, 612.

<sup>57</sup> *Liver*, Staatliche Entwicklung (wie Anm. 48), 208.

<sup>58</sup> *Jean Bodin*, *Les six Livres de la République* (Paris 1583) [Nachdruck Aalen 1961] 340: „les Seigneurs des trois ligues grises, qui sont les plus populaires, sont plus subiects aux seditions: comme les Ambassadeurs des Princes ont tousiours expérimenté. Car le vray naturel du peuple, c'est d'auoir pleine liberté sans frein ny mors quelconque: & que tous estoient egaux en biens, en honneurs, en peines, en loyers: sans faire estat ny estime de la noblesse, ny de scauoir, ny de vertu quelconque.“

<sup>59</sup> Auf Einzelheiten einzugehen verbieten die zahlreichen regionalen Varianten und die je eigene Begrifflichkeit, die jede Detailbeschreibung notwendigerweise sehr weitläufig werden läßt. Vgl. als breite und die Zusammenhänge aufdeckende Beschreibung eines Einzelfalls (Unterengadin) *P. Liver*, *Geschichtliche Einleitung*, in: *A. Schorta* (Hrsg.), *Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden*, 1. Teil: Der Gotteshausbund, 2. Bd. Unterengadin (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen 15, Aarau 1981) 13–69, bes. 21, 45–49.

<sup>60</sup> *Liver*, *Feudalismus* (wie Anm. 54), 61, 82. – Interessant ist die Ablösung der Gemeinde Schams von ihrer alten Herrschaft beschrieben bei *Clavuot*, *Gotteshausbund* (wie Anm. 45), 541.

<sup>61</sup> *Ebd.*, 534.

wicklung unter Heranziehung der Gerichtsgemeinden stärkte die Tendenz zur kommunalen Selbständigkeit<sup>62</sup>. Ein Beispiel: an der Hoch- und Niedergerichtsordnung des Unterengadin von 1519 sind drei Parteien gleichberechtigt beteiligt, der Bischof von Chur, Kaiser Maximilian als Landesfürst von Tirol und „alle(n) commune(n) des under Engadeins“<sup>63</sup>.

Kürzer und einprägsamer vielleicht ist es, den Beweis für den Autonomiezuwachs über die Siegelfähigkeit der Gemeinden zu führen – ein zweifellos brauchbares Indiz für rechtliche und politische Handlungsfähigkeit eines sozialen Verbandes. 1367 verfügen darüber nur drei Gemeinden im Land – Chur, das Oberengadin und das Bergell –, doch rasch dehnt sich im nächsten halben Jahrhundert die Siegelfähigkeit auf zahlreiche Gemeinden aus<sup>64</sup>. Zeitlich parallel läuft dieser Entwicklung eine fleißige Bündnispolitik der Gemeinden mit Außenstehenden<sup>65</sup>.

Aus dem Referierten springt die Parallelität zum Wallis in die Augen. Schmälerung der adeligen Grundherrschaft und Erweiterung der Kompetenzen in der Gerichtsorganisation konstituieren die Freiräume der Gemeinden, die sich durch Bündnisse nach außen weiter sichern. Erst nach diesem Konsolidierungsprozeß im lokalen Rahmen wird der Landesherr in seinem politischen und administrativen und judikativen Handlungsspielraum eingeschränkt und schließlich zur schieren Repräsentationsfigur verkürzt.

Mit dem Gesagten, das man ersatzweise auch an Oberitalien oder der Dauphiné hätte vorführen können, scheint einigermaßen plausibel der Satz begründet, der Kommunalismus sei eine dem Republikanismus vorgängige und ihn bedingende Erscheinung. Unterstrichen sei das an einem weiteren Beispiel – der Umwandlung einer Region in eine Republik, die allerdings dauerhaft nicht geglückt ist, aber vielleicht gerade ex negativo ihre Beweiskraft bezieht. Gemeint ist der nur wenige Jahre existierende *Bund ob dem Bodensee*.

1401 schlossen die Reichsstadt St. Gallen und 12 Gemeinden im benachbarten Appenzell ein auf sieben Jahre befristetes Bündnis<sup>66</sup> mit der Absicht des wechselseitigen

<sup>62</sup> Meyer-Marthalder, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 125 f.

<sup>63</sup> A. Schorta, Rechtsquellen (wie Anm. 59) 600–618.

<sup>64</sup> Die Belege verstreut bei Clavuot, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 530, 541 und Meyer-Marthalder, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 104. – Erhellend für die Bedeutung des Siegels ist die Spezialstudie von C. Wieser, Das Oberengadin und die Entstehung des Gotteshausbundes, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 184–204, bes. 186 ff.

<sup>65</sup> Meyer-Marthalder, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 106, wo zahlreiche Beispiele aufgeführt sind. – Ergänzend auch Clavuot, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 538–541. – Speziell für die Beziehungen zur Eidgenossenschaft vgl. Oechsli, Orte und Zugewandte (wie Anm. 30), 69–87, 404–433.

<sup>66</sup> H. Wartmann (Hrsg.), Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, IV. Theil (Jahr 1360–1411) (St. Gallen 1899) 610–613 Nr. 2211. – Soweit nicht eigens Fußnoten ausgebracht sind, stützte ich mich für die hier äußerst knapp gehaltenen Ausführungen auf meine ältere Studie: Bäuerliche Rebellionen im Fürststift St. Gallen, in: P. Blickle, P. Bierbrauer, R. Blickle und C. Ulbrich, Aufruhr und Empörung? Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich (München 1980) 215–295, bes. 217–227.

politischen, rechtlichen und kriegerischen Beistandes gegen jeden, der einen der Bündnispartner befehlen, schätzen oder dessen Rechte schmälern wollte. Der Bund war eindeutig gegen das Reichskloster St. Gallen gerichtet, zu dessen Territorium das Appenzell gehörte, mindestens von seiten der ländlichen Gemeinden. Denn sie forderten ganz unbekümmert Freizügigkeit, Verbesserung des Erbrechts, Beteiligung bei der Einsetzung der Ammänner und Reduzierung der Vogtsteuer. Die Einsprüche des Abtes führten dazu, daß gerichtlich die Unrechtmäßigkeit dieses Bündnisses festgestellt wurde, und, als die Appenzeller Gemeinden sich diesem Urteilsspruch nicht fügten, die militärische Auseinandersetzung nicht zu vermeiden war. In zwei Schlachten wurden wohlgerüstete Heere der Verbündeten des St. Galler Abtes geschlagen, das der schwäbischen Reichsstädte und jenes des Herzogs von Österreich. Zwei Wochen nach dieser Schlacht erneuerten das Appenzell und die Stadt St. Gallen ihr Bündnis, dem nun rasch und begeistert städtische und ländliche Gemeinden beitraten. „Es war in den selben tagen ein louf in die puren komen“, berichtet eine Chronik, „dass sie alle Appenzeller wolten sin und wolt sich nieman gegen inen weren.“ Kaum drei Monate vergingen, bis der Bund den größten Teil Vorarlbergs umfaßte, nach Tirol, in den Thurgau und ins Allgäu ausgriff und als „Bund ob dem See“<sup>67</sup> die angemessene begriffliche Umschreibung fand<sup>68</sup>. Dessen Struktur läßt sich mangels einschlägiger Quellen nur in Umrissen erkennen<sup>69</sup>: Mindestens 14 Bundestage wurden zwischen 1405 und 1408 abgehalten, zu denen die zusammengeschlossenen ländlichen und städtischen Gemeinden in der Regel ihre Ammänner und Bürgermeister delegierten. In der Bundesversammlung galten Mehrheitsentscheidungen, offensichtlich aber vornehmlich dann, wenn steuerliche und militärische Fragen zu erledigen waren. Keinesfalls durften die Freiheiten und Privilegien der einzelnen Mitgliedsgemeinden betroffen werden, bei weiterreichenden (politischen) Beschlüssen scheint wohl das Hinter-sich-bringen üblich gewesen zu sein. Was die städtischen und ländlichen Kommunen administrativ-juristisch nicht selbst bewältigen konnten – schließlich operierte der Bund nach Vertreibung des Adels gewissermaßen in einem herrschaftlichen Vakuum –, war einem eigenen Bundesgericht übertragen, das somit wesentlich zur Beilegung von rechtlichen Differenzen zwischen den Bundesgliedern geschaffen worden war. Bei der ständigen Ausweitung des Bundes konnte es zu einer definitiven institutionellen Verfestigung allerdings schwerlich kommen. Angesichts der bedrohlichen Expansion des Bundes organisierte sich der oberdeutsche Adel endlich 1408 in der „Gesellschaft mit St. Jörgenschild“ und besiegte schließlich, mühsam genug, die Appenzeller.

Zweierlei ist an diesen Ereignissen bemerkenswert: die Aggressivität der Appenzeller und die rasche Ausbreitung des Bundes auf die umliegenden Regionen. Beides erklärt sich aus derselben Wurzel, der hohen politischen Autonomie der Gemeinden.

<sup>67</sup> Es ist anzunehmen, daß die Wortwahl in Anlehnung an die Bezeichnung „oberer Bund“ der Eidgenossen erfolgte.

<sup>68</sup> Die besten Darstellungen der Ereignisse geben *B. Bilgeri*, *Der Bund ob dem See. Vorarlberg im Appenzellerkrieg* (Stuttgart 1968) und *W. Schläpfer*, *Die Appenzeller Freiheitskriege*, in: *Appenzeller Geschichte. Zur 450-Jahrfeier des Appenzellerbundes 1513–1963*, hrsg. von den Regierungen der beiden Halbkantone Appenzell (Appenzell 1964) 121–226.

<sup>69</sup> Vgl. die umfängliche Zusammenstellung der verstreuten Belege bei *Bilgeri*, *Bund* (wie Anm. 68), 86–90.



Für das Appenzell läßt sich mühelos nachweisen, daß in den letzten 50 Jahren vor den kriegerischen Auseinandersetzungen die Rechte der dortigen Gemeinden erkennbar wuchsen. Schon aus der Tatsache, daß noch in den 1370er Jahren<sup>70</sup> keine Gemeinde siegelfähig ist, um 1400<sup>71</sup> aber alle größeren, belegt die Richtigkeit dieser Behauptung. 1341 und 1353 sind die letzten äbtischen Ministerialen als Ammänner in den Gemeinden nachgewiesen, sie werden abgelöst von einheimischen Geschlechtern<sup>72</sup>. 1377 schließen fünf Gemeinden im Appenzell (Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen) ein Bündnis mit dem schwäbischen Städtebund. Das führt zu einer klosterunabhängigen Institution, dem 13köpfigen Landsrat nämlich, der die steuerlichen und militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Bund organisiert und von den Bauern des gesamten Landes, einer Vorform der späteren Landsgemeinde also, gewählt wird.

Doch weniger die Desintegration des Appenzells aus der klösterlichen Herrschaft steht hier zur Diskussion, sondern der Zusammenbruch der adeligen, klösterlichen, ja selbst der habsburgischen Herrschaft im östlichen Bodenseegebiet. Besieht man sich diesen Raum genauer, dann zeigt sich nämlich, daß man es hier überall mit ländlichen und städtischen Gemeinden zu tun hat – von Zürs und Lech am Arlberg bis nach Bregenz –, die ein hohes Maß an Autonomie besitzen. Das läßt sich im einzelnen wegen der Vielfalt der Erscheinungsformen hier nur schwer demonstrieren, aber jede für Vorarlberg, Tirol oder das Allgäu edierte ländliche Rechtsquelle<sup>73</sup> bestätigt, daß die Gemeinden hier kaum den Vergleich mit dem Wallis oder Graubünden scheuen müssen, wiewohl die stärkere Stellung des Adels und der Klöster und ihr größerer Rückhalt am Kaiser nicht zu bestreiten sind.

Was der Hinweis auf den Bund ob dem See zeigen sollte, ist die Labilität feudaler Ordnungen in Räumen ausgeprägter Gemeinden. Es bedurfte nur einer gestürzten

<sup>70</sup> *Wartmann*, Urkundenbuch Sanct Gallen (wie Anm. 66), 195 Nr. 1771. Die Corroboratio sagt deutlich, daß die klösterlichen Ammänner für die Gemeinden Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen siegeln, „won wir aigner insigel niht hattent“.

<sup>71</sup> In einer Urkunde von 1401 haben „die lender, dörfer und gegninen Appacell, Huntwile, Trogen, Gossow und Herisow iekliches besunder ir aigen insigel offentlich gehenkt an disen brief“ und Appenzell und Gossau siegeln für die Sonderleute, für Gais, Wittenbach, Waldkirch und Bernhartzell. *H. Wartmann*, Urkundenbuch Sanct Gallen (wie Anm. 66), 610 Nr. 2211.

<sup>72</sup> *Fischer*, Appenzell unter dem Kloster St. Gallen, in: Appenzeller Geschichte (wie Anm. 68), 119.

<sup>73</sup> Die Hinweise können nur ganz summarisch sein, sind aber doch wichtig, weil auf der These von der Autonomie kommunaler Verbände die Argumentation dieser Überlegungen ruht. Für Vorarlberg vgl. *K. H. Burmeister* (Hrsg.), Vorarlberger Weistümer, 1. Teil (Österreichische Weistümer 18, Wien 1973). – Zur Interpretation der Texte *K. H. Burmeister*, Die Vorarlberger Landsträube und ihr Standort in der Weistumsforschung (Rechtshistorische Arbeiten 5, Zürich 1970) mit meinen Korrekturen in: Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland (München 1973) 293–314. – Für Tirol *I. v. Zingerle* – *K. Th. v. Inama-Sternegg* (Hrsg.), Die Tirolischen Weistümer, 3 Theile (Österreichische Weistümer 2–4, Wien 1875/80). – Für das Allgäu vgl. wegen fehlender Editionen (abgesehen von wenigen Stücken in der Grimm'schen Weistümersammlung) als Vorarbeit den von Renate Blickle und mir besorgten Band: Schwaben von 1268 bis 1803 (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern II/4, München 1979) 63 ff. mit den dort verzeichneten Quellenbelegen.

Burg, um Dutzende von Gemeinden und Tausende von Bauern und Bürgern zu mobilisieren.

Dafür liefert das abschließende und vielleicht eindrucklichste Beweismittel der Bauernkrieg von 1525. Die zwischen März und Mai 1525 entstandenen „Christlichen Vereinigungen“ in Oberschwaben, im Elsaß, am Oberrhein und in Franken, die vorübergehend die fürstliche, adelige und geistliche Herrschaft ablösen, folgen in ihrem Aufbau einem durchaus gleichen Schema<sup>74</sup>. Sie gründen auf einem Zusammenschluß ländlicher (meist dörflicher) und städtischer Gemeinden zu „Haufen“, bei denen es sich um zunächst paramilitärische Verbände handelt, die aber rasch in politische Funktionen hineinwachsen. Die Haufen ihrerseits schließen sich zu Bündnen, eben den mehrheitlich sogenannten Christlichen Vereinigungen zusammen. Die Gemeinden wählen die Hauptleute und Räte der Haufen, die Haufen Oberste und Regenten des gesamten Bundes, die freilich, wie es im Elsaß heißt, „on Wissen des Haufens ... nichts handeln“ sollen<sup>75</sup>. Es gibt also auch hier das Prinzip des Hinter-sich-bringens. Die kommunale Fundierung des Bauernkriegs ist schon den Zeitgenossen aufgefallen; in den Abschieden des Schwäbischen Bundes von 1524/25 ist wiederholt die Rede von einer Empörung der „gemeinden vnd vnderthanen“<sup>76</sup>. Wichtig für den Charakter der durchaus auf die Zukunft hin entworfenen Christlichen Vereinigungen ist die Absicht, Landesordnungen oder, wie man besser sagen sollte, Verfassungen für diese neuen politischen Verbände zu schaffen, und zwar sollen zivilrechtliche und strafrechtliche Kodifikationen nach Maßgabe des Evangeliums und des göttlichen Rechts erfolgen. Was hier in Erscheinung tritt, ist die Form einer im fundamentalistischen Sinn christlichen Republik.

Gliedert man abschließend und zusammenfassend die Fakten und Daten nach zeitlichen, sachlichen und räumlichen Zusammengehörigkeiten, so ergibt sich ein doch vergleichsweise kohärentes Gesamtbild.

*Zeitlich* erstreckt sich der Umwandlungsprozeß kommunal hoch entwickelter Regionen zu Republiken auf die Epoche vom 14. bis 16. Jahrhundert, mit Ausläufern ins 17. Jahrhundert. In dem Maße, wie die Formen absoluter Herrschaft der Könige und Fürsten sich in Europa durchsetzen, wird das Entstehen neuer Republiken immer schwieriger. Vorgängig ist diesem Transformationsvorgang die Entstehung von Gemeinden, die ihre Existenz veränderten Wirtschafts- und Siedlungsformen verdanken, die durch den freiwilligen Rückzug oder die erzwungene Schwächung feudaler Struk-

<sup>74</sup> Die breitere Begründung dieser Interpretation der teils skizzenhaften, teils nur aus dem Ereignisablauf zu erschießenden Verfassungsvorstellungen habe ich am ausführlichsten gegeben in: *Die Revolution von 1525* (München, Wien <sup>2</sup>1981) 197–212.

<sup>75</sup> G. Franz (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges* (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Freiherr vom Stein – Gedächtnisausgabe 2, Darmstadt 1963) 245. – Die Terminologie ist sehr uneinheitlich; die hier verwendete Vereinheitlichung dient nur dem leichteren Verständnis.

<sup>76</sup> Bayerische Staatsbibliothek, Handschriftenabteilung Cgm. 1935, fol. 277 [zu 1525]; ähnlich ebd., fol. 256 [zu 1524].

turen möglich werden. Alle städtischen und ländlichen Statutarrechte zeigen, daß die Organisation des wirtschaftlichen Bereichs Ausgangspunkt und Zentrum kommunaler Selbstverwaltung wird und bleibt. Die Kombination individuellen und kollektiven Handelns in Dorf und Stadt gibt dem „opus commune“ – sei es in der Bewirtschaftung der Allmende, der abgeernteten Flur, des Waldes, sei es in der Organisation der Verteidigung in der Stadt – einen hohen Stellenwert und sichert die Gleichheit aller an diesem opus commune Beteiligten. Es gibt die Individualität der hausgebundenen Wirtschaft, aber es gibt sie nur im kommunalen Verband. Zu der eigenverantworteten Arbeit tritt schließlich die Verfügung über den Ertrag der eigenen Arbeit. Es ist eine das Spätmittelalter prägende Entwicklung, daß sich anstelle des Hofrechts das Erbrecht durchsetzt<sup>77</sup>. Das bedeutet freie Verfügungsgewalt über den Arbeitsertrag abzüglich fixierter steuerähnlicher Natural- oder Geldabgaben. Erbrecht heißt aber auch die zunehmende Lösung aus rechtlichen Bindungen an den Hof und den Transfer solcher Rechte an die – der Begriff sei nur zur Abgrenzung gebraucht – „öffentlichen“ Gerichte. Dies deswegen, weil mit dem Verzicht auf die Leihe von Jahr zu Jahr (Hofrecht) das Bauding als Gerichtstag der Hofgenossenschaft überflüssig wird und – wo es noch beibehalten wird – zum folkloristischen Spektakel verkommt. Je autonomer die Gemeinde wirtschaftet, um so eher verwandelt sie herrschaftliche Funktionsträger auch in Rechtspflege und Administration in kommunale. Soweit sich sehen läßt, sind immer zuerst die Vierer, Sechser, Zwölfer – die Räte also – via Wahl bestellt, dann die Gerichtsbeisitzer und zuletzt der Ammann, Vogt und Schultheiß. Jetzt werden Gemeinden bündnisfähig, untereinander und nach außen<sup>78</sup>. Wo das stattfindet und das Netz solcher Kommunen eng geknüpft ist – anders gewendet, adelige und geistliche Herrschaft insularen Charakter gewinnt –, verdrängt die Republik schließlich die feudale Herrschaft, versucht es jedenfalls.

*Sachlich* bleiben die Beziehungen von Kommunalismus und Republikanismus eng. Zu betonen ist zunächst, daß Stadtgemeinde und Landgemeinde keine sich ausschließenden oder widersprechenden Größen darstellen. Ob im Wallis oder in Graubünden, ob im Bund ob dem See oder den Christlichen Vereinigungen des Bauernkriegs, immer haben Stadtgemeinden und Landgemeinden die gleichen politischen Rechte. Entscheidend freilich ist dies: es gibt – jedenfalls in dem in den Blick genommenen Raum – keine Republik, die nicht einem dichten Netz von autonomen oder teilautonomen Kommunen ihre Existenz verdankte. Dieser Zusammenhang bleibt erhalten im (meist imperativen) Mandat der nuntii, Boten, Räte, Gesandten und der Rückbin-

<sup>77</sup> Verwiesen sei statt vieler Einzelbelege auf *A. Haverkamp*, Zusammenfassung: „Herrschaft und Bauer“ – das „Sozialgebilde Grundherrschaft“, in: *H. Patze* (Hrsg.), *Die Grundherrschaft im späten Mittelalter II* (Vorträge und Forschungen 27, Sigmaringen 1983) 315–347, bes. 341. – Ergänzend wird man wohl hinzufügen müssen, daß die skizzierte Erscheinung im schwäbisch-alemanischen und bayerisch-österreichischen Rechtsbereich besonders ausgeprägt ist.

<sup>78</sup> Unter diesem Gesichtspunkt wären auch die Städtebünde nochmals zu behandeln, die jedenfalls in Schwaben gelegentlich wenigstens die Tendenz zeigen, mehr als nur Landfriedensbündnisse zu sein. Verwiesen sei im Rahmen dieser Studie zunächst auf die am Appenzell aufzeigbaren Verbindungen städtischer und ländlicher Gemeinden. Zur Problematisierung der stadtegeschichtlichen Forschung vgl. *K. Ruser* (Hrsg.), *Die Urkunden und Akten der oberdeutschen Städtebünde vom 13. Jahrhundert bis 1549*, 1. Bd. (Göttingen 1979) 14–21.

derung aller vorbereitenden Entscheidungen in übergeordneten politischen Gremien welcher Art auch immer an die Zustimmung der Gemeinden auf dem Weg des „Hinter sich bringens“ oder „Referendums“.

*Räumlich* sind republikanische Herrschaftsformen auf Regionen beschränkt, in denen sich der Kommunalismus hat entwickeln können. Das ist im mitteleuropäischen Raum, von dem hier die Rede war, ein Gebiet, das sich zwischen dem Elsaß und Tirol, zwischen Franken und dem Wallis erstreckt. In der Terminologie der damaligen Zeit heißt das Oberdeutschland<sup>79</sup>.

Zumindest nach Norden läßt sich mühelos mit dem Verweis auf die empirisch belegte geringe Bedeutung der Gemeinden oder die Aufrechterhaltung villikationsähnlicher Strukturen an der Saar, in Hessen und Sachsen<sup>80</sup> erklären, weshalb es hier nicht einmal versuchsweise zur republikanischen Bildung kommt.

Bislang war mit keinem Wort von der schweizerischen Eidgenossenschaft die Rede – mit Absicht. Der „eidgenössische Sonderweg“ ist zu bekannt, um noch auf großes Interesse zu stoßen. Schon Zedler meinte, daß „der Titul Republick der gesamten Eidgenossenschaft nicht übel zugelegt, und ihr unter der Zahl der übrigen Republicken der Rang gleich nach Venedig, als der ältern, gegeben wird“<sup>81</sup>. Umkreist man die Schweiz, stößt man auf vielfältige Ausbildungen, Vorformen und Versuche republikanischer Staatsbildungen, in deren Rahmen die Eidgenossenschaft nur den breiten hohen Rücken auf einem Kontinent bildet, der nach den Gezeiten der europäischen Geschichte aus dem Ozean adeliger, fürstlicher und königlicher Herrschaft unterschiedlich weit herausragt.

„Tout gouvernement légitime est républicain“<sup>82</sup>, hat *Jean Jacques Rousseau* gesagt.

<sup>79</sup> Einige vorläufige Belege sollen das stützen. Bei *J. Ch. Adelung*, Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart mit beständiger Vergleichung der übrigen Mundarten, besonders aber der Oberdeutschen, 3. Bd. (Leipzig 1798) Sp. 559 [identisch mit der Formulierung in der Auflage von 1777] heißt es, Oberdeutschland sei „der obere oder höhere, d. i. näher nach dem Gebirge zu gelegene südliche Theil Deutschlands, welcher in dem Deutschen Staatsrechte auch die Lande des Schwäbischen Rechtes genannt wird; im Gegensatze Nieder-Deutschlandes, wozu in diesem Verstande auch Ober-Sachsen gehöret“. – Nicht selten wird als charakterisierend für Oberdeutschland die Existenz der Schweiz, der „Obertutscheit Eidgnosschaft“ hervorgehoben. Vgl. dazu Schweizerisches Idiotikon, 13. Bd. (Frauenfeld 1973) Sp. 2206 [Belege aus dem 15. Jahrhundert]. – Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, bearb. v. M. Heyne, 4. Bd., 2. Teil (Leipzig 1877) Sp. 1609 f. bringt Belege aus dem 16. Jahrhundert, die Oberdeutschland mit Schwaben, Schweiz und Bayern gleichsetzen.

<sup>80</sup> *I. Eder*, Die saarländischen Weistümer – Dokumente der Territorialpolitik (Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 8, Saarbrücken 1978). – *H. Reyer*, Die Dorfgemeinde im nördlichen Hessen. Untersuchungen zur hessischen Dorfverfassung im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (Schriften des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde 38, Marburg 1983). – *K. Blaschke*, Grundzüge und Probleme einer sächsischen Agrarverfassungsgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germanistische Abteilung 82 (1965) 223–287, bes. 233 ff., 245 ff., 272 ff.

<sup>81</sup> [Zedler] Großes, vollständiges Universal-Lexicon, 36. Bd. (Leipzig-Halle 1743) Sp. 366.

<sup>82</sup> *J.-J. Rousseau*, Du contrat social 2. 6, in: *ders.*, Oeuvres complètes (Bibliothèque de la Pléiade, Paris 1964) 380. [Die deutsche Fassung der Zitate nach der Übersetzung von *Ludwig Schmidt*, in: *J.-J. Rousseau*, Politische Schriften 1 (Paderborn 1977).]

Nur in der Republik sichert der Mensch seine Freiheit, und zwar weil „das Wesen des politischen Körpers auf der Übereinkunft von Gehorsam und Freiheit beruht und die Wörter Untertan und Souverän identische Wechselbegriffe sind“<sup>83</sup>. „Die Souveränität kann“, sagt Rousseau an anderer Stelle, „aus dem gleichen Grund nicht vertreten werden, wie sie nicht veräußert werden kann. Sie besteht im wesentlichen aus dem Gemeinwillen, und der Wille läßt sich nicht vertreten: entweder ist er er selbst oder er ist es nicht. Dazwischen gibt es nichts. Abgeordnete des Volkes sind und können nicht seine Stellvertreter sein, sie sind nur seine Beauftragten. Sie können nicht endgültig beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst bestätigt hat, ist null und nichtig: es ist kein Gesetz“<sup>84</sup>. Das ist die Theorie zur Praxis im Wallis, in Graubünden, in Appenzell und natürlich auch jener der Innerschweizer Waldstätte. Insofern der Rousseau'sche Satz „tout gouvernement légitime est républicain“ bekanntermaßen für die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts wegweisend geworden ist, gibt es eine – wenn auch durch viele Friktionen bis zur Unkenntlichkeit entstellte – Kontinuität vom Kommunalismus des Spätmittelalters in die Demokratie der Moderne.

<sup>83</sup> Ebd., 3. 13, 427.

<sup>84</sup> Ebd., 3. 15, 429 f.

*Robert Oresko*

## The Question of the Sovereignty of Geneva after the Treaty of Cateau-Cambrésis

The Treaty of Cateau-Cambrésis, signed on 2 and 3 April 1559, concluded nearly four decades of open conflict between the House of Habsburg, as represented by the Emperor Charles V and his son King Philip II of Spain, and two consecutive Valois kings of France, François I and his son and successor, Henri II. Although it was the clauses of the treaty regulating the relations between the two preponderant dynasties of mid-sixteenth-century Europe which attracted most contemporary comment, the principal individual beneficiary of the accord was neither a Habsburg nor a Valois, but, rather, the head of the House of Savoy, the young Duke Emanuele Filiberto (1528–1580). The treaty provided for the restoration to Emanuele Filiberto of many of the patrimonial lands in the duchy of Savoie and the principality of Piedmont<sup>1</sup> which, during the reign of his father, Duke Charles III, had been occupied by the forces of his close kinsmen<sup>2</sup>, Charles V and François I<sup>3</sup>. 1536 had marked the nadir of the political fortunes of the House of Savoy. The French invasion of the exposed duchy of Savoie, the prelude to their penetration into Piedmont, and the swift conquest of all the dynasty's lands in the Suisse Romande, including the entire Pays de Vaud, by the canton of Bern, forced Charles III into an internal exile at Vercelli. Habsburg occupation of those parts of the principality of Piedmont essential for the defense of the duchy of Milan, presented by Charles V as a beneficent gesture to Charles III which aimed at blocking further French advances, ensured that a Savoyard restoration would depend upon the resolution of the difficulties between both of the major powers. Upon Charles III's death in 1553, his only surviving child, Emanuele Filiberto, became head of the House with effective authority over only scattered remnants of his patrimony. From 1545 Emanuele Filiberto had entered the service of his maternal uncle, Charles V, and throughout the 1550s assumed increasing responsibility in the Habsburg system, reaching his military apogee as the architect of the victory at Saint-Quentin in

<sup>1</sup> In this paper, 'Savoie' refers to the duchy with its capital at Chambéry, located to the west of the Alps, while 'Savoy' refers to the dynasty and to the aggregate of its holdings, principally the duchy of Savoie, the principality of Piedmont, of which Turin was the capital, and the county of Nice. I have used 'Helvetic confederation' for the 'louable corps helvétique' to avoid the anachronistic 'Switzerland'.

<sup>2</sup> Charles III's elder half-sister, Louise of Savoy, was the mother of François I; Charles III's wife, Beatrice of Portugal, was the sister of Charles V's consort, the Empress Isabella.

<sup>3</sup> *J. Dumont, Corps universel diplomatique ...*, vol. IV (Amsterdam and The Hague 1728) 39.

1557. The interval between the French defeat and the final signature of the Treaty of Cateau-Cambrésis made clear that a Savoyard restoration would be incorporated into the agreement between Habsburg and Valois, with both powers withdrawing their troops, but the French retaining five fortresses, including that at the capital of Piedmont, Turin, the Habsburgs two. As Emanuele Filiberto's association with Habsburg policy had been intimate, a further accommodation with the duke's Valois cousins was offered in the person of Henri II's only surviving sister, Marguerite de France, duchesse de Berri. The date of the marriage of Emanuele Filiberto and Marguerite was moved ahead at the insistence of Henri II, lying mortally wounded by Montgomery's lance, and was performed (9 July) the evening before the king died.

But the restoration of Emanuele Filiberto was, at best, only a partial one. Not only did the Valois and the Habsburgs retain a military presence in those lands returned to the duke, but a number of important dynastic claims were left either unsatisfied or unresolved by the treaty: the possession of the marquisate of Monferrato and that of Saluzzo and the re-integration of the House of Savoy into the lands around Lake Geneva which had been lost in 1536. The last question touched directly the canton of Bern and the city with which it had entered a *combourgeoisie*, Geneva, the spiritual centre of the Calvinist reformation. Progress towards the agreement of Cateau-Cambrésis had been monitored with great attentiveness by the councils of both cities; for the restoration of Emanuele Filiberto to his transalpine patrimony, however hedged in it was by conditions, re-introduced into the policies of both Bern and Geneva an element which had been absent for nearly a quarter of a century, the presence of the Catholic House of Savoy immediately to the south. The acquisition of Emanuele Filiberto as a close neighbour alone would have alarmed Bern and Geneva, in view of his public devotion to the Church of Rome and his proven prowess as a military commander; but the assumption that the duke would proceed to press claims aimed ultimately at reversing the situation resulting from his father's defeats in 1536 deepened fears and anxieties in both cities. The Council of Geneva, unendowed with the territories, revenues and military apparatus of the canton of Bern, saw its position as particularly vulnerable.

From the end of January to the end of March 1536, Bernese troops had overrun all of the Savoyard lands in the Pays de Vaud and the Pays de Gex; they were joined in this occupation of Charles III's holdings around Lake Geneva by the canton of Fribourg and by the Valaisans, who took possession of the Chablais. Emanuele Filiberto, on his restoration, accorded a high priority to the return of his House into the Vaud, and it was observed in Geneva in 1562 that „depuis la paix faite entre les Princes, le duc de Savoie a tâché par plusieurs moyens d'entrer en voie d'appointement avec eux [i.e. the Bernese] sur les différends qu'ils ont ensemble à cause du pays conquis ...<sup>4</sup>“. In fact, Emanuele Filiberto had sent a secret envoy to Bern as early as 1553<sup>5</sup>. The account

<sup>4</sup> Archives d'état, Genève (hereafter AEG), Registres du Conseil (hereafter R.C.), vol. 57, fol. 134 r. I have modernised the spelling in my own transcriptions from archival sources, but I observe whatever spelling is adopted by other scholars when citing their printed transcriptions.

<sup>5</sup> J. Cart, *Le traité de 1564 et la rétrocession au duc de Savoie du Chablais et du Pays de Gex*, in: *Revue d'histoire vaudoise* VIII (1900) 181.

presented to the Council of Geneva in 1562 by Michel Roset, the citizen most frequently entrusted with implementing the city's diplomatic policy, underscored the sense of threat which the Treaty of Cateau-Cambrésis induced in the citadel of Calvin: „Estant la paix des deux Roys de France et Hespagne conclue au mois d'apvril, les bruits en couroient avec plusieurs advertissements d'entreprises contre la ville sus la restitution des pays au Duc de Savoye ...“<sup>6</sup> No later than August 1559, Emanuele Filiberto had established contact with the canton of Bern and had suggested a meeting at Neuchâtel to discuss a treaty of peace and alliance<sup>7</sup>. Certainly from a very early date Bern seems to have indicated, at least implicitly, that it was prepared to accept some of the duke's claims and that for a variety of judicial and political reasons it viewed a form of restitution to the House of Savoy as inevitable. A preparedness to give weight to dynastic claims which touched the occupied territory, especially when those demands were backed by the bulk of French royal patronage, had been signalled as early as 1547, when the House of Luxembourg-Martigues, a collateral branch of the extinct imperial dynasty, acquired from Bern, with the active support of François I, restitution of three of its holdings in the Vaud. The restoration was especially striking as the Luxembourg-Martigues were tied to the House of Savoy by at least five marriages contracted during the second half of the fifteenth century<sup>8</sup> and were even more intimately linked to Charles III and Emanuele Filiberto through the House of Bresse-Bretagne. Recognition of ducal rights in the Vaud did not, however, bring the immediate return of Emanuele Filiberto to the Suisse Romande, and the final agreement between the House of Savoy and the canton of Bern was not implemented until 1567. Negotiations between Bern and Turin were persistently complicated by the intersecting question of the nature of the relationship between the House of Savoy and the city of Geneva, a densely tangled jungle of conflicting rights and privileges which made the return of some lands held solely by right of conquest seem relatively straightforward by comparison.

It has become a commonplace of Genevan history to see within the first forty years of the sixteenth century the unfolding of a double revolution<sup>9</sup>, a religious revolution, the Reformation, which had been preceded and aided by the political revolution which had given exclusive civic and judicial power to the aggregate of syndics and members of the Small Council and the Council of the Two Hundred popularly known as the seigneurie de Genève or Messieurs de Genève. This monopoly of political authority within Geneva had been acquired at the expense of the prince-bishop of Gen-

<sup>6</sup> *Michel Roset*, *Les chroniques de Genève*, ed. *Henri Fazy* (Geneva 1894) 428: C. 48; (hereafter *Roset*).

<sup>7</sup> *Amédée Roget*, *Histoire du peuple de Genève* (Geneva 1870–1883) vol. V, 261; (hereafter *Roget*).

<sup>8</sup> *Olivier Dessemontier*, *Les Luxembourg-Martigues, seigneurs au Pays de Vaud, 1487–1558*, in: *Zeitschrift für schweizerische Geschichte* IV (1954) 111–112. The Council of Bern parried a request of 1540 by François I for a consideration of François de Luxembourg's rights with the observation „que ledit seigneur viconte et (sic) prochain en lignaige au duc hors de Savoye, lequel est encore notre ennemys ...“ (107).

<sup>9</sup> *William Monter*, *De l'évêché à la Rome protestante*, in: *Histoire de Genève*, ed. *P. Guichonnet* (Toulouse 1974) 133.



eva and of the House of Savoy. As with so much in early modern Europe, the distribution of power in pre-revolutionary Geneva was customarial, ill-defined and fluid. The House of Savoy based much of its position in Geneva upon the possession of the vidomnat, an office held as a fief of the prince-bishop, which the head of the House had first occupied towards the end of the thirteenth century. The vidomne had wide-ranging and not always precisely delineated responsibilities for the judgement of both civic and criminal cases<sup>10</sup> and from this post, which, when viewed in terms of the strictest legal precision, was inscribed within formidable limitations, the House of Savoy attempted to extend its juridical authority within the city. The distinction between the justice offered by the prince-bishop and that of his ducal vidomne had become very blurred during the pontificate of the anti-pope Felix V, previously Duke Amadeus VIII of Savoy, who held the bishopric of Geneva until his death in 1451. His successors as bishops were either cadets of the House of Savoy or trusted clients, and the *de facto* power of the dukes of Savoy within Geneva grew with subsequent decades of familial cooperation between the diocesan authorities and the Savoyard court. Resistance by the Genevan seigneurie to Charles III's claims of ultimate sovereignty over the city manifested itself in a sequence of confrontations during the 1520s, focussing upon the competence of the Council to enter into alliances of *combourgeoisie* with cantons which were part of the Helvetic confederation without the consent of the duke. These disputes led to the decisive events of 1536. The collapse of Charles III's political and military position and the withdrawal of the last resident bishop, Pierre de La Baume, in 1533<sup>11</sup>, removed any significant competition to the civic bodies and defined a power vacuum of much greater extent than had been previously imagined, into which the seigneurie moved with concentrated swiftness. In 1536, the register of the Council noted assertively that „Nous resterons princes dans notre ville”<sup>12</sup>.

Such forthright expressions of independent sovereignty discouraged the ambitions of Geneva's neighbours, who fully appreciated the special geo-political position of the city. The view expressed in the 1584 treaty of alliance between Zürich, Bern and Geneva that „la prospérité de toute la louable communauté des Ligues étant une ville de Genève reconnue pour clef de pays et commode passage”<sup>13</sup> must have been held at least as early as the 1530s, when both François I and the canton of Bern, taking advantage of the removal of the prince-bishop and the duke, suggested their substitution as Geneva's ultimate sovereign. These tentatives were successfully resisted by the seigneurie, although the 1536 perpetual alliance with Bern gave that canton the right to regulate Geneva's relations with the outside world. Protected by both the *combourgeoisie* and the perpetual alliance with Bern, the seigneurie of Geneva did indeed behave as its own sovereign prince, regulating the procedure for the elections to the councils and

<sup>10</sup> Henry Grandjean, *De la féodalité à la communauté. Histoire de Genève dès origines à 1798* (Geneva 1951) 107.

<sup>11</sup> François Perron and Georges Grandchamps, *Les évêques de Genève-Annecy* (Annecy 1959) 25. This is vol. VII of the journal *Anneseci*.

<sup>12</sup> *Monter*, *De l'évêché à la Rome protestante*, 129.

<sup>13</sup> Archives du ministère des affaires étrangères, Paris, *Correspondance politique: Genève*, vol. I, fol. 13.

assuming such traditionally regalian rights as coining money. The edicts of 1543, which, significantly, remained unpublished until 1890<sup>14</sup>, codified the organisation of authority within the city, confirming practices, as William Monter observes, which had already been established<sup>15</sup>. Geneva in the 1530s, 1540s and 1550s was no stranger to internal factional strife of both a religious and political nature, but its relative security from any external threat during these decades was a factor of the very first importance in the evolution of a stable procedure for governing and in the consolidation of Calvin's reformation.

It was precisely this sense of security which the Treaty of Cateau-Cambrésis shattered. The distinction between the exercise of sovereign power and the justification of the possession of such power had been ignored by the seigneurie during the period when there were no rival claimants; the edicts of 1543 deal with the functional structure of the government, not with the nature of the Genevan state. The restoration of Emanuele Filiberto meant that the seigneurie of Geneva's assumption of sovereignty, in default of the prince-bishop and the duke of Savoy, would be challenged by an arsenal of arguments largely composed of inherited, dynastic rights. Geneva soon found itself under pressure from an unexpected quarter to produce its own set of juridically recognised rights to sovereignty to match against those emanating from the ducal chancellery; for the determination of Emanuele Filiberto to retrieve as much of his House's position within Geneva as possible was complemented by Bern's resolve to reach an accord with Turin in order to minimise the possibility of strife within the Helvetic confederation, the Catholic members of which had reached varying forms of alliance with the restored duke. The problem of Geneva was a major obstacle to the conclusion of any accord between Emanuele Filiberto and the Protestant cantons. For three decades Geneva had not needed to concern itself with the bases of its sovereignty; from 1559, faced with the re-assertion of the pretensions of the House of Savoy and under pressure from Bern, Geneva's only ally, to help defuse the potentially dangerous conflict of claims, the seigneurie was confronted with demands to justify the juridical nature of a sovereignty which had been achieved as a result of military and political crises. In the diplomatic correspondence of the Genevan councils from the Treaty of Cateau-Cambrésis of 1559 until the conclusion in 1570 of a *mode de vivre* with Emanuele Filiberto one can measure the problems confronting what historians of subsequent centuries have almost universally viewed as a revolutionary, early-modern 'republic', the city of Geneva struggling with the problems of its own legitimacy, with questions of justificatory documentation and definitions of the nature of the state itself.

Initially, it was not the weight of Savoyard legal arguments which was feared in Geneva, but rather the prospect of direct military intervention by the Catholic powers resolved to impose Emanuele Filiberto upon the city as prince and to topple the edifice of the Calvinist church. The accidental death of Henri II lessened this menace, and Philip II's reluctance to participate in a campaign so close to some of his own pat-

<sup>14</sup> Henri Fazy, *Les constitutions de la république de Genève* (Geneva and Basel 1890) 48–57, especially 48, n. 1. The text of the edicts is published as an appendix, 287–335.

<sup>15</sup> William Monter, *Calvin's Geneva* (New York 1967) 72.

rimonial lands manifested itself at an early date. The duque de Alba, at the French court in June 1559 to conduct the king's third bride, Elisabeth de Valois, to Spain, wrote to Philip II that „En lo de Geneva lo quise acudirle al camino que el [the con-  
n table, Anne de Montmorency] mostrava, porque no me parecia convenir al servicio de V. M. dalles prenda con que ellos podiessen dezir en ningun tiempo que V.M. quiesse hazer empresa contra Esqui aros“<sup>16</sup>. About one year later, the Cardinal de Granvelle echoed these cautionary tones: „yo no puedo creer que en este tiempo mueva las cosas, segun le [Emanuele Filiberto] he oydo hablar muchas vezes, quando en esto de Geneva, despues de las pazes, he discurrido con él, con quanto s  que los suyos continuamente le solicitan sobre ello, mas lo que le cumple es establecerse ántes que mover ninguna cosa, y me acuerdo muy bien que lo de Geneva fué causa primera de hachar   su padre fuera de sus estados.“<sup>17</sup> Despite such wariness on the part of the Habsburgs, the fear in Geneva of Catholic *force majeure* was the background against which the diplomatic manoeuvring of the 1560s was played, and on 14 January 1560 the council noted rumours that Savoy might ‘faire quelque surprise’<sup>18</sup>. Lucien Cramer’s magisterial work catalogues meticulously every diplomatic gesture among the courts of Turin, Paris, Madrid and Rome which could possibly be construed as having had the armed conquest of Geneva as its goal<sup>19</sup>. But to read Emanuele Filiberto’s policy exclusively in terms of a preference for a military solution and the quest for outright sovereignty that such an approach could have produced is to underestimate dangerously the caution and flexibility of the duke’s treatment of the complex problems which confronted him upon his return to Piedmont. The necessity to reconstruct almost every element in a state which had been occupied for over two decades placed obvious practical limitations upon the duke’s freedom of action; a military enterprise against Geneva could have been undertaken only with the consent and cooperation of the major Catholic powers. Emanuele Filiberto certainly encouraged such projects when he thought they might receive a favourable audience, and he greeted such suggestions emanating from successive popes with enthusiasm. At the same time, he declined to abandon his policy of attempting to reach a negotiated agreement which would result in the re-establishment of at least a Savoyard presence in Geneva. Both tactics were followed at the same time.

Many of the *Leitmotiven* which thread their way through the diplomatic exchanges leading up to the 1570 *mode de vivre* made early appearances in the correspondence of the principals. The reply of the Council of Geneva to the offer of assistance from Franz Heinrich of Braunschweig-Lüneburg, on an incognito visit late in 1559, expressed at an early date the reluctance of the city to take any position and a preference to wait

<sup>16</sup> Mignet, *Lettres de Jean Calvin ... troisième article*, in: *Journal des Savants* (March 1857) 171–172, n. 2. The role of Montmorency is interesting in view of his link, through his wife Madeleine de Savoie-Tende, to Emanuele Filiberto. Emanuele Filiberto inserted the legitimised Savoie-Tende into the succession to the Savoyard throne shortly after his restoration.

<sup>17</sup> *Papiers d’état du Cardinal Granvelle*, ed. C. Weiss, vol. VI (Paris 1846) 103.

<sup>18</sup> AEG, R. C., vol. 55, fol. 175 r.

<sup>19</sup> Lucien Cramer, *La seigneurie de Genève et la maison de Savoie*, vol. I (Geneva and Paris 1912) passim.

upon events: „les seigneurs, l'ayant remercié de son humanité, se contentoient de leur petitesse, estimans leur estre plus séant de suyvre, quand les plus grands auroient pris quelque bon conseil, que de s'avancer par trop."<sup>20</sup> A sequence of informal approaches from Emanuele Filiberto to Geneva outlined, in very broad and unspecific terms, the arrangement which the duke hoped to achieve by negotiation. In September 1559, well before Emanuele Filiberto had even entered Turin, the comte de Viry was despatched by the duke to Geneva with the reassuring message that he „n'avait qu'autre vue que de s'entendre là-dessus avec la Ville à l'amiable, de la laisser dans la possession tranquille de ce qui lui appartenait, et de lui donner même une beaucoup plus grande étendue de terres que celle qu'elle possédait"<sup>21</sup>.

Such a formula left open the question of what precisely the duke thought belonged to the city, and the seigneurie was quick to react to an omission which stood at the heart of the difficulties between Geneva and Savoy. „Quoique le comte de Viry ne parlât pas positivement de la souveraineté de la Ville"<sup>22</sup>, one of the members of the Council, Michel de l'Arche, sharply informed the envoy „que pour la souveraineté et la parole de Dieu, nous y mettrions nos vies"<sup>23</sup>. The issue of the sovereignty of Geneva thus entered discussions almost immediately, but, as was to become clear in subsequent negotiations, the word was from time to time defined differently by both parties.

A clearer and more detailed view of Emanuele Filiberto's hopes for the future was presented by his second emissary, Louis Alardet, the recently-elected Bishop of Mondovì. Alardet, who had passed part of his youth in Geneva, noticed that „votre ville était dépeuplée et appauvrie d'hommes et d'autres richesses, sentant votre faiblesse, vous allâtes rechercher les alliances et faveurs de vos voisins, qui vous ont été de grande dépense, et, à mon avis, de petit profit ... promenant par cette ville, laquelle j'ai vu si florissante, et voyant une si fâcheuse mutation, certes, mon coeur s'est attendri, et les larmes plus d'une fois m'en sont venues à l'oeil ..."<sup>24</sup>. The duke reserved the warmest affection for Geneva, although he was aware, according to an anecdote of Alardet which anticipated Granvelle's observation, „que la ville de Genève ayant été la prem-

<sup>20</sup> *Roset*, 433: C. 52 bis.

<sup>21</sup> *Jean-Antoine Gautier*, *Histoire de Genève des origines à l'année 1691*, eds. *A. Cartier* and *J. Mayor* (Geneva 1896–1911) vol. IV, 280; (hereafter *Gautier*). Jean-Antoine Gautier (1674–1729) was professor at the Académie de Genève and later secrétaire d'état of Geneva. Taking advantage of the ordering of the Genevan archives, started in 1699, Gautier began writing in 1708, requiring the special permission of the seigneurie to carry his research beyond 1565. Gautier's work is one of the monuments of eighteenth-century historical scholarship and a detailed comparison of his text with the registers of the Council reveals divergences in only one major area. Gautier's attachment to Genevan 'republicanism', manifested clearly in much of his other work, led him to interpolate the word 'republic' into many paraphrases of register entries in which it did not appear. Apart from this caveat, his work has yet to be superseded as a political, as opposed to religious, history of Geneva in the sixteenth and seventeenth centuries.

<sup>22</sup> *Ibid.*, vol. IV, 280.

<sup>23</sup> *Roget*, vol. VI, 3.

<sup>24</sup> *J. Gaberel*, *Une escalade diplomatique*, in: *Bibliothèque universelle III* (1858) 580–581. Gaberel reproduces the entire text of Alardet's letter to Emanuele Filiberto on his mission to Geneva. This letter, in French, is in the Archivio di Stato, Turin.

ière source et l'origine de la perte des Etats de feu monseigneur mon père, et par conséquence [est] la cause des maux qui s'en sont suivis ..."<sup>25</sup>. Alardet's solution, presented ingenuously as an afterthought, was simple and straightforward: „j'avais pensé, s'il vous plaisait de recevoir en cette votre cité, et l'accepter [Emanuele Filiberto] pour votre prince, avec la dignité et autorité que Messeigneurs ses ancêtres y ont eue, sans rien diminuer de vos franchises, libertés, prérogatives et immunités, à votre avis, ne serait-ce pas le véritable et souverain remède à toutes vos calamités ... Son Altesse ferait sa résidence en cette cité, et Madame aussi. Toute leur étude serait de la faire florissante, riche et opulente."<sup>26</sup> Alardet urged a Genevan deputation to visit Emanuele Filiberto, then at Nice, to congratulate him on his restoration and assured the Council that it need have no fears about the preservation of the existing religious settlement should it choose to follow the bishop's advice. The seigneurie resorted, as it was to do frequently, to the smallness of the size of the city in order to excuse itself from the embassy of felicitation, and, as for the sovereignty, Alardet reported to Emanuele Filiberto, „ils me dirent qu'ils avaient choisi Dieu éternel pour leur souverain et seul prince ... que Dieu était plus puissant, plus juste et meilleur Seigneur que vous: c'est pourquoi ils étaient déterminés et résolus de n'obéir à nul aucun prince qu'à Dieu tout seul"<sup>27</sup>. Responsibility to God alone was, of course, the purest form of sovereignty in early modern Europe; even Free Imperial Cities and electors of the Empire were, juridically, answerable to the Emperor, who, in turn, was responsible to God. But although the theme of Geneva as a city of whom the prince was God made frequent appearances in the political rhetoric of the debate, its simple statement could not, by definition, address itself to the question of Geneva's right to such a position, especially in view of the claims of other parties to the sovereignty of the city.

Alardet's visit, however, outlined Savoyard proposals. Geneva would preserve all its rights, liberties and privileges and be restored to the enjoyment of great economic prosperity, a reference to the fairs of Geneva which had attracted wealth to the city in the early fifteenth century<sup>28</sup>. The price for this was the acceptance within the city of Emanuele Filiberto. The elision by Alardet of the concept of the rights belonging to the duke's ancestors and the proposal to receive him as prince points to a definition of sovereignty which implied not the incorporation of Geneva into the Savoyard patrimony, and, hence, government imposed from Turin, but rather to the recognition of Emanuele Filiberto as imperial vicar. The imperial vicariate, confirmed in 1365 by the Emperor Charles IV, permitted the House of Savoy „to exercise in the name of the emperor full appellate jurisdiction over lay and ecclesiastical tribunals located within his dominions"<sup>29</sup>. Subsequent withdrawals, exemptions and reconfirmations hindered the consistent application of the grant, and as late as the eighteenth century relations between the courts of Turin and Vienna were clouded by jurisdictional disputes. As

<sup>25</sup> Ibid., 582.

<sup>26</sup> Ibid., 582–583.

<sup>27</sup> Ibid., 586.

<sup>28</sup> *Jean-François Bergier*, *Genève et l'économie européenne de la Renaissance* (Paris 1963).

<sup>29</sup> *Eugene Cox*, *The Green Count of Savoy* (Princeton 1967) 194.

the debate over Savoyard restitutions developed in the 1560s, the claim to the imperial vicariate over Geneva, along with that to the vidomnat within Geneva, both intimately involved with the application of justice, became the two pylons upon which Emanuele Filiberto constructed his claim to ultimate sovereignty over the city. Even after Alardet's visit, however, the precise delineation of what the duke assumed to be Geneva's liberties and freedoms was still lacking.

Alardet's mission obviously unsettled the seigneurie of Geneva. Under the cover provided by the clause in the perpetual treaty with Bern which prohibited Geneva from entering diplomatic negotiations without the canton's knowledge, the seigneurie sent an account of the Savoyard proposals to its *combourgeois*. The real motivation behind this despatch was somewhat different, for „Dans cette lettre perce l'appréhension que les Bernois, auprès desquels le duc avait entamé des tractations, ne se laissassent entraîner à perdre de vue les intérêts de Genève: „Nous voyons bien ... que les ambassadeurs de Savoie vont et viennent, mais nous avons envers MM de Berne bonne confiance qu'ils ne souffriront pas qu'il se face quelquechose au préjudice de nostre Estat, comme aussi de nostre part, quelques entreprises, menaces, promesses et sollicitations qu'on nous face, ils se peuvent assurer de nostre loyauté et rondeur.“<sup>30</sup>

This was a timely move, as negotiations between Turin and Bern proceeded with much more purposefulness than the relatively tentative *pourparlers* between the duke and Geneva. A new phase was reached in November 1560 at a meeting at Neuchâtel during which the Savoyard delegation raised the issue of the legality of the alliance between Bern and Geneva, basing the argument on an earlier treaty between the House of Savoy and the canton which prohibited Bern from entering a *combourgeoisie* with either the subjects of the duke or those sovereignties enclaved within his lands. This suggestion neatly left open the question of to which of these categories Geneva belonged, but, with equal dexterity, introduced the problem of defining Geneva's legal status into the discussions surrounding the proposed accord between Savoy and Bern. The Council of Geneva noted on 10 December that „l'on reçoit missives de Messieurs de Berne ... contenant partie de leur départ de Neuchâtel de la journée y tenue avec les commis du duc de Savoie requérant leur fournir des droits, des libertés et franchises de cette cité par lesquelles ... on puisse défendre et répliquer contre lesdits de Savoie et montrer que nous avons pu nous allier avec les seig. bernois et par ce nous ont à bon droit défendre comme déjà en a été décidé par le fait de Payerne“<sup>31</sup>. There is at least a hint in the last phrase of this entry of the annoyance, soon to become undisguised irritation, which Geneva felt for its Bernese *combourgeois* over the canton's willingness to permit to be re-opened questions which, so Geneva posited, had been settled definitively by the sentence of Payerne. On 30 November 1530, the envoys of ten members of the Helvetic confederation, meeting at Payerne, issued a sentence which attempted to resolve the differences between Charles III of Savoy, on the one hand, and, on the other, Geneva, Bern and Fribourg. One critical element of this arbitral judgement was the recognition of the validity of Geneva's alliance of 1526 with the

<sup>30</sup> Roget, vol. VI, 6.

<sup>31</sup> AEG, R. C., vol. 56, fol. 115 r.

canton of Bern. The duke's challenge to Geneva's legal competence to conclude any alliance without his consent had led to a series of armed encounters during the late 1520s, and this section of the 1530 sentence of Payerne was treasured in Geneva as the foundation of the legitimacy of the seigneurie's independence of action. Whatever the constitutional position had been before 1530, the sentence of Payerne had, in the eyes of the Genevans, resolved a vital point which the seigneurie was determined need never be discussed again.

Bern's request for documentation placed Geneva in an awkward position. The seigneurie was eager to avoid a debate over rights and privileges dating from the period when political authority in the city had been shared among the prince-bishop, the duke of Savoy and the Councils. By discouraging Emanuele Filiberto's private diplomatic initiatives aimed at accommodation by negotiation between Geneva and Savoy, the seigneurie ran the risk of ducal application for cantonal arbitration, hoping that whatever claims Emanuele Filiberto put forward would be judged on the basis of those sentences and treaties which had anchored authority in the hands of the seigneurie. Instead, Geneva found itself subjected to pressure from Bern to justify its legal competence to conclude those very arrangements which had been the support for its exercise of power, detached from prince-bishop and duke, from the 1530s. From 1560 on, adherence to the sentence of Payerne, with one major modification, became the keystone of Genevan policy, and the seigneurie strove to block any discussion of events which took place before the sentence of Payerne, even at the risk of antagonizing Bern by delaying the despatch of the requested documentation.

Behind the issue of the legality of the alliance between Bern and Geneva lurked unmistakably a threat to the seigneurie's exclusive exercise of authority within the city and the implication that this authority had been usurped from others who, at the very least, had a right in its share. Pierre Ronsard summed up the view of those who looked upon the events of the 1530s as an illegal arrogation of power in the continuation to his *Discours des misères de ce temps*, published in 1562 and dedicated to Queen Catherine de' Medici:

Elle adonc en tirant sa parole contrainte,  
Souspirant aigrement, me fit ainsi sa plainte:  
„Une ville est assise és champs Savoyiens,  
Qui par fraude a chassé ses Seigneurs anciens ...“<sup>32</sup>

Such interpretations were challenged by Calvin and Roset, who were members of a committee delegated to frame the Genevan response to Bern's request and to Savoy's challenge. „Que sur ce que les envoyés de Savoie avaient allégué, que les syndics et communauté de Genève, étant sujets de l'évêque, ne pouvaient s'engager par aucun traité, il était aisé de répondre qu'encore qu'il y eût peu de villes impériales sur lesquelles ou un évêque ou quelque prince voisin n'eût quelque droit, que cependant elles ne laissaient pas d'être estimées villes franches et libres, auxquelles il était permis

<sup>32</sup> *Pierre Ronsard, Oeuvres complètes*, ed. G. Cohen (Paris 1950: Bibliothèque de la Pléiade) vol. II, 557, lines 24–27.

de faire des alliances."<sup>33</sup> This was not the first time that the definition of Geneva as a „free city“ had made an appearance in the debate, for in 1560 the seigneurie, at the urging of Bern, appealed to the Diet of the Helvetic confederation, assembled at Baden, for some assurance that „une ville libre ne fût molestée“ and for assistance to „arrêter les projets que les ennemis de Genève pourraient former contre cette ville“<sup>34</sup>. The notion that Geneva possessed rights which were roughly equivalent to those of a Free Imperial City was promoted from time to time by the seigneurie and rested upon a simple acceptance of the events of 1536. Any investigation of rights and prerogatives before that date introduced the possibility of compensation not only for the duke of Savoy but also for the bishops of Geneva, who viewed themselves as exiled from their see and who had established themselves at Annecy, the capital of the *apanage* of Emanuele Filiberto's first cousin, Jacques of Savoy, duc de Nemours-Genevois<sup>35</sup>. Johannes Steiger, despatched from Bern to impress upon the seigneurie of Geneva the importance which the canton attached to the marshalling of convincing arguments to counter the Savoyard claims, met a pronounced reluctance to accept „notre besoin de revoquer en doute ce qui a été déterminé et passé en adjudgé par les dépars, même celui de Payerne, nous n'avons pas estimé qu'il fallut reproduire et mettre en avant ce qui a déjà été débattue et approuvé, mais qu'afin qu'on n'obmettre de faire ce que sera nécessaire ... on advisera faire tenir à ses supérieurs réponse par écrit et toutefois qu'on advise de ne se entremêler tellement qu'on y puisse avoir préjudice à l'avenir“<sup>36</sup>. The Council „était dans la pensée qu'il valait beaucoup mieux de ne pas s'engager dans de longues contestations avec les Savoyards, et se borner à leur représenter en peu de mots les raisons pressantes que les seigneurs de Berne avaient de secourir leurs alliés de Genève en l'année 1536“<sup>37</sup>. Such uncooperativeness produced deep frustration at Bern, for, as Jean-Antoine Gautier dryly observed, „Les seigneurs de Berne ne furent pas contents des éclaircissements qui furent données au seigneur Steiger.“<sup>38</sup>

But at the same time that Geneva registered its profound misgivings about a compilation of a list of the seigneurie's rights and privileges, it also began to attack Emanuele Filiberto on those grounds which it thought likely the duke would use for the foundations of his claims. The validity of the application of the imperial vicariate of the dukes of Savoy to the city of Geneva was challenged<sup>39</sup>, and the ravages which Charles III's

<sup>33</sup> *Gautier*, vol. IV, 316.

<sup>34</sup> *Ibid.*, vol. IV, 292.

<sup>35</sup> The bishop of Geneva from 1556 to 1568 was François de Bachod, whose position was complicated by the fact that from 1560 he was also the papal nuncio at Turin (*L. Chevaillier*, *Les origines et les premières années de fonctionnement de la 'Nonciature de Savoie' à Turin (1560–1573)*, in: *Etudes d'histoire du droit canonique dédiées à Gabriel Le Bras* (Paris 1965) vol. I, 489–512).

<sup>36</sup> AEG, R. C., vol. 56, fol. 177 r.

<sup>37</sup> *Gautier*, vol. IV, 335.

<sup>38</sup> *Ibid.*, vol. IV, 335.

<sup>39</sup> AEG, *Affaires étrangères: Savoie*, vol. IX contains an unpaginated *Sommaire discours de prétentions des très illustres ducs de Savoie sur la ville franche et impériale de Genève*. Although bound with documents dating from the 1560s, some internal evidence suggests that it could have been written early in the reign (1580–1630) of Carlo Emanuele I, Emanuele Filiberto's son. It includes a meticulous attack upon Savoyard claims to the vicariate over Geneva and to the vidomnat.



troops inflicted upon Genevan territory were introduced in the hope of countering any future pretensions of Emanuele Filiberto with a demand for war reparations. Until 1564, Geneva adhered to a policy of temporisation, discouraging any conference which would weigh the competing claims and stalling Bern's reiterated requests for documentation. A stalemate had developed in which Emanuele Filiberto only hinted at the extent of his claims and in which Geneva pointedly avoided any discussion which entailed a re-examination of its detachment from both duke and prince-bishop. Such stasis was complicated not only by the deepening misunderstanding within the *combourgeoisie* but also by the lack of knowledge in both Bern and Geneva about the intentions of one another. In 1562 the seigneurie of Geneva wrote to Bern that some time had passed since their ally had given them any information on the progress of the negotiations with Turin, and as late as 1564 the canton of Bern summed up its bewilderment with Genevan policy when, answering a request of opaque vagueness from the seigneurie for guidance in choosing a line of action, it observed that „ils avaient promis bailler avis, mais qu'il est à celui qui porte le soulier de savoir où il blesse“<sup>40</sup>. A further element of confusion derived from the perception, north of the Alps, of Savoyard policy, for Emanuele Filiberto was conducting a three-pronged campaign. The Savoy envoys entrusted with the Bernese negotiations continued to gnaw at the legality of the alliance between the canton and the seigneurie with all of its implications for a formal definition of Genevan sovereignty, based upon the comparison of rights and privileges dating from the fourteenth and fifteenth centuries. But at the same time that Savoy pursued this juridical approach to the problem, aimed at legal arbitration, the duke continued to launch informal initiatives directly to Geneva, without the participation of Bern, for a negotiated accommodation. In addition to both of these policies were the diplomatic manoeuvres in Rome and Madrid which initiated a sequence of rumours of incipient military action by the Catholic powers against Geneva. In this complex situation in which the motives, goals and policies of the individual parties were obscure and uncertain, the only progress to accord came from the tortuously slow and convoluted negotiations between Savoy and Bern, and as these crawled to a conclusion based upon the restitution to Emanuele Filiberto of some of the lands along Lake Geneva and near Geneva rather than within the Vaud heartland it became clear that the seigneurie could continue in its policy of temporisation only with growing difficulty.

In 1564–65 a significant effort to break this deadlock was made by Emanuele Filiberto, who sent another envoy to Geneva, and by his consort, Marguerite de France, who despatched two delegations to the city. Marguerite, generally believed to be at least sympathetic to the Reformation, occupied a unique position of respect in the worlds of both Catholics and Protestants. Writing to Renée de France, duchess of Ferrara, Calvin, shortly before his death, noted that „J'ay entendu que Madame la duchesse de Savoie, vostre niepce, est en assez bon train, jusques à estre délibérée de se

<sup>40</sup> AEG, R. C., vol. 59, fol. 39v.

déclarer franchement"<sup>41</sup>, a public profession which never took place. From the two approaches made by the duchess of Savoy and the mission of 1564 sent directly from the duke, which anticipated those of Marguerite by only a few months, emerges a coherent Savoyard programme for regulating relations between Geneva and Turin, many of the elements of which were familiar from Emanuele Filiberto's earlier proposals. According to Marguerite's emissaries, the duke had no intention of abridging Geneva's rights and franchises, nor of attempting to alter in any way the religious settlement. He intended to revive the Genevan fairs, the prosperity of which he would ensure by prohibiting his subjects from trading anywhere else. He would pay for the maintenance of a substantial garrison to protect the city, but the troops would be recruited by Geneva, the seigneurie submitting a list of three candidates from whom Emanuele Filiberto would select the commander. In return, the duke required recognition of his right to grant pardon, in his role as imperial vicar, and the succession to the vidomnat, which his ancestors had held<sup>42</sup>. But even on this last issue, the persistent and major obstacle to any accord between Geneva and Savoy, he was prepared to compromise and to limit his right to naming as his representative for the vidomnat in the city one of a list of three Genevan citizens proposed by the Council. The duke's own envoy also presented promises of non-interference in religious affairs and the demand for the vidomnat and other judicial privileges but stressed Emanuele Filiberto's eagerness for agreement, „puisqu'on pourrait bien en rebattre quelque chose, que c'était une affaire d'accommodement"<sup>43</sup>. The duke asked to be received, accompanied only by his wife and his son, within Geneva, and „pour ce que entre autres points le droit de l'évêché lui semble le plus difficile à accorder, il se fait fort de la leur faire mettre entre leurs mains pour la bailler à qui bon le semblera ou bien d'en disposer à leur plaisir ... qu'ils [Savoy and Geneva] seraient maintenus en une paix perpétuelle, comme alliés et bons voisins, sans contrevénir à la confédération qu'ils ont avec les seigneurs de Berne, laquelle serait sans subjection, comme bons voisins et compagnons et serait la ville de Genève en plus grande autorité, étant maintenue par un tel prince"<sup>44</sup>. This was not the first time that Emanuele Filiberto had shown himself prepared to ignore the rights of the exiled bishop of Geneva, for Roset reported a 1562 tentative which included the duke „déclarans qu'il n'entendoit attenter à la religion, ny à la restitution de l'évesque"<sup>45</sup>. Enshrined as they were within a comprehensive programme, the 1564 proposals regarding the bishopric made a greater impact. Finally, to put the collective mind at rest on the question of Savoyard goodwill, the duke consistently proposed two, sometimes three, guarantors to any agreement chosen from among the German Protestant princes, most frequently the Elector Palatine and the duke of Württemberg.

<sup>41</sup> Lettres de Jean Calvin: Lettres françaises, ed. J. Bonnet (Paris 1854) vol. II, 559. The letter to the Duchess Renée is dated 4 April 1564; Calvin died on 27 May.

<sup>42</sup> [T. Heyer], Marguerite de France, duchesse de Savoie, ses rapports avec Genève, in: Mémoires et documents de la Société d'histoire et d'archéologie de Genève XV (1864) 122–144.

<sup>43</sup> Gautier, vol. IV, 453.

<sup>44</sup> AEG, Pièces historiques, no. 1771.

<sup>45</sup> Roset, 448: C. 72.

Viewed as a whole, these proposals were taken seriously enough in Geneva for special commissions to be established to scrutinize the implications, but in each instance the suggestions emanating from the court of Turin were declined with firm politeness, ostensibly because of the exclusive nature of the agreements with Bern. There were, however, two further, potent reasons behind their rejection. In the first place, the sequence of projects put forward by the agents of Emanuele Filiberto and Marguerite left no room for a recognition of the outright sovereignty of the seigneurie. The duke's proposals amounted to a return to the mixed sovereignty of pre-revolutionary Geneva, with the modification that the prince-bishop was excluded from the political equation, the tidiest way of solving the potentially thorny problem of the ownership of ecclesiastical property and an absolutely vital condition for the preservation of the reformation settlement which Emanuele Filiberto promised to leave untouched. Even this objection might, just conceivably, have been circumvented had fear and distrust not played such major roles. A 1563 approach from the court of Turin had been dismissed with the observation that the duke's agent „ne voudrait que la ruine de Genève et chercher à nous déjoindre d'avec nos combourgeois“<sup>46</sup>. Gautier elaborated on this attitude in his analysis of the Genevan position: the seigneurie „avaient trouvé dans cette proposition de très grands inconvénients, et qui ne manqueraient point d'entraîner la ruine totale de la République, étant dans la pensée, comme ils l'étaient, que si l'on accordait quelque avantage ou quelque prérogative au duc de Savoie en Genève, pour petite qu'elle fût, il se rendrait, avec le temps, infailliblement le maître absolu de cette ville“<sup>47</sup>. There could be no concessions on the vidomnat, for, as a Genevan summary of Savoyard pretensions, possibly of a later date, put it, „Le vidomnat ... n'a jamais été ni est aujourd'hui prétendu par les ducs de Savoie sinon pour s'en servir comme d'un étrier pour monter dans la selle.“<sup>48</sup> It should be stressed that these informal approaches to Geneva coincided with Turin's public demands for an arbitrational judgement on the seigneurie's legal right to contract the alliance with Bern, but the disappointing reactions to these proposals did not cause Emanuele Filiberto to abandon this line of policy entirely. As late as 1569, on the eve of the conclusion of the *mode de vivre*, Hélène de Tournon, comtesse de Montrevel, the Protestant co-gouvernante of the young prince of Piedmont, the future Duke Carlo Emanuele I, paid a private visit to Geneva during which she approached Roset about a negotiated accommodation between her sovereign and the seigneurie.

The proposals of 1564–65 were, to that date, the most elaborated and detailed statement of the formula which Emanuele Filiberto was prepared to accept. In declining propositions which, to Savoyard eyes, conceded a great deal, the seigneurie of Geneva went to considerable lengths to avoid offending the Duchess Marguerite, who had instigated some of the approaches and who had held out to the Council of Geneva the hope of securing some form of toleration for the Calvinists in Piedmont. Théodore de Bèze wrote to Marguerite in February 1565 and appealed again to the notion of Ge-

<sup>46</sup> AEG, R. C., vol. 58, fol. 66v.

<sup>47</sup> Gautier, vol. IV, 502–503.

<sup>48</sup> AEG, Affaires étrangères: Savoie, vol. IX, *Sommaire discours* ... See note 39 above.

neva as a free city: „Et de fait, aussy, ce n'est point chose nouvelle ni dérogeante à la grandeur d'un prince, d'avoir des villes impériales et franchises, voire quelquefois au milieu de leurs pays, comme il se peult veoir estre pratiqué en toutes les principautés d'Allemagne.“ De Bèze also referred to the respect that the seigneurie had for Emanuele Filiberto and for Marguerite, but mentioned as well „le désir qu'ils ont de vivre en paix en leur petit Estat“<sup>49</sup>. As summarized by de Bèze, the position of Geneva, and the rhetoric in which it was expressed, had altered very little in the six years since the Treaty of Cateau-Cambrésis.

The only peaceful alternative to a direct accommodation with Emanuele Filiberto was a legal arbitration under the aegis of the Helvetic confederation. Such a course of action necessitated, however, the presentation of the written rights and privileges of the seigneurie of Geneva and their comparison with the contesting claims of the House of Savoy, the very documentary confrontation the Genevans had attempted to avoid when pressed by Bern to assemble the archival support for the possession of exclusive sovereignty. The conference at Lausanne in October 1564 seems to have been the first attempt to clarify the positions of both Turin and Geneva by bringing together envoys of both the duke and the seigneurie for a joint meeting, but even then the reluctance of the city to define its claims was manifest. Montfort, one of the Savoyard delegation, addressed the Genevans and „les invita à s'expliquer sur les prétentions de leurs supérieurs, ce que Roset et ses collègues ne voulurent pas faire, mais le prièrent de s'ouvrir lui-même, le premier, sur les intentions de son Altesse de Savoie ...“<sup>50</sup>. The Savoyard envoys were prepared to promise that Emanuele Filiberto aimed at no change in the liberties or the religious settlement of Geneva, but insisted upon the vidomnat for the duke. The vidomnat and, attached to it, the recognition of Emanuele Filiberto as imperial vicar by the seigneurie, was the issue which the House of Savoy was not prepared to concede; moreover, the Savoyard delegation to Lausanne was under instructions not to proceed to any further discussions until the question of the vidomnat had been settled. At this point the balance within the negotiations shifted dramatically, for the public statement and clarification of Emanuele Filiberto's claims provided the target, previously absent, for Genevan diplomatic activity. Both the vidomnat and the imperial vicariate led directly to ultimate appellate jurisdiction, and both positions attributed to themselves some elements of the right of pardon, widely viewed in early-modern Europe as a regalian privilege, an aspect of sovereignty. Once Emanuele Filiberto's pretensions were clear, the seigneurie was able to assemble its own case, one presented primarily as demolishing the duke's claims rather than establishing those of the city.

The seigneurie of Geneva faced serious practical difficulties in collecting its documentation. In the first place, the city was not in possession of all of its archives. Over forty pieces presented at the 1530 adjudication at Payerne had been deposited, for safety's sake, with the Catholic canton of Fribourg, at that time bound with Bern in the *combourgeoisie* with Geneva. But Fribourg had withdrawn from the *combourgeoisie* in

<sup>49</sup> Hoyer, Marguerite de France, 139.

<sup>50</sup> Gautier, vol. IV, 467.

1533, and the documents had never been returned. Roset was sent to Fribourg in September 1564 to request their restitution and was informed that although some pieces, including Council registers and the *livre des franchises*, would be returned, another dozen touching diocesan authority could not. The Fribourg councils „ne pouvaient pas remettre lesdits droits sans le consentement de l'évêque qui y avait mis empêchement et pourtant n'en pouvaient point délivrer de ceux qui lui attouchaient sans en avoir premièrement ouï le bon vouloir des sieurs du chapitre et des chanoines, auxquels pour cet effet ils en écriraient“<sup>51</sup>. The Genevan delegation was permitted, however, to make copies of these withheld papers and was asked by the canton of Fribourg if „Messieurs de Genève voudraient se battre pour lesdits droits avec lesdits chanoines“<sup>52</sup>. This unwelcome reminder of the rights belonging to the bishop seems not to have been pursued, and it was not until 1581 that the original versions of these documents were returned to Geneva<sup>53</sup>. Michel Roset's presentation, in June 1562, of his *Chroniques* to the seigneurie may have reflected Genevan consciousness of the inadequacy of the city's archives for diplomatic purposes. The register of the Council observed that the aim of Roset's „recueil et sommaire des choses concernantes la ville de Genève dès sa fondation jusques au mois de mai dernièrement passé“ was to ensure that „du contenu d'icelui chacun soit informé et n'en soit ignorant et non seulement nous, mais aussi nos successeurs ...“<sup>54</sup>.

The development of a coherent Genevan answer to Emanuele Filiberto's claims can be discerned in the instructions given by the seigneurie to their envoys who attended, most frequently as observers, the Diets of the Helvetic confederation or the negotiations between Bern and Savoy. The most difficult problem was posed by the sentence of Payerne, which had validated Geneva's *combourgeoisie* with Bern and to which the seigneurie had clung as the justification of its possession of exclusive sovereign authority. The sentence of Payerne, however, had also accorded the vidomnat to the duke of Savoy, but, according to the Genevan position, „en termes exprès que c'était sans préjudice des libertés de Genève et du droit que l'évêque avait sur cet office, et à condition que ce prince et ses officiers n'exercassent aucune vengeance contre les Genevois à l'occasion des choses passées et qu'ils ne leur fissent aucune violence, ni en général, ni en particulier, de quoi il devait donner de bonnes assurances, pour lui et pour ses successeurs, avant que d'être remis en possession ...“<sup>55</sup>. Duke Charles III's economic blockade of Geneva during the early 1530s, that is, after the sentence of Payerne of 1530, followed by „une infinité de violences exercées en Savoie contre les Genevois qui allaient et venaient dans le pays“<sup>56</sup> and two years of war signified Charles's rupture of the sentence of Payerne and his forfeiture, for himself and his descendants, of the

<sup>51</sup> AEG, R. C., vol. 59, fol. 117 r.

<sup>52</sup> AEG, R. C., vol. 59, fol. 117 v.

<sup>53</sup> *Louis Sordet*, Recherches au sujet des titres remis à la garde de Messieurs de Fribourg après la journée de Payerne, in: Mémoires et documents de la Société d'histoire et d'archéologie de Genève IV (1844) 133, 136.

<sup>54</sup> *Roset*, vi.

<sup>55</sup> *Gautier*, vol. IV, 389.

<sup>56</sup> *Ibid.*, vol. IV, 390.

vidomnat: „Que par toutes ces raisons, il paraissait que la ville de Genève avait possédé, depuis, c'est-à-dire depuis trente et un ans, le vidomnat à juste titre.”<sup>57</sup>

Although this argument became a fixture of Genevan public policy, it would seem that the seigneurie was not entirely comfortable with a justification based on actions which they alone had judged as constituting a forfeiture and which leaned heavily upon whatever rights could be extracted from over thirty years of tenure in a position which others viewed as having been usurped from its legal occupant. In 1564, Geneva approached Bern with a request that the vidomnat be treated as an object assigned by Bern to Geneva in the wake of Charles III's defeat and be guaranteed by the canton in the forthcoming treaty between Bern and Savoy. Bern refused to give any assurance to Geneva on the possession of the vidomnat, and the seigneurie had to content itself with its claim to the contested office because „à tort et sans cause le feu duc de Savoie avait molesté par longues guerres et violences une ville de Genève, prétendant y avoir droits de souverain, ce qu'il n'avait eus jamais”<sup>58</sup>. Closely linked to this reasoning were the growing Genevan claims for reparations from Emanuele Filiberto for the financial chaos his father's policies had produced in the city.

The challenge to Emanuele Filiberto's claim to exercise the imperial vicariate within Geneva was based upon a revocation by the very Emperor, Charles IV, who had confirmed Count Amadeus VI in the vicariate in 1356; even if it was accepted that the duke of Savoy was imperial vicar, a series of exemptions was strung together to prove that the city had consistently been viewed by successive Emperors as detached from Savoyard jurisdiction. Lest the rights of the bishop of Geneva be pressed, the envoys of Geneva were instructed to cite the tenure of the last resident incumbent, Pierre de La Baume: „au lieu d'en agir en père et pasteur du peuple, il en devient ennemi, et, en cette qualité, il se trouva lui-même en personne devant Genève avec l'armée de Savoie le 30 juillet 1534 ... quoique ce prélat eût été plusieurs fois prié de la part des citoyens, tant par lettres que par députés, de revenir dans Genève pour la défendre contre son ennemi, selon son devoir et son serment, au préjudice duquel il avait continué d'exercer diverses hostilités ... Il s'était vu légitimement privé de l'autorité qu'il y avait auparavant, laquelle n'avait été accordée dans son origine, à ses prédécesseurs qu'à condition qu'ils seraient protecteurs des libertés du peuple.”<sup>59</sup> As with the duke and the vidomnat, the notion of forfeiture was adopted by the seigneurie as a reply to any episcopal claims, and the rhetoric of broken enthronement oaths and the original institution of authority based upon the protection of the liberties of the people moved the Council, wittingly or not, close to the contract theory of government.

All of these arguments were essentially negative in character. It is difficult to find in the mass of political and diplomatic correspondence dating from the 1560s an elaboration of Geneva's positive claims to sovereignty which is as clear and as emphatic as its assertions that the House of Savoy had been stripped of its rights and privileges because of criminal acts. Instead, the seigneurie seems to have attempted to avoid a pre-

<sup>57</sup> Ibid., vol. IV, 390.

<sup>58</sup> AEG, R. C., vol. 58, fol. 124 v.

<sup>59</sup> Gautier, vol. IV, 394–395.

cise definition of the nature of the Genevan state. The model of a Free Imperial City, or, at least, a free city was appealed to with regular although not demonstrative persistence. Emanuele Filiberto's pretensions to the imperial vicariate may have encouraged some within Geneva to address themselves to the city's own relationship with the Empire. One set of diplomatic instructions dating from 1564 pointed out that „cette ville n'avait jamais eu, par le passé, d'autre prince que son évêque, et qu'elle avait, pour lors, son honorable magistrat, comme la chose paraissait clairement par plusieurs bulles impériales et papales“<sup>60</sup>, a characteristically vague summary of Geneva's constitutional position and one which appealed to imperial recognition for support. Throughout the 1560s the formula which described Geneva as a „ville franche et impériale“ endowed with privileges dating back to the reign of Frederick Barbarossa was employed to dispute Emanuele Filiberto's claims to exercise the imperial vicariate in Geneva. The seigneurie could not recognize the duke's ultimate appellate jurisdiction „parce qu'ils ne pouvaient céder le droit de l'Empereur“<sup>61</sup>. An appeal for support addressed to Friedrich III, the Elector Palatine, depicted Geneva „se voyant à la veille de perdre les libertés et les privilèges impériaux qui lui avaient été accordés depuis plusieurs siècles“ and solicited the protection it was hoped he would bestow in his role as first elector of the Empire<sup>62</sup>. The Elector Palatine was presented with a „Bref mémoire pour entendre que le duc de Savoie est mal fondé dans ses prétentes contre la cité de Genève“ which began with the observation that „Genève était cité franche et impériale fort longtemps avant que le prince Béral, duquel les illustres princes de Savoie se disent issus fût venu en ces pays“<sup>63</sup>. Letters from the Emperor Charles V, who feared a Bernese coup in Geneva in the 1530s and 1540s, were turned against his nephew: in 1540 the Emperor had ordered Geneva to „demeurer dans l'obéissance de l'Empire, comme formant une ville impériale“<sup>64</sup>. William Monter has drawn attention to the survival of imperial iconography in Geneva and cites the inclusion of the Habsburg eagle on stained-glass heraldic devices. One such window, dating from 1547, combines the imperial eagle with the motto of the Genevan reformers, „Post tenebras lux“<sup>65</sup>.

Identification with the traditions and privileges of Free Imperial Cities was not without its problems, however, for the bishop of Geneva was a prince of the Empire. To deal with the contradiction, the seigneurie had to rely upon Pierre de La Baume's 'forfeiture'; as one Genevan delegation replied, in 1565, to a Savoyard observation that the imperial privileges had been granted to the bishop and not to the city, „leurs supérieurs étaient en place de l'évêque“<sup>66</sup>. This interpretation of the events of the 1530s did not find universal acceptance, and the more frequently Geneva resorted to a recitation of its privileges as an imperial city, the greater became the potential for intervention from Vienna. This dilemma may have been at the root of the decision to appeal to

<sup>60</sup> Ibid., vol. IV, 470.

<sup>61</sup> Ibid., vol. IV, 502.

<sup>62</sup> Ibid., vol. IV, 509.

<sup>63</sup> AEG, Copies de lettres, vol. VII, fol. 272.

<sup>64</sup> Gautier, vol. IV, 393.

<sup>65</sup> Monter, Calvin's Geneva, 78.

<sup>66</sup> Gautier, vol. IV, 493.

the Elector Friedrich III to use his good offices in Geneva's favour at the imperial court shortly after the accession in 1564 of Maximilian II. The elector was asked to evaluate the possibilities that Geneva „pût obtenir de l'empereur la confirmation de son gouvernement présent et une déclaration qu'elle avait acquis légitimement tout le droit qu'avait l'évêque“<sup>67</sup>.

But although Friedrich was enthusiastic about this proposal, there is no evidence that the Genevans took the matter further. When, in 1571, Zurkinden suggested to de Bèze that the differences between Savoy and Geneva be submitted to Vienna, de Bèze replied that he could see no hope of such a procedure succeeding<sup>68</sup>.

The seigneurie seems to have aimed at having the enjoyment of the privileges of a Free Imperial City without being directly responsible to the Emperor, and for this reason the nature of the relationship with Vienna was kept as vague as possible in those documents which dealt with the rights deriving from imperial bulls. When the question of ultimate sovereignty was raised, inevitable in any discussion of Geneva's membership in the Empire, the seigneurie could take refuge, as it had with Alardet, in the myth that such power belonged to God, a pose which echoed the 1544 reply to Fribourg „que en Genesve il ny a aultre evesque que Dieu“<sup>69</sup>.

The concept of Geneva as a republic was, in the 1560s, even more shadowy than its presentation as a Free Imperial City. Alardet's temper must have been very frayed during his mission late in 1559 when he replied to Genevan excuses, „Mais si vous êtes si petits que vous dites, pourquoi est-ce que dans toutes vos écritures et lettres, tant patentes que missives, vous usez de termes si hauts et de titres si brillants que la république romaine n'en prit jamais de plus superbes?“<sup>70</sup> The registers of the Council and the diplomatic correspondence of this decade, however, do not support the high level of republican consciousness which Alardet's outburst suggests. The situation, furthermore, has been muddled by the frequency with which historians of Geneva living in the eighteenth, nineteenth and twentieth centuries have touched upon the republican theme in their commentaries. When Alardet remonstrated with the seigneurie for its failure to despatch a delegation carrying congratulations to Emanuele Filiberto on his return to his domains, he noted, according to his own account, „Quand mon susdit seigneur est revenu en ses Etats, la seigneurie de Venise et celle de Gênes l'ont mandé visiter par ambassadeurs se congratulant avec lui de son heureux retour.“<sup>71</sup> Arturo Segre published an Italian version of Alardet's account of his mission which gave a fuller list: „Quand'egli giunse a Lione per fare ritorno nei suoi Stati, ambasciatori di Venezia, Genova, Firenze, Ferrara, Mantova, Urbino gli fecero visita, e voi, così vicini,

<sup>67</sup> Ibid., vol. IV, 510.

<sup>68</sup> This letter will appear as no. 859 in the forthcoming 1571 volume of the *Correspondance de Théodore de Bèze* (Geneva 1970-). I am grateful to Alain Dufour, who, with the aid of Mario Turchetti, drew my attention to this passage.

<sup>69</sup> *Sordet*, Recherches au sujet des titres, 131.

<sup>70</sup> *Gabriel*, Une escalade diplomatique, 587.

<sup>71</sup> Ibid., 584.



con poca cortesia, anzi con errore manifesto vi siete astenuti!"<sup>72</sup> The register of the Council, however, recorded „Que d'autres notables républiques, comme Venise, Gênes et autres lui ont envoyé ambassadeurs pour lui congratuler"<sup>73</sup>. But in compiling his *Chroniques*, Michel Roset, who may have been present at this meeting, wrote only of Emanuele Filiberto, „qui pouvait trouver estrange que Genève n'eust point envoyé à luy, comme avoient fait plusieurs grandes citez"<sup>74</sup>. Jean-Antoine Gautier, writing in the first years of the eighteenth century, adopted for his account: „diverses républiques considérables, comme Venise et Gênes, l'avaient fait féliciter."<sup>75</sup> One discourse, obviously, could be remembered in different ways, but it is striking that the account of Alardet's speech provides one of the rare instances of the word 'republic' appearing in the register. More frequently, 'seigneurie' or 'ville' or 'cité' were used, even though Gautier's otherwise exemplary paraphrases often render them all homogeneously as 'republic'. The flattering comparison with Venice and Genoa did not, moreover, introduce a theme of republican identity into the political discussions of the Genevan seigneurie, and such contemporary reticence is, perhaps, even more noteworthy given the large number of émigrés welcomed in Geneva from the Republic of Lucca. Certainly, there are some references to Geneva as a republic. Théodore de Bèze, writing to Marguerite de France, cited „l'affection sincère qu'il plaira à Votre Altesse porter à ceste République"<sup>76</sup> and Michel Roset reported, from a visit to Zürich, „des propos désobligeants sur M. Calvin, disant qu'il était comme un second pape, que notre république était pleine de mutineries, de séditions"<sup>77</sup>. But these stray references seem not to have been embroidered upon in the 1560s, even at a time when Geneva was under pressure to forge a convincing reply to the dynastic claims of Emanuele Filiberto. Evidence for a developed consciousness of the distinctions between republican and princely forms of government is thin. Gautier recounts that, following the duke's proposal of trusted German Protestant princes as guarantors of any agreement, it was observed in Geneva that „il était naturel de [les] soupçonner d'être portés à favoriser un autre prince, au préjudice d'une république"<sup>78</sup>. Such worries did not, however, discourage the seigneurie from approaching the Elector Palatine, one of the princes specifically suggested by the emissaries of Savoy, in the very next year<sup>79</sup>, nor did fears of princely collusion halt letters about Genevan sovereignty to Charles IX<sup>80</sup> and tentatives to Catherine de' Medici exploring the possibility of Geneva's inclusion in an alliance between France and Bern<sup>81</sup>. Henri Fazy's enthusiasm for „la conception de la cité

<sup>72</sup> *Arturo Segre*, *Riacquisto e ingrandimento dei domini (politica estera)*, Emanuele Filiberto (Turin 1928) 108. Unfortunately, Segre does not give a reference for this document.

<sup>73</sup> AEG, R. C., vol. 55, fol. 164r.

<sup>74</sup> *Roset*, 433–434: C. 52 bis.

<sup>75</sup> *Gautier*, vol. IV, 282.

<sup>76</sup> *Heyer*, Marguerite de France, 139.

<sup>77</sup> AEG, *Pièces historiques*, no. 1707.

<sup>78</sup> *Gautier*, vol. IV, 455.

<sup>79</sup> AEG, *Copies de lettres*, vol. VII, fols. 270–271.

<sup>80</sup> AEG, *Copies de lettres*, vol. VII, fol. 243.

<sup>81</sup> AEG, *Extraits des registres: Affaires étrangères*, vol. II, fols. 944–945.

antique ... encore toute puissante; le citoyen, le magistrat appartenait corps et âme à la République"<sup>82</sup> reads more as an effusion of nineteenth-century parliamentary democracy, appearing, as it does, in the introduction to his edition of Roset's *Chroniques*, a work which avoids any discussion about republicanism or even the nature of the Genevan government. Given such reticence, it is easier to accept Alain Dufour's view that there was, in the political as opposed to the religious sphere, „Rien chez eux de comparable aux assemblées de la première République française, qui se savaient exemple offert au monde"<sup>83</sup>.

Obviously there were some elements of a republican ideology in Geneva during the 1560s, as there were of the theory that the city formed, or should form, part of the Holy Roman Empire and enjoy the privileges of a Free Imperial City. These were two distinct strands, neither of which developed at this period because the goal of the seigneurie to achieve recognition of its sovereignty on the basis of the simple acceptance of the sentence of Payerne precluded, by necessity, a precise and meticulous definition of the component parts of the Genevan polity. Dufour has drawn a clear distinction between the publishing efforts of the directors of the Genevan reformation and those of the members of the Genevan seigneurie, a division not infrequently ignored by commentators who have elided the religious history and the political history of the city into one. „Les ‚ordonnances sur la réformation‘, c'est-à-dire l'organisation ecclésiastique de Genève, les règlements du Collège et de l'Académie, les ordonnances somptuaires, connurent la publicité de l'imprimerie à plusieurs reprises, dès le temps de Calvin, car en ces questions prévalait l'influence de la Compagnie des pasteurs et son chef, presque tous hommes de Refuge, fort conscients du rôle d'exemple que leur église avait à assumer. Mais les ‚édits civils‘ qui concernaient l'organisation de l'Etat ... restèrent pendant des siècles à l'état des manuscrits; on les portait à la connaissance du peuple par le moyen des crieurs publics."<sup>84</sup> The single exception to this silence was published in London in 1562, *The Lawes and Statutes of Geneva*, „translated out of Frenche into Englishe by Robert Fills"<sup>85</sup> and dedicated to Queen Elizabeth's favourite, Robert Dudley, earl of Leicester. Fills appears to have emigrated to Geneva, most probably during the reign of Mary I, and he claimed the acquaintance of Théodore de Bèze<sup>86</sup>, which supports the authenticity of the translation of the documents he procured. Fills's book is exclusively procedural, a compendium of laws and custom rather than a constitutional analysis of the state. The very word 'republic' does not make an appearance. Instead there are legal injunctions not „to alienate, transport or change in any manner of wise, the senorie and principalitie and state of Geneva, otherwise than God hath ordeyned it"<sup>87</sup> and expressions of concern for „the greater advauncement of

<sup>82</sup> Roset, XXIV.

<sup>83</sup> Alain Dufour, *Le mythe de Genève au temps de Calvin*, in: *Histoire politique et psychologie historique* (Geneva 1966) 80.

<sup>84</sup> Ibid., 81.

<sup>85</sup> Robert Fills, *The Lawes and Statutes of Geneva* (London 1562) title page.

<sup>86</sup> Dictionary of National Biography, vol. XVIII (London 1889) 440.

<sup>87</sup> Fills, *The Lawes and Statutes*, 70 v.

this commonwealth and principalitie<sup>88</sup>. When Fills needed to make a distinction between the state and the government, he turned to the concepts of principality and seigneurie respectively: „if any do perceyve any maner of conspiracie or practise against the sayde principalitie ... he ought and is bounde to come incontinent to the Senorie ...“<sup>89</sup>. The claims of the House of Savoy and the pressure from Bern had produced a refinement in the archival and legalistic sophistication of the seigneurie of Geneva, but its basic position remained unchanged during the 1560s: „il leur semblait, pour éviter tous les inconvénients, il vaudrait mieux, sans entrer dans un si grand détail, que le traité [proposal of 1564] portât en général qu'on laisserait la ville de Genève dans la situation où elle était par rapport à son gouvernement, à ses franchises, au commerce, au droit de tirer des vivres de Savoie et à la religion.“<sup>90</sup>

The seigneurie continued to adhere to this position even after 1567, when Emanuele Filiberto resumed possession of the bailliages of Gex, Ternier and Gailliard and of the Chablais. The interpenetration of Savoyard affairs with Genevan affairs thickened to become a dense mass of overlapping and contested jurisdictions; the provisioning of Geneva, always a problem, assumed the aspect of an element of Emanuele Filiberto's state policy. Savoyard lands, as a result of the restitution, surrounded a city in which the duke claimed specific juridical rights; the free flow of foodstuffs into Geneva and the integrity of the possessions belonging to Genevan citizens in lands which had been restored to the duke became the most obvious political powderkegs which economic embargoes imposed from Turin and armed skirmishes between Savoyards and Genevans threatened to ignite. Bern was especially exercised by the nightmare vision of a repetition of the events of 1536, one in which a confrontation between the seigneurie and the duke would explode into a transalpine war which would divide the Helvetic confederation along confessional lines. As Geneva had consistently rebuffed all of Emanuele Filiberto's tentatives for a negotiated accommodation and as it seemed impossible to devise a mechanism of legal arbitration which both parties would accept as binding, Bern turned to the solution of a *mode de vivre* which would freeze all questions of sovereignty for over two decades and restore tranquillity to the lands around Lake Geneva.

Bern's proposals were accepted by both Emanuele Filiberto and the seigneurie of Geneva in 1570, but the ratification of the agreement demonstrated that the sovereignty disputes which had animated the relations of Savoy, Geneva and Bern since the Treaty of Cateau-Cambrésis were far from resolved. Emanuele Filiberto's ratification qualified him as count of Geneva and referred not to the 'ville de Genève' but to 'ceux de Genève', taken to imply that the citizens of the city were Savoyard subjects. This wording was absent from the original draft of the *mode de vivre*. The Genevans were reluctant to break the accord on these grounds alone, „puisque les plus grands princes ne se faisaient pas de peine d'en voir d'autres prendre leurs titres, comme le roi de France qui souffrait que celui d'Angleterre s'appelât roi de France et dans ses lettres et

<sup>88</sup> Ibid., 76 v.

<sup>89</sup> Ibid., 70 v–71 r.

<sup>90</sup> Gautier, vol. IV, 447.

dans ses traités ..."<sup>91</sup>. Bern advised that it was sufficient that the duke had not been styled Count of Geneva in the original draft of the agreement, and the Genevans took the additional precaution of inserting in their ratification a protest against Emanuele Filiberto's action „en se nommant comte de Genève, ce qu'à l'avenir pourrait être tiré en conséquence contre nous, notre état et droit de souveraineté, si nous avons nue-ment et simplement accepté lesdites ratifications en la qualité qu'elles sont dressées"<sup>92</sup>. Instead, they returned to the original draft, which „[nous] avons de notre certaine science et volonté approuvé, ratifié et homologué, [et nous] approuvons, ratifions et homologuons ledit traité et moyen de vivre et tout son contenu de mot à mot"<sup>93</sup>. No progress had been made in defining the legal relationship between the city of Geneva and the House of Savoy. During succeeding decades the Dukes of Savoy continued to apply a policy of public menace mixed with private conciliation which was rejected consistently by a seigneurie which saw the maintenance of Geneva's independence and the preservation of the reformation settlement as absolutely reliant upon the monopoly of sovereignty with which it had been endowed by the advantageous conjuncture of events in 1536. In its efforts to avoid „le moindre changement à l'état et au gouvernement de leur ville"<sup>94</sup> the seigneurie continued to place greater faith in the outright and tenaciously defended possession of sovereignty than in the evolution of an elaborate formula of rights and privileges which would have defined the nature of the state.

<sup>91</sup> Ibid., vol. V, 59.

<sup>92</sup> AEG, Pièces historiques, no. 1890.

<sup>93</sup> AEG, Pièces historiques, no. 1890.

<sup>94</sup> *Gautier*, vol. IV, 389.

## Heinz Schilling

### Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen „Republikanismus“?

#### Zur politischen Kultur des alteuropäischen Stadtbürgertums

Dem von Helmut Koenigsberger formulierten Thema des Kolloquiums über „Republiken und Republikanismus, 15. bis frühes 17. Jahrhundert“ entsprechend<sup>1</sup>, habe ich mich auf die Suche nach explizit ausgearbeiteten republikanischen Theorien in den deutschen Städten des späten Mittelalters und der ersten Epoche der Frühneuzeit begeben. Daß ich dabei wenig erfolgreich war, wird den Kenner kaum überraschen. Denn es widersprach offensichtlich dem stadtbürgerlichen Selbstverständnis, seine Ordnungsvorstellungen in ein allgemeingültiges, geschlossenes theoretisches System zu kleiden. In den genannten Jahrhunderten war noch die konkrete Stadt der Bezugspunkt des politischen Denkens ihrer Bürger. Und auch die auf sie bezogenen Ordnungsvorstellungen wurden nur selten artikuliert oder gar in ein System logischer Beziehungen gebracht, das man zu Recht „politische Theorie“ nennen könnte. Wie sich die Bürger das politische Funktionieren der städtischen Ordnung im Innern und wie deren Beziehungen nach außen, zu den außerstädtischen Gewalten vorstellten, das ist ihrem Handeln sowie ihrer Rechtsargumentation in konkreten Fragen der Alltagspolitik im Innern und nach außen zu entnehmen.

Ich versuche im folgenden, die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums aus solchen Einzelementen zusammenzusetzen, wobei nach Bausteinen einer republikanischen Theorie Ausschau gehalten werden soll<sup>2</sup>. Die von Hel-

<sup>1</sup> Es handelt sich im folgenden um den mit Anmerkungen versehenen, nur geringfügig überarbeiteten Text des den Teilnehmern des Münchener Kolloquiums vom 6.–9. Mai 1985 vorgelegten „Papiers“. Für Hilfen bei der Beschaffung der meinen Ausführungen zugrunde liegenden Materialien habe ich den Wissenschaftlichen Hilfskräften Siglinde Patt und Uwe Sibeth zu danken.

<sup>2</sup> Das Problem wurde bereits in mehreren meiner ältern Untersuchungen implizit berührt. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich im folgenden zur Entlastung der Anmerkungen häufig auf diese Abhandlungen und die dort angeführte ältere Literatur verweise, nämlich auf *Heinz Schilling*, Aufstandsbewegungen in der Stadtbürgerlichen Gesellschaft des Alten Reiches. Die Vorgeschichte des Münsteraner Täuferreiches, 1525–1534, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Der deutsche Bauernkrieg 1524–1526* (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 1, Göttingen 1975) 193–238; im folgenden zitiert: *Schilling*, Aufstandsbewegungen; *ders.*, Bürgerkämpfe in Aachen zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Konflikte im Rahmen der alteuropäischen Stadtgesellschaft oder

mut Koenigsberger gestellte Zusatzfrage nach eventuellen Einflüssen auf die Niederlande kann ich nur am Rande berühren<sup>2a</sup>. Die niederländische Entwicklung wird jedoch in vergleichender Perspektive in die Überlegungen einbezogen. Mein konkretes Beobachtungsfeld ist der Hanseraum und die südwestlich anschließenden Städtelandschaften. Argumentation und Ergebnisse dürften jedoch in den Grundzügen für das Reich insgesamt gültig sein.

Als politiktheoretisches Axiom läßt sich für die Städte des 15. bis 17. Jahrhunderts der Satz formulieren: „In den Augen der Bürger besaß ihre Stadt eine Verfassung.“ Diese „Verfassung“<sup>3</sup> war teils ungeschrieben, teils war sie schriftlich fixiert, und zwar in Form von Privilegien, Verträgen, Rezessen u. ä. – in positivrechtlichen, aus aktuellen Anlässen entstandenen Satzungen also, die in ihrer Gesamtheit die „*ganße gemeine politie*“ ausmachten, wie das 1589 ein Hildesheimer Bürgerausschuß nannte<sup>4</sup>: Die „Verfassung“ regelte sowohl die rechtlichen und politischen Beziehungen der Stadt nach außen, d. h. zum Kaiser oder zum Landesherrn, als auch die Grundsätze der politischen Organisation im Innern, namentlich die Kompetenzen des Magistrates und die Partizipationsrechte der Bürgergemeinde, sei es über reguläre Bürgerschaftsvertreter, sei es als direktes Mitspracherecht in bestimmten Fragen. Die Bürger sahen es als eines ihrer Grundrechte an, daß die Inhalte dieser „Verfassung“ allen bekannt sein konnten und nicht vom Rat oder einem kleinen Kreis der politischen Elite als „*ar-cana*“ behandelt wurden<sup>5</sup>.

im Umkreis der frühbürgerlichen Revolution?, in: Zeitschrift für Historische Forschung 1 (1974) 175–231; im folgenden zitiert: *Schilling*, Aachen; *ders.*, Die politische Elite nordwestdeutscher Städte in den religiösen Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts, in: *Wolfgang J. Mommsen*, Stadtbürgertum und Adel in der Reformation. Studien zur Sozialgeschichte der Reformation in England und Deutschland (Stuttgart 1979) 235–308; im folgenden zitiert: *Schilling*, Politische Elite; *ders.*, The Reformation in the Hanseatic Cities, in: *The Sixteenth Century Journal* XIV, 4 (1983) 443–456; im folgenden zitiert: *Schilling*, Reformation; *ders.*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten im 16. und frühen 17. Jahrhundert. Der Fall „Lemgo contra Lippe“, in: *Hans GBII* 97 (1979) 36–59; im folgenden zitiert: *Schilling*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten; *ders.*, Konfessionskonflikte und Staatsbildung. Eine Fallstudie über das Verhältnis von religiösem und sozialem Wandel in der Frühneuzeit am Beispiel der Grafschaft Lippe (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 48, Gütersloh 1981); im folgenden zitiert: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung.

<sup>2a</sup> Hierzu demnächst *Heinz Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte. Die politisch-theologische Pamphletistik der ostfriesisch-groningischen „Patriotenpartei“ und die politische Kultur in Deutschland und in den Niederlanden, in: *BM GN*, Beiheft 1987 [im Druck]; im folgenden zitiert: *Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte.

<sup>3</sup> Wohlverstanden, die alteuropäische Stadtverfassung wird im folgenden nicht nach Art der Historiographie des 19. Jahrhunderts als Vorstufe für den modernen Konstitutionalismus begriffen. Es geht vielmehr im eingangs genannten Sinne um eine systematische Beschreibung des Politik- und „Staatsverständnisses“ des deutschen Stadtbürgertums im angegebenen Zeitraum.

<sup>4</sup> *Joachim Brandis* des jüngeren Diarium ergänzt aus *Tilo Brandis Annalen*. 1528–1609, hrsg. v. *M. Buhlers* (Hildesheim 1902) 265; im folgenden zitiert: *Brandis*, Hildesheim.

<sup>5</sup> Vgl. etwa den Vorwurf des Braunschweiger Bürgerführers während des Aufstandes von 1671: „Etliche Bürgermeistern hetten wollen das Regiment allein führen, die arcana kämen nun an den Tag“, zitiert nach *Hans Jürgen Querfurth*, Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671. Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit (Braunschweig 1953) 189f.; im folgenden zitiert: *Querfurth*, Unterwerfung. – Ähnlich *Matthias Meyn*, Die Reichsstadt Frankfurt vor dem

Die zunehmende politisch-administrative Differenzierung und die bereits im späten Mittelalter einsetzenden Tendenzen zur Verobrigkeitlichung und Oligarchisierung der Stadträte machten es den Bürgern immer schwerer, dieses Wissen um die Grundlagen der städtisch-bürgerlichen Verfassung sicher zu stellen. In den Städten machte sich daher der Argwohn breit, die politische Elite würde die Bürger in ihren Rechten verkürzen und nach außen, gegenüber den Territorialgewalten, die „herrlichen Privilegien“ der Stadt „verraten“ – beides Vorwürfe, die für Landstädte ebenso wie für Reichsstädte überliefert sind<sup>6</sup>. Die Bürgergemeinde versuchte dem gegenzusteuern, indem sie – meist während der periodisch ausbrechenden Aufstände – die regelmäßige Verlesung der Privilegien und Rezesse forderte, etwa jährlich anlässlich der Ratswandlung oder periodisch bei den Erbhuldigungen.

Welches waren die wesentlichen Elemente dieser „Stadtkonstitutionen“? – Ich versuche, diese Frage in drei Schritten zu beantworten: Zunächst beschäftige ich mich mit den innerstädtischen Ordnungsprinzipen (Teil I), dann mit den Vorstellungen der Bürger hinsichtlich der Stellung ihrer Städte innerhalb der übergreifenden politischen Einheiten (Teil II). Abschließend soll dann der Versuch unternommen werden, dieses politische Denken des deutschen Stadtbürgertums innerhalb des Wandels der europäischen Politiktheorie entwicklungsgeschichtlich zu verorten (Teil III).

## I

Für die innerstädtische Ordnung lassen sich vier Pfeiler erkennen: das Vorhandensein persönlicher „Grund- und Freiheitsrechte“ (I,1); die Forderung nach der Gleichheit aller Stadtbewohner bei den Lasten und Pflichten (I,2); der Anspruch des genossenschaftlichen Bürgerverbandes auf Beteiligung an der politischen Gewalt (I,3); schließlich die oligarchisch-egalitäre Struktur der stadtbürgerlichen Politikelite (I,4).

1. Die persönlichen „Grund- und Freiheitsrechte“ der Stadtbürger hat der Jurist Werner Holbeck am gewichtigen Beispiel der Stadt Köln für das 15. Jahrhundert (1396–1513) zusammenfassend beschrieben, und zwar in expliziter „Orientierung nach den heutigen Grundrechten“. Er geht zu Unrecht davon aus, daß „diese Entwicklung auf die Stadt Köln begrenzt gewesen ist“. Und auch die Formulierung, „die damaligen Freiheitsrechte (sollten) nur der Beseitigung konkreter Unzuträglichkeiten dienen“, ist zumindest mißverständlich<sup>7</sup>. Denn es ist zwar richtig, daß die städtischen

Bürgeraufstand von 1612 bis 1614. Struktur und Krise (Studien zur Frankfurter Geschichte 15, Frankfurt a. Main 1980) 60 ff.; im folgenden zitiert: *Meyn*, Frankfurt. Dort auch die obrigkeitliche Gegenposition des Rates: „Dieser Stadt Secreta und was dem Regiment zuständig gehöre niemandem zu sehen oder zu wissen als den vereidigten Ratspersonen“ (61) – In Aachen kam es in diesem Zusammenhang zu einer Inspektion des reichsstädtischen Archivs durch die Bürgerschaft, vgl. *Schilling*, Aachen, 198.

<sup>6</sup> Etwas aus Hildesheim: *Brandis*, Hildesheim 115; Aachen: *Schilling*, Aachen, 191, 197.

<sup>7</sup> *Werner Holbeck*, Freiheitsrechte in Köln von 1396 bis 1513, in: *Jb. d. kölnischen Geschichtsvereins* 41 (1967) 31–95; Zitate: 31, 92. Vgl. auch *Edith Ennen*, Erzbischof und Stadtgemeinde in Köln, in: *Franz Petri* (Hrsg.), *Bischofs- und Kathedralstädte* (Köln/Wien 1976) 27–46, hier 45 f.

Freiheitsrechte im Unterschied zu den modernen Grundrechten nicht naturrechtlich fundiert waren und daß sie für jede einzelne Stadt eigens festgelegt wurden. Das Prinzip solcher persönlichen Freiheitsrechte gehörte aber zum Kern des alteuropäischen Städtewesens und des okzidentalischen Bürgerbegriffes. Die „Freiheit der Person“ und ihre Rechtssicherheit als Schutz vor willkürlichen Übergriffen war eine funktionale Voraussetzung für die rationale Existenz des Stadtbürgers, namentlich für sein gewerbliches und kommerzielles Wirtschaften. Ähnlich wie in Köln war es daher auch in einer Reihe anderer Städte im Verlauf des Mittelalters zu positivrechtlichen Festschreibungen solcher Freiheitsrechte gekommen.

Weit verbreitet war namentlich der Schutz der Bürger gegen *willkürliche Verhaftungen*<sup>8</sup>. Wie tief dieses Recht im Selbstbewußtsein des alteuropäischen Stadtbürgertums verwurzelt war, läßt sich daran ablesen, daß in einem Hildesheimer Korruptionsprozeß, in dem Rat und Bürgerschaft geschlossen gegen dreizehn Mitbürger, vor allem ehemalige Ratsherren, vorgingen, Nachbarstädte sich aufgefordert sahen, den Schutz vor Willkür gegen die Person zu reklamieren<sup>9</sup>.

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts gerieten diese Rechte zunehmend unter Druck, und zwar nicht nur durch persönliches Machtstreben der Ratseliten, sondern vor allem durch die großen strukturellen Veränderungen der Zeit – die territoriale Staatsbildung, die Verobrigkeitlichung der Magistrate sowie die rasch voranschreitende ökonomische und soziale Differenzierung. Während der mit diesen Vorgängen sowie mit der später hinzutretenden Reformation verbundenen innerstädtischen Konflikte kam es immer wieder zu Verhaftungen, die die Bürger oder einzelne Bürgergruppen als willkürlich ansahen. Daraus resultierten ernste Gefahren für den „Grundkonsens“ zwischen Rat und Bürgerschaft, von dem das Funktionieren der städtischen Ordnung abhing. Diese Konflikte schärfen aber zugleich den Blick der Bürger für die grundsätzliche Bedeutung ihrer Freiheitsrechte. Wir können daher bereits an diesem ersten Problempunkt eine generelle These festmachen, die sich in den nachfolgenden Erörterungen Schritt für Schritt erhärten wird: Die Konfrontation des ausgehenden Mittelalters und der werdenden Neuzeit hat das gemeindlich-genossenschaftliche Denken in den Städten nicht geschwächt, sondern geschärft und gestärkt.

Prinzipiell war es gleichgültig, welche Vergehen dem Inhaftierten zur Last gelegt wurden – in Hamburg 1410 waren es die Beleidigung des Lauenburger Herzogs und die Verletzung des Geleits, in Münster 1527 die Störung des bischöflichen Gerichtes<sup>10</sup>. Hinter den meisten der als willkürlich empfundenen Verhaftungen lassen sich

<sup>8</sup> Beispiele: *Schilling*, Aachen, 193; *ders.*, Aufstandsbewegungen, 208. Zur entsprechenden Bestimmung des Hamburger Rezesses von 1410 vgl. *Jürgen Bolland*, Senat und Bürgerschaft. Über das Verhältnis zwischen Bürger und Stadtrecht im alten Hamburg (Hamburg 1954) 8f.; im folgenden zitiert: *Bolland*, Senat und Bürgerschaft; *Werner Jochmann* und *Hans-Dieter Loose* (Hrsg.) Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung (Hamburg 1982) 124; im folgenden zitiert: *Jochmann/Loose*, Hamburg. Für die Geschichte Hamburgs im 16. Jahrhundert demnächst einschlägig: *Rainer Postel*, Die Reformation in Hamburg (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, Gütersloh 1986).

<sup>9</sup> *Brandis*, Hildesheim, 15.

<sup>10</sup> Hamburg: *Jochmann/Loose*, Hamburg, 124; Münster: *Schilling*, Aufstandsbewegungen, 20.



strukturelle Reibungsflächen zwischen Rat und Bürgerschaft erkennen. Typische Konfliktauslöser waren etwa Verhaftungen wegen Inanspruchnahme genossenschaftlicher Nutzungsrechte in der Stadt oder in den städtischen Wäldern und Landgebieten, die im Zuge von Oligarchisierung und Verobrigkeitlichung der Stadträte sowie konjunkturell bedingter Individualisierungstendenzen verkürzt worden waren. Seit den 1520er Jahren traten Inhaftierungen um der Religion willen in den Vordergrund<sup>11</sup>. An der Wende zum 17. Jahrhundert war dieses Freiheitsrecht vor allem den Landesherrn gegenüber zu verteidigen: Unter den Gründen, die 1595 zum Aufstand Emdens gegen den Grafen von Ostfriesland führten, nennt die städtische Rechtfertigungsschrift an erster Stelle die Empörung über die Praxis des landesherrlichen Magistrates, nach „Gefallen die Bürger ins Gefengnus zu werffen, sie zu trucken, in die eusserste servitut zu setzen“. Und als die ostfriesischen Grafen als Reaktion auf die „Emder Revolution“ wiederholt städtische Abgesandte kurzerhand einkerkerten, sahen die Bürger darin ein „exempel Pharonis“, ein Zeichen rechtsverachtender Tyrannei also<sup>12</sup>.

Einen zweiten Brennpunkt im stadtbürgerlichen Grundrechtsdenken machte das *Recht auf freie und ungeschmälerzte Verfügung über den Besitz aus*. Das ist natürlich in Parallele zu den ständischen Freiheitsrechten zu sehen, die sich über die Steuerbewilligung ja ebenfalls im Besitzrecht bündelten. Innerhalb der Städte stand dieses Recht aber in einem Kontext, der dynamisierbar war in Richtung auf ein modernes, individualistisches Verständnis. Denn es ging um den Besitz, über den die Einzelperson verfügte, und nicht – wie im ländlichen Bereich – um den vormodern zwischen Grundherrn und Grundholden geteilten Besitz. Es war dieses stadtbürgerliche Besitzrecht, das Mitte des 17. Jahrhunderts in der Theorie der niederländischen Regentenrepublikaner weiterentwickelt wurde zu einem die nichtgrundherrlich gebundenen Landbewohner einschließenden allgemeinen Grundrecht. Zugleich wurde es zum strukturellen Merkmal einer freien Republik erklärt<sup>13</sup>.

Dieses Besitzrecht postulierten die Bürger zum einen nach Innen, dem Stadtrat, zum andern nach außen, dem Landesherrn oder dem Kaiser gegenüber: Immer wieder brachen Bürgerunruhen oder gar Aufstände aus, weil das Finanzgebahren des Rates unkorrekt oder auch nur undurchsichtig war. Es galt der Grundsatz, daß der Magistrat in allen Angelegenheiten, die erhöhte Ausgaben und damit für den einzelnen Bürger neue finanzielle Belastung nach sich ziehen würden, auf die Mitwirkung von Bürger-

<sup>11</sup> Beispiele in den in Anm. 2 aufgelisteten Untersuchungen, u. a. *Schilling*, Aachen, 193; *ders.*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 254 f.; vgl. auch *Heinz Schilling*, Dortmund im 16. und 17. Jahrhundert – Reichsstädtische Gesellschaft, Reformation und Konfessionalisierung in: *G. Luntowski* und *N. Reimann*, Dortmund – 1100 Jahre Stadtgeschichte (Dortmund 1982) 151–202.

<sup>12</sup> Apologia, Das ist / Vollkommene Verantwortung / so Bürgermeister und Rath / samt ... der ganzen Bürgerschaft der Stadt Embden, zu entdeckung ihrer unschuld müssen ausgeben, Groningen 1602 (fortan zitiert als Emder Apologie) 97, 128, 155, Beilagen zur Apologie, 91 f.; 95 ff. – Zitat: Apologie, 97.

<sup>13</sup> *Heinz Schilling*, Der libertär-radikale Republikanismus der holländischen Regenten. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Radikalismus in der frühen Neuzeit, in: *H.-Chr. Schröder* (Hrsg.), Politischer Radikalismus im 17. Jahrhundert (= Geschichte und Gesellschaft 10, Heft 4, Göttingen 1984) 498–533. im folgenden zitiert: *Schilling*, Regentenrepublikanismus.

vertretern angewiesen sei, wenn nicht gar auf die Zustimmung einer Bürgerversammlung. Ähnlich wie der Schutz vor willkürlicher Inhaftierung wurde auch dieser Grundsatz häufig positivrechtlich festgeschrieben<sup>14</sup>. Noch in der Reichspublizistik des ausgehenden 18. Jahrhunderts galt die Mitwirkung von Bürgerausschüssen an Finanzentscheidungen als Charakteristikum der städtischen, was inzwischen allerdings gleichbedeutend war mit der „reichsstädtischen“ Ordnung, die man jetzt auch *expressis verbis* als republikanisch begriff<sup>15</sup>.

Als der frühmoderne Finanz- und Steuerstaat zunehmend Ansprüche an die Städte stellte, war das bürgerliche Besitzrecht immer häufiger auch nach außen zu verteidigen. Die Konflikte entzündeten sich in der Regel an ganz konkreten Steuern und Abgaben, etwa der Akzise. Dementsprechend war die bürgerliche Rechtsargumentation von Stadt zu Stadt und von Fall zu Fall unterschiedlich, je nach Privilegien und Rechtssatzungen, auf die man sich berufen konnte. Die Finanzforderungen wurden in der Regel keineswegs prinzipiell abgelehnt. Es ging vielmehr um die dem bürgerlichen Selbstverständnis adäquate Form der Mitwirkung bei der Steuerbewilligung sowie besonders um die Erhebungsmodalitäten. Die Bürger sahen nur dann ihr Besitzrecht gewahrt, wenn der Rat, indirekt auch die Bürgerschaftsvertretung der Abgabe zugestimmt hatten und wenn sie durch bürgerlich-städtische Organe erhoben wurde. Nachdem der Gemeine Pfennig gescheitert war, ergaben sich für die Reichsstädte kaum noch einmal grundsätzliche Probleme. Umso heftiger sahen sich die anderen Städte durch die Versuche der Territorialgewalt herausgefordert, ein direktes Besteuerungsrecht durchzusetzen, um damit den Zugriff auf den Besitz des einzelnen Bürgers zu erlangen. Dem traten die Magistrate entgegen mit dem finanztechnischen Instrument des „Aversums“, d. h. der Ablösung der Steuer durch eine Pauschalsumme, deren Umlage dann allein in städtischer Gewalt verbleiben sollte. Hinter dieser Politik stand sicherlich auch das Streben, den Landesherren den Einblick in die Wirtschafts-

<sup>14</sup> Vgl. Hamburg: *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, u. a. 12; *Jochmann/Loose*, Hamburg, 127, 220 ff., 278; *H. Reincke*, Hamburg, ein Abriss der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart (Bremen 1926) 62–63; *Th. Schrader*, Bürgerliche Unruhen, in: *ders.*, (Hrsg.), Hamburg vor 200 Jahren. Gesammelte Vorträge von Th. Schrader, U. Jacoby, U. J. W. Wolters, O. Rüdiger und R. Ehrenberg (Hamburg 1892) 299–316; hier: 304. Zu Lübeck: *Jürgen Asch*, Rat und Bürgerschaft in Lübeck 1598–1669 (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck 17, Lübeck 1961) 85, 151; im folgenden zitiert: *Asch*, Rat und Bürgerschaft; *Max Hoffmann*, Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck, (Lübeck 1889) I. Halbband, 144–147, II. Halbband, 20 ff., 79 ff.; *Fritz Endres*, Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck (Lübeck 1926) 76 ff.; *Günter Koroll*, Jürgen Wullenwever. Sein sozial-politisches Wirken in Lübeck und der Kampf mit den erstarkenden Mächten Nordeuropas (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte 19, Weimar 1980) u. a. 39–57. Braunschweig: *Werner Spieß*, Geschichte der Stadt Braunschweig im Nachmittelalter. Vom Ausgang des Mittelalters bis zum Ende der Stadtfreiheit (1491–1671) 1. Halbband (Braunschweig 1966) 31, 36–43, im folgenden zitiert: *Spieß*; Geschichte; *ders.*, Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231–1671 (Braunschweiger Werkstücke 42, Braunschweig 1970) 34 ff. Weiterhin: *Schilling*, Aachen, 196; *Meyn*, Frankfurt, 65 ff.; vgl. auch *Gerald Soliday*, A Community in Conflict. Frankfurt Society in the Seventeenth and Early Eighteenth Centuries (Hannover, N. H. 1974) 107 ff.; *Brandis*, Hildesheim, 13 ff. – zu den spätmittelalterlichen Bürgerunruhen vgl. unter Anm. 24.

<sup>15</sup> Z. B. *J. F. Malblank*, Abhandlungen aus dem Reichsstädtischen Staatsrechte (Erlangen 1793); im folgenden zitiert: *Malblank*, Abhandlungen.

und Militärkraft der Städte zu verwehren. Zugleich war sie aber Ausdruck des genannten Grundrechtsdenkens. Klar formuliert wurde das wiederum in der Emder Revolution von 1595: Der bereits erwähnte Katalog von Verstößen gegen die stadtbürgerliche „Grundordnung“, mit dem die Emder Propaganda den Grafen zum Tyrannen stempelte, nennt an zweiter Stelle seine Versuche, die Bürger „ihrer Güter zu berauben“<sup>16</sup>.

2. Spiegelbildlich zu den Freiheitsrechten eines jeden Bürgers stand im städtischen Verfassungsdenken die Vorstellung von der im Bürgereid fundierten *Teilhabe aller an den Lasten und Pflichten* – bezogen auf Steuern und Abgaben, auf kommunale Arbeiten, etwa den Mauerbau, sowie auf den Einsatz von Gut und Blut oder von Spezialwissen und -können, etwa des Juristen oder des Arztes, bei der Verteidigung oder einer sonstigen Notlage der Stadt. Hierzu gehörte auch die Tätigkeit von Ratsherren und Bürgermeistern, von denen gar mancher vor allem im diplomatischen Dienst der Stadt nicht nur Zeit und Gut zu wagen hatte. Unterschiede des Vermögens und des politischen Einflusses waren allgemein akzeptierte Grundzüge der städtischen Gesellschaftsordnung. Versuchte aber ein Bürger, sich den Pflichten zu entziehen, oder beanspruchte er gar nicht funktional seinem Dienst für die Stadt zuzuordnende, persönliche Privilegien, um sich aus dem Bürgerverband hervorzuheben, dann reagierten seine Mitbürger unerbittlich hart. Hartmut Boockmann hat das jüngst am Schicksal von Peter Eigen alias von Argun im mittelalterlichen Augsburg gezeigt<sup>17</sup>. Ähnliche Vorfälle ließen sich aus norddeutschen Städten des 16. und frühen 17. Jahrhunderts berichten.

Das stadtbürgerliche Politik- und Gesellschaftsmodell wurde von diesem Prinzip her geradezu definiert und von anderen, außerbürgerlichen Ordnungsvorstellungen abgesetzt: Die Bürger forderten mit wachsender Aggressivität von allen Gruppen, die innerhalb der Stadt, aber außerhalb des Bürgerverbandes lebten, die Anerkennung des Grundsatzes unterschiedloser Mitbeteiligung an den städtischen Lasten und Pflichten. Im Mittelalter war das eine nie versiegende Quelle des Antiklerikalismus in den deutschen Städten. Und die reformatorischen Bürgerbewegungen zielten nicht zuletzt auf die Beseitigung eben dieser Sonderstellung der mittelalterlichen Kirche ab; auf die Umformung des Klerikers zum Pfarrer-Bürger, der es nicht mehr als Standesprivileg reklamierte, von den städtischen Lasten befreit zu sein. Im weiteren Verlauf des

<sup>16</sup> *Emder Apologie*, 97. Weitere Beispiele für Steuerkonflikte zwischen Städten bzw. Bürgerschaften und Landesherrn: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 156 ff., 226 ff.; *Spieß*, Geschichte, 105 ff., 144 ff.; *Johannes Schildbauer*, Soziale, politische und religiöse Auseinandersetzungen in den Hansestädten Stralsund, Rostock und Wismar im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte II, Weimar 1959) 15–20; im folgenden zitiert: *Schildbauer*, Auseinandersetzungen; *Herbert Langer*, Stralsund 1600–1630 (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte IX, Weimar 1970) 178 ff., 180 ff., 200 ff.; im folgenden zitiert: *Langer*, Stralsund; *Horst Heuer*, Lüneburg im 16. und 17. Jahrhundert und seine Eingliederung in den Fürstenstaat (phil. Diss., Hamburg 1969) 68–71; im folgenden zitiert: *Heuer*, Lüneburg; *Ehbrecht*, Hanse, 80 ff.

<sup>17</sup> *Hartmut Boockmann*, Spätmittelalterliche deutsche Stadt-Tyrannen, in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 119 (1983) 73–91, hier 78 ff.

16. Jahrhunderts ging es immer häufiger darum, die nämliche Forderung gegenüber den landesherrlichen Beamten durchzusetzen, die es vorzogen, in den alten urbanen Zentren zu wohnen, aber aufgrund ihrer dienstlichen Stellung Steuerbefreiung forderten. In zahlreichen Städten entzündete sich an dieser Frage eine Grundsatzkonfrontation zwischen gemeindlich-genossenschaftlichen und fürstlich-herrschaftlichen Ordnungsvorstellungen<sup>18</sup>. Und wo man – wie im zweiten Teil noch eigens zu erörtern ist – dieses Prinzip gleichmäßiger Beteiligung an den Lasten des politischen Verbandes ins Territorium überträgt und den Adel einbezieht, dort scheint mir das Tor hin zum neuzeitlichen Republikanismus mehr als einen Spalt breit geöffnet.

So ist es wohl kein Zufall, daß die Vertreter der städtischen Interessen gerade in den Diskussionen um die Beteiligung außerbürgerlicher Gruppen an den städtischen Lasten auch die Selbstbezeichnung der Städte als „*Res publicae*“ in einer Weise herausstellen, die unmißverständlich auf die spezifische Verfaßtheit des urbanen Gemeinwesens abhebt: So etwa 1530 in Hamburg dem Domkapitel gegenüber, daß „de pffaffen wolten da wonen, und nichts dar zu thun“, während „Rat und Burger sullen zu lande und wasser ir leff und gudt pro *Repubblica* wagen“. Ähnlich 1602 in Münster, als die Jesuiten sich belehren lassen mußten, daß ein von ihnen unternommener Versuch, den für alle Stadtbewohner gleichen Rechtsweg zu umgehen, sich „in libera *Repubblica* nit gburen wollte“<sup>19</sup>.

3. Einen dritten Kernbestand der stadtbürgerlichen Ordnungsvorstellungen machten die politischen *Partizipationsforderungen* aus. Im Gegensatz zu den Freiheitsrechten waren sie nicht auf das Individuum, sondern auf die Bürgergemeinde als genossenschaftlichem Schwurverband bezogen. Die Stadtgeschichtsschreibung hat diese politische Partizipation stets gebührend gewürdigt – im 19. Jahrhundert meist als vermeintlich direkten Vorläufer des Konstitutionalismus, heute vor allem im Zusammenhang mit der Erforschung bürgerlicher Aufstandsbewegungen<sup>20</sup>. Wir haben zu erwägen, inwieweit dieser gemeindlich-genossenschaftliche Partizipationsanspruch Bausteine für eine republikanische Theorie zur Verfügung stellte.

<sup>18</sup> Ausführlich belegt bei Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, u.a. 266 ff., 271 ff., ders., Wandlungs- und Differenzierungsprozesse innerhalb der bürgerlichen Oberschichten West- und Nordwestdeutschlands im 16. Jahrhundert, in: Marian Biskup und Klaus Zernack (Hrsg.), Schichtung und Entwicklung der Gesellschaft in Polen und Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert. Parallelen, Verknüpfungen, Vergleiche (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 74, Wiesbaden 1983) 121–173, v.a. 148–154; fortan zitiert: Schilling, Differenzierungsprozesse; vgl. auch Brandis, Hildesheim, 169 f. (1580).

<sup>19</sup> Staatsarchiv Hamburg, Senat C I I, Lit. 06 No. 3, Fas. 2 fol. 94; zu den Umständen vgl. Rainer Postel, Obrigkeitsdenken und Reformation in Hamburg, in: Archiv für Reformationsgeschichte 70 (1979) 169–200, hier 193. – Stadtarchiv Münster AII, 20 RP, vol 34 Pol. 140 zum 17.5.1602. (Ich danke den zuständigen Beamten beider Archive für die freundliche Überlassung von Kopien).

<sup>20</sup> Zum wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund vgl. K. Schreiner, „Kommunebewegung und Zunftrevolution“. Zur Gegenwart der mittelalterlichen Stadt im historisch-politischen Denken des 19. Jahrhunderts, in: Staatsverfassung – Verfassungsstaat – Pressepolitik. Festschrift für E. Naujoks, hrsg. v. F. Quarthal und W. Setzler (Sigmaringen 1980) 139–168; sowie Luise Schorn-Schütte, Stadt und Staat. Zum Zusammenhang von Gegenwartsverständnis und historischer Er-

Ein Beispiel, das zugleich den Zusammenhang mit dem eben skizzierten Besitzrecht belegt, soll veranschaulichen, worum es geht: Als 1531 in Hildesheim die Durchsicht der Finanzregistratur eine Reihe von Unklarheiten über die Verwendung der Gelder zutage förderte, weigerten sich die regulären Gilde- und Bürgerschaftsvertreter, die Angelegenheit weiter mit dem Rat zu behandeln. Denn – so zitiert sie Joachim Brandis in seinem Tagebuch – „es wäre eine wichtige Sache, die der gemeinen Stadt ankäme, daher wollten sie das nicht hinter dem Rücken der gemeinen Stadt beratschlagen, und forderten daher mit Nachdruck die Bürger (meinen borger) dabeizuhaben“. Obgleich es dem Rat hart („vaste“) ankam, berief er eine Bürgerversammlung ein, die die Register und Urkunden prüfte und durch die Entsendung von Burschaftsvertretern, d. h. Repräsentanten der Nachbarschaftsbezirke, auch direkt am peinlichen Verhör der Angeklagten teilnahm. Erst nachdem die „meine stat“ ihre Recherchen beendet und den Rat zusammen mit den regulären Bürgerschaftsvertretern formell beauftragt hatte, „in der Sache (weiter) vorzunehmen, was Recht wäre“, konnte der Magistrat auf einer erneuerten Legitimationsbasis wieder selbstständig handeln – nicht ohne weiterhin jederzeit bürgerlicher Kontrolle gewärtig sein zu müssen<sup>21</sup>.

Die von den Hildesheimer Gemeindevertretern artikulierten, vom Rat anerkannte und durch den Chronisten ohne besondere Emphase berichtete Ansicht, daß Angelegenheiten, die jeden Bürger unmittelbar berührten, „von der gesamten Stadt“ zu erörtern und nach Maßgabe der von ihr für richtig empfundenen Grundsätze vom Magistrat abzuwickeln seien, gehört in den Städten unseres Raumes zu den Grundsätzen politischer Organisation. Es lassen sich leicht Dutzende von Beispielen anführen, in denen dementsprechend verfahren wurde – meist auf Verlangen der Bürgerschaft, nicht selten aber auch in kluger Voraussicht durch den Rat selbst<sup>22</sup>. In den Fällen, in denen der Bürgerschaft das Mitentscheidungsrecht in einer ihr wichtigen Angelegen-

kenntnis in der Stadtgeschichtsschreibung der Jahrhundertwende, in: Die Alte Stadt 10 (1983) 228–266, jeweils mit ausführlichem Verzeichnis der älteren Literatur. Zur neueren Aufstandsforschung vgl. unter Anm. 24.

<sup>21</sup> Brandis, Hildesheim, 14 f.

<sup>22</sup> Zu Braunschweig vgl. Spieß, Geschichte, 31 ff., 167 ff., 221 ff.; Jörg Walter, Rat und Bürgerhauptleute in Braunschweig 1576–1604 (Braunschweig 1971) u. a. 47 ff.; im folgenden zitiert: Walter, Rat und Bürgerhauptleute. Schilling, Politische Elite, 249 ff., 259 ff., 273 ff., 296; vgl. Heuer, Lüneburg, 77, 105/106; Schilling, Aachen, u. a. 190–194; Jochmann/Loose, Hamburg, 132, 271 ff., 283; Bolland, Senat und Bürgerschaft, 5 ff.; Langer, Stralsund, 180–190, 192 ff., 205–207. – Zur Institution der Bursprake vgl. J. Hoppe, Das Bürgerbuch der Stadt Lemgo von 1506–1866 (Detmold 1981) XI; Bolland, Senat und Bürgerschaft, 6; Jochmann/Loose, Hamburg, 120; Schildbauer, Auseinandersetzungen, 26. – Strittig war, ob die Bürgerschaft sich auch eigenmächtig versammeln durfte. In Braunschweig bestand ein formelles Selbstversammlungsverbot, das im entscheidenden Augenblick aber nichts nutzte (Schilling, Politische Elite, 259). In Hamburg bestand der Rat auf dem Verbot von extraordinären Deputationen, weil sie dem Interesse der Republik zuwider seien: N. A. Westphalen, Geschichte der Haupt-Grundgesetze der Hamburgischen Verfassung, Bd. I (Hamburg 1844) 207.

heit verweigert wurde, suchte sie es sich fast regelmäßig durch einen Aufstand zu sichern. Im Selbstverständnis der Bürger war das keine Rebellion, sondern Wahrnehmung eines politischen Rechtes im Rahmen der „Stadtkonstitution“, die die Magistrate gebrochen hatten<sup>23</sup>.

Diese Bürgeraufstände sind für unseren theoriegeschichtlichen Zusammenhang besonders aufschlußreich, weil sich hier das gemeindlich-genossenschaftliche Bewußtsein am klarsten artikuliert, und zwar nicht zuletzt im Vollzug des politischen Handelns. Ungeachtet großer Unterschiede bei den Anlässen und im historischen Umfeld folgten diese Aufstände offensichtlich einem generellen Verlaufsmuster, das bestimmte Handlungen einschloß<sup>24</sup>. Historiker im Umkreis der Annales-Schule beschreiben diese Verlaufsmuster gerne als „öffentliche Rituale“. Zumindest für den deutschen Bereich ist darüber hinaus aber vor allem der *rechtssymbolische* Inhalt dieser Handlungen zu beachten. Es erscheint mir nicht zu gewagt, das diesen Bürgeraufständen zugrunde liegende politische Selbstverständnis dahingehend zu deuten, daß die Bürger so handelten, als wären sie und die Stadt durch den „Verfassungsbruch“ des Rates in den *gemeindlich-genossenschaftlichen* „*Urzustand*“ zurückversetzt worden. In ihm galt unbeschränkt, was im alltäglichen Politikvollzug und durch die neu aufkommenden Obrigkeitsvorstellungen in normalen Zeiten verloren zu gehen drohte, daß nämlich „der convent ... über dem Abt“ ist<sup>25</sup>, wie es der Führer eines solchen Aufstan-

<sup>23</sup> Ausführlich diskutiert bei *Schilling*, Aufstandsbewegungen, hier 230–236.

<sup>24</sup> Dies systematisch herausgearbeitet zu haben, ist im wesentlichen das Verdienst des Münsteraner Stadthistorikers Wilfried Ebbrecht, vgl. vor allem *Wilfried Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit in den hansischen Städten des Spätmittelalters, in: *W. Rausch* (Hrsg.), Die Stadt am Ausgang des Mittelalters (Linz 1974) 275–312, v.a. 278–280; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit; *ders.*, Zu Ordnung und Selbstverständnis städtischer Gesellschaft im späten Mittelalter, in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 110 (1974) 83–103, 97 ff.; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Ordnung; *ders.*, Hanse und spätmittelalterliche Bürgerkämpfe in Niedersachsen und Westfalen, in: *Niedersächsisches Jahrbuch f. Landesgeschichte* 48 (1976) 77–105, hier: 83; im folgenden zitiert: *Ebbrecht*, Hanse. Weitere Beobachtungen bei *Reinhard Barth*, Argumentation und Selbstverständnis der Bürgeropposition in Städtischen Auseinandersetzungen des Spätmittelalters, Lübeck 1404–1408 – Braunschweig 1374–1376 – Mainz 1444–1446 – Köln 1396–1400 (Kollektive Einstellungen und sozialer Wandel im Mittelalter 3, Köln, Wien 1974); *E. Maschke*, Deutsche Städte am Ausgang des Mittelalters, in: *W. Rausch* (Hrsg.), Die Stadt am Ausgang des Mittelalters (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 3, Linz/Donau 1974) 1–44. – Zu entsprechenden frühneuzeitlichen Erscheinungen: *Schilling*, Aachen; *ders.*, Aufstandsbewegungen; *ders.*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, v.a. 139–144, 73–97, 252–259; *Christopher R. Friedrichs*, Citizens or Subjects? Urban Conflict in Early Modern Germany, in: *M. Usber Chrisman* und *O. Gründler* (Hrsg.), Social Groups and Religious Ideas in the Sixteenth Century (Kalamazoo 1978) 46–58; *ders.*, German Town Revolts and the Seventeenth-Century Crisis, in: *Renaissance and Modern Studies* 26 (1982) 27–51; im folgenden zitiert: *Chr. R. Friedrichs*, German Town Revolts. (Chr. R. Friedrichs bereitet gegenwärtig ein Buch zu den frühneuzeitlichen Stadtunruhen in Deutschland vor.) – Wo nicht anders vermerkt, basieren die folgenden Ausführungen auf der in dieser Anmerkung genannten Literatur.

<sup>25</sup> *Schilling*, Aachen, 226.

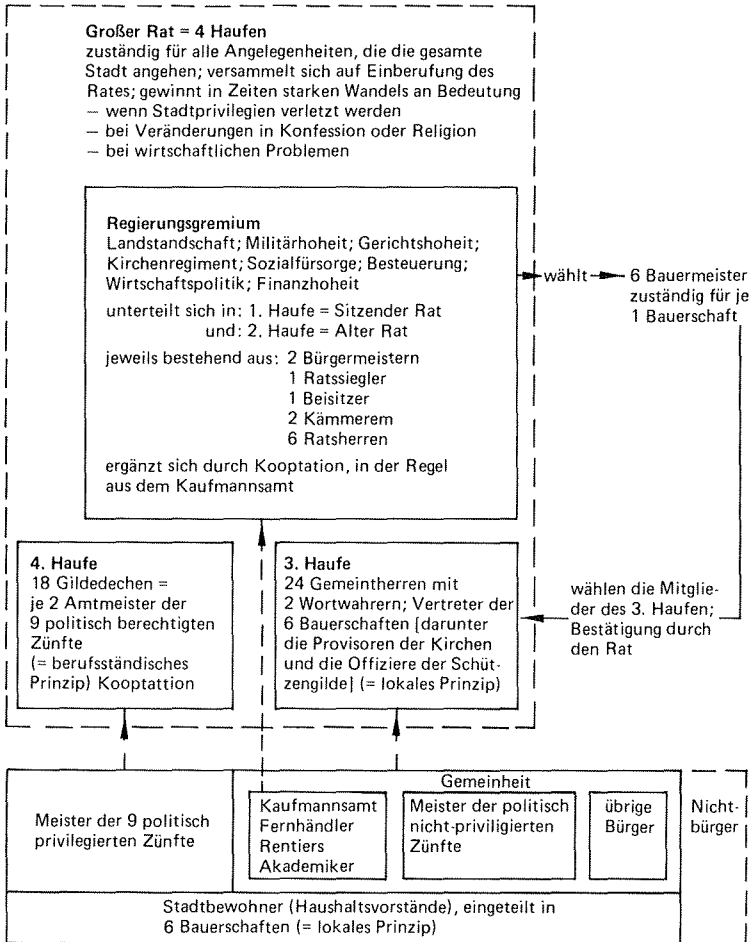
des einmal prägnant formulierte, wobei er offensichtlich auf die Bildwelt des Konziliarismus zurückgriff. Die politische Gewalt lag während dieses Urzustandes wieder bei der Gemeinde. Ja, indem die Bürger – häufig auf Glockengeläute hin – „wehrender Hand“, d.h. bewaffnet, auf dem Marktplatz zusammenliefen und sich gegenseitig einen Eid schworen, konstituierte sich die bürgerliche Gemeinde neu im Wehr- und Schwurverband. Er berief gemeindlich-genossenschaftliche Vertretungsorgane: die fast für jeden Aufstand belegten „*Bürgerausschüsse*“, die im Namen der Bürgergemeinde handelten, vor allem indem sie in Verhandlungen eintraten mit dem Magistrat, dem Landesherrn oder dem Kaiser. Wie am eingangs angeführten Hildesheimer Beispiel ersichtlich, wurde der „genossenschaftliche Urzustand“ schließlich dadurch beendet, daß die Bürgergemeinde die ordentliche Magistratsgewalt auf einer erneuerten Legitimationsbasis befestigte oder restituierte. Dabei konnte sie das Regiment ganz oder teilweise in die Hand neuer Männer legen.

Neben der Erledigung der konkreten Beschwerdepunkte war es das entscheidende Ziel solcher Bürgeraufstände, die Magistrate an den Willen der Bürgergemeinde zurückzubinden. Das war zum einen ein Bewußtseinsproblem, insofern es darum ging, den Ratsherren und ihren Beamten – zumal den Ratschreibern und Syndizi – den gemeindlich-genossenschaftlichen Ursprung ihrer Gewalt vor Augen zu stellen<sup>26</sup>. In den westfälischen und niedersächsischen sowie in den Küstenstädten – in Reichsstädten ebenso wie in Landstädten – sind die Bürger darüber hinaus bereits früh darangegangen, den gemeindlichen Mitbestimmungsanspruch institutionell zu verankern. So entstand ein Verfassungstypus, der durch einen gleichsam „zweistämmigen“ Aufbau der städtischen Regierungsinstitutionen die genossenschaftliche Partizipation institutionell absicherte. Das läßt sich an einer Organisationskizze der Lemgoer und Münsteraner Ratsverfassung veranschaulichen<sup>27</sup>:

<sup>26</sup> Vgl. besonders *Schilling*, Aachen, 196f., 200 mit Anm. 82.

<sup>27</sup> Organisationsschema Lemgo übernommen aus *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 87; Organisationsskizze Münster unter Verwendung entsprechender Schaubilder in: „Die Wiedertäufer in Münster“, Katalog einer Ausstellung im Stadtmuseum 1.10.1982 – 30.1.1983, 107, und „Münster 800–1800, 1000 Jahre Geschichte der Stadt“, Stadtmuseum Münster 21. Sept. 1984 – 30. Juni 1985, 59. Die Skizzen geben nur die im vorliegenden Zusammenhang interessierenden innerstädtischen Institutionen wider. Landesherrliche Organe, wie der Stadtrichter, wurden ausgeklammert. – Derselbe Verfassungstypus findet sich auch in Reichsstädten, vgl. etwa *G. Luntowski/N. Reimann* (Hrsg.), Dortmund – 1100 Jahre Stadtgeschichte (Dortmund 1982) 180.

## Lemgoer Ratsverfassung laut Regimentsnottel von 1491

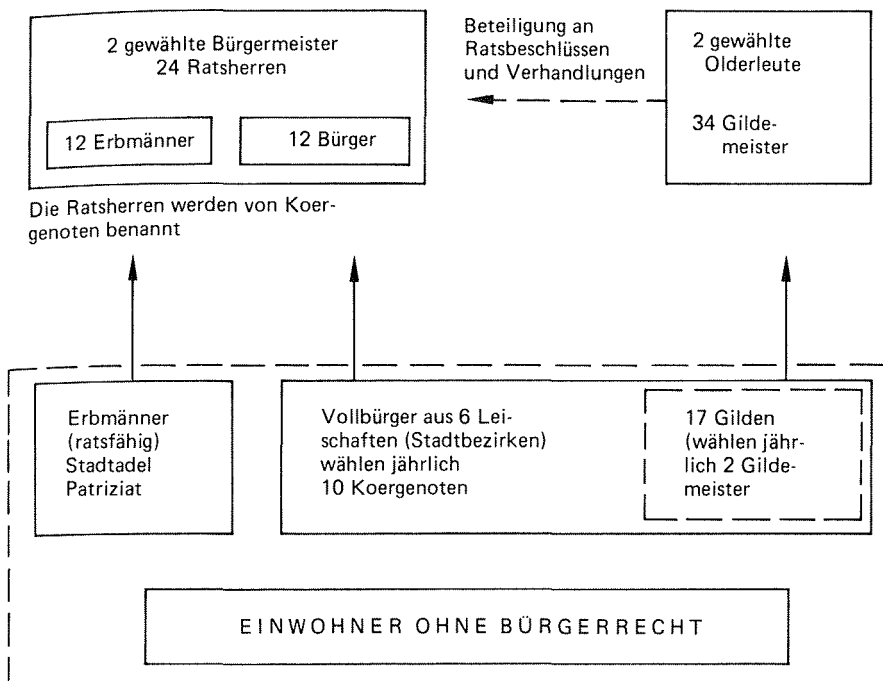


Neben dem eigentlichen Ratsgremium, das sich in der Regel aus einem jährlich alternierend regierenden und ruhenden Rat zusammensetzte, standen gemeindlich bürgerliche Vertretungsgremien, teils des Gildebürgertums, teils der „Gemeinheit“ – d.h. unter Einschluß der nicht zünftisch organisierten Bürger –, teils der Nachbarschaftsverbände. Im Unterschied zu den italienischen Verhältnissen, wie sie im Beitrag von Professor Bertelli beschrieben werden<sup>28</sup>, waren in den norddeutschen Städten die „clan-Strukturen“ nie besonders stark ausgeprägt. Stattdessen traten die Nachbar-

<sup>28</sup> Vgl. den Beitrag von Sergio Bertelli im vorliegenden Sammelband.



Ratsverfassung der Stadt Münster



schaftsverbände bereits früh als Mitträger öffentlicher Gewalt auf<sup>29</sup>. Sie und die anderen gemeindlich-genossenschaftlichen Personalverbände gaben hier dem städtischen Regiment einen spezifisch politischen Charakter.

Besonders stark entfaltet und mit weitreichenden Kompetenzen versehen war der gemeindlich-bürgerliche Ast in der westfälischen Bischofsstadt Münster. Wir greifen hier eine Extremform gemeindlicher Beteiligung, insofern die Bürgergemeinde über die Laischaften und ihre Wahlmänner an der alljährlichen Ratswahl beteiligt war, während sonst zumindest auf der Seite des Ratsastes die Kooptation die Regel war und auch die Gemeindevertreter nur selten direkt von der Bürgerschaft gewählt wurden.

<sup>29</sup> Vgl. *Burckhard Scheper*, Frühe bürgerliche Institutionen nordwestdeutscher Hansestädte (Köln 1975); *ders.*, Über Ratsgewalt und Gemeinde in nordwestdeutschen Hansestädten des Mittelalters, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 49 (1977) 87–108; *Johannes Schultze*, Die Stadtviertel. Ein städtegeschichtliches Problem, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 92 (1956) 18–39; *Klaus Schwarz*, Kompanien, Kirchspiele und Konvente in Bremen 1605–1814 (Bremen 1969).

In normalen Zeiten brachte auch das Münsteraner Wahlverfahren einen oligarchischen Rat hervor. Wie die Ereignisse zwischen 1525 und 1533 belegen, bot die Münsteraner Verfassung jedoch den gemeindlich-genossenschaftlichen Grundströmungen, wenn sie einmal Raum gegriffen hatten, einen leichteren und rascheren Zugang zum Rat, als das bei der sonst üblichen Ratsbesetzung mittels Kooptation der Fall war<sup>30</sup>. Die wenigen Städte unseres Raumes, die zu Ende des Mittelalters keine ausgebildeten und permanenten Gemeindevertretungsorgane besaßen, haben sie im Verlaufe der Reformation ausgebildet<sup>31</sup>. Am bekanntesten ist das Beispiel des Hamburger Oberaltenkollegiums. Eine ganz späte Phase dieser Verfassungsentwicklung repräsentiert Emden, wo sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Bürgerausschuß bildete, der 1595 die „Revolution“ gegen den landesherrlichen Magistrat organisierte und dann als Vierziger Kollegium nach Art der oben beschriebenen mittelalterlichen Organe als permanente Gemeindevertretung neben den nun bürgerlichen Rat trat.

Die konkreten Anlässe sowie die politischen und rechtlichen Materien, für die die Bürgerbeteiligung gefordert wurde, waren unterschiedlich – am häufigsten handelte es sich um Finanzfragen, daneben um Bauangelegenheiten, um die auswärtige Politik, vor allem um militärische Unternehmungen und Bündnisschlüsse, und natürlich auch um grundsätzliche Veränderungen in den „Stadtkonstitutionen“, etwa den Zusammenschluß von bislang rechtlich und politisch selbständigen Stadtteilen<sup>32</sup>. Einen festen Kanon gab es nicht, so daß immer neue Gegenstandsbereiche ins Zentrum des bürgerlichen Partizipationswillens rücken konnten.

Vom Auftreten Luthers bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges standen die Religion und der Konfessionsstand im Vordergrund. Das ist uns aus der stadtgeschichtlichen Reformationsforschung der letzten Jahrzehnte bestens vertraut, und zwar inzwischen nicht nur für die süddeutschen Reichsstädte, sondern auch für die west- und norddeutschen, abgeschwächt sogar für einige ostdeutsche Städte. Doch

<sup>30</sup> Aufgezeigt bei *Schilling*, Aufstandsbewegungen. Über Konstanz und Wandel in der sozialen Zusammensetzung des politischen Führungskreises detailliert *Schilling*, Politische Elite; *ders.*, Wandlungs- und Differenzierungsprozesse.

<sup>31</sup> Beschrieben bei *Schilling*, Politische Elite, 294–302 (Hamburg, Lippstadt, Emden, Göttingen), mit weiterführender Literatur. Dazu auch *Olaf Mörke*, Rat und Bürger in der Reformation. Soziale Gruppen und kirchlicher Wandel in den welfischen Hansestädten Lüneburg, Braunschweig und Göttingen (Veröffentlichungen des Instituts f. Historische Landesforschung der Universität Göttingen 19, Hildesheim 1983) im folgenden zitiert: *Mörke*, Rat und Bürger. Hamburg: *Rainer Postel*, Die Reformation in Hamburg (wie Anm. 8).

<sup>32</sup> Beispiele: *Meyn*, Frankfurt, 35–94 (Privilegien, Finanzen u. a.); *Schilling*, Aachen, 196, 197 (Außenpolitik, Finanzen); *Brandis*, Hildesheim, 53, 200 (Außenpolitik, Vereinigung von Alt- und Neustadt); *Walter*, Bürgerhauptleute, Braunschweig, 76 f. (Statuten der Stadt); *Jochmann/Loose*, Hamburg, 220 ff. (Außenpolitik, Finanzen); *Mörke*, Rat und Bürger, 65–75 (Lüneburg, Finanzen, Außenpolitik); *Langer*, Stralsund, 169, 171, 184, 195 (Finanzen, Visitation der Kirchengüter, Genossenschaftliche Nutzungsrechte); *Ebbrecht*, Hanse, 83–89 (Finanzen, Magdeburg; Außenpolitik, Osnabrück); *Ebbrecht*, Bürgertum und Obrigkeit, 278–280 (Gerichtbarkeit, Braunschweig u. Köln; Gewerbehoheit, Lübeck; Finanzen, Lübeck, Bremen, Braunschweig, Hamburg); *Ebbrecht*, Ordnung, 97 (Außenpolitik, Erfurt), 98 (Besetzung des Rates: Magdeburg), 100 ff. (Finanzen, Augsburg, Braunschweig, Lübeck, Nordhausen, Köln).

nicht nur in der engeren Reformationsphase kam es durch Bürgerbewegungen, Bürgerausschüsse, Bürgervollversammlungen und öffentliche Disputationen zu einer erhöhten Partizipation der Bürgergemeinden<sup>33</sup>. Auch in späteren Jahrzehnten erhoben die Bürger immer wieder den Anspruch, der Konfessionsstand der Stadt könne nicht ohne ihre Zustimmung verändert werden – in einer breiten Welle während der Interimsphase und dann noch einmal in den Jahrzehnten auf der Wende zum 17. Jahrhundert, als die Landesherren darangingen, die vielen bislang autonomen Stadtkirchen ihrer Landeskirche zu unterstellen<sup>34</sup>. Auch die bereits wiederholt angesprochene „Emder Revolution“ gehört in dieses Umfeld. Denn der calvinistischen Bürgergemeinde ging es um die religiöse Selbstbehauptung gegenüber einem lutherischen Landesherren, der „sie ... ihrer Religion ... berauben“ wollte, wie der dritte und letzte Punkt des städtischen Tyrannenkataloges lautete<sup>35</sup>. – Aufgrund der Verkopplung von Konfessionalisierung und territorialer Staatsbildung war das zugleich eine frühe Phase im Ringen zwischen frühabsolutistischem Fürstenstaat und alteuropäischer Stadtautonomie. Darauf ist im nächsten Teil einzugehen.

Die verbreitete Ansicht, das gemeindlich-genossenschaftliche Bürgerpathos sei im 16. Jahrhundert erloschen – womöglich gar an der lutherischen Reformation – ist demnach falsch. Hier hat die auf Ernst Troeltsch zurückgehende einprägsame Gegenüberstellung von „Pathos der Freiheit“, im westeuropäischen Calvinismus aufbrechend, und „Pathos des Gehorsam“, vom deutschen Luthertum befördert, viel Verwirrung gestiftet. Die Vorstellung, die süddeutsche Stadtreformation sei reformiert-zwinglisch, und daher gemeindlich, die norddeutsche Stadtreformation dagegen obrigkeitlich, weil lutherisch, geprägt gewesen, hat sich nachgerade zu einem zähklebrigen Klischee verfestigt. Demgegenüber zeigt die historische Realität, daß in den deutschen Städten auch das Luthertum bis weit ins 17. Jahrhundert hinein vom Pathos der „Freiheit“ getrieben wurde, allerdings der genossenschaftlich bestimmten Freiheit. Doch das gilt für reformierte oder calvinistische Städte in gleicher Weise: Selbst die „Emder Revolution“, die als größte Tat des Calvinismus auf deutschem Boden gilt, war städtisch-genossenschaftlich, nicht modern-freiheitlich geprägt.

Innerhalb dieses genossenschaftlichen Rahmens ist der Anspruch der Bürgergemeinden auf politische Partizipation bis zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges

<sup>33</sup> Hier muß der globale Hinweis auf die zahlreichen Untersuchungen zum Thema „Stadt und Reformation“ genügen. Zum Nordwestraum ausführlich auch die oben Anm. 2 genannten Untersuchungen. Speziell zu den Disputationen: *Bernd Moeller*, Zwingli's Disputation. Studien zu den Anfängen der Kirchenbildung und des Synodalwesens im Protestantismus, I. Teil in: *Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, kanonistische Abteilung* 56, 87 (1979) 275–324; II. Teil in: *Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, kanonistische Abteilung* 60, 91 (1974) 213–364; *Scheib, Otto*, Die Reformationsdiskussion in der Hansestadt Hamburg 1522–1528. Zur Struktur und Problematik der Religionsgespräche (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 112, Münster 1976).

<sup>34</sup> Ausführliche Fallstudie: *J. Regula*, Die kirchlichen Selbständigkeitsbestrebungen der Städte Göttingen, Nordheim, Hannover und Hameln in den Jahren 1584–1601, in: *Zeitschrift d. Gesellschaft f. niedersächsische Kirchengeschichte* 22 (1917) 123–152; im folgenden zitiert: *Regula*, Selbständigkeitsbestrebungen.

<sup>35</sup> *Emder Apologie*, 97.

nicht zurückgegangen. Er hat sich vielmehr weiterhin profiliert artikuliert, und zwar eher mit steigendem als mit abnehmendem Pathos. Diese Spätphase des stadtbürgerlichen Partizipationsanspruches ist in der deutschen Stadtgeschichtsforschung wie in der allgemeinen Geschichtswissenschaft immer wieder übersehen worden, weil man auch an diesem Punkt die Geschichte der Sieger schrieb, d.h. des aufsteigenden Territorialstaates. Natürlich ist dessen realgeschichtlicher Erfolg ebenso unbestreitbar wie die Überlegenheit des Rechtsinstrumentariums und der Staatstheorie, die er gegen die Städte ins Feld führte. Seine Ansprüche blieben aber nicht unwidersprochen. Im Gegenteil: als Reaktion auf diese obrigkeitlich-absolutistische Offensive setzte in den Jahrzehnten vor dem großen Krieg geradezu eine Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens des Stadtbürgertums ein. Und es waren die Städte des hier behandelten niederdeutschen Raumes, die sie am energischsten und am längsten verfochten – eine Folge der Tatsache, daß hier wirtschaftlich starke und politisch autonome Städte, die nie die Reichsfreiheit besessen hatten und sie in der Regel auch nicht anstrebten, sich mittleren bis kleinen Landesherren gegenübersehen, deren finanzielle und militärische Machtbasis häufig bis ins 17. Jahrhundert hinein schmaler war als diejenige ihrer Städte.

Wir sehen in diesem Ringen meist nur die Auseinandersetzung zwischen frühmodernem Territorialstaat und alteuropäischer Stadtfreiheit. Die von der Offensive des Territorialstaates provozierte Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens bedeutete aber zugleich einen neuen Höhepunkt im innerstädtischen Partizipationsanspruch der Bürgergemeinden und ihres Widerstandes gegen die obrigkeitlichen Tendenzen beider Stadträte. Das läßt sich am Beispiel der bedeutenden Welfenstädte Lüneburg und Braunschweig sowie der großen Hafenstadt Stralsund ebenso zeigen wie bei Mittelstädten wie Lemgo und Paderborn oder Kleinstädten wie Höxter<sup>36</sup>. Von Sonderentwicklungen abgesehen, war das für diese Landstädte aber in der Regel zugleich ein Endpunkt, insofern mit der letztlich nicht verhinderbaren Integration in den Territorialstaat das Verhältnis zwischen Stadtrat und Bürgergemeinde nach neuen Prinzipien geregelt wurde. Zudem lassen sich in dieser landstädtischen Diskussion keine grundlegend neuen Argumente für den bürgerlichen Partizipationsanspruch erkennen.

Anders verhielt es sich bei den *Reichsstädten*. Hier war es unerlässlich, das Verhältnis zwischen Stadtrat und Bürgerschaft einer grundsätzlichen Klärung zuzuführen. Denn die neue Souveränitätslehre kam nicht von außen, vom Territorialstaat her ins Spiel. Sie war vielmehr von unmittelbarer Relevanz für die rechtliche und theoretische Bestimmung der inneren Stadtverfassung. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts kam es daher in einer ganzen Reihe von Reichsstädten unseres Raumes zur grundsätzlichen Konfrontation zwischen ratsherrlichem Obrigkeits- und gemeindlichem Partizipationsanspruch – so in Köln und Aachen, hier in der zeittypischen Koppelung mit der Konfessionalisierung, sowie in Frankfurt und Hamburg, wo das nicht minder signifikante

<sup>36</sup> Vgl. *Mörke*, Rat und Bürger, 251 ff.; *Horst Heuer*, Lüneburg, 105 ff.; *Langer*, Stralsund, 180 ff.; *Schilling*, Aachen, 176 f. mit Anm. 2.

Minderheitenproblem eine auslösende Rolle spielte, oder auch – in weniger spektakulären Umständen – in Lübeck und Dortmund<sup>37</sup>. Die damit ausgelöste reichsstädtische Verfassungsdiskussion hielt teilweise bis ins 18. Jahrhundert an, so daß ich an dieser Stelle einen kurzen Blick über den mir gesetzten zeitlichen Rahmen hinaus werfen muß. Was die Bürger des 15. und 16. Jahrhunderts ohne theoretische Reflexion in einem pragmatischen Politikverständnis von Fall zu Fall handelnd demonstriert hatten, fand nun Niederschlag in voluminösen Deduktionen. Dabei mußte sich auch die Argumentation zwangsläufig verändern. Denn der Partizipationsanspruch der reichsstädtischen Bürgerschaft stand in einem anderen historisch-politischen Bedingungsfeld als die genossenschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Bürgergemeinden in den ländlichen Städten und den Reichsstädten des 15. und 16. Jahrhunderts. Darüber hinaus hatte er sich gegenüber neuen staatsrechtlichen und verfassungstheoretischen Argumenten zu behaupten.

In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, daß für die Reichsstädte ähnlich wie für die Landstädte das 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts eine Wendemarke bedeuteten: Ein politischer und ökonomischer Differenzierungsschub führte dazu, daß nach 1650 nur noch ein knappes Dutzend unter ihnen reales politisches Gewicht besaßen<sup>38</sup>. In unserem Raum waren das vor allem Frankfurt und Hamburg, in zweiter Linie auch Aachen, Lübeck und Köln. Die dort geführten politiktheoretischen Diskussionen können daher eine besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Otto Brunner, der die frühneuzeitlichen Kontroversen innerhalb der Reichsstädte sozial- und verfassungsgeschichtlich ausführlich gewürdigt hat<sup>39</sup>, stützte sich insbesondere auf Hamburger Quellen. Für unsere Fragestellung ist eine Episode im Streit um die 1618 anstehende Verlängerung des Ansiedlungsvertrages mit der portugiesischen Judengemeinde aufschlußreich: Nachdem es bereits zuvor aus unterschiedlichen Anlässen zur Konfrontation zwischen einem gesteigerten, erstmals das Gottesgnadentum beanspruchenden Obrigkeitsbewußtsein des Hamburger Rates und dem nicht minder entschiedenen vertretenen Mitbestimmungsverlangen der Bürgergemeinde gekommen war, verlangte nun ein Bürgerschaftsführer eine schriftliche Auskunft des Rates „de statu huius reipublicae, an sit aristocraticus, an democraticus“. Bürgermeister Vincent Moller, ein in Rechts- und Verfassungsfragen bewandeter Jurist, wies diese Alternative als unnützes scholastisches Gezänk zurück. Denn in den Städten sei heutzutage kein wohlbestalltes Regiment eine reine Aristokratie oder eine reine Demokratie: Es be-

<sup>37</sup> Zu Bürgerunruhen in Reichsstädten zu Beginn des 17. Jahrhunderts vgl. Köln – *Revolutionen* in Köln 1074–1918, Katalog zur Ausstellung im Historischen Archiv der Stadt Köln 25. April – 13. Juli 1973, bearb. v. T. Diederich (Köln 1973) 58; zu Aachen vgl. *Schilling*, Aachen, v. a. 191 ff.; zu Frankfurt vgl. *Meyn*, Frankfurt; zu Hamburg vgl. *Jochmann/Loose*, Hamburg, 220 ff.; zu Lübeck vgl. *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 56–59, 92 ff.

<sup>38</sup> 1667 sah Samuel Pufendorf nur noch für eine Handvoll Reichsstädte gute Aussichten, ihre Unabhängigkeit zu bewahren (*De statu Imperii Germanici*, Kap. 2, § 13).

<sup>39</sup> *Otto Brunner*, Souveränitätsproblem und Sozialstruktur in den deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit, in: *ders.*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte (Göttingen 1968) 315–77.

ruhe vielmehr auf einer Mischverfassung<sup>40</sup>. Das war eine politiktheoretische Bestimmung reichsstädtischer Verfassung, die sich in eben jenen Jahren auch andernorts anbahnte. So etwa in Aachen, wo der katholische Rat während der Konfrontation mit der protestantischen Bürgeropposition „die gantze Respublica“ definierte als „Rat und Gemeinde“<sup>41</sup>, oder in Danzig, dessen Regiment Mitte des 17. Jahrhunderts als „aristokratisch, wiewohl mit der Democratia temperirt“ beschrieben wurde<sup>42</sup>.

Auf dem sich damit abzeichnenden Weg und nicht mittels der extremen Von-Gottes-Gnaden-Theorie, wie sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts in dem erwähnten Hamburger Verfassungsstreit von der rigid obrigkeitlichen Ratsfraktion formuliert worden war<sup>43</sup>, wurde schließlich reichsweit eine allgemein anerkannte Lösung des reichsstädtischen Verfassungsproblems gefunden. In den beiden großen Reichs- und Hansestädten des Westens, in Hamburg und mehr noch in Lübeck, war allerdings noch das gesamte 17. Jahrhundert gekennzeichnet durch harte Auseinandersetzungen sowie durch zugespitzt antagonistische Formulierungen der bürgerlichen wie der ratsherrlichen Grundsatzpositionen. Der traditionell „herrschaftsbewußte“ Lübecker Rat tat sich besonders schwer, diesen Kompromiß anzuerkennen. Ausgehend von einer rigid obrigkeitlichen Deutung des Bürgereides durch den Magistrat wurden auch in Lübeck in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts, also zeitlich parallel zu den Hamburger Ereignissen, heftige Verfassungsdiskussionen ausgetragen<sup>44</sup>. Der Rat warf den Bürgerschaften vor, den „status aristocraticus in democratiam“ umstürzen zu wollen, während die Bürger sich als Verteidiger des „status aristocraticus et liberae Reipublicae“ verstanden, den sie im Sinne der Mischverfassung auslegten. Expressis verbis sprachen

<sup>40</sup> Ereignisse: *Jochmann/Loose*, Hamburg, 270; die juristischen und politiktheoretischen Zusammenhänge: *Brunner*, Souveränitätsproblem, 314 ff.; Quellenzitate nach *H. Reincke*, Große Hamburger Juristen aus fünf Jahrhunderten (Veröffentlichungen d. Gesellschaft Hamburger Juristen 1, Hamburg 1954) hier 20 f.; im folgenden zitiert: *Reincke*, Große Hamburger Juristen, vgl. auch *F. Voigt*, Bedenken der Oberalten gegen Sätze im zweiten Teil der Origines Hamburgenses Petri Lambecii, 1661, in: Mitteilungen des Vereins f. Hamburgische Geschichte 35 (1915) 213–219, hier: 216.

<sup>41</sup> In Beantwortung der protestantischen Gravamina argumentierte der kath. Rat, seine Politik sei rechtmäßig, da sie auf dem kaiserlichen Urteil von 1598 basiere, dem „die gantze Respublica, ein Rath und die gemeinde“ zugestimmt habe (Stadtarchiv Aachen, Akten betr. Religionsunruhen fol 197 r). Die Definition erfolgte also eher en passant in einem Nebensatz. Die Verfassungsfrage wurde in Aachen von der Konfessionsfrage überlagert.

<sup>42</sup> So M. Zeiller, *Topographia Prussiae et Pommereliae* (1652), zitiert nach *Peter Baumgart* (Hrsg.), Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer Internationalen Fachtagung (= Veröffentlichungen d. Hist. Kommission zu Berlin 55, Berlin, New York 1983) 144. – Ähnlich: *Langer*, Stralsund, 197. Auf die breite akademische Tradition der Respublica-mixta-Lehre ist im vorliegenden Zusammenhang nicht einzugehen.

<sup>43</sup> „Wann schon eine Auerheit gottlos, tyrannisch und gitzig iß, so gehoret dennoch den Underdahnern nicht, dat se sick darjegen uplehnen und thowedder setten, sundern schölen datsulve velle mehr vor ene straffe des Allmechtigen erkennen, so de Underdahnern mit eren Sünden vorwircket hebbent!“, zitiert nach *Reincke*, Große Hamburger Juristen, 20. Vgl. auch *N. A. Westphalen*, Geschichte der Hauptgrundgesetze der Hamburgischen Verfassung, Bd. I (Hamburg 1844) 158–187, Streit um den Ratseid 1602/03, v. a. 165, 175 ff.; fortan zitiert: *Westphalen*, Hamburgische Verfassung.

<sup>44</sup> Ausführlich *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 83 ff.

die Lübecker Zünfte dann in den erneuten, besonders heftigen Verfassungskämpfen der 1660er Jahre von einer „aristocratico-democratice mixta Respublica“. In die Lübecker Politikdiskussionen scheinen bereits früh Elemente der modernen Politiktheorie Eingang gefunden zu haben, und zwar sowohl der Bodinsche Souveränitätsbegriff als auch die Lehre der Monarchomachen, vor allem Johannes Althusius, über die Herkunft der Staatsgewalt vom Volk<sup>45</sup>.

Schließlich wurde aber auch hier der Ausgleich gefunden. In Hamburg wurde er sogar grundgesetzmäßig fixiert, und zwar im ersten Artikel des Haupttrezesses von 1712: „Das Kyrion oder das höchste Recht und Gewalt“, so heißt es dort, bestehe „bey Einem Edlen Rath und der Erbgesessenen Bürgerschaft inseparabili nexu conjunctim und zusammen, nicht aber bey einem oder andern Theil privative“<sup>46</sup>. Anders als es in der hamburgischen Lokalgeschichte gerne dargestellt wird, ist dieser Artikel keineswegs Ausdruck eines spezifisch hansestädtischen oder gar „hanseatischen“ Republikanismus. Er liegt vielmehr ganz auf der Linie reichsstädtischer Verfassungstheorie, die im 18. Jahrhundert generell galt.

Will man den Stellenwert abschätzen, den dieser Stadtrepublikanismus innerhalb der deutschen Geschichte besaß, ist zu bedenken, daß er die im 17. Jahrhundert weiter verfestigte Trennung zwischen Reichs- und Landstadt voraussetzt. Dagegen waren die gemeindlich-genossenschaftlichen Bürgerbewegungen des späten Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, um die es uns im vorliegenden Zusammenhang in erster Linie geht, gerade dadurch charakterisiert, daß sie hinsichtlich der innerstädtischen Politikordnung keinen Unterschied zwischen Reichs- und Nicht-Reichsstädten machten.

Zu beachten ist weiterhin, daß in der späteren Frühneuzeit die inneren Konflikte und die mit ihnen verbundenen politiktheoretischen Debatten innerhalb der Reichsstädte, und zwar gerade auch in den nord- und nordwestdeutschen, enger zurückgebunden waren an die Reichspolitik und das Reichsverfassungsrecht als im späten Mittelalter. In den Streitigkeiten zwischen Rat und Bürgerschaft wurden nicht von ungefähr regelmäßig kaiserliche Kommissionen tätig. Auch der Hamburger Haupttreß von 1712 ist so entstanden. Die Rolle, die solche Reichskommissionen sowie der Kaiser allgemein in der reichsstädtischen Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts gespielt haben, wäre einmal zusammenfassend zu untersuchen, gerade auch unter dem verfassungs- und politiktheoretischen Aspekt. Jedenfalls war es zu Ende des Alten Reiches eine communis opinio der Reichspublizistik, daß „Landeshoheit und Reichs-

<sup>45</sup> So jedenfalls *Asch*, Rat und Bürgerschaft, 139 ff. Ich vermochte dies im vorliegenden Kontext nicht nachzuprüfen. Das Eindringen moderner politik-theoretischer Vorstellungen, insbesondere auch des modernen Freiheitsdenkens, in die deutschen Städte bedarf einer eigenen Untersuchung, die alle Belege nochmals genau sichten und interpretieren müßte. Vgl. dazu auch unten Teil II.

<sup>46</sup> Unwiderrufliches Fundamental-Gesetz-Regimentsform oder Haupttrezess der Stadt Hamburg ... mit einer Einleitung, hrsg. v. *Ludwig v. Hess* (Hamburg 1781) – Ereignisse bei: *Jochmann/Loose*, Hamburg 269 ff. Vgl. auch *Bolland*, Senat und Bürgerschaft, 17; *Westphalen*, Hamburgische Verfassung.

standschaft einem Reichsstädtischen Magistrat auch in einer Aristokratischen Verfassung nicht als ein eigenes Recht zustehe, sondern vielmehr auf der ganzen Gemeinheit und Bürgerschaft hafte“<sup>47</sup>.

4. Die genossenschaftlichen Bürgerbewegungen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit haben kein egalitäres Programm vertreten. Hier liegt ein qualitativer Unterschied zum modernen Republikanismus seit der französischen Revolution. Das darf gerade dann nicht verschwiegen werden, wenn es – wie im vorliegenden Zusammenhang – darum geht, alteuropäische Strukturen und Denktraditionen in neuer, entwicklungsgeschichtlicher Perspektive zu behandeln. Über die beschriebene *normative* Rückbindung des Rates an die Bürgergemeinde und die *Ergänzung* ratsherrlicher durch gemeindliche Organe hinaus haben in dem hier untersuchten Zeitraum Zunftbürgertum und Gemeinheit keine modern demokratischen Forderungen auf direkte oder indirekte, repräsentative Machtausübung durch die Bürgerschaft gestellt. Es gehörte wesensmäßig zu dem im vorigen Paragraphen beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Ordnungsverständnis, daß der „genossenschaftliche Urzustand“ des Bügераufstandes transitorisch war. Die Rückgabe der Regierungsgewalt an den Rat stand nie prinzipiell in Frage; häufig wurde sie ihm auch während der Aufstände nicht ganz aus der Hand genommen. Sozialökonomisch gesehen war das Ausdruck des Abkömmlichkeitsprinzips.

Die beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Ordnungsvorstellungen vertrugen sich somit ohne Widerspruch mit der Existenz einer oligarchischen Ratselite, ja setzen diese geradezu voraus. Die „libera Respublica“, wie sie die Lübecker Zünfte auf der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert verteidigten, konnte und sollte zugleich einen „status aristocraticus“ besitzen<sup>48</sup>. Allerdings, und das ist für den vorliegenden Fragezusammenhang wichtig, sowohl die Bürgerschaft als auch die Mitglieder der Ratselite selbst stellten an die Rekrutierung und den Charakter dieser städtischen Politikelite spezifische Anforderungen: Sie mußte für Neuaufsteiger *offen* sein – zumindest relativ; und sie mußte von *Kollegialität* und *Egalität* geprägt sein. Die permanente Herrschaft einer Gruppe oder gar einer Einzelperson über den Rest der politischen Elite widersprach dem Politikverständnis des deutschen Stadtbürgertums diametral.

Die *soziale Offenheit* variierte von Ort zu Ort bzw. von Städtelandschaft zu Städtelandschaft, aber auch innerhalb der Zeit erheblich. Es kam immer wieder zu Phasen beschleunigten sozialen Wandels innerhalb der Politikelite, zu Eliteschüben. In unserem Beobachtungsraum und darüber hinaus im Reich allgemein, war die politische Elite im späten 15. und im 16. Jahrhundert offener als in der späten Frühneuzeit<sup>49</sup>. In diesen Phasen verstärkten sozialen Wandels gewann in der Rekrutierung der stadtbür-

<sup>47</sup> Malblank, Abhandlungen, 38.

<sup>48</sup> Vgl. oben Anm. 44.

<sup>49</sup> Ausführlich mit Belegen Schilling, Politische Elite; ders., Differenzierungsprozesse; ders., Vergleichende Betrachtungen zur frühneuzeitlichen Geschichte der bürgerlichen Eliten in Nordwestdeutschland und in den Niederlanden, in: H. Diederiks und H. Schilling (Hrsg.), Bürgerliche Eliten in den Niederlanden und in Nordwestdeutschland. Wandlungs- und Differenzierungsvorgänge vom 15. bis zum 20. Jahrhundert (Köln und Wien 1985) 1–32.



gerlichen Politikelite neben der sonst herrschenden Geburtsqualifikation die Leistungsqualifikation an Bedeutung. – Die *Kollegialität* des städtischen Regiments war in der Ratsverfassung selbst verankert. Zwar verlor der Rat als Kollektivorgan gerade in unserer Zeitspanne an realer politischer Macht zugunsten des Magistrates. Doch auch dort waren die Spitzenpositionen, voran die Bürgermeisterämter, stets zumindest doppelt besetzt. – Wie die Ratsoligarchien mit Argusaugen über die politische und gesellschaftliche *Egalität* innerhalb ihres Kreises achteten, davon legt das Schicksal spätmittelalterlicher Stadttyrannen beredt Zeugnis ab<sup>50</sup>. Aus vielen Städten – süddeutschen ebenso wie norddeutschen oder niederländischen – ist ein regelrechtes System von Reglementierungen und Verordnungen bekannt, das diese häufig von mächtigen Familien oder kraftvollen Einzelpersonen gefährdete Gleichheit innerhalb der stadtbürgerlichen Oligarchie erzwingen sollte, bis hin zu normierten Vorschriften über Beerdigungen, Epitaphien und Totenschildern<sup>51</sup>.

Die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums liefen somit innerstädtisch auf ein oligarchisches Regiment hinaus, das im oben beschriebenen Sinne an den genossenschaftlichen Bürgerwillen rückgebunden war und durch gemeindliche Mitregierungsorgane ergänzt wurde. Wir sind geneigt, die aus zahlreichen sozialgeschichtlich-prosopographischen Untersuchungen quer über das Reich, ja Europa bekannte oligarchische Realität des Ratsregimentes mit modern demokratischen Augen als prinzipielle Begrenztheit der politischen Ordnung in der alteuropäischen Stadt zu betrachten. Angesichts des zumindest relativen Wertes der Leistungsqualifikation bei der Rekrutierung der städtischen Politikelite und ihrer egalitären Struktur erscheint es aber durchaus plausibel, im Vergleich zu der im frühneuzeitlichen Europa vorherrschenden monarchisch-fürstlichen Einpersonenherrschaft auf dynastischer Grundlage auch dieses oligarchische Prinzip der Städte als ein alteuropäisch-republikanisches Moment zu begreifen.

## II

Ich wende mich nun der Frage zu, wie sich in den politischen Ordnungsvorstellungen des Stadtbürgertums das Verhältnis zwischen Stadt und außerstädtischen Politiksystemen darstellte. Zunächst ist das Grundmuster des stadtbürgerlichen Autonomie- und Freiheitsanspruches zu erörtern (II,1), dann die Konsequenzen, die sich für die Städte im Verlauf des 16. Jahrhunderts aus dem Vordringen des frühneuzeitlichen Territorialstaates und seines modernen Souveränitätsanspruches ergaben (II,2). Schließlich soll etwas ausführlicher auf die städtisch-bürgerliche Politiktheorie im Umkreis der sogenannten „Emder Revolution“ von 1595 eingegangen werden, weil diese gemeinhin als früheste Ausprägung eines modernen bürgerlichen Freiheitsprinzips auf deutschem Boden gilt.

<sup>50</sup> Boockmann, Stadt-Tyrannen (wie Anm. 17), v. a. 88 f.

<sup>51</sup> Vgl. etwa Rainer und Trudl Woblfel, Nürnberger Bildepitaphien. Versuch einer Fallstudie zur historischen Bildkunde, in: Zeitschrift für Historische Forschung 12 (1985) 129–180, v. a. 130, 142 f., 174 ff.

1. Um das Grundmuster des städtischen Autonomieprinzips zu erfassen, ist zeitlich zurückzulenken ins 15. und 16. Jahrhundert, als das frühneuzeitliche Reichssystem mit seiner Territorialverfassung noch im Werden begriffen und im Bewußtsein des altstädtischen Bürgertums die Unterschiede zwischen Städten reichsfreien und landsässigen Status noch nicht scharf ausgeprägt waren. Für unser Republikanismusproblem sind die Vorstellungen der Bürger über die Position der Städte innerhalb des übergreifenden politischen Ordnungsrahmens nicht weniger aufschlußreich als ihr innerstädtisches Politikverständnis. Es ist allerdings auf die harte Definition von „republikanisch“ als „antimonarchisch“ zu verzichten. Stattdessen ist das Augenmerk zu richten auf Elemente im Rechtsbewußtsein und im politischen Denken der Städte, die explizit oder implizit eine von der Welt des Adels und der Fürsten abgehobene Andersartigkeit der städtischen Politikordnung postulieren und eine Distanzierung vom aufziehenden Fürstenstaat vornehmen, somit die Stadt dem fürstlich-monarchischen Herrschaftsanspruch zu entziehen trachten.

Im Prinzip stellte sich das Problem der Distanzierung von der monarchischen Gewalt für alle Städte, gleichgültig, ob sie reichsfrei waren oder nicht. Erinnert sei an die Konflikte Aachens mit Jülich oder Wetzlars mit Hessen<sup>52</sup>. Zudem gaben in beiden Fällen sowohl die territorialfürstliche als auch die kaiserliche Gewalt den außerstädtischen Bezugspunkt ab, wenn auch in je unterschiedlichen politischen und rechtlichen Zusammenhängen. Aus Zeitgründen beschränke ich mich auf die Städte, die nicht die Reichsfreiheit besaßen. Sie prägten die Städtelandschaft unseres Raumes, und da in Deutschland die frühmoderne Staatsbildung in den Territorien ablief, waren sie es, die sich seit dem 15. Jahrhundert direkt und immer brennender mit dem Wesen der fürstlich-monarchischen Gewalt auseinandersetzen mußten. Auch die innerstädtischen Gegensätze können im folgenden ausgeblendet bleiben, weil die Bewahrung der Stadtfreiheit selbst im Moment innerer Konflikte zwischen Rat und Bürgerschaft in der Regel nicht strittig war.

In nahezu allen bedeutenderen Städten unseres Raumes läßt sich ein Unabhängigkeits- und Autonomiebewußtsein beobachten, das bis zum Moment der mehr oder weniger gewaltsamen Integration in den Fürstenstaat des 17. Jahrhunderts nicht an Vitalität einbüßte. Dieser städtische Freiheitsanspruch bedeutete ursprünglich keine prinzipielle Distanzierung vom Territorium im Sinne eines Strebens nach Reichsstandschaft. Ebenso wenig implizierte er die Ablehnung der Landesherrschaft, also einen prinzipiell antimonarchischen Republikanismus. Vielmehr verteidigte man von

<sup>52</sup> Schilling, Aachen. Zu Wetzlar die jüngste Zusammenfassung bei Volker Press, Wetzlar – Reichsstadt und Reich im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit in: Festschrift f. Herbert Flender = Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 31 (1985) 57–101. Demnächst auch Chr. Friedrichs (vgl. Anm. 24). Ähnlich auch im Falle der Reichsstadt Goslar: Vgl. Walter Hesse, Der Haushalt der freien Reichsstadt Goslar im 17. Jahrhundert (1600–1682) (Goslar 1935) 3; Wolfram Werner, Goslar am Ende seiner reichsstädtischen Freiheit unter besonderer Berücksichtigung der Reformen von J. G. Siemens (Goslar 1967) 26. – Allgemein zum Problem K. Fritze, E. Müller-Mertens und W. Stark (Hrsg.), Autonomie, Wirtschaft und Kultur der Hansestädte (Weimar 1984 = Hansische Studien VI), v.a. der Aufsatz von Müller-Mertens; G. Vogler, Bürgertum und Staatsgewalt in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 1 (1977) 305–331.

einer traditionellen, altständischen Position aus die überkommenen Freiheiten der jeweiligen Stadt innerhalb des Territoriums. Die städtische Argumentation war dementsprechend *historisch* und *positivrechtlich* bestimmt. Bezugspunkte waren die Landesherrschaft und das Territorium mittelalterlicher Prägung: In der Gründungs- und Konsolidierungsphase des hansisch-niederdeutschen Städtewesens hatte sich die positive Erfahrung einer Interessenallianz zwischen Bürgertum und Landesherrschaft herausgebildet, einer Partnerschaft, die den Städten manche Vorteile gebracht hatte, weil sie in der Regel der überlegene Teil gewesen waren. Ohne daß die Stadtherrschaft der Landesherren je prinzipiell in Frage gestellt worden wäre, hatten die Städte Zug um Zug Hoheitsrechte an sich gebracht. Am Ausgang des Mittelalters besaßen sie daher gegenüber den Fürsten und den anderen territorialen Kräften eine starke Rechtsposition – von ihrer ökonomischen und finanziellen Überlegenheit ganz zu schweigen. Diese Entwicklung wurde zusätzlich untermauert durch die selbständige, die Territorien übergreifende Wirtschaftspolitik sowie weitgespannte Kultur- und Rechtsbeziehungen im Rahmen des Hansebundes. In der Realität, vor allem aber ihrem Selbstbewußtsein nach waren diese Hansestädte ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu einem Territorium freie, politisch weitgehend autonome Kommunen, für die die historisch-analytische Bezeichnung „Stadtrepubliken“ durchaus berechtigt erscheint.

Im einzelnen bestanden natürlich erhebliche Unterschiede in der Art und im Umfang der erworbenen Privilegien und Freiheiten ebenso wie in der Wirtschaftskraft und der politischen Macht – etwa zwischen großen Hansestädten wie Soest, Braunschweig, Lüneburg, Wismar, Stralsund oder Rostock und Mittelstädten wie Wesel, Lemgo, Göttingen und Greifswald oder gar Kleinstädten im Binnenland wie Attendorn und Brilon. Doch läßt sich im Umgang mit der Landesherrschaft und in der argumentativen Vertretung der städtischen Positionen ein für die meisten dieser Städte gültiges *Grundmuster* erkennen: Die Bürger betrachteten ihre bischöflichen oder fürstlichen Landesherren als *Vertragspartner*. In den mannigfaltigen Rechtsabsprachen, die sie im Verlaufe des Mittelalters mit ihnen getroffen hatten, sahen sie Abkommen und Vertragswerke, die nicht einseitig verändert oder gar widerrufen werden konnten. Dabei machte es keinen prinzipiellen Unterschied, ob es sich um umfassende Privilegienverleihungen handelte oder um Einzelrechte, die man bei verschiedenen Gelegenheiten erworben hatte, häufig auf dem Weg der Verpfändung oder direkt durch Kauf. Man ließ sich diese Freiheiten und Privilegien von jedem neuen Herrscher anläßlich der Erbhuldigung bestätigen, teilweise – wie etwa im Falle Braunschweig – in Form einer „schriftlichen Verpflichtung und Obligation“<sup>53</sup>. In ihrer Gesamtheit begriff man diese Absprachen als ein Vertragswerk, das die äußeren Bezie-

<sup>53</sup> Ausführliche Rechtsdeduktionen anläßlich der Konflikte zwischen Stadt und Landesherrn im Anschluß an den Schmalkaldischen Krieg im Bestand Stadtarchiv Braunschweig BIII Vol 14, Zitat fol 2 (Gutachten des sächsischen Juristen Hieronymus Schurff). – Dieser wichtige Bestand wird gegenwärtig am SFB 164 Münster im Projekt C8 unter Leitung von Franz Petri ausgewertet. Ihm, seinen Mitarbeitern Frau Grüter und Ch. Schütte sowie Frau M. Leuker danke ich für freundliche Hilfen bei der Beschaffung und Bearbeitung dieses Bestandes. Zu den Ereignissen vgl. *Spieß*, Geschichte, 94 ff. – Dieses Vertragsdenken läßt sich in nahezu jeder Stadt nachweisen.

hungen der Stadt grundgesetzmäßig regelte und im eingangs beschriebenen Sinne Kernstück der Stadtverfassung war.

2. Im Zuge der frühmodernen Staatsbildung gerieten auch diese Vorstellungen und der damit verbundene Anspruch zunehmend unter Druck. Denn es widersprach der *raison d'être* der modernen Fürstengewalt, andere Gewalten im Territorium als Vertragspartner zu akzeptieren. Zudem war die Integration der urbanen Zentren für die Territorialstaaten eine politische und fiskalische Existenzfrage, und zwar nicht nur im Falle der zahlreichen Kleinterritorien. Auch in diesem außerstädtischen Kontext wurde die Besteuerungsfrage sowie vor allem die Reformation und die Konfessionalisierung zum Kardinalproblem zwischen Stadt und Territorialstaat. Ich habe das an anderer Stelle am Beispiel des Verhältnisses zwischen Lippe und Lemgo vom ausgehenden 15. bis in das frühe 17. Jahrhundert detailliert nachgezeichnet, so daß ich mich hier auf die Grundzüge beschränken kann<sup>54</sup>.

Entscheidend für unserer Frage nach der Präsenz republikanischer Elemente in der deutschen Stadtgeschichte der frühen Neuzeit erscheint mir die Erkenntnis, daß die gesamte Epoche vom ausgehenden Mittelalter bis zum Vorabend des großen Krieges durch eine Gegenläufigkeit der Entwicklung gekennzeichnet war: Längerfristig gesehen und auf der Ebene der reichsverfassungsrechtlichen Satzungen, wurden mit der Reformation und der endgültigen reichsrechtlichen Fixierung der Territorialverfassung die Weichen für den Sieg der landesherrlichen Interpretation des Rechtsverhältnisses zwischen Stadt und Territorium gestellt. Bekanntlich war das Augsburger Gesetzeswerk von 1555 auf diesem Weg ein Markstein. Und vor allem bildete sich in der Lehre von der *superioritas territorialis* und später durch den Bodinschen Souveränitätsbegriff ein theoretisches Instrumentarium heraus, das mit dem Postulat einer einheitlichen höchsten Staatsgewalt dem traditionellen Vertragsargument des Stadtbürgertums den Boden entzog. – Gegenläufig zu dieser Entwicklung ergab sich aber infolge der in Niederdeutschland kräftig ausgeprägten Stadtreformation häufig ein aktueller Machtgewinn für die Städte sowie – darauf aufbauend – ein Anwachsen ihres Freiheits- und Unabhängigkeitsverlangens, getragen nicht zuletzt von der beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Grundströmung in den Bürgerschaften. Auch in Bezug auf das Verhältnis zu den Fürsten ist somit für das gesamte Reformations- und die ersten beiden Jahrzehnte des darauffolgenden Jahrhunderts ein ungebrochenes, ja gesteigertes Eigenständigkeitsbewußtsein der städtischen Kommunen unseres Raumes zu konstatieren.

In den Städten war man sich der Gefahren der reichsverfassungsrechtlichen Neuregelungen sowie der neuen rechtlichen und politischen Theorien vollauf bewußt. Und man hielt nach geeigneten politischen und rechtstheoretischen Gegenmaßnahmen Ausschau. Die erste in dieser Hinsicht signifikante Periode umfaßt die Interimskrise

<sup>54</sup> *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung. – Auch den in Anm. 53 erwähnten Konflikten zwischen der Stadt Braunschweig und Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel lagen diese Kardinalprobleme zugrunde. In der Steuerfrage ging es vor allem um das Recht des Landesherrn, städtische Meierhöfe zu belasten.

und die Augsburger Friedensverhandlungen. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Interim kam es in einer Reihe von Städten zu heftigen Konfrontationen mit den Landesregierungen, die aus politischen und reichsrechtlichen Gründen den kaiserlichen Forderungen gegenüber nachgiebiger waren und damit gegen den Widerstandswillen der protestantischen Bürgerschaften verstießen<sup>55</sup>. Dabei ergaben sich interessante Dreiecksbeziehungen zwischen Städten, Landesherrn und Kaiser, deren realpolitische Bedeutung und verfassungsrechtliche wie politiktheoretische Implikation noch nicht hinreichend aufgearbeitet sind. Am Beispiel Braunschweigs kann man den Eindruck gewinnen, als ob die Stadt ihre bedrohte Autonomie durch den Rekurs an den Kaiser zu festigen versuchte<sup>56</sup>. Indes lag eine Allianz zwischen Hansestädten und Kaiser, die dem Reichsoberhaupt in Norddeutschland ganz neue Perspektiven eröffnet hätte, wegen der entschiedenen katholischen Option der Habsburger nie im Bereich des Möglichen.

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen während der Interimskrise bemühten sich die norddeutschen Hansestädte 1555 während der Verhandlungen in Augsburg darum, mit einem eigenen Artikel in den Religionsfrieden aufgenommen zu werden. Das war primär eine religionspolitische Taktik, die darauf abzielte, das fürstlich-territorialstaatliche cuius-regio-eius-religio-Prinzip für die evangelischen Hansestädte unter katholischer Landesherrschaft, zumal der bischöflichen, zu unterlaufen. Die Argumentation der Hansestädte war zugleich aber auch von erheblicher verfassungsrechtlicher Tragweite und ist daher politiktheoretisch relevant. Hätten sich die Hansestädte durchgesetzt, wäre ihr Anspruch, nicht ordinäre Land-, sondern Freistädte eigenen Status<sup>57</sup> zu sein, reichsrechtlich anerkannt worden. Das war bekanntlich nicht der Fall. Dennoch läßt sich von einem Erfolg sprechen. Wie die Verhandlungsprotokolle belegen<sup>57</sup>, ist der Hansestadtartikel am konfessionell begründeten Widerstand König Ferdinands und der drei geistlichen Kurfürsten gescheitert. Dagegen hatten sich die weltlichen Kurfürsten die Argumentation der Städte zu eigen gemacht: In der entscheidenden Sitzung des Kurfürstenrates vom 2. September 1555 brachte der Vertreter

<sup>55</sup> W. D. Hauschild, Zum Kampf gegen das Interim in niederdeutschen Hansestädten, in: Zeitschrift f. Kirchengeschichte 84 (1973) 60–81. Vgl. auch F. Petri, Karl V und die Stadt im Nordwestraum während des Ringens um die politisch-kirchliche Ordnung in Deutschland, in: Jahrbuch des Vereins für Westfälische Kirchengeschichte 71 (1978) 7–21; Olaf Mörke, Landstädtische Autonomie zwischen den Fronten – Göttinger Ratspolitik zwischen Bürgerbewegung, Landesherrschaft und Reichspolitik im Umfeld des Augsburger Interims, in: Wilfried Ebbrecht und Heinz Schilling (Hrsg.) Niederlande und Nordwestdeutschland im Mittelalter und in der Neuzeit, Festschrift für Franz Petri (Städteforschung A15, Köln 1983) 213–214.

<sup>56</sup> In dem in Anm. 53 genannten Rechtsgutachten wird darauf abgehoben, daß die Handlungsfreiheit des Herzogs der Stadt gegenüber begrenzt sei, weil er „inferior a principe, caesare scilicet“ sei. (Stadtarchiv Braunschweig BIII, 1 Vol. 14, fol 10 v, u. a.).

<sup>57</sup> G. Pfeiffer, Der Augsburger Religionsfrieden und die Reichstädte, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 61 (1955) 213–321, v. a. 245 ff., 257 ff. – Quelle: Wien. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Mainzer Erzkanzlerarchiv, Reichstagsakten Fz. 38 fol. 766 r–767 v, 2. September 1555 Reichskurfürstenrat, Beratungen über den Ritterschafts- und Hansestadtartikel. Im Gegensatz zu Sachsen und Brandenburg engagierte sich die Kurpfalz weniger für den Hansestadt- als für den Ritterschaftsartikel. – Ich danke der Direktion des Wiener Archivs für die rasche Übersendung von Mikrofilmaufnahmen.

Kursachsens vor, daß der Hinweis König Ferdinands auf den Einschluß der Reichsstädte in den Religionsfrieden den Hansestadtartikel nicht überflüssig mache, da „etliche (d.h. der Hansestädte) nit so eigentlich dem Reich, sondern aber einer obrigkeit unterworfen“. Das rechtfertige aber nicht ihre Unterstellung unter das *ius reformandi* der Landesherren, denn die Städte wären „nit indeterminante etlichen Herrn zugewendet und underthenig“. Die Hansestädte seien – so die stützende Argumentation Kurbrandenburgs – „den mehren theil also geschaffen, ob wol sie einen Herrn recognoscieren, das sie dennoch ir eigen regiment haben“. Darüber hinaus, und diesem Argument legen die Fürsten ganz offensichtlich ein noch größeres Gewicht bei, sei der Artikel für einen dauerhaften Frieden unerläßlich, weil die Seestädte bekanntermaßen zur Unruhe neigten und sie sich nie und nimmer von der Augsburger Konfession weissen lassen würden, zudem von den anderen Konfessionsverwandten, d.h. den Fürsten, Unterstützung fänden. „Und also ein newer lerm von irentwegen sich erheben möchte.“

Dieser „newe lerm“ ist dann in der Tat ausgebrochen. Allerdings weitete er sich nicht mehr – wie die Kurfürsten 1555 noch für sicher ansahen – zu einem reichsweiten Religionskrieg aus. Auch in Nord- und Nordwestdeutschland bewährten sich das Reichsfriedenssystem und die Reichsterritorialverfassung, getragen von einer überkonfessionellen Fürstensolidarität. Es waren die einzelnen Fürsten, die mit voller Wucht von dem „newen lerm“ der Hansestädte getroffen wurden, als sie versuchten, gemäß dem „*cuius-regio-eius-religio*-Prinzip“ die autochthon gewachsenen reformatorischen Stadtkirchen in ihre Landeskirchen zu integrieren. Sie setzten damit an einem im konfessionellen Zeitalter neuralgischen Punkt an, um endgültig die mittelalterliche Stadtfreiheit zu brechen und die einheitliche Gebietsgewalt des frühmodernen Staates zu errichten. Gleichzeitig kam es zu nämlichen Grundsatzkonfrontationen über rein weltliche Hoheitsansprüche, etwa beim Besteuerungsrecht, der Militär- und Gerichtshoheit. Ihren Höhepunkt erreichten diese Auseinandersetzungen in den zwei Jahrzehnten vor Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs<sup>58</sup>. Unverkennbar war es neben dem staatskirchenrechtlich fundierten Hoheitsanspruch zunehmend die beginnende Rezeption der Souveränitätslehre sowie der Machtstaatsidee eines Justus Lipsius, die der Argumentation auf fürstlicher Seite eine neue Schärfe verlieh. Ähnlich wie beim Verhältnis zwischen Rat und Bürgerschaft im Innern der Reichsstädte erzwang vor allem

<sup>58</sup> Vgl. zu dieser Aufstandswelle: *Schilling*, Aachen, 177 mit Anm. 2; *Chr. R. Friedrichs*, German Town Revolts, 40–49; *Heinz Schilling*, The European Crisis of the 1590s: The Situation in German Towns, in: *P. Clark* (Hrsg.), The European Crisis of the 1590s (London 1985) 135–156, hier: 151 ff.; Belege aus dem Ostseeraum bei: *Langer*, Stralsund, 161–166, 200, 215 f. Zu Korbach: *W. Medding*, Die Geschichte einer hessischen Stadt (Korbach 1955) 203–210. Betroffen waren folgende Städte: Emden (1595–1603), Wismar (1595–1600), Lübeck (1598–1605), Paderborn (1600–1604), Höxter (1600–1604), Schwäbisch-Hall (1601–1604), Braunschweig (1603–1604), Greifswald (1603–1618), Hamburg (1607), Donauwörth (1608–1610), Köln (1608–1614), Aachen (1609–1617), Lemgo (1612–1616), Frankfurt/Main (1612–1616), Stralsund (1613–1616), Worms (1613–1616), Wetzlar (1613–1615), Braunschweig (1613–1623), Korbach (1615–1624), Stettin (1616); dazu auch in Anklam, Kolberg und einigen kleineren mecklenburgischen und pommerischen Binnenstädten. Vgl. auch die Einzelfallstudie: *H. Bei der Wieden*, Rostock zwischen Abhängigkeit und Reichsunmittelbarkeit, in: *R. Schmidt* (Hrsg.), Pommern und Mecklenburg (Köln, Wien 1981) 111–132.

der Bodinsche Souveränitätsbegriff eine grundsätzliche staatsrechtliche Klärung der städtischen Position innerhalb der übergreifenden politischen Organisationen – sowohl des Territorialstaats als auch des Reichs.

Die Städte vertraten ihren Freiheitsstandpunkt weiterhin durchaus offensiv. So entwickelten die städtischen Juristen in der kirchenverfassungsrechtlichen Frage, die 1555 reichsrechtlich eindeutig zugunsten des Fürstenstaates entschieden worden war, die Theorie einer „sekundären Kirchenhoheit“, basierend auf gewohnheitsrechtlicher Wahrnehmung von Episkopalrechten<sup>59</sup>. Hier wie in anderen Streitpunkten blieb man aber bei dem traditionellen Argumentationsmuster: Dem Anspruch der Landesherren auf höchste und ungeteilte Gewalt im Staat (der „Superiorität und hohen Obrigkeit“), der im Konfliktfall positives und Gewohnheitsrecht zu weichen habe, setzten die Vertreter der Städte die traditionelle *Vertragsidee* entgegen, derzufolge beide Partner durch historisches Recht gleichermaßen gebunden waren. Im Einzelfall hatte man damit durchaus Erfolg, so daß die Gültigkeit dieses Rechtsstandpunktes noch im 17. Jahrhundert erhärtet wurde durch neu abgeschlossene Rezesse, in denen Städte und Landesherren als Vertragspartner auftraten. So etwa 1615 Braunschweig und seine welfischen Landesherren oder 1617 Lemgo und die Grafen zur Lippe<sup>60</sup>. Unter Anknüpfung an die oben erwähnten Augsburger Friedensverhandlungen bündelten die Rechtsgelehrten der Hanse diese Argumentation zu der Theorie, die norddeutschen Städte seien „*civitates mixti status*“ oder kurz „*civitates mixtae*“, denen eine Zwischenstellung zwischen Reichs- und ordinären Landstädten zukomme<sup>61</sup>.

Auf lange Sicht war mit dieser Argumentation, die einerseits die neue Territorialverfassung anerkannte, andererseits aber dieser grundsätzlich widersprechende Rechtsnormen vertrat, das Prinzip städtisch-bürgerlicher Freiheiten nicht zu behaupten: Der vertragsmäßig abgesicherte Sonderstatus einer Landstadt, wie ihn Braunschweig bis 1671, Rostock bis ins 18. und Lemgo sogar bis ins 19. Jahrhundert besaßen, wurde zur bald anachronistisch wirkenden Ausnahme. Die Regel war die Unterwerfung unter das Territorialprinzip. Damit wurde die *civitas-mixta* Theorie obsolet, weil sie auf immer weniger Städte Anwendung finden konnte. Zudem stand sie im Gegensatz zum neuzeitlichen Reichsrecht. Auf rationale Eindeutigkeit angelegt und an der im 16. Jahrhundert endgültig zum Sieg gelangten Territorialverfassung des Reiches orientiert, kannte dieses nur Reichs- und Landstädte. Die größeren landsässigen Hansestädte, die wie Rostock, Stralsund, Osnabrück und Münster noch Mitte des 17. Jahr-

<sup>59</sup> Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 118 mit Anm. 209; 295–303; 315f. – *Regula*, Selbstständigkeitsbestrebungen, 123–152. Vgl. auch Langer, Stralsund, 200 ff.

<sup>60</sup> Zu Braunschweig vgl. Querfurth, Unterwerfung, 24; Spieß, Geschichte, 175 ff.; zu Lemgo: Schilling, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 352 ff. Vgl. auch Langer, Stralsund, 204 (Erbvertrag vom 11.7.1615). Langer interpretiert das Verhältnis zwischen Stadt und Landesherrschaft im Kontext marxistischer Klassenanalyse. An politiktheoretischen Fragen ist er nicht interessiert.

<sup>61</sup> Vgl. W. Ebel, Die Hanse in der deutschen Staatsrechtliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts, in: HansGBII 65/66 (1940–41) 145–169; F. Frensdorff, Das Reich und die Hansestädte, in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, germanistische Abteilung 20 (1899) 115–163; G. Fink, Die rechtliche Stellung der deutschen Hanse in der Zeit ihres Niedergangs, in: HansGBII 61 (1936) 122–137: Einige weitere Beobachtungen bei Schilling, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten, v. a. 50 ff.; 57 ff.

hunderts eine offensive Freiheitspolitik verfolgten, paßten sich an diese veränderten Macht- und Rechtsverhältnisse an. Konsequent, wenn auch erfolglos, strebten sie jetzt nach dem klar fixierten Status einer Reichsstadt<sup>62</sup>.

3. Vom Autonomiemodell der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städte führte somit kein direkter Weg zum Bürgerrepublikanismus der Neuzeit. Dieser Befund ist zum einen sicherlich eine Folge des durch den Dreißigjährigen Krieg besiegelten Verlustes an eigenständiger Wirtschafts- und Finanzdynamik bei den kleineren und mittleren Hansestädten. Nicht minder wichtig war aber die Tatsache, daß die stadtbürgerliche Freiheitstheorie durch die neuzeitliche Territorialverfassung des Reiches sowie durch die im Souveränitätsbegriff konzentrierte Staatstheorie der frühmodernen Fürstenstaaten gleichsam aus den Angeln gehoben worden war. Die Städte hatten dem nichts Adäquates entgegenzustellen. Zwar beriefen sie sich immer wieder auf die „iura naturalia defensionis“<sup>63</sup>. Damit blieben sie aber innerhalb ihres traditionellen Argumentationsrahmens. So weit ich sehe, haben sie durchgehend darauf verzichtet, sich der neuen monarchomachisch-naturrechtlichen Politiktheorie zu bedienen, die man seit dem letzten Drittel des 16. Jahrhunderts vor allem in Westeuropa in direkter Antwort auf die Staatstheorie des Fürsten- und Machtstaates entwickelte<sup>64</sup>.

Es scheint allerdings eine gravierende Ausnahme zu geben, der ich mich anschließend kurz zuwende: Die Politikdiskussion im Umkreis der sogenannten „*Emder Revolution*“ von 1595, der jüngst die ähnlich gelagerte, weil im Ausstrahlungsgebiet der calvinistischen Hochschule Herborn ausgetragene Opposition der Stadt Korbach gegen den Grafen von Waldeck zur Seite gestellt wurde<sup>65</sup>.

<sup>62</sup> Zum Reichstadtstreben der Städte Eger, Erfurt, Magdeburg, München, Münster, Osnabrück, Rostock, Stralsund, Hamburg vgl. *Acte Pacis Westphalicae*, Serie III, Abt. A, Protokolle, Bd. 6: Die Beratungen der Städtekurie Osnabrück 1645–1649, bearb. v. *Günter Buchstab* (Münster 1981) XL.; sowie weitere Einzelbelege in den Akten, die über das Register unter den betreffenden Städtenamen zu erschließen sind; dazu die Darstellung von *dems.*, Reichsstädte, Städtekurie und Westfälischer Friedenskonkreß (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V. 12, Münster 1981).

<sup>63</sup> Beispiele aus der Mitte des 16. Jahrhunderts in den oben Anm. 53 genannten Rechtsdeduktionen im Konflikt Stadt Braunschweig gegen Braunschweig-Wolfenbüttel (v. a. fol 5 v) Beispiele aus dem frühen 17. Jahrhundert: *Schilling*, Konfessionskonflikt und Staatsbildung, 302 f.

<sup>64</sup> Wohl verstanden, diese Ansage bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Nicht-Reichsstädten und Territorialstaat. Im Gegensatz zu den Reichsstädten (vgl. oben Anm. 45) scheint hier die neue Politiktheorie bei den innerstädtischen Konflikten nicht aufgenommen worden zu sein. So *Walter*, Rat und Bürgerhauptleute, 53.

<sup>65</sup> Hierzu ausführlicher *Schilling*, Calvinismus und Freiheitsrechte. *H. Schmidt*, Politische Geschichte Ostfrieslands (Leer 1975); *Menno Smid*, Ostfriesische Kirchengeschichte (Leer 1974), *H. Wiemann*, Die Grundlagen der landständischen Verfassung Ostfrieslands. Die Verträge von 1595 bis 1611 (Aurich 1974) im folgenden zitiert: *Wiemann*, Grundlagen; *ders.*, Materialien zur Geschichte der ostfriesischen Landschaft (Aurich 1982), im folgenden zitiert: *Wiemann*, Materialien; *Heinz Schilling*, Reformation und Bürgerfreiheit. Emdens Weg zur calvinistischen Stadtrepublik, in: Stadt und Kirche im 16. Jahrhundert, hrsg. v. *Bernd Moeller* (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 84, Gütersloh 1978) 128–161, im folgenden zitiert: *Schilling*, Reformation und Bürgerfreiheit. Ich behalte den eingeführten Begriff „Emder Revolution“ bei, obgleich die nachfolgende Analyse politiktheoretischer Überlegungen wenig revolutionäres Gedankengut



Ohne Zweifel brachten die Emdener Ereignisse, auf die wir bereits mehrmals im Zusammenhang mit den innerstädtischen Ordnungsvorstellungen des Stadtbürgertums hingewiesen haben, auf der Wende zum 17. Jahrhundert unter all den zahlreichen Konflikten zwischen Städten und frühmodernem Fürstenstaat dem städtischen Freiheitsprinzip den durchschlagendsten und spektakulärsten Erfolg. In einer Hamburger Dissertation wurde 1950 die These entwickelt, der „geistige Hintergrund“ der Emdener Revolution sei bestimmt worden durch eine Politisierung des Emdener Calvinismus, in deren Verlauf der bedeutende Prädikant Menso Alting den Schritt von einem hierokratisch zu einem vorwiegend politisch begründeten Widerstandsrecht vollzogen habe, sowie durch das damit einhergehende Vordringen neuer naturrechtlicher Gedankengänge, namentlich in der Vertragslehre und im Widerstandsrecht. Es war – so der Autor Ulrich Wangerin – „der Weg des Calvinismus in Westeuropa, der an dieser einen Stelle auf deutschem Boden mitgemacht wird!“<sup>66</sup>. Demnach basierte die 1595 erstrittene und in den nächsten Jahrzehnten systematisch ausgebaute städtische Freiheit im Falle Emdens im wesentlichen auf einer Politiktheorie, die von außen an die Stadt herangetragen wurde und für die sich innerhalb des Reiches keine Anknüpfungspunkte fanden, jedenfalls nicht im Rahmen der städtischen Politiktradition. Wäre diese Einordnung korrekt, brauchten wir uns an dieser Stelle mit der „Emdener Revolution“ nicht zu beschäftigen, geht es uns doch um Elemente autochthonen republikanischen Denkens beim deutschen Stadtbürgertum. Dasselbe gilt für die der Emdener Politiktheorie zur Seite gestellte Argumentation Korbachs gegenüber den Grafen von Waldeck, die nach den Darstellungen Gerhard Menks maßgeblich geprägt wurde durch das Staats- und Rechtsdenken der nahegelegenen calvinistischen Hohen Schule zu Herborn.

Ohne die Rolle der calvinistisch-monarchomachischen Politiktheorie und der Verbindungen Altings in die Niederlande, in die Pfalz sowie zu den Wetterauer Grafschaften, vor allem nach Nassau, oder die in Emden nicht weniger als in Korbach spürbare Ausstrahlungskraft Herborns prinzipiell in Frage stellen zu wollen, erscheint es mir notwendig, das politische Denken der Emdener wie der Korbacher anzubinden an die im vorhergehenden beschriebene Linie des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens des deutschen Stadtbürgertums. Ich konzentriere mich auf die ostfriesische Hafenstadt, meine aber, daß diese Rückkoppelung sich für Korbach noch eindeutiger aufweisen ließe, weil in dieser alten Hansestadt im Gegensatz zu Emden die skizzierte Freiheits- und Rechts- bzw. Privilegientradition voll entfaltet war.

zutage fördert. Immerhin kam es zu einem radikalen Verfassungsbruch. – *Gerhard Menk*, Rechtliche und Staatstheoretische Aspekte im Waldeckischen Herrschaftskonflikt 1588–1624, in: *Geschichtsblätter für Waldeck* 72 (1984) 45–74.

<sup>66</sup> *U. Wangerin*, Der geistige Hintergrund der Auseinandersetzung Emdens und der ostfriesischen Stände mit der Grafschaft zur Zeit der Emdener Revolution 1595 (phil. Diss., Hamburg 1950, maschinenschriftlich) 181. (Ich zitiere nach dem 2. Exemplar, das in der Seitenzahl vom 1. Exemplar abweicht!); im folgenden zitiert: *Wangerin*, Geistiger Hintergrund. – Diese Arbeit ist nicht frei von Fehlern und Fehlurteilen. Die Emdener Vorgänge bedürften dringend einer neuen Bearbeitung, die namentlich die theoriegeschichtlichen Zusammenhänge sorgfältig erforschen sollte.

Ich habe an anderer Stelle detailliert beschrieben, wie sich in Emden, dessen urbane Qualität zu Ende des Mittelalters noch relativ gering war, im Verlaufe des 16. Jahrhunderts parallel zu einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und befördert durch die Reformation sowie einen kräftigen Exulanzenzustrom aus den Niederlanden ein starkes bürgerliches Selbstbewußtsein herausbildete und wie schließlich Schritt für Schritt bürgerliche Selbstvertretungsgremien aufgebaut wurden<sup>67</sup>. Der logische Abschluß waren der 1595 vollzogene Sturz des gräflichen Regierungskollegiums und der Übergang des städtischen Regimentes an einen im vollen Sinne bürgerlichen Stadtrat. Daß mit diesem Ringen die Konstitution einer eigenen Stadtkirche einherging, war in keiner Weise exzeptionell, sondern lag ganz auf der oben markierten Linie einer Kopplung von Reformation und städtischen Freiheitsbewegungen. Lediglich das konfessionelle Vorzeichen war ein anderes – dort das Luthertum, hier der Calvinismus. Diese rasante Verfassungsentwicklung war Ausdruck der Tatsache, daß mit den rasch anwachsenden Wirtschaftskontakten zu den alten Hansestädten sowie der Ansiedlung von Exulanten aus den entfalteten niederländischen Städtelandschaften von Groningen über Friesland und Holland hin nach Brabant und Flandern auch die politischen Ordnungsvorstellungen des alteuropäischen Stadtbürgertums in Emden Eingang fanden bzw. maßgeblich gestärkt wurden.

Die Emdener Ereignisse einschließlich der politischen und rechtlichen Argumentation, mit der sie legitimiert wurden, sind direkt der in den vorangehenden Abschnitten beschriebenen gemeindlich-genossenschaftlichen Reaktion des „langen 16. Jahrhunderts“ zuzurechnen. Wichtig ist dabei, daß hier offensichtlich gleichgerichtete Strömungen aus dem deutschen Hanseraum und den niederländischen Provinzen aufeinandertrafen. Aussagen über eine vorherrschende Richtung der Beeinflussung des stadtbürgerlichen Politikdenkens zwischen den Niederlanden und Deutschland lassen sich gerade an diesem Punkt direkter Berührung und intensivsten Austausches zwischen diesen beiden Räumen nicht machen.

Zugleich mit dem Aufbau einer städtisch-bürgerlichen Ordnung im Innern ging es um die Gewinnung der städtischen Autonomie nach außen, dem Landesherrn und dem Territorialstaat gegenüber. Auch das lag ganz auf der im niederdeutschen Raum üblichen Linie städtischer „Außenpolitik“. Emden mußte zunächst ganz schlicht etwas nachholen, was die alten urbanen Zentren bereits vor Jahrhunderten errungen hatten. Auch in der politischen Strategie und der sie legitimierenden politischen Argumentation schlug man vertraute Bahnen ein: Wie das mittelalterliche Hansestadtbürgertum sicherte man sich in Rezessen und Verträgen, die man mit dem Landesherrn abschloß, Schritt für Schritt Freiheitsrechte und Privilegien, die in ihrer Gesamtheit die positivrechtliche Grundlage städtischer Verfassung abgaben und dementsprechend grundgesetzmäßig eingefordert wurden. Und es war eben dieses im späten Mittelalter und im

<sup>67</sup> Schilling, Reformation und Bürgerfreiheit (Anm. 65) – Neuere Untersuchungen: Christian Lamschus, Emden unter der Herrschaft der Cirksena. Studien zur Herrschaftsstruktur der ostfriesischen Residenzstadt 1470–1527 (Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen 23, Hildesheim 1984); B. Kappelhoff, Die Reformation in Emden, in: Emdener Jahrbuch 57 (1977) 64–143 u. 58 (1978) 22–67.

16. Jahrhundert allenthalben nachweisbare „Verfassungs-“ und Rechtsdenken des Stadtbürgertums, das 1595 die Opposition gegen den vertragsbrüchigen Landesherrn legitimierte. Monarchomachischer und sonstiger naturrechtlicher Anstöße bedurfte es dazu nicht, jedenfalls nicht als notwendige Voraussetzung. Diese These läßt sich mit der Rede belegen, die Emmius in der Apologie dem Bürgerführer Gerhard Bolardus in den Mund legt<sup>68</sup>. Und auch Menso Alting argumentiert ganz auf dieser stadtbürgerlichen Linie, wenn er in einem Brief an seinen Baseler Kollegen Johann Jakob Grynäus den Aufstand beschreibt als legales Vorgehen der Bürgerschaft gegen die vom Grafen in Gang gesetzte willkürliche Veränderung der städtischen „Verfassung“ in kirchlichen und weltlichen Fragen („ut pro libidine sua omnia sacra et prophania tam in urbe quam in agro mutare praesumeret“)<sup>69</sup>. Daß der Prädikant Alting eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung des Bürgeraufstandes spielte, entspricht ebenfalls dem aus anderen Städten der Reformationsepoche und des konfessionellen Zeitalters vertrauten Bild.

Und schließlich endete die Emdener Revolution auch nicht anders als etwa die Aufstände Lemgos gegen den Grafen zur Lippe oder Braunschweigs gegen die welfischen Herzöge – nämlich mit dem Delfzijler Vergleich von 1595 und den Landeskondakaten von 1599, mit neuen vertragsmäßigen und positivrechtlichen Setzungen also, die wieder verfassungsmäßige Verhältnisse herstellten<sup>70</sup>. Nicht anders als Braunschweig und Lemgo richtete Emden fortan die Hauptstoßrichtung seiner Außenpolitik darauf, diesen neuen Rechtszustand machtpolitisch abzusichern<sup>71</sup>. Ebenso wie jene nahm es dabei die Hilfe der Generalstaaten in Anspruch, die für die See- und Grenzstadt natürlich effektiver war als für die beiden Binnenstädte. Emden hatte jetzt den Status erreicht, den andere Städte seit langem selbstverständlich in Anspruch nahmen: Nachdem der Graf noch am Tage der Revolution gemeint hatte, den Emdern befehlen zu können, sich „deß Titels Reipublicae hinfuro zu endthalten“, unterschrieb der Stadtsekretär Caspar Moller wenige Monate später den Delfzijler Vertrag als Vertreter „Reipublicae Emdanae“<sup>72</sup>. Mit dieser Selbstbezeichnung, die in den großen alten Land-

<sup>68</sup> *Emder Apologie*, 95–98.

<sup>69</sup> Brief vom 16. März 1596, benutzt in einer Abschrift von H. Klugkist Hesses im Archiv der reformierten Gemeinde Wuppertal. Vgl. auch *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 183 f.

<sup>70</sup> *Wiemann*, Grundlagen (Darstellung und Abdruck der Verträge).

<sup>71</sup> So selbst *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 138.

<sup>72</sup> Brief des Grafen vom 18.3.1595, Staatsarchiv Aurich Rep 4, BIV,e, 187, fol.; vgl. dazu auch *H. de Buhr*, Die Entwicklung der Stadt Emden in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts (phil. Diss., Hamburg 1967) 121. – Abdruck des Delfzijler Vertrages bei *Wiemann*, Grundlagen, dort 136. Der Titel „Respublica Emdana“ und die Abkürzung S.P.Q.E. wurden fortan von der Stadt Emden offiziell geführt, vgl. etwa Stadtarchiv Emden, I Registratur XVII, 740 (Requisitoriales; Promotoriales et Intercessionales in Prozeß-Sachen), zum 16.3.1596: „Nos Consules et Magistratus Reipublicae Emdanae in Frisia orientali.“ Im Rahmen der Ständekämpfe zu Anfang des 18. Jahrhunderts kam es zwischen der Landesherrschaft und der Stadt auch erneut zu einem Konflikt über diesen Titel, vgl. Stadtarchiv Emden MS 105, Brief Georg Albrechts vom 29. Sept. 1716 in dieser Sache; Bibliothek der Großen Kirche in Emden, Katalog, Juridica Nr. 488, anonyme Schrift von 1728, in der Emdens Status als „libera Respublica“ nachgewiesen wird.

und Hansestädten im 16. Jahrhundert üblich war<sup>73</sup>, war die ostfriesische Landstadt, die noch ein Jahrhundert zuvor stärker verwurzelt war in den genossenschaftlichen Traditionen der friesischen Landgemeinden als in denjenigen der mittelalterlichen Städte, neu eingetreten in den Kreis der „civitates mixtae“, die innerhalb ihrer jeweiligen Territorien eine politische und rechtliche Sonderstellung reklamierten. Rechts- und verfassungsgeschichtlich sowie hinsichtlich des dahinter stehenden politischen Denkbildes war das nichts Außergewöhnliches. Und selbst der Zeitpunkt dieser Statusverbesserung erscheint nur dem zurückschauenden Historiker spektakulär. Denn daß innerhalb der folgenden Generation Zug um Zug die Sonderstellung so großer und unabhängiger Hansestädte wie Stralsund, Lüneburg, Münster, Osnabrück und Braunschweig fallen würde, war angesichts des starken Widerstandsgeistes, den die Städte auf der Wende zum 17. Jahrhundert allenthalben zeigten, für die Zeitgenossen alles andere als sicher vorherzusehen.

Neben dieser Parallele läßt der Vergleich indes auch zwei prinzipielle Unterschiede zu den entsprechenden mittelalterlichen Vorgängen hervortreten, die sich im wesentlichen aus den veränderten Rahmenbedingungen der Frühneuzeit erklären: Die Emdener Autonomiepolitik war *erstens* aufs engste verknüpft mit dem Ringen um die Gewichtsverteilung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt innerhalb des frühmodernen Ständestaates. Und *zweitens* schaltete sich seit Mitte des 16. Jahrhunderts fast regelmäßig der Kaiser in die Verhandlungen zwischen Landesherrn und Stadt bzw. Ständen ein, was sich im übrigen auch andernorts bei vergleichbaren Konflikten beobachten läßt. Diese Konstellation ist insofern von grundsätzlicher Bedeutung, als im Falle Emdens die zwischen Stadt und Landesherrn abgeschlossenen Verträge von vorneherein auf die frühneuzeitliche Territorialverfassung und das damit verbundene Friedenssystem des Reiches festgelegt waren<sup>74</sup>.

Und dieser Punkt war es dann auch, an dem zu Beginn des 17. Jahrhunderts eine grundsätzlich neue Stoßrichtung ins Spiel kommen sollte, mit der die Emdener die über-

<sup>73</sup> Aufkommen und Verbreitung der Respublica-Bezeichnung sowie der Abkürzung S. P. Q. X. mußten einmal systematisch für das gesamte Reichsgebiet untersucht werden. Der Beitrag von Guy Wells in diesem Sammelband trägt einige Belege für Antwerpen zusammen. In der Emden benachbarten Stadt Groningen war der Titel im 16. Jahrhundert ebenfalls üblich (vgl. etwa O. Feith, De vervolging der Hervormden te Groningen 1566–1570, in: Bijdragen tot de Geschiedenis en Oudheidkunde inzonderheid van de provincie Groningen, Bd. 8 [Groningen 1871] 241–291, hier 254f.). Desgleichen läßt er sich für Münster und Braunschweig nachweisen. Dagegen scheint die lippische Hansestadt Lemgo, die etwa gleichzeitig mit Emden einen erfolgreichen Freiheitskampf mit ihrem Landesherrn führte, einen solchen Titel nicht angenommen zu haben. (Freundliche Mitteilung von Oberarchivrat Stöwer, Lemgo.) – Sicherlich ist es richtig, daß der Titel allein nicht als Beleg republikanischer Gesinnung gelten kann. Da manche Fürsten gegen seinen Gebrauch protestierten, signalisiert er aber offensichtlich doch einen besonderen Freiheitsanspruch!

<sup>74</sup> Vgl. die entsprechenden Bestimmungen im Kaiserlichen Dekret vom 10. Februar 1589 sowie in den unter Mitwirkung Kaiserlicher Kommissare formulierten Landtagsbeschlüssen von 1590 und 1593, schließlich im Kaiserlichen Dekret vom 21. Januar 1595, abgedruckt bei E. R. Brenneisen, Ost-Friesische Historie und Landes-Verfassung, Bd. II (Aurich 1720). Zu den Ereignissen vgl. H. Schmidt Politische Geschichte Ostfrieslands (Leer 1975); im folgenden zitiert: Schmidt, Politische Geschichte; und Wiemann, Grundlagen.

kommene Linie städtischer Autonomiepolitik und der sie legitimierenden Freiheitstheorie verließen. Denn nach Abschluß des Konkordats von 1599 zeigte sich sehr rasch, daß die Verträge durch den geschickten gräflichen Kanzler Thomas Franzius zur Stabilisierung, ja zum Ausbau des fürstlichen Territorialstaates genutzt wurden, was auf lange Sicht die eben errungene Freiheitsposition der Stadt gefährden mußte<sup>75</sup>. Die politischen Strategen der Emder Freiheit versuchten dem durch zwei in unserem Zusammenhang bemerkenswerte Argumentationen entgegenzusteuern: durch die historische Freiheitsmythologie des Ubbo Emmius, die sich mit naturrechtlichen Anklängen verband, und durch die Überwindung der rein positivrechtlichen Vertragstheorie und deren Ersetzung durch die naturrechtlich fundierte Vertragslehre, die positive Rechtssetzungen infrage stellte, wofern sie mit dem abstrakten Freiheitsanspruch des Bürgertums in Widerspruch standen.

In den Schriften des Historikers und Rechtsdenkers Ubbo Emmius, der sich zeitweilig als politischer Berater des „revolutionären“ Emder Rats betätigte, wurde das positivrechtliche Vertragsdenken als Grundlage städtischer Verfassungslegalität überwunden. In den Vordergrund trat stattdessen die Lehre von der friesischen Freiheit im Mittelalter, ein nur oberflächlich positivrechtlich argumentierender historischer Freiheitsmythos, der im Unterschied zu dem traditionellen, auf konkrete Rechtsabsprachen bezogenen Freiheitsanspruch der Städte dynamisierbar war, weil er unter Hinweis auf einen historischen Urzustand jeden gegebenen Ordnungsrahmen der Gegenwart prinzipiell in Frage stellen konnte.

Es vermag kaum zu erstaunen, daß gleichzeitig mit dieser historischen Freiheitsutopie vernunfts- und naturrechtliche Argumente auftauchten, die das Vorgehen der Emder rechtfertigten aus der „ratio“ und der „aequitas“, den vernunftmäßigen Normen der Gerechtigkeit. Vorsichtig und kaum über die erwähnten Anklänge naturrechtlicher Argumentation in anderen Städten hinausgehend, geschieht das in zwei Briefen, in denen Ubbo Emmius dem neuen Emder Rat kurz nach Ausbruch des Aufstandes politiktheoretische Schützenhilfe leistet<sup>76</sup>. Der eigentliche Durchbruch erfolgte – nach Wangerin – jedoch erst in der im wesentlichen von Emmius stammenden Apologie, und zwar vor allem in ihrem zweiten, 1602 verfaßten Teil<sup>77</sup>. Hatten die Emder noch wenige Jahre zuvor im Kampf um den von Graf Edzard in Frage gestellten Delfzijler-

<sup>75</sup> Zur Person und Rolle des Kanzlers Thomas Franzius (1591–1597) Professor an der juristischen Fakultät, vgl. *Wiemann*, Grundlagen, 43, Anm. 50; *ders.*, Materialien, 150–160. Zur Einschätzung der Konkordate: *Schmidt*, Politische Geschichte, 222 f.; *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 138 ff. Franzius verdiente eine Monographie, weil sein Wirken und seine politiktheoretischen Überlegungen ähnlich wie diejenigen des Althusius über den ostfriesischen Zusammenhang hinausweisen.

<sup>76</sup> Briefwechsel des *Ubbo Emmius*, hrsg. v. *Hajo Brugmans* und *Franz Wachter*, I (Aurich 1911) Nr. 39 und 40, S. 71–76. – Zu Emmius und Ostfriesland vgl. neben *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, *J. J. Boer*, *Ubbo Emmius en Oost-Friesland* (Groningen 1935).

<sup>77</sup> *Emder Apologie*, 335–572. Dazu *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 235 ff., wo die Vermutung geäußert wird, diese Passagen stammten nicht von Emmius selbst. Wangerins Formulierung, diese Passagen belegten, daß ein „wirklich demokratischer Zug durch Emden“ gegangen sei (244), ist sozial- wie theoriegeschichtlich gleichermaßen verfehlt. Wie im Text ausgeführt, handelte es sich um eine „radikal-genossenschaftliche“ Bewegung.

Vergleich die unbedingte Gültigkeit einmal abgeschlossener Verträge postuliert, so griffen sie nun in der Apologie die Konkordate von 1599 scharf an: Statt als „Vertrag und Vereinbarung streitender Parteyen“ seien sie zum schweren Schaden „des armen Volcks ... als ein Decret oder befehl des Herrn Grafen“ erlassen worden<sup>78</sup>. Inhaltlich verstießen sie in „nit wenig Puncten connivendo wider die Väterliche Privilegien, freyheit und Gerechtigkeit“ der ostfriesischen Stände. Das alles liefe darauf hinaus, daß der ostfriesische Graf entgegen den friesischen Rechts- und Freiheitstraditionen seine Hoheit so steigern, daß sie derjenigen „anderer Chur- und Fürsten im Reich teutscher Nation“ gleichgestellt würde<sup>79</sup>. Ins Prinzipielle gewendet wird dann die Vertragskritik in der Auseinandersetzung mit dem Auricher Landtagsbeschluß von 1601, der eine dem Bürgerstand nachteilige Steuerregelung beschlossen hatte. Es ergibt sich eine explizite Umkehrung der traditionellen positivrechtlichen Vertragslehre des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtbürgertums. Denn man stellt den prinzipiell bindenden Charakter einer positiven Rechtsetzung in Frage<sup>80</sup>.

Doch selbst diese Wende war nicht ausschließlich, ja nicht einmal primär naturrechtlich bedingt. Sie ergab sich vielmehr aus einem Gemisch überkommener und neuer Rechtsgrundsätze, das die Theorie der „Emder Revolution“ *generell* charakterisiert: Neben dem abstrakten Postulat allgemeiner „Gerechtigkeit und Billigkeit“ steht der Hinweis auf Formfehler und die Ausübung von Zwang seitens des Landesherrn sowie – für unseren Zusammenhang bemerkenswert – das *radikalgenossenschaftliche* Argument, die von den Magistratsvertretern vorgenommene Unterzeichnung des Vertrages sei für die Stadt nicht bindend, weil sie ohne Wissen und Zustimmung des Bürgerverbandes erfolgt sei. Die Überwindung der positiven Vertragslehre und die dadurch ermöglichte Radikalisierung des städtischen Freiheitsanspruches war somit nicht nur eine Folge der historischen und der naturrechtlichen Wende in der Emder Theorie. Sie wurde vielmehr maßgeblich vorbereitet, ja mitgetragen von der genossenschaftlichen Politiktheorie des altständischen Bürgertums.

Die realpolitischen Konfrontationen zwischen Graf und Stadt zeigen unmißverständlich, daß es diese gemeindlich-genossenschaftlichen Denktraditionen waren, die den Kernbestand des städtisch-bürgerlichen Gegenmodells gegen das fürstliche Territorialstaatsmodell ausmachten: Bei seinem Versuch, durch eine persönliche Intervention die Stadt zur Annahme des Auricher Landtagsschlusses zu bringen, mußte Graf Enno feststellen, daß die Emder Politik im Sommer 1601 nicht vom Rat, sondern von den Vierzigern, dem Bürgerausschuß also, und einer Bürgerversammlung gemacht wurde. Diese Erfahrung konsternierte den Landesherrn aufs äußerste, offensichtlich, weil sie seinen herrschaftlich-territorialstaatlichen Ordnungsvorstellungen direkt widersprach: „Dieweil der Rath die Burger nit regieren, noch zu Gehorsamb pringen könnte, so müßte Er (d.h. der Graf) ... mittel und wege“ suchen, die „Widerspenstigen ... zu unterthenigem Gehorsamb“ zu bringen<sup>81</sup>.

<sup>78</sup> *Emder Apologie*, 236.

<sup>79</sup> *Ebd.* 238 ff.

<sup>80</sup> *Emder Apologie*, 395 ff. – Auslegung *Wangerin*, Geistiger Hintergrund, 236 ff. Zu den Ereignissen: *Schmidt*, Politische Geschichte, *Wiemann*, Grundlagen.

<sup>81</sup> *Emder Apologie*, 394.

Diese radikal-genossenschaftlichen Denkbilder des Stadtbürgertums wurden indes dadurch in einen qualitativ neuen theoriegeschichtlichen Zusammenhang gerückt, daß die in den Emder Propagandaschriften, namentlich in der Apologie, nach vorne tretende Freiheitslehre nicht mehr auf die Stadt begrenzt war, sondern auf das Territorium abzielte. Damit sollten faktisch für Ostfriesland die reichsverfassungsgeschichtlichen Weichenstellungen für den frühmodernen Fürstenstaat rückgängig gemacht werden. Zielvorstellung war eine Ständerepublik niederländischen Musters, in der die Grafen letztlich keine wesentlich andere Rolle hätten spielen können als die Oranierstatthalter in den benachbarten Provinzen. Und auch über einen weiteren, ebenfalls an niederländische Verhältnisse erinnernden Grundzug des Emder Freiheitsmodelles erscheint kein Zweifel möglich: Ungeachtet der Einbeziehung von Adel und Bauern in eine gemeindlich-genossenschaftlich fundierte Ständerepublik ging es real um die Errichtung einer Präponderanz des Bürgerstandes, konkret der Stadt Emden. Den Verfechtern dieses Konzeptes dürften dabei eher die Verhältnisse im benachbarten Groningen als diejenigen in den anderen niederländischen Provinzen, etwa in Holland, vorgeschwebt haben. Als sich Anfang des 17. Jahrhunderts der Adel auf den Boden der Konkordate von 1599 stellte und sich auch der politische Handlungsspielraum der Bauern als zu eng erwies, trat dieser bürgerlich-städtische Zuschnitt des territorialen Freiheitsmodells immer deutlicher zutage.

Wiederum läßt sich zeigen, wie auch in die Vorstellungen über die gesellschaftliche und politische Ordnung eines gemeindlich-genossenschaftlich strukturierten Territorialstaates Zentralelemente des älteren stadtbürgerlichen Ordnungsmodelles eingegangen sind: Im Zusammenhang mit der erwähnten Ablehnung des Auricher Landtagschlusses, der auf der Basis einer weitgehenden Steuerexemption des Adels die neue Interessenkoalition zwischen dem Landesherrn und der Ritterschaft gestiftet hatte, stellt die Emder Apologie die Adelsprivilegien grundsätzlich in Frage und postuliert stattdessen den Grundsatz der Entsprechung von Lasten und Privilegien, insbesondere dem Recht auf politische Partizipation:

„Und wer honorem, die Ehr / aus einem dinge  
suchet und sich zumasset / das der auch onera,  
die lasten / mit auff sich nehme / Wer das  
commodum oder Vorthail / genießen wil /  
das er auch incommodum, oder den schaden /  
mit fühlen / und also beyderseits die proportion  
und gleichmessigkeit in achtung nehmen solle.  
Item / Wer keine last begert zu tragen / das  
der keine Macht habe andern die last beyzu-  
schauben / und das er in solchen sachen / darzu  
er nichts thun wil / keine Stirn haben sol.“<sup>82</sup>

<sup>82</sup> *Apologie*, 405. – Weitere scharf antiadlige Passagen finden sich v.a. 440 ff., u. z. hier mit deutlichen naturrechtlichen Anklängen: „Diesem ihren wahn und einbildung (nämlich die Landtage nach Gutdunken manipulieren zu können H. Sch.) wollen Wir dis gewisse tieffgegründete fundament entgegen setzen / das auff der rechten vernunft und algemeiner erfahrung beruhet: Nemblich / das zu erhaltung der Natur und aller dingen nichts so nötig und nutze sey / als proportion

Das im ersten Teil unserer Überlegungen beschriebene Fundamentalprinzip städtischen Verfassungsdenkens erscheint hier ins Territorium verlängert. Den im mittelalterlichen Feudalsystem wurzelnden adligen Ordnungsvorstellungen, die in abgewandelter Form auch den frühmodernen Fürstenstaat mitprägten, wird das bürgerliche Prinzip gleicher Rechte und Lasten entgegengestellt. Von hierher war es nur noch ein kleiner Schritt zum prinzipiell antiadlig und antifürstlich eingestellten Republikanismus der niederländischen Regenten.

Dieser kleine Schritt wurde indes in Emden nicht vollzogen. Und auch die beschriebene radikalgenossenschaftliche Bewegung blieb auf eine kleine Gruppe innerhalb der dortigen Politikelite begrenzt. Ihre Erfolge waren zudem zeitlich befristet. Die calvinistische Stadtrepublik, wie sie sich schließlich in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts in Emden festigte, unterschied sich nicht qualitativ von den anderen autonomen Landstädten in der frühneuzeitlichen Geschichte Deutschlands. Ungeachtet vieler Sonderbedingungen, die zu Ende des 16. Jahrhunderts in der Nordwestecke des Reiches die städtische Freiheitsbewegung begünstigten, konnte sich auch hier eine im vollen Sinne republikanische Politik nicht durchsetzen. Das ist einerseits eine Folge des nur begrenzten Interesses der Generalstaaten an Ostfriesland, das eine andauernde und entschiedene Unterstützung der radikalen Partei in Emden oder gar eine Angliederung an die Union ausschloß. Zugleich ist es aber ein besonders markanter Beleg für die Stabilität des fürstenstaatlich bestimmten Reichsterritorial- und Reichsfriedenssystems der Frühneuzeit.

Emden bildete auch im weiteren Verlauf des frühen 17. Jahrhunderts einen Brennpunkt für die Geschichte des politischen Denkens. Denn von 1604 bis zu seinem Tod im Jahre 1638 wirkte dort Johannes Althusius als Ratssyndikus<sup>83</sup>. Unter ihm entfaltete sich in der ostfriesischen Hafenstadt eine spezifische Politiktheorie, die dem städtischen Kontext allenfalls indirekt verbunden war und daher im vorliegenden Zusammenhang nicht eigens zu erörtern ist. Unsere Ausführungen dürften jedoch verdeutlicht haben, daß zwischen der Politiktheorie des großen Juristen und den älteren gemeindlich-genossenschaftlichen Traditionen des Stadtbürgertums, die wir analysiert haben, eine Affinität bestand.

### III

Meine abschließende Zusammenfassung verknüpfe ich mit einigen Überlegungen zur Stellung des gemeindlich-genossenschaftlichen Partizipations- und Freiheitskonzeptes des deutschen Stadtbürgertums innerhalb der europäischen Geschichte des politischen Denkens.

und gleigmessigkeit: und das dis mit der naturlichen Vernunfft sonderlich ubereinstimme / das wer den grossten schaden traget / das demselbigen das grosseste vorthail auch zu gemessen geburt. Item / dem für andern / und am meisten an eine sach gelegen / das derselbe die furnemste stim auch habe.“

<sup>83</sup> Einschlägig hierüber: *H. Antholz*, Die politische Wirksamkeit des Johannes Althusius in Emden (Aurich 1955).



1. Im Verlaufe des späten Mittelalters entwickelte das deutsche Stadtbürgertum ein Vorstellungsbündel über die der Stadt gemäße Form der politischen Ordnung im Innern und über die sich daraus ergebende Stellung der Stadt innerhalb der übergreifenden politischen Einheiten des Territoriums wie des Reiches. Dieses politische Denken war pragmatisch und positivrechtlich, nicht philosophisch und theoretisch ausgerichtet. Da es aber gemeinsame Grundzüge besaß, läßt sich von einer impliziten Politiktheorie sprechen. Der Unterschied in der reichsrechtlichen Stellung der Städte, d. h. ob es sich um Reichs- oder Landstädte handelte, spielte für diese Politiktheorie im Nord- und Nordwestdeutschen Raum zunächst keine prägende Rolle. Das stadtbürgerliche Politikmodell war somit in diesem Raum des Reiches bis weit in die Frühneuzeit hinein kaum weniger breit fundiert als in den Städtelandschaften Oberitaliens oder Flanderns und Brabants. Inhaltlich war das stadtbürgerliche „Staats- und Gesellschaftsmodell“ gemeindlich-genossenschaftlich bestimmt. Die politische Ordnung im Innern sollte von drei Grundpfeilern getragen werden – den für alle Bürger unterschiedlos gültigen *Freiheitsrechten*; der Korrelation von *Rechten und Pflichten*, d. h. der Beteiligung aller an den städtischen Lasten und der direkten Mitverantwortlichkeit eines jeden für das Funktionieren des gemeinen Besten; schließlich durch die *genossenschaftliche Partizipation* der Bürger am Regiment ihrer Stadt, die sich namentlich im Moment des „genossenschaftlichen Urzustandes“ zu bewähren hatte. Das gleiche Prinzip verfassungsmäßiger Ordnung galt auch nach außen. Stadt und Territorium, bzw. Landesherr, standen in ordentlichen Vertragsbeziehungen zueinander. Auch in diesem Verhältnis war der Magistrat nur als Vertreter der Bürgergemeinde tätig. Grundsatzentscheidungen waren von den Bürgern insgesamt zu fällen. Die Grundlagen dieser verfassungsmäßigen Beziehungen wurden vom Landesherrn und Bürgerverband anlässlich der Erbhuldigung je neu gegenseitig beschworen.

2. Die politische und ideologische Offensive der herrschaftlich-territorialstaatlichen Ordnungsprinzipien hat die städtische Politiktheorie zunächst nicht geschwächt. Als Reaktion darauf kam es vielmehr im Verlaufe des 16. Jahrhunderts zu einer Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Denkens – jedenfalls in unserem nord- und nordwestdeutschen Beobachtungsraum. Wichtige Impulse gingen von den Stadt-reformationen aus sowie von der daran anschließenden konfessionellen Identifikation der Bürgergemeinden. Den Höhepunkt erreichte diese Bewegung in den Jahrzehnten vor Ausbruch des großen Krieges, als sich in zahlreichen Städten Bürgerbewegungen formierten, die nach Stärkung der genossenschaftlichen Partizipation im Innern sowie der städtischen Freiheitsrechte nach außen verlangten. Indem gegenläufig zu dieser gemeindlich-genossenschaftlichen Renaissance auch die territorialstaatlich-herrschaftliche Bewegung seit Mitte des 16. Jahrhunderts erheblich an politischer und theoretischer Dynamik gewonnen hatte, standen diese städtischen Partizipations- und Freiheitsbewegungen zu Anfang des 17. Jahrhunderts in einem neuen Bedingungsfeld. Der fürstliche Territorialstaat war seit 1555 rechtlich und politisch nachgerade unanfechtbar, und er besaß eine neue politische Theorie, die den Autonomieforderungen der nun eindeutig als „Landsstädte“ klassifizierten Kommunen den Boden entzog. Dennoch wäre es falsch, einseitig eine Krise der Städte und ihrer genossenschaftlichen

Politiktheorie zu diagnostizieren. Die Wucht der Krise des frühen 17. Jahrhunderts ergab sich vielmehr dadurch, daß zwei Kräfte aufeinandertrafen, die beide durch die Ereignisse des 16. Jahrhunderts gestärkt worden waren, wenn die realen Siegeschancen auch sehr unterschiedlich waren. Das Ausmaß dieser Krise sowie die Tatsache, daß sie nicht zuletzt das politische Bewußtsein des Stadtbürgertums geschärft hatte, schlug in einer ausgeweiteten Produktion von Rechtsdeduktionen, Denk- und Flugschriften zu Buche. In Städten wie Braunschweig, Emden und Korbach entfaltete das Bürgertum eine politische Propaganda, die in den beiden Jahrzehnten vor dem Krieg eine öffentliche Meinung erzeugte, die niederländische Verhältnisse anklingen läßt<sup>84</sup>. Theoriegeschichtlich war die neue Situation dadurch charakterisiert, daß die städtische Argumentation die neue juristische und politiktheoretische Stoßrichtung der Fürstentstaaten parierte, und zwar nicht nur dort, wo sie – wie in Emden und Korbach – mit den calvinistisch-monarchomachischen Gegenströmungen in Berührung kam.

3. Es gehört zu diesen Veränderungen in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, daß dem Kaiser und dem Reich bei den Konflikten innerhalb der Städte sowie zwischen den Städten und den Fürsten eine neue Funktion zugewachsen war. Das stand nicht im Widerspruch zur bekannten reichspolitischen Entwicklung des 16. Jahrhunderts, sondern war deren Konsequenz: Auf der Basis des 1555 festgeschriebenen Reichsterritorial- und Reichsfriedenssystems, das das Verhältnis zwischen Fürsten und Städten normiert hatte, waren Kaiser und Reich als Garanten dieses Systems zwangsläufig in den Vordergrund getreten. Für die Städte bedeutete das zunächst einmal einen Schutz gegen willkürliche Maßnahmen seitens der Landesherren. Und es lassen sich sogar Ansätze dafür erkennen, daß die Städte durch einen Rekurs auf den Kaiser und das Reich versuchten, ihre Position zu stärken. Das waren aber nur taktische Erfolge, während längerfristig Kaiser und Reich angesichts des territorialstaatlichen Zuschnittes der frühneuzeitlichen Reichsverfassung die Nivellierung der autonomen Freistädte zu ordinären Landstädten betrieben. In dieselbe Richtung wirkte das prinzipielle Friedensgebot und der Verweis auf den „Weg Rechtsens“, der den Städten zwar akut helfen konnte, ihnen längerfristig aber zum Nachteil gereichte. Bezeichnenderweise konnte man gerade in Emden ein Gegenmittel entwickeln, weil hier die mittelalterliche Autonomietradition fehlte und das Ringen um die städtische Freiheit von vornherein auf der Grundlage der frühneuzeitlichen Reichsverfassung erfolgte: Mit Hilfe des historisch-utopischen Freiheitsanspruches der Friesen stellte man die Gültigkeit der fürstlich bestimmten Territorialverfassung des Reiches für Ostfriesland schlechthin in Abrede. Daß man sich dabei u. a. auf kaiserliche Privilegien berief, war nur vordergründig paradox. Denn bei dem Kaiser, der die friesischen Freiheiten angeblich begründet hatte, Karl der Große nämlich, handelte es sich um einen früh-

<sup>84</sup> Hierher gehören auch die Reformschriften des Stralsunder Ratsherrn Balthasar Prütze, in denen sich altes Gewohnheitsrecht mit Elementen des politischen Denkens der Humanisten, wahrscheinlich auch Bodins, mischten. (*Langer*, Stralsund, 196 ff.). Auch der Hansebund entfaltete in jenen Jahrzehnten eine rege publizistische Tätigkeit. (*Schilling*, Konfessionskonflikte und Hansestädtische Freiheiten, 50f. mit älterer Literatur.)

mittelalterlichen Herrscher und nicht um das Oberhaupt des frühneuzeitlichen Reichssystems.

Im Gegensatz zu den Territorialstädten wirkten sich in den Reichsstädten die frühneuzeitliche Reichsverfassung und die von ihr hergeleiteten Eingriffe des Kaisers längerfristig als Stärkung der spezifisch bürgerlichen Verfassungsordnung und im Sinne einer Fortentwicklung der genossenschaftlichen hin zu frühneuzeitlich stadtrepublikanischen Formen aus<sup>85</sup>. Angesichts der geringen Zahl von Reichsstädten konnte das jedoch nicht die *kardinale Schwächung des städtisch-bürgerlichen Elementes* wett machen, die durch die Nivellierung der gemeindlich-genossenschaftlichen Tradition der großen territorialen Kommunen in der politischen Kultur Nord- und Nordwestdeutschlands eingetreten war<sup>86</sup>.

4. Um das gemeindlich-genossenschaftliche Ordnungsmodell des deutschen Stadtbürgertums inhaltlich in seinem entwicklungsgeschichtlichen Ort zu bestimmen, empfiehlt es sich, von dem außerordentlichen Erfolg auszugehen, den die Reformation in den deutschen Städten von Konstanz bis Schleswig und von Aachen bis Danzig hatte. Nach einer intensiven und fruchtbaren Forschungsdiskussion wissen wir

<sup>85</sup> Bereits *Nicolai Reusner*, *De Urbibus Gemaniae Liberis sive Imperialibus Libri Duo* (o.O. 1602), definiert die Freien Reichsstädte (v.a. in der Schweiz und in Sachsen gelegen) als solche „quae suis utuntur legibus *ad morem Rerumpublicarum*“. Die u.a. im Rheingebiet und Schwaben gelegenen Kaiserlichen Städte hebt er noch davon ab (a.a.O., 24). Später gilt die Verfassung aller Reichsstädte ungeachtet ihres Ursprungs als „republikanisch“. Vgl. etwa *Johann Stephan Pütter*, *Historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung Teutschen Reichs*, 2. Theil von 1538–1740 (Göttingen 1786) 208 ff., wo allerdings innerhalb dieser republikanischen Verfassung zwischen Städten mit reiner und solchen mit eingeschränkter aristokratischer Regierungsform unterschieden wird. Die Vielzahl der einschlägigen zeitgenössischen und geschichtswissenschaftlichen Darstellungen kann hier nicht aufgelistet werden. Aufschlußreich sind vor allem noch *Mal-blank*, *Abhandlungen*; *Tobias Ludwig Ulrich Jäger*, *Juristisches Magazin für die deutschen Reichsstädte*, (Ulm 179 ff.); *Johann Jacob Moser*, *Teutsches Staatsrecht*, (Nürnberg 1737–54) Bde. 39 bis 43; *ders.*, *Von der Reichs-Städtischen Regimentsverfassung* (Frankfurt und Leipzig 1712); *ders.*, *Neues teutsches Staatsrecht*, Bd. 18. – Von den geschichtswissenschaftlichen Darstellungen seien nur genannt die vorzüglich, vor allem die süddeutschen Reichsstädte berücksichtigende Skizze von *Hermann Conrad*, *Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Reichsstädte im Deutschen Reich* (etwa 1500–1806), in: *Studium Generale* 16 (1963) 493–500; *R. Hildebrandt*, *Rat contra Bürgerschaft. Die Verfassungskonflikte in den Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege* 2 (1974) 221–241.

<sup>86</sup> Wie sich über alle Umbrüche hinweg aus den mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Traditionen eine spezifisch politische Kultur entwickeln konnte, zeigt heute das Beispiel der beiden Bundesländer Bremen und Hamburg. Helmut Berding stellt daher zu recht in seinem Überblick über den politischen Regionalismus in der Bundesrepublik den „willkürlich zusammengesetzten Ländern wie Rheinland-Pfalz“ die „traditionsreichen Staaten wie Bayern und die Hansestädte“ gegenüber. *Helmut Berding*, *Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus*, in: *Hans Patze* (Hrsg.), *Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten* (1866) (Marburg, Ulm [Selbstverlag des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine] 1985) 111–133, hier: 132. (Abdruck auch in: *Blätter für Deutsche Landesgeschichte* 121, 1985) – Vgl. auch *Rainer Postel*, „Hanseaten“. *Zur politischen Kultur Hamburgs, Bremens und Lübecks*, in: *Hans-Georg Wehling* (Hrsg.), *Regionale politische Kultur* (Stuttgart 1985) 15–35.

heute, daß dies wesentlich bedingt war durch die Übereinstimmung der gemeindlich-genossenschaftlichen Elemente in der Verfassung der Städte, die die Bürger zudem noch als Heilsgemeinschaft begriffen, mit den Grundlagen des Gemeindechristentums – des zwinglianischen ebenso wie des lutherischen<sup>87</sup>. Auch nach der Reformation blieb die in den Städten geforderte Religionsfreiheit im wesentlichen genossenschaftlich bestimmt, sieht man einmal von Strömungen vor allem auf dem „linken Flügel“ der Reformation ab, die entwicklungsgeschichtlich sehr wichtig sind, im 16. Jahrhundert aber Episode blieben. Von der so markant ausgeprägten Forderung der Städte auf religiöse Selbstbestimmung führte kein direkter Weg hin zur neuzeitlich individualistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit. Denn in Fortsetzung der mittelalterlichen Tradition war mit Selbstbestimmung die genossenschaftlich legitimierte Selbstbestimmung des Bürgerverbandes, nicht aber diejenige des einzelnen Bürgers gemeint. Das trifft auch für Emden zu, insofern hier 1595 eine calvinistische Stadtgemeinde errichtet wurde, die den lutherischen oder gar den katholischen Einwohnern ganz selbstverständlich die religiöse Selbstbestimmung versagte. Diese kommunale Fixierung der Gewissensentscheidung ist umso gewichtiger, als hier ungleich stärker als bei den Finanzen, der Außenpolitik oder dem Militärwesen der einzelne Mensch in seiner Persönlichkeit, seinem individuellen Seelenheil getroffen war. Diese dialektische Spannung zwischen mittelalterlich-genossenschaftlichem Denken und neuzeitlichem Individualismus markiert nicht nur die Grenzen der Stadtreformation, sondern des gemeindlich-genossenschaftlichen Politik- und Gesellschaftsmodells allgemein. Es läßt sich die These verfechten: Weil das genossenschaftliche Prinzip in den deutschen Städten des Mittelalters so stark war und in die Reformation neu fundiert wurde, tat sich das deutsche Bürgertum im 17. und 18. Jahrhundert so schwer, vom vormodernen „Kommunalismus“ – um diesen von Peter Blickle eingeführten Begriff zu verwenden – auf den neuzeitlichen Republikanismus umzuschalten.

5. Ungeachtet dieser Feststellung erscheint es mir aber theoriegeschichtlich wenig fruchtbar und auch nicht sachgerecht, diese älteren politischen Vorstellungen des Stadtbürgertums als traditional und undynamisch zu klassifizieren, um sie von den „eigentlichen“ progressiven Theorien des Naturrechtsdenkens oder der Monarchomachen abzusetzen. Wie insbesondere die Diskussionen im Umkreis der Emder Revolution beweisen, waren die Verhältnisse wesentlich komplexer: Die gemeindlich-genossenschaftliche Reaktion im Stadtbürgertum des 16. Jahrhunderts gab den Resonanzboden für diese neuen Ideen ab. Sie erscheinen eher als Schritt auf einer vorgezeichneten Linie denn als Wechsel der Richtung. Ja noch mehr: Das gemeindlich-genossenschaftliche Denken selbst war offensichtlich keineswegs unfähig, sich mit diesen neuen Ideen zu amalgamieren.

<sup>87</sup> Literaturüberblicke: *H.-Cb. Rublack*, Forschungsbericht Stadt und Reformation, in: *Bernd Moeller* (Hrsg.), *Stadt und Kirche im 16. Jahrhundert* (Gütersloh 1978) 9–26, *Kaspar von Greyerz*, *Stadt und Reformation: Stand und Aufgabe der Forschung*, in: *Archiv für Reformationsgeschichte* 76 (1985).

Nun ist es zwar richtig, daß solche Ansätze die Ausnahme waren, während in der ganz überwiegenden Zahl der Städte sowohl die innerstädtische Partizipations- als auch die außerstädtische Freiheitsdiskussion in den überkommenen Bahnen ablief. Doch auch dies scheint mir kein Beweis für eine prinzipielle Unfähigkeit des deutschen Stadtbürgertums, sein politisches Denken fortzuentwickeln. Denn es ist zu beachten, daß in Deutschland, zumal in den Hansestädten, das altständische Bürgertum auf der Basis seines Freiheitsverständnisses, das uns erst im Vergleich zu den neuen Theorien traditionell erscheint, im Mittelalter große Erfolge erzielt hatte. Vor dieser positiven Erfahrung, die auch Anfang des 17. Jahrhunderts noch nicht generell umgeschlagen war, sah man offensichtlich kein Bedürfnis für eine neue Politiktheorie. Und schließlich erscheint es mir geboten, dieser stadtbürgerlichen Politiktradition ein größeres Gewicht in der politischen Kultur der Deutschen beizumessen, auch wenn sie im 17. und 18. Jahrhundert im wesentlichen auf die Reichsstädte geschrumpft war. Zwar ist unbestreitbar, daß man den historisch-realistischen Ansatz des frühneuzeitlichen Republikanismus in Westeuropa nie erreichte, sondern die traditionellen aristotelischen Wege beschritt. Man entwickelte auch keine den genossenschaftlichen Bürgerverband transzendierenden Partizipationsmuster. Das markiert die prinzipiellen Grenzen der frühneuzeitlichen Politikdiskussion in den deutschen Städten. Modern-republikanische Ideen drangen erst mit der Französischen Revolution in die Städte ein und hatten es schwer, sich gegenüber den genossenschaftlichen Freiheitsvorstellungen durchzusetzen. Unverkennbar ist aber, daß auch auf diesen Wegen ein Gegenentwurf zu dem in Deutschland und Europa vorherrschenden Staatsmodell der Fürstenstaaten entstanden war. Ihn zeichnen hauptsächlich vier Strukturelemente aus:

- Das Prinzip der Egalität innerhalb der politischen Eliten und die radikale Ablehnung der Einpersonenherrschaft.
- Die „konstitutionell“ festgeschriebene Teilhabe des Bürgers als Mitglied des gemeindlich-genossenschaftlichen Rechtsverbandes an der Regierung und Verwaltung seiner Stadt.
- Der öffentliche Charakter der städtischen „Staatsgewalt“ und deren Verpflichtung auf das vom privaten explizit unterschiedene allgemeine Interesse – für die niederländischen Regentenrepublikaner ein Strukturmerkmal jeder Republik<sup>88</sup>.
- Schließlich, in Fortsetzung der mittelalterlichen Norm, daß alle Grundsatzentscheidungen von der Bürgergemeinde mitzutragen seien, die Teilhabe des Bürgerverbandes an der Bestimmung des „Gemeinen Besten“, zumindest aber die Kontrolle darüber<sup>89</sup>. Hierin sehe ich die bedeutendste Entsprechung zwischen dem städtischen und dem republikanischen Politikmodell. Beide heben sich an diesem für die politi-

<sup>88</sup> Schilling, Regentenrepublikanismus (wie Anm. 13).

<sup>89</sup> „So wenig in der Regel einem Reichsstädtischen Magistrat die administratorische Gewalt in Ansetzung der Stadt-Einkünfte widersprochen werden kann; so gewiß ist es jedoch auch auf der anderen Seite, daß die Bürgerschaft eine Concurrent und Theilnehmung an dieser Gewalt begehen könne, sobald der Magistrat die Absicht der ihm erteilten Vollmacht nicht ganz erfüllt, das *gemeine Beste* nicht vor Augen hat, überall nur seinen Privatvortheil beherzigt, die Finanzzweige für die Macht vernachlässigt, das Aerarium mit großen Schulden beschweret, und zu dessen Verfall den Weg bahnt.“ (Malblank, Abhandlungen, 99).

sche Kultur so zentralen Punkt vom absolutistischen Fürstenstaat ab, wo das „Gemeine Beste“ von oben, vom Staat und seiner Beamtenschaft her formuliert und bewerkstelligt wird, losgelöst von der Gesellschaft also, wenn auch gedacht zu ihrem Wohle<sup>90</sup>.

6. Meine Ausführungen über die Renaissance des gemeindlich-genossenschaftlichen Bürgerpathos und die darauf aufgebaute These, es sei prinzipiell in der Lage gewesen, Elemente der neuen Politiktheorie aufzunehmen, ist allenfalls in Bezug auf das Reich überraschend. Für die niederländische Geschichte ist die gemeindlich-genossenschaftliche Reaktion des Stadtbürgertums zu Ende des 16. Jahrhunderts evident, ebenso die Transformation seines politischen Denkens hin zu neuzeitlichen Formen, die den städtischen Rahmen sprengen und in ihrer Konsequenz modern-individualistischer Qualität waren. Zwischen den Verhältnissen im Reich und den Entwicklungen in den Niederlanden sind somit zunächst einmal weniger Abhängigkeiten in die eine oder andere Richtung zu konstatieren als Parallelerscheinungen. Daß in den Niederlanden der Weg in die frühneuzeitliche Republik beschritten werden konnte, in Deutschland dagegen selbst in direkt den Niederlanden benachbarten, strukturverwandten Regionen eine solche Entwicklung blockiert war, hing nicht mit den Stärken oder Schwächen im politischen Denken des jeweiligen Bürgertums zusammen. Das läßt sich auch nicht primär konfessionsgeschichtlich erklären. Es lag vielmehr in der Konsequenz der unterschiedlichen politischen und vor allem verfassungsrechtlichen Entwicklung, die die burgundischen Provinzen einerseits und das übrige Reichsgebiet andererseits seit dem ausgehenden Mittelalter durchlaufen hatten.

Diese Beobachtung läßt sich m.E. auch auf andere Randgebiete des mittelalterlichen Reichs ausweiten: Im europäischen Vergleich schält sich aus unseren Überlegungen, (v.a. aus den reichspolitischen Zusammenhängen, oben Punkt III, 3) die These heraus, daß die Stärkung der städtischen Freiheitsbewegungen und deren Fortentwicklung zu republikanischen Theorien in Oberitalien, der Schweiz und in den Niederlanden nicht zuletzt dadurch begünstigt wurde, daß diese Länder von der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Formierung des Reichssystems nicht mehr betroffen wurden.

Diese Aussagen über funktionale Parallelen lassen aber zugleich mit aller Schärfe einen Unterschied hervortreten, der die neuzeitliche Geschichte des politischen Denkens in Europa und die damit befaßte Historiographie nachhaltig geprägt hat. Ich meine die Tatsache, daß sich eine explizite politische Theorie zuerst in den italienischen Städten entfaltete und diese dann vor allem in den Niederlanden und England fortentwickelt wurde. Die deutschen Städte besaßen im späten Mittelalter eine blühende Chronistik; eine explizite politische Theorie entwickelten sie nicht.

<sup>90</sup> Vgl. *Schilling*, Regentenrepublikanismus; vgl. auch die wichtigen Beobachtungen am Beispiel Hessen-Kassels bei *R. von Friedeburg*, Der „Gemeine Nutz“ als affirmative Kategorie, in: *Zeitschrift des Vereins für Hess. Geschichte und Landeskunde* 89 (1982/83) 27–49, mit einem interessanten Ausblick auf „nötiges Mißtrauen“ gegen „gemeinnützige Absichten des gegenwärtigen“ Wohlfahrtsstaates.

7. Das führt zu meinem letzten Punkt, der Nomenklatur und dem Paradigma, unter denen das *gemeindlich-genossenschaftliche Partizipations- und Freiheitsdenken* des spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtbürgertums im Reich zu diskutieren ist. Die eingeführte Sprechweise ist eben diese von der „*genossenschaftlichen*“ Tradition. Sie kann sich auf die ältere, vornehmlich rechtsgeschichtlich ausgerichtete Stadtgeschichtsforschung berufen sowie vor allem auf den Rechtshistoriker Otto von Gierke. Problematisch ist die mangelnde Resonanz dieses Paradigmas in der internationalen Forschung, vor allem in der Geschichte der neuzeitlichen Politiktheorie. Peter Blickle, der dieses Dilemma als erster erkannte, hat den Begriff „*Kommunalismus*“ eingeführt<sup>91</sup>. Abgesehen von dem systematischen Problem der Verkopplung von Entwicklungen in den Städten und auf dem Land, das hier nicht zu diskutieren ist, fürchte ich, daß forschungsstrategisch auch dieser Begriff eher als Ausdruck deutscher Besonderheit denn als Angebot zum internationalen Vergleich aufgefaßt werden könnte. Unter diesem Aspekt erscheint mir Koenigsbergers Anregung fruchtbar, den beschriebenen Sachverhalt unter dem Paradigma „Republik/Republikanismus“ zu diskutieren. Es hat sich zwar gezeigt, daß von einem veritablen Republikanismus in den deutschen Städten bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges und darüber hinaus keine Rede sein kann. Ebenso unmißverständlich sollte aber betont werden, daß die politischen Ordnungsvorstellungen des deutschen Stadtbürgertums jenem breiten Strom des alteuropäischen politischen Denkens zuzurechnen sind, aus dem der frühneuzeitliche und schließlich der moderne Republikanismus hervorgegangen ist.

<sup>91</sup> Peter Blickle, *Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch* (München 1981); *ders.*, *Der Kommunalismus als Gestaltungsprinzip zwischen Mittelalter und Moderne*, in: *Gesellschaft und Gesellschaften*, Festschrift für Ulrich Imhof (Bern 1982) 95–113.

*Wim P. Blockmans*

## Alternatives to Monarchical Centralisation: The Great Tradition of Revolt in Flanders and Brabant

One of the first deeds of the revolutionary magistrate which took power in Ghent on the 1st of November 1577, was to propose to the city of Brussels to revive the alliance made by Flanders and Brabant in 1339<sup>1</sup>. This was concluded at the time when King Edward III was seeking support in the Low Countries in his struggle for the kingdom of France. Ghent, and the other leading towns of Flanders rejected the authority of their count and took sides with the king of England. It was in Ghent that Edward took the title of king of France, and that the Flemings recognised him as their sovereign<sup>2</sup>.

The reference made in 1577 to these events concerns a whole political programme which the city authorities of Ghent proposed to the States General in May 1579, to be implemented if the peace negotiations with the King of Spain at Cologne were not successful<sup>3</sup>. The general tendency of this programme was the formation of a city-state system, bringing the whole county of Flanders under the control of the three great cities Ghent, Bruges and Ypres.

Ghent prescribed in its own quarter

- the abolition of autonomous rural districts,
- the creation of a council of representatives of the towns to decide in matters of state, war and public order,
- the reservation for Ghent of one third of the votes in the appointment of aldermen in the smaller towns.

After the introduction of this political system in the quarter of Ghent, it would be recommended for introduction in the three other quarters of the county. At the same time, the so-called Calvinist Republic of Ghent restored the medieval corporative organization which Charles V had abolished after a revolt in 1540.

This model of government elaborated experiences repeatedly made in the history of the Netherlands during the 14th and 15th centuries, and even earlier and was ex-

<sup>1</sup> *A. C. de Schrevel*, *Le traité d'alliance, conclu en 1339 entre la Flandre et le Brabant, renouvelé en 1578* (Bruges 1922). For the circumstances and the content of the alliance, see *H. S. Lucas*, *The Low Countries and the Hundred Years' War, 1326–1347* (Ann Arbor 1929) 348–352.

<sup>2</sup> *Lucas*, *Low Countries*, 364–366.

<sup>3</sup> *J. Decavele*, *De mislukking van Oranjes 'democratische' politiek in Vlaanderen*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 99 (1984) 638–640.



tended by the claim that the people had the right to choose their prince and to limit his authority with specific conditions for his rule<sup>4</sup>.

Since human innovations often take place in the mental context of references to examples in the past, it seems important to have a look at the precedents for this rejection of monarchical authority. The current expression of "chose publique" or "res publica" which had for a long time been part of the rhetoric of royal chanceries, now became the prerogative of the representatives of the people only. We will pay special attention to Flanders and Brabant not only because they both offer interesting traditions of rejection or reduction of monarchical power, but also because they were the leading principalities in the Netherlands up to the early years of the Revolt. As an indication of this weight, it is sufficient to point to the division of the taxes, established by the States General. Flanders usually paid 34% of the burden, Brabant about 29%, Holland and Zeeland together between 15% and 17%, Guelders 12%, and the other much less<sup>5</sup>.

In this respect, it is hardly surprising that it was the city of Ghent that gave the example of the abrogation of the authority of King Philip II as early as the 6th of August 1579, two years before the Generality did so<sup>6</sup>. Since the king had refused to accept reasonable conditions for peace, his sovereignty was said to have devolved upon the city magistrate. This interpretation went even further than that of the States General in 1581, which still provided for a new prince and lord (not for a sovereign, given the restrictions imposed on the monarchical power for the future); he had to be chosen by themselves and to be held to well defined rules and controls. It was no accident that even this famous Act of Abrogation was written by a Brabantine lawyer who could refer to the long Brabantine "constitutional" tradition<sup>7</sup>.

I shall now first discuss the type of legitimation offered by the monarchs in their negotiations with the representative institutions, and then look for the paths along which these latter developed alternative views. The legitimation of its power offered by the monarchy was absolutely conventional. In his emotional speeches to the States of Flanders in 1470 and 1475, Charles the Bold presented himself as the biblical "Good

<sup>4</sup> W. P. Blockmans, *Du contrat féodal à la souveraineté du peuple. Les précédents de la déchéance de Philippe II dans les Pays-Bas (1581)*, in: *Assemblee di Stati e Istituzioni rappresentative nella storia del Pensiero Moderno* (Rimini 1983) 135–150.

<sup>5</sup> The division, mentioning a share of 12% for Brabant and Holland-Zeeland each, quoted by *Decavele*, *De mislukking*, 648, may have been somewhat distorted by the situation at the particular moment between the 1st of December 1578 and the 24th of September 1579. The share of Flanders had also amounted up to 34% during the period of 1540–48. The duchy of Guelders at that time contributed almost nothing because it had been incorporated in 1543 only; therefore, the shares of Brabant and Holland-Zeeland were considerably higher in 1540–48: 28,76% and 17,06% respectively: *N. Maddens*, *De beden in het graafschap Vlaanderen tijdens de regering van keizer Karel V (1515–1550)* (Standen en Landen LXXII, Heule 1978) 1–11. It seems obvious that Brabant was treated exceptionally generously in 1579 because of the reluctance of the clergy and the nobility to join the Revolt.

<sup>6</sup> *Decavele*, *De mislukking*, 639.

<sup>7</sup> *M. E. H. N. Mout*, *Plakkaat van Verlatinge 1581* (The Hague 1979) and *Blockmans*, *Du contrat féodal*.

Shepherd" and father, who treats his subjects with love, but who is severe when they disobey<sup>8</sup>. The mention that the Shepherd sacrifices his life for his flock resounds in the words of Charles the Bold as well as in those of Philip II: both say that the only sacrifice they did not yet provide for their subjects was, in fact, their own life. As is well known, Charles the Bold died on the battlefield before Nancy. Since every subject can address directly the monarch to obtain his right, Charles considered intermediary institutions such as the town magistrates and the States merely as impediments for an efficient government; they claimed authority over revenues which in fact were derived from monarchical prerogatives. Instead of treating with them, which always had resulted in reluctant and belated aids, the duke wished to administer everything himself<sup>9</sup>.

In a discourse before the States General in 1473, chancellor Hugonet equally considered it convenient to offer a legitimation of the monarchy. Following the late medieval commonplace, he discerned three forms of government: that by the community, by the aristocracy ("par certain nombre de vertueux") and monarchy. This is the most "utile, plus expedient et plus fructueuse" because it provides the best "concordance" in governing. The metaphor of the human body and the reference to the one and only allmighty God were the positive arguments the chancellor could mention. The monarch and the subjects should strive together for "le commun bien de la chose publique"<sup>10</sup>. In this short sentence, we find joined two expressions which got specific significations in later centuries: the common wealth and the republic. From the 14th to the 16th centuries, however, they were both used in a very general sense, both by the monarchs and by the representatives of the subjects. In 1552 for instance, Charles V called the Pragmatic Sanction of Augsburg "une œuvre si necessaire et salu-

<sup>8</sup> L. P. Gachard, Collection de documents inédits concernant l'histoire de la Belgique, 3 vols. (Brussels 1833-35) I, 219-225 and 249-259. The following quotation on I, 255: "Dist outre que, combien mondit seigneur, a toute extreme diligence, se soit employe a la tuicion et deffence de sesdits subjectz de Flandres, et que en ce il n'ait espargnie ne corps ne chevanche, ains comme bon pasteur y a employe son ame, *bonus etiam pastor animam suam ponit pro ovibus suis* (...) toutesvoves iceulx subjectz se sont demontrez ingratz devers lui (...) de tout son temps, il a voulu faire avec ses dits subjectz de Flandres par voye d'amitie et proceder comme pere avec ses enfans." This obviously is a reference to the Bible, John 10:11-18, which text runs as follows: "I know my sheep and my sheep know me like the Father knows me and I know the Father and I wage my life for the sheep. I have more sheep from other flocks which I have to guide and they will hear my voice and become one flock and one shepherd."

<sup>9</sup> Ibidem, I, 223: "Je say bien qu'il en y a des aulcuns qui me hayent: et, entre vous Flamengs, avecq vos dures testes, avez tousjours contempné au hay vostre prince, car, quant ilz n'estoient point bien puissant, vous les contempnastes, et, quant ilz estoient puissans et que vous ne leur povoyés rien faire, vous les haystes. J'aime mieulx que vous me hayés que contempnez; ne pour vous privileges, ne aultrement, ne me lesray fouler, ne emprendre rien sur ma haulteur et seignourie, et suy puissant assez pour y resister."

<sup>10</sup> J. Bartier, Un discours du Chancelier Hugonet aux Etats généraux de 1473, in: Bulletin de la Commission royale d'Histoire CVII (1942) 136-139. An account of the speech and further enouncements by chancellor Hugonet in the States General of 1476 are to be found in J. Cuvelier, J. Dhondt, R. Doeberd, Actes des Etats Généraux des Anciens Pays-Bas, 1427-1477 (Brussels 1948) 224-266.

taire a toute la Republique Chrestienne"<sup>11</sup>. As a legitimization of monarchical power, all this sounded very conventional, and in accordance with the legacy of Aristotle, transmitted through the Arabs to Western Christendom. In similar speeches by Chancellor Gattinara in the States General in 1520 and 1521, references were made to Caesar, Octavian and other Roman emperors who were praised for their clemency and sweetness. Following their example, Emperor Charles V "veult estre non seullement Roy et seigneur, mais pere, protecteur, deffenseur et liberateur": the paternalistic view already expressed fifty years earlier by his great-grandfather duke Charles the Bold. The same arguments and themes continued to be used to underpin the monarchical authority in the States General<sup>12</sup>. In 1540, right after the repression of the Ghent revolt, Charles was presented again as the clement upholder of law and order: he had to "mectre l'ordre pour l'advenir au bon gouvernement et administracion des affaires publiques (res publica) desdits pays, tout au fait de la justice que la police d'iceulx pays"<sup>13</sup>.

The image of the human body was used again in 1542 to urge the representatives in the States General to stay united during the emperor's absence, ("conioinctz comme tous estans membres d'ung corps soubz ung chief et pere"<sup>14</sup>). The theme of the paternal affection was repeated from Charles the Bold to Philip II. Even when from 1540 onwards, the notions "bon prince", "bon gouvernement" and "bonne administration" appear frequently, their content remained purely conventional: "la quietude et tranquillite de ces pays", "la bonne et paternelle affection que sa majesté a tousiours porté ausdiz pays et subiectz".

Philip II again presents himself as the good and loving father providing protection against an evil enemy: "faict (pour la preservation et protection de ses pays et sujets) tout ce que ung bon prince desirans se montrer vray pere de ses subiectzouldra et polroit faire"<sup>15</sup>.

This review of the legitimization of the monarchy, as it was presented to the members of the States General, shows an entirely traditional and immobile view on the exercise of power. It did not provide for any old or new tendencies in the society claiming a more pluralistic political system. The monarch is a good and loving father who sometimes has to castigate his ungrateful children.

On the other side, real day-to-day problems taught the subjects how to oppose extravagant monarchical power. Of course, circumstances could favour or prevent the development of civil rights. In the duchy of Brabant, the dynasties had to face an extraordinary level of discontinuity: from 1261 to 1430, 8 out of the 9 successions to the throne created serious difficulties because the heir was minor or linked to a foreign dynasty. Moreover, financial difficulties of the duchy added to the opportunities for the subjects to intervene. A clear case was the succession by Duke John III. His father

<sup>11</sup> Brussels, Algemeen Rijksarchief, Raad van State en Audiëntie, (further: ARA, RSA) 648 f° 269 v°.

<sup>12</sup> ARA, RSA, 1232 f° 9–22.

<sup>13</sup> ARA, RSA, 1232 f° 98 r° and v°.

<sup>14</sup> ARA, RSA, 1232 f° 129.

<sup>15</sup> ARA, RSA, 647 f° 119 (anno 1559), 648 f° 63 r° and v°, f° 264 (anno 1550).

could foresee the difficulties since in his will of 1312, just before his death he installed a council of regents for his twelve years old heir. However, the debts left by the duke created such immense trouble for the international trade of the Brabanters, that the representatives of Antwerp organised a coalition of the towns and of the nobility to get a firmer grip on the government. In 1314, the towns managed to get control over the finances of the duchy by offering an aid to resolve the urgent needs but, at the same time, by themselves taking care of the payments to the duke's creditors. They imposed a new council of regents, in which the towns had at least an equal number of members as the nobles. And, most remarkable of all, they could prolong the official minority of the duke for another six years, so that it lasted from 1312 to 1320, when John III was already 20 years old<sup>16</sup>. As it is well known that the usual age of majority was 14 or 15, the postponement up to the age of 20 was a drastic infringement of the duke's prerogatives. The financial difficulties left by the former duke explain the necessity of a prolonged period of stabilisation. Nevertheless, the regency offered opportunities for the cities to govern during six years, to appoint officers, to use the duke's seal and all his other rights.

Of course, this situation was an emergency, and the regency did not deny the duke's right to take over the government when the problems would be cleared. But their autonomous decision to continue the regency was legitimised by the "common interest", an argument the burghers could now use in their own – often private – interest.

Although John III proved to be a cunning and firm duke, his succession created anew a constitutional problem. Again, the great cities took initiatives which went far beyond the rules of traditional monarchy. John III died on the 5th of December 1355. His principal heir was a daughter, married to Wenceslas, count of Luxemburg and brother of emperor Charles IV. The will included secret stipulations giving parts of the duchy as apanages to the duke's younger daughters; thus, the important towns of Antwerp and Mechelen would pass into the hands of the count of Flanders who was married to Margaret of Brabant. The cities were firmly opposed to this partition of the territory and also feared foreign interventions in the government.

What followed could be the plot of a thrilling novel. Representatives of the city of Louvain – the oldest of the duchy – brought the duke's archives within their walls, and adapted a tower of Saint Peter's church as a fortified room to keep them. Three keys were made for the chest in which the charts were kept: one for the duchess, another for the city of Brussels, and the third for the city of Louvain. The latter city, however, was the sole holder of the keys of the gate leading to the archives<sup>17</sup>.

Meanwhile, the dead duke's body was not buried. This meant that no succession was possible and that the power could be legitimately exercised by others in the name of the late John III. We find here an early example of the medieval theory that the King

<sup>16</sup> P. Avonds, *Brabant tijdens de regering van Hertog Jan III (1312–1356)*. De grote politieke crisisen (Brussels 1984) 17–77.

<sup>17</sup> *Ibidem*, 184–224.

embodies public authority and therefore never dies. As long as there is a body of a ruler, the government can thus be exercised in his name<sup>18</sup>.

Again, the burghers managed to prolong the power vacuum in order to obtain the guarantees they wanted. A first step was the concession, on the 3rd of January 1356, of a long charter, the famous "Blijde Incomst" or "Joyeuse Entrée". It was not sealed, however, before the 20th of February, when Joan and Wenceslas held their Entry in Louvain. Only then was her father's body buried, two and a half months after his death. It is obvious that the towns used all the means at their disposal to get their view accepted and to enlarge their influence. They built up a tradition of interference in government and in postponing the recognition of their dukes until their conditions had been met. Although the Inauguration Charter was formally invalidated since August of the same year 1356, similar texts were conceded at every succession in Brabant until 1794<sup>19</sup>.

A third occasion in which the Brabantine towns, supported by the larger part of the nobility, took effective power occurred when duke Anthony was killed in the battle of Agincourt, in 1415. His eldest son, John, was not yet thirteen. The States of Brabant immediately took over the government, took all the measures for the funeral, recognized John as the successor to the throne and installed a Regency council of eleven members, two prelates, five noblemen and representatives of each of the four major cities. Within the two first weeks of November 1415, the States created a government responsible to them and acting in the name of the duke. The States firmly resisted claims by John's uncle Duke John the Fearless of Burgundy, to the exercise of the regency and by the Roman King Sigismund who claimed that the duchy had fallen to him since 1405. The Regency Council provided for the normal government in all its aspects. The States kept a firm control by prescribing that all acts issued by the duke should be sealed in the presence of four councillors at least, whose names were to be mentioned in the act. In this way, the States introduced the system of the responsibility of the councillors towards the representation of the subjects<sup>20</sup>. After two years, the duke was near to reach his fifteenth anniversary. Clearly pushed by one councillor belonging to the lower nobility, he tried to get rid of the control by the regents and the States. He succeeded with the former, not with the latter. Conflicts arose between individual barons and cities on the one hand, and the duke or his court on the other. The loss of Holland and Zeeland, in which duke John IV had acquiesced notwithstanding an aid granted by the States to recover them, provoked indignation. In May 1420, the city of Louvain summoned the other towns and several nobles. They drafted a list of grievances against the government, for which the duke's councillors were held

<sup>18</sup> E. Kantorowicz, *The King's Two Bodies. A Study in Medieval Political Theology* (Princeton 1957) 314 ss; B. Guéné, *L'Occident aux XIVe et XVe siècles. Les Etats* (Paris 1971) 87: the sequence "le Roi est mort – vive le Roi", during funeral ceremonies equally illustrates the continuity of royal power through the bodies.

<sup>19</sup> R. van Uytven and W. Blockmans, *Constitutions and their application in the Netherlands during the Middle Ages*, in: *Revue belge de Philologie et d'Histoire* XLVII (1969) 406–410.

<sup>20</sup> A. Uyttebrouck, *Le gouvernement du duché de Brabant au bas moyen âge (1355–1430)* (Brussels 1975) 490–496.

responsible. The States considered themselves empowered to initiate a trial for infringements against the Inauguration Charter and the Regency stipulations. The complaints against the bad councillors were simply refuted by the duke: he considered them responsible only to himself. He equally dismissed the claims by the States for control of the expenditure of the aids, of financial policy and of the nomination of high officers.

After several months of sharp confrontations, the duke fled from Brussels on the 30th of September 1420, which opened the opportunity for the States to call upon his younger brother, Philip of Saint-Pol, to act as regent. Again, the States held "evil councillors" responsible for bad government and evil advice to the duke. Again, the States took over all the responsibilities and prerogatives, such as raising troops and nominating officers. The regent had agreed to rule with full respect for the privileges and to follow the advice of councillors appointed by the States. After two attempts to get control in Brussels, which failed mainly because of popular uprisings against John IV and his patrician partisans, the duke had to submit entirely to the conditions of the States on the 4th of May 1421. He had to subscribe to the principle that the States could lawfully refuse any service to the duke and choose a regent in his place in the case that, and as long as, the duke infringed any rights or privileges of the three States or any of their separate members.

Confrontations during the following years showed the firm intention of the barons and towns to keep the control they had gained<sup>21</sup>.

It is obvious that none of these cases shows any republican thought: always, the barons, cities and States acted in the name of the prince. Materially, they had nevertheless been building up a tradition of self-government in periods when they judged it necessary. This mentality is to be considered as the necessary precondition of republicanism and was surely not less radical than any political theories of its time.

During the period of continuously strong ducal power between 1430 and 1476, however, their positions became much less provocative. The fact that the barons acted in coalition with the major cities, and that the assembly of the three States played an active role, foreshadows a similar configuration in the 16th century. It offers a contrast with Flanders where the three major cities were much more predominant.

If we now turn to the county of Flanders, we also find a series of periods of several years each during which the large cities set aside the monarch and exercised the government themselves. Four general uprisings were directed against the monarchical power from the early 14th century to the Revolt of the late 16th, covering together 23 years in a period lasting roughly 260 years: a proportion of 1 to 11. Moreover, 4 major revolts covered each one of the quarters of the county, involving one of the leading towns. Taken together, these regional revolts lasted about 14 years. If one adds to these large movements the recurrent local uprisings, the intensity of social protest appears to have been extraordinarily high. Social movements directed against the monarch occurred on average once in seven years, a frequency which, like that of the bad harvests,

<sup>21</sup> *Ibidem*, 496–517.

must have left its imprints on people's minds. The longest intervals lasted 41 and 45 years, each of them following a particularly heavy and long conflict.

The collective experiences of the populations in their struggles with rulers created a pattern of social action, provided models and a programme. Many revolts were aimed indeed at the undoing of previous acts of monarchical centralisation. In 1577, the "Ghent Republic" first of all wanted to abolish the shameful limitations of the urban autonomy, Charles V had imposed in 1540. Hembyze and his followers wanted even to achieve the return to the medieval status of the city, meaning by this the corporative organization and the practice of city-states which had existed during the earlier revolutionary periods<sup>22</sup>.

The Ghent Republic thus was linked to the chain of Flemish revolts which were all inspired by the same alternative to monarchical centralisation: a state organization based on the autonomous power of the great cities, controlling each a quarter of the county. This control extended to fiscal military, juridical, economic and, from 1578 onwards, also to religious matters. Such was the pattern of the revolt of the peasants in Western Flanders, supported by Bruges from 1323 to 1328, of James van Artevelde's policy in the years around 1340<sup>23</sup> of that of his son Philip forty years later, and that of all the subsequent revolutionary regimes during the Burgundian and Habsburg regimes. During each of the revolts of Bruges (1436–38) and Ghent (1447–53 and 1537–40) separately, and of the whole county under their direction in 1477 and 1482–92, the same model of state power was put forward. It rested on the domination by the three major cities of their respective hinterlands, within which representative structures were allowed within the boundaries of the self-interest of the capitals. The "quarters" of the county formed a federation where decisions were necessarily taken in the localities; in a similar way, the leading towns could enter into other federations such as the States General of the Netherlands or, more temporarily, commercial networks. In all these cases, a monarch was recognized<sup>24</sup>.

Count Louis of Nevers was recognized by the revolutionary government of James of Artevelde, as long as he corroborated the city's policy. So, the count was forced to agree with the alliance between Flanders and Brabant, concluded in his presence on the 3rd of December 1339. He fled from his county the day after, and when the rupture seemed irreparable in 1342, Artevelde provided a regent in the person of Simon de Mirabello, an Italian banker at Ghent who was married to a half-sister of the count<sup>25</sup>. During the revolt of 1379–85, when the relations with the count were again broken, his legitimacy was respected in the person of his son-in-law and future successor, duke Philip the Bold of Burgundy.

<sup>22</sup> *Decavele*, De mislukking, 636–638.

<sup>23</sup> *D. Nicholas*, Town and Countryside: social, economic, and political tensions in fourteenth-century Flanders (Bruges 1971) 175–200.

<sup>24</sup> *M. Vandermaesen*, Lodewijk II van Nevers, in: Nationaal Biografisch Woordenboek 5 (Brussels 1971) 531–533; Vlaanderen en Henegouwen onder het huis van Dampierre 1244–1384, in: *Algemene Geschiedenis der Nederlanden* 2 (Haarlem 1982) 427–428.

<sup>25</sup> *W. P. Blockmans*, De volksvertegenwoordiging in Vlaanderen in de overgang van middeleeuwen naar nieuwe tijden (1384–1506) (Brussels 1978) 107–127 and 342–376.

In 1477, the States General and the States of Flanders, Brabant and the other principalities, recognised Mary as duchess without any problem, since she was prepared to accept reforms in the state structure and an effective participation by the estates in power<sup>26</sup>. During the revolts of the years from 1482 to 1492, the Flemings refused Maximilian of Austria the regency because they had learned to know him as an autocrat, trying to abolish their cherished privileges newly formulated in 1477. They found no difficulty in creating a Regency Council, emanating from the three States and to govern the county during nearly eight years in the name of the young Philip the Fair<sup>27</sup>.

The Brabanter in 1312, 1355 and 1415 and the Flemings in 1339 and 1482 did not put aside monarchy as such; they looked for a regent when their prince had fled, and recognized the legal heirs even if they were unmarried young women or minors. But in all these cases of a weakened princely power, they tried to put into practice a very similar political model in which the prince found himself bound on all sides. And, even more remarkably, the citizens managed fairly well in ruling their countries during the periods of factual vacancy, and probably better than the princes, at least from the subject's point of view.

In fact, when the States General decided to "leave" the authority of king Philip of Spain in 1580, they immediately sought another prince to be their overlord<sup>28</sup>. It was only the Calvinist Republic at Ghent that proclaimed the sovereignty of the city itself in 1579. It is clear that most contemporaries could not think about states without a prince<sup>29</sup>. The concept of Republicanism found its roots in local authority, in towns with surrounding hinterlands, in the Netherlands as well as in Switzerland and in Italy, of course. From there, it could be transferred, from the bottom up, to larger federations. In this type of political system, local authorities were empowered to decide in all matters, and only explicit delegation enabled decision making on the higher levels of the quarter, the principality and the "Generality". In this respect, the Dutch Republic was solidly linked with the institutional model elaborated in Flanders and Brabant during centuries of opposition against monarchs.

The quick spread throughout the whole county of Flanders of the "new order" inaugurated by the Ghent Republic from 1578 onwards, and also in the most important

<sup>26</sup> *W. P. Blockmans*, Breuk of continuïteit? De Vlaamse privilegiën van 1477 in het licht van het staatsvormingsproces, and La signification "constitutionnelle" des privilèges de Marie de Bourgogne (1477), in: *W. P. Blockmans* (ed.), 1477, Le privilège général et les privilèges régionaux de Marie de Bourgogne pour les Pays-Bas (Standen en Landen LXXX, Kortrijk-Heule 1985).

<sup>27</sup> *W. P. Blockmans*, Autocratie ou polyarchie? La lutte pour le pouvoir politique en Flandre de 1482 à 1492, d'après des documents inédits, in: Bulletin de la Commission royale d'Histoire CXL (1974) 257–312; La position du comté de Flandre dans le royaume à la fin du XVe siècle, in: *B. Chevalier* and *Ph. Contamine*, La France de la fin du XVe siècle. Renouveau et apogée (Paris 1985) 71–89.

<sup>28</sup> *Blockmans*, Du contrat féodal, 148–149.

<sup>29</sup> However, political pamphlets of this period elaborate the concept of a state without a monarch with an increasing frequency. This matter will be treated in the PhD thesis by Mr. Martin van Gelderen, to whom I am indebted for this information.



cities in Brabant, Brussels, Mechelen and Antwerp, would have been impossible without a preconceived model for the state organization. Both in Brabant and in Flanders, this model was the city-state system, based on the supremacy of the major cities each in their quarter, as they had shaped it during the recurrent revolutionary periods of the 14th and 15th centuries<sup>30</sup>. On the level of the principalities, the capitals had practised for centuries a system of consultations and collective conflict-solving.

This was the model of the Northern Netherlands, and Holland especially had the opportunity to develop further and to prove it was not at all obsolete. It proved to be perfectly adapted to highly urbanised areas with the function of metropolis for the world-economy, a position Holland took over from Flanders and Brabant at the end of the 16th century. The communal, federative and constitutional model of a political system, as it was carried to its fullest expressions in Flanders and Brabant, could be elaborated up to the level of the federation of the Seven Provinces. It was indebted to a strong institutional tradition but the combination with a core position in the world-economy provided the means to stand up against the claims of surrounding monarchies. One could even argue that a loosely structured state was a necessary condition for the functioning of a core in the pre-industrial capitalist world-economy.

Faced with an immobile and increasingly inadequate legitimation of the monarchy, the highly urbanised provinces of the Netherlands could easily shift to their alternative of a state organization which they had been developing during nearly three centuries of revolts and constitutionalism. It did not matter very much to them if they practised it with or without a monarch, as long as he had no real power over them.

<sup>30</sup> Although the major Brabantine towns did not reach the size of Bruges and Ghent before 1500, and consequently were less powerful within the context of the duchy, they equally tended to control their "quarters" in juridical, economic and fiscal matters: *Ph. Godding*, *Impérialisme urbain ou auto-défense: le cas de Bruxelles (12e-18e siècles)*, and *R. Van Uytven*, *Impérialisme of zelfverdediging: de extra-stedelijke rechtsmacht van Leuven*, in: *Bijdragen tot de Geschiedenis* 58 (1975) 7-72 and 95-123.

Guy Wells

## Emergence and Evanescence: Republicanism and the *Res Publica* at Antwerp before the Revolt of the Netherlands\*

One of the joys Antwerp has offered its visitors for over four centuries is the sheer spectacle of its *Groote Markt*. Now, as in the 1560's, one can watch a steady confluence and interaction of Antwerpers and travellers passing through a setting dominated by the city's superb town hall. Sitting in that square to enjoy one of the area's incomparable monastery beers gives one the opportunity to contemplate at length the biggest and most conspicuous document Antwerp generated about its political situation in the mid-sixteenth century, namely the town hall itself.

Antwerp's *stadhuis* was begun in early 1561. From the beginning, one of its purposes was simply to be something splendid. In one way or another, any such edifice is likely to embody a political statement; Antwerp's spoke on many levels. The very size and magnificence of the building were expressions of a change in the city's sense of identity: it was designed to befit a metropolis, to ratify its importance, to express its pride of place among the great cities of the world. For a structure with such a purpose, we would expect the ceremony at which its first stone was laid to have been carefully arranged to embody and reflect the polity which was raising it up. What we find in accounts of the foundation ritual, however, is striking for its lack of clarity. The so-called first stone was laid by the Margrave and Amman, the local representatives of Philip II. But the Burgomasters of the town also laid their own stone, which the chroniclers called a *fundamentsteen*, or foundation stone<sup>1</sup>. As an allegory of the original foundation of the city of Antwerp, as a ritual of precedence and authority, the ceremony left the political relationship between the ruler and the city dramatically ambiguous and unclear.

The decoration of the completed building replicates the ambiguity of its foundations. We find Philip's arms emblazoned in the center of the façade, and the eagle at

\* I must acknowledge my gratitude to the Cornell Branch of Telluride Association for its hospitality while this paper was in preparation. Heartfelt thanks also to Professor Guy Tops of UF-SIA (Antwerp); Scott Swanson and Clive Holmes of Cornell University; and J. Michael Snodgrass of Ohio University for their comments and help. Finally, I am indebted to the staff of Oberlin College Library for their many kindnesses.

<sup>1</sup> *Anon.*, Antwerpsch Chronykje ... sedert Den jare 1500 tot het jaer 1574 (Antwerp 1743) 58; *Floris Prims*, Geschiedenis van Antwerpen (Antwerp 1927-1949) VIII, 1, 25-26.

the very top may be an emblem of Philip's unique status<sup>2</sup>. But they are parts of a larger scheme of symbols: arrayed on either side are the arms of the duchy of Brabant and the Marquisat of Antwerp, and the eagle itself is framed by obelisks whose pediments are engraved with the letters S.P.Q.A. – Senatus Populusque Antwerpiae. These proud tetragrams sent a definite message to members of the king's circle and court. It was expressed most clearly by the Cardinal Granvelle's provost Morillon a few years later, when he reacted openly to it: "It would be really good to make them shave off their S.P.Q.A. which they inscribe everywhere on their buildings and edifices, claiming a free republic and that the prince can command nothing of them without their consent."<sup>3</sup> The people who designed the *stadhuis* must have known that this is how their symbolism would be seen; for them, as for the provost, the building was, if not a full-fledged republican statement, at least an ambiguous one which could be seen to have definite republican overtones.

Another document from the mid-1560's seems to echo the republican tendencies evident in the town hall. This is the lengthy description of Antwerp by Lodovico Guicciardini, the nephew of the great Florentine historian and a longtime resident of the city. He begins his discussion of Antwerp's government with a summary of the relative positions of city and prince:

Antwerp has for its Lord and Prince the Duke of Brabant as Marquis of the Holy Empire: but with so many and great privileges, obtained in ancient times, that she is ruled, maintained, policed and governed by herself, almost like a free city, and a republic and free *seigneurie*; save, always, with respect to the rights and superiority of the Prince<sup>4</sup>.

Guicciardini conveys no sense of tension or conflict; he describes the city as *puuzella*, virgin, since it has never rebelled against its prince. Why should it, when it is, in his words, "freed of all subjection"<sup>5</sup>? With Philip off in Spain, the emperor a distant figure, and Antwerp in happy autonomy on the banks of the Schelde, the only real intersection of city and monarch seems to be ceremonial, in the occasional festivals which marked the Joyous Entries, or the meetings of the Order of the Golden Fleece in the city – and even these in Guicciardini come across not so much as demonstrations of the majesty of the central power as ornaments to the city's own greatness.

One other action, which took place while the Town Hall was abuilding and while the Florentine was still planning his work, also strongly suggests the efforts of some high Antwerp officials to affirm the city's direct ties with the Emperor and put legal

<sup>2</sup> Since it lacks a double head, it is difficult to say that the eagle is definitely a Habsburg imperial emblem. Since it is perched on a sphere which suggests imperium over the world, Dr. Fröschl has suggested that it might be an allusion to Philip's claim to precedence as being the son of an Emperor.

<sup>3</sup> "Et seroit fort bien de leur faire raser leur S.P.Q.A. qu'ilz intitulent partout en leurs bastiments et edifices, prétendantz républicque libre, et que le prince ne leur peult rien commander sans leur consentement." Morillon to Granvelle, 9 May 1567, in: *Edmond Pouillet* (ed.), *Correspondance du Cardinal Granvelle, 1565–1586* (Brussels 1877–1896) II, 426.

<sup>4</sup> "Ha primieramente Anuersa per sua signore, & Principe il Duca di Brabante, come Marchese del sacro Imperio, ma con tanti & tali preuilegi ottenuti ab antico, che ella come da per se (salve sempre il iure & superiorità del Principe) quasi a modo di citta libera, & di Republica si regge & Si gouerna." *Lodovico Guicciardini, Descrittione ... di tutti i paesi bassi* (Antwerp 1567) 90.

<sup>5</sup> *Ibid.*, 84, 82.

emphasis on its parallel, rather than subordinate, hierarchical position in relation to Philip of Spain. This was the Burgomaster van Stralen's project, at the Imperial coronation in Frankfort in 1562, to obtain a confirmation of the city's privileges from the new emperor. As with the imagery in the town hall, tongues wagged in the royal camp at this presumption, and Philip's ambassador in London reported talk among the merchants that Antwerp was planning "to give herself to the empire"<sup>6</sup>. The article on van Stralen in the old *Biographie Nationale* treats the project as an accomplished fact<sup>7</sup>.

It is tempting to take these three episodes together and project an emerging republican ideology in Antwerp in the 1560's. They suggest a tantalizing scenario: Antwerp, the center of dynamic merchant capitalism in early sixteenth-century Europe, whose meteoric growth both reflected and generated new social and economic patterns, also strained to break the shackles of the old hierarchy and set itself up as a mercantile republic. For many historians of the nationalist age, they confirmed the city's readiness for the Netherlands republic's coming struggle for independence, and betokened the natural direction in which the city should be drawn.

I think we should reject this temptation. When we look closely at the documentation on van Stralen's trip to Frankfurt, we find that the Burgomaster never got there. The mission was actually quite hastily conceived, and was repudiated by the town council on the urgent advice of its own senior Pensionary – who was normally a canny and aggressive champion of the city's legal immunities<sup>8</sup>. As for Guicciardini: even when the theoretical merit of his formulations is put aside, they have an aura of unreality when viewed in context. His dedicatory Epistle was dated in the fall of 1566, when Antwerp had been on the edge of rebellion and chaos for months, and had taken on the Prince of Orange as its *de facto* ruler – whether on behalf of the central government, as the city magistrates claimed, or to work against it, as the Calvinists hoped and the central government later charged. By the time the book was generally available, van Stralen was under arrest for treason and the Duke of Alba's engineers were surveying sites for a citadel in Antwerp whose architectural and military message made all talk of a republic look fanciful indeed. The book might have evoked some nostalgic yearnings from some town councillors, but it cannot have been taken seriously as a description of political realities.

These specifics aside, Guicciardini's formulation ignores a deeper structural alignment which had generated Antwerp's traffic and its greatness<sup>9</sup>. Antwerp had blossomed precisely because its rulers had formed, over the previous two or three genera-

<sup>6</sup> Aquila to Granvelle, 13 December 1562, in: *Kervyn de Lettenhove* (ed.), *Relations Politiques des Pays-Bas et de l'Angleterre, sous le Règne de Philippe II* (Brussels 1882–1900) II, 209–210.

<sup>7</sup> *Biographie Nationale*, Publiée par l'Académie des Sciences des Lettres et des Beaux-Arts de Belgique (Brussels 1866–1970) XXIV, 134.

<sup>8</sup> The mission to Frankfurt is discussed in detail in my unpublished doctoral dissertation, *Antwerp and the Government of Philip II, 1555–1567* (Cornell University 1982) 247–249. (Hereafter referred to as *Wells*, Antwerp).

<sup>9</sup> Antwerp's rise to greatness has been the subject of much scholarly and popular writing. A good synthesis is in *Leon Voet*, *De Gouden Eeuw van Antwerpen* (Antwerp 1974), or the first chapter of *G. D. Ramsay*, *The City of London in international politics at the accession of Elizabeth Tudor* (Manchester 1975).

tions, a strong working alliance with the Habsburgs. The city waxed with, not in spite of, the world empire which Charles V assembled and passed on. The trading franchises and the great fairs, the opportunities to chase the profits from large-scale government finance – these all had their being and significance within the context of a world-wide empire, of which the city was only a small, albeit possibly integral, part<sup>10</sup>. Many of the large fortunes of the city's patricians – most of whom were not involved in day-to-day business – had their foundations in actions imposed on the city by central government actions and grants. Two examples of this are the spectacular changes in land values and the opportunities for insider trading and graft which arose from the fortification of the city in the 1540's, or the beer monopoly which was attempted under Gilbert van Schoonbeke's leadership in the mid-1550's<sup>11</sup>. These were projects – innovations – of a magnitude which an urban elite alone would have been unable to undertake. Antwerp's magisterial class – many of the very same people who promoted the *stadhuis* and patronized Guicciardini – undertook these, and tried to enrich themselves, as collaborators with a far greater economic and political power than a city republic could ever hope to be. To be sure, they wrangled with the central government continually over their semi-autonomous jurisdictions and the extent and preservation of their privileges. But these were truly privileges: private laws which had meaning only when the law-giver was also part of the equation. In time of crisis, the very *Senatus* of the S.P.Q.A. was kept in place, not by its own power or the action of the *Populus*, but by the armed force of a distant monarch whose backing was essential for the maintenance of the current order of things. If we read Morillon's comments about the town hall in this light, they are not so much a complaint about a republican movement in Antwerp as a mockery of such an idea's utter absurdity.

Nevertheless, having torpedoed the most apparently suggestive bits of evidence of civic republicanism in Antwerp, I would argue that there did indeed exist an unspoken *Res Publica* there, one whose persistence, if not actual stability over time should qualify it as a sort of presence, a force, albeit one which had no direct institutional manifestation. During the period of Antwerp's rise to greatness, its outlines are everywhere present and evident but never explicit. In order to describe it, it is necessary to define both what the *Res* involved was, and the nature of the *Publicum* which sought to foster, preserve, possess, and live within it.

In this period, all cities depended on immigration just to maintain population levels. Antwerp's great expansion means, above all, that a large number of individual people continually decided to move there, and, having done that, from year to year – and sometimes from crisis to crisis – chose to stay there. For someone between about 1490 and 1565, who was looking for a place to live and work, to trade and bring up children,

<sup>10</sup> This argument is presented at length in *Wells*, Antwerp, esp. 36–41.

<sup>11</sup> On the latter, see *Hugo Soly*, *De Brouwerijonderneming van Gilbert van Schoonbeke (1552–1562)* (Ghent 1967). For land speculation, see the same author's *Grondspeculatie en Kapitalisme te Antwerpen in de 16de eeuw*, in *Economisch en Sociaal Tijdschrift XXVII* (1973) 291–302, and *Fortificaties, belastingen en corruptie te Antwerpen in het midden der 16de eeuw*, in: *Bijdragen tot de Geschiedenis LIII* (1970) 191–210.



*Antwerp's Town Hall*

what was the main thing about Antwerp which made it so attractive? Many individual elements contributed to the city's drawing power: the physical environment was relatively benign. The river did not need constant dredging, and provided a safe harbor. There was room and land available to expand, and if one did really well in business, there were readily available "pleasure houses" and even minor seigneuries in the neighbouring countryside. The city was relatively well located in Europe, as it continues to be today; it was not the only good location on Europe's north coast, but it was as serviceable as any other. Militarily, it was in a relatively out-of-the-way place, rarely subject to attack or serious threat. (And note that when one mercenary raider did threaten the city, in 1542, it almost immediately prompted the construction of an extensive, state-of-the-art, fortification system which, not incidentally, encompassed large empty areas for future growth.) The legal environment was equally benign: Antwerp enjoyed the collection of privileges and immunities which all the great Brabant towns had secured in the *Joyeuse Entrée* and maintained over two centuries of constant wrangling with their Dukes. This meant, above all, that the city councils had a monopoly of jurisdiction over criminal cases involving their citizens, who maintained the right to be tried according to local laws in local courts<sup>12</sup>. In addition to the privileges of the other Brabant towns, Antwerp had some specific commercial privileges which made it especially easy to do business there: there were the two great trade fairs

<sup>12</sup> Philip II's *Joyeuse Entrée* is published in *Jeanne Mennes*, *De Staten van Brabant en de Blijde Inkomst van Kroonprins Filips in 1549*, in: *Standen en Landen XVIII* (1959) 49–165.

around Pentacost and St. Bavo's day, and numerous lesser accommodations with which the Habsburgs had rewarded the city for its support during the wars and rebellions of the late 1480's<sup>13</sup>. The combination of internal legal autonomies and the close relationship with the Habsburgs which the city's burgeoning trade both betokened and reënforced, was particularly attractive. To return to my question, the "main thing" about Antwerp was not any one of its individual attributes or advantages, but their coincidence, their combination, their synergy.

It was this system of conditions which acted as a magnet for enterprising and adventurous immigrants from all over Europe; taken as a whole, it was also the matrix for the *Res* in a *Res Publica* which I would say existed in Antwerp. This was not a physical or legal or formally institutional *thing*; it was an emergent property of a particular combination and balance of visible circumstances and policies<sup>14</sup>. For all its material evanescence, though it was a powerful presence at the heart of the city's practical politics. I would argue that the maintenance of a stasis among the forces which people in Antwerp themselves saw as essential to the city's dynamism was the central object not only of its magistrates' activities throughout the period we are looking at, but also of the so-called popular disturbances which come at its end and midway through it.

The Burgomasters and town council had no explicit legal or institutional connection with the *Res Publica* whose outlines I propose. They had no particular charge to foster or preserve it. And yet, on another level, many of them were themselves its products. Two of the great Burgomasters of midcentury, Alvaro van Almaras and Antoon van Stralen, were second-generation immigrants to the city, whose families had waxed spectacularly wealthy in commerce. These people's fortunes were bound up with the city's continual ability to attract new people and business. Even if they were no longer directly involved in trade, their banking activities depended on a never-ceasing flow of new money; even the value of their real estate depended on Antwerp's

<sup>13</sup> Wells, Antwerp, 39–41.

<sup>14</sup> My use of the term "emergent property" is suggested by recent discussions of the theory of consciousness, particularly Roger W. Sperry, In Search of Psyche, in: The Neurosciences: Paths of Discovery, ed. by Frederic G. Worden, et al. (Cambridge, Mass. 1975) 425–422; and Consciousness, Freewill and Personal Identity, in Brain Behaviour and Evolution, ed. by David A. Oakley and H. C. Plotkin (London 1979) 219–228. The original concept is found in C. D. Broad, The Mind and its Place in Nature (London 1925) particularly 61–69. Broad's ideas have been the subject of much criticism and debate. Particularly critical views are given in Paul Henle, The Status of Emergence, in: Journal of Philosophy XXXIX (1942) 486–492; Ernest Nagel, The Structure of Science: Problems in the Logic of Scientific Explanation (New York 1960) 366–380; and Gordon G. Brittan, Explanation and Reduction, in: Journal of Philosophy LXVII (1970) 446–457. Broad's concept has been refined in the course of some spirited exchanges, including that between Carl Hempel and Paul Oppenheim and David Miller in Philosophy of Science XV (1948) 135–175, 348–352; see also Arthur Pap, The Concept of Absolute Emergence, in: British Journal for the Philosophy of Science II (1952) 302–311, and P. E. Meehl and Wilfrid Sellars, The Concept of Emergence, in: Minnesota Studies in the Philosophy of Science, 1 (1956) 239–252. A balanced summary of the debate is T. A. Goudge, Another Look at Emergent Evolutionism, in: Dialogue IV (1965) 273–285. A lengthy defense of the concept's usefulness in social-scientific explanation is J. O. Wisdom, Situational Individualism and the Emergent Group Properties, with a comment by Robert Brown, in: Explanation in the Behavioural Sciences, ed. by Robert Borger and Frank Cioffi (Cambridge 1970) 271–311.

continual generation of land-hungry *arrivistes*. They had a very clear sense of the interlocking conditions which I have mentioned as the essential preconditions of the *Res Publica*. For them, they were the causes of the city's greatness. Indeed, their talk of "greatness" is the closest the city fathers came to conceptualizing the idea I am setting forth here. We come across it most often when they speak about its fragility, when they remonstrate with the central government about how easily it can be damaged. The common argument went like this: the greatness of the city depends on the "train des marchandises", the flow of commerce, which the foreign merchants bring with them. The foreigners come because they know that the city's jurisdictional privileges shield them from things like the Spanish Inquisition or arbitrary extradition to face charges elsewhere. If anything were done to damage or contravene these privileges, it would frighten the merchants away, causing the collapse of the city's prosperity. This would end the city's ability to be of great service to the ruler<sup>15</sup>. No one said so at the time, at least out loud, but everyone knew that if this last misfortune befell, the chain of connecting disasters would come full circle: if the city could no longer be an important aid to the ruler, the main justification for many of its privileges would, in the ruler's eyes, have passed away, leaving the whole system vulnerable to another chain of degeneration. Thus, when the magistrates alleged a point of privilege in a dispute with the central government, the implications usually went far beyond the immediate specific issue. No doubt, they probably would have stood up for their jurisdictional and bureaucratic territory for its own sake anyway, but their consciousness of the interrelationship of privilege, urban prosperity and their own personal wealth regularly turned arguments over legal minutiae into a defense of the city's greatness. Moreover, the maintenance of and increase of that greatness was not just a matter of passive and defensive measures. In the 1560's, the town took on heavy indebtedness to build the *Hansehuis*, which was designed to attract business from the Baltic area. As with the new Bourse, the provision of a multi-lingual notarial system, and even the dedication of the new town hall's ground floor to commercial purposes, these actions show a continual active and positive concern to promote the conditions of the city's continued expansion.

If the *Res* I am describing emerged from the synergy of the legal commercial and political forces which made Antwerp a great and attractive city, what was the *Publicum* to which it was connected? The town council might function as its guardian much of the time – yet there were instances when the *Res Publica's* defense was undertaken in opposition to the city fathers. One such instance came in 1554, when the council attempted to enforce a new brewing monopoly which Gilbert van Schoonbeke had set up with its blessing and that of the central government. On the surface, the venture had the earmarks which distinguished my *Res Publica* – a collaboration between local and central jurisdictions to create an extraordinary commercial opportunity. But it was also a private monopoly which threatened to put the town's established brewers out of

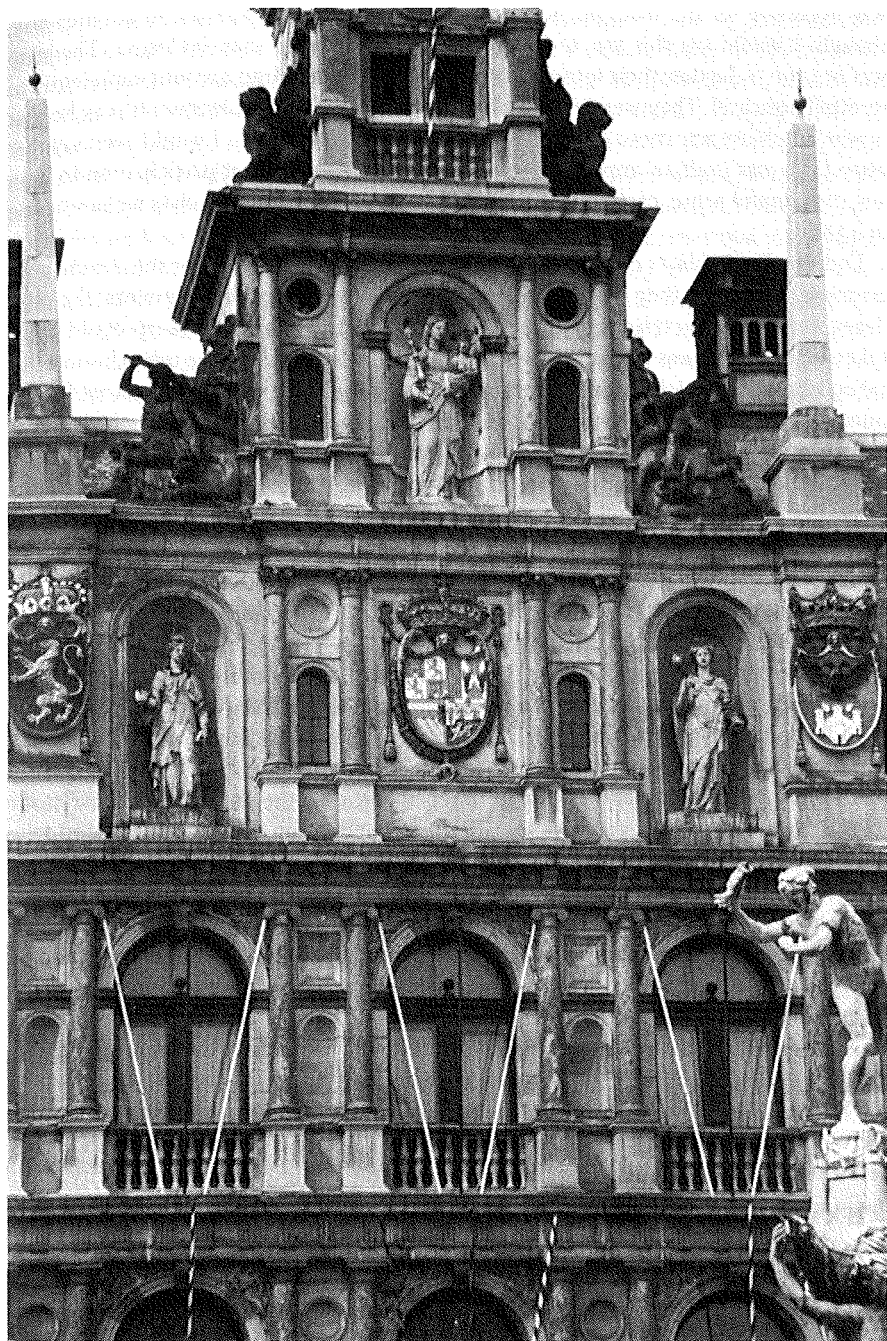
<sup>15</sup> The most accessible document of this argument is the Request of February 1561/62, published in *L. P. Gachard* (ed.), *Correspondance de Marguerite d'Autriche, Duchesse de Parme, avec Philippe II* (Brussels 1867–1881) II, 196–120.



business. Then, as now, Antwerpers took their beer very seriously; aside from the enormous physical inconvenience the new arrangements entailed, there were rumors about the safety of the new brew. The monopoly's introduction coincided unfortunately with orders to raise troops to aid the Emperor, who was busily fighting the French, and the town council's imposition of still higher beer taxes to support them. The tactless and arrogant manner in which the Pensionary handled the muster, particularly of the poorer citizens, led to riots, which the magistrates called on the armed guilds to suppress. Hugo Soly has given a wonderful description of how what he calls Antwerp's "middle class" – small merchants, guild masters and entrepreneurs – used the popular discontent as a wedge to get van Schoonbeke's project suppressed<sup>16</sup>. Basically, the infrastructure on which the town council depended to enforce its will and protect it from popular upheavals simply failed to function unless and until the monopoly was abandoned. That done, the military guilds were once again reliable, and the members of the city – which included the most conspicuously problematical elements of the infrastructure just mentioned – were willing to work with the magistrates to reimpose the unpopular extra taxes they had collaborated with the lower-class rioters in getting abolished. Soly's "middle class" cuts across the traditional structure of the city's four members: it includes some of the precinct masters, but not others; some of the guild masters, but not the wealthier ones. It was not formally a part of Antwerp's consent-granting mechanism, and its interests technically could be outvoted when push came to shove. But the events of 1554 showed clearly that it was an essential element of a consensus, whose support the city council needed in order to keep its position, and which could upset the whole of the city's political arrangement if its own concerns were trampled upon. Antwerp's working consensus had to respect not only the interests of the great traders and commercial bankers, but also those of a broader group of less well-to-do people. There might be a tendency to monopoly capitalism inherent in the position of the upper orders of urban society, but the maintenance of their social supremacy depended on their keeping the support of a group whose interests and aspirations demanded the suppression of that tendency. This balance of interests was itself an essential element in the broader balance of forces I have used to define the *Res Publica*; its constituency included Soly's "middle class" as well.

How specific can we be in defining this constituency? It is not just coterminous with the citizenry of Antwerp. For the most part it included the urban elite, at least when it was not pursuing monopoly capitalism. It included the foreign merchant colonies, whose interests were bound up with it and helped create it – even though they neither had nor sought official political representation. It included Soly's middle class. Did it include what people at the time called the *volk*, the *menu peuple*, who made up the majority of the city's population? On one level, I am tempted to say yes, since their livelihoods also depended on the city's continued greatness, and since, when their most basic needs were not met, their unrest could upset the basic social stability which

<sup>16</sup> Hugo Soly, *Economische vernieuwing en sociale weerstand: de betekenis en aspiraties der Antwerpse middenklasse in den 16de eeuw*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* LXXXIII (1970) 520–535.



*Antwerp's Town Hall (detail)*

was necessary for the maintenance of the balance of the *Res Publica*. In another way, though, I would say this was more a matter of coexistence than inclusion. The state was not run to further their interests, but only to take them into account sufficiently to forestall upheaval. They were, to use a biological metaphor, its substrate. It may be that upward mobility was more possible in Antwerp than elsewhere – I would even say that hope for it was itself an important aspect of the *Res Publicae*. But participation in it, in any meaningful sense, came only with entry into that vague middle class we saw acting in 1554.

Did the *Res Publica*'s constituency include in some way the ruler or the central government? Certainly, they were the source of many of its underlying elements: the privileges, the trade concessions, and the larger polity within which Antwerp could grow. Likewise, the ruler was a major beneficiary of the city's greatness: the urban/monarchical collaboration which helped generate that greatness not only entailed access for the ruler to a major banking center, but an increased ability and willingness on the city's part to make large grants in the Estates<sup>17</sup>. The very operation of the *Res Publica* also served to keep the city relatively peaceful in a land well noted for the turbulence of its cities. But Charles' and Philip's empires were huge and interlocking amalgams of heterogeneous states, polities and arrangements, of which Antwerp provided only one instance. The whole was intimately connected with it, but was not a part of it, and did not share its individual nature or qualities.

How can we summarize these qualities? Earlier, I characterized the *Res Publica* itself as an emergent property rather than a tangible thing. I think the most productive way to elaborate it is to compare it to a conventionally conceived republic, with regard to independence, polity, historicity, and liberty. When one speaks of a republic, the word has an almost magnetic attraction for the adjectives "free" and "independent". In the normal sense, Antwerp was not an independent city; the existence of the *Res Publica*, I have just emphasized, was specifically dependent on the continued good relations between the city, its ruler, and the other parts of that ruler's empire. And yet it is an independent quality, unique to the city of its generation, and embodying the distinct character of the people who participated in it. It was not a polity itself, but a condition of its being was a pattern of interaction among polities which was longstanding enough to be considered customary, and, therefore, possessed of a certain legal, if not institutional, force. Unlike the great city-republics of Italy, it was not itself historically venerable, though some of its generating conditions – particularly the legal privileges – draw their particular force from their relative antiquity.

What of liberty? It is commonplace to say that in monarchies like that of which Antwerp was a part, there were liberties, but not liberty in anything like the sense Westerners understand it today. Certainly this is true of our city as a legal entity, of its institutions, of the rights of its inhabitants: what they had were the old proprietary lib-

<sup>17</sup> When we look closely at the negotiations in the Estates of Brabant, where we have taught ourselves to look for general opposition to government demands for grants, we actually find Antwerp and Antwerpers often leading the way to provide the ruler with money. On this see *Wells*, Antwerp, 166–168 and 224–226.

erties. But in the *Res Publica* that emerged from the synergy of individually traditional institutions and forces, I would argue that there was a certain sense of liberty which was at once its essential characteristic and a cause of its ultimate dissolution. It was very limited: the individual elements out of which the *Res Publica* emerged would not by their very nature stand for attacks on themselves. But within this matrix of urban franchises and jurisdictional immunities and the relatively open atmosphere that Antwerp's polyglot merchant community both required and generated, there was a haven for a certain kind of adventurer. It was not just the specific liberties that drew people there from all over – it was also a general sense of opportunity, of freedom to try new ventures of all kinds. Tales of legendary commercial boldness were a part of its folklore<sup>18</sup>, and the message was more than just a celebration of a chance to get rich – though that was probably as far as most people thought about it. For those who pondered the social and cosmological implications of riches, though, it also carried with it the assumption of personal autonomy and independence in which the liberty of the *Res Publica* had its being. Antwerp was not just a place to make money, it was a place to go to hear about Utopia<sup>19</sup>. In Antwerp, with good fortune, people could adventure into the far reaches of the Baltic trade; take their chances on the new sugar plantations of Brazil; or just try to make it in the traditional vagaries and uncertainties of the English wool business. But spiritual adventures were also possible. With its grossly inadequate parish organization and its neighbourhoods teeming with visitors and unacquainted new residents, one could quietly ignore the hitherto obligatory details of traditional religion without attracting anyone's notice. In this alone lay a new freedom. To be sure, Antwerp's authorities vigorously persecuted heretics: but only when they attacked the traditional political order, or became so vocal that they endangered the city's jurisdictional immunity if they were left alone<sup>20</sup>. Non-revolutionary heretics – those who could be discreet about their ideas and keep them out of politics, which were still very traditional – could live and venture inwardly without fears of inquiry or reprisal. Christophe Plantin offers us an epitome of the liberty of the *Res Publica* on all levels: he pioneered in evolving an industrial/capitalist organization in his printshop turned book-factory. But behind his extensive contacts with royal advisors and beside his church-related publishing ventures, he maintained his own special blend of heterodoxies, including close ties with Hendrik Niclaes and the Family of Love throughout the period before the revolt<sup>21</sup>.

<sup>18</sup> For the particularly egregious example of Gaspar Ducci, see *Jan Goris*, *Etude sur les colonies marchandes meridionales (Portugais Espagnols Italiens) à Anvers de 1488 à 1587* (Louvain 1925) 375–381.

<sup>19</sup> *Thomas More*, *Utopia*, ed. by *Edward Sturtz* (New Haven 1964) II. Coming at the beginning of Antwerp's great efflorescence, More's fictional encounter embodies many telling elements: a chance meeting outside Our Lady's (i.e., just off the market place) with a city official (Giles) who brings two visitors to the city together to share tidings of newly discovered worlds and values.

<sup>20</sup> *A. L. E. Verheyden*, *Le martyrologe protestant des Pays Bas du sud au XVI<sup>e</sup>me siècle* (Brussels 1960) 172–210, lists more executions for heresy in Antwerp before 1566 than anywhere else. But virtually all of these were Anabaptists, most of whom seem to have come from out of town.

<sup>21</sup> On Plantin's career and religion, the best study is *Leon Voet*, *The Golden Compasses* (Amsterdam 1969–1972). See particularly I, 21–24, 27–30, 55–57, 65–68.

While I don't mean to say that the coming of Calvinism directly caused the end of the *Res Publica*, it certainly was involved in disrupting its underlying conditions. The harbinger of things to come was Philip II's plan to erect a bishopric in Antwerp. To a Catholic ruler, Antwerp was an absurdly large city not to have a bishop – yet the city resisted the notion tooth and nail. Their reasons were explicit: a bishop would entail an inquisition, and that would frighten away the merchants and ruin the city's greatness. When pressed to show grounds for their fears, of course, the Antwerpers could not; they dared not say that the real thing that any bishopric would ruin, however benign its agents might try to be, was the general sense that no one was looking too closely at people's religious ideas. For a variety of reasons, the opposition to the bishopric was momentarily successful. However, by their resistance to the king's project the Antwerpers were giving what could be perceived as tacit encouragement to a group which worked hard at seeing tacit encouragement wherever it could. By maintaining the city's relatively open conditions, the city fathers maintained the conditions in which the Calvinists felt themselves at liberty to develop a group whose success, or attempted success in 1566–67, would lead to a dissolution of the conjuncture which generated my *Res Publica*. When Calvinism came out in the open during the *Wonderjaar*, in what was clearly perceived as a politically subversive and disruptive form, the town council was confronted with a set of choices, all of which involved an essential change. The magistrates' first choice was to do nothing, but that was clearly unacceptable: by then both ruler and Calvinists were demanding impossible things of the city which, if not granted, would lead to intolerable retributions or consequences. Briefly, at the beginning of July, 1566, at least a powerful faction of the magistrates decided that they would salvage most out of the situation of they introduced troops from the regent. When word got around, however, this provoked a reaction from within the city government: the precinct masters – whom we last saw in 1554 opposing the beer monopoly – forcibly took the keys of the city away from the burgomasters, in the midst of a popular demonstration that can only be seen as a near-riot. In terms of preserving the city's privileges, the next best thing to doing nothing was not to be to blame for anything, and it was with this in mind that the city fathers acceded to Orange's designs to come take charge in Antwerp<sup>22</sup>. Above all, in the course of the crisis two essential aspects of the conjuncture underlying the *Res Publica* diverged: the preservation of the city's privileges, in which the town fathers ultimately did succeed, and the relative independence from outside observation and control which had previously gone with that. With this divergence, the evanescent liberty of which I have spoken dissolved back into a traditional collection of liberties. Paradoxically, this happened just when the cries of liberty in Antwerp were being heard openly for the first time. But they were the Calvinist cries for *liberté de culte*; they were signs not of any *Res Publica Antwerpiae*, but of a brave new *Res Publica Christiana* whose outlines were entirely alien.

<sup>22</sup> A detailed description of Antwerp's July crisis is in *Wells*, Antwerp, 414–38.

In the discussion of an earlier paper, Prof. Blockmans asked what is perhaps *the* question of this entire conference: how does one get from monarchy to republic? I cannot presume to offer a full answer, but I think what I have described here might help point the way. Antwerp was not a republic in this period, nor was Brabant, nor was the Netherlands. But, like them, it did have a sense of commonwealth, which for all its insubstantiality was an essential aspect of it. The feeling of liberty I have described in my *Res Publica* was evanescent, fleeting, hardly even a self-conscious experience. But we can see it in people's behavior, their actions, their evolving expectations, their dreams. This state of mind arose from a state of things which conjoined in a monarchical state – indeed, which needed it to exist, but which, for a few historical moments, also transcended it. It would be several generations more before the scientific and philosophical breakthrough which solidified our modern ideas about liberty gave a name to what I think the Antwerpers felt. But their having felt it was one of many bits of accumulated experience which would give meaning to the later formulations. In 16th-century Antwerp, liberty was a momentary emergence in a situation where its explicit assertion would have been subversive and dangerous. A century later, it had emerged often enough and long enough in different situations that it had become plausible to regard its absence as the really outrageous anomaly. Spinoza and Locke were able to see so clearly and speak so meaningfully to others in part because the Antwerpers had first glimpsed through the glass darkly.

Let us, finally, return to the contemplation of the Town Hall with which I began this essay. Of the three pieces of evidence I first discussed, I fairly well dismissed two – Guicciardini's description of the city government and van Stralen's mission to Frankfurt – as not giving us any real indication of local republicanism. The *stadhuis* I left to one side, noting only the ambiguity of its specifically political symbolism. I think we can now arrive at an understanding of what the building actually *meant* for the brief historical instant in which it and forces which generated it existed together. To do this, however, it is necessary to look beyond the arrangements of the façade to the other functions of the building. Earlier, I noted in passing that the first floor was dedicated to commercial occupancies. These were essential – the revenues from the first were earmarked to pay off the hefty *rentes* with which the buildings's construction was financed; without them, the project would have been impossible<sup>23</sup>. Upstairs, sitting on top of the commercial establishment, the city fathers tried to manage things so as to keep the flow of commerce going as freely as possible, maintaining whatever political ambiguities suited that purpose along the way. The iconographical equivocation of the façade was thus an essential part of the whole structure. Antwerp's city hall embodied

<sup>23</sup> On this see *Floris Primis*, *De Ontwerpers van het Antwerpsch Stadhuis*, in: *Antwerpiensia* III (1924) 87; also *idem*, *Geschiedenis van Antwerpen*, VIII, 1, 24.

the interplay of the economic and political forces and arrangements which had made Antwerp flourish. If it was not an image of a theoretically acceptable polity, as we normally speak of polities, it was a true image of Antwerp's unspoken *Res Publica*<sup>24</sup>.

<sup>24</sup> After this paper had been submitted for publication, I received a copy of *Holm Bevers*, *Das Rathaus von Antwerpen (1561–1565): Architektur und Figurenprogramm* (Hildesheim 1985). This contains a discussion of the iconography of the façade, including changes that were made in the statuary after 1587.

Nicolette Mout

## Ideales Muster oder erfundene Eigenart.\* Republikanische Theorien während des niederländischen Aufstands

Im Vorwort des gelehrten Werkes *Syntagma Arateorum*, 1600 in Leiden erschienen, schrieb der blutjunge, aber schon namhafte Hugo Grotius, daß die Begriffe *respublica* und Aristokratie sich deckten und daß die Staaten von Holland ein musterhaftes Beispiel einer aristokratischen Regierung bildeten. Die Stände dieser Provinz seien es ja gewesen, die die Republik ins Leben gerufen, ihr die ideale Form gegeben und die Bürger bewahrt hätten vor dem schrecklichen Los der spanischen Sklaverei<sup>1</sup>. Grotius schien also der Meinung zu sein, daß es, zumindest in Holland, wenn vielleicht nicht in den Vereinigten Provinzen als solchen, einen neuen Staat gab, und zwar eine aristokratische Republik. Der niederländische Aufstand hatte ganz zwanglos, so schien es, ein Staaten-Regiment erzeugt, das von Anfang an ein ideales Muster der, laut Grotius, besten klassischen Staatsform war.

Wer sich auf die Suche macht nach Wesen und Wirkung republikanischer Theorien in der niederländischen Geschichte zwischen etwa 1580 und 1620, kann Grotius leider nicht ganz zustimmen. Die Republik der Vereinigten Niederlande oder auch die Regierung der Provinz Holland um 1600 waren nicht die Ergebnisse einer gezielten Politik der Stände. Ihr Entstehen war aber auch kein reiner Zufall. Das Staaten-Regiment war aus dem Aufstand hervorgegangen, weil in den siebziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts die Generalstaaten und die Provinzialstaaten die Regierung übernommen hatten. Die Gründung einer Republik, aristokratisch oder nicht, war aber nie beabsichtigt. Dennoch entstand sie zwischen 1579, als die Union von Utrecht, Kampfbund hauptsächlich der nördlichen Provinzen, geschlossen wurde, und 1609, als der Waffenstillstand mit Spanien (bis 1621) unterzeichnet wurde. Entschiedene Calvinisten und gemäßigte Protestanten, Gegner der Fürstengewalt und Verfechter des Partikularismus der Provinzen und Städte, führende Köpfe des Aufstands wie Wilhelm von Oranien und fremde Potentaten wie Anjou oder Leicester, waren, ohne es

\* Mein Dank gilt Els Lansdorp, wissenschaftliche Hilfskraft an der Rijksuniversiteit Leiden, für ihre vielfache Hilfe, und Dr. Eco Haitsma Mulier, für die Einsichtnahme, die er mir in das nahezu druckreife Manuskript der Arbeit *G. O. van de Klashorst – H. W. Blom – E. O. G. Haitsma Mulier, Bibliography of Dutch Seventeenth Century Political Thought. An Annotated Inventory, 1581–1710* (Amsterdam-Maarssen 1986) und in sein Manuskript *Grotius, Hooft and the Writing of History in the Dutch Republic* (s. Anm. 104) gestattete.

<sup>1</sup> *Hugo Grotius, Syntagma Arateorum* (Leiden 1600), Vorwort.



zu wollen, die Schöpfer eines merkwürdigen Staates. Es war ein Staat ohne Fürst, aber mit einem Statthalter, der Mitglied einer Dynastie war, getragen vom Patriziat und auch vom Adel. Seine ständische Regierung konsolidierte sich erst im Laufe der sogenannten „Zehn Jahre“ (1588–1598), als fast das ganze Hoheitsgebiet der Republik erobert wurde<sup>2</sup>.

Die junge Republik mußte bis in die fünfziger Jahre des siebzehnten Jahrhunderts ohne eine ausgeglichene Struktur politischer Theorien von ausgesprochener republikanischer Prägung auskommen. Erst dann setzte sich in der Theorie der radikale Republikanismus der Regenten durch. Erst dann wurden Ideen entwickelt, welche einerseits direkt anwendbar waren auf die mannigfaltigen praktisch-politischen Probleme der Zeit, und die andererseits von einem hohen philosophischen Gehalt sein konnten<sup>3</sup>. Während des Aufstands war die politische Theorie weder originell noch einheitlich. Sie war vor allem sehr pragmatisch. Man befaßte sich immer mit dem Problem, welches gerade am dringendsten einer Lösung bedurfte. Und doch war die politische Theorie, niedergelegt in den zahllosen Flugschriften des niederländischen Aufstands, nie die reine Reflexion von Tatbeständen<sup>4</sup>. Immer gab es da doch noch ideologische Beimischungen oder Anklänge an juristisches oder theologisch-philosophisches Gedankengut. Dazu war sie ausgesprochen polemisch und meistens kaum von der Propaganda der kämpfenden Parteien zu unterscheiden. Ein Pamphlet wie Oraniens berühmte *Apologie* (1580 geschrieben, 1581 veröffentlicht) gegen die Acht, mit der Philipp II. ihn belegt hatte, enthält mehr politische Theorie als vermutet; die Urkunde, mit der die Generalstaaten die Absetzung Philipps II. verkündeten (*Plakkaat van Verlatenge*, 1581) ist dagegen ein weniger wichtiger Ausdruck der Theorie, als man früher meinte. Sowohl in bedeutenden Dokumenten wie diesem als auch in den unscheinbarsten Flugblättern stößt man auf die enge Verknüpfung von Polemik und Reflexion, von Propaganda und Rechtfertigung, von Gedanke und Tat.

Das Theoretisieren der Niederländer während des Aufstands bietet dem Betrachter ein buntes, ja verwirrendes Bild. Es gibt da keine wohlervogenen politisch-theoretischen „Modelle“, konsequent formuliert und durchgeführt von denjenigen, die Regierungsverantwortung trugen. Es ist nicht einfach, eine klare Linie der Entwicklung zu zeichnen, obwohl die Hauptrichtungen der politischen Theorie unschwer zu erkennen sind. Allgemeine Aussagen sind nur mit größter Vorsicht zu machen, z. B. über das

<sup>2</sup> J. J. Woltjer, Der niederländische Bürgerkrieg und die Gründung der Republik der Vereinigten Niederlande (1555–1648), in: Theodor Schieder ed., Handbuch der Europäischen Geschichte 3 (herausgegeben von Josef Engel) (Stuttgart 1971) 677, 680–682.

<sup>3</sup> E. H. Kossmann, Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland (Amsterdam 1960); Heinz Schilling, Der libertär-radikale Republikanismus der holländischen Regenten. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Radikalismus in der frühen Neuzeit, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984) 498–533; E. H. Kossmann, Dutch Republicanism, in: L'età dei Lumi. Studi storici sul settecento europeo in onore di Franco Venturi 1 (Rom 1985) 455–486.

<sup>4</sup> E. H. Kossmann, Bodin, Althusius en Parker, of: over de moderniteit van de Nederlandse Opstand, in: Opstellen door vrienden en collega's aangeboden aan Dr. F. K. H. Kossmann (Den Haag 1958) 80.

Vorherrschen der einen oder der anderen Staatsauffassung in einer gewissen Periode<sup>5</sup> oder die nahezu schnurgerade Kontinuität der repräsentativen Körperschaften und ihres Staatsdenkens<sup>6</sup>. Ein wichtiger Wendepunkt in der Entwicklung ist aber zu betonen: die Absetzung Philipps II. (1581) löste eine einschneidende Richtungsänderung aus. Die langjährigen Diskussionen über das Widerstandsrecht und die Rechtfertigung des Aufstands wichen einem Gedankenaustausch über das Problem der Souveränität und über die beste Staatsform. Insbesondere zur Aussprache über die Staatsform hatte die Absetzung des Königs den Weg freigemacht<sup>7</sup>.

## Frühe republikanische Ideen (bis 1581)

Vom Anfang an beriefen die Aufständischen sich auf das Widerstandsrecht. Das Recht und die Pflicht, Tyrannen zu widerstehen, wurden schon anlässlich des Bildersturmes (1566) diskutiert und seit 1568 in zahlreichen Pamphleten dargestellt. Die bössartigen Diener des Königs wie Kardinal Granvelle oder der Landvogt Alva, nicht der König selbst, wurden als die wahren Tyrannen breit ausgemalt. Philipp II. sei eigentlich ein guter Fürst, nur betrogen von seinen Dienern in den Niederlanden. So war der Aufstand, zumindestens theoretisch, noch keine Rebellion gegen die legitime Fürstengewalt und damit leichter zu akzeptieren durch die Bevölkerung und die ausländischen Verbündeten in spe. Bis 1581 figurierte der König als rechtmäßiger Herr der Niederlande; im Laufe der Zeit wurden ihm aber mehr und mehr Züge eines wahren Tyrannen zugesprochen. Diese Entwicklung kulminierte dann in Oraniens *Apologie* und in der Urkunde der Absetzung von 1581. Damit wurde der spanische König endgültig zum Tyrannen erklärt und dann auch gleich „verlassen“, wie es hieß. Die scharfe Polarisierung des Aufstands seit 1576 (Pazifikation von Gent) findet sich auf diese Weise in der politischen Theorie wieder<sup>8</sup>.

Außer vom Widerstandsrecht und von der Position des Königs redete man von denen, die die Fähigkeit hatten, dieses Recht auszuüben: Oranien, als Statthalter einiger Provinzen, und die General- und Provinzialstaaten. Ihnen kam, als niederen Magistraten im Sinne von Calvin und Beza, das Widerstandsrecht zu: daran bestand schon um 1572 kein Zweifel bei den Aufständischen. Weniger klar war aber die Frage, wer oder was eigentlich gegen Tyrannei geschützt werden sollte: „das Volk“, „die Privilegien“? Oranien und seine Räte propagierten einen ziemlich neuen Begriff: „das Vaterland“

<sup>5</sup> Schilling, Der libertär-radikale Republikanismus der holländischen Regenten, 503; Heinz Schilling, Die Geschichte der nördlichen Niederlande und die Modernisierungstheorie, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982) 500.

<sup>6</sup> W. P. Blockmans, Du contrat féodal à la souveraineté du peuple. Les précédents de la déchéance de Philippe II dans les Pays Bas (1581), in: Assemblée di stati e istituzioni rappresentative nella storia del pensiero politico moderno (Rimini 1983) 150.

<sup>7</sup> M. E. H. N. Mout, Plakkaat van Verlatinge 1581 (Den Haag 1979) 66–68.

<sup>8</sup> A. C. J. de Vrankrijker, De motiveering van onzen Opstand. De theorieën van het verzet der Nederlanders opstandelingen tegen Spanje in de jaren 1561–1581 (Nijmegen-Utrecht 1932); P. A. M. Geurts, De Nederlandse Opstand in de pamfletten 1566–1584 (Utrecht 1978); Mout, Plakkaat van Verlatinge.

(la patrie), bewohnt von den *bons patriots*, sollte verteidigt werden. Der Terminus lokalisierte dieses „gemeine Vaterland“ nicht; somit war der Begriff sehr tauglich in einer Zeit, wo *patria* den meisten Leuten schlechthin ihr Dorf, ihre Stadt, höchstens ihre Gegend oder Provinz bedeutete, aber fast nie die Niederlande als Ganzes<sup>9</sup>.

Seit 1568 kam der Terminus „Vaterland“ öfters in den Pamphleten vor – und auch sogar in den sogenannten Geusenliedern –, seit 1571 auch in Verbindung mit Oranien als „Vater des Vaterlands“<sup>10</sup>. Gerade in diesem Zusammenhang tauchten die ersten republikanischen Ideen auf. „Das Vaterland“ und sein Verteidiger als Gegenstand der Loyalitätsgefühle anstatt des legitimen, aber tyrannischen Fürsten zog vor allem die entschiedenen Calvinisten sehr an. Sie waren eine Stütze des Aufstandes, obwohl sie sich teilweise der Verfolgung wegen im Exil befanden. Nach 1572, als das Zentrum des Aufstands sich nach den Provinzen Holland und Seeland verschoben hatte, gelangten dort viele Patrizier zu der Überzeugung, daß die provinzielle Autonomie wesentlicher war als die Königstreue. Schon 1578 wurden in Holland Eide auf das Vaterland, nicht auf den König, geleistet. In seinen propagandistischen Schriften sprach Oranien vom Verrat oder von der Treue zum Vaterland, ohne den König auch nur zu erwähnen. 1574 erklärten die Staaten von Holland Oranien zum Staatsoberhaupt für die Dauer des Krieges – den König gedachten sie förmlich noch um Zustimmung zu bitten. Dieses Vaterland hatte eine reale Existenz und konnte auch ohne Fürst auskommen, so schien es wenigstens einem Teil der Aufständischen. Eine solche Idee kann man „republikanisch“ nennen, und sie rief bei Freund und Feind scharfe Reaktionen hervor. Nicht nur die Königstreuen, sondern auch manche Sympathisanten des Aufstands waren der Meinung, daß man dem legitimen Fürsten, *le prince naturel*, Gehorsam schuldig war, und sie konnten mit jenem Vaterlandsbegriff wenig anfangen. Ein Land ohne Fürstengewalt konnten sie sich nicht gut vorstellen, und die Königstreuen beantworteten Oraniens Propaganda für das Vaterland als Gegenstand der Treue mit der Beschuldigung, daß der Prinz selbst nach der Herrschaft in den Niederlanden strebte<sup>11</sup>.

Außer vom neuen Vaterlandsbegriff könnten die schwach „republikanischen“ Ideen vom ständischen Selbstbewußtsein und von der Würdigung der konstitutionellen Tradition angeregt worden sein. Wahrscheinlich ist es aber nicht. Die repräsentativen

<sup>9</sup> *De Vrankrijker*, De motiveering van onzen Opstand; *Geurts*, De Nederlandse Opstand in de pamfletten; *H. Lademacher*, Die Stellung des Prinzen von Oranien als Statthalter in den Niederlanden von 1572 bis 1584 (Bonn 1958) 127–129; *Alastair Duke*, From King and Country to King or Country? Loyalty and Treason in the Revolt of the Netherlands, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5th Series 32 (1982) 113–135.

<sup>10</sup> *Duke*, From King and Country to King or Country?; *K. W. Swart*, Wat bewoog Willem van Oranje de strijd tegen de Spaanse overheersing aan te binden?, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 99 (1984) 567; *P. Leendertz jr.* ed., *Het Geuzenliedboek* (2 Bde.; Zutphen 1924–1925).

<sup>11</sup> *Duke*, From King and Country to King or Country? Oranien war mehrmals gezwungen, auf die Beschuldigung, daß er selbst Herr der Niederlande sein wollte, zu antworten, da sie ihn in seiner Ehre und „Reputation“ kränkte, s. zahlreiche Beispiele in den Flugblättern bei *E. H. Kossmann*–*A. F. Mellink*, *Texts Concerning the Revolt of the Netherlands* (Cambridge 1974), und in seiner Korrespondenz.

Körperschaften der Niederlande waren nie besonders geneigt gewesen, ihre Konstitution theoretisch fundieren und kommentieren zu lassen. Die Verteidigung der Privilegien war nie verbunden mit der Entwicklung eigener politischer Theorien<sup>12</sup>. Niederländische Humanisten hatten vor dem Aufstand nur wenige Schriften über Staat und Regierung verfaßt, außer Fürstenspiegeln. Erörterungen über Ursprung, Wesen und Ziel des Staates waren selten, und falls solche Probleme diskutiert wurden, geschah es im Rahmen praktisch-politischer Ereignisse<sup>13</sup>. Neue Theoriebildung konnte man auch kaum erwarten in einem Land, wo die Stände, auch im Aufstand, die Rolle der traditionellen Verteidiger der Privilegien und des Volkes spielten – eine Rolle, welche den Generalstaaten bei der Pazifikation von Gent (1576) noch sehr angemessen vorkam<sup>14</sup>. Ideen der ständischen Macht dem Fürsten gegenüber wurden aber während des Aufstands erörtert, und die Gewalt der Stände wurde um so größer dargestellt, je mehr ihre rebellischen Taten der Rechtfertigung bedurften: die Rede Marnix' van Sint Aldegonde beim Reichstag von Worms (1578) ist für diese Tendenz ein gutes Beispiel<sup>15</sup>.

Marnix van Sint Aldegonde beabsichtigte mit seiner Rede in Worms die Ernennung Erzherzogs Matthias' von Österreich zum neuen Landvogt und die Absetzung des von Philipp II. gesandten Landvogts Don Juan d'Austria zu verteidigen. Die Artikel, welche Matthias 1577 von den Generalstaaten zur Unterzeichnung vorgelegt wurden, waren der bis dahin kühnste Ausdruck ständischer Bestrebungen<sup>16</sup>. Wie später der Artikel für Anjou (1580), als deren Vorläufer das Stück für Matthias in gewissem Sinne zu betrachten ist, legten sie das Verhältnis zwischen Fürsten- und Staatsgewalt so fest, daß der neue Landvogt an Händen und Füßen gebunden war und die Generalstaaten überall ihre Finger dazwischen hatten. Und doch sind die Artikel für Matthias nicht anzusehen als ein systematisiertes Muster idealer Verhältnisse<sup>17</sup> und noch weniger als eine Vorstufe zur Absetzung Philipps II. Vielmehr waren sie das Ergebnis praktisch-politischer Überlegungen der Aufständischen in einer Zeit, wo diese gehörig in Bedrängnis geraten waren. Abermals betonten sie die Macht der Stände, wie das in den Erlassen und Briefen der General- und Provinzialstaaten und in allerhand Pamphleten seit 1572 üblich war.

<sup>12</sup> R. van Uytven – W. Blockmans, Constitutions and their Application in the Netherlands during the Middle Ages, in: Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis 47 (1969) 399–425.

<sup>13</sup> P. H. J. M. Geurts, Overzicht van Nederlandsche politieke geschriften tot in de eerste helft der 17e eeuw (Maastricht 1942).

<sup>14</sup> W. P. Blockmans – P. van Peteghem, De pacificatie van Gent als uiting van continuïteit in de politieke opvattingen van de standenvertegenwoordiging, in: Tijdschrift voor Geschiedenis 89 (1976) 330–334.

<sup>15</sup> Oratio legatorum Serenissimi ... Matthiae Archiducis Austriae ... Habita in Conventu Wormaciensi ... (1578) (W. P. C. Knuttel, Catalogus van de pamflettenverzameling berustende in de Koninklijke Bibliotheek (9 Bde.; Den Haag 1889–1920), Nr. 354; im folgenden zitiert: Knuttel).

<sup>16</sup> Articulen ende puncten, geconcipteert bij die generale Staten, waarop ... Matthias ... van Oostenrijk aengenomen is voor Gouverneur over dese Landen (1577) (Knuttel, Nr. 323); siehe zur Unterhandlung mit Matthias: Resolütien der Staten-Generaal van 1576 tot 1609. Ed. N. Japikse I 1576–1577 (Den Haag 1915) 525–535. Siehe auch: Kossmann-Mellink, Texts Concerning the Revolt, 141–144.

<sup>17</sup> Blockmans, Du contrat féodal à la souveraineté du peuple, 136.

Eine wirklich republikanische Gesinnung zeigten erst die calvinistischen Putschisten in Gent, deren 1577 neu gegründete städtische Regierung mit dem Kollegium der „XVIII-Männer“ Oranien viel Schwierigkeiten bereitete<sup>18</sup>. Jan van Hembyze und die Seinen erstrebten eine neue politische Ordnung. Sie wollten die ruhmreiche Vergangenheit der Stadt wiederbeleben, sich für immer die spanische Fremdherrschaft vom Halse schaffen, und schließlich die römisch-katholische Religion ausrotten und ersetzen durch einen strengen Calvinismus. Gent sollte, wie im vierzehnten Jahrhundert, wieder über die anderen flämischen Städte gebieten. Hembyze sagte, daß er die Verfassungen früherer und zeitgenössischer Republiken studiert und daraus sein Ideal geschöpft habe: eine „freistaatliche“<sup>19</sup> Republik wie Genf, aber viel mächtiger<sup>20</sup>. Die städtische Republik in Gent existierte aber nicht lange. Schon 1579 ließ der Radikalismus unter dem Druck Oraniens nach; die Führer mußten in die Verbannung gehen. Gent mußte auf seine Machtstellung in Flandern verzichten und wurde schließlich (1584) von den Spaniern erobert<sup>21</sup>. Das erste republikanische Experiment während des Aufstands war zu Ende. Es hatte nur einer Stadt, nicht den Niederlanden als Ganzem, gegolten.

Doch gab es schon Politiker, die über eine niederländische Republik nachdachten, aber dabei hielten sie sich nicht das Genfer, sondern das eidgenössische Muster vor Augen. Die Aufteilung der Niederlande in Kantone, welche dann der religiösen Teilung entspräche, wäre vielleicht das Mittel, einen dauernden Frieden zustandezubringen, meinte Oranien in der Zeit der erfolglosen Besprechungen mit seinen Gegnern in Geertruidenberg (1577). Während eines Besuchs in Gent besprach Marnix van Sint Aldegonde ähnliche Ideen mit dem Politiker Frédéric Perrenot, Herr von Champagny. Marnix war für, Champagny gegen eine zukünftige Republik der vereinigten niederländischen Kantone. Das war nicht verwunderlich: Marnix gehörte zum Kreis der engsten Mitarbeiter Oraniens, Champagny hatte gerade heftige Zerwürfnisse mit den Republikanern in Gent<sup>22</sup>. In einer Apologie der Genter Ereignisse stand geschrieben, daß der Vorwurf, die Stadt wollte sich „cantonner à la Suisse“ nicht zutreffen. Im Gegenteil, „se liguier à la Suisse“ gegen die spanische Tyrannei sei lobenswert und werde dem Rest der Niederlande zur Nachahmung empfohlen<sup>23</sup>.

<sup>18</sup> A. Despretz, De instauratie der Gentse Calvinistische Republiek (1577–1579), in: *Handelingen der Maatschappij voor Geschiedenis en Oudheidkunde te Gent*, N. R. 17 (1963) 119–229.

<sup>19</sup> Vgl. Der „freistaatliche“ Begriff ‚Republik‘ im Zeitalter der Monarchie, in: O. Brunner – W. Conze – R. Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* V (Stuttgart 1982) 580–588.

<sup>20</sup> J. Decavele, De mislukking van Oranje's ‚democratische‘ politiek in Vlaanderen, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* (künftig abgekürzt BMGN) 99 (1984) 635–636.

<sup>21</sup> Ibidem, 646–648.

<sup>22</sup> Ibidem, 636; A. A. van Schelven, De staatsvorm van het Zwitsersche Eedgenootschap den Nederlanden ter navolging aanbevelen, in: *Miscellanea historica in honorem Leonis van der Essen* II (Brüssel–Paris 1947) 747–749.

<sup>23</sup> (Peter Beutterich?), Le Vray Patriot Aux Bons Patriots (1578) (*Knuttel*, Nr. 392; s. auch Kossmann-Mellink, *Texts Concerning the Revolt*, 159–161).

Als nach den fehlgeschlagenen Kölner Friedensverhandlungen (1579) Oranien seine Politik, nun in Frankreich Hilfe für den Aufstand zu suchen, durchzusetzen wußte und mit Anjou verhandeln ließ, publizierte einer seiner Anhänger das Pamphlet *Emanuel-Erneste. Dialogue de deux personnages, Sur l'estat du Pais Bas* (1580)<sup>24</sup>. Der Verfasser hielt es für nötig, die Vorschläge Oraniens in bezug auf Anjou zu begründen und zu verteidigen. Dabei tadelte er diejenigen, die angeblich auch noch nach dem Genter Intermezzo für eine Republik in den Niederlanden plädierten. Er behandelte die Frage, ob die Niederlande ohne Fürst auskommen könnten, und ob eine Republik nach eidgenössischem, „demokratischem“, oder „aristokratischem“ Vorbild („gouvernement des Nobles“) einem Fürstenregiment vorzuziehen wäre. Seines Erachtens war die Gründung einer Republik überhaupt keine gute Idee: die Niederländer waren im Vergleich mit den rüstigen Schweizern ganz verdorben: „effeminez, corrumpez, addonnez à leur aise“, und sie hatten nichts übrig für ihre Freiheit – weder ihr Geld und noch weniger das Leben waren sie bereit zu opfern. Dazu kam noch, daß der Versuch, eine demokratische Republik zu gründen, sicher an dem Widerstand des Adels scheitern würde. „Pensez vous, Seigneur Emanuel, que ces gentils hommes là quitterent volontiers leurs prerogations et preeminences au peuple?“ Der Übergang von der einen zu der anderen Staatsform könnte nur blutig und schrecklich sein. Ein neuer Bürgerkrieg stand da vor der Tür: „Car les nobles pour craindre l'abaissement de leur etat, sont ennemis formels de la democratie.“ So endete die erste Diskussion republikanischer Ideen in den aufständischen Niederlanden. Das Treiben der Genter Calvinisten hatte manchen Zuschauer in der Meinung bestärkt, daß ein Fürst besser für das Vaterland sei als eine Republik.

## Nach 1581: die Suche nach einem idealen Muster

Schon vor der Absetzung Philipps II. (1581) hatten die Generalstaaten damit begonnen, nach einem neuen Fürsten auszusuchen. Weder Anjous Auftreten als „prince et souverain“ der Niederlande (1581–1584) noch Leicesters Amtieren als Gouverneur (1585–1587) konnte man aber einen Erfolg nennen. Inzwischen war Oranien ermordet worden, noch bevor die Verhandlungen über seine Erhebung zum Grafen Hollands und Seelands abgeschlossen waren. Nach dem Tode Oraniens hielten die Stände dieser Provinzen es nicht für klug, Oraniens Sohn Moritz die Grafenwürde anzubieten. Nach Leicesters Abzug war der Staat also ohne Oberhaupt. Man gab es auf, im Ausland nach einem Staatsoberhaupt zu suchen. Seit 1588 regierte der Staatsrat (*Raad van State*); die Generalstaaten hatten aber die Obergewalt inne. Das dauerte jedoch nicht lange: schon in den neunziger Jahren entwickelten sich die Generalstaaten zur permanenten Regierung, um es bis zum Ende der Republik zu bleiben. Die Union von Utrecht (1579) diente als Grundlage des Staatenbundes. Die Souveränität stand

<sup>24</sup> (*Gerard Prouinck?*), Emanuel-Erneste. *Dialogue de deux personnages, Sur l'estat du Pais Bas* (Antwerpen 1580) (*Knuttel*, Nr. 545; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 206–211).

den einzelnen Provinzen zu, so daß man die Generalstaaten als eine Versammlung von Abgeordneten souveräner Mächte betrachten konnte<sup>25</sup>.

In den politischen Schriften sind erstaunlich wenig Reaktionen auf die Absetzung selbst zu finden<sup>26</sup>. In der Zeit Anjous und Leicesters befaßte man sich anscheinend viel lieber mit Problemen der Souveränität oder mit dem Verhältnis zwischen Fürst und Ständen. Ein vorläufiger Höhepunkt solcher Diskussionen war die Debatte (1587) über die ständische Souveränität, geführt zwischen Leicesters Diplomat Thomas Wilkes und François Vranck, der die Ansichten der Staaten von Holland vertrat<sup>27</sup>. Parallel dazu lief ein sehr lebhafter Gedankenaustausch über die beste Staatsform. Gleich nach dem endgültigen Verschwinden des Königs erkannte man die Notwendigkeit, Form und Einrichtung des Staates nicht nur weiter zu gestalten, sondern zugleich auch begrifflich zu bestimmen. Diese beiden Themen werden in den Pamphleten auf zwei Ebenen behandelt. In manchen steht die Staatsform im Vordergrund, in anderen wird sie im Rahmen von – meistens – Souveränitätsdebatten nebenbei erörtert<sup>28</sup>.

Anhänger der monarchischen Staatsform waren nicht nur unter den Königstreuen zu finden, sondern auch noch immer im Lager der Aufständischen. Sie tarnten aber ihre monarchischen Ideen und benützten nicht das Wort „König“, sondern sprachen lediglich von einem „gemeinsamen Oberhaupt“<sup>29</sup> für die aufständischen Provinzen<sup>30</sup>. Diese Art Monarchismus war eine Reaktion auf den extremen Partikularismus der einzelnen Provinzen in den achtziger und neunziger Jahren. Noch nicht jeder war von der Dauerhaftigkeit der Union von Utrecht überzeugt. Das beweist die Absicht der Staaten von Groningen, die Souveränität ihrer Provinz dem Herzog von Braunschweig anzubieten (1592)<sup>31</sup>. Das in den Flugschriften auftauchende „gemeinsame Oberhaupt“

<sup>25</sup> R. Fruin, *Geschiedenis der staatsinstellingen in Nederland tot den val der Republiek*. Ed. H. T. Colenbrander (Den Haag <sup>2</sup>1980) 179, 188–189; A. Th. van Deursen, *De Raad van State en de Generaliteit (1590–1606)*, in: *Bijdragen voor de Geschiedenis der Nederlanden* 19 (1964–1965) 1–48; A. Th. van Deursen, *Tussen eenheid en zelfstandigheid. De toepassing van de Unie als fundamentele wet*, in: S. Groenveld – H. L. Ph. Leeuwenberg ed., *De Unie van Utrecht. Wording en werking van een verbond en een verbondsacte* (Den Haag 1979) 136–154. Die Frage, ob innerhalb der Provinzen den Städten die Souveränität zustand, war immer strittig. Siehe dazu auch: G. de Bruin, *De soevereiniteit in de Republiek: een machtsprobleem*, in: BMGN 94 (1979) 27–40.

<sup>26</sup> Een trouwe Waerschouwinghe, aen de goede mannen van Antwerpen (1581) (*Knuttel* Nr. 575; s. auch Kossmann-Mellink, *Texts Concerning the Revolt*, 228–231); Politicq onderwijs. Inhoudende diversche ende seer ghewichtighe Argumenten ... (Mechelen 1582) (*Knuttel*, Nr. 581); s. auch Mout, *Plakkaat van Verlatinge*, 7–8, 60–63.

<sup>27</sup> (François Vranck), *Corte verthoninghe* (Rotterdam 1587) (*Knuttel*, Nr. 790; s. auch Kossmann-Mellink, *Texts Concerning the Revolt*, 272–281); Kossmann, Bodin, Althusius en Parker, 85; P. Geyl, *An Interpretation of Vrancken's Deduction of 1587, on the Nature of the States of Holland's Power*, in: Ch. H. Carter ed., *From the Renaissance to the Counter-Reformation. Essays in Honour of G. Mattingly* (London 1966) 230–246; T. J. Veen, *Van Vranck tot Kluit – theorieën over de legitimiteit van de soevereiniteit der Staten Provinciaal (1587–1795)*, in: *Freonen om ds. J. J. Kalma hinne* (Leeuwarden 1982) 302–304.

<sup>28</sup> Mout, *Plakkaat van Verlatinge*, 66–68.

<sup>29</sup> „Een gemeen hoofd dezer landen“ heißt es meistens in den Pamphleten.

<sup>30</sup> Ein gutes Beispiel ist: *Waerschouwinghe aen alle goede Inghesetenen vanden Nederlanden ...* (1583) (*Knuttel*, Nr. 655; s. auch Kossmann-Mellink, *Texts Concerning the Revolt*, 249–251).

<sup>31</sup> W. J. Formsma, *De aanbieding van de landsheerlijkheid over Groningen aan de hertog van Brunswijk in de jaren 1592–1594*, in: BMGN 90 (1975) 1–14.

sollte dafür sorgen, daß die Union funktionierte, und es sollte den Partikularismus einschränken. Dabei sollte selbstverständlich sichergestellt werden, daß „das gemeinsame Oberhaupt“ nie zum Tyrannen wurde: dies war die größte Sorge der Verteidiger der „Monarchie“ dieser Art. Darum gaben sie sich große Mühe, ihr theoretisches „Oberhaupt“ durch Verträge an das Volk zu fesseln. Der Absolutismus findet begreiflicherweise bei diesen „Monarchisten“ keine Anhänger. Ihr bescheidenes Ideal wurde inzwischen mehrfach angegriffen von denen, die „Monarchie“ ohne weiteres mit „Tyrannei“ gleichsetzten. Hatte nicht Philipp II. selbst 1549 die Privilegien der Niederlande beschworen, nur um seinen Eid zu brechen? Die wahren Helden der Geschichte seien nicht die Könige, sondern die Tyrannenmörder, die ihre Taten für das Volk begangen hätten. Wenn jemand behauptete, daß die Niederlande einen neuen Fürsten bräuchten, dann müßte er darlegen, was denn die Niederlande in der Vergangenheit ihren Fürsten zu verdanken gehabt hätten<sup>32</sup>.

Eine Oligarchie des Adels war eine andere Möglichkeit, welche die Verfasser der Flugschriften unter die Lupe nahmen, um sie dann ziemlich einmütig zu verwerfen. Der Adel war durch den Aufstand gespalten: es gab Edelleute, die königstreu geblieben waren, und solche, die auf der Seite des Aufstands gekämpft hatten. Nur Edelleute der letzten Kategorie hätten in der Regierung des neuen Staates eine Rolle spielen können. Aber auch diesen Adeligen konnte man nicht restlos vertrauen, da eine Adelsregierung, wie man meinte, immer in Gefahr wäre, in Tyrannei zu entarten. Im allgemeinen wurde aber gutgeheißen, daß Adelige, vorausgesetzt, daß sie protestantisch waren, an der Regierung teilnahmen und militärische Ämter bekleideten. Ein völliges Ausschließen des Adels, wie einige es befürworteten, wurde als zu streng und außerdem als zu gefährlich verworfen<sup>33</sup>.

Weder Monarchie noch Adelsoligarchie schienen den Verfassern politischer Pamphlete eine befriedigende Antwort auf die Frage nach der besten Staatsform zu bieten. Nicht aus diesen Flugschriften, sondern aus dem Handeln nicht weniger Politiker ergibt sich jedoch, daß diesen die Monarchie noch immer als die von Gott gegebene Staatsform galt. Nicht alle Anhänger des Aufstands, die mit dem Widerstand gegen Philipp II. als Tyrann einverstanden waren, konnten die Absetzung des Königs gutheißen. Der neue Eid auf die Generalstaaten, den zum Beispiel alle Abgeordneten der Staaten und alle Mitglieder der städtischen Magistrate nach der Absetzung zu schwören hatten, rief Proteste hervor. In diesem Eid stand deutlich, daß der König nun wegen Tyrannei abgesetzt war. Die Staaten von Overijssel sprachen für viele, wenn sie sagten, daß nur Gott Könige absetzen oder über sie urteilen könne. Es scheint, daß der Eid viele in ihren politisch-moralischen Gefühlen verletzt hatte<sup>34</sup>.

In der Zeit Anjous und Leicesters (1581–1587) lebte die Diskussion über die demokratische oder aristokratische Ausrichtung einer Republik der Vereinigten Provinzen

<sup>32</sup> *Geurts*, De Nederlandse Opstand in de pamfletten, 190–195, 274–276.

<sup>33</sup> *Ibidem*, 195–199.

<sup>34</sup> *Mout*, Plakkaat van Verlatinge, 60–68; *J. C. H. de Pater*, Leicester en Overijssel, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 64 (1951) 259–265; *Duke*, From King and Country to King or Country?, 131–135.



wieder auf. Die „demokratische Tyrannei“<sup>35</sup> nach Genter Muster fand keine Bewunderer mehr. Welche Staatsform auch die beste sei, man würde immer kämpfen müssen gegen die entarteten Formen der aristotelischen Begriffe Monarchie, Aristokratie und Demokratie, nämlich Tyrannei, Oligarchie und Systrema, „das heißt Aufruhr und Rebellion“<sup>36</sup>. Die Niederlande brauchten dringend eine feste Einrichtung ihres Staates; ohne sie gäbe es nur Anarchie. Man mußte also wählen zwischen den drei aristotelischen Formen<sup>37</sup>. Der anonyme Verfasser des *Discours* (1583), einer Flugschrift, die sich ausschließlich mit der Frage nach der besten Staatsform befaßt, schlug ein *imperium mixtum* vor: eine Republik mit aristokratischem und demokratischem Einschlag, „die Regierung der besten Adeligen und der vernünftigsten Bürger“<sup>38</sup>. Als Vorbild nannte er die Schweizer Eidgenossenschaft und auch die deutschen Reichsstädte<sup>39</sup>. Ein anderer Anonymus, übrigens ein Anhänger Anjous, erwähnte 1583 als Muster einer aristokratisch-demokratischen Republik neben der Schweiz und Venedig sogar die Provinzen Holland und Seeland<sup>40</sup>. Auf diese Vorbildhaftigkeit der eigenen Provinzen soll noch eingegangen werden.

Die Verteidiger der Idee des „gemeinsamen Oberhauptes“ griffen mehrfach diejenigen an, die für das Schweizer oder das venezianische Muster eintraten. Sie wiesen darauf hin, daß die geographische Lage der Niederlande ganz anders war als die der Schweiz oder Venedigs. Das Land lag offen, vor allem nach dem Süden, und wurde weder von Bergen noch durch eine isolierte Lage, wie die venezianischen Inseln sie hatten, gegen Angriffe geschützt. Auch stach der Partikularismus der niederländischen Provinzen ungünstig ab gegen den schweizerischen Bürgersinn<sup>41</sup>. Die Auseinandersetzung zwischen Verteidigern des Schweizer Musters und Befürwortern des „gemeinsamen Oberhauptes“ dauerte nicht länger als einige Jahre (1582–1584). Venedig wurde erst im siebzehnten Jahrhundert ein Vorbild für die Vereinigten Provinzen; am Ende des sechzehnten Jahrhunderts spielte die Schweiz eine viel größere Rolle in der politischen Theorie als die Serenissima<sup>42</sup>. Die Eidgenossen erregten später noch immer das Interesse: die Übersetzung von Simlers Beschreibung der Schweiz (1613) beweist es<sup>43</sup>.

<sup>35</sup> H. G. Koenigsberger, *The Organization of Revolutionary Parties in France and the Netherlands during the Sixteenth Century*, in: *idem*, *Estates and Revolutions* (Ithaca–London 1971) 240–242, 251.

<sup>36</sup> *Politieq onderwijs* (Mechelen 1582) (*Knuttel*, Nr. 581).

<sup>37</sup> *Discours*, Verclaerende wat forme ende maniere van regieringhe, dat die Nederlande voor de alderbeste ende zekerste tot desen tyden aenstellen mochten (1583) (*Knuttel*, Nr. 651; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 243–246).

<sup>38</sup> Siehe Anm. 37; *Geurts*, *De Nederlandse Opstand in de pamfletten*, 200–201.

<sup>39</sup> Siehe Anm. 37 und 38; *Van Schelven*, *De staatsvorm van het Zwitserch Eedgenootschap*, 751–753.

<sup>40</sup> *Waerschouwinghe aen alle goede Inghesetenen vanden Nederlanden ...* (1583) (*Knuttel*, Nr. 655; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 249–251).

<sup>41</sup> Siehe Anm. 40; *Middelen Ende conditien, door de welcke d'Inghesetenen der gheunieerde Provincien met der Majesteyt van den Coninck van Spaignen ... zouden moghen accorderen* (1584) (*Knuttel*, Nr. 676).

<sup>42</sup> Siehe Anm. 37, 38 und 39; E. O. G. *Haitsma Mulier*, *The Myth of Venice and Dutch Republican Thought in the Seventeenth Century* (Assen 1980) 64.

<sup>43</sup> J. *Simler*, *Die Republycke van Switserlandt* (Übersetzung von M. Everaert) (Delft 1613).

Zwei Jahre später verglich der Artesier Jean-François Le Petit die Entstehungsgeschichte der Republik der Vereinigten Provinzen mit der Schweizer Geschichte. Er sah wichtige Ähnlichkeiten: das Haus Habsburg hätte in der Schweiz wie in den Niederlanden regiert, Schweizer und Niederländer wären zur Verteidigung ihrer Privilegien gezwungen gewesen (wobei die Niederländer mehr gelitten hätten als die Schweizer), und beide hätten mit ausländischen Mächten Bündnisse geschlossen. Beide Republiken wären aus winzigen Anfängen entstanden: der Schweizer Staat natürlich aus der Eidgenossenschaft, während der niederländische mit der Eroberung von Den Briel (1572) seinen Anfang genommen habe. Die Berge hätten, so Le Petit, die Schweiz geschützt, und die niederländischen Flüsse hätten die Vereinigten Provinzen durch den Handel reich und somit unbesiegbar gemacht<sup>44</sup>.

Im Feuer der Debatten über die Souveränität und über das Verhältnis zwischen Fürst und Ständen in der Zeit Anjous und Leicesters geriet das Problem der Staatsform manchmal in den Hintergrund. Man sprach dann einfach von einem Staat oder von einer Republik, ohne die Form weiter zu bestimmen<sup>45</sup>. Man schloß an politische Theorien aus einer früheren Zeit an und handelte weiterhin von der spanischen Tyrannei und vom Widerstandsrecht<sup>46</sup>. So behielten alte Gedankenformen ihren Reiz. Zudem erschien vielen praktischen Politikern das Denken über eine neue Einrichtung des Staates allzu abstrakt; sie hielten sich damit nicht auf. Der Politiker Aggaeus van Albada legte 1581 den friesischen Abgeordneten zu den Generalstaaten einen Entwurf einer neuen Landesregierung vor. Anstelle eines Fürsten sollten die Provinzialstaaten regieren, aber neben ihnen war einem sogenannten *advocatus patriae* (*landsadvocaat*) Platz eingeräumt, der in Streitigkeiten zwischen den Provinzen einzuschreiten hatte<sup>47</sup>. Nicht die beste Staatsform war Albada hier wichtig, sondern das Alltagsproblem der ständigen Differenzen zwischen den Provinzen. Er äußerte sich nicht zu Vorbildern, seien sie nun aristokratisch oder demokratisch, historisch oder zeitgenössisch.

Wie groß das Übergewicht der Tagesprobleme in der politischen Theorie war, zeigt die Aufmerksamkeit, die man in immer steigendem Maße religiös-politischen Fragen widmete. Seit dem Anfang des Aufstands hatte man über Religion im Zusammenhang mit dem Widerstandsrecht diskutiert. Das *libertatis ergo* oder das *religionis ergo* als

<sup>44</sup> *Ian-François Le Petit*, *Nederlantsche Republycke ... geconferereet ende vergeleken met die van de Swyttersche cantoonen* (Arnheim 1615).

<sup>45</sup> Een Christelijcke waerachtighe Waerschouwinghe ende wederlegghinge ... (1583) (*Knuttel*, Nr. 657); Een ootmoedich vertooch ende eenvoudighe verclaringhe vanden eenighe middel, waer deur men voordaen dese arme bedructe Nederlanden sal behoeden van voorder verwoestinghe ... (1583) (*Knuttel*, Nr. 658; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 252–255); (*François Vranck*), *Corte verthoninghe* (Rotterdam 1587) (*Knuttel*, Nr. 790; s. auch Anm. 27); *Naerder Verklaringhe vande Staten van Hollandt ...* (1587) (*Knuttel*, Nr. 789).

<sup>46</sup> (*Frans Coornbert*), *Cort onderwijs eens liefhebbers des welstands deser Nederlanden ...* (Amsterdam 1586) (*Knuttel*, Nr. 767; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 267–269); (*Bonaventura Vulcanius*), *Admonitio ad orbis-terrae principes, qui se suosque salvos volunt, in primis ad illustrissimos Germaniae principes* (1587) (*Knuttel*, Nr. 779).

<sup>47</sup> *K. van Berkel*, Aggaeus de Albada en de crisis in de Opstand (1579–1587), in: *BMGN* 96 (1981) 17; *W. Bergsma*, Aggaeus van Albada (c. 1525–1587), schwenckfeldiaan, staatsman en strijder voor verdraagzaamheid (Meppel 1983) 124–127.

Rechtfertigung und zugleich Ziel des Aufstands war dabei ein Streitpunkt geblieben; daher hatten die Generalstaaten in ihren Erlassen immer vermieden, die Religion als Widerstandsgrund aufzuführen<sup>48</sup>. In den neunziger Jahren aber entfachten wachsende Spannungen zwischen entschiedenen und gemäßigten Calvinisten (*preciezen* und *rekelijken*) eine neue Diskussion: über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Sie führte zu immer heftigeren politischen und religiösen Auseinandersetzungen und sollte, wie wir noch sehen werden, fast zum Bürgerkrieg führen. Spannungen und Konflikte zwischen städtischen Magistraten und Kirchenräten waren seit den siebziger Jahren häufig vorgekommen. Die Staaten, hauptsächlich aus gemäßigten Calvinisten bestehend, schlugen Kirchenordnungen vor, die von den entschiedenen Calvinisten nicht akzeptiert wurden und umgekehrt. Nach Leicesters Abzug hatten die Staaten die Oberhand gewonnen, aber das Problem war im Grunde nicht gelöst. Die Gemäßigten wollten ein mehr oder weniger erastisches Verhältnis von Staat und Kirche; die Orthodoxen kämpften für einen möglichst weitgehenden Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben<sup>49</sup>. Die Rechte und Pflichten der Obrigkeit, der Kirche und des Bürgers rückten bei diesen Auseinandersetzungen in den Mittelpunkt. Die beste Staatsform wurde dabei gar nicht oder ganz nebenbei erörtert. Ohne ein Wort über die Staatsform zu verlieren, konnte 1588 der Prediger Eusebius Montanus die Pflichten einer christlichen Obrigkeit und das Widerstandsrecht niederer Magistrate (er meinte die Kirchenräte) in Religionssachen ausführlich, mit biblischen Zitaten, beschreiben<sup>50</sup>. Als der Mathematiker und Ingenieur Simon Stevin 1590 sein Buch *Vita politica*, über die Pflichten der Bürger auch gegenüber Staat und Kirche, veröffentlichte, behandelte er die vornehmsten Staatsformen nur sehr kurz. Die Vereinigten Provinzen nannte er eine demokratische Republik, wie das klassische Athen und Rom und die zeitgenössische Schweiz<sup>51</sup>.

Solche Auseinandersetzungen über Staat und Kirche wurden auch innerhalb der Leidener Universität ausgetragen. 1575 als geistige Stütze des Aufstandes gegründet, hatte sie bald einen bedeutenden Ruf erworben. Einer ihrer glänzendsten Professoren, Justus Lipsius, schrieb hier zwischen 1578 und 1591 seine bedeutendsten politisch-theoretischen Werke. In seiner *Politica* (1590) ging er aus von der Monarchie und dem absolutistischen Einheitsstaat, aber wich der Auseinandersetzung über die Staatsform für die Vereinigten Provinzen aus<sup>52</sup>. Er wurde aber in einen Streit mit dem Humanisten Dirk Volckertsz. Coornhert verwickelt; Anlaß war das Thema Ketzerverfolgung durch die Obrigkeit. Damit hatte Lipsius, ohne es zu wollen, den Kreis der Akademie verlassen und war in die öffentliche Debatte über das Verhältnis von Staat und Kirche gezogen worden. Zu seinem maßlosen Ärger weigerten sich die Staaten von Holland,

<sup>48</sup> Mout, Plakkaat van Verlatinge, 34–35, 45–46.

<sup>49</sup> Woltjer, Der niederländische Bürgerkrieg und die Gründung der Republik, 682–685.

<sup>50</sup> Eusebius Montanus, Een clare beantwoordinghe uut Gods woort ... (Middelburg 1588) (*Knuttel*, Nr. 852).

<sup>51</sup> Simon Stevin, *Vita politica*. Het burgherlick leven (Leiden 1590).

<sup>52</sup> Justus Lipsius, *Politicorum sive civilis doctrinae libri sex* (Leiden 1590); s. auch sein *Monita et exempla politica* (Antwerpen 1605); H. Wansink, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit 1575–± 1650* (Utrecht 1981) 146–152; Gerhard Oestreich, *Neostoicism and the Early Modern State* (Cambridge 1982) 39–56.

Coornherts Buch *Proces vant ketterdoden* (1590) zu verbieten. Er griff Coornhert, der sich gar nicht zur Staatsform geäußert hatte, in seiner Schrift *De una religione* (1590) scharf an und betonte dabei die Monarchie: Könige seien die wahren Beschützer der Religion<sup>53</sup>. War das eine versteckte Kritik an der jungen Republik der Vereinigten Provinzen, deren politische Entwicklung hin zu einem Staaten-Regiment weit entfernt war von Lipsius' absolutistischem Ideal<sup>54</sup>?

Nicht nur Lipsius, auch die Leidener Theologen befaßten sich mit politischer Theorie. Sie disputierten über die gerade im Vordergrund des öffentlichen Lebens stehenden Fragen vom Verhältnis zwischen Staat und Kirche: über die Pflichten der Obrigkeit, die Macht der Kirche und das Verhalten des Bürgers<sup>55</sup>. Damit verhalten sie in den neunziger Jahren der – bisher wenig beachteten – theologischen Politica in den Vereinigten Provinzen zu einem verheißungsvollen Anfang<sup>56</sup>. Die Theologen an der 1585 gegründeten Universität in Franeker folgten dem Leidener Beispiel. Wie ihre Leidener Kollegen kümmerten sie sich bei ihren Disputationen nicht um die Staatsform<sup>57</sup>. Bald (nach 1604) rückte der aufsehenerregende Theologenstreit zwischen den Professoren Gomarus und Arminius über die Prädestination die Leidener Universität in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung über Staat und Kirche. Eine Flut von Publikationen begleitete diesen Streit und seine Folgen, die während des zwölfjährigen Waffenstillstands (1609–1621) beinahe zu einem Bürgerkrieg geführt hätten. Bekannte Politiker wie Hugo Grotius und Theologen wie Lubbertus und Uittenbogaert warfen sich in die Bresche<sup>58</sup>. Es ging dabei nie um die Staatsform, es sei denn, man versteht

<sup>53</sup> Gerbard Güldner, Das Toleranz-Problem in den Niederlanden im Ausgang des 16. Jahrhunderts (Lübeck–Hamburg 1968) 65–118.

<sup>54</sup> M. E. H. N. Mout, In het schip: Justus Lipsius en de Nederlandse Opstand tot 1591, in: S. Groenveld – M. E. H. N. Mout – I. Schöffers ed., Bestuurders en geleerden (Amsterdam 1985).

<sup>55</sup> Th. Srevelius, Theses theologicae de magistratu (Leiden 1594); H. Iselburgius, Disputationum theologiarum trigesima-sexta, de magistratu (Leiden 1597); J. Taurinus, Theologica de magistratu politico disputatio (Leiden 1599); J. Wirzfeldius, Disputatio theologica qua magistratus politici functio contra phanaticos quosdam defenditur (Leiden 1600); A. Th. Leeuwius, Disputationum theologiarum repetitarum sexagesima-tertia et ultima, de magistratu politico (Leiden 1601); J. Le-Chantre, Disputationum theologiarum quarto repetitarum quadraginta-septima et ultima de magistratu (Leiden 1607); A. B. F. La Faillie, Aphorismi theologici de magistratus politici functione (Leiden 1609); D. de Breen, Theses theologicae de jure magistratus circa sacra (Leiden 1618).

<sup>56</sup> Allerdings verbot das Curatorium der Leidener Universität auf Wunsch der Staaten von Holland auf dem Höhepunkt der Zwiste während des Waffenstillstands (1609–1621) das Disputieren über theologisch-politische Streitfragen, siehe H. A. Enno van Gelder, Getemperde Vrijheid (Groningen 1972) 209–210.

<sup>57</sup> N. Bodecherus, Disputationum theologiarum vicesima quinta de magistratu politico (Franeker 1599); J. H. ab Oucoop, Disputationum theologiarum vicesima de magistratu politico (Franeker 1604).

<sup>58</sup> Ruardus Acronius, Nootwendich vertoogh ... (Delft 1610) (Knuttel, Nr. 1769); J. Uittenbogaert, Tractaet van 't ampt ende autoriteyt eener hoogher christelicker overheydt in kerkelicke saeken (Den Haag 1610); Hugo Grotius, Ordinum Hollandiae ac Westfrisiae pietas (Leiden 1613); A. Walaetus, Het ampt der kerckendienaren (Middelburg 1615); Eusebius Montanus, Een claeer bewijs dat een christen het ampt der overheydt mach bedienen ... (Amsterdam 1616) (Knuttel, Nr. 2259); Ellardus van Meben, Tractaet van het recht der kercke Christi ... (Harderwijk 1616); Johan de Brune, De grond-steenen van een vaste regeringe ... (Middelburg 1621).

Lubbertus' Bemerkung in dem Sinne, daß nämlich die Kirchenräte keinen Staat im Staat bildeten. Das trifft auch zu für die Abweisung des Absolutismus durch den gemäßigten (*rekkelijke*) Prädikanten Caesarius in seiner Schrift über die Pflichten der Untertanen<sup>59</sup>.

Die Staatsform war inzwischen doch ein Thema geworden und erschien in den Thesen und Disputationen, die im Rahmen der *Politica*, der Philosophie oder auch der Rechtswissenschaft in Leiden, Franeker und bald auch an der Groninger Universität (gegründet 1614) verteidigt wurden. In Leiden ließ der Ethiker Petrus Bertius ab und zu über politisch-theoretische Thesen disputieren. Er selbst verfocht einen reinen Aristotelismus, aber es ist nicht auszuschließen, daß er in seinen Unterricht auch die politisch-theoretischen Auffassungen seiner Zeit mit einbezog. Allerdings verwiesen seine Studenten in ihren Thesen nicht auf moderne Denker wie Lipsius oder Bodin<sup>60</sup>. Immerhin: Andreas, der letzte der drei polnischen Brüder Rey, die 1602 bei Bertius über aristotelische *Politica* disputierten, wählte die aristokratische Republik als beste Staatsform. Als Begründung führte er an, eine gute aristokratische Regierung sei leichter zu bilden als einen guten König zu finden. Ein solcher Gedanke war nicht traditionell aristotelisch, sondern konnte nur aus zeitgenössischen politischen Theorien herühren<sup>61</sup>. Vier Jahre später empfahl ein Student in Franeker in einer sonst von Aristoteles durchdrungenen Dissertation eine auf Wahl beruhende aristokratische Regierungsform<sup>62</sup>. Diese zwei letztgenannten ließen sich in ihrer Abweichung von Aristoteles vielleicht von den Verhältnissen in den Vereinigten Provinzen leiten. Dagegen sprachen sich viele von Bertius' Leidener Studenten in ihren traditionell-aristotelischen Thesen für die Monarchie aus<sup>63</sup>. In der Frage nach der besten Regierung argumentierte einer sogar aufgrund von Beispielen aus der römischen Geschichte, nicht aufgrund der *Ethica* oder der *Politica*, und ließ die Frage nach der Staatsform ganz beiseite<sup>64</sup>. Bei diesen Leidener Philosophen ist also ein Einfluß moderner Theoretiker kaum wahrnehmbar. Der Jurist Theodorus Leontius definierte 1607 in seiner Leidener Dissertation Souveränität als das Recht, eine Obrigkeit zu berufen und Recht zu set-

<sup>59</sup> *Sibrandus Lubbertus*, *Responsio ad pietatem Hugonis Grotii* (Franeker 1614); *Henricus Caesarius*, *Schuldige plichte der onderdanen teghen hare soo hooge als leeghe Overheden* (Utrecht 1627).

<sup>60</sup> *Joannes Rey*, *Theses politicae de regno et tyrannide* (Leiden 1602); *Stanislas Rey*, *Theses politicae de variis rerumpublicarum formis* (Leiden 1602); *Andreas Rey*, *Theses politicae de optima republica* (Leiden 1602); s. auch *Kossmann*, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 12–13; *Wansink*, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 117–125; zu Bertius siehe *L. J. M. Bosch*, *Petrus Bertius 1565–1629* (Meppel 1979).

<sup>61</sup> *Andreas Rey*, *Theses politicae de optima republica*; *Kossmann*, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 12; *Wansink*, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 122–123.

<sup>62</sup> *H. à Weerdum*, *Dissertatio politica de magistratu* (Franeker 1606).

<sup>63</sup> *H. H. Geesteranus*, *Philosophemata miscellanea* (Leiden 1604); *Th. Erpenius*, *Aphorismi aliquot philosophici* (Leiden 1608); s. für andere Beispiele *Wansink*, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 117–125.

<sup>64</sup> *J. A. Vorsterman*, *Positiones politicae de dictis quibusdam factisque duodecim primorum imperatorum Romanum* (Leiden 1604); s. auch *Wansink*, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 123–125.

zen. Hierin stimmte er mit Bodin überein, aber die Souveränität selbst lag laut Leontius doch beim Volke<sup>65</sup>. Er konnte sich darum nicht – wie Bodin – für die Monarchie aussprechen und ließ die Frage der Staatsform einstweilen ruhen. Ein Student in Groningen, der wie Leontius, aber einige Jahre später, über Souveränität handelte, ging einfach von der Monarchie aus, wozu er die Theorien Bodins, Lipsius' und anderer heranzog<sup>66</sup>. Sein Beispiel bezeugt, daß um 1620 in den akademischen Disputationen und Dissertationen die Monarchie die Oberhand erlangt hatte. So ließ in Leiden der Philosophie-Professor Jacchaeus über die Monarchie, sogar mit Primogenitur, als beste Staatsform disputieren und mißbilligte ausdrücklich den Widerstand gegen Tyrannei<sup>67</sup>. In Franeker ging ein Doctorandus so weit zu behaupten, ein *imperium mixtum* von Aristokratie und Demokratie sei eine Unmöglichkeit<sup>68</sup>. Die akademische Politica ging in dieser Zeit ganz andere Wege als die politische Praxis: sie war wieder vollkommen traditionell aristotelisch geworden<sup>69</sup>.

In diesen Thesen und Disputationen zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts entwickelte sich also keine republikanische Theorie von einiger Bedeutung, einerseits, weil man zu viel an Aristoteles festhielt, und andererseits, weil die aristotelischen Kategorien nicht gut mit der unklaren politischen Praxis der Vereinigten Provinzen in Übereinstimmung zu bringen waren. War der neue Staat nun eine aristokratische oder eine demokratische Republik oder vielleicht ein *imperium mixtum*? Was war die Rolle des Statthalters und der Staaten? Nicht Studenten, sondern ein paar Professoren und einige wenige Politiker befaßten sich zwischen ca. 1600 und 1620 mit diesen Fragen. Der vieljährige Bürgermeister von Amsterdam, Cornelis Pietersz Hooft, wies schon seit den achtziger Jahren die Suche nach einem neuen Monarchen ab und bevorzugte eine auf der Macht der Städte beruhende aristokratische Republik. In seinem Amt mehrmals mit der Frage der politischen Rolle des Volkes konfrontiert, trat er ein für eine patriarchalische Haltung dem Volke gegenüber in dieser vom Patriziat geprägten Republik. Hoofts Staat war ein Regiment der Städte Hollands und der Provinzialstaaten ohne ein gemeinsames Oberhaupt. Er kümmerte sich wenig um die Macht des Statthalters und wollte nicht, daß sie erweitert würde. Sein Republikanismus war nicht viel mehr als Ablehnung der Monarchie und praktische Bevorzugung der Regentenoligarchie, „einer Regierung der reichsten und besten“, wie Hooft sich ausdrückte<sup>70</sup>.

<sup>65</sup> Theodorus Leontius, *Enneas quaestionum illustrium de majestate* (Leiden 1607); s. auch Kossmann, Bodin, Althusius en Parker, 89.

<sup>66</sup> O. Valcke, *Discursus politicus de modis capescendi principatum* (Groningen 1619).

<sup>67</sup> J. Nicodemus, *Disputatio politica de monarchia* (Leiden 1625); J. Erasmus, *Quaestiones philosophicae miscellaneae* (Leiden 1626); s. auch Kossmann, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 18–19; Wansink, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 134–137.

<sup>68</sup> H. Rhala, *Dissertatio politica* (Franeker 1619).

<sup>69</sup> Kossmann, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 9–10; Wansink, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 146–155. Für die Ausnahme, Paulus Busius, siehe unten S. 186/187.

<sup>70</sup> H. A. Enno van Gelder, *De levensbeschouwing van Cornelis Pieterszoon Hooft, burgemeester van Amsterdam 1547–1626* (Utrecht <sup>2</sup>1982) 133–149, 160–166.

Andere Politiker hatten die schwierige Aufgabe, dem Ausland die Verfassung der Vereinigten Provinzen zu erklären. 1598 hatte Oldenbarnevelt den Franzosen schon gesagt, daß die Niederlande eher einer „bonne république sous la conduite de quelque seigneur de qualité“ zuneigten als der Fürstengewalt<sup>71</sup>. Dieser „seigneur de qualité“ war natürlich der Statthalter Moritz von Oranien. Seine Position war damals noch unbestimmt. Wie gesagt, die Staaten von Holland und Seeland hatten ihm nach dem Tode seines Vaters die Grafenwürde nicht angeboten. Moritz sagte übrigens 1606 zu diesem Thema, er würde lieber vom Haager Kirchturm springen als die Grafenwürde unter denselben Bedingungen antreten, die man damals seinem Vater zugemutet hatte<sup>72</sup>. Andererseits wollte er auch nicht in einer *respublica mixta* wie Venedig wirken. Es sei ihm lieber, „auf der Galeere zu rudern, als so zu sein wie ein Herzog von Venedig“<sup>73</sup>. Er wollte mehr Anteil an der Regierung haben als die Staaten ihm zustanden; es gelang ihm dann auch während der Unruhen (1617–1619), seine Macht bedeutend zu stärken<sup>74</sup>. Es war schwierig, dem Ausland seine Stellung innerhalb des neuen Staates zu verdeutlichen. Das galt auch für die Souveränitätsfrage. Erst 1586 wurde dem Bundesgenossen Frankreich deutlich gemacht, daß die Provinzialstaaten eigentlich souverän seien. Die Generalstaaten aber vertraten in der Außenpolitik die Souveränität und beanspruchten darum alle Ehrenbezeugungen, die man gewöhnlich Vertretern einer souveränen Republik gewährte<sup>75</sup>.

1607 wurde eine Denkschrift über die Verteidigung der Republik verfaßt, die sowohl für die Mitbürger als auch für das Ausland bestimmt war. Ihr Verfasser war der Jurist und Diplomat Pieter Cornelisz Brederode, der den Generalstaaten als diplomatischer Agent im Reich diente. Er schrieb sie anläßlich der Friedensverhandlungen mit den Erzherzögen Albert und Isabella von Österreich. Brederode war ein ausgesprochener Gegner dieser Friedensverhandlungen und des späteren Waffenstillstands; er sah die Vereinigten Provinzen noch immer in ihrer Existenz bedroht. Ihre Verteidigung müsse sehr straff auf drei Ebenen organisiert werden: die Organisation des Heeres solle verbessert, Bündnisse sollten geschlossen werden, und der Staat solle nun endgültig seine Form und Einrichtung bekommen. Brederode plädierte für „letablissement d'ung bel ordre, et de nouvelles loix au gouvernement de l'Estat, de la police et justice, mesmement aussi un souverain magistrat en forme de conseil amphictorien des Grecs, représentant les Etats du pays, choisissant de toutes les provinces personnes

<sup>71</sup> Zitiert bei *Wansink*, Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit, 147.

<sup>72</sup> Ibidem.

<sup>73</sup> Zitiert bei *Haitsma Mulier*, The Myth of Venice and Dutch Republican Thought, 76.

<sup>74</sup> *Woltjer*, Der niederländische Bürgerkrieg und die Gründung der Republik, 683–685; *A. Th. van Deursen*, Maurits, in: *C. A. Tamse* ed., Nassau en Oranje in de Nederlandse geschiedenis (Alphen a/d Rijn 1979) 101–106.

<sup>75</sup> *E. H. Kossmann*, Volkssouvereinitet aan het begin van het Nederlandse ancien régime, in: *BMGN* 95 (1980) 12–13; *J. Heringa*, De eer en hoogheid van de staat. Over de plaats der Verenigde Nederlanden in het diplomatieke leven van de zeventiende eeuw (Groningen 1961) 231–262.

qualifiées, prudentes, expérimentées et incorruptibles, les changeant tous les trois ans au choix de chascune province, dont Son Excellence (*Moritz*) seroit chef et dictateur perpétuel“<sup>76</sup>. Brederode schlug hier ein *imperium mixtum* aus drei Elementen vor: die Staaten seien das wichtigste, demokratische Element; der neu einzuführende Rat, das aristokratische Element, müßte nach seinem Amtstermin den Staaten Rechenschaft ablegen, und Moritz, das monarchische Element, spielte fast die Rolle eines klassischen Diktators<sup>77</sup>. Brederode folgte mit diesen Ideen dem klassischen Muster und verwies auch noch auf moderne Stadtrepubliken wie Florenz, Lucca, Genf und vor allem Venedig<sup>78</sup>. Ein *imperium mixtum* schien ihm die einzig mögliche Staatsform für die Vereinigten Provinzen, die „un union indissoluble“ bildeten: „Aussy les trois formes de gouvernement jadis distinguées par les politiques (qui séparées semblent discorder) fon néantmoins ensemble un accord harmonieux, mais les séparant, elles ne sont pas durables“<sup>79</sup>. Wir wissen leider nicht, was mit der Denkschrift Brederodes geschehen ist und welchen Einfluß sie, wenn überhaupt, auf Politiker gehabt hat.

Die Idee des *imperium mixtum*, vom Diplomaten Brederode propagiert, lag aber in der Luft. Der Leidener Historiker und Geograph Paulus Merula verfocht sie in seiner 1603 gehaltenen, aber erst später gedruckten Rektoratsrede *De statu reipublicae Bataviae diatriba*<sup>80</sup>. Sie ist nicht so unbedeutend, wie man einmal angenommen hat<sup>81</sup>. Merula beschrieb kurz die Geschichte des niederländischen Aufstands und wies die Souveränität seit der Absetzung Philipps II. den Provinzialstaaten zu. Der Statthalter vertrat, wie bei Brederode, das Monarchische, aber nur, weil er das Oberkommando des Heeres innehatte. Die Staaten waren bei Merula das aristokratische Element (von einem neuen Rat, wie von Brederode vorgeschlagen, war keine Rede), und die Städte verkörperten das demokratische Element. Nur indem er aus den Vereinigten Provinzen ein *imperium mixtum* machte, konnte Merula nach idealem Muster Ordnung in die verwirrende Staatseinrichtung bringen<sup>82</sup>.

<sup>76</sup> Brederodes Denkschrift wurde erst im neunzehnten Jahrhundert herausgegeben: *Ch. Rablenbeck* ed., *Considérations d'estat sur le traicté de la paix avec les sérénissimes archiducz d'Autriche* (Brüssel–Den Haag 1869). Zitat: 15–16.

<sup>77</sup> „Les Etats de leur part auroient le pouvoir, comme de vray ils en doivent avoir le vouloir, de couronner son chef (*Moritz*) de trophées, et le combler avecq toute sa maison de gloire et bénéfices, pour les mémorables services qu'il a fait à cest Estat“. Ibidem, 16.

<sup>78</sup> Zu Venedig als Muster bei Brederode siehe *Haitsma Mulier*, *The Myth of Venice and Dutch Republican Thought*, 70–72.

<sup>79</sup> *Rablenbeck* ed., *Considérations d'estat sur le traicté de la paix*, 17. Zu Brederode siehe *R. Feenstra*, Pieter Cornelisz van Brederode (1558?–1637) als rechtsgeleerd schrijver. Een bio-bibliografische bijdrage, in: *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 27 (1959) 413–468.

<sup>80</sup> *Paulus Merula*, *De statu reipublicae Bataviae diatriba*, in: *P. Scriverius* ed., *Respublica Hollandiae et urbes* (Leiden 1630) 123–140; s. auch seine *Oratio posthuma. De natura reipublicae Bataviae ex auctoris schedis descripta*. Ed. *J. Morsius* (Leiden 1618). Zu Merula siehe *S. P. Haack*, *Paulus Merula 1558–1607* (Zutphen 1901).

<sup>81</sup> *Kossmann*, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 13; *Mout*, *Plakkaat van Verlatinge*, 67; *Wansink*, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 150.

<sup>82</sup> *Haitsma Mulier*, *The Myth of Venice and Dutch Republican Thought*, 68–69.



Die Vereinigten Provinzen wollten sich nun einmal nicht in das Prokrustesbett der Theorie spannen lassen. Das beweist auch Althusius' *Politica methodice digesta*<sup>83</sup>. Sie faßte die calvinistische Widerstandslehre des sechzehnten Jahrhunderts in glänzender Weise zusammen. Damit lieferte er eine Theorie zur Erklärung des niederländischen Aufstands, aber nicht des neuen Staates. Schwierig wird dies erst, wenn man Althusius' Souveränitätsbegriff doch als Grundlage der Republik der Vereinigten Provinzen verstehen will. Vielleicht hat Althusius selbst dazu die Veranlassung gegeben. Im Vorwort der Ausgabe von 1610 verneinte er nämlich – gegen Bodin –, daß die Souveränität einem König oder höchstem Magistrat zustehe. Die Staaten (er wandte sich an die von Friesland) hätten Philipp II. 1581 nur das abgenommen, was ihnen rechtens zukam, nämlich die Souveränität, die letzten Endes bei den Einwohnern der verschiedenen Provinzen läge. Die Ausübung dieser Souveränität war für Althusius ein Kernpunkt des politischen Lebens. In der Hitze des Gefechts um Anjou und Leicester hätte das den Niederländern wohl auch eingeleuchtet. Allerdings: für Althusius heißt Volkssouveränität nicht, daß die Macht vom Volke ausgeht; hierauf hat Kossmann hingewiesen. Vielmehr schwebt ihm eine Kontrolle der Einhaltung der Verfassung durch das Volk vor<sup>84</sup>. Das war noch ganz mit dem Blick auf die Aufstände des sechzehnten Jahrhunderts gedacht. Mit einer so zurückgewandten Haltung, die auch die Frage nach der besten Regierungsform offenließ<sup>85</sup>, konnte man im neuen Staat der Vereinigten Provinzen, Anfang des siebzehnten Jahrhunderts, nicht mehr viel anfangen.

Konnte Althusius die Theoretiker der jungen Republik nicht begeistern, mit seinem Gegenspieler Bodin konnten sie sich auch nicht anfreunden; verteidigte dieser doch die legislative Souveränität des Königs in einem absolutistischen Staatsgebilde. Außer acht lassen konnte man Bodin aber auch nicht: dazu war seine Autorität zu groß. Leidener Gelehrte wie Daniel Heinsius oder Dominicus Baudius vermieden es in ihren wenigen politisch-theoretisch angehauchten Schriften, sich mit Bodin zu beschäftigen<sup>86</sup>. Nur der Jurist Paulus Busius, der in Franeker auch *Politica* lehrte, setzte sich in seinem Werk *De Republica* (1613) mit Bodin auseinander. Sein Buch ist nicht mehr als eine Art Syllabus seines politisch-theoretischen Cursus', vervollständigt durch die *Disquisitiones* (1613), eine Sammlung von Disputationen seiner Studenten<sup>87</sup>. Althusianische Gründlichkeit ist von Busius nicht zu erwarten. Er kommen-

<sup>83</sup> J. Althusius, *Politica methodice digesta*. Ed. C. J. Friedrich (Cambridge, Mass. 1932): Reprint der dritten Ausgabe 1614 (erste Ausgabe: 1603; zweite: 1610). S. auch P. J. Winters, Die ‚Politik‘ des Johannes Althusius und ihre zeitgenössischen Quellen (Freiburg i/B. 1963), und dazu Kossmanns Besprechung in: *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 32 (1964) 463–467.

<sup>84</sup> Kossmann, *Volkssouveränität aan het begin van het Nederlandse ancien régime*, 15–19.

<sup>85</sup> Dazu Winters, Die ‚Politik‘ des Johannes Althusius, 258–260.

<sup>86</sup> Daniel Heinsius, *De politica sapientia oratio* (Leiden 1614); Idem, *Oratio cum secundum Taciti Annalium absolvisset*, in: idem, *Orationum editio nova* (Amsterdam 1657) no. XVII; Dominicus Baudius, *Dissertatiuncula super Induciis belli Belgici* (Leiden 1609); s. auch Wansink, *Politieke wetenschappen aan de Leidse Universiteit*, 87–90.

<sup>87</sup> P. Busius, *De republica libri tres* (Franeker 1613); P. Busius, *praeses, Illustrium disquisitionum politicarum liber* (Franeker 1613).

tierte Bodins Absolutismus, ohne auf Althusius' Volkssouveränitätsbegriff oder Vertragslehre zurückzugreifen. Er war sich mit Bodin darin einig, daß die Souveränität an sich unteilbar sei, aber seiner Ansicht nach konnte sie auf mehreren Personen oder Institutionen beruhen. Das römische Prinzipat war ihm ein ideales Muster. Da hatten *Princeps* und *Senatus* die Souveränität innerhalb der organisierten *Civitas*, die den Staat (*Respublica*) bildete. Absolutistisch im Sinne Bodins und verwerflich war ihm die Staatsform, die er *Dominatus* nannte; man traf sie zum Beispiel in der Türkei und in Moskovien an. Wo neben einem König ein Parlament existierte, sprach Busius schon von einem *Principatus* nach römischem Ideal, von einem gemischten Staat; England und Frankreich waren da seine Beispiele. Im Gegensatz zu Bodin wollte er die Monarchie nicht ohne weiteres als beste Staatsform annehmen. In der Republik, sowohl in der klassischen wie auch der heutigen, sah er viele Vorteile. Die Republiken Venedig, die Schweiz, die deutschen Reichsstädte und die Vereinigten Provinzen erregten seine Bewunderung. Bemerkenswert ist dabei, daß Busius, ein Verteidiger der Aristokratie als bester Staatsform, die Vereinigten Provinzen als eine rein aristokratische Republik ansah. Der Statthalter sei nur Heerführer in Kriegszeiten, sonst sei er ein Ratgeber ohne viel Macht. Ausdrücklich warnte Busius davor, den Statthalter als Erben der Fürstengewalt zu betrachten, wie er auch davon abriet, den Vereinigten Provinzen den Charakter eines Einheitsstaates anstatt eines Staatenbundes zu verleihen<sup>88</sup>. Mit Busius hatte endlich ein waschechter und auch theoretisch gut vorgebildeter Republikaner die akademische Szene betreten. Sein Werk fand aber keinen Anklang; zwar disputierten die Studenten eifrig bei ihm, aber sie führten seine Gedanken nicht weiter. Nichts von allem, was die Suche nach einem idealen Muster erbracht hatte, konnte den Zeitgenossen wirklich behagen<sup>89</sup>, weil es die praktischen Probleme nicht lösen half.

## Die batavische Eigenart

Spanien hatte im Waffenstillstand von 1609 die Vereinigten Provinzen de facto als Staat anerkannt. Auch den übrigen europäischen Mächten wurde nun klar, daß die Republik ihren Platz unter den Staaten eingenommen hatte<sup>90</sup>. Regierende und Bürger der Vereinigten Provinzen waren mit neuem Selbstbewußtsein aus dem Aufstand hervorgegangen. Die Gegenwart schien günstig, die Zukunft verheißungsvoll. Jetzt brauchte der neue Staat nur noch eine Vergangenheit, die mehr Respekt einflößte als das Bild der Rebellion gegen den legitimen Fürsten. Tatsächlich ging man ungefähr seit 1609 daran, diese Vergangenheit zu schaffen. Hierfür boten sich zwei Quellen an: die politischen Flugschriften aus der Zeit des Aufstands und die Schriften, die nieder-

<sup>88</sup> Ibidem; s. auch *L. de Hartog*, Een Nederlandsch schrijver over den staat, uit het begin der XVIIe eeuw, in: *Nieuwe bijdragen voor rechtsgeleerdheid en wetgeving*, N. R. 8 (1882) 474–534; *Haitzma Mulier*, The Myth of Venice and Dutch Republican Thought, 72–75.

<sup>89</sup> *Kossmann*, Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland, 13–16.

<sup>90</sup> *A. Th. van Deursen*, Honi soit qui mal y pense? De Republiek tussen de mogendheden (1610–1612) (Amsterdam 1965); *Heringa*, De eer en hoogheid van de staat, 263–302.

ländische Humanisten seit Anfang des sechzehnten Jahrhunderts über Frühgeschichte und Mittelalter des eigenen Landes verfaßt hatten. Diese beiden Gattungen haben sich gegenseitig beeinflußt.

Anfang des siebzehnten Jahrhunderts lebte noch die Erinnerung an die Frühzeit des Aufstands, als so viele politische Schriften mit der Vergangenheit argumentierten. Einziges Ziel der Rebellion, so hatte es damals geheißsen, sei die Wiederherstellung des früheren Zustands. Man kämpfe für die alten Privilegien und die alte Freiheit. Wem es damit ernst war, der wollte sich diese ideale Vergangenheit auch konkret vorstellen. Bei der Beschreibung der einzelnen Privilegien und Freiheiten legte man aber nicht so viel Nachdruck auf die buchstäblichen Texte. Es ging vielmehr um die Überzeugung, wonach die alten Vorrechte Ausdruck einer harmonischen politischen Ordnung waren. Die Ordnung hätten die Spanier verletzt, und die Aufständischen müßten sie wiederherstellen. Bei der ersten, sogenannten „freien“ Sitzung der Generalstaaten in Dordrecht (1572) sprach Marnix van St. Aldegonde diesen Gedanken schon deutlich aus<sup>91</sup>. Die Polarisierung des Aufstands seit der Pazifikation von Gent (1576) wirkte sich auch in dieser Hinsicht aus. Das berühmteste Privileg der Niederlande, die Brabanter *Joyeuse Entrée*, 1549 durch Philipp II. beschworen, hatte eine Klausel über das Recht, dem Fürsten unter gewissen Umständen den Gehorsam zu verweigern. Dies gelte nicht nur für Brabant, so erklärte Marnix van St. Aldegonde im Reichstag von Worms (1578); die *Joyeuse Entrée* sei schon seit 1477, als Maria von Burgund das *Gross-Privileg* verliehen hatte, für die Niederlande als Ganzes gültig<sup>92</sup>. Marnix' Plädoyer entsprach dem Bekenntnis der Aufständischen zu einem „Vaterland“ als Gegenstand der Loyalitätsgefühle, das die gesamten Niederlande umfaßte<sup>93</sup>. Auch bei den Kölner Friedensverhandlungen (1579) kam die Rechtswirksamkeit der *Joyeuse Entrée* zur Sprache. Der anonyme Verfasser einer Flugschrift zu diesen Verhandlungen verteidigte die Haltung der Generalstaaten mit dem Hinweis, in den Niederlanden hätten die Staaten immer die ganze Nation repräsentiert. Es sei auch von jeher ihre Aufgabe gewesen, die Rechte der Nation zu wahren und die Einwohner gegen Unrecht, selbst von seiten des Fürsten, zu schützen. Nicht nur das: der Verfasser hob hervor, daß die Staaten der Niederlande diese Rechte nicht im Laufe der Zeit auf den Fürsten übertragen hätten. Im Gegenteil, sie seien immer in ihrem Verhältnis zum Fürsten die Mächtigeren geblieben. Ohne sie hätten die Grafen und Fürsten von einst nie etwas durch-

<sup>91</sup> J. J. Woltjer, Dutch Privileges, Real and Imaginary, in: J. S. Bromley – E. H. Kossmann ed., Britain and the Netherlands V (Den Haag 1975) 19–35; Kossmann, Bodin, Althusius en Parker, 84–89; Instructie ende bericht voor Joncher Philips van Marnix, heere van St. Aldegonde etc., gecommiteerde mijn genadigen heere ende voerst, den Prince von Orangien ..., in: R. C. Bakhuizen van den Brink, Studien en schetsen over vaderlandse geschiedenis en letteren I (Amsterdam 1860) 526–531 (s. auch Kossmann – Mellink, Texts Concerning the Revolt, 98–101).

<sup>92</sup> P. A. M. Geurts, He beroep op de Blijde Inkomste in de pamfletten uit de Tachtigjarige Oorlog, in: Standen en landen 16 (1958) 3–15; H. de la Fontaine Verwey, De Blijde Inkomste en de Opstand tegen Filips II, in: Standen en landen 19 (1960) 95–120; Blockmans, Du contrat féodal à la souveraineté du peuple, 144–145.

<sup>93</sup> Siehe oben S. 171/172.

setzen können, weder in bezug auf Krieg und Frieden, noch auf die Staatsfinanzen oder gar in der Religion<sup>94</sup>. Ein Fürst, so behauptete 1583 ein Pamphlet, war für die Niederländer eigentlich etwas Neues: „Erst vor einer Generation hatten die Niederlande einen Monarchen bekommen, und das Zeichen der alten Freiheit, nämlich das Recht der Staaten nach eigenem Willen zu tagen, war noch immer vorhanden und lebendig“<sup>95</sup>.

In dieser Weise hatten die Aufständischen die politische Vergangenheit mit Zügen einer besonderen Eigenart ausgestattet. Jetzt bedurfte diese Eigenart nur noch einer festeren, wissenschaftlicheren Grundlage. Dafür konnte man aus der niederländischen humanistischen Geschichtsschreibung schöpfen; einer Gattung, die sich seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts mehr und mehr auf Holland, den politisch und ökonomisch wichtigsten Teil der Vereinigten Provinzen, konzentrierte<sup>96</sup>. Schon 1566 hatten die Staaten von Holland Hadrianus Junius mit dem Schreiben einer Geschichte der Provinz beauftragt. Junius' Arbeit sollte beweisen, daß die Staaten das Recht hatten, ohne Genehmigung des Fürsten oder des Landvogts zu tagen. Allerdings erschien der erste Teil der Arbeit erst 1588 unter dem Titel *Batavia*. Das Buch handelte von der Frühgeschichte und dem Mittelalter und ging davon aus, daß die Bataver die Ahnen der Holländer waren. Auch setzte Junius die Grenze des alten Bataverlandes gleich mit der der Vereinigten Provinzen<sup>97</sup>. Janus Dousa, Politiker, aber auch Curator und erster Bibliothekar der Leidener Universität, verschaffte der Provinz mit seinen *Annales Hollandiae* (1599) ein glänzendes Mittelalter nach modernstem humanistischem Muster<sup>98</sup>.

Inzwischen rückten die Bataver mehr und mehr in den Mittelpunkt des Interesses. Man entdeckte sie als die treuen Kampfgenossen der Römer, „amici et fratres Romani

<sup>94</sup> Brief discours sur la negotiation de la paix, qui se traite presentement à Coloigne entre le Roy d'Espagne et les Estatz du Pays bas (*Knuttel*, Nr. 492; s. auch *Kossmann-Mellink*, *Texts Concerning the Revolt*, 183–187).

<sup>95</sup> „Ende dese boven gheschreven regeringhe en behoorde ons Nederlanders niet nieu oft onbequaem te denken, de wyle wy eerst by eens menschen ghedencken onder eenen *Monarcha* ofte Hooft ghecomen zijn, ende dat noch tot op den dach van hedent die marckteecken onser onder vryheyt, in het tsamen beroepen ende beschrijven der Staten ende Leden vanden Landen, voorhanden sijn ende ghebruyct werden: Discours Verclaerende wat forme ende maniere van regeringhe ... C ii; s. Anm. 37. Weitere Beispiele s. in Anm. 27: Corte verthoninghe; Anm. 45: Naerder Verklaringhe; Anm. 46: Cort Onderwijs.

<sup>96</sup> *H. Kampinga*, *De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis bij de Hollandse historici der XVIe en XVIIe eeuw* (Utrecht 1980).

<sup>97</sup> *Ibidem*, 31–32, 68, 79, 134, 135; *B. A. Vermaseren*, *Het ontstaan van Hadrianus Junius' 'Batavia' 1588*, in: *Huldeboek pater Kruitwagen* (Den Haag 1949) 407–426; *Hadrianus Junius*, *Batavia* (Leiden 1588).

<sup>98</sup> *Janus Dousa*, *Annales, rerum a priscis Hollandiae comitibus per CCC.XLVI. Annos gestarum continuata serie memoriam complectentes* (Den Haag 1599). Sein Sohn Janus Dousa filius brachte 1601 eine erweiterte Fassung heraus, in der er die batavische Vergangenheit auch behandelte: *Bataviae Hollandiaeque Annales* (Leiden 1601). S. auch *Kampinga*, *De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis*, *passim*.

imperii“, wie sie in einer – leider gefälschten – Inschrift gerühmt wurden<sup>99</sup>. Zahlreiche klassische Autoren hatten die Bataver beschrieben, und Tacitus hatte sie sogar gelobt<sup>100</sup>. Es waren die Römer gewesen, die durch den Bruch des Bündnisses den batavischen Helden Claudius Civilis 69 n. Chr. in den Aufstand getrieben hatten. Nach dem Sieg der Bataver bei Xanten war der römische Feldherr Cerealis gezwungen gewesen, ein neues, ehrenvolles Bündnis mit Claudius Civilis zu beschwören. Lipsius, der große Tacitus-Kommentator, hatte die Bataver in seiner *Politica* (1589) „iam tunc vindices et adsertores publicae libertatis“ genannt; allerdings hatte er Tacitus' Bericht über den Aufstand nicht kommentiert. Er wollte sichtlich einen zu politisch gefärbten Kommentar vermeiden und überließ es anderen, Wilhelm und Moritz von Oranien mit Claudius Civilis zu vergleichen<sup>101</sup>. Petrus Scriverius trat 1606 mit seiner ersten Beschreibung der Bataver (*Oudt Batavien*) an die Öffentlichkeit. Drei Jahre später, in seiner *Batavia illustrata*, verknüpfte er die batavischen Anfänge mit der mittelalterlichen Geschichte von Holland, Seeland und Friesland. Er folgte darin Junius und Dousa, aber im Gegensatz zu ihren gelehrten Schriften hatte seine Darstellung der politischen und kulturellen Kontinuität zwischen Batavern und Holländern großen Erfolg<sup>102</sup>. Nicht nur Wissenschaftlern wie Paulus Merula (*De statu reipublicae Batavicae diatriba*), sondern auch gebildeten Bürgern war es jetzt völlig klar, daß die Bezeichnung „Respublica Batavica“ für die Vereinigten Provinzen die einzig richtige war<sup>103</sup>.

Ihren begabtesten Gestalter fand die Batavische Eigenart in Hugo Grotius. In einigen seiner frühen politisch-historischen Schriften hatte er sich für die aristokratische Republik, ohne jegliche demokratische Beimischung, als beste Staatsform ausgesprochen<sup>104</sup>. Sie sei in den Vereinigten Provinzen immer beheimatet gewesen. Mehr noch: die alte batavische Republik fand Grotius im Vergleich zu Athen und Rom in vieler Hinsicht besser. Allerdings wurde seine stark idealisierende Darstellung des Bataverstaates, das *Parallelon rerum publicarum* (1600–1602 geschrieben), während Grotius'

<sup>99</sup> H. van de Waal, Drie eeuwen vaderlandsche geschied-uitbeelding 1500–1800. Een iconologische studie (2 Bde.; Den Haag 1952) I, 99, II, 50; Einen Überblick des Bataven-Mythos durch die Jahrhunderte bietet I. Schöffer, The Batavian Myth during the Sixteenth and Seventeenth Centuries, in: J. S. Bromley – E. H. Kossmann ed., Britain and the Netherlands V (Den Haag 1975) 78–101 (auch in: P. A. M. Geurts – A. E. M. Janssen ed., Geschiedschrijving in Nederland II Geschiedbeoefening (Den Haag 1981) 83–109).

<sup>100</sup> W. Sprey, Tacitus over de opstand der Bataven (Groningen 1953). Tacitus, Germania 29: „Omnium harum (*Germanarum*) gentium virtute praecipui Batavi“ wurde im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert oft zitiert.

<sup>101</sup> Mout, In het schip: Justus Lipsius en de Nederlandse Opstand; Kampinga, De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis, 71; Van de Waal, Drie eeuwen vaderlandsche geschied-uitbeelding, I, 99–101.

<sup>102</sup> Petrus Scriverius, Oudt Batavien (Leiden 1606); Idem, Batavia illustrata (Leiden 1609); Idem, Beschrijvinghe van Out Batavien (Arnhem 1612). S. auch Kampinga, De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis, passim.

<sup>103</sup> Zu Merula siehe oben, S. 185.

<sup>104</sup> Siehe Anm. 1 und 105. C. L. Heesakkers, Grotius as a Historiographer, in: Hugo Grotius. A Great European 1583–1645 (Delft 1983) 79–84; E. O. G. Haitisma Mulier, Grotius. Hooft and the Writing of History in the Dutch Republic, in: A. C. Duke – C. A. Tamse ed., Clio's Mirror. Historiography in Britain and the Netherlands (Zutphen 1985) 55–72.

Lebzeiten nicht veröffentlicht<sup>105</sup>. Die Entstehung des Werkes hängt wahrscheinlich mit seiner Ernennung (1601) zum Historiographen der Staaten von Holland zusammen. Er fing 1601 im Auftrag dieser Staaten an, die *Annales et Historiae* der Vereinigten Provinzen zu schreiben, eine Geschichte des Aufstands. Wilhelm von Oranien war hier der Aristokrat, der seiner Pflicht nachkam, das Volk vor Tyrannei zu retten. Laut Grotius regierte er immer zusammen mit den Staaten. Das Buch war wahrscheinlich 1612 schon vollendet, aber die Staaten wollten nicht, daß es publiziert wurde. So blieb auch diese zweite Arbeit von politisch-theoretischer und historischer Bedeutung liegen<sup>106</sup>.

Grotius' drittes Werk aber, *De antiquitate Reipublicae Batavae* (1610), wurde veröffentlicht, und zwar lateinisch und holländisch<sup>107</sup>. Grotius behauptete darin, daß das Staaten-Regiment aus der Zeit der Bataver stammte. Genau wie jetzt die Niederländer mit den Spaniern hatten die Bataver damals ein „foedus aequum“ mit den Römern geschlossen. Die Staaten hätten von jeher die ungeteilte Souveränität besessen und seinen bei der Ausübung der Regierungsgewalt nie von ausländischen Mächten abhängig gewesen. Der Fürst hätte nie die Souveränität oder gar viel Macht gehabt. Sieben Jahre später schrieb Grotius dem deutschen Gelehrten Georg Michael Lingelsheim: „In Belgio principes nunquam fuisse αὐτοκράτορες certissimum est: summum imperium si non actu, certe habitu, ut loquuntur, penes Ordines fuit.“<sup>108</sup>

*De antiquitate* war eine propagandistische Schrift und vertrat Ansichten, die später zu politischen Maximen erhoben wurden<sup>109</sup>. Verfaßt war es, wie Grotius seinem Freund Isaac Casaubon schrieb, „in commendationem reipublicae nostrae“<sup>110</sup>. Der Inhalt war höchst aktuell: nur eine aristokratische Republik im Einklang mit der „batavischen“ Tradition gewährleistete Ordnung, Recht und Freiheit im öffentlichen Leben. Das „demokratische“ Treiben der verschiedenen Calvinisten, die für mehr Einfluß der Kirche auf den Staat eintraten, sei schädlich und gar verwerflich. Die Provinzialstaaten

<sup>105</sup> Hugo Grotius, *Parallelon rerum publicarum liber tertius*. Ed. J. Meerman (4 Bde.; Haarlem 1801–1803); die ersten zwei Teile sind verlorengegangen. Für Fruins Annahme, daß *De antiquitate* (s. Anm. 107) der zweite Teil des Parallelons ist, gibt es keine Beweise (s. R. Fruin, Een onuitgegeven werk van Hugo de Groot, in: *Verspreide Geschriften III* (Den Haag 1901). S. auch A. C. J. de Vrankrijker, *De staatsleer van Hugo de Groot en zijn Nederlandsche tijdgenoten* (Nijmegen–Utrecht 1937) 68–69; *Haitsma Mulier*, Grotius, Hooft and the Writing of History.

<sup>106</sup> Hugo Grotius, *Annales et historiae de rebus belgicis* (Amsterdam 1657); s. auch H. C. A. Muller, Hugo de Groot's „*Annales et Historiae*“ (Utrecht 1919); E. O. G. Haitsma Mulier, Willem van Oranje in de historiografie van de zeventiende eeuw, in: E. O. G. Haitsma Mulier – A. E. M. Jansen ed., *Willem van Oranje in de historie 1584–1984. Vier eeuwen beeldvorming en geschiedschrijving* (Utrecht 1984) 36–37; *Haitsma Mulier*, Grotius, Hooft and the Writing of History.

<sup>107</sup> Hugo Grotius, *Liber de antiquitate Reipublicae Batavae* (Leiden 1610); Hugo de Groot, *Tractaet vande oudtheyt vande Batavische nu Hollandsche Republique* (Den Haag 1610). S. auch De Vrankrijker, *De staatsleer van Hugo de Groot*, 69–80; *Haitsma Mulier*, Grotius, Hooft and the Writing of History.

<sup>108</sup> Briefwisseling van Hugo Grotius. Ed. P. C. Molhuysen. I 1597–17 Augustus 1618 (Den Haag 1928), Nr. 528.

<sup>109</sup> *Kampinga*, De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis, 122–125; De Vrankrijker, *De staatsleer van Hugo de Groot*, 77.

<sup>110</sup> Briefwisseling van Hugo Grotius I, Nr. 193.

allein sollten Träger dieser aristokratischen Regierung bleiben und ihre souveränen Rechte voll ausüben. Die Stellung des Statthalters sei allerdings wichtig, aber seine Macht sei völlig von den Staaten abhängig. Später, in der Pariser Verbannung, schrieb Grotius gegen die angemäßte Souveränität der Generalstaaten und betonte den Charakter des niederländischen Staates als eines Bundes souveräner Provinzen<sup>111</sup>.

Grotius verfaßte *De antiquitate* mit der Absicht, den bestehenden Zustand zu legitimieren: die Bedeutendsten regierten, in der Theorie im Einklang mit dem Volke, die Macht des Statthalters war real, aber eingeschränkt durch die Verfassung<sup>112</sup>. Inzwischen aber erhitzte sich der Parteienstreit, und damit wuchs die Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Anhängern des Partikularismus der Provinzen und Verteidigern der zentralen Gewalt der Generalstaaten, zwischen Oldenbarnevelt und Moritz von Oranien. Einige Jahre nach *De antiquitate* war die junge Republik vollkommen in Aufruhr geraten. Der Statthalter, in seiner von Grotius gezeichneten Stellung, hätte hier vielleicht die Rolle des weisen Mittlers spielen können. Das wollte der Dichter Pieter Cornelisz Hooft wohl in seinem historischen Drama *Baeto* (1617) ausdrücken. Darin schlichtet Baeto, Fürst der Bataver und Stammvater der Holländer, hoffähig seit Scriverius und Grotius, durch seine Weisheit alle Zwiste, auch die religiösen, in einem legendären, frühgeschichtlichen Holland<sup>113</sup>. Die erfundene Eigenart der Bataver hatte in dieser Zeit immer noch viel Erfolg. Wissenschaftler wie Philippus Cluverius (*De Germania antiqua*, 1616) und Künstler wie Tempesta und Vaenius entwarfen dazu ihre Bilder des Alltagslebens der germanischen Stämme<sup>114</sup>. Die Einrichtung des batavischen Staates glich aufs Haar den komplizierten Verhältnissen der Vereinigten Provinzen, und das freute jeden, der der Meinung war, Altertum sei das Kennzeichen des Wahren und Guten. Das war das Werk Grotius' gewesen. Die Worte, die Daniel Heinsius zum Gedächtnis Cluverius' sprach, paßten ebenso gut auf Grotius: „Wie Zeus aus seinem Haupt Athene geschaffen hat, so hat er für uns ein Vaterland geschaffen“<sup>115</sup>. Grotius' *De antiquitate* fehlte aber der politisch-theoretische Tiefgang: es war nicht mehr als ein Pamphlet. Er hatte vergebens versucht, das πάντα-ῶν der werdenden Republik der Vereinigten Provinzen anzuhalten und die Machtverhältnisse des Augenblicks zur Staatsform für ewige Zeiten zu erheben. Als 1619 die Zwiste beendet waren, war Grotius' Analyse schon überholt. Die Niederländer mußten sich andere Grundlagen für ihre republikanische Theorie schaffen.

<sup>111</sup> *Hugo de Groot*, Verantwoordigh van de wettelijcke regeringh van Hollandt ende West-Vries-landt ... (Paris (Hoorn) 1622) Kap. I.

<sup>112</sup> *Kossmann*, Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland, 11–12.

<sup>113</sup> *S. Groenveld*, Pieter Corneliszoon Hooft en de geschiedenis van zijn eigen tijd, in: *BMGN* 93 (1978) 51–53, aber siehe dazu die kritischen Bemerkungen von *E. O. G. Haitsma Mulier*, Pieter Corneliszoon Hooft en de geschiedschrijving, in: *Theoretische Geschiedenis* 9 (1982) 267–269).

<sup>114</sup> *Van de Waal*, Drie eeuwen vaderlandsche geschied-uitbeelding I, 178–209, 210–238. Cluverius kritisierte aber die Meinung, die Bataver seien die edelsten unter den Germanen gewesen, und wandte sich auch gegen Grotius' Auffassung des Bataverstaates als einer musterhaften aristokratischen Republik, s. *Kampinga*, De opvattingen over onze oudere vaderlandsche geschiedenis, 82.

<sup>115</sup> Zitiert bei *Van de Waal*, Drie eeuwen vaderlandsche geschied-uitbeelding I, 179.

„Die Republik ... war eine Staatsschöpfung, die in ihrem Ursprung nicht als ein neuer Staat beabsichtigt war ...; die, als die Umstände unerwartet von ihr forderten, daß sie sich als Staat verhalte, in gänzlich unvollendeter Gestalt sich plötzlich verfestigte und die, was ihren Bau betrifft, auf veralteten Fundamenten ruhte und von keinem einzigen bewußten Staatsgrundsatz ausging.“<sup>116</sup> So kennzeichnete Johan Huizinga das Verhältnis zwischen Praxis und Theorie am Anfang der Republik der Vereinigten Provinzen. „Wahrlich“, so fügte er hinzu, „das Staatsrecht der Republik war schon ein sonderbares Gebäude. Vielleicht war es darum nicht schlechter, daß es von keiner einzigen Staatstheorie ausgegangen war.“<sup>117</sup> In diesen Bemerkungen Huizingas spürt man neben Verwunderung einen gewissen apologetischen Ton: Wie war es möglich, daß ein mächtiger Staat wie diese Republik einfach so, ohne die Geburtshilfe der Staatstheoretiker, entstand? Huizinga, fest verwurzelt im neunzehnten Jahrhundert und seiner gehobenen Auffassung des Staates als einer der drei geschichtlichen Potenzen im Sinne Jacob Burckhardts<sup>118</sup>, übersah nicht die staatsrechtliche Unvollkommenheit der Republik. Er fand es aber etwas rätselhaft, daß dieser Staat trotzdem gedieh.

Kossmann hat darauf hingewiesen, daß die *Politica* der Niederländer bis tief ins siebzehnte Jahrhundert die bleierne Last der Widerstandslehre als Grundlage des Staates mitschleppen mußte: „Wir werden sehen, wie sich Generation nach Generation verirrt in dem vom sechzehnten Jahrhundert gepflanzten Dickicht, und wie sie vergebens einen Ausweg suchen“<sup>119</sup>. Laut Kossmann gab es am Anfang des siebzehnten Jahrhunderts einen Keim des Republikanismus, der sich aber nicht weiter entwickeln konnte. Seiner Ansicht nach waren die republikanischen Ideen von Hugo Grotius und C. P. Hooft unvollkommen und primitiv: Zu abhängig von der politischen Praxis, zu wenig abstrakt, um Allgemeingültigkeit zu erlangen und als Grundlage für eine Staatstheorie zu dienen<sup>120</sup>.

Niemand wird bestreiten, daß beim Entstehen der Republik der Vereinigten Provinzen die praktischen Umstände eine große und die politischen Theorien eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Republikanische Ideen sind in den aufständischen Niederlanden aber beträchtlich älter als Grotius und Hooft. Sicher ist zwar, daß sie sich nicht durchsetzen konnten und die *Politica* der aufständischen Niederländer nicht so geprägt haben wie es die Lehre vom Widerstandsrecht und die Vertragstheorie getan hatten. Republikanismus stand seit dem Experiment der Genter Calvinisten (1577–1584) in keinem guten Ruf, und die Monarchie war vielen Aufständischen noch lange die bevorzugte Staatsform. Nach der Absetzung Philipps II. (1581) forderten die Tagesprobleme, daß man nicht an erster Stelle über die Staatsform nachdachte, sondern über die Souveränität und das Verhältnis zwischen Fürst und Ständen, und dann mehr und mehr über die religiös-politischen Fragen. Diese Fragen ließen wenig Raum

<sup>116</sup> J. Huizinga, *Verzamelde Werken* II (Haarlem 1948) 432.

<sup>117</sup> *Ibidem*, 433.

<sup>118</sup> Jacob Burckhardt, *Über das Studium der Geschichte. Der Text der ‚Weltgeschichtlichen Betrachtungen‘* (ed. Peter Ganz) (München 1982).

<sup>119</sup> Kossmann, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland*, 8.

<sup>120</sup> *Ibidem*, 10–12.



für die Entwicklung einer weitgreifenden republikanischen Theorie, welche über den ziemlich dünnen Aristotelismus der Universitäten oder die praktischen Erwägungen von Brederode oder C. P. Hooft hinausführte. Sobald es darum ging, die unklare, nicht-aristotelische, politische Praxis in den Vereinigten Provinzen mit Ideen moderner Denker wie Althusius, Lipsius und Bodin in Einklang zu bringen, mußten die Gelehrten versagen. Die Suche nach einem idealen Muster lief sich tot, und Busius' Wirken erscheint als die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Wo die republikanische Theorie keine wirkliche Chance hatte, siegte die Geschichte. Die erfundene batavische Eigenart brachte der Republik am Anfang des siebzehnten Jahrhunderts eine aristokratisch-republikanische Vergangenheit. Die Gegenwart zeigte ein Bild innenpolitischer Unruhen, welche auch nicht dazu einluden, nun eine abstrakte republikanische Staatstheorie zu formulieren. Jede theoretische Aussprache barg in dieser Zeit die Gefahr in sich, als Parteinahme – für oder gegen den Statthalter – verstanden zu werden. Also begnügten sich die Bewohner der Republik mit ihrer batavischen Vergangenheit. Erst als die Staatseinrichtung sich im Laufe der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts verfestigt hatte und die religiös-politischen Probleme mehr oder weniger überwunden waren, konnte man – um 1650 – mit Erfolg eine dynamische politische Theorie des radikalen Republikanismus schaffen.

Hans W. Blom

## Virtue and Republicanism. Spinoza's political philosophy in the context of the Dutch Republic

"Republicanism in the Dutch Republic" as a theme smacks of tautology, for the uninformed at least. As a matter of fact, however, this outstanding example of a republic that, at least for the period concerned, the mid-seventeenth century, was a prime European power as well, did not supply an equally outstanding theory of republicanism to the history of political thought. For all its short-comings, republican practice outdid republican theory. The few books and tracts from this period that secured attention abroad did so for other qualities than their republicanism. Grotius's influence on Selden and Hobbes was scarcely a republican one. De la Court's "Interest of Holland", known to the international public in a French translation as the "Memoires de Jean de Witt", drew attention for its realistic discussion of reason of state in international relations.

Political writings as such were however not scarce in the Republic. Both tracts and treatises were published, devoted to a series of practical and theoretical issues, written by professors in the universities, by ministers, by practicing politicians and by others as well<sup>1</sup>.

Among these "others" comes Baruch Spinoza. His *Treatise on Religion and Politics* was one of the two books he saw through the press during his lifetime.

On the basis of the assumption that, although political theorizing will not always solve conceptual problems in a political practice, it at least reveals their existence, I will develop two points. In the first place, I will try to show in what sense we can understand Spinoza's *Treatise* as an intervention in the mid-seventeenth century debate on the functions and extent of Dutch governmental authority. In the second place, I aim at a convincing description of Spinoza as a Dutch republican political thinker, that is, I will give some arguments for correcting our views of both Spinoza and Dutch republicanism.

I will start off with a description of Spinoza's predicament within the mainstream of the history of political thought, followed by an indication of the elements of more recent developments in the historiography of political thought that are relevant to my undertaking.

<sup>1</sup> Cf. for a description of the core of these tracts G. O. van de Klashorst e.a., A Bibliography of seventeenth century Dutch political thought. An annotated inventory (Maarsse 1986).

## Spinoza: a philosopher, not a political theorist?

One of the reasons why Spinoza does not figure traditionally in the history of republicanism and the growth of republican institutions is evidently an old prejudice against seeing him as political theorist of importance. In a sense this judgement is not incorrect. A brief look at the "Wirkungsgeschichte" of Spinoza's thought reveals that overwhelming attention has been paid to his metaphysics. In his own day, the most important Dutch critic of the *Treatise* argued only against its metaphysical and theological premisses<sup>2</sup>. Also his followers, the Spinozists, were first of all committed to the metaphysical system of their master. The German idealist reception was similarly motivated<sup>3</sup>. It is only at the end of the nineteenth century that the political work was to be studied in its own right<sup>4</sup>, whereas translations would appear only in this century<sup>5</sup>. Nevertheless, the effect of this growing attention for Spinoza as a political thinker outside the circles of Spinoza-students is still rather shallow.

When Berki in his widely used *History of Political Thought. A Short Introduction*<sup>6</sup> devotes almost one page (out of 200) to Spinoza, it is more than just a reverential slip of the pen. Although this passage stands in no comparison with the extent to which e.g. Hobbes or Locke are dealt with, both the fact and the way in which it is done sharply differentiate from what used to be the standard treatment. Sabine, in the widely influential third, 1951, edition of his *History of Political Theory*<sup>7</sup>, only gives three references to Spinoza, in which his essential message is that although

Spinoza, following Hobbes, made the only determined effort to bring both ethics and religion into accord with mathematical natural science, ... his success was far from complete and in any event his influence was negligible until the beginning of the nineteenth century<sup>8</sup>.

Both aspects in Sabine's verdict are characteristic of the traditional opinion of Spinoza as a political philosopher: a far from complete success and a negligible influence. We see it repeated in Kossmann's history of Dutch seventeenth century political thought, to the effect that Spinoza's being a philosopher makes him unfit for a real, relevant and grounded contribution to the political debate in his society. The absence of a traceable influence on political life is *prima facie* taken to be almost self-evident<sup>9</sup>. This illustrates a strong bias on the part of the traditional approach in favour of a history of political thought as history of ideologies, as "Dogmengeschichte", leading to a

<sup>2</sup> Lambert van Velthuysen, *Tractatus de cultu naturali et origine moralitatis. Oppositus Tractatui theologico-politico et operi posthumo B.D.S., Opera omnia* (Rotterdam 1680).

<sup>3</sup> Cf. K. Gründer & W. Schmidt-Biggeman (eds.), *Spinoza in der Frühzeit seiner religiösen Wirkung* (Heidelberg 1984); *Spinoza entre lumière et romantisme* (Les cahiers de Fontenay, no. 36 à 38, Fontenay-aux-Roses 1985).

<sup>4</sup> F. Pollock, *History of the science of politics* (London 1890) is outstanding in this respect.

<sup>5</sup> J. Kingma & A. K. Offenbergh, *Bibliography of Spinoza's works up to 1800* (Amsterdam 1977); J. Préposiet, *Bibliographie Spinoziste* (Paris 1973), H. G. Hubbeling, *Spinoza* (München 1978).

<sup>6</sup> London 1977.

<sup>7</sup> G. H. Sabine, *A history of political theory* (London 1951).

<sup>8</sup> Sabine, 391.

<sup>9</sup> E. H. Kossmann, *Politieke theorie in het zeventiende-eeuwse Nederland* (Amsterdam 1960) 55–60.

certain derogation of those "abstract" philosophers that neither really understood the practical problems of the day nor were able to contribute to their workable solution.

In Pollock's *History of the Science of Politics*<sup>10</sup> the discussion of Spinoza is understandably different and the attention and space he devoted to Spinoza ought to have become the standard in the field, but that did not happen. Post-war political philosophy and its history has been permeated by a deep-felt urge to differentiate as sharply as possible between political philosophy and political science especially in its behavioural mode. Per force, it was much opposed to the idea of reducing the history of political philosophy to that of political science. The change happened in quite a different way. It has been the growing emphasis on historical explanations of the varieties of political thought that paved the way to a fundamental reappraisal of Spinoza. The historical critique of the sometimes rather sweeping generalisations of political philosophers directed modern research in the "foundations of modern political thought" into new roads. Especially one of those sweeping generalisations, Meinecke's *Idee der Staatsräson*<sup>11</sup>, prompted a more close attention to the Renaissance origins of early modern and modern conceptions of politics and political life and to a diversity of circumstantial factors that made for their shape, change and variety. I will shortly discuss this new historiographical method in political philosophy more in particular and for the present recall the recent, more historically oriented, publications on Spinoza. Hubbeling notes this new emphasis on "the historical approach, because we discovered that much work has yet to be done ... It appears that Spinoza's philosophy was much more widespread and much more read in his day than previous scholars thought"<sup>12</sup>. He can point to a series of publications about seventeenth-century scholars close to Spinoza, and could have mentioned other works as well, that not only discuss the congeniality of Spinoza's ideas to those of contemporaries, but Spinoza's contribution to the historical development of certain themes in political philosophy as well<sup>13</sup>. Berki's analysis of Spinoza in his *History* is on the edge of the traditional and the modern approach. We may expect later histories of political philosophy to follow the modern lead altogether when the implications of the new historical understanding of Spinoza are fully worked out.

Similar tendencies seem to follow from historiographical and methodological assumptions underlying recent work on the history and impact of republicanism in early-modern political thought. The extent to which Spinoza responds to and revitalizes the republican strand in political philosophy is remarkable. The methodological urge for a contextual approach to his political thought will be seen to be a valuable guide-line for further understanding. But let me first shortly discuss these historiographical and methodological assumptions.

<sup>10</sup> See note 4.

<sup>11</sup> F. Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte* (München, Berlin 1924).

<sup>12</sup> H. G. Hubbeling, *Today's western Spinozism*, in: C. de Deugd (ed.), *Spinoza's political and theological thought* (Amsterdam 1984) 11.

<sup>13</sup> E. g. E. O. G. Haitisma Mulier, *The myth of Venice and Dutch republican thought in the 17th century* (Assen 1980); M. J. Petry, *Hobbes and the early Dutch Spinozists*, in: *De Deugd* (ed.), 150–170.

## Republican contexts

Precisely under the aegis of a growing awareness of the fundamentally historical character of all political philosophy, an important group of scholars has been engaged in a new type of research that intends to specify how the conceptual and the practical levels of political thought interlink, sometimes even going as far as blurring the supposedly clear-cut distinction between these two levels. The most important and influential of these scholars are J. G. A. Pocock and Q. Skinner, who have set new standard for studying early-modern political philosophy, contributed important methodological analyses to the discipline, and stimulated numerous others to follow their track. From a different starting-point A. MacIntyre virtually comes to the same conclusions, showing not only that the modern predicament of ethical theory has historical origins, but also that it is precisely from a recognition of its historical character only that a distinct and relevant (political) ethics can emerge<sup>14</sup>.

Pocock has endeavoured to show that distinct political theories can be fruitfully treated as elements in a diachronic theoretical structure. Both the theoretical meaning of a treatise in political philosophy and the problems it was intended to solve can best be described, Pocock argues, by showing it to be a stage of a larger development. This approach does not play down the specific achievements of an individual author in contributing *his* treatise, on the contrary, it provides for a reasoned paradigm to make precise conclusions about the originality of each political philosopher who contributed to this diachronic structure. As Pocock puts it<sup>15</sup>:

It is ... right to remind ourselves that to know the occasion of an individual happening is not to know everything about what it was that happened.

These principles are applied in his most important book, *The Machiavellian Moment*, which

has been so designed that we are concerned with identifying certain conceptual vocabularies which were available for talking about political systems considered in their particularity, with exploring their limitations and implications and considering how these operated, and with examining the processes by which these conceptual systems, their uses and implications changed over time<sup>16</sup>.

The conceptual vocabulary elaborated in *The Machiavellian Moment* is that of civic humanism, by which Pocock links in a long and sustained development the classical republicanism of quattrocento Florentine political thought via seventeenth-century English Harringtonian republicanism and its eighteenth-century aftermath to its reception during the American Revolution. Part of this enterprise, naturally, is the attempt to argue the centrality of the political vocabulary studied. Civic humanism, that is, should be seen as the, or a very important, linch-pin of early-modern political phil-

<sup>14</sup> A. MacIntyre, *After virtue. A study in moral theory* (Notre Dame 1981).

<sup>15</sup> J. G. A. Pocock, *The Machiavellian moment. Florentine political thought and the Atlantic republican tradition* (Princeton 1975) 57.

<sup>16</sup> *Ibid.*, 57.

osophy which, although differently functioning in different politico-cultural settings, makes comparable a large array of theories by showing them to wrestle with the same set of problems in a single, but gradually developing set of terms.

Civic humanists, first of all, were acutely aware of the historical character of their society and of the body politic, both in that they sensed the continuity of political thought as such, and in their acknowledgement of the frailty of human institutions that may originate, prosper and decay. This is central in Machiavelli's, as it is in Harrington's, writings. Both were concerned to find out how a republic can be made as enduring as possible. They were convinced that a republic can be stable, that is prosper, only when the public good predominates over private interests. Thus far they accepted in a true Renaissance mood, the Aristotelian conception of politics and also agreed with Aristotle's definition of a citizen as someone who at the same time governs and is governed. But they were no longer sure about the way to bring this about. According to Aristotle, the virtuous man is subduing his private interests to the public good just because he is virtuous, i.e. performs the duties pertaining to his station in society. Machiavelli realized however that the applicability of Aristotle's principles to Renaissance society was barred by Christian ethical theory which, in principle at least, does not allow for a morality differentiated according to social position. Machiavelli understood that if the Christian prince has the same moral obligations as anyone of his subjects, there is in the end nothing left for an Aristotelian theory of virtues to be applied to, and consequently no possibility for a conception of the public good.

The Machiavellian conception of "virtù", therefore, is both a return to an Aristotelian conception of politics, and a polemical attempt to bring politics back into moral discourse. Both aspects of the virtù-concept, however, triggered ramifications of a fairly wide range. Societal structures in Machiavelli's time were no longer those of classical Athens, nor, for that matter, of republican Rome.

So, new conceptualizations of social structure were needed. At the same time, "virtù" as excellence and achievement, asks for standards of excellence and achievement and these can only be derived from a functional theory of society that shows what is excellent for what or for whom. The search for such a theory of society is, so to speak, the implicit theme in the subsequent development of classical republicanism, with the odds of getting hold of it changing, as society changed, as the predominant conceptual categories changed.

The concept of time, central to Pocock's work, comes in at two levels therefore: it inheres in the central civic humanists' puzzle (how to prevent a republic from decaying, how to make it persist in time) and it is the basic dimension in which civic humanism itself develops.

Skinner is less at home with grand visions. He prefers to let general conclusions, if at all, arise from a meticulous analysis of the context in which political ideas operate. Characteristic of this bend is his discussion of moral concepts in Machiavelli. The first thing to do, according to Skinner's method, is to delineate the "genre" to which Machiavelli's writings conform, viz. the type of literature and the societal functions these writings represent. This also implies in the first instance a playing-down of the peculiarity and singularity of Machiavelli's work, only to bring out his most original aspects

by showing where he deviates from the "genre"<sup>17</sup>. The results of this analysis Skinner applies in a restructuring of our inherited picture of political philosophy. In a recent article, Skinner gives a demonstration of this new historiographical approach. As he deals with a concept I will come back to in my discussion of Spinoza, I here shortly sketch his argument. This article concerns the problems we have in understanding the early-modern discussion of liberty<sup>18</sup>. He makes it convincingly clear that a certain early-modern conception of liberty does not fit well into the dominant modern understanding of the concept. In a very closely reasoned argument he shows that the classical Machiavellian conception of freedom consists in the following two basic tenets.

First of all, a citizen's freedom is only possible in a free republic (a "vivere libero") that remains "in libertà".

Secondly, he shows that a free republic can be maintained if and only if its citizens show "virtù": defend themselves courageously by serving in a citizen army, govern their own republic with temperance and in an orderly manner, practice prudence in the exercise of both. So in the end it is in everybody's interest to show "virtù", because only then can they expect to be able to pursue their private goals, whether these are glory, power, wealth or just the quiet enjoyment of a decent life. This conception of freedom comes ultimately down to: a citizen's way to freedom is service to the republic. This is highly in opposition to modern views, which all in one way or the other accept Berlin's verdict that negative freedom (freedom from ...) and positive freedom (freedom to ...) are incompatible. These modern views take it to be a basic fact about freedom that freedom in the first sense can never entail duties and that freedom in the second sense can never entail individual liberty to do what one wants to do. Modern theorists of the concept of freedom are prone therefore to accuse Machiavelli of logical inconsistency, or else try to deny his identification of negative and positive freedom. Berlin<sup>19</sup>, for instance, imputes the concept of positive freedom to Spinoza, not considering the possibility that Spinoza uses a negative concept as well. I shall come back to that in my discussion of the concept of virtue in Spinoza.

In this section my first concern was to point out the manner in which Skinner's micro-analysis fits into and completes the new historiographical approach. By offering more and "disturbing" details to our understanding of the early-modern way of thinking about politics, Skinner gives additional weight to the principles I may sum up here:

Political philosophy is not a collection of eternal truths about politics. It is a sustained endeavour on the part of participants in a political community to conceptualize their political experience. They partake in an ongoing debate on this experience which is changing, which incites conceptual changes and which reacts to conceptual changes by incorporating new ways of doing things.

<sup>17</sup> This method is defended and exemplified in a.o. *Q. Skinner*, *The foundations of modern political thought*, 2 vol. (Cambridge 1978) and *Q. Skinner*, *Machiavelli* (Oxford 1981).

<sup>18</sup> *Skinner*, *The idea of negative freedom*, in: *R. Rorty* a.o. (ed.), *Philosophy in history* (Cambridge 1984) 193–221.

<sup>19</sup> *I. Berlin*, *Two concepts of liberty*, in: *idem*, *Four essays on liberty* (Oxford 1969).

By grasping this fact about political philosophy we do not only learn how to analyse its content, but we will also be able to gain a better understanding of political philosophy in our own time.

## Implications

The first suggestion that might come out of this short discussion could be to discuss Spinoza's political writings in terms of the civic humanist vocabulary, to check for the precise practical problems and political discussions which may provide Spinoza's political thought with a context. To a large extent, however, that research has been undertaken already. Although more work remains to be done, the results so far indicate the wide use Spinoza has made of the civic humanist tradition<sup>20</sup>. I shall come to that shortly, but I want first to discuss the further conclusions we might draw from these results. My first problem in interpretation is: how does Spinoza's political philosophy deal with time, how does it itself stand in time. The second is: what solutions does Spinoza offer where he is not in agreement with, takes opposition to, or enlarges upon classical republicanism.

Let me first develop a possible set of theoretical conclusions according to the Pocock-Skinner line presented so far.

Viewed as history proper, the work of these scholars and their kindred stands on its own, but qua political philosophy one cannot stop just here. Political philosophy asks for some sort of evaluation, elaboration or critical restatement, in that we try to understand how political philosophy in *time* relates to *our* time and how we are able to act accordingly.

In the case of Spinoza's philosophy we have to do with a system of thought that deals with conceptions of duration, time, of man and his power or virtue on a separate footing. For Spinoza, although politics is philosophy, not all philosophy is politics. It is, for instance, easy to see that whenever Spinoza agrees with some tenet of civic humanism, he professes to prove the statement in question from his general philosophy, which in many respects differs from the underlying philosophical beliefs of the republicans.

The most important of these differences is perhaps, if I may say so, Spinoza's identification of "fortuna" with nature. The blind force of "fortuna" for Spinoza is but the invariable law of nature. Virtuous man no longer keeps fortune in awe as a capricious woman, as Machiavelli puts it<sup>21</sup>, but becomes virtuous in so far as he complies with the permanent and, if understood, dependable laws of nature. In a sense, the bifurcation of "fortuna" and "necessità" is overcome. Both are only subjective appraisals of an inherently deterministic order. This endows the "political problem in time" with its characteristic Spinozan structure. There cannot be corruption of the body politic in Machia-

<sup>20</sup> See for the most important results: *Haitsma Mulier*.

<sup>21</sup> *Il Principe*, ch. 25.



velli's or Harrington's sense, since "per realitatem et perfectionem idem intelligo"<sup>22</sup>. And as a matter of fact, where we might have expected the term corruption to appear in the *Political Treatise* it is conspicuously absent<sup>23</sup>. Time-concepts appear in Spinoza in a different tone. Spinoza's answer to the civic humanist's problem of corruption, the inevitable decay of a prospering commonwealth, is to point out the possibility of an eternal political order<sup>24</sup>. This eternal political order is even realizable for no matter which state, as political rules can be easily thought out in accordance with "natura loci et gentis ingenio"<sup>25</sup>. In the *Treatise on Religion and Politics*, on the other hand, a different time-concept is predominant: here we see described the changes over time of exactly the "natura loci" and "gentis ingenium", together with the effects of outside destabilizing forces ("fatum inevitabile" which elsewhere is said to be the only possible cause of the destruction of a well-founded commonwealth)<sup>26</sup>. Both uses of the concept of time are clearly Spinozistic, but I am not convinced that what we find here is only a matter of application of Spinoza's general philosophy to the political realm. The crucial fact is, that in the political treatises Spinoza uses most of the terms stemming from the *Ethics* in a somewhat less categorical, a somewhat more commonsensical way. In the *Political Treatise* eternity is not sempiternity, rationality is somewhat more like reasonable, maybe even like decent, "potentia" is reduced more often than not to numbers (inhabitants, for instance), and harmony of interests is identified by the cash-nexus, to the detriment of ideological factors. Liberty is more like a mixture of Hobbesian "absence of external impediments", balance of power and Machiavellian civic liberty<sup>27</sup>.

I do not want to deny the relevance of the *Ethics* to the treatises, but neither do I want to skip over the complex difficulties involved in Spinoza's applying the theory of the *Ethics* to a theory of political life. These difficulties, together with the (limited) similarity with classical republicanism, are a clue to certain aspects of Spinoza's political philosophy. Another example is this: when Spinoza advocates the propagation of "avaritia" to counter moral decay in a prospering nation (instead of laws against luxury that would not have any effect)<sup>28</sup>, his insight may be as correct as Adam Smith's positing that selfish behaviour is beneficial to the wealth of nations. But somehow it is like advising birds to fly, because advising them otherwise won't help, since they only accept advice to do what they would do anyhow. Why advise then? I choose the example of "avaritia" with purpose, because in a more general ethical sense it is definitely

<sup>22</sup> Spinoza, *Ethics*, Part II, Definition 6.

<sup>23</sup> Spinoza, *Political Treatise*, ch. 10, sec. 4, the term corruption does occur in the *Treatise on religion and politics*, as we will discuss later.

<sup>24</sup> *Political Treatise*, ch. 10, sec. 8, 9; ch. 8, sec. 3, 12.

<sup>25</sup> *Ibid.*, ch. 10, sec. 7.

<sup>26</sup> *Ibid.*, ch. 10, sec. 9.

<sup>27</sup> Alquié argues that Spinoza on principle is changing the meaning of his concepts from one context to the other, but in the case of Spinoza's political philosophy I can hardly see that this could have been prevented, unless Spinoza would not have cared to be understood by people accustomed to a commonly used political vocabulary. F. Alquié, *Le rationalisme de Spinoza* (Paris 1981).

<sup>28</sup> *Political Treatise*, ch. 10, sec. 4, 5.

not to people's advantage to be avaricious. People striving for things outside themselves are indulging in passionate behaviour, thereby debarring themselves from becoming active. Avarice might be functional to the welfare of a nation, but by not being functional to the welfare of an individual a thorny problem arises. Or even more generally, can *any* political science that is founded on countervailing powers (that is, on the idea that citizens should have and should strive after equal or compensating power against each other) solve the problem of virtuous behaviour, unless it admits that civic virtues are *the* virtues?

A way out may seem to be to devise a political system in such a way that its being balanced does not foreclose the future development of "real" virtues. But can this be done? The English neo-Harringtonians faced a similar problem, and were unable to solve it. They were convinced that<sup>29</sup>

(t)he man who lived in the expectation of reward for his civic actions was a creature of passion, not of virtue, and by definition lacked the quality necessary to resist further degeneration.

Instead of those pessimistic conclusions, others<sup>30</sup>

readily accepted that men were factious and interested beings and instead of regarding these characteristics as fatal if unchecked to virtue and government, proposed to have them policed by a strong central executive, which did not itself need to be disciplined by the principles of virtue, but might without suffering harm appeal to the passions and interests of men. It saw personal morality as private rather than public, a matter of probity in interpersonal dealings which did not require to be expressed in acts of civic morality or statesmanlike virtue, and might contribute only indirectly if at all to the maintenance of a moral climate in politics.

According to MacIntyre<sup>31</sup> this last view took hold, in due course divesting even private morality from any content whatever as the extreme relativism of emotivist ethical theory gathered momentum. MacIntyre's subsequent conclusion that the present choice is between Nietzsche and Aristotle may seem dramatic, but is in fact well-founded. As soon as the classical paradigm dissolves that the individual good and the social good are and should be related, and it did dissolve during the coming-of-age of a means-ends structured political science, then we have to confront the choice: morality and the moral life are social ends like Aristotle's "eudaimonia", or we are our own masters at last when we realize that all moral discourse is inherently void.

As MacIntyre states the problem<sup>32</sup>:

There is no third alternative and more particularly there is no alternative provided by those thinkers at the heart of the contemporary conventional curriculum in moral philosophy, Hume Kant, Mill.

Basically the problem was already there in Spinoza. It is reflected in modern Spinoza commentaries that split up in two sides: those that emphasize that "might equals right" in Spinoza, as opposed to those who have it that "right equals might" is more basic<sup>33</sup>. The modern tendency is indeed to overlook the possibility that Spinoza's po-

<sup>29</sup> Pocock, 482.

<sup>30</sup> Ibid., 487.

<sup>31</sup> MacIntyre, 62 ff.

<sup>32</sup> Ibid., 118.

<sup>33</sup> For the power-side of the debate see e.g. W. N. A. Klever, Power: conditional and unconditional, in: *De Deugd*, 95–105. The opposite contention is more widely defended as in H. De Dijn, Ervaren en theorie in de staatkunde: een analyse van Spinoza's Tractatus Politicus, in: *Tijdschrift voor Filosofie* 32 (1970) and in J. Wetlesen, *The sage and the way* (Assen 1979).

litical philosophy is precisely an attempt to have it both ways: an ethical theory as well as a science of politics. It can be understood this way, precisely because Spinoza, long before the eighteenth-century debate on virtues and interests started, had run into what came to be in the end the fundamental problem of the Machiavellian moment: can a means-ends structured political science ever contribute more to politics but a greater perspicacity or reliability and ever provide more than a reasonable calculation of interest, while we endeavour to lead a rational life of true brotherhood, love and understanding? It won't do to say that political science teaches us that this endeavour is unrealizable. Anyway, it was Spinoza's endeavour.

Spinoza will be presented here as an unorthodox republican in a Dutch context who not only revitalizes classical republicanism but puts it to new uses as well. The Dutch context will be briefly discussed first, followed by a sketch of the theologico-political debate. In the last two sections, I will show the specific consequences for Spinoza's approach to politics and his ensuing republicanism.

## Republicanism in a Dutch context

"Dutch republicanism" is rather resistant to attempts of definition. Kossmann, in his very precise and wide-ranging survey of Dutch seventeenth century political writings<sup>34</sup> (of which an English edition would still be welcome), has made it abundantly clear that a full-grown legitimation of the Dutch Republic scarcely appeared before the end of the century. The arguments in defense of the Dutch Revolt put forward from about 1580 till about 1620, did not grow up to a positive doctrine of the foundations, sovereignty and working of this rather hybrid political system. It did not fit into readily available models, a fact to be eschewed in a time when modernity or novelty was not as central a value in political thought as it later became<sup>35</sup>.

Notwithstanding these difficulties, however, political thought did flourish in the Republic. And although at the Universities a hitherto unexplained bias towards monarchy is notable<sup>36</sup>, republicanism in one way or the other is a recurrent theme throughout the century. In a meticulous survey of the influence of the Venetian political model on Dutch political thought, Haitsma Mulier has pointed out the existence of at least two strains of republican thought<sup>37</sup>. In the first place, and most well-known, there is the anti-Orangist republicanism of especially De la Court and Spinoza, which according to the standard view defines a republic in contrast to monarchy. In the se-

<sup>34</sup> Kossmann, *Politieke theorie*.

<sup>35</sup> In contrast, Koenigsberger is less unwilling to call the Vranck-Grotius conception of sovereignty a theory in its own right. The context in which this judgement comes, namely an inquiry into the power of deputies to States-assemblies, is an indication that local attitudes are more important for the understanding of Dutch seventeenth century political thought than is normally assumed. *H. G. Koenigsberger, Estates and revolutions. Essays in early modern European history* (Ithaca, London 1971) 204–208.

<sup>36</sup> *H. Wansink, Politieke wetenschappen aan de Leidse universiteit 1575–± 1650* (Utrecht 1975).

<sup>37</sup> *Haitsma Mulier, Myth of Venice*.

cond place, however difficult to summarize in one consistent position, there can be discerned republican views that are not opposed to providing a place for the House of Orange in the political system. They tend to prefer a mixed constitution to an aristocratic regime.

These two strains of republicanism differ both in theoretical structure and in ideological orientation. The former defends undivided sovereignty, rejects the idea of a mixed constitution. They are radical in their principles as well as in their advice for political reforms. Theirs is an aristocratic republicanism, or in De la Court's apt phrase: "an aristocracy which comes closest to popular government". For all their critique of any monarchical aspirations of the House of Orange, their critical stance towards oligarchic tendencies among the "regenten", the political elite composing the governing bodies, is not to be overlooked. We should therefore be careful not to identify this radical republicanism with the general ideology of the "regenten", not even with that of John de Witt.

Neither can the latter type of republicanism be solely characterized along ideological lines. Although most proponents of it defend the Stadholder, their defence in the most interesting cases is first of all a theoretical one, an attempt to analyse the perplexities of political reality and especially the shortcomings of the aristocratic model. They discuss the functions the One may have as against the Few and the Many, be it as a balancer, the symbol of unity, or the expedient executor of collective decisions<sup>38</sup>. Naturally, also these positions are argued in a republican style: "antiquitas", political stability and durability as well as international power and prestige are the type of criteria against which political models are measured.

In defence of this interpretation in accordance with the historiographical principles discussed above, a lot of research remains to be done. The upsurge of it might be to uncover the discursive continuity underlying both versions of republicanism, and a reappraisal of the alleged centrality of the debate on the Stadholder in mid-seventeenth century Dutch political thought. The divergence on the point of the mixed constitution between the radical republicans and the "Orangist" theorists would rank high on the agenda. We would expect the "faction-political" approach to become less central in our understanding of the shared convictions in Dutch republicanism. For all their political quarrels, the Dutch shared a strong feeling of self-government and the politicians had a strong sense of responsibility for the commonwealth. As a specific contribution to this programme I will elaborate one element of this discursive continuity that is relevant to an appraisal of Spinoza's republicanism, namely the debate on church-state relations<sup>39</sup>.

<sup>38</sup> See especially *G. O. van de Klasborst*, Metten schijn van monarchie getempert. De verdediging van het stadhouderschap in de partijliteratuur, 1650–1686, in: *H. W. Blom & I. W. Wildenberg* (eds.), *De la Court in zijn tijd* (Maarssen 1986).

<sup>39</sup> For a general overview *D. Nobbs*, Theocracy and toleration. A study in the disputes in Dutch Calvinism from 1600 to 1650 (Cambridge 1938); *H. A. Enno van Gelder*, Getemperde vrijheid (Groningen 1972); *H. Schilling*, Religion und Gesellschaft in der calvinistischen Republik der Vereinigten Niederlande, in: *F. Petri* (ed.), Kirche und gesellschaftlicher Wandel in deutschen und niederländischen Städten der werdenden Neuzeit (Köln, Wien 1980) 197–250.

## The republican element in the church-state debate

Like most political relations in the Dutch Republic, church-state relations were intricate and balanced relations. And as balances are always in danger of tipping, there are likely to exist discussions about borderline cases where tipping is imminent. Most of these discussions in the mid-seventeenth century had a local character. The great national strife that raged during the Truce-years ending in the decapitation of Oldenbarnevelt, lost its sway at the end of the sixteenthcenties. In contrast for example to the vicissitudes of religious politics in England, the national authorities did not identify with the official church to such an extent that they were prepared to enforce the acts against unorthodox religious practices. Besides, they had a war to fight and, as in other matters, citygovernments claimed their autonomy in dealing with religious peace.

Because of this decentralisation of church-state relations, it is difficult to give a correct general description of the ensuing situation. But especially in the cities of Holland a general tendency can be noted to keep conflicts at a low profile, which was the more easily achieved as the possibilities for the contending parties to mobilize effective outside support were scarce.

But the central contentions of the church-state debate were still there. Their target was the correct interpretation of "religio interna" and "religio externa", of the means leading to salvation, and the duties of a Christian government. The practical issue was the toleration of unorthodox protestant churches. Characteristically, the debates did not touch upon more general political questions. The existing political system is taken for granted. The arguments propounded turn around specific policies. Nevertheless, these discussions have a republican overtone. The notion of citizenship is involved as part of the general setting of the discussions.

On the whole the debate was inconclusive. Both in practical politics and in theory there was no winning side. The contestants were entangled in a stalemate-situation of "balanced argumentation". Both parties to the debate are quite clear that the "salus populi" is the concern of the government. Both understand this care for the people's well-being as active interference by the government with their subjects' lives. A good government is a government that enforces its conception of the good life<sup>40</sup>.

At the same time both parties value highly the religious community, that is to say, the communal enactment of the belief in a law higher than that of the state.

Here comes the dilemma: since religion is a communal concern, but the people's well-being a governmental concern, all argumentation for or against governmental interference in religious practices is inconclusive.

The orthodox plea for eradication of heresies becomes for the heterodox an unchristian demand for the constraint of conscience ("conscientien-dwang").

The heterodox plea for toleration, at one time within the Reformed Church, later on outside, would involve an abdication by the government of its duties, to wit, the promotion of the salvation of its citizens – at least according to their adversaries.

<sup>40</sup> *Van Gelder, Getemperde vrijheid*, 37–48.

In both cases the other party decries the appeal to governmental interference as an illegitimate intrusion upon Christian values as they prosper and are to be promoted within the community of believers, but the principle of pleading itself, both accept. On this level the "res publica" is salvation, of all members of the republic. Reformation politics turns to itself, and its problems become apparent. The dilemma could not be solved by absolutist or liberal means, as both solutions would defeat the primacy of communal religious experience. The absolute alternative, for example, was proposed in an anonymous book, "*De jure ecclesiasticorum*" published in 1665<sup>41</sup>. Arguing along Hobbesian lines, all religious organisation (the *religio externa*) comes under the authority of the "Prodi", God's substitutes, namely the government. Ministers are regarded as governmental officers, responsible to the government, not to their parish. On the other hand, the "*religio interna*" is left free to each individual, on the basis of the law of nature. This book, once ascribed to Spinoza, provides for religious peace, by providing for peace, irrespective of the spiritual well-being of the people. Not surprisingly, "*De jure*" did not obtain much sympathy from either side to the debate. It denied the importance attached to the communal and social aspects of religion and its ensuing political meaning<sup>42</sup>.

Liberal solutions were even less apt, at least at that time and in the form they were presented. De la Court, for example, leaves little doubt as to his low estimate of religious experience, especially in its organized form<sup>43</sup>. Toleration is good for economic welfare, and he is a declared opponent of enthusiasm. But Locke's solution, let alone Hume's, is far from the seventeenth century Dutch understanding of man and society.

Apparently, any important contribution to the debate had at least to respect the two basic tenets underlying it; the importance attached to communal religious experience, and the autonomy of the government in providing for the well-being of the people. Only a respectful transformation will do. We therefore turn to one element in the debate that provides the background to Spinoza's transformation.

Already the important Remonstrant and prolific writer Johannes Wtenbogaert had opposed government enforcement of one religious conviction to the detriment of others, on the argument that no mortal being can really know the truth in religious matters. Only God will separate the heretics from the true believers<sup>44</sup>. As such the argument did not carry much weight, since in the Bible God has revealed at least part of his intentions. So, more often than not, the discussion turned into a fierce debate on the true meaning of the Holy Scripture. But if truth is what matters, an analysis of truth itself might create new openings. This is at least as Adriaen Paets understood the problem.

<sup>41</sup> *Lucius Antistius Constans*, *De jure ecclesiasticorum* (Alethopolis 1665).

<sup>42</sup> *Nobbs*, *Theocracy and toleration*, 245: "The modest book of Constans was notable only as an example of these absolutist and secular theories ...".

<sup>43</sup> *P. de la Court*, *Interest van Holland, ofte gronden van Hollandswelvaren* (Amsterdam 1662) preface.

<sup>44</sup> *J. Wtenbogaert*, *Tractaet van't Ampt ende Authoriteyt eener Hooger Christelijcker Overheydt in kerckelijcke saecken* (Rotterdam 1647); *van Gelder*, *Getemperde vrijheid*, 241–244.

In a little "war of pamphlets" in 1654 and 1655, the Rotterdam magistrate Paets eloquently disputed with some orthodox ministers of the same city, who demanded strict measures against heretics<sup>45</sup>. As one of his bases he chooses what one might call the epistemological approach. Truth in religion cannot be known by us. Hence we cannot dare to call other people heretics because they do not share our convictions. Next to it, if we (or the government) do enforce our religion upon others, they would by complying behave insincerely, overtly practicing what they do not believe. Alexander Petrie<sup>46</sup>, one of his adversaries, contests the argument by pointing out that we do persecute criminals: does not that make for insincerity as well? Here Paets retorts that we must discriminate between forcing people to omit performing acts they know to be impious (that is, criminal acts) and forcing to omit performing acts they sincerely believe to be pious. As it stands, this retort begs the question, as long as Paets cannot objectively distinguish impious from pious. He comes up, however, with such a criterion, although it seems he did not understand its real force. The important fact about religious convictions, says Paets, is that they do not depend on the will. We can will to abstain from criminal acts, but we cannot will to believe what we don't believe. Religious conviction is a measure unto itself, it is the inner conviction of the heart<sup>47</sup>.

No doubt Spinoza, being a descendant of Marranos, would have felt at home with Paets's argument about insincerity. The ensuing question of truth, however, turned out to be more important to Spinoza. Confronted with the fruitless and endless debates on the true religious principles, he must have realized that if the positive value of the quest for piety and salvation had to be saved, something else had to be done than to join one of the parties and strengthen their ranks. Nor did he choose to deride those who excluded him from the Synagogue. Spinoza opted for an inquiry into the underlying causes of these quarrels. This inquiry led him first to probe into the *Emendation of the intellect* and to compose a *Short Treatise on God, Man and his well-being*, which is so to say the prolegomena to his *Ethics*<sup>48</sup>. In the *Treatise on Religion and Politics*

<sup>45</sup> Adriaen Paets was born in 1631 in Leiden, he died in 1686. Since 1664 he occupied a seat in the Rotterdam government. He was sent as an ambassador to Spain in 1672. Although removed from his political functions during his absence, he was restored later. Cf. C. W. Roldanus, Adriaen Paets, een republikein uit de nadagen, in: Tijdschrift voor Geschiedenis 50 (1935) 134–166. The most interesting of these pamphlets is *Anon.*, Sedig Antwoord van N. N. gereformeerd Hollander op de lasteringen tegen zijn Brief uyt-gestort van A. P. S. R. een vreemd Dienaar des Goddelijken Woords binnen Rotterdam. Waar in bewesen werd dat de dwalende als soodanige niet strafbaar zijn door uytterlijk geweld (Leyden [1655]) which contains his reply to A(lexander) P(etrie) S(cotae?) R(eligionis?).

<sup>46</sup> Alexander Petrie, born in ca. 1594 came to Rotterdam as the first minister to the Scottish Church in 1642. Before he died there in 1662, he was active against Independents and Baptists and wrote a compendious work on the history of the Catholic Church 600–1600. Cf. W. Stevens, The history of the Scottish Church (Rotterdam, Edinburgh 1833) 1–22.

<sup>47</sup> Paets will repeat this position to the end of his Lettre de monsieur H. V. P. a monsieur B[ayle], sur les derniers troubles d'Angleterre: où il est parlé de la tolerance de ceux qui ne suivent point la religion dominante (Rotterdam 1686).

<sup>48</sup> Citations from these works, all posthumously published in 1677, will be given from The collected works of Spinoza, vol I, ed. & tr. by E. Curley (Princeton 1985), which is indeed a very fine and scholarly edition. The *Emendation* and the *Short Treatise* were written about 1660–1662. The *Ethics* was finished in 1675.

(*Treatise*, for short) he then put down his political philosophy with the explicit intention to contribute to a solution of the fruitless religious debates. Spinoza's transformation of the problem-situation consists in a separation of religion from reason or philosophy, and in the suggestion that freedom of thought is in accordance with the government's care for the commonwealth. How Spinoza proceeds to this conclusion and in what sense this shows him to be an heir to the republican tradition, I will discuss in the next section. Given my general purpose to place Spinoza in the appropriate Dutch political context, I will deliberately neglect his position vis-a-vis his main philosophical target, that is Descartes.

## Virtues and *republica*

On the face of it, Spinoza seems to operate within the same paradigm as the other participants to the theologico-political debate. The last two chapters of the *Treatise*, in which the previous eighteen chapters culminate, are designed to show first that the government has the absolute "*ius circa sacra*" and second that the government must not enforce religious beliefs<sup>49</sup>.

The first principle is presented by Spinoza as an antidote to the libellous ministers craving for power. It is based on the previously developed argument that as sin is the transgression of law, and as there is no law without a state, the contents of sin are defined by the state. Therefore "in solo iustitiae et charitatis sive verae religionis jure Dei regnum consistit"<sup>50</sup>. Since we can only follow God's law by following the law of the state, it is evident for Spinoza that "*pietas erga patriam*"<sup>51</sup> is our greatest duty. Whoever retorts that politicians might easily slip into heresy and have therefore to be corrected by the ministers, is asked by Spinoza whether there is any reason to suppose that ministers are less heresy-prone than politicians. Since all the present troubles have their origin in the subtleties and philosophical digressions with which the ministers have adorned their profession, his conclusion in this nineteenth chapter is that a government can keep an absolute "*ius circa sacra*", as long as it withstands the proliferation of dogmas and the confusion of theology with science.

In the next chapter, Spinoza starts from the seemingly conflicting assumption that each man is "*dominus suarum cogitationum*"<sup>52</sup>, feels himself master of his own thought and is prone to voice his ideas. This is not harmful, as long as it does not turn into "*laesio majestatis*". Since "*finis ergo reipublicae revera libertas est*"<sup>53</sup>, we have to

<sup>49</sup> The *Treatise on religion and politics* (*Tractatus theologico-politicus*, Amsterdam 1670) is cited according to the Gebhardt-edition, *Spinoza Opera*, ed. by C. Gebhardt (Heidelberg 1925) vol. III. The last two chapters are titled respectively: *Ostenditur jus circa sacra penes summas potestates omnino esse, et religionis cultum externum reipublicae paci accommodari debere, si recte Deo obtemperare velimus. Ostenditur in libera republica unicuique et sentire, quae velit, et quae sentiat, dicere licere.*

<sup>50</sup> Spinoza *Opera*, vol. III, 216.

<sup>51</sup> *Ibid.*, 218.

<sup>52</sup> *Ibid.*, 226.

<sup>53</sup> *Ibid.*, 227.



find the mean between the government's authority and man's need for expression. By referring to the argument from insincerity, Spinoza concludes that this mean is to be found by judging men according to their actions not according to their thoughts; "ius circa sacra ... ad actiones referatur"<sup>54</sup>.

Spinoza's analysis in these chapters is a forceful description of the actual situation. It endorses the pacificatory policy in the Dutch Republic. At the same time, it provides an ideological analysis of the strife itself: it is shown to originate from the self-indulgence of the victims of religious repression and from the vain-glory of those who manage to have their views imposed upon others. This spiral leads to nothing. It can only be stopped by a sovereign government that knows how far to extent its power in religious matters, that knows to refrain authoritatively from using its power. As it stands, this is a kind of Bodinian prudence. We have to probe Spinoza's arguments a bit further to find out in what way he intended to provide the contestants with arguments to overcome their unfruitful opposition. To that effect we should look behind Spinoza's use of the topos of insincerity, that is at the origin of his conception of truth. In the *Emendation* first an indication is given of the relevance of truth for morality. After explaining that good and bad are only relative concepts, "so that one and the same thing can be called both good and bad according to different respects ... especially after we have recognized that everything that happens according to the eternal order, and according to certain laws of Nature"<sup>55</sup>, he states that human endeavour is directed at the attainment of "the knowledge of the union that the mind has with the whole of Nature"<sup>56</sup>. And here is his programme:

"This, then, is the end I aim at: to acquire such a nature, and to strive that many acquire it with me. That is, it is part of my happiness to take pains that many others may understand as I understand, so that their intellect and desire agree entirely with my intellect and desire. To do this it is necessary, *first* to understand as much of Nature as suffices for acquiring such a nature, *next*, to form a society of the kind that is desirable, so that as many as possible may attain it as easily and surely as possible" (then come 3. moral philosophy, and education, 4. medicine and 5. mechanics, to complete his programme)<sup>57</sup>.

Knowledge, "true ideas", comes in the first place. In explaining what it is to know, Spinoza deliberately wants to avoid the scepticist trap, namely the regressus that each criterion for truth asks for another criterion to support its correctness. According to Spinoza, to develop a criterion, or a method, is to reflect on truth, but to that purpose we have to have some true idea in the first place: "Method is nothing but a reflexive knowledge, or an idea of an idea; and because there is no idea of an idea, unless there is first an idea, there will be no Method unless there is first an idea. So that Method will be good which shows how the mind is to be directed according the standard of a given true idea."<sup>58</sup>

<sup>54</sup> Ibid., 233.

<sup>55</sup> Collected works of Spinoza, 10.

<sup>56</sup> Ibid., 11.

<sup>57</sup> Ibid., 11.

<sup>58</sup> Ibid., 19.

The first important fact about Spinoza's conception of truth is, that he introduces a scale of truth which ranges from mere opinion to vague experience, to belief, to clear truth. No bifurcation of ideas into true and false. Less truthful ideas are not false, but imperfect, although we tend out of ignorance to regard our actual beliefs as "klare Kennnisse", that is clear knowledge or "cognitio claro". But, "falsity is never manifested or indicated through itself"<sup>59</sup>. Paets had linked the enforcement of religious beliefs and insincerity. Spinoza makes insincerity and falsity equivalent.

But his theory of truth on the other hand, is not to imply that man is not forced to do what he does, and think as he does. In this respect, both the formation of knowledge and that of political relations reflect that man is only part of Nature: "The weakness of our nature requires us to love something, and to unite ourselves with it, to exist."<sup>60</sup> In the *Short Treatise*, the object most worthy of our love is said to be the most perfect Being, God. In the *Treatise* Spinoza elaborates a distinction between the God of popular belief and God as he really is. That is, Spinoza introduces a correspondence between belief-systems (such as a certain religion) and the scale of truth<sup>61</sup>. This is the second important fact.

In the same way as the God of revelation is a short-hand way, a first approximation of rational knowledge of God, so society and state are a first approximation of the rational union of man with man. That is to say, in the same manner as imperfect man is bound to love and obey the decrees of God, he is bound to love and obey the commonwealth, however imperfect it is. This is the third element.

The dimensions of knowledge, organized knowledge (as in religion or "scientia"), and societal organization are thereby structurally equivalent. The impact of this correspondence is that in the same sense as every idea can be said to contain *some* truth, this can be said of every belief-system, or of every form of societal organization for that matter. Only in this last respect, Spinoza dares remark that this applies to the Turkish Empire as well<sup>62</sup>. But the wider implications will be evident.

In this setting, the argument from insincerity gets a new and forceful meaning. According to Spinoza, where men are forced to speak differently from what they think, they are forced to lie. If people were forced to lie "fides, in republica apprime necessaria, corrumperatur et abominanda adulatio et perfidia foverentur, unde doli et omnium bonarum artium corruptio"<sup>63</sup>. Fides and corruption are opposites. Fides is used here in the double meaning of faith and trust, since for Spinoza fides occurs in all three dimensions just mentioned: it denotes the third stage on the scale of truth, it de-

<sup>59</sup> Ibid., 124; cf. J. Bennett, *A study of Spinoza's Ethics* (Cambridge 1984) 162 ff., W. N. A. Klever, *Spinoza's methodebegrip*, in: *Algemeen Nederlands Tijdschrift voor Wijsbegeerte* 75 (1982) 28-49.

<sup>60</sup> Collected works of Spinoza, 105.

<sup>61</sup> Cf. for discussion of a similar problem T. H. Zweerman, *The method in Spinoza's Tractatus de intellectus emendatione*. Some remarks on this problem inspired by the *Tractatus theologico-politicus* and by *Epistola 37*, in: J. G. van der Bend (ed.), *Spinoza on knowing, being and freedom* (Assen 1974) 171-183.

<sup>62</sup> John Locke reflects this point of view, when he takes up this topos of the toleration discussion: *A letter concerning toleration*, London 1689, ed. & intr. by J. H. Tully (Indianapolis 1983) 56.

<sup>63</sup> Spinoza Opera, vol. III (*Treatise*), 229.

noted belief-systems, and in the construction "bona fides" is used several times to indicate trust in interpersonal relations. Fides links all three meanings together: the communal pursuit of rational insight, of blessedness and salvation, and of trusting cooperation, are all exempla of the human quest for truth, for the "amor intellectualis Dei"<sup>64</sup>. The state itself, as a system of cooperation, is the fides-practice par excellence, the prerequisite for other trusting practices. Religious experience is paramount among these, but there are others: commercial practices in Amsterdam come under this heading, as well as the proceedings of correctly organized governing bodies as discussed in the *Political Treatise*. Insincerity is the vice of falsity. But since falsity can only be known in contrast to a true idea, insincerity is the only form of falsity possible. As insincerity is therefore the vice par excellence, virtue, its complement, can therefore be said to consist in complying with one's own standards, including those of one's community. The worth of virtues, of practices that exhibit fides, cannot be proved in a positive sense. Only when new practices develop, the old ones can be shown to fall short of the standard of the new ones. And new practices do develop, as is evident from Spinoza's description of the gradual separation of scientific practices from religious ones. In a very fundamental sense, new practices make for a better understanding of the virtuous core in the old practices.

A republic is therefore to be praised, since it embodies a further stage on the way to human freedom. More than any other political system it promotes the fides-practices: communal religious experience, the bona fides in social, economic and political behaviour. It may fall short of ultimate perfection. But the only way to reach the reign of reason is, as it stands, to prevent the reign of insincerity. Necessity, time and virtue all point to the central importance of the republican way of life, in which not only reason is liberated from religion, but religion from reason as well.

## Conclusion

In the end, Spinoza's republicanism is, for all its radicalism, firmly in accordance with the Dutch religiously coloured conception of community; for all its rationalism, it properly reflects the contingencies of political life. At the same time, however, Spinoza did transform the structure of classical republicanism. *Time* is the correlated evolution of truth and human cooperation. Society may lapse into corruption, but it is its own, uncertain measure in this respect. *Necessity* makes for very small margins indeed. But if fortuna comes in at all, it is as an opportunity for understanding and cooperation, and, she is kindled in a free republic. *Virtue* consists in understanding this process, and in complying with it, whatever the actual circumstances.

If Spinoza did choose sides in the mid-seventeenth century disputes, it was not for reasons the States-party would have endorsed. A virtuous republic, after all, is by no means dependent on the virtue of its rulers alone.

<sup>64</sup> Collected works of Spinoza, (Ethics), 611: "Love of God, not insofar as we imagine him as present, but insofar as we understand God to be eternal. And this is what I call intellectual love of God."

*Ian Roy*

## The English Republic, 1649–1660: the view from the Town Hall

### I

The duke of Newcastle, who before the civil war had been governor of the Prince of Wales, offered some sage advice to his royal charge, now Charles II, on his restoration to the throne in 1660. In a classic statement of political reaction, which deserves to be better known, he provided a commentary, at once perceptive and prejudiced, on the factors which had led to the civil war and the downfall of the monarchy, and how best they could be avoided in the future. Among his recommendations were that London – ‘that rebellious city’ – be firmly curbed by means of a new charter and the strengthening of the Tower; that university education be restricted to the sons of the gentry; and that religious uniformity – the old church, its hierarchy and discipline – be reimposed. In particular the patronage by the laity of Puritan lectureships, argued Newcastle, had been politically dangerous to Charles’s father. „These lecturers have preached your Majesty out of your kingdoms.“ In the late troubled times artisans and other low-born persons – and, even worse, their wives and servants – had set up conventicles on the ruins of the old church and had sought God through scripture without benefit of clergy: „The Bible in English under every weaver’s and chambermaid’s arm hath done us much hurt.“<sup>1</sup>

Chief among the nation’s institutions which had allowed this to happen were the incorporated towns, with their many ancient liberties and their tradition, in some cases, of religious nonconformity. „For corporations, I see no reason why there should be so many, for why should tanners and shoemakers not be contented to be governed by the same way that lords, gentlemen and good yeomen and freeholders are, which is by the known laws of the kingdom, by the judges and justices of peace: but these townsmen must be exempted by their charter. The truth is that every corporation is a petty free state against monarchy, and they have done your Majesty more mischief in these late disorders with their lecturers than anything else hath done.“<sup>2</sup>

Was Newcastle correct in his view of recent history? Did the towns in England merit the description ‘petty free states’, and did they practice a form of government, and patronise a kind of preaching, incompatible with monarchy? Did they aid the es-

<sup>1</sup> *S. A. Strong, A Catalogue of Letters and other Historical Documents at Welbeck* (London 1903) 176–177, 185, 188.

<sup>2</sup> *Ibid.*, 206.

tablishment of the republican regime and support it during its life? To examine these and other questions it might be useful to look at the experience of a handful of towns in the period.

The cities of Gloucester, Oxford and Worcester were not in the front rank of English towns; they were county towns, not provincial capitals, with 8000 inhabitants on average. They were dwarfed by London itself. England was not a highly urbanised society in the seventeenth century: only 17% of the population lived in 'towns' (places of over a thousand inhabitants), and half of those lived in London, which was well set upon its career, by the middle of the century, of becoming the largest city in Europe<sup>3</sup>. It was ten times bigger than the next largest town, and it has been calculated that one fifth of all Englishmen and women had some experience of London life<sup>4</sup>. Indeed to trace the urban view of the Interregnum in any satisfactory manner it should be necessary to say something about the nation's capital: but the history of London under the republic has yet to be written. We must rest content for the moment with a sample of the middling sort among towns.

Towns, even of the size of the three above, were of increasing importance in Tudor and Stuart England. Although the population as a whole remained largely rural and in social and tenurial terms dependent on gentry landlords, the population of most towns was rising, and the services offered by these urban centres becoming more complex and diverse. There were 5–600 market towns in England, serving an area within a ten mile or so radius of the town hall. The larger towns possessed a wide range of occupational skills among its inhabitants: the members of Oxford's common council represented 43 different trades alone<sup>5</sup>. County towns, which were also the seats of bishops, were the political and ecclesiastical centres for a wide area. Political recognition by the government of the day of the importance of towns can be seen in the steadily increasing number which received charters of incorporation, granting them a degree of self-government. Elizabeth had granted twenty-six royal charters during her reign, James and Charles (to 1637) a further forty-nine<sup>6</sup>.

Several towns claimed county status and their leading citizens – usually the twelve or thirteen strong groups of aldermen – acted as justices of the peace, deputy lieutenants in charge of the militia, sheriffs, coroners and clerks of the market; the mayor's court heard a wide range of cases. Most, by this date, were closed corporations, in which elections to office were not open to all freemen of the borough or even to all councillors. There was a general trend to oligarchic government in the boroughs, and they could scarcely be accused of practicing local democracy in defiance of the monarchical state in the seventeenth century. The urban elites emphasized their own and their towns' wealth and dignity, and the civic year was marked by nomination and election banquets, speeches and sermons, processions and pageantry. Annual cere-

<sup>3</sup> P. Clark and P. Slack, *English Towns in Transition, 1500–1700* (Oxford 1976).

<sup>4</sup> *Ibid.*, chap. 5.

<sup>5</sup> *Ibid.*, chap. 2; M. G. Hobson and H. E. Salter, *Oxford Council Acts, 1626–1665* (Oxford 1933) XIII–XIV.

<sup>6</sup> J. Richardson, *The Local Historian's Encyclopedia* (New Barnet 1974); C. Cook and J. Wroughton, *English Historical Facts, 1603–1688* (London 1980).

monies of this kind, strict rules governing the conduct of business in the council chamber, the wearing of scarlet robes by the aldermen and black or purple gowns by the councillors, all reinforced the selfesteem of the city's rulers. Civic pride and unity were embodied in the building, very often, of a new and expensive town hall, a structure which might cost a small community a great deal of money but in which the many functions of the ruling body could take place. A fine town hall of reasonable size might double not only as council chamber and court room, but as market place, school room, prison, record office, kitchen and armoury<sup>7</sup>. A further recognition of the status of towns was the growing number which sent representatives to Parliament in the period; there were 401 borough M.P.s by 1640. While threequarters of enfranchised boroughs returned neighbouring country gentry or prominent outsiders to Westminster, several of the largest, including usually the three under consideration, chose their own leading citizens. They account for the sixty or so M.P.s of merchant stock in the Long Parliament in 1640<sup>8</sup>.

The privileges granted by the sovereign, the instructions their rulers received regularly and directly from the Privy Council, and the presence of their representatives at Westminster, ensured that the relationship between the town halls and the centre would be close; and it was normally harmonious. Their 'liberties' depended on royal favour: and the confirmation of their local jurisdiction, and their right to elect M.P.s, was not a matter of political controversy before the civil war. The magistrates in the cities, as in the counties, looked to the king for guidance. Where there were unpopular demands they might complain, and their standing locally might depend on the resistance offered and the concessions wrung from the government. With the exception of London no town could resist the king's wishes for long. No provincial city in England was comparable to the great urban centres in the Netherlands or the German states. The towns we are dealing with were not like Ghent, „a little republic in all but name“ and able and willing to dispute its share of taxation with the Emperor himself<sup>9</sup>. No town hall thought to challenge the government of Charles I directly, on the question of ship money, although there were numerous quarrels over the amount to be paid, with neighbouring authorities. In general the corporations held fast to their charters and the limited but useful autonomy which they allowed.

## II

If there was no open challenge to the central government on major political and fiscal matters, there was, however, plenty of combustible material locally for petty but bitter disputes. Most often these arose over rival jurisdictions which competed with the city authorities' desire to bring order and good government to the area within their walls and to control appointments to city churches, schools and hospitals. In a cathe-

<sup>7</sup> I am grateful to Professor Robert Tittler for this information.

<sup>8</sup> *M. F. Keeler*, *The Long Parliament, 1640–1641* (Philadelphia 1954) 23.

<sup>9</sup> *J. L. Motley*, *The Rise of the Dutch Republic* (London n.d.) 1.61.

dral city the college close, centrally sited, was outside the jurisdiction of the city, and the inhabitants there, who increasingly were wealthy members of the gentry, professional classes and clergy, paid their taxes to the county not the city. The property rights of neighbouring county gentry occasionally conflicted with the cherished privileges of the city. At Chester there was a long-standing dispute over the Gloverstone, an area of the county round the castle walls, as well as over the cathedral precincts and the rights of the mayor there<sup>10</sup>. At Liverpool the quarrel with the lord of the manor centred on his mill and claims to the ferry over the Mersey<sup>11</sup>. There was an equally contentious and long running conflict between the city of Gloucester and the leading families of the 'inshire', that part of the county which had, since 1483, come under the jurisdiction of the city. The gentry claimed that the policies pursued by the city had led to economic decline, and that they bore a disproportionate share of the city's taxation<sup>12</sup>.

The major dispute at Gloucester, however, was over religion, and in this it was typical of several cathedral cities in the period. The city had long enjoyed the reputation of being zealously Protestant. Pious laymen had long made provision for extra lectureships, so that sermons could be heard in the parish churches on Sundays and market days. Late in the 1630s it was noted that some local Puritans were wearing their hair short and keeping their hats on in church; some were sending their sons to Calvinist Scotland to complete their education, rather than Laudian Oxford. Certainly a Gloucester curate made contact with the Covenanters in 1638<sup>13</sup>. In 1640 the city may have planned to send one hundred colonists to Puritan New England<sup>14</sup>. The town hall itself came to be dominated by Puritans who were anxious to throw into the battle against poverty and ignorance in their crowded and economically depressed community all the resources, material and spiritual, which could be spared. One such was Alderman Thomas Pury, who had entered the common council a short time after William Laud, as Dean of the Cathedral chapter, had begun to introduce those 'innovations' in religious practice which so upset traditional Calvinists. Pury's own family, of clothiers, had long been associated with charitable and pious benefactions in the city, and with holding office<sup>15</sup>. Thomas, a clothier turned country solicitor (he had attended neither university nor inn of court), led the fight to retain the city's patronage of a well known lecturer, John Workman, who had been suspended, excommunicated and then imprisoned by the ecclesiastical authorities in the city, no doubt at the prompting of Laud.

<sup>10</sup> A. M. Johnson, Some aspects of the political, constitutional, social and economic history of the City of Chester, 1550–1662 (Unpubl. Oxford Univ. D. Phil. thesis 1971) 18, 36–89.

<sup>11</sup> J. A. Picton, City of Liverpool. Selections from the Municipal Archives and Records (Liverpool 1883) 132–133.

<sup>12</sup> G. Davies (ed.), Autobiography of Thomas Raymond and memoirs of the family of Guise of Elmore, Gloucestershire (Camden 3rd ser., vol. 28, 1917) 104; P. Clark, "The Ramoth-Gilead of the Good": Urban Change and Political Radicalism at Gloucester, 1540–1640, in: P. Clark, A. G. R. Smith, and N. Tyacke (eds.), The English Commonwealth, 1547–1640 (Leicester 1979).

<sup>13</sup> Calendar of State Papers Domestic, 1639, 490; Clark, Radicalism at Gloucester, 185.

<sup>14</sup> Ibid., 186.

<sup>15</sup> J. Washbourn (ed.), Bibliotheca Gloucestrensis: a collection of scarce and curious tracts relating to ... Gloucester (Gloucester 1825) CLXIV.

Among other misdemeanours he was accused of praying for the States of Holland and the king of Sweden ahead of Charles I. When the council retained his services and awarded him a small pension the leading magistrates, including Pury, were brought before the Court of High Commission by the Archbishop and fined. The case cost the city £ 200, about a third of its annual income<sup>16</sup>.

What was at issue, here and in other urban communities, was not just the religious complexion of the lecturer – although that was clearly important – but the dissatisfaction of the city elite with the inability of the established church to meet the spiritual needs of the inhabitants. The many parishes – eleven in Gloucester, for a population within the old city of 5000 – were much too poor to attract competent clergy, and few were able or willing to preach, and the vast cathedral, with its rich, pluralist prebends and unqualified vicars-choral ('singing men'), was too rich, owning as much land as the city itself and desiring to monopolise as much of the worship within the city as possible. For many at the town hall a Puritan reformation, where evangelical preachers and learned schoolmasters were supported by the godly magistrates, was the essential basis for the setting up of a true civic commonwealth, which could deal effectively with the most pressing problems of their little society.

The experience of Gloucester can be paralleled elsewhere. At Norwich the Laudian bishop came into conflict with a Puritan party among the leading citizens, anxious for reform<sup>17</sup>. At York the clergy's new role as justices of the peace upset the corporation<sup>18</sup>. At Chichester, too, the cathedral close and its separate privileges was resented by the townsmen<sup>19</sup>. At Worcester the Dean and Chapter objected to the city's desire to appoint a lecturer (who would be, they claimed, 'chosen by shopkeepers'); no doubt the city was mindful of the fact that a fifth of the local clergy were non-resident pluralists. The ill feeling between the cathedral and the town hall came to a head over a comparatively trivial matter, the seating arrangements made for the aldermen and their wives in the cathedral, considered inadequate to the dignity of 'the senators' in their scarlet robes. As at Gloucester it was not the bishop who was objected to (neither was a Laudian), but the cathedral authorities<sup>20</sup>.

If Laud had a small part to play in the quarrel at Gloucester, he had a much larger role at his own university, Oxford, in the 1630s. As Chancellor he turned it into a model of Laudian practice and belief, and through his agents reasserted the university's old rights over the townsmen – to control the market, see to the night watch, demand the annual penance – on St Scholastica's day – from the mayor and leading citizens for past misdemeanors. But while the colleges were growing and prospering un-

<sup>16</sup> Clark, 186; C. Hill, *Society and Puritanism in pre-Revolutionary England* (London 1969) 103; Workman's widow was still subsidized by the city chamber in 1656, Gloucester Record Office, Corporation minute book, 1632–56, 886; State Trials (1816) IV. 477–479.

<sup>17</sup> J. T. Evans, *Seventeenth-Century Norwich* (Oxford 1979) 85–102.

<sup>18</sup> State Trials, IV. 426.

<sup>19</sup> A. J. Fletcher, *A County Community in Peace and War: Sussex, 1600–1660* (London 1975) 235–237.

<sup>20</sup> S. Bond (ed.), *The Chamber Order Book of Worcester, 1602–1650* (Worcs. Hist. Soc., new ser., vol. 8, 1974) 45–47.



der this regime so too was the city, whose privileges antedated those of the university. It rose to the challenge. Tempers were inflamed when 'images' were introduced not only in the university church but by a new Laudian incumbent in the citizens' own church, where for many years the corporation had hired its own lecturers. The city took its case to court and lobbied hard through Laud's opponents on the Privy Council<sup>21</sup>. Playing a role comparable to that of Pury at Gloucester was Alderman (Mayor in 1636–37) John Nixon, a prominent mercer, experienced councillor, since 1622, and notable Puritan. He and other sober-sided, wealthy citizens, many of whom owned the finest new houses in the city, must have been outraged when Laud accused them personally, during these legal proceedings, of disorderly and drunken conduct in their mayoral elections. By 1640 they had spent a great deal of money and had lost their case<sup>22</sup>.

### III

If these minor local disputes were characteristic of the decade before the civil war, they did not amount to a challenge, on the part of the corporations studied, to the authority of the king himself. It would not be legitimate to conclude that the cumulative effect of a host of such squabbles must inevitably lead to great national conflict. The civil war did, however, require men to take sides and the choice they made would be influenced by their recent religious and political experience; and disputes left unresolved could be carried on under the new banners of King and Parliament. It gave the protagonists of the earlier conflicts a wider, even a national arena, in which to work. The experience of the cities under consideration in the 1640s was varied, but in all the men and the issues already discussed played a part.

The city of Gloucester's role in the war is among the best known examples of this. Under the leadership of Thomas Pury, elected M.P. for the city in 1640, and an almost united common council, it willingly anticipated the war; unlike the majority of towns it improved its old defences, bought in arms from London, and opened its gates to the forces of Parliament<sup>23</sup>. Pury played a vital role at Westminster, persuading his fellow M.P.s of the strategic importance of the city, coordinating the work of supply, and publicising its case in the London press. He was in the embattled city, however, at the moments of most acute crisis, in 1643 and 1651, when he donned the armour of an infantry captain, at the age of sixty, alongside his son<sup>24</sup>. At the famous siege of 1643,

<sup>21</sup> *P. Seaver*, *The Puritan Lectureships* (Stanford, Calif. 1970) 92–93, 112–114; *State Trials*, IV, 434–435, 474–475; *Victoria County History*, Oxfordshire, IV, *The City of Oxford*, 155–173, 177–178.

<sup>22</sup> *Ibid.*, 145.

<sup>23</sup> *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, 6–12; *Commons Journals*, II, 673; *Historical Manuscripts Commission* 6th Report, 160, 13th Report, I, 61–62, 67, 71, 78; *Calendar of the Committee for the Advance of Money*, 1501; *G. R. O.*, *Town clerk's book*, f.193.

<sup>24</sup> *C. J.*, II, 668, III, 241, 492, IV, 536, 591, 606; *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, XXI, LI, 207–208, 216, 229–232, 324, 337, 375, 386, 402–411, 419–423; *G. R. O.*, *Letter book*, 1640–60, 35.

when the city defied the king himself at the head of his army – in battle array and with banners unfurled – the old divisions between the magistrates and the inhabitants of the cathedral close were again apparent. It must have been known to the defenders that a strong party within the close and some neighbouring parishes – not to mention some of the county gentry beyond the walls – were only too anxious to open the gates to the king. The Cavaliers had listed over a hundred inhabitants whose houses were to be spared in the event of an assault on the rebellious city<sup>25</sup>.

The relief of Gloucester on 5 September 1643 was a turning point of the war, not to be forgotten by either side. The day was kept thereafter with annual solemnities by the city council, and feasts by the guilds; commemorative verses were printed; the learned town clerk, John Dorney, celebrated its 'wonderfull deliverance' in speeches rich in biblical and classical citation. The south gate of the city, laid low by the besiegers, was promptly rebuilt and inscribed: „A City assaulted by man and saved by God"<sup>26</sup>. The magistrates had played a full part in the success of this year. The council had met more than 50% more frequently than usual (See Table 1, on the number of council meetings per year); it had displayed remarkable cohesion under fire and devotion to 'the cause of God and of the Commonwealth'. Few citizens deserted the city despite the inevitable privations suffered. Even at the height of the siege, Dorney noted, 'holy duties' had been performed and sermons attended by large congregations: evangelical preachers flocked to the city as a refuge during the war<sup>27</sup>.

Gloucester's ruling elite had worked hard to preserve their authority and to promote a godly reformation, without which – as no doubt countless sermons reminded them – the city was kept in vain. But other towns found that the forces of division and near anarchy unleashed in the 1640s were too strong to be contained. Civic unity shattered under the impact of civil war. Gloucester remained a maiden city, but its 'sister cities', Bristol, Hereford and Worcester, changed hands twice during the war, and suffered accordingly. Worcester was to undergo a further tribulation on the invasion of Charles II and the Scots in 1651. A petition to Parliament after this experience excused the citizens for conforming to the occupying force; they would otherwise have been 'slaves to the soldiers'<sup>28</sup>. Each change of government brought a purge of the council, and division in the ranks of the councillors. Although at first a kind of aldermanic solidarity might delay or limit this process – at Oxford, for instance, casualties among councillors in the first two years of Royalist occupation were more the result of typhus and plague than political exclusion: see Tables 2 and 3, where 43 departures are recorded for 1642–44, a third of total membership – the effect of several violent changes of control was cumulative. Most Oxford councillors did not follow John Nixon into self-imposed exile in London when the king set up his headquarters in the city: as tradesmen

<sup>25</sup> British Library, Harl. MS. 6804, f. 118.

<sup>26</sup> *J. Dorney*, *Certain Speeches made upon the day of the yearly election of officers in the City of Gloucester* (London 1653) prelim. verses, 1–10; public thanksgiving decreed, Corp. minute book, 381; tanners' company annual expenses, GCL 28652.

<sup>27</sup> *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestersensis*, 222, 226, 227–228; *Dorney*, *Certain Speeches*, 71–72.

<sup>28</sup> *Ibid.*, 22, 71; post-1651 petition from mayor of Worcester to committee for the advance of money, Public Record Office, SP 24/86.

*Table 1:*\* Number of council meetings per year  
Year from Michaelmas to Michaelmas

Year	Gloucester	Oxford	Worcester
1635/6	14	15	13
1636/7	13	13	9
1637/8	17	20	11
1638/9	22	14	9
1639/40	21	15	15
1640/1	24	18	14
1641/2	20	10	14
1642/3	37	18	25
1643/4	27	14	23
1644/5	26	20	24
1645/6	27	18	35
1646/7	39	20	17
1647/8	18	15	17
1648/9	26	17	17
1649/50	27	14	13
1650/1	24	16	4
1651/2	21	14	2
1652/3	21	14	6
1653/4	25	16	9
1654/5	27	12	7
1655/6	23	13	9
1656/7	23	13	13
1657/8	20	12	9
1658/9	13	23	7
1659/60	20	26	6
1660/1	31	22	13
1661/2	30	21	14
1662/3	13	21	10
1663/4	21	19	8
1664/5	11	26	9
Total	681	509	382
Median	22/23	16	12

\* For this and the following tables I am much indebted to my former research assistant, Dr Stephen Porter.

they were closely tied to the local market for their goods. When the city surrendered to Parliament most of the ruling body who had survived the hazards of the war were politically compromised, and Parliament ordered that those who had been active for the king should be debarred from office; later that they should not be able to vote in council elections<sup>29</sup>. In 1647 a petition from some citizens objected to the election of a 'malignant', and Nixon, who had just completed a term as mayor, was ordered to con-

<sup>29</sup> C. H. Firth and R. S. Rait (eds.), *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660* (London 1911) I. 1009, 1023.

*Table 2: Departures (including temporary departures) from city councils as a percentage of current membership in each year*

Year	Gloucester	Oxford	Worcester
1635/6	3,5	4,9	6,9
1636/7	15,1	3,4	4,2
1637/8	9,4	4,2	2,8
1638/9	7,7	0,8	2,8
1639/40	4,2	6,5	9,7
1640/1	1,9	4,0	4,2
1641/2	3,8	1,6	5,6
1642/3	n.d.	21,4	9,7
1643/4	5,9	13,4	12,5
1644/5	5,6	8,3	6,9
1645/6	5,6	6,7	6,9
1646/7	9,6	3,5	4,2
1647/8	5,9	17,0	4,2
1648/9	2,0	5,9	13,9
1649/50	2,0	1,9	5,6
1650/1	0	2,7	15,3
1651/2	5,6	4,3	5,6
1652/3	3,5	8,1	15,3
1653/4	3,6	3,2	8,3
1654/5	10,2	5,6	1,4
1655/6	0	5,5	11,1
1656/7	0	3,2	1,4
1657/8	7,0	1,6	8,3
1658/9	3,5	3,8	2,8
1659/60	7,3	5,6	20,8
1660/1	0	3,6	5,6
1661/2	42,4	28,3	22,2
1662/3	31,8	10,4	5,6
1663/4	2,0	10,8	6,9
1664/5	0	8,9	5,6

Assuming a full council membership of 72 at Worcester every year.

tinue<sup>30</sup>. Because of this direct political interference, and the high mortality among Oxford inhabitants during the war, those who now joined Nixon on the aldermanic bench were considerably his inferior in wealth, status and town hall experience. The governments of the 1650s would depend very much on one man. Similarly at Worcester a hitherto obscure clothier and common councillor – not even a member of the twenty-four before the war – Edward Elvins, who had headed a kind of government in exile, probably at Warwick, while the city was a Royalist garrison, was set up by Parliament as mayor in 1646, „there being no other that they would confide in“. There was a plan to continue him in office in the following year „notwithstanding charter or cus-

<sup>30</sup> Bodleian Library, Wood F 35, f.13; Oxford Council Acts, 151.

Table 3: Annual Number of departures from city councils  
Percentage in each year of total number, 1635–1665

	Gloucester		Oxford		Worcester	
	Number	% of total	Number	% of total	Number	% of total
1635/6	2	1,8	6	2,4	5	2,9
1636/7	8	7,1	4	1,6	3	1,8
1637/8	5	4,5	5	2,0	2	1,2
1638/9	4	3,6	1	0,4	2	1,2
1639/40	2	1,8	8	3,2	7	4,1
1640/1	1	0,9	5	2,0	3	1,8
1641/2	2	1,8	2	0,8	4	2,4
1642/3	6	5,4	28	11,1	7	4,1
1643/4	3	2,7	15	5,9	9	5,3
1644/5	3	2,7	9	3,6	5	2,9
1645/6	3	2,7	7	2,8	5	2,9
1646/7	5	4,5	4	1,6	3	1,8
1647/8	3	2,7	19	7,5	3	1,8
1648/9	1	0,9	6	2,4	10	5,9
1649/50	1	0,9	2	0,8	4	2,4
1650/1	0	0	3	1,2	11	6,5
1651/2	3	2,7	5	2,0	4	2,4
1652/3	2	1,8	10	4,0	11	6,5
1653/4	2	1,8	4	1,6	6	3,5
1654/5	6	5,4	7	2,8	1	0,6
1655/6	0	0	7	2,8	8	4,7
1656/7	0	0	4	1,6	1	0,6
1657/8	4	3,6	2	0,8	6	3,5
1658/9	2	1,8	5	2,0	2	1,2
1659/60	4	3,6	8	3,2	15	8,8
1660/1	0	0	5	2,0	4	2,4
1661/2	25	22,3	39	15,4	16	9,4
1662/3	14	12,5	12	4,7	4	2,4
1663/4	1	0,9	12	4,7	5	2,9
1664/5	0	0	9	3,6	4	2,4
	112	100,4	253	100,5	170	100,3

tom": but, unlike Nixon, he was in the event excused<sup>31</sup>. Those who joined him in the government of the city, particularly after the disaster of 1651 had compromised a further group, were not drawn from the inner circle of the pre-war ruling elite. As at Oxford, and unlike Gloucester, the principal citizens of the Interregnum period were new men.

<sup>31</sup> Lords Journals, IX. 430, 437; *P. Styles, The City of Worcester during the Civil Wars, 1640–1660*, in: *idem, Studies in Seventeenth Century West Midlands History* (Kineton 1978) 213–257.

## IV

Nixon and Elvins had been brought back to their cities in the baggage of the New Model Army, which had defeated the king in battle: Pury and his colleagues had powerfully and directly contributed to that defeat. There can be no doubt of their commitment to the cause of Parliament, nor that it was influenced by their experience of the 1630s in conflict with the Laudian church. Both Nixon and Pury were involved in the destruction of the old church during the war. As a member of the Long Parliament Pury had welcomed the Root and Branch bill – to eradicate the episcopal church ‘root and branch’ – in 1641. He was an important witness at Laud’s trial, when the archbishop’s treatment of John Workman, the Gloucester lecturer, was examined. Nixon provided evidence of Laudian innovations at Oxford<sup>32</sup>. They, and others brought to power by the new post-civil war regime, had demonstrated their allegiance to Parliament and their hostility to the innovations of the 1630s, and their willingness to oppose the Cavaliers. But were they equally committed to the overthrow of the monarchy? To the king’s supporters, like the duke of Newcastle, this question would appear redundant, for were not these the men who had openly defied Charles I at the height of his power, at the head of his army, and had destroyed his ecclesiastical lieutenant, William Laud. But for those who had sided with Parliament in the war it was not so simple. Parliament claimed that it was defending ‘liberty and property’ against ‘popery and tyranny’, and was acting in the name of the king in so doing. Charles Stuart was, for the moment and regrettably, captured by evil advisers; it was the duty of his subjects to release him. The mayor of Gloucester, according to Dorney, was to keep the city on behalf of the king, „always remembering that he is also entrusted with the keeping of the gates by the Parliament, where his [the king’s] power resides, though his person is absent“<sup>33</sup>. Arguments of this kind may be considered feeble and inadequate, as they were by contemporary radicals and Royalists alike; but they helped a large number of moderate men, of varying opinions, to resist the arbitrary acts of the sovereign while satisfying their consciences in so doing. They also made it easier for religious reformers to distinguish between their enthusiastic attack on the government of the church and any attempt to alter the government of the nation by king, lords and commons. It is likely that most of the townsmen whose actions we have been considering in this paper fall into one or other of these categories. They were defenders of the liberties of their boroughs and opponents of Laud; but they were not destroyers of monarchy.

The speeches of town clerk Dorney, at Gloucester’s annual mayoral elections, illustrate some of these themes. They were surely designed to appeal to his town hall audience, and to reflect their views. While celebrating the city’s heroic role in the war – the mayor and corporation had been styled „the conservators of the Parliament of England“ in 1646 – Dorney had been content, as we have seen, to adhere closely to the of-

<sup>32</sup> Mr. Thomas Pury Alderman of Gloucester his Speech (London 1641); State Trials, IV, 434–435, 474–475, 477–479.

<sup>33</sup> *Washbourn*, Bibliotheca Gloucestrensis, 211, 228; *Dorney*, Certain Speeches, 15–16.

ficial, unrevolutionary arguments used to justify resistance to the king. He, and his audience, were clearly taken aback by the execution of Charles I and the establishment of the Commonwealth. Nothing is more eloquent of the lack of political and ideological preparation for these events than the scarcely concealed distress and open bewilderment expressed in his speech welcoming the new mayor in October 1649<sup>34</sup>. In defeat the king had attracted a good deal of sympathy: „the pity of the Vulgar gave a greater majesty to his person“, as a leading Parliamentary apologist confessed, and many came to him to receive the royal touch<sup>35</sup>. In these circumstances, Dorney admitted, the king-killing act amazed and perplexed many, „and that not only the vulgar“. Some would have preferred a treaty which would have guaranteed the liberties they had fought for. The abolition of the monarchy, which had followed the king's trial, had appeared to be unprecedented, and the town clerk learnedly searched the chronicles of England for historical examples; as the Saxon heptarchy had once come to an end, he argued, so now a period was being put to monarchy in England as a whole<sup>36</sup>. What he conspicuously failed to do, and his insularity in this respect was typical of the nation as a whole, was to consider whether there might be working models of republicanism abroad. If Workman, the Gloucester lecturer, had prayed for the States of Holland before the civil war, it was the States as a champion of Protestantism, not republicanism (as its conjuncture with the king of Sweden indicates), that he did so. In conclusion, Dorney could do no better than base his argument on the *de facto* nature of government, and the need to obey God's will. As Providence had brought these great changes about they would either deserve God's blessing, or not; and ordinary mortals might judge accordingly<sup>37</sup>.

No representative of the three cities in the Long Parliament was a revolutionary, willing to take part in the trial of the king or make an early commitment to the new republic. Only Thomas Pury, senior, of the six M.P.s (his son was also now a M.P.) remained at Westminster continually active for his city so long as the Rump survived; his fellow burgess was also conformist, but inactive. Nixon had already withdrawn, with the permission of the House, to attend to the affairs of Oxford. Worcester appears to have been unrepresented for the next four years; one of its M.P.s was over ninety and it is not certainly known whether he was alive or dead in 1649<sup>38</sup>. The commitment of each town council to the new regime, in spite of the work of the Parliamentary activists, in alliance with the army, was as uncertain and half-hearted. At Norwich, another Puritan city, the Engagement – the oath of loyalty „to the Commonwealth of England as it is now established without a King or House of Lords“, which

<sup>34</sup> Ibid., 23, 48–51.

<sup>35</sup> T. May, A Breviary of the History of the Parliament of England, in: F. Maseres, Select Tracts relating to the Civil Wars in England (London 1815) I. 113.

<sup>36</sup> Dorney, Certain Speeches, 48–50.

<sup>37</sup> Ibid. Dorney hoped for a closer union with the United Provinces to uphold the Protestant cause, in October 1652, some months after hostilities had broken out; *ibid.*, 79.

<sup>38</sup> M. Keeler, The Long Parliament, 1640–1641; B. Worden, The Rump Parliament, 1648–1653 (Cambridge 1974) appendix A.

was to be taken first by civic officers, and then by all adult males who wanted to take part in elections – was only ‘haphazardly enforced’<sup>39</sup>. A committee was empowered at Gloucester to tender the oath to the local troops, but there is no sign among the very full minutes of the corporation that it was taken by councillors. If it was, none resigned on that account<sup>40</sup>. The main record of council meetings at Worcester has the laconic entry for February 1650: „A full chamber not appearinge nor above the number of sixteene the act concerning the engagement was read“. A full chamber at Worcester was 72. No action was taken against absentees, but of the fourteen departures in the years 1648–50 nine appear to have been political<sup>41</sup>. There is equally little evidence of the enforcement of the loyalty test at Oxford, where in any case the purge of the council had taken place earlier. See tables 2 and 3 for departures.

Acceptance of the new republic, even by the firmest friends of Parliament, was marked by an absence of enthusiasm or revolutionary rhetoric, and it was as well that the political test offered made it easy for most to conform. The attitude of the ruling authorities at Westminster to their local supporters was therefore in line with their approach to the more conservative politicians, officials and clergymen, who had disapproved of their action but might be won over to the new government by its cautious, conciliatory and unradical policies. While many must have wished, locally and nationally, that the settlement could have been achieved in the name of the king, once the deed was done there were many advantages in accepting it. At least the death of Charles I ensured that there was no possibility that he would be set upon his throne again and, after a token period of Presbyterianism, restore the bishops and cathedrals he treasured. The revolution, whatever its shortcomings, had avoided a compromise on those terms. So far as the old controversies between the urban and the ecclesiastical authorities were concerned, the victory of Parliament held out the hope of a judgment in favour of the towns: that victory was secured, for the time being, by the events of 1649.

The corporations had already established close working relations with some of the leading men in Parliament, and as the latter accepted the new regime and took office under it so did the former. Nixon had persuaded Bulstrode Whitelocke, the lawyer who was to become the Commonwealth’s equivalent of Lord Chancellor, to be the city’s recorder in 1647: in June 1649 he was elected as high steward of Oxford, in place of a peer who was disabled as a Royalist<sup>42</sup>. Gloucester was equally prompt and successful in seeking the patronage and protection of a highly placed official: William Lenthall, Speaker of the House of Commons, conformist rather than revolutionary, accepted the city’s offer to become its recorder, and remained active on its behalf throughout the 1650s. He was able to forewarn the corporation of impending legisla-

<sup>39</sup> Engagement, September 1649 and January 1650 (general subscription), Acts and Ordinances, II. 241–242, 325–329; *Evans*, Seventeenth-Century Norwich, 183.

<sup>40</sup> *Washbourn*, Bibliotheca Gloucestrensis, 388–391.

<sup>41</sup> *Bound*, Chamber Order Book, 458.

<sup>42</sup> Nixon to Whitelocke, February 1647, Longleat House, Whitelocke MS, vol. 9, f. 123; Oxford Council Acts, 143, 164, 431.



tion, in matters which might affect its welfare<sup>43</sup>. He and Pury played an active role in steering through Parliament the acts the city required. Some of the political support the town halls sought was also military, for the Commonwealth was a republic at war for most of its life, and each of the cities here considered was a garrison until after the defeat of the Scots in 1651. So long as the local military governor worked with the city magistrates, and not against them – as happened in some cases – their prestige and effectiveness would be reinforced. ‘Unity and security’ were closely allied at Gloucester, where the governor, Sir William Constable, a Yorkshire baronet, appears to have been an influence for stability<sup>44</sup>. In some towns the local officers joined the ruling body; others were honoured with gifts and favours. With the continued threat of Royalist uprisings and other civil disturbance throughout the 1650s there was a natural emphasis on the presence of security forces and on the importance of the local militia remaining in politically safe hands. In the elections to the Parliaments of the Cromwellian Protectorate a number of army officers, especially where they had local connections, began to make their appearance as representatives of the cities. Where they also had or claimed kinship with the Protector himself their claims were overwhelming<sup>45</sup>. In all these ways, subtly changing as the political arrangements at the centre were shaped and reshaped during these years, the lines of communication were kept open between the cities and the government.

While the corporations may have deplored the means by which the Commonwealth came to power they were able to establish harmonious relations with the members of the Rump; and it may not be too fanciful to see a correspondence between the ruling body at Westminster and the ruling elites in the town halls. The Commonwealth seal of 1651 (see illustration 1) depicts the Commons in session, and carries the legend, „In the third year of freedom by God’s blessing restored“. Henry Marten, one of the few principled republicans and revolutionaries in the House, had persuaded his fellow M.P.s to make at least this gesture to novelty<sup>46</sup>. Along with the translation of their Latin charters and other legal records into English – a task Dorney performed at Gloucester – several corporations had abandoned, even before the execution of the king in January 1649, the dating of their meetings by the regnal year. There is evidence that even in remote Wales the new style of calendar was sometimes used thereafter<sup>47</sup>. More

<sup>43</sup> Acts and Ordinances, I. 966, II. 1096; letters to and from Lenthall, G. R. O., Letter book, 48, 74–76, H. M. C., 13th Report, I. 61–62, 71. News of the Act for sale of dean and chapter lands reached the corporation two months before it became law, Corp. minute book, 496. Lamprey pies were regularly sent from the city to the Speaker, his nephew and Pury, at Westminster, *ibid.*, 493, 594.

<sup>44</sup> *Ibid.*, 583; Dorney, Certain Speeches, 54.

<sup>45</sup> W. R. Williams, The Parliamentary History of the county of Oxford; *idem*, ... Gloucester; *idem*, ... Worcester.

<sup>46</sup> Worden, The Rump Parliament, 36.

<sup>47</sup> G. R. O., Corp. minute book, 448, 461, 701; Oxford Council Acts, 163; register of apprentices at Gloucester changes from Latin to English in May/June 1651. D. and R. Hook, More light on John Davies of Kidwelly, in: Carmarthenshire Antiquary (1979) 58–59. I am grateful to Dr. David Hook for this reference.

significantly, the assembly portrayed on the seal was mirrored in a hundred common councils through the length and breadth of England. Within Parliament the House of Commons reigned alone: it was a small body, with seldom more than 80 members attending in the years after the revolution; above it was placed a smaller, nominated, executive, the council of state<sup>48</sup>. The government of the cities was comparable: a council from 50 to 120 strong, which devolved power on the mayor's council of twelve. And the town halls, in a similar manner, had divested themselves of all rival authorities within the boundaries of their jurisdiction.

The major constitutional alteration in the years of the republic was the establishment of the Protectorate under Oliver Cromwell. The seal of the new regime (see illustration 2) pictorially represents some aspects of the change which occurred in 1653. The Lord Protector is shown as Renaissance military commander, fully armoured, on horseback and carrying the marshal's baton. London lies at his feet. Around the seal the inscription, in imitation of the old royal style, unites the three nations under his rule. The new element of personal, though limited and uncrowned, monarchy is displayed: Cromwell's own family arms were placed at the centre of the Protectoral shield which carried the harp of Ireland, the cross of St George and the saltire of Scotland. The corporations were to adapt themselves to these changes too. Cromwell, after the battle of Worcester, was invited to become the high steward of Gloucester. Dorney sang his praises<sup>49</sup>. Each town was, in its own way, to come to some accommodation with the phenomenon of the rule of the Major Generals. The cities, as we have seen, returned officers, some with Oliverian connections, to the Protectorate Parliaments.

## V

Even with the cooperation of the new regime which had, in some cases, placed them in power, the ruling elites in the towns faced a daunting task: how to restore unity and order in the civic commonwealth, make good the heavy physical and economic losses of the war, and promote a godly reformation now that the old hierarchy, like many of the parish churches in the towns themselves, was thrown down. It would be unsurprising if many councillors, having reached positions of authority they would not have expected to occupy under normal circumstances, viewed the prospect with dismay. Urban communities, outside the southeast, may have suffered disproportionately in the civil war. Most in the war zones lost their extra-mural suburbs, as outlying defences were constructed there or besiegers razed them to the ground. Bombardment and fire, deliberate or accidental, caused destruction within the walls. A fifth of Gloucester's housing stock was lost in the preparations for the siege and the siege itself; a similar proportion, mainly of poorer dwellings, was burned in the great fire at Oxford of 1644. A quarter of Chester's houses were destroyed. Houses outside the gates at Worcester were pulled down, and much damage was caused by the Scots in 1651, and

<sup>48</sup> *Worden*, The Rump Parliament, app. A.

<sup>49</sup> *Washbourn*, Bibliotheca Gloucestrensis, 409–411, *Dorney*, Certain Speeches, 75.

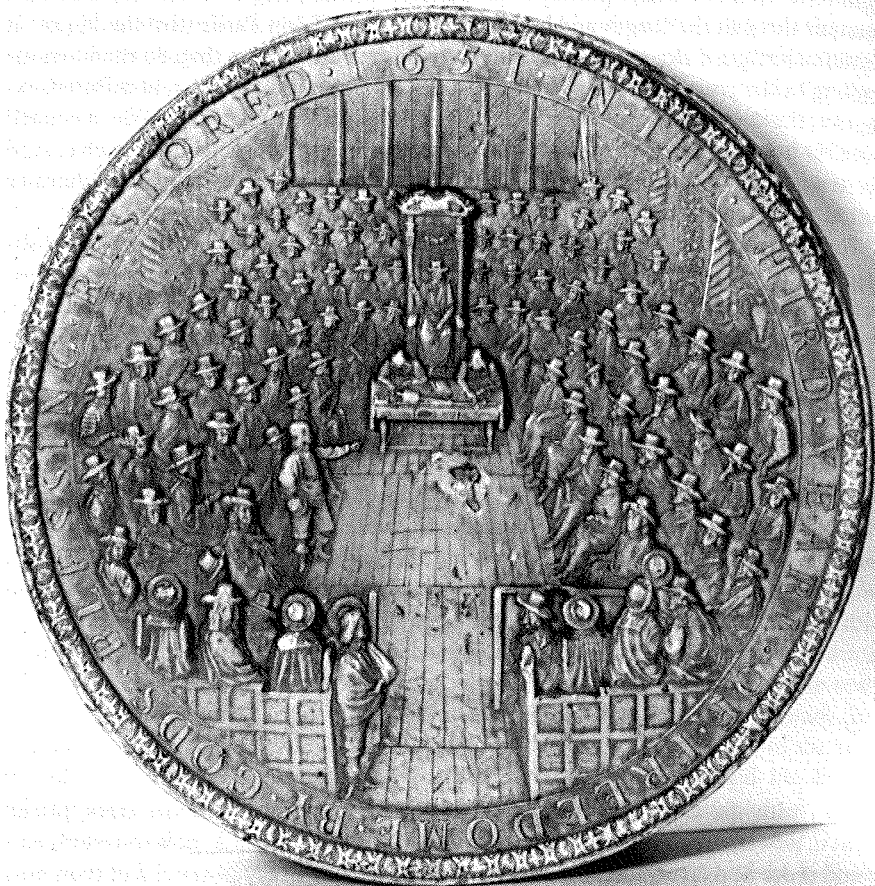


Plate 1: *The Commonwealth Seal of 1651, British Library, Seal XXXIV 17*

in the aftermath of their defeat<sup>50</sup>. Town churches were particularly vulnerable; employed in emergencies as foodstores, arsenals, and – if they possessed towers – as gun emplacements, their bells and communion plate melted down to provide gunmetal and coin respectively, they were often the target for enemy fire. When reduced to rubble their stone was taken to patch the defences. Churches at Gloucester and at Oxford were used, to their great damage, as temporary – and overcrowded – prisons<sup>51</sup>.

As damaging were the economic and human losses to the towns most closely in-

<sup>50</sup> *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, 379–387; G. R. O., *Letter book*, 136; *Styles*, *Worcester*, 233; *Johnson*, *City of Chester*, chap. 7; *S. Porter*, *The Oxford Fire of 1644*, in: *Oxoniensia* XLIX (1984) 289–300.

<sup>51</sup> E.g., *St Mary de Lode church at Gloucester*, G. R. O., *Letter book*, 136; *Corp. minute book*, 459.



*Plate 2: The Protectorate Seal, British Library, London, Seal XXXIX.3*

involved in the wars. As garrisons and military headquarters, and as strongholds in a devastated battle zone, they attracted refugees in addition to the occupying force: in the resulting overcrowded and insanitary conditions disease and disorder were rife during the 1640s. The mortality rate at Oxford climbed to five times its pre-war level; the plague which broke out at Chester following the war had a devastating impact; Elvins, returning to Worcester after the battle of 1651, risked his life among the 'sick Scots' who were imprisoned there<sup>52</sup>. There was an equally damaging interruption to the trade and industry of urban areas, as market towns were cut off from the districts they

<sup>52</sup> See generally *I. Roy*, *England turned Germany? The aftermath of the Civil War in its European context*, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5th ser., vol. 28, 127–144; *Johnson*, *City of Chester*, 219; *Styles*, *Worcester*, 242.

served, carriers and farmers bringing goods for sale were plundered, and heavy military taxation, even in parts of the country otherwise spared, reduced economic activity. Most corporations were forced to raise loans on the security of the city's seal and ran into debt to pay for fortifications, munitions, the wages of the garrison and gifts to the governor<sup>53</sup>.

The councils which faced these problems after the war had not been immune to the dangers involved: their membership had been reduced by death, illness and bankruptcy as well as the direct political interference, already considered. At Worcester, for instance, a harsh military regime during the war had taken its toll: the council, at some meetings, was halved in strength, and after 1651 the government of the city almost collapsed<sup>54</sup>. As Table 1 shows, only two meetings of the ruling body were held in the year following. Yet in this city, which was far from united in its devotion to the cause of Parliament, recovery from the damaging effects of the war was swift, and under the leadership of Edward Elvins the council, displaying remarkable energy and commitment, seized the opportunities offered by the Commonwealth and the Protectorate to extend the boundaries of its jurisdiction, restore the economic health of the city and undertake, so far as it was able in the time available, a reformation of the preaching ministry. According to the historian of the city, Elvins, in this role, typified 'that combination of efficiency and zeal which were both a cause and an effect of the Parliamentary victory'<sup>55</sup>. He was helped by the buoyancy of Worcester's clothing industry, and the power which the magistrates now had, in the 1650s, to make use of the sequestered revenues of the church lands and even parts of the cathedral. In order to augment the revenues of the local preachers the 'leaden steeple', a detached belfry in the cathedral grounds, was sold for building materials. The city's debts were paid off, and Elvins himself, after a long campaign, was personally rewarded by Cromwell's government in 1655, with the sum of £ 600, to compensate for his losses in the service of his city. He, and the authorities at Gloucester, were less successful in obtaining the more general reparations they both claimed for the damage suffered during the war at the hands of the Royalists<sup>56</sup>.

Oxford too had been gravely weakened by the war, and the near bankruptcy of many of the colleges as a consequence of the Royalists' failure to pay their bills, and the departure of the students until peacetime conditions returned. The corporation had been subject to bitter political disputes, as petitions and counter-petitions rained on Parliament, and councillors almost came to blows in the chamber<sup>57</sup>. But, as at Worcester, recovery was surprisingly rapid; the factors which had made the city expand

<sup>53</sup> Roy, *England turned Germany?*; G. R. O., Corp. minute book, 460, 887; Town clerk's book, f. 193, Chamberlains' accounts, 1653-63, 210 (Gloucester corporation was £ 2000 in debt by 1658); Bond, *Chamber Order Book*, 38, 370; Styles, Worcester, 222-233.

<sup>54</sup> Worcester petition, P. R. O., SP 24/86; Styles, Worcester, 250-251.

<sup>55</sup> Ibid., 241.

<sup>56</sup> Ibid., 242-243; Acts and Ordinances, II. 1134; *Wasbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, 386-387.

<sup>57</sup> Oxford Council Acts, 151-159, 231-232, 429, 432; Bodleian, Wood F 35, f.13; P. R. O., SP 24/13, f.38v.

and prosper before the civil war were again in evidence. The remodelled university entered a period of constructive reform and productivity, following the Visitation of 1648, when many of the king's adherents among the fellows were expelled. John Nixon, mayor for the fourth time, at the age of sixty-five, in 1654, presided over the city's revival. The university had already been forced to make concessions to the townsmen, on the right to the market tolls, and the St Scholastica's day ceremonies, before the civil war. Nixon and his fellow councillors pressed home their attack on the academics' privileges with renewed vigour in the Interregnum, confident of the support of the new regime in their refusal to take part in ceremonies which could be described by Puritans as superstitious and 'popish'. In the 1650s the citizens reclaimed the night watch and the tolls, and frustrated the sitting of the university's courtleet in the town hall. A more enduring legacy of these years, however, was Nixon's grammar school, founded in 1658 in the courtyard of the town hall itself, entrance to which was confined to his own kin and that of other freemen of the city. It survived until the end of the nineteenth century<sup>58</sup>.

As might be expected, Puritan zeal and effectiveness, in tackling post-war problems and in seizing the opportunities presented by the republican regimes in these years, are best seen at Gloucester, where the aldermanic bench provided strong leadership, based on a long tradition of militant Protestantism, continuity of membership and a near monopoly of wealth in the city. Gloucester's civil war record made it a favoured child of the revolution, whatever the changes of government at the top; and there are signs that the republic, rather coldly welcomed in the city on its first appearance, began to be viewed more warmly as the years passed. Dorney had asked his hearers to judge the strange new regime by its results; and as the victories of Cromwell and Blake, by land and sea, showed that the infant Commonwealth could defend itself against its enemies, its prestige grew at home<sup>59</sup>. While ideas of republicanism remained vague and largely unexplored, despite Milton's voluminous writings, at least it was increasingly clear that those who had laid impious hands on the Lord's anointed would not, in the event, be consigned to outer darkness. A Protestant 'free state' (the term was becoming current in the 1650s) was seen to be effective in commercial and military terms. It is worth recalling that Robert Blake was a townsman of merchant stock, who liked nothing better than to converse in his cabin, while at sea, about the affairs of his home town of Bridgwater<sup>60</sup>.

If external threats could be subdued, what of those nearer home? Dorney no doubt expressed the worries of the Puritan magistracy that the revolution would usher in „the great inconveniencies of Anarchy or the Levelling way“<sup>61</sup>. The death of the king

<sup>58</sup> V.C.H., Oxfordshire, I, 474, IV, The City of Oxford, 155–173, 444; Oxford Council Acts, 136–137, 141, 171–174, 203, 273–274, 363, 402–403; Oxford City Library, E.4.3 (suits with the university, 1634–80) 30–55: 'Grosse superstition' referred to on p. 32.

<sup>59</sup> Dorney, Certain speeches, 58, 66, 70, 78–79.

<sup>60</sup> Worden, The Rump Parliament, 252–253. Blake was a native of Bridgwater, where his family were office-holders and benefactors. His brother was mayor in 1647, and he was M.P. 1646–53, 1654–55. C. D. Curtis, Blake: General-at-Sea (Taunton 1934) 161–162, 167, 173.

<sup>61</sup> Dorney, Certain Speeches, 53.

had raised millenarian expectations throughout England, and Gloucester was doubtless no exception. In 1644 the city, after a public debate between a mainstream preacher and an antinomian, had briskly expelled the latter, marching him as far as Sudeley, the better to avoid the contagion of his beliefs<sup>62</sup>. The threat from the Levellers, and from the growing number of sects, was taken seriously by the Rump, as it was locally. The town clerk was able, in 1650, to give a welcome to the 'many good new laws' passed by Parliament, to limit freedom of worship and the expression of 'heretical' beliefs. He was reassured also by the crushing of the Levellers, and Cromwell's acceptance of the Chancellorship of Oxford University, in the following year. „Some do much doubt“, he said, „that this Common-wealth will come much short of the glory this Nation had whilst it was a Kingdom, because they suppose the great luminary of knowledge will be eclipsed by the interposition of some that are all for changes, and to bring things to a levell.“<sup>63</sup> Cromwell as Protector of learning in the Oxford schools answered these doubts. Unlike Bristol, Hull and York, where the sects had the support of the local garrison commander, Gloucester's ruling elite was able to keep a tight grip on religious practice throughout the 1650s.

The city was indeed a microcosm of that second Protestant reformation undertaken during the Interregnum by those Puritan magistrates who considered that the first reformation had been only half completed. The legislative framework provided by Parliament after the civil war gave to the town hall – the aldermen as justices of the peace and as members of key committees for the county – full power to reorder the ecclesiastical organisation of the city, following the abolition of episcopacy, the sale of bishops' lands and the takeover of dean and chapter estates. The need was great, for several churches were fire-damaged or ruined, the cathedral stood gaunt and empty, and many of the original incumbents had fled. The bishop's palace had been plundered, the bishop – the harmless eccentric, and Catholic, Goodman – reduced to beggary, while the outbuildings had been taken over by the homeless poor<sup>64</sup>. The old problem of too many parishes, with poor livings, was intensified. By the Parliamentary ordinance of 3 April 1648, „for uniting certain churches and for maintenance of preaching ministers in the city of Gloucester“, steered through Parliament by Pury, the eleven parishes of the city were reduced to four. Four 'grave and orthodox divines', including the well-known Help-on-high Fox, were selected by the corporation. They were given empty prebendal houses in the cathedral close, and revenue from sequestrated cathedral property which had been reserved for 'pious uses'<sup>65</sup>. The city now controlled many of the rights to present to livings, and to collect tithes, once held by local landlords, the bishop and the dean and chapter. It reorganized and improved the adminis-

<sup>62</sup> *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, XCII, CLXXXIII–IV; *Clark*, 260.

<sup>63</sup> *Dorney*, *Certain Speeches*, 66, 70, 75; *Worden*, *The Rump Parliament*, 120–123, 213–216.

<sup>64</sup> G. R. O., GBR 1916 and 1916A, undated petitions from Goodman and the City; Parliamentary survey of bishop's palace, Feb. 1648, GDR G 3/19. ff. 48–49.

<sup>65</sup> *Washbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, 359–366; *Worden*, *The Rump Parliament*, 120. Ten parishes were united into four; the eleventh was later joined to the cathedral. G. R. O., Corp. minute book, 455–460, 465–466, 511, 583–584, 764–765; Parliamentary survey of dean and chapter land, 1649, GDR D 936 E/1, 270–280.

tration and income of the city's hospitals, in recognition of the growing number of poor and needy. Finally, the cathedral itself, which had only occasionally been used – for sermons and public debates, such as the one over antinomianism in 1644 – was repaired by subscription (a cause Dorney had long been advocating) and taken over by the city authorities in 1657. Thomas Pury, junior, who had been living in the deanery since 1648, furnished the college with a public library at his own expense<sup>66</sup>.

The ecclesiastical and other reforms carried out by the city elite reinforced the power and prestige of the corporation at Gloucester. The members of the aldermanic bench had a major share in the favourable leases of church lands; Thomas Pury, senior, was repaid the loans he had advanced to the state during the war, from the same source. Materials from disused churches, and their bells, and even a broken bronze cannon from the defences, were sold for the benefit of the corporation<sup>67</sup>. The new preachers and the magistrates gave each other mutual support. The corporation was the patron not only of the four united churches, but of the reorganized schools and hospitals. From 1653, with the introduction of civil marriage, the magistrates officiated at weddings in the city. They paid for extra weekly lectures, and sermons to hospital inmates, by the ministers. The high point of the week, and an occasion for civic pageantry, was the Sunday service held at the cathedral, to which the mayor and the full council processed in their gowns from the town hall. There they heard sermons which extolled the „benefits of magistracy“ and condemned radical sectarianism as „diametrically opposite both to magistracy and ministry“<sup>68</sup>. They enforced a strict orthodoxy in their civic commonwealth throughout the 1650s, for there is little sign at Gloucester of that Quaker and other religious activity which increasingly attracted attention in these years. To accommodate the growing volume of council business one of the redundant parish churches was converted into a new 'tolsey' or town hall: 'a stately structure', according to the town clerk in 1650. There, taking the place of the old church discipline, the mayor's court punished those not attending divine service, and supervised generally the morals of the Gloucester citizenry. They banished a visiting puppet show; but in 1656 allowed musical performances to be resumed in the city<sup>69</sup>.

<sup>66</sup> G.R.O., Letter book, 138; Corp. minute book, 461, 545, 887; Parliamentary survey of dean and chapter land, 267–269. The plan to turn the chapter house into a library was first mooted in 1646. Corp. minute book, 381; it was complete by July 1654 when John Evelyn visited it and described it as a 'noble tho' a private designe'. *Washbourn*, Bibliotheca Gloucestrensis, CLXV; *Dorney*, Certain speeches, 82. On the final transfer of the cathedral to the corporation see Corp. minute book, 752–753, 875, 878–879, 881 (the council took the precaution of printing their vote of Aug. 1656); the Act was June 1657, Acts and Ordinances, III. CII.

<sup>67</sup> G.R.O., Corp. minute book, 460, 475, 547, 584, 700, 887; the survey of dean and chapter land shows beneficial rents awarded to prominent individuals: Thomas Pury, senior, had been a leaseholder before the war; survey, 25, 87, 132–133, 138–140, 269.

<sup>68</sup> G.R.O., Town clerk's book, f. 63; Corp. minute book, 503–504, 887; Acts and Ordinances, II. 715–718; *Dorney*, Certain speeches, 53, 66. Quaker principles were condemned in these terms in Parliament in 1657, Diary of Thomas Burton, I. 137.

<sup>69</sup> G.R.O., Corp. minute book, 459, 460, 475, 510–511; both Purys were connected with this project, 460, 547, 572. *Dorney*, Certain speeches, 66. On Sunday observance, the Act of April 1650, Acts and Ordinances, II. 383–387, gave power to J.P.s to make search for defaulters: Town clerk's book, ff. 55, 59, 61, 64, 66, 67, 73, 80, 81; Corp. minute book, 590, 891.



On the whole the magistrates were successful in strictly regulating the life of the city. They were busy and practical, upholding civic dignity while promoting a Cromwellian reformation of manners. What they could not do, however, was to turn the tide of economic adversity which had been running against their city for decades. The cloth trade continued to decline, and severe war damage and disruption worsened the situation. Measures to relieve the swelling ranks of the poor and stem the tide of vagrants, largely of Welsh origin, were all the more necessary. These social and economic pressures sharpened the old quarrel with the gentry of the 'inshire', that part of the county anciently under the jurisdiction of the city. Former disputes over the share of taxation borne by shire and city resurfaced, and Dorney noted that many of the wealthiest of the inhabitants of the shire were 'cooled in their affections' to the city. One blamed the policies pursued by the town hall for their economic plight<sup>70</sup>. The steady recovery of their estates by the gentry and the reassertion of their power under the Protectorate – several were named to the new commissions for assessment after 1653 – disadvantaged the city. Even when the garrison was removed the burden of soldiers' families left on the parish remained; ex-soldiers were practising trades in the city, though 'foreigners'; and the long promised compensation for war damage never materialised<sup>71</sup>.

## VI

That increasingly influential groups were dissatisfied with the pretensions of some civic authorities, and their conduct of affairs, and a much larger number of the populace, in a Puritan city like Gloucester, resented the scrutiny, interference and punishment to which they were subject, was a pointer to the future. In towns where the post-war elite was less well rooted than at Gloucester, there was an alternative party of councillors, temporarily proscribed, ready to take over, and to provide encouragement for popular resentments. The town hall regimes of the 1650s had weathered the storms of the civil war and the many vicissitudes of the years that followed, and had, in most cases, established good working relationships with the successive governments of the Interregnum. They had won many advantages for their communities after the downfall of the crown, church and many of the gentry. But they had built up undying resentments thereby, and a good deal of popular hostility, which found expression in the celebration of Christmas and other ways: at Oxford, for instance, the students demonstrated at the proclamation of Richard Cromwell in 1658<sup>72</sup>.

<sup>70</sup> Dorney, *Certain speeches*, 22, 57–58, 79–80. 'Great decay of trading' complained of in 1659 petition, G.R.O., Letter book, 262. The 1655 dispute between the city and inshire reported *ibid.*, 184–194, 203, and Corp. minute book, 769–70. See also *Davies*, *Guise of Elmore*, 104.

<sup>71</sup> See lists of commissioners of 1657, *Acts and Ordinances*, II. 1058–1097. On the garrison, and the delusion of compensation out of Irish land, see *Dorney*, *Certain speeches*, 27, 79–82; *Wasbourn*, *Bibliotheca Gloucestrensis*, 386–387, 408–409, 417–418; *Acts and Ordinances*, II. 722–753.

<sup>72</sup> *A. Clark* (ed.), *The Life and Times of Anthony Wood ... of Oxford* (Oxford 1891) I. 259.

When, within less than a year of Cromwell's death and his son's accession, the Protectorate collapsed, the rival ambitions of its successors led, not, as Milton had hoped, to a better prepared for and more principled spell of republican government, but to a period of political instability, which was brought to an end by the least expected development of all, the restoration of the king. The thoughts of the duke of Newcastle, to which we can now return, will exemplify the outlook of many of the Royalists in exile, who crowded home in 1660 to enjoy the fruits of a victory they had long awaited but had contributed almost nothing towards. His view of the corporations in England was no doubt moulded by his experience of the resistance he had encountered, almost twenty years before, as Royalist commander of the north, in the Parliamentary West Riding clothing towns. An important component of that resistance had been a more militant or zealous brand of Protestantism. Newcastle's opinion took little account of the political and religious developments of the years since the civil war, and the widespread inculcation of mainstream Puritanism in many areas. Charles II and his chief adviser, Clarendon, made at first only vague promises concerning the restoration of, for instance, episcopal and dean and chapter lands: they treated the representatives of the broad consensus of political and religious opinion associated with the Protectorate with caution and respect. But the restoration developed a momentum of its own, with the return of more ardent Royalists from abroad or from a self-imposed 'internal exile' at home. The wishes of the king and minister were overtaken by the Anglican gentry and churchmen who now ordered affairs in their own localities.

As they had been, in many cases, the main sufferers at the hands of the corporations during the Interregnum they were anxious to settle old scores. They were soon in a good position to do so. Most cathedral chapters had been restored by August 1660, and Cavalier gentry and church property recovered. Several towns, such as Oxford, were forced to invite locally dominant peers and gentry to become freemen and councillors; and they soon began to exercise patronage there on behalf of their clients<sup>73</sup>. They dominated the elections to the new Cavalier Parliament. By the Act of Uniformity and the Corporation Act, early measures of that Parliament, nonconformist clergy were expelled, and the town halls purged. The task of placing the corporations in politically safe hands was given to the local gentry, who manned the commissions which investigated each borough. That for Gloucester contained leading inshire families and was headed by a hardline Royalist peer<sup>74</sup>. By March 1663, when their work was complete, not only all councillors who had refused the oaths tendered – and the repudiation of old Parliamentary ones – but any others who, for any reason, were unacceptable to the commissioners, were removed. Tables 2 and 3 show the extent of the Restoration purges. Worcester's council collapsed immediately, one of its members fleeing for his life: Elvins and others were quickly replaced by those who had themselves lost

<sup>73</sup> *J. Habakkuk*, The land settlement and the Restoration of Charles II, in: *Transactions of the Royal Historical Society*, 5th ser., vol. 28, 202–222; *Oxford Council Acts*, 274–276, 305–306.

<sup>74</sup> *J. Miller*, The crown and the borough charters in the reign of Charles II, in: *English Historical Review* C (1985) 53–84; papers relating to the commissioners' work at Gloucester were entitled 'oath of the Solemn League, 1662–88', G.R.O., GBR 1470.

their posts in the Interregnum. By 1663 two-fifths of the previous council had departed<sup>75</sup>. The purge at Gloucester was even more severe. Two-thirds of the council – 38 councillors out of 59 – and the town clerk, Dorney, were displaced. Thomas Pury, senior, left the city, before the blow fell, for the relative anonymity and safety of London, but he was pursued in the law courts by the dean and chapter until his death a few years later. There was an almost clean sweep of the city's ruling elite, many of whom had held power since before the war: only two of the original twelve aldermen remained on the bench<sup>76</sup>. At Oxford 31, including four who had been mayor in the 1650s, and Nixon's protege as town clerk, were removed: a quarter of the council. Nixon himself narrowly avoided humiliation in the city of which he was such a notable benefactor, by dying in April 1662<sup>77</sup>. As can be seen from Table 3 the removals of 1660–3 account for the biggest changes in council membership, expressed as a percentage of all departures in the period 1635–65: only deaths in wartime Oxford come close. Where the political displacements of the civil war and Interregnum had been small-scale and piecemeal, although cumulatively significant, the Restoration brought immediate, systematic and large-scale changes. So deep were the cuts that the commissioners, in some cases, ran out of suitable replacements. At Gloucester 'custom and charter' were set aside to allow those not properly qualified to take their seats on the council. Several were clients of the county gentry; others professional men living in the cathedral close rather than long established citizens and tradesmen<sup>78</sup>.

The resumption of their traditional role in local government by the gentry and clergy inevitably meant a reduction in the competence and power of the urban magistrates. They lost prestige in other ways: in 1661, a little belatedly, the corporation of Oxford offered its annual obeisance to the university again. The gates of Gloucester, which had been closed to the king in 1643, were carried off and presented to Worcester, which was quickly creating the legend that it had been unswervingly loyal. A spate of new charters following the work of the commissioners further diminished municipal autonomy, for the first time specifying by name who should occupy the key posts of town clerk and recorder. The 1664 charter for Gloucester significantly removed the inshire, on the petition of the gentry there, from the jurisdiction of the city<sup>79</sup>.

One cannot escape the conclusion that, if the towns here studied were at all representative, corporations throughout England were being punished for their misdeeds during the period of republican rule. But were they culpable in the matter of the king's death and the abolition of the monarchy and the House of Lords? None of the leading citizens whose careers have been examined in this paper had taken part in those events. But the town halls had seized the opportunities presented by the removal of the independent jurisdiction, and the sale of the property, of rival local authorities in

<sup>75</sup> Worcester Guildhall, Chamber order book, 3 (1650–69) ff. 37–38.

<sup>76</sup> G.R.O., Corp. minute book, 1656–88, 223–224, 235–240; GBR 1470.

<sup>77</sup> Oxford Council Acts, 292–294.

<sup>78</sup> G.R.O., GBR 1470, f. 11; Corp. minute book, 1656–88, 239–240; complaint of mayor in 1671 that wealthiest citizens had been excluded, C.S.P.D., 1671, 411–412.

<sup>79</sup> Oxford Council Acts, 275–276, 282–283; *Styles*, Worcester, 257; G.R.O., DA/Glos, Box 44, bundle 5.

church and state, to cooperate closely with the republican regimes in order to further their own interests. Anxious to forward a godly reformation and to extend their own power they had proved zealous and efficient: the united churches, extra lectureships, public library and stately new town hall at Gloucester, and Nixon's freemen's school in the town hall yard at Oxford, are examples of their successful endeavours. Inevitably they produced a reaction. A resurgent Anglican Royalism, sharing an exile's simplistic view of corporations and their lecturers, intervened decisively at the Restoration. The government of corporations had become a matter of political controversy, and the stage was set for later constitutional battles. This was perhaps the most enduring legacy of the relations between the town halls and the English republic.

*Thomas Fröschl*

## Selbstdarstellung und Staatssymbolik in den europäischen Republiken der frühen Neuzeit an Beispielen der Architektur und bildenden Kunst

### Einleitung

Als Einstieg in die Thematik möge das Ergebnis einer in Hamburg 1977 durchgeführten Umfrage dienen, der zufolge die große Mehrheit der Hamburger Bürger das eigene Rathaus als schönstes und wichtigstes Gebäude in der Hansestadt bezeichnete, ein Bauwerk, das „die Kraft und den Willen dieser Stadt (verkörpert), sich frei zu behaupten ... Es ist ein Treffpunkt freier Bürger in einer freien Bürgerrepublik“<sup>1</sup>. Hier zeigt sich die Stärke der Kontinuität eines politischen Bewußtseins, wie es sich anläßlich einer 1889 gehaltenen Rede zum Hamburger Rathausneubau deutlich ausgedrückt findet: „In dem Rathause findet das politische Bewußtsein unseres tausendjährigen Gemeinwesens seinen sichtbaren Ausdruck. Es dient nicht als Sitz einer Kommunalbehörde, sondern der Regierung eines selbständigen Staates, und die Bürger Hamburgs sind deshalb berechtigt, an seine Ausstattung höhere Anforderungen zu stellen, als bei den Rathäusern deutscher Residenzen, Berlin nicht ausgeschlossen, statthaft wären. Die Kraft und das Ansehen unseres Staates beruhen nach seiner eigenartigen Verfassung auf der bewußten, opferbereiten Theilnahme seiner Bürger an öffentlichen Dingen ... Da nun die Erfahrung aller Zeiten beweist, daß es kein besseres Mittel giebt, die Gemüther in den Dienst der Staatsidee zu gewinnen als die Auf- führung und Ausstattung eines repräsentativen Monumentalbaus, dessen Bedeutung zu der ganzen Bevölkerung spricht, so darf der Hamburgische Staat sich Glück wünschen, daß ein derartiges Werk sich ... einstellt.“<sup>2</sup> Das Rathaus ist hier Staatssymbol, und man sieht sich in einer großen Tradition stehen; nicht umsonst befindet sich an zentraler Stelle des Gebäudes ein Saal der Republiken, mit den bildlichen Darstellungen von Athen, Rom, Venedig und Amsterdam.

Steht aber, so muß man fragen, dieses Rathaus tatsächlich für einen Inhalt, der die angesprochene umfassende Identifikation ermöglicht, repräsentiert es als sinnhaftes Zeichen wirklich noch eine bestimmte, in diesem Fall „republikanische“ Idee? Und weiter, in welchem Ausmaß können Architekturen überhaupt der Ausdruck eines spezifischen Selbstverständnisses derjenigen Gemeinwesen sein, in denen sie errichtet

<sup>1</sup> Unser Rathaus (Hrsg. Staatliche Pressestelle Hamburg, Hamburg 1981) II.

<sup>2</sup> Ebd., 2/3.

wurden? Wieweit ermöglichen darüberhinaus diese Staatssymbole, in ihnen Aussagen über Werte und Grundüberzeugungen der sie hervorbringenden politisch-kulturellen Systeme zu lesen? Gibt es schließlich im historischen Ablauf einer bestimmten Staats- oder Stadtgesellschaft Veränderungen dergestalt, daß ursprüngliche Absichten hinsichtlich der Aussagen eines Gebäudes zwar nicht mehr in der intendierten Weise verstanden werden, daß eine solche Architektur aber nach wie vor als geeignetes Mittel der Selbstdarstellung eines Kollektivs verstanden und angenommen wird?

Diese hier in allgemeiner Form angeschnittenen Überlegungen sollen nunmehr für Fragestellungen an öffentliche Bauten, gedacht für Zwecke der Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung<sup>3</sup>, fruchtbar gemacht werden, wobei alle zu behandelnden Gebäude in den Hauptorten ausgewählter spätmittelalterlicher bzw. frühneuzeitlicher Stadtstaaten in Italien, der Schweiz und den Niederlanden sowie in deutschen Reichsstädten zu finden sind und sämtlich im Zeitraum vom 14. bis zum 18. Jahrhundert errichtet wurden. Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung wird daher „das umfassende Verstehen des Bauwerks als Sinnträger“<sup>4</sup> stehen, nicht jedoch die selbständige Würdigung als Kunstwerk. Die zentrale Ausgangsfrage stellt sich somit in folgender Weise: Inwieweit kann an Beispielen politischer Architektur republikanischer Gemeinwesen des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit belegt werden, daß man sie als Bedeutungsträger, als Sinnzeichen eines wie immer gearteten „republikanischen“ Inhalts, einer republikanischen Idee verstanden hat und noch heute verstehen kann, und wo liegen die Grenzen eines derartigen Interpretationsversuchs.

## I. Das Spezifische am republikanischen Gemeinwesen – Bedingung und Voraussetzung kollektiver Selbstdarstellung

Bevor den Bedeutungs- und Sinngehalten einer eventuellen „republikanischen“ Architektur und bildenden Kunst im einzelnen nachgegangen werden soll, ist in kurzer Form auf die Verfassungs- und Sozialordnungen der stadtrepublikanischen Gesellschaften einzugehen, aus denen heraus erst die in der Folge zu untersuchenden Bauwerke verständlich gemacht werden können<sup>5</sup>. An erster Stelle ist hier auf eine für diese politische Organisation charakteristische Zweiteilung in doppelter Hinsicht zu

<sup>3</sup> The New Encyclopaedia Britannica, Vol. 1 (Chicago 1983) 1091: „The basic functions of government ... are similar in all societies: administration, legislation, and the dispensing of justice. But the architectural needs differ according to the nature of the relationship between the governing and the governed ... Where the functions are shared by many and established as specialized activities, they become complex and demand distinct structures. There are ... no basic formal solutions for governmental architecture ... A distinct type is created rather by expressive functions arising from the ideology of the different system of political organization ... and from the traditions of the various offices of government (law courts, assembly houses, city halls, etc).“

<sup>4</sup> Günter Bandmann, Ikonologie der Architektur, in: Martin Warnke (Hrsg.), Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute (Köln 1984) 62.

<sup>5</sup> Vgl. Thomas Fröschl, Die frühneuzeitliche Republik. Verfassungsform, Selbstverständnis und Selbstdarstellung der europäischen „Ausnahme“ vom 16. zum 18. Jahrhundert (Diss., Wien 1981).

verweisen: Der spätmittelalterliche Stadtstaat tritt zwar als abstrakte Gesamtperson, als körperschaftlich organisierte Einheit nach außen hin in Erscheinung, auch sind im Inneren die zur Wahrnehmung der zentralen Angelegenheiten und Aufgaben des Gemeinwesens betrauten Repräsentanten als deren Amtsträger dieser Körperschaft rechtlich verpflichtet<sup>6</sup>, aber diese Gruppe republikanischer Beamter rekrutiert sich jeweils aus einer sehr kleinen Schicht politisch berechtigter Personen innerhalb der Gesamtheit der Einwohner, so daß im Lauf des hier behandelten Zeitraums immer nur eine Minderheit politisch berechtigt und damit an den Entscheidungen mitbeteiligt war; ausschließlich diese schmale Personengruppe wählte aus ihrem Kreis ihre Amtsträger<sup>7</sup>. Weiters standen diese gewählten Repräsentanten daher in einer doppelten Verantwortlichkeit, einerseits gegenüber der eigenen Gruppe, andererseits gegenüber dem Gemeinwesen insgesamt, konkret gegenüber der Masse der politisch nicht berechtigten Untertanen. Dem korrespondierte das Bewußtsein einer doppelten Abhängigkeit, einmal in wechselseitiger Beziehung zwischen der regierenden Obrigkeit als städtischem Regiment und der beherrschten Bevölkerungsmehrheit, andererseits in der Notwendigkeit des inneren Zusammenhalts der zur Herrschaft berechtigten und zugleich politisch, kulturell und großteils ökonomisch führenden Schichten, nicht zuletzt um das politische System durch interne Kämpfe nicht zu gefährden, die in letzter Konsequenz zu unterschiedlichen Bündnissen mit führenden Gruppen der Untertanenmehrheit führen konnten.

Diese in allen stadtrepublikanischen Gemeinwesen anzutreffende Zweiteilung begann sich im Spätmittelalter dadurch zu verfestigen, daß die anfänglich fließenden Übergänge zwischen beiden Bevölkerungsteilen zunehmend beschränkt wurden und letztendlich zur rechtlichen Abschließung der regimentsfähigen Minderheit führten, wie am Beispiel der „Serrata“ in Venedig von 1297 verdeutlicht werden kann. In welcher Form auch immer, diese spätmittelalterliche Abschließung hat sich in den Verfassungsstrukturen der Stadtrepubliken über die Erschütterungen und Umwälzungen der Reformation in Deutschland und der Schweiz, trotz der an vielen Orten feststellbaren innenpolitischen Wirren wie in Venedig, Genua oder Genf, trotz der veränderten Situation in den Niederlanden nach der Unabhängigkeit von Spanien bis weit in das 18. Jahrhundert hinein zu behaupten vermocht<sup>8</sup>. Es erscheint daher nicht unangemessen, bei der Betrachtung dieser Stadtstaaten den von F. C. Lane geprägten Begriff eines „Age of Preindustrial Republicanism“ für den Zeitraum von etwa 1200 bis

<sup>6</sup> Wolfgang Mager, Artikel „Republik“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe* 5 (Stuttgart 1984) 559–563; im folgenden zitiert: Mager, Republik.

<sup>7</sup> Für diese Gruppe republikanischer Amtsträger gilt bereits, was Heller als Charakteristikum der Amtsinhaber in den modernen Demokratien beschreibt: „Das Spezifikum der demokratischen Herrschaftsform besteht nun in der genossenschaftlichen Bestellung und in der magistratischen, nicht souveränen Stellung ihrer Repräsentanten. Ausnahmslos jeder demokratische Repräsentant ... bleibt ... juristisch durch eine rational gesetzte Ordnung an den Willen des Volkes gebunden.“ Vgl. Hermann Heller, *Politische Demokratie und soziale Homogenität* (1928), in: *ders., Gesammelte Schriften* Bd. 2 (Leiden 1971) 426.

<sup>8</sup> Die bei allen Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlichen inneren Entwicklungen in Italien und den Republiken nördlich der Alpen ist nicht zu übersehen; vgl. Frederic C. Lane, *At the Roots of Republicanism*, in: *American Historical Review* 71 (1966) 415/416.

etwa 1800 zu übernehmen<sup>9</sup>. Der wesentliche Vorzug dieses Terminus liegt in der Möglichkeit, das für die Verfassungsgefüge der Stadtrepubliken weitgehend künstliche Periodisierungsschema Mittelalter–Neuzeit nicht übernehmen zu müssen und sowohl Kontinuität wie Beharrungsvermögen<sup>10</sup> dieser Verfassungsform gebührend betonen zu können. Die fundamentale Zäsur der Zeit „um 1500“ soll damit, vor allem für den Bereich nördlich der Alpen, keinesfalls unterschätzt werden.

Diese Zweiteilung in Obrigkeit und Untertanen macht aber noch nicht das spezifisch republikanische Element aus. Erst die ergänzende Vorstellung, daß innerhalb der herrschenden Minderheit eine Gleichheit herrschen müsse, die eine hierarchisch abgestufte, auf eine monarchische Spitze hin orientierte Herrschaftsordnung von vornherein ausschloß, ist von entscheidender Bedeutung. Diesem Modell entsprechend sollte grundsätzlich jedem Mitglied innerhalb dieser Gruppe über Wahlen und Ämterrotation die (meist zeitlich befristete) Ausübung jedes Staatsamtes offenstehen<sup>11</sup>; daß dem die politische Realität nur bedingt entsprach, daß sehr oft nur wenige Familien den Stadtstaat faktisch allein kontrollierten, muß nicht eigens betont werden<sup>12</sup>. Wichtig sind allein die Vorstellung und das als Schlagwort gebrauchte Modell der republi-

<sup>9</sup> Ebd., 417.

<sup>10</sup> Eine Frage, die sich an dieser Stelle aufdrängt, auf die aber im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden kann, ist die, warum es keiner der „alten“ Republiken gelungen ist, das republikanische Verfassungsmodell nach unten hin „demokratisch“ zu verbreitern und damit einem immer weiteren Kreis von Berechtigten die Teilnahme am staatlichen Leben zu ermöglichen. Versuche in dieser Richtung hat es gegeben, etwa in Genf (Vgl. *Robert R. Palmer, The Age of Democratic Revolution. A Political History of Europe and America 1760–1800*, Bd. 1 [Princeton 1959] 127–139). Grundsätzlich hat es den Anschein, als ob sich gerade im 18. Jahrhundert allerorts Erstarrungstendenzen und Abwehrkräfte gegenüber Neuerungen und Reformbestrebungen verstärkt hätten, als ob sich überall eine zunehmende Angst in allen oligarchisch verfaßten Regimen breit gemacht hätte, die in jedem auch noch so kleinen Zugeständnis Ende und Untergang einer jahrhundertlang bewährten Einrichtung zu wittern schien. Fragt man nun, wie diese Republiken auf Ereignisse wie die amerikanische Unabhängigkeit oder die französische Revolution reagiert haben, wird man im allgemeinen von einer Nichtreaktion, teils von einer gewissen Hilflosigkeit sprechen müssen. Ein Beispiel unter vielen kann dies zeigen: Als der venezianische Resident in London, Giambattista Pizzone, am 23. August 1776 an den Dogen und den Senat einen Bericht über die Ereignisse in den englischen Kolonien Nordamerikas schickte, haben weder der Doge noch sein Rat auf diesen Bericht, dem eine Übersetzung der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli beilag, reagiert; er verschwand mit dem Vermerk „nicht verlesen“ in den Archiven der Republik. (Vgl. Katalog „Aspetti e Momenti della Diplomazia Veneziana, Venedig 1982, 51.)

<sup>11</sup> Jedes Staatsamt kann man als formal definiertes Ensemble von Verpflichtungen beschreiben, wobei man als Folge der Unterscheidung von Amt und Person das Amt respektiert, nicht notwendigerweise den Amtsträger. Diese Trennung in Amt und Person zeigt sich auch im Verhältnis des Amtsinhabers zu seiner Amtskleidung. Wer in Venedig etwa das schwarze Staatsgewand ablegte, markierte damit zugleich die Grenze zwischen dem öffentlichen und dem privaten Leben. Ein schönes Beispiel dafür sind die Worte, die der Patrizier Agostino Nani auf das Eingangstor zu seiner Villa in Monselice schreiben ließ: „Emeritam hic, suspende togam.“ Zit. *Peter Burke, Venice and Amsterdam. A Study of 17th century élites* (London 1974) 69; im folgenden zitiert: *Burke, Venice*.

<sup>12</sup> Vgl. *Burke, Venice*; *Gaetano Cozzi, Authority and Law in Renaissance Venice*, in: *J. R. Hale* (Hrsg.), *Renaissance Venice* (London 1973) 297–300.



kanischen Gleichheit im Gegensatz zur abgestuften Rangordnung innerhalb der Monarchien.

Dieser behaupteten Gleichheit im Inneren sollte dann nach außen hin die politische Freiheit des Gemeinwesens entsprechen. Die Republiken verstanden sich als Freistaaten<sup>13</sup>, *libertas* war das Schlagwort dafür, daß man sich als vollsouveräne Mitglieder der europäischen Staatenwelt verstehen wollte, ein Anspruch, den man von Seite der deutschen Reichsstädte nur bedingt aufrecht erhalten konnte, blieb doch hier der Kaiser bis 1803/06 nominell Stadtherr und oberster Souverän<sup>14</sup>. Diese Doppel- oder auch Zwischenstellung ist ein Charakteristikum der Reichsstädte; dies führte dazu, daß ihre Rathäuser nicht nur die städtischen Behörden und die stadtrepublikanische Regierung beherbergen mußten, sondern aufgrund der Einbindung in den Ordnungsrahmen des Heiligen Römischen Reiches auf bestimmte Bedürfnisse von Kaiser und Reich Rücksicht zu nehmen hatten, indem mindestens die großen Reichsstädte ihre Rathäuser als Tagungsorte für Reichsversammlungen aller Art<sup>15</sup> zur Verfügung stellen mußten. Vergleichbar nur mehr den Reichsklöstern mit ihren Kaisersälen, waren so die Rathäuser mancher Reichsstädte zugleich Schauplatz der Selbstdarstellung des Reichs, wie der „Römer“ in Frankfurt oder das Rathaus in Regensburg als Sitz des Immerwährenden Reichstags seit 1663<sup>16</sup>.

Die Elemente der Gleichheit innerhalb der politisch berechtigten Minderheit einerseits sowie der Freiheit nach außen als Ausdruck des Anspruchs auf Vollsouveränität sind die im eigentlichen Sinne „republikanischen“ Kennzeichen dieser Freistaaten in der monarchisch dominierten Umwelt. Dies bedingte eine besondere Art der Selbst-

<sup>13</sup> Dazu ausführlich *Mager*, Republik, 580–589.

<sup>14</sup> Das kaiserliche Hoheitsrecht der Standeserhöhung war eine Form dieser Einflußnahme. Wenn auch mit der Adelserhebung durch den Kaiser die soziale und politische Anerkennung des Nobilitierten durch die reichsstädtische Obrigkeit nicht automatisch gegeben war, mußte dieses Mittel vom Standpunkt der ratsfähigen Geschlechter doch als Bedrohung empfunden werden, zumal wenn der Kaiser einen ehemaligen Untertanen in den Patrizierstand erhob und dem Magistrat befahl, diesem alle Ehrenrechte zu gewähren. Vgl. *Erich Riedenauer*, Kaiser und Patriziat. Struktur und Funktion des reichsstädtischen Patriziats im Blickpunkt kaiserlicher Adelspolitik von Karl V. bis Karl VI., in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 30 Heft 2 (1967) 533. Vgl. auch *Otto Brunner*, Souveränitätsproblem und Sozialstruktur in den deutschen Reichsstädten der frühen Neuzeit, in: *ders.*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte (Göttingen <sup>2</sup>1968) 294–321.

<sup>15</sup> Neben den Reichstagen galt dies auch für Reichsdeputations-, Kurfürsten- und Kreistage; als Tagungsorte wurden in fast allen Fällen Regensburg, Augsburg, Speyer, Worms, Frankfurt, Nürnberg oder Köln gewählt. Vgl. *Rosemarie Aulinger*, Das Bild des Reichstages im 16. Jahrhundert (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 18, Göttingen 1980) 93–98.

<sup>16</sup> Die sich hier ausdrückende Doppelstellung der Reichsstädte führte zur Kontroverse, ob sich Reichsstädte überhaupt Republiken nennen dürfen; darauf hat J. J. Moser geantwortet: „Einige Reichsstädte besitzen zwar ziemlich schöne Gebiete, also daß eine solche Staet in sensu Juris publici europaei so gut und besser eine Republic als Lucca und S. Marino abgeben könnte; ... weil aber das Wort: Republique gemeinlich heut zu Tag von einem Souverainen, nächst auf die ge-crönte Häupter kommenden Staat genommen zu werden pflegt; so ist es prudentiae, daß sich die Reichs-Stätte dises Praedicats in Stylo curiali enthalten.“ Zit. *Johann Jacob Moser*, Teutsches Staats-Recht, Teil 39 (Leipzig/Ebersdorff 1749) 281.

darstellung und verlangte eine besondere Form von Staatssymbolik: Damit lagen in der Darstellung des kollektiven Elements, in der Vermeidung jeder Hervorhebung einer Einzelperson, in der Abbildung auch der objektiven Verantwortung der Amtsträger mittels Tugendrepräsentation die großen Aufgaben einer „republikanischen“ Staatskunst beschlossen. Die gerade in den Republiken weiter vorangetriebene und früher als in den Monarchien durchgeführte Entpersonalisierung des politischen Amtes<sup>17</sup> wie des Amtsverständnisses der Repräsentanten verlangte nach einer wenn nicht alternativen, so doch ergänzenden und damit eben das republikanische Selbstverständnis betonenden Form der Umsetzung der postulierten Ideen von Freiheit, Gleichheit und objektiver Verantwortlichkeit in Architektur und bildender Kunst.

## II. Die Verwendung von Architektur und bildender Kunst als Mittel republikanischer Selbstdarstellung

Ausgangspunkt und Grundvoraussetzung einer jeden staatskünstlerischen Schöpfung ist im Bereich der Architektur zunächst der Umstand, daß für eine bestimmte Aufgabe ein baulicher Rahmen benötigt wird, daß politisches Handeln und Agieren auch einen Raum braucht, und daß es, je vielfältiger und spezifischer diese Aufgaben sind, desto mehr Raum und unterschiedlicher Orte zu ihrer Erfüllung bedarf. Erst zu diesem funktionalen Rahmen der Architektur tritt der Inhalt hinzu, mithin derjenige Eindruck, den ein bestimmtes Gebäude aufgrund seiner spezifischen Aufgaben auf die Umwelt macht. Somit bringt jede Architektur zugleich den Status der hinter ihr stehenden Einzelperson oder des Kollektivs, einer bestimmten Institution oder eines ganzen soziokulturellen Systems zum Ausdruck. Von Bedeutung ist daher die Frage, wieweit es gelingt, eine bestimmte Art von Gebäuden als Ausdruck der eigenen Identität erleben zu lassen. Wenn nun formale Struktur und inhaltliche Aussage eines Bauwerks von einem bestimmten Typus so zusammenfinden, daß das politische, soziale und kulturelle System sich darin wiedererkennen kann und sogar abgebildet findet, dann darf man von einer gelösten Bauaufgabe sprechen<sup>18</sup>.

Versucht man nun von daher, diverse Staatsbauten im Bereich der republikanisch verfaßten Stadtstaaten als Sinnträger, Zeichen oder Ausdruck bestimmter Inhalte zu lesen und zu verstehen, dann ist die Ausgangsfrage die nach dem Verhältnis des In-

<sup>17</sup> „Es stellt sich die Frage, inwieweit ein gewissermaßen ‚abstraktes‘ staatliches Bewußtsein nicht in den Republiken des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit ... anzutreffen ist, früher als zumindest in einigen der von Dynastien ... beherrschten Territorialstaaten ... Bedenkt man die zahlreichen Wahlgesetze, die zahlreichen Normierungen über die Bestellung und Sukzession von Amtsträgern in Republiken, bedenkt man, daß die ‚Entpersönlichung des Amtes‘ in den Republiken wohl früher entwickelt war als in dynastischen Staaten, eben weil es eine Mehrzahl von hohen und höchsten Amtsträgern, auch eine Rotation im Amte, gab, dann stellt sich die Frage, ob nicht der Staatsbildungsprozeß ... in den Republiken früher als in dynastischen Territorien vorangetrieben wurde.“ Zit. *Gerald Stourzh* in der Aussprache zum Referat von *Johannes Kunisch*, Staatsbildung als Gesetzgebungsproblem, in: Beihefte zu „Der Staat“ Heft 7 (1984) 107.

<sup>18</sup> *Christian Norberg-Schulz*, Intentions in Architecture (Rom 1963) 105.

halts der auszudrückenden Idee zum Ausdruck der gewählten Darstellungsform, verbunden mit der weiteren Frage, ob dieses Verhältnis für den Zeitgenossen erkennbar und somit verstehbar gewesen ist. Man kann hier die These anwenden, die gesamten kulturellen Äußerungen seien als System unterschiedlicher, komplexer Zeichensysteme aufzufassen<sup>19</sup>, welche von den Menschen der jeweiligen Kulturkreise gelernt werden müssen, um überhaupt verstanden werden zu können. Die Teilnahme des einzelnen bedeutet daher, „that one knows how to use its common symbols. The culture integrates the simple personality by giving him a feeling of security in an ordered world based upon meaningful interactions.“<sup>20</sup> Da die Verständlichkeit von Zeichen, die Möglichkeit von Kommunikation durch Zeichen und Symbole einem Wandel unterworfen ist, die einer bestimmten Gruppe oder Zeitepoche verständlichen Signale heute nicht mehr verstanden werden müssen, besteht eine gewichtige Aufgabe darin, die Entschlüsselung von Zeichensystemen vorzunehmen, deren in der Vergangenheit verstandene Bedeutung, deren Sinn uns nicht mehr unmittelbar zugänglich ist. Diese Aufgabe zu leisten, bietet sich eine Semiotik<sup>21</sup> an, deren erklärtes Ziel darin besteht, „eine allgemeine Definition zu erarbeiten, die sowohl für das linguistische Modell als auch für alle anderen Zeichensysteme gilt“<sup>22</sup>.

Die Erschließung, Deutung und Interpretation des im Symbolsystem öffentlicher Gebäude in stadtrepublikanischen Gemeinwesen in Erscheinung tretenden intendierten Sinns ist somit unsere Aufgabe, zugleich Teilaspekt des viel umfassenderen Bereichs der Rezeption der überkommenen kulturellen Leistungen. Es ist aber nicht nur zu fragen, welche Absichten und Zielvorstellungen in Architekturen und anderen Kunstwerken politischen Gehalts zum Ausdruck kommen, es gilt auch mit äußerster Vorsicht und in großer Verantwortlichkeit die Interpretationen vorzunehmen, um nicht eine Entzifferungs- und Entschlüsselungsleistung zu erbringen, an die „bei der Formulierung der Botschaft gar nicht gedacht“<sup>23</sup> wurde. Es genüge der Hinweis, daß die Auftraggeber politischer Architektur in den Stadtrepubliken durchwegs aus dem Bereich der auch kulturell führenden Gruppen kamen, daß in diesen Kreisen Vertre-

<sup>19</sup> Ebd., 79.

<sup>21</sup> Semiotik ist ein Versuch, die Welt als eine Interaktion unterschiedlicher Zeichensysteme zu verstehen. Seien es nun Zeichen der Sprache, der Kunst, des sozialen Verhaltens – sie ordnen die uns umgebende Wirklichkeit. Auf ihre Absicht hin sollen diese Zeichen nun gelesen werden, wobei der Begriff dieser „Lektüre“ sehr weit zu fassen ist: „Bei der Lektüre, von der hier die Rede ist, geht es nämlich nicht nur um geschriebene Texte, sondern um bedeutungstragende Objekte verschiedenster Art, welches auch ihre Manifestationsart sei (sprachlich, gestisch, architektonisch usw.). All diese kulturellen Phänomene, vom einfachsten Text ... bis zum komplexen Gebilde einer Stadt, erscheinen als konstruierte Objekte, deren ‚Lesbarkeit‘ auf den Prozeß ihrer Hervorbringung verweist und letztlich auf die Fähigkeit des Menschen, die lautliche, graphische oder plastische Substanz zu artikulieren und so Bedeutung zu erzeugen.“ Zit. *Eric Landowski*, Lektüre, Methode, Handlung. Die Semiotik im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung, in: *Neue Zürcher Zeitung* – Fernausgabe Nr. 108 (1984) 38.

<sup>22</sup> *Umberto Eco*, Zeichen. Einführung in einen Begriff und seine Geschichte (Frankfurt 1977) 107.

<sup>23</sup> Ebd., 188.

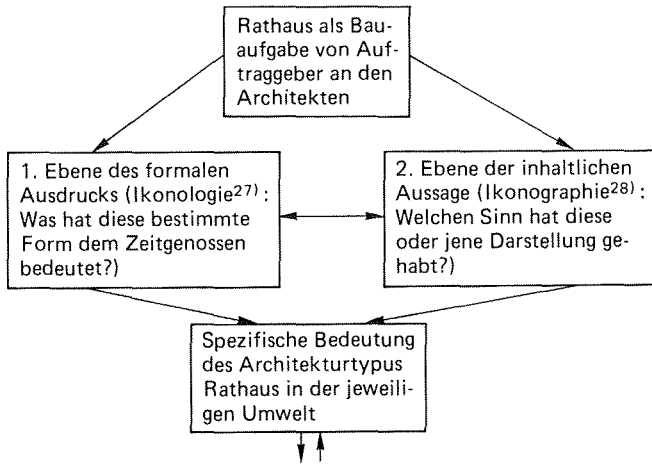
ter einer humanistischen Bildungsrhetorik zum Teil die ikonologischen Programme formulierten, die auch vielen Zeitgenossen nicht oder schwer zugänglich waren<sup>24</sup>.

Aus dem bisher Gesagten kann man im Ansatz ein Strukturmodell für die Wechselbezüge von Auftraggeber und Baumeister, von gewählter Form und auszudrückendem Inhalt etwa in folgender Art erstellen: Die Rathäuser in den Stadtrepubliken stellen, als politisches Dokument gelesen, ohne Zweifel die vornehmsten Beispiele von Staatsarchitektur dar; sie sind zugleich als Gesamtkunstwerke aufzufassen, indem neben Skulpturen und Bildern auch allegorisch-rhetorische Inschriften zur beabsichtigten Gesamtaussage zusammenwirken. Die Bauaufgabe Rathaus<sup>25</sup> kann somit als Zeichen verstanden werden, das einen bestimmten Inhalt oder Sinn mittels formaler Strukturen derart zum Ausdruck bringt, daß dieser Inhalt von einem Rezipienten in seiner Bedeutung zur Gänze oder mindestens teilweise erkannt und verstanden werden kann<sup>26</sup>. Das folgende Schema soll das verdeutlichen:

<sup>24</sup> Dieses den intellektuellen Eliten vergangener Jahrhunderte verfügbare Bildungswissen ist heute weitgehend nicht mehr präsent: „Meanwhile the average man has become progressively less able to recognize the subjects or understand the meaning of the works of art of the past. Fewer people had read the classics of Greek and Roman literature, and relatively few people read the Bible ... What the ordinary traveller ... requires is a book which will tell him the meaning of subjects which every amateur would have recognized from the middle ages down to the late eighteenth century.“ Zit. *Kenneth Clark* in der Einleitung zu *James Hall*, *Dictionary of Subjects and Symbols in Art* (London 1974) VII. Kritisch sei bemerkt, daß der genannte „amateur“ zum großen Teil den in jeder Hinsicht führenden Oberschichten entstammte!

<sup>25</sup> Vgl. das Stichwort „Rathaus“ in *Zedlers Universallexikon* Bd. 30 (Halle/Leipzig 1741) Sp. 953: „Es wird aber zu dergleichen Gebäude insgemein erfordert ein großer herrlicher Saal, und genugsame Bequemlichkeit vor die sämtlichen Collegia, als den Rath, die Cämmerey, und die Stadt-Gerichte, über diese aber nach Beschaffenheit der Stadt vor verschiedene andere mehr. Z. E. vor einen Kriegs-Rath, ein Handels-Gericht, Ehe-Gericht, Vormundschafts-Amt u.s.w. zu welchen einem jeden wenigstens drey Zimmer zu rechnen sind, worunter eines von ziemlicher Größe erfordert wird, nebst einem kleinen daran liegenden Saal. Welche Bequemlichkeiten alle in denen beyden Haupt-Stockwerken ihre Stelle haben können. Den Raum des unteren Stockes nimmt man zu mancherley Gefängnissen und andern nöthigen Gewölben, zum Aufenthalt der Schaar-Wacht, zu einer Bequemlichkeit vor einen Verwalter und Aufseher des Hauses, zur Wohnung des Stockmeisters, und was dergleichen mehr ist.“

<sup>26</sup> „Der Kunsthistoriker wird dasjenige, was seiner Meinung nach die eigentliche Bedeutung des Werkes oder der Werkgruppe ist, ..., an dem zu messen haben, was seiner Meinung nach die eigentliche Bedeutung so vieler anderer, historisch auf jenes Werk ... bezogener kultureller Dokumente ist, wie er nur bewältigen kann ... Selbstredend sollte umgekehrt der Historiker des politischen Lebens ... und der gesellschaftlichen Situation analogen Gebrauch von Kunstwerken machen. Gerade bei der Suche nach der eigentlichen Bedeutung oder dem Gehalt treffen sich die verschiedenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen auf einer gemeinsamen Ebene.“ Zit. *Erwin Panofsky*, *Ikonographie und Ikonologie. Eine Einführung in die Kunst der Renaissance*, in: *ders.*, *Sinn und Deutung in der bildenden Kunst* (Köln 1975) 48/49.



*Rezipient: Der Zeitgenosse wie der heutige Betrachter*

Diesem Schema ist zu entnehmen, wo, vom Rezipienten ausgehend, die Fragen gestellt werden müssen, aber auch wo Grenzen und Schwierigkeiten liegen. Die Ideen und Vorstellungen des Auftraggebers in Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit dem Architekten bzw. Künstler sind zu untersuchen, wobei hier in erster Linie auf den Traditionszusammenhang des europäischen Humanismus hinsichtlich der Bildungsinhalte der Oberschichten in den Stadtrepubliken zu achten ist mit seinen Orientierungen auf die Bibel des Alten und Neuen Testaments wie auf die römische bzw. griechische Geschichte und Philosophie. Weiter ist dann zu fragen, wie stark welche bestimmte Tradition wo gewirkt hat, an welchen Mustern man sich primär orientiert hat, wo welche Vorbilder lagen; schließlich ist auf die religiösen Orientierungen der jeweiligen Oberschichten einzugehen. Dann bleibt noch zu untersuchen, warum man bestimmte Darstellungen tugendhaften Verhaltens etwa in bestimmte ikonographische Programme aufgenommen hat bzw. ob und wo es überhaupt konkrete Programmentwürfe gab<sup>29</sup>.

<sup>27</sup> Ikonologie versteht sich als eine aus der Synthese hervorgehende Interpretationsmethode, eine ins Interpretatorische gewandte Ikonographie. „Die korrekte Analyse von Bildern, Anekdoten und Allegorien (ist) die Voraussetzung für ihre korrekte ikonologische Interpretation.“ Ebd., 42.

<sup>28</sup> „Die Ikonographie ist ein Zweig der Kunstgeschichte, der sich mit dem Sujet (Bildgegenstand) oder der Bedeutung von Kunstwerken im Gegensatz zu ihrer Form beschäftigt ... Die Identifizierung (von) Bildern, Anekdoten oder Allegorien ist der Bereich dessen, was normalerweise mit der Bezeichnung ‚Ikonographie‘ gemeint ist ... Es leuchtet ein, daß eine korrekte ikonographische Analyse eine korrekte Identifizierung der Motive voraussetzt.“ Ebd., 36–40.

<sup>29</sup> Da aus den Planungs- und Baugeschichten politischer Architektur einschließlich ihrer Ausgestaltung nur in wenigen Fällen konkrete Gesamtprogramme abzulesen sind, wird man ungeachtet von Detailkenntnissen auf Vermutungen angewiesen bleiben; dennoch, „bei der Rekonstruktion eines ... Gesamtkonzepts sollten sich die bis jetzt nur fragmentarisch erkennbaren Bedeutungsschichten ohne allzu deutliche Widersprüche aneinander und in den historisch-politischen Kontext fügen.“ Zit. Jürgen Zimmer, Die Veränderungen im Augsburger Stadtbild zwischen 1530 und 1630 (Welt im Umbruch III, Augsburg 1981) 49.

a) *Das vornehmste Beispiel von Staatsarchitektur: Das Rathaus als politisches Dokument*

Erneut ist bei der nun folgenden Beschreibung wichtiger Rathausbauten in den Stadtrepubliken zu unterscheiden: Einmal soll dem Außenbau, der äußeren Erscheinung dieser Gebäude nachgegangen werden, wobei das Rathaus, sei es als Einzelbau oder innerhalb einer Rathausbautengruppe<sup>30</sup>, entweder stadtbeherrschend in Erscheinung tritt oder aber in vergleichsweise bescheidener Gestalt einen eher unbedeutenden Akzent im Stadtbild setzen kann. Hier ist dann die Frage zu stellen, warum welches Rathaus in welcher Gestalt an einem bestimmten Platz erbaut wurde, welche Funktion ihm im Stadtganzen zukommt und wofür es in der jeweiligen konkreten Situation stehen soll. Zum anderen ist auf die Innenraumgestaltung der Rathäuser einzugehen, um anhand ihrer Ausstattung nach Sinn und Gestalt der vorhandenen oder geplanten Skulpturen- und Bildprogramme zu fragen.

Wo in den Stadtrepubliken die Rathäuser nicht stadtbeherrschend in Erscheinung treten, ist nach den Hintergründen, soweit erkennbar, zu fragen. Der Bezug zur städtischen Umwelt ist in jedem Fall wichtig, und es kann ein ganzer Stadtorganismus auch als komplexes Zeichensystem gelesen werden, wofür sich als Hilfen die politische Urbanistik<sup>31</sup> wie eine angewandte „sémiotique urbaine“<sup>32</sup> anbieten. Das Beispiel von Zürich eignet sich für einen derartigen Versuch. Dort steht das 1694 bis 1698 errichtete neue Rathaus zwar an prominenter Stelle im Stadtmittelpunkt an der Limmat, entbehrt aber nach Größe und Baugestalt jeder stadtbildprägenden Signifikanz<sup>33</sup>. Den Willen zu republikanischer Einfachheit anzunehmen, führt mangels eindeutiger Hinweise nicht weiter, wohl aber scheint es mir möglich, im Verfassungsgefüge der Stadt den tatsächlichen Hintergrund zu vermuten. Zürich hatte eine Zunftverfassung<sup>34</sup>, bei der die politisch berechtigten Bürger in dreizehn Zünften organisiert waren, und wo von diesen Zünften sowohl der Große wie der Kleine Rat paritätisch besetzt wurde. Die bei den Zünften liegende politische Macht manifestierte sich nach außen sichtbar in prächtigen Zunfthäusern, den zugleich wichtigsten öffentlichen Bauaufgaben. Hier auch konzentrierte sich die künstlerische Ausschmückung, und deshalb kann man die Zunft Häuser gemeinsam mit dem Rathaus als im Stadtganzen sich spiegelnde Abbil-

<sup>30</sup> Meist handelt es sich dabei um mittelalterliche Bauensembles, bei denen im Zuge einer additiven Aneinanderreihung einzelner Bauten schließlich ein Gesamtkomplex entstanden ist, wie am Beispiel Berns ersichtlich ist. All diese heterogenen Bauteile in ein Gesamtgebäude zu integrieren, wurde in großem Maßstab erst in der Neuzeit unternommen.

<sup>31</sup> *Wolfgang Braunfels*, Institutions and their corresponding Ideal, in: *Smithonian Annual II* (Washington 1968) 63–75; *Christian Norberg-Schulz*, Significato nell'architettura occidentale (Mailand 1974); *Aldo Rossi*, Die Architektur der Stadt. Skizze zu einer grundlegenden Theorie des Urbanen (Düsseldorf 1973).

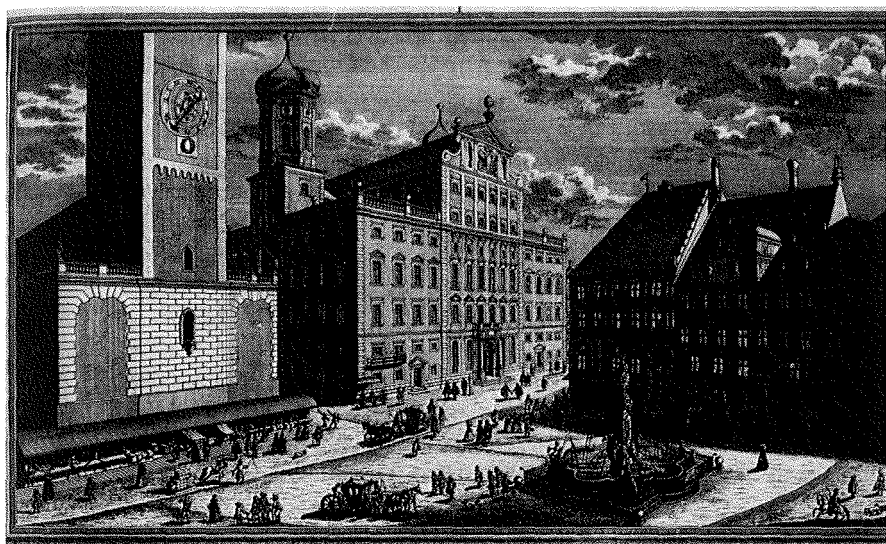
<sup>32</sup> Zur Stadt als Zeichensystem: *Algirdas J. Greimas*, Sémiotique et sciences sociales (Paris 1976) 129–157.

<sup>33</sup> Der Rat der 200 schrieb das Bauvorhaben mit dem Auftrag aus, „wie ein zwahren nicht prächtiges, jedoch ansehnliches und gemeiner Stadt und Stand reputierliches Gebäuw zu formieren sein werde.“ Zit. *Konrad Escher*, Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich, Bd. IV: Die Stadt Zürich, Erster Teil (Basel 1939) 324.

<sup>34</sup> *Rudolf Schnyder*, Zürcher Staatsaltertümer. Der Zürcher Staat im 17. Jahrhundert (Aus dem Schweizerischen Landesmuseum 34, Bern 1975).

derung der Verfassungsstruktur in Form eines (nun wirklich dominierenden) Bautenensembles lesen. Die politische Ordnung wurde so in Architektur umgesetzt – ein kleiner Hinweis darauf, in welch unterschiedlichen Formen die Umsetzungsprozesse politischer Ideen und Strukturen erfolgen konnten. Das mit Sinnprüchen und den Wappen der verbündeten Orte der Eidgenossenschaft geschmückte Rathaus weist Zürich jedoch als Vorort der Schweiz aus und verkörpert als Versammlungsgebäude des Regiments ein im Zusammenhang mit den Zunfthäusern als *primus-inter-pares* zu interpretierendes Architekturzeichen. Nicht viel anders, wenn auch aus anderen Gründen, liegt die Situation in *Genua*<sup>35</sup>. Der Palast des Dogen, zugleich Regierungsgebäude der Republik, beherrscht die Stadt ebenfalls nicht. Genua präsentiert sich als von Adelspalästen geprägte Hauptstadt, wobei selbst der Palazzo Doria nicht aus dem Ensemble der Stadtpaläste hervortritt. Ich meine, man darf auch hier den republikanisch motivierten Gleichheitswillen, ja das Gleichheitsgebot in dem Sinn, daß kein einzelner nach außen hin mehr scheinen durfte als der andere, als Konzeption der Selbstdarstellung dieser konkreten Oligarchie lesen und verstehen.

Anders liegen dagegen die Dinge in *Augsburg*, dessen Rathaus<sup>36</sup> als stadtbildbeherr-



*Vue du Superbe Hôtel de la Ville d'Augsbourg. Prospect des Schönen Rath-Hauses zu Augspurg.*

Stich: Kleinig, Kupf. v. Klotz, Vergrößerung v. A. B.

LA. 1790. P.

Augsburg – Das Rathaus, Stich von Salomon Kleiner, aus dem Buch von Renate von Walter, *Das Augsburger Rathaus* (Augsburg 1972)

<sup>35</sup> Eduardo Mazzini und Teofilo Ossian de Negri, *Il Centro Storico di Genova* (Genua 1974).

<sup>36</sup> Renate von Walter, *Das Augsburger Rathaus. Architektur und Bildgehalt* (Augsburg 1972); im folgenden zitiert: *Walter, Rathaus*. Jürgen Zimmer, *Das Augsburger Rathaus und die Tradition*, in: *Münchner Jahrbuch der bildenden Kunst*, Folge 3, 28 (1977) 191–218; im folgenden zitiert: *Zimmer, Rathaus*.

schende Monumentalarchitektur errichtet wurde, ein Neubau des 17. Jahrhunderts, wie er in ähnlicher Dimension nur mehr in Nürnberg begonnen, aber nicht vollendet wurde. Auch in Augsburg ist die oben erwähnte Doppelstellung der Rathäuser in deutschen Reichsstädten besonders gut erkennbar; man hat sogar vermutet, das Rathaus sei eigens zu dem Zweck neu errichtet worden, um die Stadt damit auch weiterhin als Tagungsstätte des Reichstags zu empfehlen<sup>37</sup>. Für die Deutung dieses Rathauses ist nun aber auf die Tatsache zu verweisen, daß es bis heute „weder gelungen ist, einen spiritus rector quellenmäßig zu erfassen, noch ein ‚Programm‘ oder einen Arbeitsvertrag“<sup>38</sup> aufzufinden. Die an dieses Rathaus zu stellenden Fragen sind daher nur in Form von Vermutungen mit entsprechendem Wahrscheinlichkeitsgrad zu beantworten. Der Neubau des Rathauses fügte sich als Abschluß und Höhepunkt der Augsburger Neuplanungen zur Umgestaltung des gesamten Stadtzentrums in die urbane Umwelt ein. Zwar kennt man weder das ikonologische Konzept der verschiedenen Bauplanungen noch dasjenige des Rathauses, dennoch muß eine Interpretation und Deutung versucht werden.

Obzwar bereits zum Zeitpunkt des wirtschaftlichen Niedergangs der einstmals reichsten oberdeutschen Reichsstadt 1615 begonnen, ist für eine Entschlüsselung der Bedeutung des Rathauses der Umstand wichtig, daß „späthumanistische Bildung und Kunst auf einem einzigartigen Höhepunkt (standen); insbesondere einzelne der politischen Häupter der Stadt waren gleichzeitig bedeutende Träger dieser Kultur“<sup>39</sup>. Was also sollte dieses Rathaus verkörpern, wie sollte es gelesen werden? Auffallend ist zunächst, daß der Außenbau im Gegensatz zum Innenraum mit Ausnahme von Doppeladler und Stadtwappen ohne Bildprogramm oder Skulpturenschmuck auskommt. Es konnte nachgewiesen werden, daß man hier im Außenbau an stadtrömische Palastformen angeknüpft hat, um mittels dieser Bauform das Stadtganze angemessen zum Ausdruck bringen zu können. Man stellte sich mithin bewußt in eine Traditionslinie zur römischen Vergangenheit der Stadt, was auch an den Figurenbrunnen deutlich wird, unter denen der vor dem Rathaus stehende Augustusbrunnen mit der Kaiserstatue direkt auf das Rathaus verweist. Man stellte so ein städtebauliches Ensemble vor Augen, in dem sich das Patriziat als Nachfolger der Bewohner der römischen Vorgängerstadt wiedererkennen konnte<sup>40</sup>. Vervollständigt man diese Interpretation, wird man das Rathaus als Sinnzeichen in einem dreifachen Bezugsrahmen verstehen können: Einmal der eben genannte Bezug zu Rom und zur eigenen Stadtgeschichte; zum anderen der Bezug zum Heiligen Römischen Reich, wie er sich im monumentalen Raumangebot im Rathausinnern für die Abhaltung von Reichstagen und hier speziell im Goldenen Saal manifestiert, aber auch in den Bildprogrammen der Nebenräume; diese ge-

<sup>37</sup> Susanne Netzer, Eine Zeichnung Matthäus Gundelachs für das Augsburger Rathaus, in: Welt im Umbruch III (Augsburg 1981) 159.

<sup>38</sup> Ebd., 158.

<sup>39</sup> Zimmer, Rathaus, 195.

<sup>40</sup> Ein bewußtes Anknüpfen an die Tradition der klassischen Antike kann man etwa daran ablesen, daß die beiden Stadtpfleger Duumviri hießen, „die geheimen Räte wurden Septemviri, die Verwalter der Ämter ... Aediles und Quaestores genannt, und die jährliche Ratswahl fand regelmäßig Anfang August statt“. Ebd., 201.



malten Programme wurden von einer Oberschicht in Auftrag gegeben, „deren Interesse in erster Linie die Festigung der Oligarchie mit Hilfe der katholischen Restauration gewesen sein dürfte. Die Huldigung an Karl V. in den Rathausbildern ... würde sich in das Bild fügen.“<sup>41</sup> Erst das dritte Bezugsfeld weist auf die Räume des stadtrepublikanischen Regiments in den beiden Untergeschossen, mit allen auch für andere Stadtstaaten typischen Räumlichkeiten, Bildprogrammen, Tugenddarstellungen und allegorischen Hinweisen, auf die noch näher einzugehen sein wird. Dieses Rathaus, das als herausragendes Beispiel für die Komplexität eines Gebäudes als mehrfacher Sinnträger gelesen werden muß, steht zugleich für die Schwierigkeiten und Grenzen einer angemessenen und vor allem vollständigen Entschlüsselung der vielfältigen Sinnbezüge, an die die Auftraggeber möglicherweise gedacht haben. Denn schon im 18. Jahrhundert konnte man nicht mehr den Sinn der enormen Raumfülle des Goldenen Saales angemessen deuten, weshalb auch die Deutung, diese Räume seien für die Abhaltung der Reichstage erbaut worden, eben Vermutung bleiben muß. Sicher ist nur, daß diese Räume nicht genutzt wurden; der Reichstag ging an Augsburg vorüber und blieb nach dem 30jährigen Krieg auf Dauer in Regensburg.

Das Rathaus in *Amsterdam*<sup>42</sup> wurde ebenfalls als großzügiger Neubau errichtet. Die Baupläne reichten bis 1639 zurück, doch vergrößerte man nach dem Friedensschluß zu Münster 1648 die Dimensionen, um damit der Stellung der neuen Republik angemessenen Ausdruck zu verleihen. Zur Ausführung gelangte das Projekt van Campens, das mit seinem kühlen Klassizismus dem Selbstverständnis der calvinistischen Republik entgegenkam<sup>43</sup>, womit die gewählte Architekturform in sich bereits eine politische Stellungnahme war, in Abgrenzung gegenüber dem gegenreformatorischen römischen Hochbarock<sup>44</sup>. Der Neubau erfüllte darüberhinaus den dringenden Wunsch, die Vielzahl der städtischen Behörden angemessen in einem einzigen Gebäude unterzubringen; es wurde Sitz der Bürgermeister und der Regierung, des Gerichtshofes, der Gefängnisse, der Rüstkammer und der Bank von Amsterdam. Auch hier wurde das gesamte Stadtzentrum mit Neuer Kirche, Waage, Fischmarkt und Börse umgestaltet.

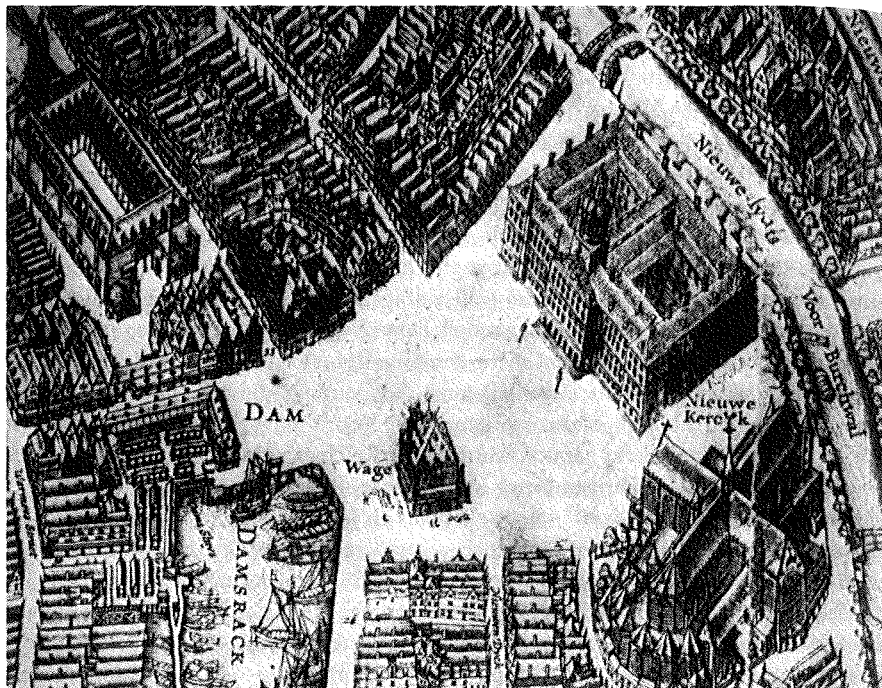
Die Grundsteinlegung erfolgte unmittelbar nach dem Friedensschluß im Herbst 1648, und in siebenjähriger Bauzeit waren die Arbeiten im wesentlichen beendet. Zur Einweihung erschien eine Gedenkmünze, auf der Vorderseite eine Ansicht des Rathauses mit Merkur, der über der Stadt fliegt und den Hut der Freiheit in Händen hält;

<sup>41</sup> Jürgen Zimmer, Die Veränderungen im Augsburger Stadtbild zwischen 1530 und 1630, in: Welt im Umbruch III (Augsburg 1980) 53.

<sup>42</sup> Katharine Fremantle, The Baroque Town Hall of Amsterdam (Utrecht 1959); im folgenden zitiert: *Fremantle, Town Hall*; Katalog „Het achtste wereldwonder / The eight wonder of the world“ (Amsterdam 1982).

<sup>43</sup> „E evidente comunque il fatto che l'avversione della repubblica protestante nei riguardi di Roma non contribuì certo alla penetrazione del Barocco, mentre invece nei Paesi Bassi del sud, nei quali era rimasta l'obbedienza all'autorità, questo stile venne accolto.“ Jan Terwen, Il Palladianesimo in Olanda, in: Palladio. La sua eredità nel mondo (Venedig 1980) 74.

<sup>44</sup> Ebd., 74.



*Amsterdam – Das neue Rathaus auf dem Dam, Stich von 1657, aus dem Buch von Katherine Fremantle, *The Baroque Town Hall of Amsterdam* (Utrecht 1959)*

eine antike Säule und eine Büste sind zu erkennen. Der Sänger Amphion spielt im Vordergrund die Leier. Die Münzrückseite zeigt das Schiff Argo, das in den Hafen der Stadt einfährt<sup>45</sup>. Alle Figuren verweisen hier auf Amsterdam: Auf den Handel, der die Freiheit bringt, auf die in der Gegenwart sich widerspiegelnde Vergangenheit, auf das bürgerliche Leben mit seinen Tugenden. Der Dichter Vondel rühmte das prächtige Bauwerk, mit welchem Amsterdam nun nicht mehr hinter dem Markusplatz in Venedig und dem von den Alten hoch gerühmten Marsfeld zurückstehe, wo Rom zur Zeit des Augustus auf dem Höhepunkt seiner Macht und seines Reichtums stand<sup>46</sup>. Auch in dieser Stadt muß das Rathaus als mehrschichtiges Symbol verstanden werden: Es war Friedensmonument und sollte die neue Rechtsstellung des souveränen Staates aller Welt vor Augen führen; es war Denkmal und Ausdruck für den Weltmachtanspruch der sich als florierende Handelsmacht verstehenden jungen Republik; es bezog sich in seiner Baugestalt nicht zufällig auf die Vergangenheit der römischen Antike

<sup>45</sup> Fremantle, *Town Hall*, 3.

<sup>46</sup> Ebd., 35.

und sah in der *res publica Romana* ihr Vorbild; es ist schließlich Rathaus und Regierungszentrale der Metropole Amsterdam<sup>47</sup>.

Es ließen sich weitere Beispiele von Rathäusern anführen, und man käme zu ähnlichen Ergebnissen: In keinem Fall ist eine nur in eine Richtung zielende Interpretation und Deutung der hinter der Baugeschichte stehenden Programme und Ideen möglich und sinnvoll. Jedes Gebäude ist als äußerst komplexes und vielschichtiges Sinnzeichen zu lesen, bei dem eine wie immer geartete republikanische Komponente nur eine von vielen Bedeutungselementen darstellt. In den meisten Fällen ist man auch auf bloße Vermutungen angewiesen, was die Entzifferung einzelner signifikanter Ausdrucksweisen am Bauwerk anlangt. Im Fall des Amsterdamer Rathauses etwa ist die Vermutung, die sieben Torbögen am Rathauseingang an Stelle eines großen Portals könnten die Gleichheit und Gleichberechtigung der sieben niederländischen Provinzen repräsentieren<sup>48</sup>, nicht zu beweisen, hat aber einiges für sich. Auf derartige Vermutungen und Interpretationsansätze ist man in vielen Fällen allein angewiesen, eine Aufgabe freilich, die durch das Erkennen und Erarbeiten von Querverbindungen zwischen Rathausplanungen im gesamteuropäischen Kontext erleichtert wird. Dieses weite Arbeitsfeld in den Griff zu bekommen, bietet sich die Zeichentheorie der Semiotik an; ob der Anspruch auch durchgehalten werden kann, ist freilich eine noch zu erbringende Aufgabe.

*b) Der Begriff der Tugend und die Idee der Gerechtigkeit: Darstellungen des „Guten Regiments“ im doppelten Vergangenheitsbezug zu Antike und Christentum*

Es ist nun auf die Innenraumgestaltung ausgewählter Rathäuser einzugehen. Dazu sei auch hier eine Bemerkung vorausgeschickt, nämlich welche herausragende Bedeutung für das Verständnis der in diesen Rathausbauten befindlichen Bildprogramme oder Skulpturenfriese in der Tatsache begründet liegt, daß man bei allen ikonographischen Entwürfen und Planungen aus dem doppelten Vergangenheitsbezug zur griechisch-römischen Antike einerseits und zum Christentum andererseits die darzustellenden Inhalte auswählen konnte. Es wird sich zeigen, daß alle Darstellungen mit Beispielen tugendhaften Verhaltens, gerechten und weisen Regierens etc. sich im Rahmen der antik-christlichen Tradition entnommenen Exempla bewegen, was zugleich anzeigt, wie stark man sich im hier behandelten Zeitraum einem Grundkonsens über Aufgaben und Pflichten aller Mitglieder im hierarchisch geordneten Kosmos verpflichtet wußte<sup>49</sup>. Daß dieser Bezugsrahmen die gesamten europäischen Bildungseli-

<sup>47</sup> Ebd., 185: „The Town Hall was designed, in its entirety, to meet the needs of the civic life of Amsterdam ... Antique forms and imagery, with their historical associations, were adapted to the city's purpose and were modified and enriched ... The spectator ... was related to (the Town Hall) from the Dam outside and from the waterway that lay behind it, where goods from all parts of the world were brought in ... He could 'read' the meaning of its wealth of details ... He himself was included in the symbol as he walked across the Burgerzaal.“

<sup>48</sup> Ebd., 39: „Since Amsterdam was the chief city of a republic it was symbolic that there should be no main door. The seven openings of the entrance arches were taken to signify the seven provinces.“

<sup>49</sup> E. M. W. Tillyard, *The Elizabethan World Picture* (London 1943).

ten umfaßte, muß nicht betont werden; unsere Aufgabe besteht daher auch hier wieder in der Aneignung dieser heute nicht mehr allgemein präsenten Bildungsinhalte zur Erklärung und Deutung der überlieferten Bildprogramme. Daß auch bei den Gemälden und Skulpturen der eindeutig republikanische Bezug nur einen Teilaspekt der Gesamtaussage bezeichnet, ist aus dem bisher Gesagten deutlich geworden.

Die Bildprogramme und skulpturalen Darstellungen in Form von Symbolen und Allegorien wurden in Räumen angebracht, die in der Regel nicht allgemein zugänglich waren, in denen die Regimentspersonen unter sich blieben, wie in den Ratssälen und den sonstigen diesen Amtsträgern vorbehaltenen Beratungszimmern. Man gestaltete diese Räume für sich selbst, aber auch für ausländische Diplomaten oder sonstige hohe Besuche. Der insgesamt hohe Rang dieser Räumlichkeiten zeigt sich in der erkennbaren Absicht, „to present a solemn, awe-inspiring, majestic, and even slightly ominous look, both in their architectural composition and their interior treatment of spaces“<sup>50</sup>.

In diesen Räumen wurden nun die ikonographischen Programme und Konzepte mit ihren religiösen, politischen oder historischen Allegorien und Sinnbezügen in Form von Gemälden, Fresken oder Skulpturen angebracht. Auch hier stellen sich wieder die Fragen nach dem Sinngehalt der Darstellungen, was sie ausdrücken sollten, worauf sie hinweisen und eventuell wovor sie warnen wollten. Im folgenden Versuch einer Typologie der unterschiedlichen Formen allegorischer und symbolischer Bildprogramme möchte ich zwei große Bereiche unterscheiden:

1. Es mußte den jeweiligen Oberschichten einmal darum gehen, Wege der kollektiven Selbstdarstellung ihrer körperschaftlich organisierten Staatswesen zu finden, wobei die Frage hier offen bleiben muß, in welchem Ausmaß eine quellenmäßig belegbare bewußte Suche nach solchen Wegen stattgefunden hat. Für diesen Zweck boten sich zunächst die Personifikationen an, die ein lange geübtes Mittel der Verkörperung ethischer Begriffe waren. Man hatte nun nur ein Gemeinwesen insgesamt als (weibliche) Person darzustellen, wobei es hinsichtlich der beabsichtigten Aussagen bzw. der daraus folgenden Interpretationen und Lesarten zu mannigfaltigen Überschneidungen mit Personifikationen von Tugenden kam. In Amsterdam beispielsweise steht an der Ostwand des Bürgersaales im Mittelpunkt einer Skulpturengruppe die Figur der Amsterdam als Friedensgöttin, umgeben von den Personifikationen der Stärke und Weisheit. Ihr gegenüber an der Westseite thront die Figur der Justitia, umgeben von Strafe und Tod. Die Amsterdam verschmilzt so mit Gerechtigkeit und Frieden zu einer großen Allegorie<sup>51</sup>. Als Frauenfigur trat auch die Venedig in den mannigfaltigsten Bezugsfeldern in Erscheinung, neben der Justitia oder der Herrin der Adria auch in

<sup>50</sup> The New Encyclopaedia Britannica, Vol. 9 (Chicago 1983) 701.

<sup>51</sup> Goethes Definition der Allegorie: „die allegorie verwandelt die erscheinung in einen begriff, den begriff in ein bild, doch so, dasz der begriff im bilde immer noch begränzt und vollständig zu halten und an demselben auszusprechen sei.“ Zit. Grimms „Deutsches Wörterbuch“ Bd. 10, 4. Abteilung (Leipzig 1942) Sp. 1386.

Form der Gottesmutter selbst, indem die Mutter Christi ebenfalls als Verkörperung der Stadt angesehen werden konnte und sollte<sup>52</sup>.

Eine zweite, wesentliche Form der Darstellung war die Präsentierung eines Tugendkatalogs<sup>53</sup> für die herrschenden Oberschichten: Er sollte zeigen, wie man sich sehen wollte, wie man sich anderen gegenüber selbst verstand. Ein gutes Regiment konnte diesem Selbstverständnis der regierenden Oberschichten nach nur dann funktionieren, wenn die Obrigkeit selbst tugendhaft und gerecht handelt; ist das der Fall, werden die Untertanen die positiven Wirkungen dieser guten Regierung verspüren und genießen und deshalb der jeweiligen Obrigkeit auch gehorchen. Damit ist ein wechselnder Bezug, ein Anspruch auf Gegenseitigkeit begründet. Dazu gehörte aber auch, daß im Gemeinwesen Eintracht und Friede herrschten, und daß in der Stadtrepublik niemand aus der politisch berechtigten Schicht sich aus der dem Gleichheitsideal verpflichteten Gruppe emporhob. Entsprechend diesen Vorstellungen kam es daher neben der abstrakten Personifikation des gesamten Gemeinwesens zur Darstellung der Voraussetzungen und Wirkungen eines „Guten Regiments“. Hier konnten die als Attribute jeder guten Regierung angesehenen Herrschaftstugenden und Verhaltensweisen in Form von (meist weiblichen) Figuren anschaulich dargestellt werden, ohne aber, da entpersonalisierte Symbole, in irgendeinen Bezug zu gewählten Amtsträgern gebracht werden zu können.

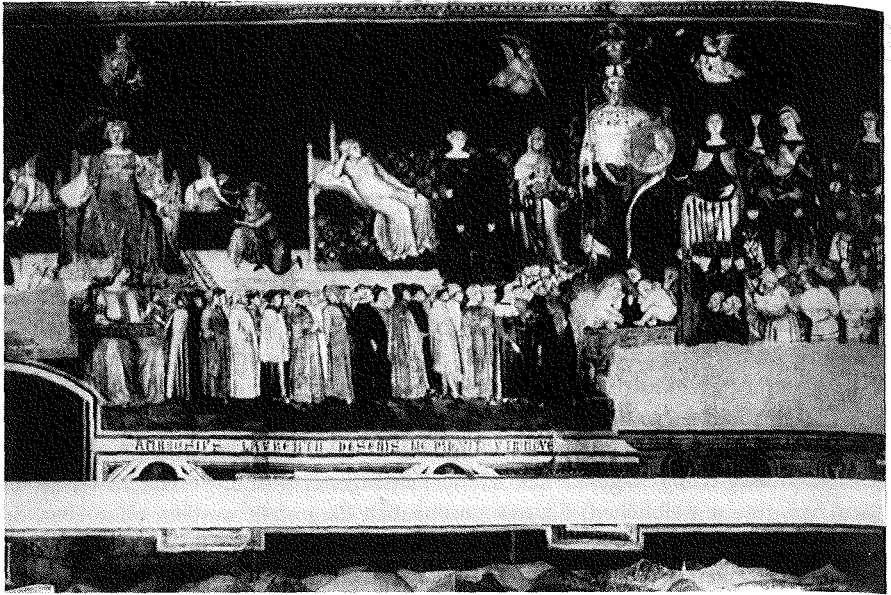
Eine der wohl großartigsten, weil zugleich umfassendsten bildlichen Darstellungen eines „Guten Regiments“ ist der aus drei Allegorien bestehende Freskenzyklus im Rathaus von Siena<sup>54</sup>, wo Ambrogio Lorenzetti im Auftrag der Stadt den Ratssaal des Palazzo Pubblico zwischen 1337 und 1340 nach vorgegebenem Programm ausschmückte. Im Ratssaal beansprucht die Darstellung des Guten Regiments mit zwei Wänden den größten Raum; sie besteht aus drei Teilen: Die rechte Seite des Freskos stellt eine Allegorie der Herrschaft dar; den Herrscher umgeben die vier Kardinaltugenden, über denen die drei theologischen Tugenden Fides, Spes und Caritas schweben. In der Stadtrepublik Siena ist die Figur des Herrschers eine Personifikation des Gemeinwesens mit den Initialen CSCV (Commune Senarum Civitatis Virginis, da Maria seit 1260 als der eigentliche Stadtherr verehrt wurde); zugleich ist der Herrscher Symbol für das *bonum commune*: Er verkörpert so in ein und derselben Figur „the persona publica of the Sienese city-state and the concept of the common good“<sup>55</sup>. Auf

<sup>52</sup> *Staalé Sinding-Larsen*, L'immagine della Repubblica di Venezia, in: Katalog „Architettura e Utopia nella Venezia del Cinquecento“ (Venedig 1980) 43/44.

<sup>53</sup> Die hier bis Montesquieu und Rousseau (vgl. Anm. 97) wirksame, letztlich auf Aristoteles und Thomas von Aquin zurückführbare Bedeutung der Tugenden für das Gemeinwohl wird in der *Summa Theologiae* wie folgt beschrieben: „Sola justitia directe respicit bonum commune; sed per imperium omnes alias virtutes ad bonum commune trahit ... Est enim considerandum quod ad politicas virtutes, secundum quod hic dicuntur, pertinet non solum bene operari ad commune, sed etiam bene querari ad partes communis, scilicet ad domum, vel aliquam singularem personam.“ Zit. 1a2ae; 61,5.

<sup>54</sup> *Nicolai Rubinstein*, Political Ideas in Sienese Art: The Frescoes by Ambrogio Lorenzetti and Taddeo di Bartolo in the Palazzo Pubblico, in: *Journal of the Warburg and Courtauld Institutes*, Vol. XXI (1958) 179–207, im folgenden zitiert: *Rubinstein*, Political Ideas.

<sup>55</sup> Ebd., 185.



Siena – Ambrogio Lorenzetti, *Il buon governo*, aus dem Buch von Aldo Cairola, Enzo Carli, *Il Palazzo pubblico di Siena* (Roma 1963)

der linken Seite, ebenfalls auf einem Thron, sitzt die Figur der Gerechtigkeit; über ihrem Kopf hält Sapientia zwei Schalen, auf denen die distributive und die commutative Gerechtigkeit<sup>56</sup> sitzen, mithin die Beziehung zwischen Stadtstaat und einzelem einerseits und zwischen den einzelnen selber andererseits: Von beiden Schalen läuft ein Doppelseil zur Figur der Concordia wie zum Herrscher durch die Hände der Bürger, womit die Allegorien der Gerechtigkeit und des bonum commune verbunden und zur inneren Eintracht und Einheit im Gemeinwesen in Beziehung gesetzt werden. Die auf dem zweiten Fresko dargestellten Auswirkungen des Guten Regiments werden dann wirksam, wenn das Gemeinwohl über die Privatinteressen gestellt wird. Dann kann Pax, der innere Friede, herrschen. Gemeinsam mit der Concordia und der Securitas ist

<sup>56</sup> Zur Erläuterung das folgende Schema: in: Josef Pieper, *Über die Gerechtigkeit* (München 1965) 148.

#### Soziales Ganzes (Stadtstaat)

Legale Gerechtigkeit  
(iustitia legalis)

Zuteilende Gerechtigkeit  
(iustitia distributiva)

Einzelperson

Tauschgerechtigkeit  
(iustitia commutativa)

Einzelperson

diese Trias der Schlüssel zum Verständnis der Wirkungen eines guten Regiments<sup>57</sup>. Die dritte Allegorie zeigt die Schrecken einer schlechten Regierung (*mal governo*) als Personifikation der Tyrannis, die, ebenso auf einem Thron sitzend, von neun Lastern umgeben ist: Geiz, Stolz, Ruhmsucht, Grausamkeit, Verrat, Betrug, Zorn, Uneinigkeit und Krieg. Anstelle der *Securitas* herrscht die Furcht (*Timor*). Die am unteren Bildrand dargestellten Tyrannen stellen historische Beispiele vor, von denen heute nur mehr Nero identifizierbar ist.

Derartige Allegorien finden sich in den Ratssälen, teils in anderen der Beratung oder Rechtsprechung gewidmeten Räumlichkeiten der stadtrepublikanischen Rathäuser, teils aber auch an anderen Versammlungsorten der regierenden Personen. Aus der großen Zahl der überlieferten Bilder, Glasfenster oder Skulpturen zu diesem Thema seien zur Illustration noch folgende Beispiele angeführt: Ein kleines Gemälde des Isaac Schwendtner<sup>58</sup>, für das *Regensburger* Rathaus 1592 angefertigt, zeigt die „Tugenden des Guten Regiments“ als fünf Personifikationen; in der Mitte die Gerechtigkeit, ihr zu Füßen Mäßigung und Stärke, an den Seiten Milde und Klugheit. Ähnlich Siena sind diese Tugenden durch eine goldene Kette verbunden, und in dieser Form darauf hinweisend, daß Einheit und Eintracht aller dieser Verhaltensweisen erst das Fundament einer guten Regierung bilden.

Für das Rathaus in *Nürnberg* fertigte Christoph Murer<sup>59</sup> vier Glasfenster (1598) an, die zusammengenommen ebenfalls als Allegorie auf die gute Regierung und die Gerechtigkeit der Rats Herrschaft zu lesen sind. Jede Tafel zeigt wieder Tugendpersonifikationen, versehen mit einem Sinnspruch aus dem Alten oder Neuen Testament. *Iustitia*, *Pax* und *Veritas* schmücken das erste Fenster; die zweite Tafel zeigt die „*Politia*“ als Sinnbild des Stadtregiments, und ihr zu Füßen, gleichsam als Fundament, der Glaube und die Rechtsprechung. Der dem Römerbrief entnommene Spruch lautet: „*Praemia sunt bonis, sua sint mala digna malignis; Publica res stabit, legibus hisque cadet.*“<sup>60</sup> Die dritte Tafel stellt Gesetz und Macht, umgeben von *Pax* und *Concordia*, vor, auf der vierten Tafel schließlich ist zwischen der Legende vom Damoklesschwert

<sup>57</sup> „The allegory of Justice and the Common Good provides a pictorial representation of the twin elements of Aristotelian political philosophy, which, however, can only be understood if we bear in mind the contemporary adaption of Aristotelian theory as well as its political implications. The two images are closely linked with one another, thus symbolizing the twofold rule of Justice and the Common Good. At the same time, the links connecting them are intended to show the effects of their rule, as well as to supply a connection with the contemporary world, which is represented, in the bottom section of the frescoe, by citizens (probably councillors and magistrates) and soldiers. The two monumental figures of *Pax* and *Concordia*, as well as the cord running through the latter's hand, symbolize in a general fashion the effects of the rule of Justice and the Common Good.“ Zit. *Rubinstein*, *Political Ideas*, 186.

<sup>58</sup> Heute im Kurfürstenzimmer des Regensburger Reichstagsgebäudes, das vorher die Ratsstube, der Sitzungssaal des Inneren Rates, war. Nach der Verlegung der Ratsstube in den Neubau von 1662 blieb das Bild an seinem alten Platz hängen. Vgl. *Walter Boll*, *Reichstagsmuseum* (Sammlungen der Stadt Regensburg IX, Regensburg 41973).

<sup>59</sup> Inventarnummern MM 295, 296, 297 und 298 des Nürnberger Stadtmuseums.

<sup>60</sup> Röm 13,3.

und dem Spinnengleichnis des Anacharsis<sup>61</sup> das Urteil König Salomos mit dem Spruch „Rex qui sedet super solium iudicii, dispergit oculis suis omne malum.“<sup>62</sup>

Auch im Bürgersaal des *Augsburger* Rathauses, der als zentraler Kommunikationsraum öffentlich zugänglich war, können die dort befindlichen vier Gemälde<sup>63</sup> zusammen als symbolische Darstellung eines Guten Regiments verstanden werden; der Obrigkeit wie den Bürgern sollten sie Mahnung und Warnung zugleich sein. Vor der Ratsstube befand sich das Bild einer Ratsversammlung im alten Athen: Ein König, ein Fürst, ein Kriegsoberst und ein Gesetzgeber weisen auf die Segnungen des Friedens und die Verwerflichkeit des Krieges hin, womit auch die Aufgaben der Regierenden, das Gemeinwesen zu schützen, umschrieben sind. Vor der Gerichtsstube war eine Tafel mit dem Areopagischen Gericht angebracht, das nur bei Nacht gehalten wurde; dies sollte die Richter ermahnen, unabhängig von der Person allein die Gerechtigkeit im Auge zu behalten, die wiederum zentrale Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Zusammenleben der Bürger war. Vor der Baustube, dem Sitz des Bauamtes, das den Bürgern gutes Wohnen und der Stadt ein geordnetes Aussehen verschaffen sollte, hing ein Gemälde mit König Hieron von Syrakus und seinem Baumeister Archimedes<sup>64</sup> nebst anderen Architekten einschließlich des Elias Holl, mit der Bedeutung des richtigen Maßstabs und des rechten Maßes als Voraussetzung guten Bauens – Architektur mithin als Abbild der kosmischen Harmonie. Höchst bemerkenswert ist schließlich das Bild, das vor der Steuerstube angebracht war. Seine Aussage liegt darin, die Vorteile gerechter Steuerabgaben gegenüber der Not, die bei nicht erfolgreicher Steuerzahlung kommen müsse, zu veranschaulichen. Die Concordia wird dargestellt als wohlbekleidete Frau, den Wohlstand einträchtiger Bürger symbolisierend. Wo Eintracht herrscht, „kommen freiwillig stattliche, wohlgekleidete Männer und bringen ihre Abgaben, ... so daß sich die Truhe zu ihren Füßen mit Gold füllt. Fehlt dagegen die Concordia und herrscht die Discordia, so ist das Steuerwesen so ungeordnet, daß, anschaulich gemacht durch unbekleidete, hungrige Menschen, das Geld zum Nötigsten fehlt. Die Discordia ist eine häßliche, magere Frau, sie trägt einen leeren Beutel mit dem Bild des Neides in Händen – die Concordia trägt den friedlichen Ölzweig.“<sup>65</sup>

Auch in *Amsterdam* gibt es eine Darstellung dazu als Relief über dem Eingang zum Saal der Bürgermeister: Argus, der mit hundert Augen über die Stadt wacht, steht als Symbol für die vier Bürgermeister; Amsterdam erscheint als Kuh und soll den Reichtum der Stadt andeuten. Merkur schließlich verweist auf das Element des Handels. Unterhalb des Reliefs halten zwei Figuren eine Lunette mit den Fasces, den Macht-

<sup>61</sup> Der Skythe Anacharsis wurde zu den sieben Weisen gezählt; vgl. *F. Reuters*, *De Anacharsidis epistulis* (Bonn 1957).

<sup>62</sup> Spr. 20,8: Ein König auf dem Richterstuhl / sondert mit seinem Scharfblick alles Böse aus.

<sup>63</sup> Von Hans Freyberger gemalt 1620/23; die Beschreibung folgt der Darstellung bei *Walter*, *Rathaus*, 50–52.

<sup>64</sup> In ihm verband sich der theoretische Mathematiker mit dem praktischen Mechaniker; den antiken Zeitgenossen galten seine Maschinen und Apparate als Wunder der Technik.

<sup>65</sup> *Walter*, *Rathaus*, 62/63.



symbolen der römischen Konsuln<sup>66</sup>. Die Tugenden und Pflichten der Obrigkeit sind auch dargestellt auf dem 1697 gefertigten Prunkofen im Saal des Kleinen Rats des *Zürcher Rathhauses*. Eine der mit Sinnsprüchen versehenen bunten Kacheln zeigt einen Pelikan, der seine Jungen mit dem eigenen Herzblut nährt. Der Spruch dazu lautet: „Wie der edle Pelikan / Seine Brüste selbs aufritzt / Und mit Blut die Jungen spritzt, / Womit er sie retten kann: / Also soll die Obrigkeit / Sein entschlossen alle Zeit, / Für das Volk und das Gesetze. / Wer auf Eid und Gwüssen schaut, / Wem der Obergewalt vertraut, / Leib und Leben willig setze. / Daß bringt Ehr und Glück in Zeit, / Heil dort in der Ewigkeit.“<sup>67</sup>

Das letzte hier anzuführende Beispiel findet sich in *Venedig*: Jacopo Sansovino wurde von den Procuratoren von San Marco beauftragt, als Versammlungsort des Patriziats eine Loggia genau gegenüber der Porta della Carta, dem Haupteingang zum Dogenpalast, zu planen; errichtet wurde diese Loggia zwischen 1537 und 1540. Das angebrachte politische Skulpturenprogramm zeigt in vier Bronzefiguren die Überlegenheit des venezianischen Regierungssystems, aber auch hier ist im Hintergrund ein gutes Regiment als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Gestalt der Pallas soll die Weisheit des Patriziats darstellen, Apollo als Sonne weist auf die Einmaligkeit dieser Republik und als Gott der Musik auf die der kosmischen Ordnung korrespondierende Harmonie dieses Regierungssystems. Merkur als Handelsgott zeigt die Umsetzung von Weisheit und Ordnung in konkretes Tun, während die Figur der Pax die Friedenspolitik des Staates veranschaulicht. Dieses Programm wird vervollständigt von fünf Reliefs, in deren mittlerem Justitia (als Venezia zu lesen) zwischen zwei Flußgöttern sitzt, welche die Terraferma versinnbildlichen sollen; die vier weiteren Reliefs zeigen venezianische Besitzungen im Mittelmeer<sup>68</sup>.

Was läßt sich zusammenfassend über diese Beispiele von Darstellungen des „Guten Regiments“ aussagen? Zunächst und im Kontext unserer Fragestellung wohl dies, daß auch hier, ähnlich wie in der Erscheinung des Außenbaus von Rathhäusern, ein eventuell „republikanisches“ Element wieder nur eine von mehreren Bedeutungsebenen darstellt. Im gegen die Tyrannis gerichteten antimonarchischen Aspekt ist etwas Republikanisches festzumachen, auch darin, daß eine Einzelperson nirgends dominierend in Erscheinung tritt. Die Darstellung tugendhaften, gerechten Verhaltens ist im Gegensatz zur Monarchie auf das Regimentskollektiv beschränkt. Eine eigene Typologie republikanischer Tugenden läßt sich an den genannten Beispielen nicht aufstellen, sie sind vorbildhaft für jedes Regieren, für jede Staatsform. Wie stark die monarchische Metapher des gekrönten Hauptes war, erkennt man nicht zuletzt darin, daß Personifikationen von Gemeinwesen wie Siena, Amsterdam oder Venedig sehr häufig mit einer

<sup>66</sup> Darstellungen dieser Rutenbündel mit Richtbeil als Zeichen für die Amtsgewalt römischer Beamter finden sich als republikanisches Symbol relativ häufig im Bereich der Stadtstaaten; besonders verbreitet waren sie im Frankreich der Zeit nach der Revolution.

<sup>67</sup> H. Hoffmann, *Schweizerische Rat- und Zunftstuben* (Frauenfeld 1933) 90. – Vgl. auch die Pelikan-Darstellung über dem Mittelportal des 1616–22 von Jakob Wolff errichteten Nürnberger Rathauses.

<sup>68</sup> Deborah Howard, *Jacopo Sansovino. Architecture and Patronage in Renaissance Venice* (New Haven/London 1975) 34.

Krone dargestellt wurden; auch das kann man als „republikanisches“ Sinnzeichen lesen und interpretieren. Darüberhinaus aber ist allen noch so unterschiedlichen Darstellungen zweierlei gemeinsam: Sie fügen sich als Tugendbilder, als *exempla virtutis*, in den gesamteuropäischen kulturellen Zusammenhang ein; und von dieser Grundvoraussetzung her zeigen sie dann, daß ein gutes Regiment auf den Fundamenten der traditionellen Herrschaftstugenden, besonders der Gerechtigkeit, ruhen muß. (An ganz zentraler Stelle erscheint auch immer wieder der wechselseitige Bezug und die wechselseitige Bindung zwischen Herrschenden und Beherrschten auch und gerade im Sinn einer gegenseitigen Abhängigkeit.)

2. Der zweite große Bereich, neben den Versuchen kollektiver Selbstdarstellung in Form der Personifikation und des guten Regiments, umfaßt die einzelnen Beispiele tugendhaften Verhaltens, nun nicht mehr generell-abstrakt, sondern verdeutlicht am konkreten Tun und Agieren historisch belegter oder als geschichtlich wirksames Vorbild in Beispielsform verewigter Gestalten. Die als *exempla virtutis*<sup>69</sup> gewählten Personen entstammen zum allergrößten Teil den Geschichtsbüchern der Bibel bzw. den historischen Darstellungen der griechischen oder römischen Antike. An diesen exemplarischen Menschen sollte dem Amtsträger vermittelt werden, wie er sein Amt als Pflicht verwalten, wie er es im Absehen vom Eigennutz nur zum Wohl der Gesamtheit ausüben sollte. Die Frage, wieweit das Verhalten der Repräsentanten der Stadtrepubliken tatsächlich diesen vorgestellten Idealen entsprochen hat, steht hier nicht zu untersuchen. Es gilt zu zeigen, wie man sich sah, und wie man gesehen werden wollte, gerade von den Untertanen; man wollte selbst ja auch Beispiel sein.

Das Gesagte kann anhand weniger Beispiele belegt werden: Zur Wahrung der persönlichen Integrität der Amtsträger wurden im Saal der Bürgermeister des Rathauses in *Amsterdam* zwei Bilder aufgehängt, entstanden 1656. Das eine von Ferdinand Bol erzählt die Geschichte des römischen Konsuls Gaius Fabricius Luscinius, der Friedensverhandlungen mit König Pyrrhus zu führen hatte. Der König versuchte den Konsul zu bestechen, dann ihn mittels eines Elefanten einzuschüchtern, beides ohne Erfolg. Das andere Bild von Govert Flinck stellt den Konsul Marcus Curius Dentatus dar, der sich weigert, die Geschenke der Samniter anzunehmen<sup>70</sup>. Der Konsul sollte auch hier bestochen werden, bleibt aber standhaft. Interessant ist, daß sich auch im Rathaus von *Basel* eine Darstellung des Konsuls Dentatus befindet, über ein Jahrhundert früher angefertigt<sup>71</sup>. Die genannten Themen sind dem Werk Plutarchs entnommen, und in beiden Fällen ist ein unmittelbarer Bezug zu den regierenden Bürgermeistern *Amsterdams* hergestellt, was die auf die Gemälde weisenden Inschriften noch unterstrei-

<sup>69</sup> Robert Rosenblum, *Transformations in Late Eighteenth Century Art* (Princeton 1974) 55–60; im folgenden zitiert: *Rosenblum*, *Transformations*.

<sup>70</sup> Albert Blankert, *Kunst als regeringszaak in Amsterdam in de 17e eeuw* (Amsterdam 1975) 11–18; im folgenden zitiert: *Blankert*, *Kunst*.

<sup>71</sup> Vgl. das Bild des Hans Holbein d. J. von Curius Dentatus aus 1521/22 im Großratssaal des Baseler Rathauses: dazu C. H. Baer, *Die Kunstdenkmäler des Kantons Basel-Stadt* (Basel 1932) 522 bis 538. – Vgl. auch Hans R. Guggisberg, *Basel in the Sixteenth Century. Aspects of the City Republic before, during and after the Reformation* (St. Louis Miss. 1982).

chen<sup>72</sup>: Es geht um den Auftrag, das Wirken ausschließlich in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, und die Möglichkeit persönlicher Bereicherung aufgrund der bildlichen Mahnungen weit von sich zu weisen. Gleichfalls in Amsterdam zeigt ein Bild des Ferdinand Bol im Saal des städtischen Magistrats den Gesetzgeber Moses, wobei hier zu erwähnen ist, in welch hohem Maß die niederländischen Calvinisten in ihrem Kampf gegen Spanien sich mit dem von Moses geführten Israel identifizierten. Der Gesetzgeber Moses steht dabei dem Hohenpriester Aaron gegenüber; die Darstellung zeigt den Augenblick, in dem Moses die Gesetzestafeln bringt und das Volk um das Goldene Kalb tanzt (als Relief im Marmorfries unterhalb des Bildes). Neben der Mahnung, gute Gesetze zu machen, steht die Warnung vor den Folgen der Priesterherrschaft<sup>73</sup>.

Rechtsallegorien befanden sich meist in den Gerichtsstuben; im Augsburger Rathaus etwa die als Warnungen und Belehrungen zu interpretierenden Darstellungen der Gerechtigkeit. In der dortigen Gerichtsstube hängt ein Bild mit Ananias und Saphira, die Geld unterschlagen hatten und hingerichtet wurden; ein abschreckendes Beispiel von Ungerechtigkeit<sup>74</sup>. Auch eine Darstellung des Jüngsten Gerichts findet sich hier, um die Obrigkeit als Vollstreckerin der göttlichen Gerechtigkeit hier auf Erden zu legitimieren. Die Gerichtshalle in Amsterdam, im Erdgeschoß des Rathauses, wäre wohl eines der grandiosesten Beispiele für die aufeinander bezogene göttliche und irdische Gerechtigkeit; das geplante Skulpturenprogramm wurde durchgeführt, nicht aber die bildnerische Ausstattung. In der Gerichtshalle, die nur der Verkündigung der Todesurteile dienen sollte, erscheint die weltliche Obrigkeit als Abbild Gottes. An der Rückwand des Raumes stellen vier als Missetäterinnen gestaltete Mädchen die menschliche Gerechtigkeit dar. Über ihnen weisen Adam und Eva auf die menschliche Schuldhaftigkeit hin. Gegenüber weist das Jüngste Gericht auf das Jenseits hin<sup>75</sup>. Obzwar gerade Darstellungen des Jüngsten Gerichts keinen spezifischen Bezug zu Stadtrepubliken aufweisen können, ist doch wichtig, in welchem Ausmaß eine gerechte und rechtlich einwandfrei handelnde Obrigkeit als wesentlich für das Funktionieren eines Gemeinwesens angesehen wurde. Durch Rechtsallegorien wie Jüngstes Gericht sollte aber in jedem Fall den „zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls bestellten Männern immer wieder der aus langer Erfahrung gewonnene Grundsatz vor Augen geführt werden, daß allein durch strenge und unbestechliche Gerechtigkeit dem Wohle der Gesamtheit und damit wiederum dem Einzelnen am besten

<sup>72</sup> Joost van den Vondel verfaßte beide Inschriften; unter dem Bild des Curius Dentatus steht zu lesen: „Op's Burgemeesters wacht magh Rome veilig slaepen/Als Marcus Kurius het aangheboden gout /Verzamende, zich genoegt met een gerecht van raepen/Zoo wort door Maetigheid en Trouw de Stadt gebouwt.“ Zit. *Blankert*, Kunst, 15.

<sup>73</sup> Ebd., 31–35.

<sup>74</sup> „Ananias und Saphira, die Geld unterschlagen hatten und dafür mit dem Leben bezahlen mußten und wiederum ein Jüngstes Gericht sind eindringliche Mahnungen, nach den Gesetzen zu leben.“ *Walter*, Rathaus, 63.

<sup>75</sup> *Fremantle*, Town Hall, 78–86.

gedient und nur dadurch eine ruhige und friedliche Entwicklung innerhalb einer Gemeinschaft gewährleistet werden kann“<sup>76</sup>.

Auf ein spezielles Bezugsfeld, das immer wieder in den Rathäusern und Regierungspalästen der Stadtrepubliken in bildlichen Darstellungen auftritt, ist noch hinzuweisen: Die eigene Stadt- bzw. Staatsgeschichte ist immer wieder präsent gemacht, auf historische Bezüge immer wieder verwiesen worden. Dies konnte, wie in Augsburg, mittels dauernden Bezugs zur Person des Augustus' und Roms geschehen, wo im Goldenen Saal des Rathauses die christlichen im Verein mit den heidnischen Kaisern ein spezielles Vergangenheitsverständnis zum Ausdruck bringen<sup>77</sup>. Dies geschah im Amsterdamer Rathaus, wo in einem Gemäldezyklus der Freiheitskampf der Bataver gegen Rom geschildert wird. Die Kenntnis der Ereignisse entnahm man den Schriften des Tacitus; die Bataver, ursprünglich Freunde der Römer, rebellierten gegen die Unterdrückung unter ihrem Anführer Civilis, worauf der römische General Cerealis Friedensverhandlungen aufnahm. Analogien zwischen Batavern und Niederländern wie zwischen Römern und Spaniern sind leicht zu ziehen: „The agreement between Claudius Civilis and Cerealis might be taken to be a symbol of the equal greatness of the Batavians and the Romans, and the glory of ancient Rome was taken the prototype of Amsterdam's present splendour.“<sup>78</sup> Die Ambivalenz Roms ist überall deutlich, einmal das Vorbild, sowohl als Republik als auch unter Augustus, dann als Warnung und abschreckendes Beispiel, etwa im Fall tyrannischer Kaiser, oder als unterdrückende Macht<sup>79</sup>. Historische Identität ist wichtig und kommt überall zur Geltung, auch in der Schweiz. Der im Rathaus von Zürich befindliche Kachelofen mit Darstellungen der Schweizer Geschichte wurde 1697 angefertigt und im Saal des Großen Rates aufgestellt. Die Identität wird hier gewonnen aus der Erfahrung des Kampfes gegen Habsburg; nach dem Ende aller schweizerischen Großmachtträume wird auch die Kleinheit und relative Bedeutungslosigkeit des Landes verklärt. Auf einer der bunten Kacheln sind zwei Löwen abgebildet, Sinnbilder für die Großmächte, die kampfbereit aufeinander losgehen, während ihnen ein Fuchs aus sicherer Höhe zuschaut. Der beigefügte Spruch ist als Lobgesang auf die Neutralität der Eidgenossen zu lesen: „Wenn zwei Löwen sich betrennen / Und den Fuchs in Frieden lassen, / Wird er sich nicht

<sup>76</sup> G. Troescher, Weltgerichtsbilder in Rathäusern und Gerichtsstätten, in: Wallraf-Richartz-Jahrbuch 11 (1939) 139/140.

<sup>77</sup> Zu den römischen Bezügen vgl. Zimmer, Rathaus, 201–205.

<sup>78</sup> Fremantle, Town Hall, 51. – Rembrandts Entwürfe für den Eid des Civilis wurden nicht ausgeführt, da von der Stadtoberigkeit verworfen. Vgl. Blankert, Kunst, 63/64.

<sup>79</sup> Diese Ambivalenz ist eine gesamteuropäische Erscheinung und sowohl in den Monarchien als in den Republiken feststellbar. Eine ihrer wesentlichen Wurzeln dürfte in der niederländischen Bewegung des Justus Lipsius zu finden sein. „Diese von Holland ausgehende und ganz Europa durchsetzende Philosophie stellte das Ethos der altrömischen Tugenden aus der Zeit der Republik und des Prinzipats der von spätantiken Herrschervorstellungen berührten Auffassungen vom Sonnenkönig entgegen.“ Zit. Renate Wagner-Rieger, Gedanken zum fürstlichen Schloßbau, in: Fürst, Bürger, Mensch (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 2, Wien 1975) 44. Vgl. Gerhard Oestreich, Politischer Neostoizismus und Niederländische Bewegung in Europa und besonders in Brandenburg-Preußen, in: ders., Geist und Gestalt des frühmodernen Staates (Berlin 1969) 101–156.

einvermengen, / Noch seine eigne Ruhe hassen./ Wenn zwei Potentaten kriegten, / Wird ein weiser freier Stand, / Wenn er kann in Frieden liegen, / Nicht einflechten seine Hand. / Inter Skyllam und Charybdim, / Der glücklichselig ist gepreist, / Der im Mittelweg durchreist.“<sup>80</sup>

In einzigartiger Weise aber hat *Venedig* seine Geschichte verherrlicht und in einer Form den Zeitgenossen präsentiert, der die übrigen Stadtrepubliken nichts wirklich Vergleichbares an die Seite gestellt haben. Die Rede ist vom venezianischen „Staatsmythos“<sup>81</sup>, auf den im einzelnen näher einzugehen hier nicht möglich ist. Jedenfalls, wie nirgends sonst im Bereich der frühneuzeitlichen Republiken, war es das Ziel der venezianischen Oligarchie, die Künste insgesamt als politisches Mittel in den Dienst der Propaganda für den Mythos des eigenen Staates zu stellen<sup>82</sup>. Dabei sollte immer das gesamte Gemeinwesen als Hintergrund aller Darstellungen erfaßt werden, zumal man auch in Venedig die große Gefahr darin sah, daß ein Einzelner aus dem Gleichheitsverständnis der Amtsträger ausbrechen und so ähnlich dem monarchischen Absolutismus Zentrum und Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Staatsfeierlichkeiten werden könnte<sup>83</sup>. In Venedig ging eine solche Gefahr vom Dogen aus, offiziell nur *primus inter pares*. Als Folge aber des Versuchs mehrerer Dogen an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, sich entgegen dem Herkommen als Individuen und nicht als Typen in demütig knieender Haltung vor dem Markuslöwen darstellen zu lassen<sup>84</sup>, kam es mit der Oligarchie zu schweren Konflikten, die in einer Art Gegensteuerung mit Aufträgen an Künstler versuchte, den ganzen Staat einzubeziehen, wofür die Loggia Sansovinos ein Beispiel ist. In dieser den Staat insgesamt so stark betonenden Gegenlinie müssen aber vor allem die großen und prunkvollen Staatsfeste gesehen werden<sup>85</sup>, die alle politisch-ideologischen Charakter hatten, und schließlich auch die offiziell geförderten Schriften über Verfassung und Republikanismus der *Serenissima*<sup>86</sup>: „Political writings and civic rituals equally proclaimed a mythic vision of Venice as a sovereign, free city possessed of a perfect social hierarchy and contented class groupings ... The promulgation of an ideology of republicanism might be seen as an attempt to find an alternative to unifying the republic through the cha-

<sup>80</sup> H. Hoffmann, *Rat- und Zunftstuben* (Frauenfeld 1933) 89.

<sup>81</sup> William J. Bouwsma, *Venice and the Defense of Republican Liberty* (Berkley/Los Angeles 1968); Zera S. Fink, *The Classical Republicans* (Evanston 1945); Robert Finley, *Politics in Renaissance Venice* (London 1980); Edward Muir, *Civic Ritual in Renaissance Venice* (Princeton 1981) 13–61; im folgenden zitiert: Muir, *Civic Ritual*.

<sup>82</sup> Dies ist auch für die Stellung der Person des Künstlers nicht ohne Folgen geblieben: „Just as Venice was selfconsciously maintaining its republican traditions throughout the sixteenth century, so it was maintaining the Renaissance traditions of the artist, not as a courtier but as a free citizen, treated as a friend and not as a servant by his aristocratic patrons and working as much for the public as for his employer.“ Zit. Helmut G. Koenigsberger, *Republics and Courts in Italian and European Culture*, in: *Past and Present* 83 (1979) 29. Vgl. auch Ellen Rosand, *Music in the Myth of Venice*, in: *Renaissance Quarterly* Vol. XXX, Nr. 4 (1977) 515–521.

<sup>83</sup> Muir, *Civic Ritual*, 251–296.

<sup>84</sup> Edward Muir, *Images of Power: Art and Pageantry in Renaissance Venice*, in: *American Historical Review* 84 (1979) 26/27.

<sup>85</sup> Muir, *Civic Ritual*, 185–211.

<sup>86</sup> Heinrich Kretschmayr, *Geschichte Venedigs*, Bd. 3 (Stuttgart 1934) 558–560.

risma of the doge ... Hence, republican ideology, in a sense, replaced princely charisma.“<sup>87</sup> Die großen Prozessionen und Zeremonien haben ihre besondere Bedeutung darin, daß in ihnen die Verfassung lebendig wird. Die Prozessionsordnung „emphasized a continuity of institutionalized offices transcending any particular office-holder ... Each symbol or person in the procession corresponded to a specific principle or institution; placed together and set in motion, they were the narrative outline for the myth of Venetian republicanism.“<sup>88</sup>

Dieser Mythos als Ausdruck der venezianischen Verfassung wie des Bildes der eigenen Geschichte fand seinen sichtbaren Ausdruck neben den Prozessionen vor allem in den historisch-politischen Darstellungen im Dogenpalast. Der nach schweren Bränden der Jahre 1574 und 1577 stark beschädigte Palast wurde im Außenbau in seinen gotischen Formen restauriert<sup>89</sup>; im Innern wurden die ausgeführten Bildprogramme im Gefolge der Neuausstattung des Regierungspalastes nunmehr der Ausdruck eines Selbstverständnisses, das der realpolitischen Bedeutung Venedigs in Europa nicht mehr entsprach<sup>90</sup>. Man suchte sich in einer mythisch verklärten Geschichte einzurichten und zu sehen, wobei durch Meister wie Tizian und Tintoretto Kunstwerke allerhöchsten Ranges entstanden sind. Im Dogenpalast wollte man einen zweiten Tempel Salomons sehen, als Sitz von Weisheit und Gerechtigkeit des venezianischen Staates und seiner Regierung<sup>91</sup>.

Der Mythos machte sich auch bemerkbar im Versuch, die Bedeutung des eigenen Staates mit dem Hinweis auf das (eben gerade jetzt nicht mehr vorhandene) Machtpotential Venedigs immer wieder zu betonen, auf die eigene Unabhängigkeit und Gleichrangigkeit mit den großen Mächten Europas immer wieder zu verweisen. Man kann in diesem Versuch eine konservative Utopie sehen, einen Fluchtweg in die als groß erinnerte Geschichte. Beispiele dafür sind die beiden Gemälde im Saal des Zehnerrates, einmal die Darstellung des Treffens zwischen Papst Alexander III., Kaiser Friedrich I. und Sebastiano Ziani, dem venezianischen Dogen, im Jahr 1177, das die Unabhängigkeit Venedigs von der höchsten geistlichen und weltlichen Macht Europas und seine Gleichstellung mit ihnen verdeutlichen soll; andererseits das Bild des Friedens von Bologna 1529, zwischen Kaiser Karl V. und Papst Clemens VII. geschlossen, wo der Hinweis auf die venezianische Unabhängigkeit erneut aufgegriffen wird.

Der Saal des Großen Rates ist das politische Zentrum Venedigs. Dieser prächtigste Saal des Dogenpalastes ist mit Historiengemälden und vergoldetem Stuck geschmückt. Dargestellt finden sich Bilder vom Vierten Kreuzzug und der Eroberung Konstantinopels 1204, ein weiteres Erinnerungsstück an die einstige Großmachtstellung. In diesem Saal befindet sich auch jenes große Bild, in dem die Ideen der neuen

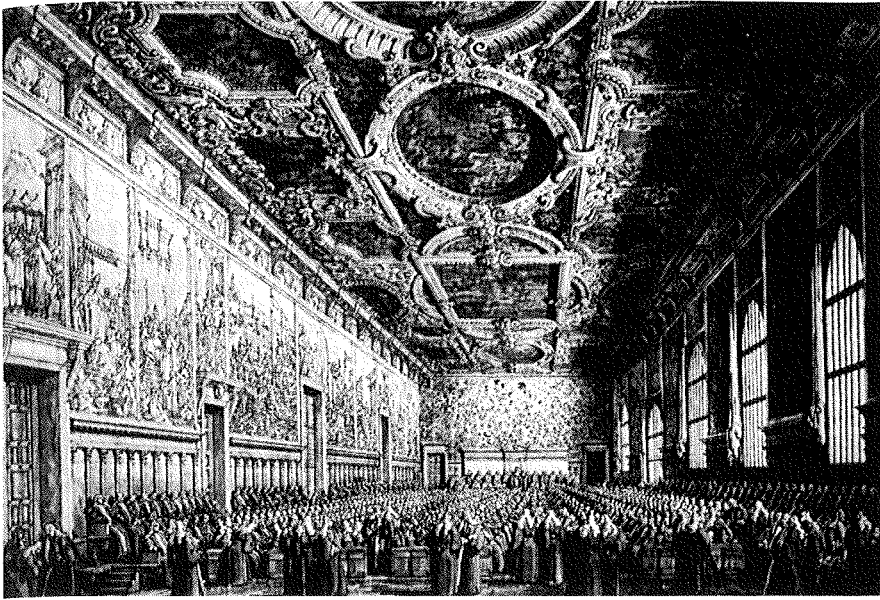
<sup>87</sup> Muir, *Civic Ritual*, 304/305.

<sup>88</sup> Ebd., 211.

<sup>89</sup> Eine Beschreibung mit Grundrissen gibt Max Ongaro, *Der Dogenpalast* (Venedig 1932).

<sup>90</sup> Stefania Mason Rinaldi, *Storia e mito nei cicli pittorici di palazzo Ducale*, in: Katalog „Architettura e Utopia nella Venezia del Cinquecento“ (Venedig 1980) 80/81.

<sup>91</sup> Robert Finley, *Politics in Renaissance Venice* (London 1980) 28.



*Venedig – Der Große Rat, von Antonio Canaletto, London, British Museum, aus dem Ausstellungskatalog „Canaletto“, hrsg. von Alessandro Bettagno, Vicenza 1982*

nachtridentinischen „teologia di stato“<sup>92</sup> mit dem Geschichtsmythos der Serenissima deutlich vermischt erkannt werden können, das „Paradies“ des Tintoretto von 1590. In seinem Mittelpunkt steht die von Sternen bekrönte Himmelskönigin Maria, Symbol auch Venedigs und der Gerechtigkeit, welche drei Bedeutungen zu einer einzigartigen Darstellung der Serenissima verschmelzen. Auf dem Bild sind weiters zu sehen Heilige der Republik, wie St. Nikolaus als Schutzheiliger der Eroberung Konstantinopels, St. Christophorus für den Frieden von Lodi 1454, oder Sta. Giustina für den Sieg bei Lepanto 1571. Der historisch-theologische Bezug ist überdeutlich; man erlebt sich als katholische Stadt, zugleich als göttliche Gründung: „Venezia fu creata, secondo il progetto di creazione del mondo, da Dio e fondata nel giorno dell’Incarnazione (cioè, dell’Annunciazione); essa è di fattura divina ed eterna, è immagine del cielo e del Paradiso, è sempre vergine e sede di tutte le virtù, e rassomiglia la Vergine Maria.“<sup>93</sup> Mit Hilfe der tridentinischen Lehre gelangte man so zu einer Verbindung des antiken Ide-

<sup>92</sup> *Staaie Sinding-Larsen*, L’immagine della Repubblica di Venezia, in: Katalog „Architettura e Utopia nella Venezia del Cinquecento“ (Venedig 1980) 40–49.

<sup>93</sup> Ebd., 40.

als der gemischten Verfassung<sup>94</sup> mit den Ideen des erneuerten Katholizismus; je stärker der realpolitische Niedergang der Machtstellung war, je unübersehbarer die relative Bedeutungslosigkeit Venedigs wurde, desto stärker mußte der Staatsmythos als Ersatz für die tatsächliche Ohnmacht Venedigs propagiert werden. Neidlos muß zugegeben werden, daß der Serenissima dieses der Welt gezeigte Schauspiel überzeugend gelang<sup>95</sup>.

## Ausblick nach Amerika und Frankreich

Als Abschluß der Untersuchung über die Selbstdarstellung der europäischen Republiken in der frühen Neuzeit bietet sich ein Blick auf die am Ende des 18. Jahrhunderts zu beiden Seiten des Atlantiks neu entstandenen Republiken der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreichs nicht zufällig an. Es ist nämlich als Tatsache bemerkenswert, daß eben von diesen beiden großen Flächenstaaten, nicht aber von den europäischen Stadtrepubliken der Siegeszug des demokratischen Republikanismus ausgegangen ist. Andererseits führt die Frage nach den Formen und Inhalten republikanischer Selbstdarstellung in diesen beiden Ländern zu der Feststellung, daß der Traditionszusammenhang mit dem kulturellen Erbe Europas in höchstem Maß gewahrt blieb. Vor allem aber war es die römische Antike, die – zum letztenmal in der Geschichte – für diese neuen Republiken vorbildhaft wurde<sup>96</sup>.

### a) *Thomas Jefferson und die Architektur*

Wie im englischen Mutterland war die Krone auch in den nordamerikanischen Kolonien der höchste Ausdruck für die Einheit des britischen Reichsverbandes. Im Augenblick der Unabhängigkeit Nordamerikas mußte sich daher die Frage nach einem Ersatz dieses monarchischen Symbols stellen. Thomas Paine kommt das Verdienst zu, in seiner kleinen Schrift „Common Sense“ von 1776 dieses Problem angeschnitten zu haben. Auf die Frage, wer den Platz der Krone einnehmen sollte, gab er die bemerkenswerte Antwort: „Yet that we may not appear to be defective even in earthly honors, let a day be solemnly set apart for proclaiming the charter; let it be brought forth placed on the divine law, the Word of God; let a crown be placed thereon, by which the world may know, that so far as we approve monarchy, that in America THE LAW IS KING ... But lest any ill use should afterwards arise, let the crown at the conclusion

<sup>94</sup> Die Darstellung des venezianischen Regierungssystems als gemischte Verfassung war selbst Teil des Staatsmythos; von zentraler Bedeutung wurde hier die 1543 im Druck erschienene Schrift „De Magistratibus et Republica Venetorum“ des Gasparo Contarini. – Über die Einflüsse dieser Theorie aus Venedig: *Felix Gilbert*, *The Venetian Constitution in Florentine Political Thought*, in: *Florentine Studies. Politics and Society in Renaissance Florence* (London 1968) 463–500; *Zera S. Fink*, *The Classical Republicans* (Evanston 1945).

<sup>95</sup> *William Bouwsma*, *Venice and the political education of Europe*, in: *J. R. Hale* (Hg.), *Renaissance Venice* (London 1973) 445–466.

<sup>96</sup> Vgl. *R. R. Bolgar*, *Classical Influences on European Culture*, 2 Bde. (Cambridge 1971–76).



of the ceremony be demolished, and scattered among the people whose right it is.“<sup>97</sup> Einerseits fließen hier ältere Traditionen zusammen, wie im Hinweis auf die Möglichkeit tyrannischer Entartung der Königsherrschaft, von weitaus größerer Wichtigkeit wurden jedoch die Betonung der Volkssouveränität und das Bekenntnis zur Herrschaft der Gesetze, was sich schließlich im Stellenwert und in der Bedeutung einer geschriebenen Verfassung als zentralem Dokument der Gesetzesherrschaft ausdrücken sollte<sup>98</sup>. Das neue Staatssymbol der Verfassung würde jedoch allein nicht ausreichen, dem neuen Staat inneren Zusammenhalt zu geben. Nicht zufällig wurde daher zusätzlich ein tugendhaftes<sup>99</sup>, republikanisches Verhalten<sup>100</sup> gefordert, das durch eine republikanische Erziehung<sup>101</sup> gewährleistet werden sollte.

Man suchte aber auch nach geeigneten Formen architektonischer Selbstdarstellung, wobei Thomas Jefferson an erster Stelle zu nennen ist: Er war immer überzeugt, daß er seinem Land eine in allen sozialen Schichten rezipierbare Baukunst schaffen müsse; die Formen für diese, „nationale“ Architektur fand er in der römischen Antike. Während seiner Aufenthalte in Frankreich bereiste er das Land häufig und zeigte sich tief

<sup>97</sup> Zit. *Harry Hayden Clark* (ed.), *Thomas Paine, Representative Selections etc.* (New York 1944) 33.

<sup>98</sup> Die in diesem Ausmaß in Europa schwer verständliche Verehrung der Verfassungsurkunde hebt diese in den Rang eines religiösen Dokuments. Gemeinsam mit der Unabhängigkeitserklärung und der Bill of Rights bildet die Verfassung die „Charters of Freedom“, die streng bewacht und bestens gesichert in den National Archives in Washington, D. C. aufbewahrt sind und bis heute das Fundament des demokratisch-republikanischen Selbstverständnisses der USA ausmachen.

<sup>99</sup> Bekanntlich hat Montesquieu in seinem „*De l'esprit des lois*“ von 1748 drei Regierungsformen unterschieden und ihnen jeweils ein bestimmtes Prinzip zugeordnet: Der Despotie die Furcht, der Monarchie die Ehre und der Republik die Tugend (*vertu*). Sein Begriff von Tugend unterscheidet sich sowohl von den traditionellen christlichen Herrschertugenden als auch von den vier Kardinaltugenden, und so antwortete er auf die Frage, welche Tugend gemeint sei, „*ce n'est point une vertu morale, ni une vertu chrétienne, c'est la vertu politique*“ (*L'esprit des lois* I,5). Diese politische Tugend besteht nun in der Hinwendung zum „Vaterland, zur Gleichheit der Menschen (innerhalb des republikanischen Staates) und zur ‚*frugalité*‘, zur äußersten materiellen Genügsamkeit. Es handelt sich somit um ein Hintanstellen persönlicher, privater, individueller Interessen oder Leidenschaften zugunsten des Staates“. Zit. *Gerald Stourzh*, *Die tugendhafte Republik*. Montesquieus Begriff der ‚*vertu*‘ und die Anfänge der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch (Graz/Wien/Köln 1965) 249.

<sup>100</sup> Für das hier Gemeinte gab Jefferson selbst ein Beispiel in der Frage öffentlicher Reden und Ansprachen des Präsidenten im Kapitol; er unterbrach die bisherige Praxis „of delivering Presidential messages in person on the ground that such a practice savored too much of ‚speeches from the throne‘ and had his messages read by clerks of the Senate and House. Jefferson's method was followed by all Presidents until Woodrow Wilson revived the older form“. Zit. *The WPA Guide to Washington, D. C.* 1942 (Neuaufgabe New York 1983) 146.

<sup>101</sup> Vgl. *Jacqueline S. Reinier*, *Rearing the Republican Child: Attitudes and Practices in Post-Revolutionary Philadelphia*, in: *The William and Mary Quarterly*, Third Series, Vol. XXXIX, No. 1 (1982) 150: „It was imperative ... to give republican stability to the character of the rising generation, for the very survival of America's ‚new form of government‘ ... would depend on the public virtue of citizens.“

beeindruckt von den römischen Überresten, speziell in der Provence<sup>102</sup>. Besonders klar zeichnet Jefferson seine Ansichten dazu in einem Brief von 1785, den er anlässlich der Planungen für das Kapitol in Richmond (Virginia) an James Madison schrieb: „We ... took for our model what is called the Maisonquarrée of Nismes, one of the most beautiful, if not the most beautiful and precious morsel of architecture left us by antiquity. It ... has the suffrage of all the judges of architecture who have seen it ... It is very simple, but it is noble beyond expression, and would have done honour to our country as presenting to travellers a morsel of taste in our infancy promising much for our maturer age ... You see I am an enthusiast on the subject of the arts. But it is an enthusiasm of which I am not ashamed, as it's object is to improve the taste of my countrymen, to increase their reputation, to reconcile to them the respect of the world and procure them it's praise.“<sup>103</sup> Hier kommt klar Jeffersons Ziel zum Ausdruck, den klassischen Formenkanon für die Vereinigten Staaten zu adaptieren, wobei die daraus entstehenden architektonischen Gestaltungen der öffentlichen Bauten Ausdruck und Symbol einer republikanischen Grundhaltung sein sollten, die Jefferson in den Bauten des römischen Pantheon wie der Maison Carrée verkörpert sah.

Da Jefferson auch der Ansicht war, Amerika sollte eine von England abgehobene Kultur entwickeln, wollte er dies im Bereich der öffentlichen Bauten durch eine vom klassischen Kanon inspirierte Architektur tun; sie sollte mithelfen, die republikanischen Gesinnungen seines Landes adäquat zum Ausdruck zu bringen<sup>104</sup>, und damit erreichen, die heranwachsende Generation einem humanistischen Geist anzunähern, der sich unabhängig vom Einfluß einer Kirche oder den Zwängen des Industriesystems<sup>105</sup> entfalten sollte. Dieses Ideal ist zwar Utopie geblieben, aber Jefferson hat immerhin erreicht, daß die neue Republik einen vom antiken Rom inspirierten und von Palladio geprägten Klassizismus als offiziellen Nationalstil erhalten hat, der die Erscheinung der öffentlichen Gebäude, vor allem der an Washingtons Kapitol orientierten Legislativbauten der Einzelstaaten, bis heute wesentlich bestimmt<sup>106</sup>.

<sup>102</sup> Vgl. den Brief an Madame de Tessé aus Nîmes vom 20. 3. 1787: „Here I am, Madam, gazing whole hours at the Maison quarrée, like a lover at his mistress ... It is out of all precedent! ... From Lyons to Nismes I have been nourished with the remains of Roman grandeur.“ In: *Merill D. Peterson* (Hrsg.), *The Portable Thomas Jefferson* (New York 1976) 418.

<sup>103</sup> Ebd., 389/390.

<sup>104</sup> *Rosenblum*, *Transformations*, 124.

<sup>105</sup> Jeffersons architektonisches Hauptwerk, die Universität von Virginia in Charlottesville, zugleich erste Universitätsgründung der unabhängigen USA, ist als „academic village“ in bewußtem Gegensatz zu dem sich rasch ausbreitenden „industrial village“ errichtet worden: „Era intenzione di Jefferson di preparare intellettualmente e culturalmente le generazioni future contro ogni forma di schiavitù, in uno spirito classico e umanistico, quello del pursuit of happiness ... Per poter realizzare questo, bisognava operare in una democrazia agraria, di cui Monticello doveva essere il simbolo. Il villaggio agrario, in parallelo al villaggio accademico, doveva essere produttivo, autonomo dal sistema industriale, autosufficiente, economicamente valido.“ Zit. *Mario Valmarana*, *Il Palladianesimo negli Stati Uniti d'America*, in: *Katalog „Palladio: La sua eredità nel mondo“* (Venedig 1980) 262/263.

<sup>106</sup> Ebd., 276.

*b) Das revolutionäre Frankreich*

Wie in Amerika kam man auch in Frankreich zu ähnlichen Antworten auf die Frage, wodurch die Zeichen des Königtums ersetzt werden könnten. Hier kamen nun der Verfassungsurkunde im Verein mit der Erklärung der Menschenrechte als neuen Staatssymbolen ebenso überragende Bedeutung zu wie den Darstellungen von Freiheit und Gleichheit. Wie man sich darüberhinaus eine Umsetzung dieser Ideen und Symbole in Architektur vorstellte, illustriert sehr anschaulich ein Auszug aus einem Beschluß des Wohlfahrtsausschusses von 1794, der die Verschönerung und Ausgestaltung des Nationalpalastes als Sitz des Konvents zum Inhalt hat: „Der Hof des Nationalpalastes wird nach der Seite des Carrousel durch eine kreisförmige Kolonnade abgeschlossen. Die Figuren der republikanischen Tugenden werden auf Sockeln über diesem fortlaufenden Piedestal als Symbol der Einheit der Republik aufgestellt. An der Stirnseite jedes Sockels nach dem Hof zu wird ein flammender Stern angebracht, der den Nationalpalast nachts beleuchtet. Die Erklärung der Menschenrechte und die Verfassungsurkunde werden in vergoldeten Bronzelettern auf den Säulenstuhl geprägt. Auf der Kuppel wird eine aufrecht stehende Bronzeplastik der Freiheit aufgestellt, die in einer Hand die Trikolore, in der anderen die Erklärung der Menschenrechte hält.“<sup>107</sup>

Bemerkenswert ist der Hinweis auf die republikanischen Tugenden, die über Darstellungen der bildenden Kunst den Menschen als „*exempla virtutis*“ ständig vor Augen stehen sollten. Die hinter diesen Darstellungen stehenden Absichten sind deutlich einer Eingabe der „*Société populaire et républicaine des Arts*“ an den Konvent vom Jänner 1794 zu entnehmen, wo es heißt: „Beschließt außerdem, daß Darstellungen der heroischen und tugendhaften Taten überall ... aufgestellt werden; die der Bürgertugenden auf den öffentlichen Plätzen: das Volk soll sich selbst dort gestaltet sehen ... (errichtet) Standbilder der Republikaner, die durch ihre Hingabe an den neuen Staat Opfer geworden sind ... Das Bild des Cato wappnete Decimus Brutus gegen Caesar und rettete die Freiheit Roms.“<sup>108</sup> Die angesprochene Bezugnahme auf Rom ist nun in Frankreich bereits vor der Revolution so stark gewesen, daß man zeitweise von einem „Kult des Altertums“<sup>109</sup> sprechen muß. Obwohl man dabei nicht von einer „republikanischen“ Vorliebe für die römische Antike sprechen kann, zumal sich eine verstärkte Befassung mit römischen Tugendsujets seit etwa 1760 feststellen läßt<sup>110</sup>, ändert das nichts daran, daß sich aufgrund dieser Vorarbeiten das „römische Pathos“ im revolutionären Frankreich müheless an den Tugendbildern aus der „monarchischen“ Vergangenheit entzünden konnte. Die enorme Bedeutung, die der künstlerischen Präsentation dieser Tugendrhetorik für die politische Propaganda in bestimmten Phasen der Revolution zukam, geht aus einem Bericht des Bildungsausschusses an den Kon-

<sup>107</sup> Zit. Katharina Scheinfuß (Hrsg.), Von Brutus zu Marat. Kunst im Nationalkonvent 1789–1795 (Dresden 1973) 82; im folgenden zitiert: Scheinfuß, Brutus.

<sup>108</sup> Ebd., 75/76.

<sup>109</sup> Harold T. Parker, The Cult of Antiquity and the french Revolutionaries. A Study in the development of the revolutionary spirit (Chicago 1937).

<sup>110</sup> Rosenblum, Transformations, 50–106.

vent vom November 1793 hervor, wo es im Hinblick auf die Aufgaben der künstlerischen Darstellung heißt: „Kunstdenkmäler sind aber nicht nur zur Augenweide bestimmt, sie sollen zugleich in die Seele dringen und ähnlich der Wirklichkeit einen tiefen Eindruck auf den Geist machen; wenn die Züge des Heroismus, der Bürgertugenden so den Blicken des Volkes geboten werden, elektrisieren sie seine Seele und werden alle Ruhmesleidenschaften, die Hingabe an das Wohl des Vaterlandes zum Keimen bringen.“<sup>111</sup>

## Zusammenfassung und Ergebnis

Am Ende dieser Untersuchung ist zur Ausgangsfrage zurückzukehren, inwieweit man nämlich politische Architektur und bildende Kunst in den Stadtstaaten des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit als Bedeutungsträger spezifisch „republikanischer“ Inhalte lesen und verstehen kann. Nach dem dazu Gesagten ergeben sich als Beantwortung dieser Frage zwei Hinweise: Der erste besteht im Erkennen der fundamentalen Bedeutung einer die politisch-kulturellen Eliten sowohl der Monarchien wie der nichtmonarchischen Staatswesen verbindenden und umfassenden Bildungstradition, deren Inhalte und Sujets in der antiken wie jüdisch-christlichen Überlieferung ihre Wurzeln und ihre Basis hat. Erst innerhalb dieser gesamteuropäischen Tradition kann die Frage nach dem Besonderen einer republikanischen Selbstdarstellung sinnvoll gestellt werden. Dabei kommt man immer wieder zu dem Schluß, daß formal wie inhaltlich Zitate, Metaphern oder sonstige Zeichen als Ausdruck eines republikanischen Selbstverständnisses nur ein Element, nur eine wenn auch unterschiedlich stark betonte Komponente innerhalb eines größeren, höchst komplexen Bedeutungszusammenhangs ausmachen.

Daraus ergibt sich unmittelbar der zweite Hinweis: Alle Versuche einer Interpretation und Deutung der Intentionen politischer Architektur wie der als Staatskunst erkennbaren Skulpturen und Malereien stellen ein mit größter Vorsicht zu betreibendes Unternehmen dar. „So lange es keine zuverlässigen Hinweise dafür gibt, daß etwa ein Rathaus, an dem man Elemente des römischen Senatorenpalastes zu erkennen glaubt, auch tatsächlich auf dieses oder andere historische Vorbilder anspielen soll, ... ist die Interpretation auf die bloße Form angewiesen und alle weiterreichenden Schlüsse bleiben angreifbar.“<sup>112</sup> Für die inhaltlichen Aussagen gelten die Verpflichtungen einer analogen Selbstbeschränkung.

Dennoch, es ist unsere Aufgabe, nach der Entschlüsselung, Dekodierung, Interpretation vermutlicher Absichten und Aussageintentionen in den Bauten, Plastiken und Gemälden zu suchen; in diesem Zusammenhang habe ich auf eine Semiotik im Sinn eines recht verstandenen Angebots verwiesen, „eine mögliche interdisziplinäre Me-

<sup>111</sup> Zit. *Scheinfuß*, Brutus, 68.

<sup>112</sup> *Zimmer*, Rathaus, 210.

thode zu sein, die Verbindungen unter verschiedenen Fächern schaffen kann<sup>113</sup>. Hier wäre ein großes Aufgabengebiet für die Entzifferung des Bedeutungsgehalts von Kunstwerken, gelesen als politische Dokumente, fruchtbar zu machen, zumal die Betrachtung der bildenden Kunst als Zeichensystem schon eine Tradition in den Arbeiten zur Ikonographie, Ikonologie und Strukturanalyse hat<sup>114</sup>. Ein zentrales Ziel müßte es also sein, für die Interpretation im hier untersuchten Kontext zu einem Rahmen gelangen zu können, der dem interessierten Betrachter gestattet, im Fall auch nicht vorhandener eindeutiger, quellenmäßig belegter Hinweise zu einem Entzifferungsergebnis mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit zu kommen. Mehr als Ansätze dazu finden sich hierzu in der vorliegenden Untersuchung noch nicht; die Arbeit versteht sich vielmehr als weitere Anregung, in der angedeuteten Richtung vertieft zu wirken.

<sup>113</sup> Oskar Bätschmann, Semiotik für die Kunstgeschichte?, in: Neue Zürcher Zeitung – Fernaussgabe 92 (1983) 33.

<sup>114</sup> Ebd., 33/34. – Vgl. Ekkehard Kaemmerling (Hrsg.), Ikonographie und Ikonologie. Theorien-Entwicklung-Probleme (Bildende Kunst als Zeichensystem, Bd. 1, Köln 1979).

*Nils Runeby*

## Notizen über eine verhinderte Republik

### I

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts, zur Zeit Königin Christines, kam es in Schweden zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Adelsstand und den nichtadeligen Ständen. Die Abalienationspolitik, das Verhältnis zwischen König und Ständen und der Stände zueinander wurde in Frage gestellt; die Situation spitzte sich dramatisch zu, weil auch die Sukzessionsfrage und die Stellung des Königs in die Debatte hineingezogen wurden<sup>1</sup>. In einem bekannten und in der Literatur oft erwähnten und kommentierten Pamphlet von adeliger Tendenz klagten sich die Sprecher der vier Stände gegenseitig an, das richtige Gleichgewicht im Reiche zu gefährden. Hier wird dem Adel vorgeworfen, entweder „so die Zügel der Könige selbst zu greifen und ihre potentiam zu moderieren, daß ein König nicht mehr herrsche, als der Adel will“, oder „eine Aristocratia oder irgendwelche andere Form von Republique formieren zu wollen“, wodurch auch die anderen Stände unterdrückt würden.

Der Adelige antwortet indigniert, daß der Adel die vornehmste Stütze des Königs sei, daß bei einer Schwächung des Adelsstandes das größte „Fundament auf [ein] populares imperium und [eine] Veränderung des Staates“ gelegt werde, und er klagt vor allem die Bürger und Geistlichen an: „Sie sind treffliche Respublicaner: ich denke Sie träumen, dass Sie in Rom sind, dass die Bürgermeister Marius und Cinna noch regieren, oder Sie haben so lange in Holland studieret und dort das popularische Regiment eingesauget, dass Sie denken [daß] eine Monarchie nicht mehr existiere“. Durch ihr Benehmen auf dem Reichstag und ihre Forderungen auf ein ständisches Initiativrecht und auf gemeinsame Beratungen „bringen Sie eine Menge Novitäten zur Sprache und greifen in arcana status“. Die Königin werde sie so strafen, daß sie ein anderes Mal „jura majestatis und regalia unturbieren lassen“. Die Bürgermeister werden außerdem beschuldigt, nicht ihren eigentlichen Pflichten nachzugehen, sondern sich mehr dafür zu interessieren, wie es bei Hofe zugehe, französisch und italienisch zu sprechen und Tacitus zu zitieren. In gleicher Weise wird gegen die Geistlichen der Vorwurf erhoben, Machiavelli, Campanella und Clapmarius statt der Bibel zu studieren.

<sup>1</sup> Vgl. *Michael Roberts*, Queen Christina and the general crisis of the seventeenth century, in: *Past and present* (1962). Die zitierten Pamphlete sind in *Nils Runeby*, *Monarchia mixta* (*Studia historica upsaliensia* 6, Stockholm 1962) erwähnt worden.

Man könnte mit einigem Recht behaupten, daß die Beschuldigungen gegen die nichtadeligen Stände zu damaliger Zeit in Schweden verhältnismäßig neu waren, und daß man jetzt bei diesen Ständen tatsächlich neue politische Ansprüche (und Lese-früchte) finden konnte. Adelsfeindliche Aussprüche oder Versuche, die adeligen Bestrebungen verdächtig zu machen, können hingegen schon früher ohne Schwierigkeiten nachgewiesen werden. Während der Vormundschaft der Königin Christine heißt es in einer auf Deutsch geschriebenen Darstellung: „trug der gantze stat die gestalt einer aristocratij“. Es gebe keinen Grund, heißt es in einer anderen Schrift, aus Schweden einen dänischen oder polnischen Staat zu machen. Seit Gustav Vasa haben nämlich die Könige in Schweden „eine angemessene Macht und die Stände haben einander im Gleichgewicht gehalten“. Schon Gustav Adolf selbst klagte – in einem Entwurf zu einer Geschichte seiner Zeit aus den 1620er Jahren – die adelige Generation am Ende des 16. Jahrhunderts an, umstürzlerische Ambitionen zu hegen. Sie wolle „die Gehorsamkeit des Volkes von den Königen abwenden, um dann mit der Zeit in aller Ruhe ihre eigene Macht befestigen“ zu können. Gustav Adolfs heftige Worte, schreibt Sven Lundkvist in einem Kommentar zu eben diesem Zitat, zeigen „seine Angst vor einer Adelsrepublik wider die Fundamentalgesetze Schwedens und das schwedische Recht“. Das Regiment des Reichsrates und des Hochadels würde nach Auffassung des Königs das Reich ins Chaos stürzen, und nur die Königsmacht könne die rettende und einende Kraft sein. Für den einflußreichen Mitarbeiter des Königs, Axel Oxenstierna, dagegen „gab es immer die Adelsrepublik als Ideal im Hintergrund“<sup>2</sup>.

Ob dies nun wirklich die Idealvorstellungen des Reichskanzlers waren, ist eine umstrittene Frage. Offiziell (und belehrend) erklärt Axel Oxenstierna in seinen Gesprächen mit Bulstrode Whitelocke, wie das richtige schwedische System funktioniere: Alle im Reich kennen ihre Rechte und Pflichten, das Volk nimmt an den Reichstagen teil, die Macht des Königs hat bestimmte Grenzen und „both the king and people are content with what they have and indeavour nothing of disquiet unto either“<sup>3</sup>.

Wenn ein Stand versuche, eine Vormachtstellung zu gewinnen, werde – nach den Pamphletschreibern – die notwendige Einheit des Reiches gestört. In Polen und Dänemark (vor 1660) herrsche eigentlich die Aristokratie, in Holland gebe es (nach 1650) das „popularische Regiment“. In Schweden dagegen mit seiner ‚bedingten‘ Erbmonarchie, mit Reichsrat und Vierständereichstag sei die Staatsform richtig, weil hier ein angemessenes Gleichgewicht zwischen König und Ständen bestehe. Mit einer gewissen Skepsis wurden auch Veränderungen in der Nachbarschaft zur Kenntnis genommen.

<sup>2</sup> Sven Lundkvist, Verklighetsuppfattning och verklighet. En studie i Gustav II Adolfs handlingsramar, in: Studier i äldre historia tillägnade Herman Schück (Stockholm 1985). Unter anderem Gesichtspunkt kann Günter Barudio in seiner großen Biographie: Gustav Adolf – der Große. Eine politische Biographie (Frankfurt/Main 1982) von einer „Monarchie im libertären und republikanischen Sinne“ und von dem „Republikanismus seines / = Gustav Adolfs / Königtums“ (90, 351) sprechen. Zur Forschungslage siehe den zusammenfassenden Artikel von Erling Ladevig Petersen, Gustav II Adolf. En oversigt over nyere forskning, in: Historisk tidsskrift (Dänemark) 83 (1983).

<sup>3</sup> Vgl. Gerald E. Aylmer, English Perceptions of Scandinavia in the 17th Century, in: Europe and Scandinavia. Aspects of the Process of Integration in the 17th Century, hrsg. von Göran Rystad (Lund Studies in International History 18, Lund 1983).

In einem Bericht über die neuesten Nachrichten aus Kopenhagen 1660 fragt sich ein schwedischer Diplomat, was nun mit den Gesetzen des Landes und den „*juribus ordinum regni*“ passiere, wenn der König absolut geworden sei, und ob da nicht „*Confusion*“ und Durcheinander entstünden. Und was sei denn eigentlich mit dem Begriff ‚absolut‘ gemeint?

Wie erwähnt, konnte die schwedische ‚Mischung‘ unterschiedlich interpretiert und politisch ausgenutzt werden<sup>4</sup>, und man kann beobachten, daß auf dem Weg von einer ständischen Verteidigung gewisser herkömmlicher Rechte und Vorstellungen von einer gemischten Staatsform bis hin zu einem aristokratischen oder ‚popularischen‘ Regiment offenbar verschiedene ‚Grauzonen‘ existierten, die unklar erscheinen können, die aber in einem ‚republikanischen‘ Zusammenhang nicht unwichtig sind. Diese Unklarheiten werden in den Beiträgen des Colloquiums mehrmals betont<sup>5</sup>, wobei auch die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, den Republikbegriff zu problematisieren, der in seiner ‚richtigen‘ Form nur bei Spinoza vorhanden gewesen zu sein scheint.

In diesem Zusammenhang kann es auch sinnvoll sein, Schweden heranzuziehen, obwohl hier weder im 16. noch im 17. Jahrhundert eine ‚Republik‘ zustande kam. Beachtet man aber die eigenartigen ‚Grauzonen‘ und die politische Praxis, werden bereits die Bürgerkriege der späten Unionszeit und des 16. Jahrhunderts von Interesse sowie die häufigen Thronwechsel, die Minorennitätsperioden und Vormundschaftsregierungen des 17. Jahrhunderts. Im 18. Jahrhundert kam Schweden an eine Republik so nahe wie nur möglich heran – nur der Name fehlte –, und sehr frühe Ansätze zu einem Parteiensystem liegen vor<sup>6</sup>. Hier muß nicht nur die Frage gestellt werden, wie es nach dem Tode Karls XII. dazu kam, sondern auch, welche Voraussetzungen und Traditionen vorhanden waren, die dorthin führen konnten.

Die folgenden kurzen Punkte gehen nicht systematisch auf die einzelnen Beiträge des Colloquiums ein, sondern schließen sich an Themen an, die im Vordergrund der Debatten standen und die – vom skandinavischen Standpunkt aus – für die Problematik von Bedeutung erscheinen.

<sup>4</sup> Zusammenfassende Gesichtspunkte und Literaturangaben bei: *Nils Runeby*, Das ‚bedingte‘ Erbreich: Schweden, in: *Der dynastische Fürstenstaat*, hrsg. von *Johannes Kunisch* (Berlin 1982). Es ist auffallend, wie vieles in der frühen niederländischen Debatte, Auseinandersetzungen über verschiedene ‚Mischformen‘, Fragen nach Widerstandsrecht, Ephoren, *Majestas realis* etc., theoretisch gesehen, sich auch in einen schwedischen Zusammenhang einfügen ließe. „Die junge Republik“, schreibt Dr. Mout, „mußte bis in die fünfziger Jahre des siebzehnten Jahrhunderts ohne eine ausgeglichene Struktur politischer Theorien von ausgesprochener republikanischer Prägung auskommen“. Erst dann wurde Holland ‚gefährlich‘ (vgl. oben).

<sup>5</sup> Robert Oresko kann anhand der von ihm analysierten, sehr komplexen Situation feststellen, daß in Genf „as with so much in early modern Europe the distribution of power“ „illdefined and fluid“ war. „It is embarrassing to note at a colloque devoted to republicanism that although the *seigneurie* of Geneva not infrequently referred to ‚the republic of Geneva‘ the concept of republicanism in the city had not developed to a notably sophisticated level“. „Evidence for a fully developed consciousness of the distinctions between republican and princely forms of government is thin.“

<sup>6</sup> Vgl. *Michael F. Metcalf*, Structuring Parliamentary Politics: Party Organization in Eighteenth Century Sweden, in: *Parliaments, Estates and Representation* 1 (1981).



## II

Im Zusammenhang mit ‚richtigen‘ Republiken, Halbrepubliken, potentiellen Republiken und verhinderten Republiken sind mehrere Fragen gestellt worden, u. a., inwiefern die geographische Lage, die Frage von Zentrum und Peripherie für Staatsformen in Europa von Bedeutung gewesen sein könnte. Eine Lage an der Peripherie dürfte wohl bessere Voraussetzungen für eine ‚abweichende‘ Staatsform geboten haben (das Alpengebiet, Skandinavien, Polen). Natürlich muß auch die Problematik, inwieweit die Größe des Territoriums eine Rolle spielte, beachtet werden. Es ist ein Unterschied, ob man mit Städten, Kommunen, Provinzen oder größeren Flächenstaaten arbeitet. Wichtig muß weiter die Chronologie sein. Es ist ein Unterschied, ob man sich im 15. oder im 17. Jahrhundert befindet.

Auf der anderen Seite muß man auch mit sehr zähen Strukturen rechnen, die lange, vor allem auf der Lokalebene, überleben konnten, zumal wenn eine Zentralmacht fehlte, schwach war oder geographisch weit entfernt lag. Dies geht deutlich aus den Beiträgen hervor, ob es sich nun um Beispiele aus Italien im Mittelalter oder aus dem revolutionären England im 17. Jahrhundert handelt. Mehr oder wenig selbständige, ‚feodale‘ Eliten haben sich lange erhalten oder sich rechtzeitig erneuern können. „Zentrum“ und „Peripherie“ stellen auch eine innenpolitische Problematik dar. Die schwedischen und finnischen ‚Randgebiete‘ waren für die Zentralregierung mit ihren ‚zivilisatorischen‘ Ambitionen offenbar nicht leicht zu erreichen<sup>7</sup>. Die Problematik kann vielleicht anhand eines etwas extremen Beispiels verdeutlicht werden, eines Landes nämlich, das sowohl an der wirklichen Peripherie Europas liegt als auch ein fest umrissenes Gebiet darstellt: Island. Island war Teil des dänischen Staates, lag aber natürlich von Kopenhagen weit entfernt. Die Möglichkeit der Zentralregierung und der absoluten dänischen Könige (nach 1660), sich auf Island durchzusetzen, hatte seine Grenzen.

In einer neuen Darstellung über Island im 18. Jahrhundert wird festgestellt, daß es vor allem die isländischen Beamten waren, „who could influence decision-making in Icelandic issues in the 18th century Danish monarchy“. Die Bauern hatten keine Möglichkeit, direkten Einfluß auszuüben, und die Beamten ließen keine Auffassungen, die sich gegen ihre Interessen gerichtet hätten, bis Kopenhagen durchdringen. Die Beamten ihrerseits vertraten die Interessen der lokalen Großgrundbesitzer. „There is good reason to speak about *the* Icelandic elite.“ Das absolutistische Regiment „upheld the traditional social structure, and the Icelandic elite could continue to govern their country in the name of the king“. Diese Bereitschaft der Zentralregierung, schreibt der Verfasser Harald Gustafsson, mit einer lokalen Elite Kompromisse zu schließen, „is typical for the policy of the Danish absolutist regime, also in other parts of the monarchy. In my opinion, this behaviour is also characteristic for the limits of the exercise

<sup>7</sup> Zur Frage von Zentrum und Peripherie in Schweden/Finnland siehe die wichtige Aufsatzsammlung von *Matti Klinge*, *Runebergs två fosterland* (Borgå 1983). Vgl. weiter *Nils Runeby*, *Barbarei oder Zivilität. Zur Entwicklung einer organisierten Gesellschaft in Schweden im 17. Jahrhundert*, in: *Europe and Scandinavia* (Anm. 3).

of power in early modern Europe, not the least in the 'absolutist' monarchies." Versuche, die Stellung der Bauern im Verhältnis zu den Großgrundbesitzern zu stärken, wurde nie zu Ende geführt, weil man keine Möglichkeit sah, die Reform in der Praxis durchzusetzen<sup>8</sup>.

In welches Fach man nun die isländischen Zustände einordnet, scheint mir eine ganz offene Frage zu sein. Es spielte für die Isländer keine große Rolle, ob die Regierung in Kopenhagen aristokratisch oder monarchisch war. Dr. Roys Urteil, „that continuity of membership of the ruling body, long service to the city and a kind of Aldermanic solidarity stood in the way of any hasty or dramatic changes at the top“, bezieht sich zwar auf englische Städte, scheint aber auch auf isländische Verhältnisse anwendbar zu sein. Wichtig ist auch der Hinweis Dr. Blockmans (für eine andere Periode), daß in der *Praxis* der Städte eine alternative Kultur und eine eigene Tradition sich herausbildeten<sup>9</sup>. Es scheint mir eine zentrale Frage zu sein, der Entwicklung von der feudalen *vicinia* zu einer 'modernen' Bürokratie nachzugehen.

### III

Es ist hier auch von Bedeutung, nach dem Selbstverständnis der Eliten (auf verschiedenen Ebenen) zu fragen. Klar ist die Problematik von Dr. Bertelli formuliert worden, nämlich, ob man von einer gemeinsamen „Weltanschauung“ der Oligarchien während einer gewissen Zeit sprechen könne. Die Frage ist „de decouvrir si, pour chaque période oligarchique on peut tracer certaines lignes fondamentales (religieuses, morales) communes aux groupes dominants“. Während der von ihm behandelten Periode hebt Bertelli die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens, als *commune bonum* aufgefaßt, vor allem in Zeiten von Standesunruhen oder Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Parteien, hervor. Verbunden damit sind „des normes de 'civilité', de 'bonne conduite', qui servent d'exemple aux classes subalternes, mais qui distinguent aussi les couches supérieures des couches inférieures“. Die Stadtoligarchien der

<sup>8</sup> *Harald Gustafsson*, Mellan kung och allmoge – ämbetsmän, beslutsprocess och inflytande på 1700-talets Island (Stockholm Studies in History 33, Stockholm 1985). Siehe auch *ders.*, Upplysning, kameralism och förvaltning – en aspekt på det danska styret av Island på 1700-talet, in: 1700-tals studier tillägnade Birgitta Ericsson (Stockholm Studies in History 34, Stockholm 1985). Zur Entwicklung auf Island im 17. Jahrhundert vgl. *Lýður Björnsson*, Island i det oldenborgske rige i det 17. århundrede, in: *Magtstaten i Norden i 1600-tallet og de sociale konsekvenser* (XIX nordiske historikerkongres Odense 1984, 1, Odense University Studies in History and Social Sciences 85, Odense 1984).

<sup>9</sup> Ein zunehmender Einfluß der Elite im Laufe des 18. Jahrhunderts ist für die finnischen Städte nachgewiesen worden: „Zu beachten ist ferner, daß seit den 1730er Jahren gerade die ärmere Bevölkerung immer häufiger ihre Bürgerrechte verlor. – Die Entwicklung der Stadtverwaltung im 18. Jahrhundert war somit charakterisiert durch eine Plutokratisierung und eine stark elitistische Strömung“ (*Ilkka Mäntylä*, Valitut, ehdollepannut ja nimetetyt. Pormestarien vaalit 20 kaupungissa 1720–1808 [Helsinki 1981] 209). Zur Entwicklung der städtischen Administration in Skandinavien siehe *Birgitta Ericsson* u.a., Stadsadministrationen i Norden på 1700-talet (Oslo/Bergen/Tromsø 1982).

Renaissance wollten mitten in den Unruhen „un modèle d'honnête homme gentil“ geben<sup>10</sup>.

Formuliert auf diese Weise, scheinen die Vorstellungen merkwürdig bekannt zu sein. Es gab in Schweden im 16. und 17. Jahrhundert eine klar feststellbare, adelige Elite, eng durch Heirat und Besitz zusammengehalten, die die führenden Ämter innehatte, im Reichsrat vertreten war, und die sowohl eine politische als auch eine ökonomische Elite darstellte. Die Familien hatten auch ihre Klienten und bildeten Clans im älteren Stil. Noch klarer sind die Verhältnisse im dänischen Reich, das – wie erwähnt – in Schweden als aristokratisch dargestellt werden konnte. Dänemark, schreibt Erling Ladewig Petersen, unterscheidet sich sowohl vom europäischen Kontinent als auch von dem „schwedischen Ständestaat“ durch sein „elitär aristokratisches Staats- und Ständesystem“, und die Staatsform ist weder als eine Monarchie noch als eine Republik, sondern als eine „Dyarchie“ (Knud Fabricius) beschrieben worden, um das Verhältnis zwischen König und Rat zu charakterisieren<sup>11</sup>.

Das adelige Selbstverständnis erhielt nun in Schweden seinen symbolischen Ausdruck in dem sog. Ritterhaus in Stockholm. Hier tagte der Adel während der Reichstage, das Haus beherbergte auch den Adelsstand als Korporation, und hier mußten sich die adeligen Familien, um als Adel anerkannt zu werden, eintragen lassen<sup>12</sup>. Das Stockholmer Ritterhaus hatte eine repräsentative Funktion und kann somit mit den europäischen Rathäusern verglichen werden.

Der Bedarf, ein Haus zu bauen, lebte während der Vormundschaftsperiode in den 1630er Jahren auf. Axel Oxenstierna erklärte im Jahre 1638, er wolle ein „palatium Italicum“ haben, und der Gouverneur von Stockholm wünschte sich im Jahre 1642 „ein großartiges / magnifique / Haus“, „so daß wir damit Ruhm erwerben können“. Das Haus wurde – mit den Worten des Kunsthistorikers Allan Ellenius – „zu einem Stück ‚architecture parlante‘, das in der schwedischen Architekturgeschichte kaum seinesgleichen hat“. „Hier nimmt nun Ideologie sichtbare Gestalt an, so als wäre man plötzlich in einen Hörsaal der Universität Uppsala versetzt, wo ein junger Adeliger eine Rede über den Wert der Tugend hält ...“.

In dem Ritterhaus ist in Skulpturen, Malereien und Inschriften der ganze herkömmliche Tugendkatalog vorhanden. Hier kommt „jenes pädagogische Konzept“ zum Vorschein, das eine Verbindung „von heroischer Tugend mit gelehrten Studien zur Ausbildung des vollkommenen Adels“ darstellt: Nobilitas, Valor, Honor, Prudentia, Fortitudo, Studium. Die Liebe zum Vaterland wird hervorgehoben, das Beispiel

<sup>10</sup> Zu den entsprechenden ‚Zivilitäts‘- und ‚Ordnungs‘-Vorstellungen des 17. Jahrhunderts in Schweden vgl. Runeby (= Anm. 7).

<sup>11</sup> Ladewig Petersen (= Anm. 2).

<sup>12</sup> Für die folgende Darstellung siehe Allan Ellenius, Die repräsentative Funktion adeliger Bauten und ihre Ausstattung im schwedischen 17. Jahrhundert, in: Arte et Marte. Studien zur Adelskultur des Barockzeitalters in Schweden, Dänemark und Schleswig-Holstein, hrsg. von Dieter Lohmeier (Neumünster 1978) sowie den Anhang des Buches: Das ikonographische Programm des Ritterhauses in Stockholm. Vgl. weiter Margareta Revera, En barock historia. Om den svenska 1600-talslyxen och dess plats i samhällsomvandlingen, in: Tre Karlar. Karl X Gustav, Karl XI, Karl XII (Stockholm 1984) mit Literaturangaben.

der Vorfahren sorgt für Tradition und Legitimität, und es wird auch betont, daß „die Stärke der Staatsbürger die beste Stütze des Reiches /sei/“. In den adeligen Stadtpalästen und Landsitzen findet man auch diese Zusammenstellung von klassischem Humanismus und protestantischem Glauben.

Als der Maler David Klöcker in den 60er Jahren anfang, den großen Plafond des Ritterhauses zu gestalten, fügte er Adel und Reich unauflöslich zusammen, und – nach Klöckers eigener Beschreibung – „in der Mitten vor dem Throne, ist Concordia, die Eintracht, mit beyden Armen ausgestreckt, in action, als wenn sie alle die gleich gemeldeten Tugenden in ihre Arme fassen und dem Königreiche einverleiben wolte“. Svecia von Concordia beschützt war ein Programm<sup>13</sup>. Das „hocharistokratische“ Regiment in Schweden weckte, hebt Sven A. Nilsson hervor, „antagonistische Kräfte“, die in hohem Grade die Vormundschaftsperiode charakterisierten. In dieser Situation wurde Concordia zu einer Zentralfigur. Reichsregierung, Reichsrat und ‚tugendhafter‘ Adel wurden zu einer Garantie der notwendigen Eintracht des Reiches<sup>14</sup>. Natürlich ist die Symbolik des Ritterhauses Allgemeingut, aber die Ambitionen des Hochadels als Ausdruck für „die geistige Physiognomie der führenden Familien“ sind trotz allem bemerkenswert. In der gemischten Monarchie wurde der Anspruch erhoben, Teil an der Machtausübung und Verantwortung für das Ganze zu haben, Gegenspieler des Königs und die beste Stütze des Reiches zu sein. Das Ephoren-Argument steht hier im Zentrum<sup>15</sup>.

In dem Ausmaß, wie sich die Elite an der Regierung des Reiches beteiligt sah, war sie natürlich auch an dem Schaffen einer nationalen Identität und einer nationalen Mythologie (z. B. der ‚gotischen‘ Vergangenheit Schwedens) beteiligt<sup>16</sup>. Gustav Adolf, der die ‚gotische‘ Tradition ausnutzte, ließ es sich angelegen sein, das Alter und die Größe des schwedischen Reiches hervorzuheben. Auch war es für ihn wichtig, daß Schweden nie dem Kaiser untergeordnet gewesen war und somit als ihm ebenbürtig dastand. Man muß sich hier nur bewußt machen, daß z. B. König, Rat und Aristokratie durchaus unterschiedlicher Auffassung darüber sein konnten, welche Tradition die wahre war, und wie die Geschichte interpretiert werden sollte. Diese Frage mag hier weniger das Verhältnis zum Kaiser oder die ‚gotische‘ Vergangenheit betreffen, als vielmehr sich darauf beziehen, wie z. B. die Fundamentalgesetze und deren Gültigkeit interpretiert werden sollten. Natürlich kann in diesem Zusammenhang von seiten des Rates oder von seiten einer der Stände die Rede auf eine Einschränkung resp. Kon-

<sup>13</sup> *Allan Ellenius*, *Karolinska bildidéer* (Ars Suetica 1, Uppsala 1966) 45 ff.

<sup>14</sup> *Sven A. Nilsson*, *Den karolinska militärstaten. Fredens problem och krigets*, in: *Tre Karlar* (= Anm. 12).

<sup>15</sup> In dieser Situation kann man den Schlußfolgerungen von Dr. Fröschl nur zustimmen, daß nämlich die Darstellungen in den Rathäusern sich „als exempla virtutis in den gesamteuropäischen kulturellen Zusammenhang“ einfügen lassen. Man erkennt hier die „fundamentale Bedeutung“ „einer, die politisch-kulturellen Eliten sowohl der Monarchien wie der nichtmonarchischen Staatswesen verbindenden und umfassenden Bildungstradition“.

<sup>16</sup> Die wichtigste Darstellung über die ‚gotische‘ Tradition in Schweden ist immer noch *Johan Nordström*, *De Yverbornes ö. Sextonhundratalsstudier* (Stockholm 1934). Siehe auch Barudio (= Anm. 2).

trolle der Königsmacht gekommen sein, auf eine Verteidigung des Reiches und dessen ‚wahre‘ historische Kontinuität einem widerspenstigen König gegenüber<sup>17</sup>.

Es ist auch wichtig hervorzuheben, daß die adelige Elite im Laufe des 17. Jahrhunderts in die neue Bürokratie hineinwuchs, wobei gleichzeitig eine umfassende Nobilitierung stattfand, um Personen für die neue Verwaltung zu rekrutieren. (In dieser Beziehung war Schweden ‚offen nach unten‘<sup>18</sup>.) Im Zusammenhang sowohl mit dem Absolutismus und der sog. Freiheitszeit als auch im Vergleich z.B. mit Dänemark während des ‚bürokratischen Absolutismus‘ ist es notwendig, diese Kontinuität zu betonen. Der König war sowohl im absolutistischen Dänemark als auch im Schweden ‚der herrschenden Stände‘ zeitweise nur ein Spielball<sup>19</sup>.

#### IV

Ein weiterer Hinweis zur Ephoren-Problematik muß hier angefügt werden. Es ist seit langem nachgewiesen, daß in Schweden im 17. Jahrhundert das Ephoren-Argument anzutreffen ist und daß der Reichsrat als „ephori regni“, als Mittler zwischen König und Volk, bezeichnet wurde. Eine Komplikation muß aber besonders hervorgehoben werden. An der Spitze des Reichsrates befanden sich die fünf hohen Reichsbeamten, die je ein zentrales Collegium unter sich hatten. Der Reichsdrost konnte sich sogar als Vize-König bezeichnen. Durch die vielen Kriege und durch die Vormundschaftsregierungen wurde das Fünfergremium besonders bedeutungsvoll.

<sup>17</sup> Etwas von dieser Problematik steckt auch in der heiklen Frage, wer Zugang zum und Verfügungsrecht über das Archiv des Reiches, d.h. über dessen Geschichte, haben sollte. Siehe *Sven Lundkvist*, Rikens arkiv och makten. En studie i riksarkivets utveckling före 1618, in: *Arkivvetenskapliga studier* 5 (Stockholm 1981). Zu den schwedischen Fundamentalgesetzen vgl. zusammenfassend *Nils Runeby*, Till frågan om fundamentallagsbegreppets uppkomst i Sverige, in: *Den svenska juridikens uppblomstring i 1600-talets politiska, kulturella och religiösa stormaktssamhälle*, hrsg. von *Göran Inger* (Rättshistoriska studier 9, Stockholm 1984) mit Literaturangaben.

<sup>18</sup> „In Wirklichkeit gab es keine Hindernisse für einen wirklich hervorragenden Nichtadeligen, die höchsten Verwaltungsposten zu erreichen. Bevor er den Punkt in der Karriere erreicht hatte, wo Adelsstand notwendig war, wurde er für seine Verdienste geadelt. Der schwedische Adel war kein geschlossener Stand, sondern erneuerte sich immer wieder durch Nobilitierungen“ (*Anna-Brita Lövgren*, Stormaktstidens förvaltning, in: *Tre Karlar* (= Anm. 12)).

<sup>19</sup> Der Charakter des schwedischen Staates und der schwedischen Gesellschaft während der Freiheitszeit ist verschiedentlich interpretiert worden. *Gunnar Artéus* hat in einer umfassenden Untersuchung die These aufgestellt, daß Schweden eine „militarisierte“ Gesellschaft gewesen sei. Nach seiner Definition „a militarized society is one, the political, social, economic and cultural structure of which appears to have been shaped essentially by military ideas or interests. It could be argued that Sweden of the Liberty era was a society of this kind.“ Während der Zeit von 1682 bis 1812 „the armed forces did away with three constitutionally established systems of government, Carolean absolutism, the parliamentary rule of the Liberty era and the Gustavian autocracy“, die alle eine Drohung „to their vital interests as a corporation“ waren, aber sie haben nicht den Ehrgeiz gehabt, selbst „a military regime“ zu bilden. Der Durchschnittsoffizier „was more of a country squire (*lantjunkare*) than a soldier and he was hostile to dictatorships – of any kind“ (Krigsmakt och samhälle i frihetstidens Sverige [Stockholm 1982]). Vgl. die Debatte bei *Michael F. Metcalf*, Den militariserade frihetstiden?, in: *Historisk tidskrift [Schweden]* (1985) 1 und *Gunnar Artéus*, Om det frihetstida samhällets karaktär, in: *Historisk tidskrift [Schweden]* (1985) 3.

Die Aufgabenbereiche der Reichsbeamten, die eng mit der Entwicklung der Zentralverwaltung zusammenhingen, wurden nach dem Tode Gustav Adolfs durch die sog. Regierungs-Ordnung von 1634 festgelegt. Die Regierungs-Ordnung knüpft an die ganze Verwaltungsarbeit während der Zeit Gustav Adolfs an. König und Kanzler hatten das gemeinsame Ziel, eine Staatsmacht aufzubauen, die stark genug sein sollte, um das schwedische ‚Militärssystem‘ der neuen schwedischen Großmacht zu tragen. Nach dem Tod des Königs und im Zuge der Regierungs-Ordnung gab es – in der Interpretation Sven A. Nilssons – keinen Platz mehr für das persönliche Regiment des Königs. Oxenstierna baute das System weiter aus. Er schuf eine feste, selbständig arbeitende Verwaltung unter der Führung der aristokratischen Elite mit den Reichsbeamten an der Spitze, eine zentralisierte Verwaltung, die auch einige Aufgaben des Reichstages übernahm.

„Die Regierungs-Ordnung“, schreibt Sven A. Nilsson, „schafft eine Alternative zu dem von einem König geführten Staat, eine Staatsmacht in den Händen von den hohen Reichsbeamten, stark genug, ein Land in einem großen Krieg regieren und die Schwierigkeiten einer Vormundschaftszeit überwinden zu können.“ Die Regierungs-Ordnung ist auch als „eine Barriere gegen zukünftige, ungeeignete Monarchen“ gedacht. „Es sind alte, rätorepublikanische Gedanken, die hier zum Vorschein kommen.“<sup>20</sup> Die Regierungs-Ordnung bezeichnet sich auch als „ewig“. Das neue System „machte zwar nicht immer die Beamten zu Anhängern des aristokratischen Regiments. Aber sie wurden Diener des Staates und der Staatsmacht.“<sup>21</sup> Die Regierungs-Ordnung ist von den folgenden Königen nicht anerkannt und die Ephorenterminologie während des Absolutismus ausdrücklich verboten worden. Man könnte aber die Frage zur Diskussion stellen, ob nicht das hier geschaffene Verwaltungssystem, das ohne König arbeiten konnte, auch eine Voraussetzung für die fast republikanische Entwicklung Schwedens im 18. Jahrhundert war.

Auf der anderen Seite wird mit der Annahme des neuen ‚Systems‘ (Militärstaat, Machtstaat) eine zwingende Kontinuität zwischen gemischter Monarchie, Absolutismus und Freiheitszeit herausgestellt, und die Frage nach der Staatsform wird fast sekundär<sup>22</sup>. Im Zentrum stehen stattdessen Zentralisierung, Überwachung und Kon-

<sup>20</sup> Die Regierungs-Ordnung ist in der schwedischen Historiographie lebhaft diskutiert worden. Siehe zusammenfassend *Sven A. Nilsson*, 1634 års regeringsform i det svenska statsystemet, in: Statsvetenskaplig tidskrift 1984, mit Literaturangaben.

<sup>21</sup> *Sven A. Nilsson* (= Anm. 14) 35.

<sup>22</sup> Natürlich müssen hier gewisse Einschränkungen gemacht werden. „Naturally, the Swedish council did not function in exactly the same manner throughout the 17th century. Its working procedure depended to some extent on whether the monarch was of age or the Council served as a regency government. In other respects, the working procedure was determined by the increasing quantity of tasks and the emergence of the Caroline absolutism. – Certain measures taken to increase efficiency – in Sweden and in other countries – were obviously only possible due to the powerful position of the king“ (*Anna-Brita Lövgren*, The King's Council in Sweden and in Europe during the 17th Century, in: *Europe and Scandinavia* (= Anm. 3). Die Veränderung wurde nach Auffassung Lövgrens hauptsächlich durch Wünsche nach Spezialisierung und Effizienz hervorgerufen; die Verbindung zwischen Verwaltung und Regierung blieb bestehen. Siehe auch *Lövgren* (= Anm. 18). Zu den Begriffen ‚Machtstaat‘ und ‚Militärstaat‘ siehe *Ladewig Petersen* (= Anm. 2) und *Magtstaten i Norden* (= Anm. 8).

trolle und eine Expansion der Verwaltung. Die Entwicklung war von der Notwendigkeit geprägt, die ökonomischen Möglichkeiten so weit wie möglich auszuschöpfen, und sie hatte natürlich auf der lokalen Ebene Folgen für die herkömmliche Selbstverwaltung, für den vorhandenen Kommunalismus. Die neuen ‚Landeshauptmänner‘ (so wie die Geistlichkeit) wurden in den staatlichen Kontrollapparat eingefügt und sollten lokal die Interessen der Regierung und der Zentralmacht wahrnehmen. Die Organisation, die zentral unter Umständen als Alternative zur Königsmacht hätte wirken können, konnte lokal zu einem Abbau der traditionellen Verwaltungsformen und zu einer Zerstörung des alten Kommunalismus führen.

Im 17. Jahrhundert kann auch eine beachtliche Anzahl von Stadtgründungen verzeichnet werden. Sie sind als Teil einer staatlichen Lokalisierungspolitik gesehen worden mit der Absicht, die zentrale Kontrolle über ökonomisch wichtige Gebiete und abseits gelegene Teile des Reiches zu stärken. Die Städte wurden als Handels-, aber auch als Verwaltungs-, Steuer- und Militärzentren aufgebaut<sup>23</sup>, und königliche Bürgermeister wurden sowohl in den neuen als auch in den alten Städten ernannt. Daß die ‚gelehrten‘ Bürgermeister aber von adeliger Seite angeklagt werden konnten, in ihren Ansprüchen ‚republikanische‘, ‚holländische‘ Ansichten zu vertreten, geht aus dem oben angeführten Pamphlet hervor.

Die Zentralisierung traf natürlich auch die ländlichen Gebiete. Die alten Thingsgemeinden verloren an Bedeutung, die lokale Rechtssprechung wurde in ein System mit einer festen Appellationsordnung eingefügt, und das römische Recht wurde weitgehend rezipiert<sup>24</sup>. Es war bezeichnend, wenn die Regierung vor dem Reichstag 1635 (nach der Annahme der Regierungs-Ordnung) in einem Brief an Bischöfe und Landeshauptmänner unterstrich, daß diese mit Hilfe der Geistlichkeit zusehen mögen, daß zum Reichstag „keine aufständischen Bauern aus promiscua plebe kommen können, sondern wohlmeinende, redliche Männer, die von einiger Discretion sind und das Wohl des Vaterlandes wünschen“. Auf diese Weise wollte man allen unangenehmen Überraschungen aus der Provinz vorbeugen.

Es muß auch betont werden, daß die Geistlichen – trotz Widerstand – herangezogen wurden, um eine kontinuierliche Volkszählung als Grundlage für die Steuererhebung und die Konskription durchzuführen<sup>25</sup>. In diesem bestimmten Sinne wurde die schwedische Geistlichkeit ‚bürokratisiert‘; nicht Selbständigkeit, sondern Loyalität wurde gefordert. Am Ende des Jahrhunderts wurden sie auch beauftragt, zuzusehen, daß die Bevölkerung einigermaßen ‚lesen‘ lerne. Der Staatsbürger mußte, um die Vorschriften der Kirche und des Staates richtig aufzufassen und um sich ‚Lebenskompe-

<sup>23</sup> Birgitta Ericsson, *De anlagda städerna i Sverige* (ca. 1580–1800), in: *De anlagte steder på 1600–1700 tallet* (Urbaniseringsprocessen i Norden 2, XVII nordiske historikermøte Trondheim 1977, Oslo/Bergen/Tromsø 1977). Ein reich differenziertes Bild gibt das in Anm. 9 erwähnte Sammelwerk.

<sup>24</sup> Zu der Entwicklung des Rechts vgl. die Aufsatzsammlung *Den svenska juridikens uppblomstring* (= Anm. 17).

<sup>25</sup> *Sven A. Nilsson*, *Krig och folkbokföring under svenskt 1600–tal*, in: *Scandia* (1982).

tenz' (E. Johansson) in der lutherischen Weltordnung und in der neuen Gesellschaft zu verschaffen, lesen können<sup>26</sup>.

Die letztgenannte Aufgabe zeigt die Komplexität der Situation. Die Bauern wurden zwar überwacht, blieben aber als Stand im Reichstag. Es gab auch innerhalb des Systems Kanäle, um ihre Interessen an die Öffentlichkeit zu bringen, und sie konnten auch auf lange Sicht sich ökonomisch in einer Situation behaupten, wo die adelige Ökonomie schwankte und die Stellung der hochadeligen Magnaten zu Gunsten der kleinadeligen und nichtadeligen Bürokratie untergraben wurde<sup>27</sup>. Man kann in einer längeren Perspektive sich natürlich auch darüber Gedanken machen, was die Kunst des Lesens für das Selbstbewußtsein der Bevölkerung bedeutet hat<sup>28</sup>.

## V

In den 1830er Jahren richteten die schwedischen Liberalen, zum Ärger des ehemaligen Revolutionsgenerals Jean Baptiste Bernadotte, heftige Kritik gegen die bestehende Monarchie. Der führende liberale Journalist Lars Johan Hierta äußerte sich 1834 über die richtige Staatsform: „Es muss zugegeben werden, dass in der konstitutionellen Monarchie selbst und in der repräsentativen Gesellschaftsordnung eine republikanische Richtung in der Tat zu finden ist, falls man die politische Selbständigkeit des Volkes und die Einschränkung des Gutdünkens durch Gesetz als Frucht der republikanischen Lehren betrachtet ...“ Hierta findet auch eine brauchbare Formel, um die richtige ‚Mischung‘ zu beschreiben: „*eine Monarchie mit republikanischen Institutionen*“<sup>29</sup>. Diese Beschreibung ließe sich auch auf frühere Perioden der schwedischen Ge-

<sup>26</sup> Egil Johansson, Den kyrkliga lästraditionen i Sverige – en konturteckning, in: Ur nordisk kulturhistoria 3 (XVIII nordiska historikermötet, Studia historica Jyväskyläensia 22,3, Jyväskylä 1981). Ich habe diesen Hinweis schon früher in dem oben Anm. 7 erwähnten Aufsatz gemacht.

<sup>27</sup> Zur Entwicklung des Bauernstandes aus verschiedenen, aber inhaltlich nicht unvereinbaren Ansatzpunkten siehe Jan Lindegren, Den svenska militärstaten 1560–1720, in: Magtstaten i Norden (= Anm. 8) und Margareta Revera, 1600–talsbönderna och deras herrar. Om jordäggande, skatter och samhällsförändring i ljuset av nyare forskning, in: Den svenska juridikens uppblomstring (= Anm. 17). Revera kann sich hier, was die ‚selbständigen‘ Bauern betrifft, mit großer Deutlichkeit ausdrücken. Es ist „apparent that seventeenth century freeholders comprised a comparatively favored category of peasants in the political and social as well as the economic sense. Their representation in the *Riksdag* appears to have been strong, their land ownership was respected in those situations where it had practical importance, and they were not subjected to unlawful increases in taxes under the nobility.“ Am meisten betroffen scheinen die Kronbauern gewesen zu sein.

<sup>28</sup> Natürlich gab es auch Vertreter ganz anderer Strömungen, die die neue Staatlichkeit ablehnten und neue Lösungen und Freiheiten suchten. Zum ‚utopischen‘ Denken in Schweden siehe Ronny Ambjörnsson, Den sista striden. Om en svensk pacifist från 1600-talet, in: Lychnos (1979–1980). Auch gedruckt in *ders.*, Det okända landet. Tre studier om svenska utopister (Stockholm 1981).

<sup>29</sup> Zitiert nach Jean Göransson, Aftonbladet som politisk tidning 1830–1835 (Uppsala 1937) 98 f. Zur Republikdebatte in Schweden in den 1830er Jahren vgl. Nils Runeby, Den nya världen och den gamla. Amerikabild och emigrationsuppfattning i Sverige 1820–1860 (Studia historica upsaliensia 30, Uppsala 1969) Kap. 5.



schichte anwenden, sie klingt fast wie eine leicht ‚modernisierte‘ Variante der Worte Axel Oxenstiernas an Whitelocke. Hierta schrieb diesen Artikel auf den Tag 200 Jahre nach der Regierungs-Ordnung. Ob sich nun hinter der Fassade ein Machtstaat oder eine wahre Gemeinschaft, wo alle zufrieden sind und „indeavour nothing of disquiet unto either“, verbirgt, mag in der schwedischen Monarchie noch immer eine Diskussionsfrage sein.

*Helmut G. Koenigsberger*

## Schlußbetrachtung Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit aus historischer Sicht

„Alle Staaten, die je Menschen regiert haben oder sie noch regieren, sind entweder Republiken oder Monarchien.“ So beginnt Machiavelli das erste Kapitel seines ‚Il Principe‘. In Italien war eine so eindeutig klare Formulierung des historischen und politischen Erlebens durchaus einleuchtend. Im weitaus größeren Teil des restlichen Europa hätte diese Formulierung aber wenig Sinn gehabt. Zu Machiavellis Zeit gab es noch viele Republiken in Italien, wenn auch schon weit weniger als zweihundert Jahre vorher. Zudem – und das war noch schwerwiegender – waren klassische Tradition und Sprache des Republikanismus mit der Betonung der Freiheit in Italien nie ganz abgerissen und dann, mit der Entdeckung der ‚Politik‘ des Aristoteles im 12. Jahrhundert, systematisch wiederbelebt worden<sup>1</sup>. Nun hat allerdings Machiavelli, jedenfalls im ‚Principe‘, die aristotelische Unterscheidung zwischen Aristokratie und Demokratie als eine weitere Definition oder Klassifikation der Republiken nicht angewendet<sup>2</sup>. Aber im ‚Principe‘ behandelt er ja nur die Monarchien. Wie auch Wilfried Nippel hervorhebt, ist es auf jeden Fall zweifelhaft, ob man bei der Antike überhaupt von einem klar definierten Begriff des Republikanismus sprechen kann. Denn die ganze klassische Politiktheorie war ausschließlich auf die republikanische Polis gerichtet und beachtete entweder die großen Monarchien oder Imperien überhaupt nicht, oder sie hielt sie für archaisch und barbarisch.

Es besteht aber kein Zweifel, daß Republiken mit Freiheit gleichgesetzt wurden, Freiheit von der Beherrschung durch eine fremde Macht und Freiheit der Bürger von der Beherrschung durch einen von ihnen selbst. Aristoteles hatte gelehrt, daß der Staat (die Polis) ursprünglich gegründet wurde, damit wir leben können, daß er aber fortbesteht, damit wir ein gutes Leben führen können<sup>3</sup>. Tatsächlich hat es aber in der Geschichte nur selten Staaten gegeben, die für den Zweck eines glücklichen oder guten Lebens ihrer Bürger organisiert waren. Die meisten Staaten und noch mehr die großen Reiche und Imperien sind zum Wohlbefinden und Nutzen ihrer Beherrscher gegründet und erhalten worden. Diese Beherrscher rechtfertigten dann gewöhnlich ihre Herr-

<sup>1</sup> *Aristoteles*, Politik, VI. II. *Quentin/Skinner*, The Foundations of Modern Political Thought, vol. I (Cambridge 1978) passim.

<sup>2</sup> *Salvo Mastellone*, I repubblicani del seicento, in: *Il Pensiero Politico* XVIII. 2, 156.

<sup>3</sup> *Aristoteles*, Politik, I. III.

schaft mit dem Willen der Götter oder Gottes. Dieser Wille galt natürlich auch als gut und nützlich für die Beherrschten, aber das war gewöhnlich ein nachträglicher Einfall, eine Beschönigung oder Rationalisierung von Ausbeutung. Aristoteles sagte es so: die Polis sei ursprünglich von Königen regiert worden, so wie die Staaten der Barbaren es auch jetzt noch wären. Der allgemeine Glaube, daß die Götter selbst einer königlichen Herrschaft untertan seien, käme daher, daß das die Erfahrung aller Menschen gewesen sei, so wie sie es jetzt noch von vielen wäre. Da die Menschen nun glaubten, als Abbild der Götter geschaffen worden zu sein, so meinten sie, daß deren Lebensweise auch so sein müßte<sup>4</sup>.

Was die Griechen mit der Polis erfanden, war die Bürgerschaft, die Teilnahme der Einwohner einer Stadt am aktiven Bürgerleben, am Erlassen und Vollstrecken der Gesetze, an der Beschlußfassung über Beziehungen zu anderen Staaten, also über Krieg und Frieden. Dazu gehörte, daß alle Anteil hatten sowohl an den Vorteilen wie an den Lasten der Bürgerschaft, d. h. gleichermaßen beteiligt waren an den öffentlichen Ämtern wie an den Steuerlasten und den Mühsalen und Gefahren der Kriege und der Verteidigung der Stadt. Grundsätzlich war dabei immer der Dialog, die zweifache Aktivität des Sprechens und Zuhörens, der zu einem rationalen Schluß führen sollte. Das war eine dynamische Beziehung der Menschen zueinander, unbegrenzt und unbestimmt in ihren Beschlüssen<sup>5</sup>.

Diese Wesenszüge der Polis galten auch für die Republiken der Renaissance und der frühen Neuzeit in Europa. Im Gegensatz zu den Kaisern, Königen und Fürsten diese Zeitalters behauptete kein republikanisches Regime, daß es *dei gratia* sei, eingesetzt und gerechtfertigt vom Willen Gottes. Um diesen Mangel auszugleichen, bestanden die Republikaner gewöhnlich auf einer langen Ahnentafel ihrer Freiheit und ihres Kampfes gegen die Tyrannei, oder sie erfanden sie auch. Für die Florentiner, wie Giovanni Cipriani es uns beschreibt, waren da die Etrusker, die man als besonders freiheitsliebend darstellte. Insoweit die Florentiner ihre Abstammung auch von Rom herleiteten, hoben sie hervor, daß diese Abstammung auf die Soldaten des Republikaners Lucius Sulla zurückgehe und nicht auf Julius Caesar, den Zerstörer der römischen Republik. Für die Holländer, wie Nicolette Mout berichtet, waren da die Batavier. Auch hier, wie so oft im frühneuzeitlichen Europa, war das römische Vorbild zweideutig und konnte sowohl von der monarchischen wie von der republikanischen Richtung gespannt werden. Das war nicht nur so, weil die ersten Kaiser, besonders Augustus selbst, darum besorgt waren, die republikanischen Formen des Staates aufrechtzuerhalten, sondern weil die Batavier auch mit den Römern verbündet gewesen waren. Man glaubte, daß sie sich erst gegen die Römer gewandt hätten, als diese tyrannisch geworden waren und die Freiheit der Batavier bedroht hätten – sich also genau so verhalten hätten, wie die Holländer es gerade gegenüber den Spaniern taten.

Die Geschichte lehrt, daß Republiken immer der Gefahr ausgesetzt waren, gestürzt zu werden und das Gegenteil ihrer Grundprinzipien aufgerichtet zu sehen: Herrschaft und Knechtschaft, Befehl und Gehorsam, Bestimmtheit und Hinnahme. Republiken

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Siehe Manfred Riedel, Auf der Suche nach dem Bürgerbund, in: Orientierungen für die Politik, hrsg. von Peter M. Schmidhuber (München 1984) 83–99.

waren besonders anfällig zu einem solchen Umsturz, weil die ständige Gefahr bestand, in Parteikämpfe zu verfallen, dann aber auch, weil reiche und mächtige Individuen oft übermäßigen Ehrgeiz zeigten. Schon im 14. Jahrhundert hatten Marsilius von Padua und Bartolus von Saxoferrato gelehrt, daß nicht der Fürst, sondern das Volk der wahre Verteidiger von Frieden, gutem Regiment und Freiheit sei<sup>6</sup>. Um aber diese Rolle spielen zu können, mußte das Volk die republikanischen Tugenden üben. Davon waren alle überzeugt. Wie Thomas Fröschl zeigt, wurde diese Lehre symbolisch und wörtlich im Bauwerk, in der Dekoration und in den Sinnsprüchen der Rathäuser der Republiken und autonomen Städte, von Siena und Venedig bis nach Zürich und Amsterdam, proklamiert. Die Lehre von den Tugenden war der Grundstein aller republikanischen Theoretiker und nicht zuletzt auch von Machiavelli<sup>7</sup>, bis bei Spinoza schließlich, wie es uns Hans Blom vorführt, die Bürgertugenden die Bedingung für das Aufblühen aller anderen Tugenden wurden.

In verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten stellten die Republikaner verschiedene Listen der republikanischen oder bürgerlichen Tugenden und deren relativer Bedeutung auf. Diese Tugenden blieben sich aber doch ziemlich ähnlich und unterschieden sich klar von den Tugenden, die einem guten Vasallen eines Fürsten oder einem perfekten Höfling in einer monarchischen Gesellschaft vorgehalten wurden. Die Treue, diese für das Mittelalter psychologisch wohl wichtigste aller öffentlichen Tugenden, sollte sich auf die Republik, den Staat, beziehen und nicht auf die Person des Fürsten als des gottgegebenen Herrschers oder feudalen Lehnsherrn, dem seine Vasallen die Lehnstreue geschworen hatten. Dieser Unterschied im Objekt der Treue war nun aber ungünstig für die Republiken; denn für die meisten Menschen ist es immer natürlicher gewesen, einer Person die Treue zu halten als einer Institution oder einer Abstraktion. Dazu kam noch, daß die klassische Republikanismustheorie als Stadtstaatentheorie begriffen worden war, so daß es doppelt schwer wurde, die republikanische Loyalität auf ein ganzes Volk oder ein großes Land auszuweiten. Nur im negativen Sinn ging das einigermaßen leicht an, in der noch größeren Abneigung gegen jemanden aus einem fremden Land, der eine fremde Sprache sprach, als gegen einen Bürger aus einer anderen Stadt im selben Land. Als Machiavelli eine Art italienischen Nationalismus als etwas anderes als ein gemeinsames Kulturgefühl proklamierte, so tat er das bezeichnenderweise mit einem Blick auf einen hypothetischen Fürsten, der Italien vom Joch der Barbaren befreien sollte<sup>8</sup>.

Gerechtigkeit in Republiken war gleiche Gerechtigkeit, obwohl man sich zwischen aristokratischen und demokratischen Republiken wohl darüber streiten konnte, auf wen sich eine Rechtsgleichheit bezog. Aber wenigstens gab es prinzipiell keinen Rechtsunterschied durch Standesunterschied, so wie das in den Monarchien üblich war. Der Begriff der gleichen Gerechtigkeit bezog sich nicht nur auf die Gerichte und die Rechtsprechung, sondern auch auf die Steuerlasten und die Pflicht, die *Patria* zu verteidigen. Am bedeutsamsten aber war, daß das Streben nach persönlichem Ruhm

<sup>6</sup> Skinner, *The Foundations*, op. cit. 60–65.

<sup>7</sup> Niccolò Machiavelli, *Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio*, I. 55.

<sup>8</sup> Niccolò Machiavelli, *Il Principe*, XXVI.

und prächtiger Lebensführung den Bürgern einer Republik vorsätzlich versagt war – und das war doch gerade ein so anspornendes Lebensziel für die Untertanen der Monarchien des frühmodernen Europas. Dagegen boten die Republiken nur Nüchternheit und Maßhalten. Im 15. Jahrhundert, als den Medici noch daran lag, die florentinische Republik wenigstens der Form nach zu ehren, stellten sie Donatellos Judith, die biblische Tyrannenschlägerin, in den Hof des Medici-Ricardi-Palastes mit dem republikanischen Motto: „regna cadunt luxu, surgunt virtutibus urbes, caesa vides humili colla superba manu.“<sup>9</sup> Man verachtete kriegerischen Erfolg und Ehren keineswegs, aber sie sollten zum Wohl der Republik errungen werden. Nur wenn das geschah, erwies die Republik dem Kriegshelden öffentliche Ehre und auch dann lieber erst nach seinem Tode. Venedig machte das so, als es Donatellos Reiterstandbild für seinen General, Gattamelata, in Padua öffentlich aufstellte und später Verrocchios von Colleoni in Venedig selbst, vor der Kirche von San Giovanni e Paolo.

Andererseits wurde der Nutzen der republikanischen Tugenden für die Bürgerschaft immer stark betont. Thomas Fröschl zeigt uns ein besonders anschauliches Beispiel dafür mit Lorenzettis berühmtem Freskenzyklus im Palazzo Pubblico, dem Rathaus von Siena, wo die Vorteile des ‚guten Regiments‘ mit seinen Tugenden allegorisch den Schrecken des ‚schlechten Regiments‘, der Tyrannis, mit seinen Lastern und seinem Unheil gegenübergestellt werden.

In der historischen Erfahrung waren allerdings die Kontraste nicht so eindeutig. Wilfried Nippel hebt hervor, daß Leonardo Brunis viel kritisierte Beschreibung der republikanischen Praxis in Florenz „die Überwindung eines korporatistischen Politikverständnisses zugunsten eines vom einzelnen Bürger ausgehenden Republikanismus impliziert“. Aber Sergio Bertelli zeigt, daß die Politik der Florentiner nicht so sehr von einer republikanischen Ideologie als durch Sippschaft und Familienpolitik bestimmt war, die sich durch Patronatsverbindungen in den verschiedenen Stadtteilen auswirkte. Man muß sich diese sehr erdgebundene Praxis des politischen Lebens in Florenz (über das es neuerdings eine Anzahl faszinierender Forschungen gibt) vergegenwärtigen, ohne aber darüber zu vergessen, daß alle Politik im frühmodernen Europa, in Monarchien wie in Republiken, auf diese lokalgebundene Art funktionierte. Das schloß aber nicht weitere Ziele und Ideale aus und schon gar nicht grundsätzliche Staatsanschauungen. Übrigens war man sich durchaus darüber klar, daß die aristotelischen Regierungsformen Ideale waren, nach denen man streben sollte, daß man aber nur allzu leicht in die entarteten Korrelativen der Tyrannis, der Oligarchie und der Pöbelherrschaft ableiten konnte.

In den italienischen Stadtrepubliken bestand auch noch die ständige und zu dieser Zeit noch wachsende Gefahr, in das Ethos der monarchischen oder höfischen Gesellschaft zu fallen, denn die Republiken waren von dieser politisch erfolgreichen und kulturell und gesellschaftlich glitzernden Gesellschaft überall umgeben. Künstler, Schriftsteller, Gelehrte, Dichter, Musiker und Wissenschaftler bewegten sich auf der

<sup>9</sup> Zitiert in *Ernst H. Gombrich*, *Meditations on a Hobby Horse* (London 1963) 93. „Königreiche fallen durch Luxus, durch Tugend steigen Städte auf. Siehe den stolzen Nacken von demütiger Hand geschlagen.“ (Meine Übersetzung).

Suche nach Anstellungen und Mäzenen frei zwischen den beiden Gesellschaftstypen. Da war es nun unvermeidlich, daß die Umwelt und die persönlichen Wünsche oder der Ehrgeiz ihrer Arbeitgeber auf die Themen, die moralische Zielsetzung und manchmal sogar den Stil ihrer Arbeit abfärbten. Doch waren diese Beziehungen immer wechselseitig und nie einfach. Die bedeutendsten Köpfe und schöpferischen Genies waren nie unbeschriebene Blätter, auf denen ihre politischen oder finanziellen Arbeitgeber leicht ihren Willen hätten einschreiben können. Politische Zweideutigkeit und Inkonsequenz gab es auch bei den größten Geistern, so bei Machiavellis Republikanismus oder bei der Karriere und der Arbeit von Machiavellis Florentiner Künstlerzeitgenossen, Leonardo und Michelangelo<sup>10</sup>.

Es ist daher durchaus verständlich, daß, wie Gaetano Cozzi es beschreibt, einige der großen venezianischen Familien fürstlichen Rang und fürstliche Lebensführung anstrebten. Schon die Berichte der venezianischen Gesandten an den europäischen Königshöfen zeigen uns diese Repräsentanten der erfolgreichsten und meist bewundernten Republik Europas fast durchgehend als politische Royalisten, soziale Snobs und geradezu leidenschaftliche Fans des Hofklatsches und, ganz allgemein, Verehrer einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft. Das zeigte sich zum Beispiel besonders klar bei den venezianischen Gesandten am Hofe Karls I. von England vor und während des Bürgerkrieges. Die spanische Monarchie hielt das Prinzip der Gleichheit aller ihrer Untertanen im Rahmen der Kriminalgerichtsbarkeit wenigstens theoretisch aufrecht. Die venezianischen Gesandten berichten darüber mit Erstaunen und offensichtlicher Abneigung. Wie das oft bei einer konservativen Herrschaftsklasse der Fall ist, spielte bei den Venezianern dabei ein Superioritätsgefühl gegenüber Ausländern mit. Man nahm unbedenklich an, daß solche Ausländer kaum im Stande waren, ein freies politisches Regime zu würdigen, daraus Nutzen zu ziehen oder gar sich auf die schwierige Aufgabe einzulassen, es selbst zu leiten. Daher war es durchaus möglich, Republikanismus und das Prinzip einer recht konservativen politischen Freiheit zu Hause mit Billigung der Autokratie im Ausland zu vereinigen. Andererseits gab es aber auch venezianische Patrizier, die die Fürsten in den von der Republik neuerlich erworbenen Ländern spielten. So machten das, wie Gaetano Cozzi erzählt, die Brüder Vendramin in der Herrschaft Latisana in Friaul.

Der sicherste Weg aber, sich vor seinen aristokratischen Standesgenossen hervorzuheben, war der Erwerb hoher Kirchenämter. Die Kirche verkörperte eine vom Staat unabhängige, separate Hierarchie, und selbst die gediegensten Republikaner hätten es niemandem verwehren wollen, in der Kirche aufzusteigen. Dazu kam, daß, je höher ein Venezianer in der Kirche aufstieg, er um so besser die Interessen der Republik in Rom oder auf den großen Konzilien wahrnehmen konnte. Aber natürlich gewährte die Bischofsmütze oder der Kardinalshut den jeweiligen Trägern und deren Familien große gesellschaftliche, finanzielle und politische Vorteile.

<sup>10</sup> Vergleiche auch 100 Jahre später Galileis und Monteverdis Argumente bei ihrem Vergleich zwischen Republiken und Monarchien. Siehe *Helmut Koenigsberger, Politicians and Virtuosi* (London 1986) 253–58.

Die Königswürde wurde überall hoch geschätzt, nicht zum wenigsten in den italienischen Republiken. Sowohl das allgemeine historische Bewußtsein wie die fast durchgehend royalistische Auslegung des römischen Rechts hatten das Denken gebildeter Europäer zu einer fast ausnahmslosen Annahme der kulturellen und rechtlichen Überlegenheit des Königtums über andere Staatsformen geprägt. So war man sich auch allgemein darüber einig, daß nur der Kaiser, die Könige und der Papst das Recht besaßen, einen Mann in den Adelsstand zu erheben oder einen Verbrecher zu begnadigen. Venedig, die Republik von Sankt Marcus, beanspruchte königlichen Status unter den Mächten Europas, nicht etwa wegen ihrer allgemein bewunderten Verfassung oder auch wegen ihrer alten Unabhängigkeit und ihrer Siege über Ungläubige und Christen im Mittelalter, sondern weil sie über mehrere Königreiche herrschte oder früher geherrscht hatte. Das waren Cypern, Candia (Kreta) und Negroponte (Euböa). Im frühen 17. Jahrhundert bestand der venezianische Gesandte in einem Wortstreit darüber, wem protokollarisch der Vorrang gebühre, ihm oder dem Gesandten der verbündeten Schwesterrepublik der Vereinten Provinzen der Niederlande, energisch und anscheinend unwiderlegbar auf diesem Argument; denn die Vereinten Provinzen, so sagte der Venezianer, enthielten als höchste Würde nur Herzogtümer<sup>11</sup>.

\* \* \*

Wenn es nun schon in Italien solche Zweideutigkeiten in der Vorstellung von Republiken und Republikanismus gab, so war das im restlichen Europa noch viel mehr der Fall. Noch eindeutiger als in Italien erschien die Monarchie nördlich und westlich der Alpen als die natürliche und gottgegebene Staatsform, und in den Abhandlungen über die Politik im frühneuzeitlichen Europa wurde die Monarchie als etwas so Selbstverständliches betrachtet, wie es die republikanischen Regierungsformen der Polis im Altertum gewesen waren. Und doch gab es auch im transalpinen Europa eine große Anzahl von Republiken oder doch zumindest von politischen Gebilden, die viele der wesentlichen Charakteristika von klassischen Republiken aufwiesen. Die Einstellung ihrer Bürger war derjenigen der Bürger in den italienischen Republiken meist nicht so unähnlich. Sie waren genauso überzeugt von der Bedeutung der bürgerlichen Tugenden, der Rechtsgleichheit und der Notwendigkeit, sowohl die Vorteile wie die Lasten des öffentlichen Lebens und der politischen Machtausübung zu teilen. Sie mißtrauten dem persönlichen Ruhm, und sie glaubten, daß Friede und gutes Regiment Hand in Hand gingen. Republikanische Embleme, so wie das SPQA, das Guy Wells am Rathaus von Antwerpen fand, wurden häufig und mit ähnlichen Variationen des römischen SPQR an den Rathäusern anderer deutscher Städte angebracht. Die Mitglieder der herrschenden Elite dieser Städte hatten alle eine klassische Erziehung genossen, schöpften ihre politischen Vorstellungen und Meinungen aus den Schriften klassi-

<sup>11</sup> J. Heringa, *De eer en hoogheid von de staat. Over de plaats der Verenigde Nederlanden in het diplomatieke leven van de zeventiende eeuw* (Groningen 1961) 13, 80, 90, 263–65, 266–68. Ich danke Nicolette Mout für den Hinweis auf die Quelle für dieses diplomatische *rencontre*.

scher Autoren und gebrauchten klassische Rhetorik in ihren Handlungen und in ihrer politischen Propaganda.

Sowohl Peter Blickle wie Nils Runeby meinen, daß der europäische Republikanismus eine viel weiter verbreitete Erscheinung gewesen sei, als man vom Prototyp der griechischen Polis oder der Geschichte der italienischen Stadtstaaten und der selbständigen Städte des transalpinen Europa hätte erwarten können. Blickle beschreibt die Selbstverwaltung von vielen kleinen Städten und Dörfern in Süddeutschland und den Alpenländern. Das war eine spätmittelalterliche Erscheinung, die zum Auflösungsprozeß der feudalen Grundherrschaft gehört. Wo sich ein genügend dichtes Netz von autonomen Gemeinschaften entwickelt hatte, konnte sich ein ganzes Fürstentum zu einer Republik verwandeln, so wie das im Wallis geschah<sup>12</sup>. Das war das Gegenteil der üblichen italienischen Entwicklung, wo die Stadtrepubliken schon sehr viel früher aufgetreten waren, wo sie aber im späten Mittelalter und in der Renaissance oft in Despotismen oder Fürstentümer umgeformt wurden. Am anderen Ende der sozialen Skala und am anderen Ende von Europa wird das Königreich Schweden von Nils Runeby als eine Republik *manquée* charakterisiert. Im 17. Jahrhundert glaubten viele in Schweden, besonders während der sich wiederholenden Minderjährigkeit der Throninhaber, daß der Hochadel darauf aus sei, das Reich in eine aristokratische Republik umzuwandeln. (Es ist schade, daß es nicht möglich war, in diesem Zusammenhang einen Vortrag über das Königreich Polen, das sich selbst als eine Adelsrepublik bezeichnete, zu bringen. In Polen gab es, wie beim Dogenamt in Venedig, eine Wahlmonarchie mit eng begrenzter Befugnis.)

Trotz der schwedischen und polnischen Beispiele waren es aber doch die transalpinen Städte und nicht die weiten, dünnbevölkerten Länder von Nord- und Osteuropa, wo sich Selbstregierung und quasirepublikanische Staatsform am weitesten und mit dem größten politischen Selbstbewußtsein verbreiteten. Das war so in ganz West- und Mitteleuropa. Heinz Schilling zeigt es uns für Deutschland, Wim Blockmans und Guy Wells für die Niederlande und Ian Roy für England. Man könnte es auch für französische und spanische Städte zeigen. Als Hernán Cortés und seine Gefährten am zentral-amerikanischen Festland landeten, war ihre erste Handlung die Gründung einer sich selbst regierenden Kommune, der Villa Rica de la Vera Cruz. Sie machten das im Namen des Königs von Spanien, und tatsächlich sahen sich auch die Bürger in den meisten europäischen Städten durchaus als treue Untertanen ihrer jeweiligen Herrscher an, ob nun des Kaisers, des Königs von Spanien, Frankreich oder England, oder in den deutschen Fürstentümern auch als Untertanen der lokalen Herzöge oder Grafen. Der alte Brauch, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des städtischen Patriziats und das Bewußtsein seiner relativen militärischen Schwäche – das waren alles gute Gründe, um den Zug zur ganz unabhängigen Republik als unerwünscht erscheinen zu lassen. In den Großstädten, wie Antwerpen, kam dann noch die Angst vor Volksaufständen dazu, um das Stadtpatriziat geneigt zu machen, nicht ganz mit seinen Fürsten

<sup>12</sup> Für den Parallellfall von Graubünden siehe *Peter Blickle, Communalism, Parliamentarism, Republicanism*, in: *Parliaments, Estates and Representation* 6. 1. (June 1986) 1–13.



zu brechen. Es gab wohl eine alternative Möglichkeit, die Stellung des Stadtpatriziats zu sichern, indem man nämlich eine städtische Miliz oder Bürgerwehr aufstellte, die man aus der Schicht der ehrbaren kleineren Haus- und Grundbesitzer rekrutierte. Aber auch eine so solide Bürgerwehr konnte unzuverlässig werden, wie die Obrigkeit der holländischen Städte erfuhr, als 1572 ihre Bürgerwehren den Segezeuzen die Tore öffneten. Im späten 15. und im frühen 16. Jahrhundert neigten viele süddeutsche Städte zum Anschluß an den Schweizer Bund, womit sie effektiv dem Kaiser die Autorität abgesprochen hätten und vollständige Republiken geworden wären. Aber einer der Hauptgründe, der die städtischen Oligarchien davor zurückhielt, war ihr Widerwille gegen die Freiheit des ‚gemeinen Mannes‘, so wie sie in den Schweizer Kantonen vorherrschte<sup>13</sup>.

Selbst wo die Patrizier völlige Unabhängigkeit für ihre Städte forderten, wie in Genf, wo sie behaupteten, sie hätten Gott als ihren Souverän gewählt, fanden sie es doch manchmal nützlich, kaiserliche Rechte anzuführen, zum Beispiel wenn sie ihre Rechte auf souveräne Gerichtsbarkeit verteidigten. Robert Oreskos Bericht über den Rechtsstreit der Stadt Genf mit dem Herzog von Savoyen zeigt sowohl die Bedeutung, die man im frühmodernen Europa dem Begriff der Souveränität in den Beziehungen zwischen Fürsten und Städten zubilligte, wie auch die Zweideutigkeit, die diesem Begriff anhaftete. Selbst nach Bodins magistraler Definition der Souveränität, die sehr rasch in ganz Europa Karriere machte, verschwanden diese Zweideutigkeiten nicht vollständig und besonders nicht im Heiligen Römischen Reich. Die deutschen Fürsten beriefen sich auf eine göttliche Berufung zu ihren Ämtern und behaupteten, sie besäßen die Souveränität in ihren Ländern; aber sie erkannten immer noch die Oberhoheit des Kaisers an<sup>14</sup>.

Was sich in den autonomen Städten von Mittel- und Westeuropa nicht entwickelte, war eine durchdachte Theorie des Republikanismus, wie wir sie in Italien schon seit dem 14. Jahrhundert finden. Das scheint auf den ersten Blick verwunderlich, denn die klassische Erziehung der Elite der transalpinen Städte war nicht grundsätzlich verschieden von der der italienischen Eliten. Aristoteles, Polybios und andere klassische Theoretiker wurden an allen europäischen Universitäten gelesen, und zudem waren die italienischen Autoren der Renaissance im restlichen Europa keineswegs ganz unbekannt. Aber selbst die Niederländer, die ja auf ganz dramatische Weise tatsächlich eine Republik gegründet hatten, brauchten viel Zeit, um die republikanischen Folgerungen ihrer Handlungsweise in Politiklehre und politischer Propaganda voll auszuarbeiten. Wie Nicolette Mout uns lehrt, dauerte es bis zu vierzig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung vom König von Spanien (1581), bis die niederländischen Publi-

<sup>13</sup> *Thomas A. Brady*, *Turning Swiss: Cities and Empire, 1450–1550*, (Cambridge 1985) 229 und passim.

<sup>14</sup> Dazu gibt es eine moderne Parallele mit der Stellung der republikanischen Mitglieder im British Commonwealth, wie z. B. Indien, die die Königin von Großbritannien als Haupt des Commonwealth, aber nicht als Haupt ihres Staates anerkennen.

zisten und Universitätsprofessoren die republikanische Staatsform allgemein akzeptierten und theoretisch rechtfertigten<sup>15</sup>.

Ian Roy führt uns eine ähnliche Erscheinung aus dem England der Mitte des 17. Jahrhunderts vor. Die Engländer hatten ihre Monarchie auf noch spektakulärere Weise abgeschafft als die Niederländer. Trotzdem gab es nur wenige waschechte Republikaner, und viele der antiroyalistischen Politiker und Publizisten waren bald eifrig bemüht, Oliver Cromwell zu einer monarchischen Stellung zu verhelfen.

Der Monarchismus hatte sehr zähe Wurzeln. Eine hierarchische Weltanschauung und die Stellung des Menschen in der Schöpfung, die Bezeichnung Christi als Himmelskönig, die allgemein verbreitete Metapher vom Staatskörper mit Kopf und Gliedern, die Stellung des Königs im Feudalrecht als oberster Lehnsherr, von dem die Vassallen ihr Land zu Lehen hielten, von dem alle Ehren flossen und dem sie den Lehnseid geleistet hatten, die Hochachtung, die eine ausgesprochen militaristische Gesellschaft ihrem obersten Kriegsherrn zollte – all das waren Traditionen, die zusammenkamen und erklären, warum auch klassisch gebildete Menschen jener Zeit den theoretischen Republikanismus, trotz seiner klassischen Abstammung, als einen merkwürdigen fremdartigen und intellektualistischen Gedankengang ansahen. Trotz aller traurigen praktischen Erfahrungen war es leichter und psychologisch weniger anspruchsvoll auf die alte Schimäre, den gottesfürchtigen und tugendhaften Fürsten zu vertrauen, als alles auf eine Abstraktion zu setzen, den Staat oder gar die Republik, in der noch dazu alle Bürger und nicht nur der eine Fürst tugendhaft sein sollten. John Milton, ein echter Republikaner des 17. Jahrhunderts, wußte das nur zu gut:

„But what more oft in Nations grown corrupt,  
And by their vices brought to servitude,  
Than to love Bondage more than Liberty,  
Bondage with ease than strenuous Liberty ...“<sup>16</sup>

Aber doch erschöpfte das Sehnen nach „bondage with ease“, nach der bequemen Knechtschaft, nicht die Problematik der Beziehungen zwischen Staatsform und politischer Freiheit. Während des ganzen Spätmittelalters waren die Menschen bestrebt gewesen, ihre Freiheit zu verteidigen oder, besser gesagt, ihre individuellen, bestimmten

<sup>15</sup> Neuerdings ist argumentiert worden, daß es in den Niederlanden schon in den 1560er und 1570er Jahren ausgesprochen republikanische Theorien und eine entsprechende Publizistik gegeben habe. Siehe *Martin van Gelderen*, *The Position of the States in the Political Thought of the Dutch Revolt (1555–1581)*, Vortrag, gehalten auf der 36. Konferenz der „International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions“, Florenz 1986. Er wird erscheinen in: *Parliaments, Estates and Representation* 7. 1987. „The Dutch political treatises that dealt with the vote of the States in the political order not only contained a new sort of theory of resistance. They also developed a republican conception of the political order ... The root of the propounded republican conception lay in the idea that the liberty of the country was the highest political value. Liberty was argued to be a necessary condition for the prosperity of the country and the personal freedom of the inhabitants. In this respect there is a remarkable similarity between the Dutch conception and the republican ideas as developed in Florence. Moreover, like the Florentines, the Dutch arrived at the conclusion that, to preserve the country's liberty, a republican sort of government was the best.“

<sup>16</sup> *John Milton*, *Samson Agonistes*, 268–71. Rechtschreibung modernisiert.

und konkreten Freiheiten. So bestanden sie darauf, daß ihre Fürsten unter den Gesetzen des Landes standen, und sie verteidigten dieses Prinzip und die eigentlichen Gesetze durch ihre Repräsentativversammlungen. *Dominium politicum et regale*<sup>17</sup>, so schien es, hatte viele, vielleicht sogar die meisten Vorteile eines republikanischen Regimes: es sorgte für die Autorität der Gesetze über alle Menschen ohne Ausnahme (also im Gegensatz zum römisch-rechtlich monarchischen Prinzip des *princeps legibus solutus*), verteidigte individuelle und korporative Eigentumsrechte, widersetzte sich einer willkürlichen Verhaftung der Einwohner des Landes oder Gerichtsverfahren gegen sie an fremden Gerichtshöfen. Durch seine Repräsentativversammlungen schloß es sogar bis zu einem gewissen Grad die Fundamentalcharakteristik der griechischen Polis ein, nämlich die Dualität des Sprechens und Zuhörens. Ein solches Regime würde die Vorteile monarchischer Herrschaft in der Kriegführung bewahren zugleich mit dem psychologischen Ansporn eines legitimen Strebens nach persönlichem Ruhm und mit der schauspielhaften, künstlerischen und gesellschaftlichen Unterhaltung und dem dazugehörenden Patronat, die ein fürstlicher Hof seinem Land bieten konnte.

Die dramatischen Ereignisse in der Geschichte der Stände von Brabant im 14. Jahrhundert, von denen uns Wim Blockmans berichtet, zeigen, wie wirklich entschlossene Ständeversammlungen, besonders wenn die großen Städte den Ton angaben, die Regierung eines Landes während der Minderjährigkeit des Fürsten ganz übernehmen und auch die Autorität majorennener Fürsten stark begrenzen konnten. In Flandern benahmen sich Gent, Brügge und Ypern fast ganz wie italienische Republiken, besonders auch in der politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Ausbeutung der kleinen Städte in ihrem *contado*, den umliegenden Gebieten. Doch erschien den Brabanter und flandrischen Städten der letzte Schritt zum ganz unabhängigen Republikanismus nach italienischem oder Schweizer Beispiel als unnötig, weil sie die meisten ihrer praktischen Ziele auch ohne diesen Schritt erreichen konnten und daher auch die stark antirepublikanischen Vorurteile mächtiger Nachbarfürsten, besonders des Königs von Frankreich, nicht herausfordern mußten. Die Flamen und die Brabanter hatten keine Alpen, so wie die Schweizer, die ihnen gegen die Angriffe von großen fürstlichen Heeren Schutz hätten bieten können. Sie hatten nicht einmal die breiten Flüsse, die Kanäle und die Deiche, die die Holländer im 16. Jahrhundert im Kampf gegen die Spanier so gut zu nutzen wußten. Trotz dieser geographischen Nachteile waren es doch gerade die revolutionären Calvinisten von Gent, die schon 1579 die Absage der Untertänigkeit Philipp II. gegenüber vorschlugen – früher noch als die Holländer.

In ihrem langen Streit mit König Philipp kamen die holländischen Städte nur ganz allmählich und zu ihrem eigenen Erstaunen zu der Überzeugung, daß *dominium politicum et regale* oder, wie sie es ausdrückten, die Rückkehr zur guten politischen Praxis der Regierung Karls V., keinen genügenden Schutz gegen die Tyrannei darstellte, d.h.

<sup>17</sup> Der Ausdruck kommt vom englischen Chief Justice, Sir John Fortescue, der ihn dem *dominium regale*, einer absoluten Monarchie entgensetzte. Vgl. Koenigsberger, *Politicians and Virtuosi*, op. cit. 1–20. Peter Blickle bestätigt in seinem Bericht den allgemeinen Gebrauch des Ausdruckes *regimen politicum* in Fortescues Sinne im Europa der frühen Neuzeit.

gegen einen Monarchen, der fest entschlossen war, das zu tun, was er selbst und nicht seine Untertanen als gut und recht befanden<sup>18</sup>. Nur wenn das Gleichgewicht zwischen König und Generalstaaten viel entschiedener zugunsten der Repräsentativversammlung verschoben werden konnte, vielleicht sogar bis zum Souveränitätsanspruch der Stände, konnte die Freiheit gegen einen tyrannischen König wirksam geschützt werden.

Das war also ein Weg zur Republik. Aber sowohl in den Niederlanden wie in England wurde er nur mit vielem Bedenken und Zaudern besritten. Einmal bei der Republik angelangt, hielten sich die Holländer zweihundert Jahre daran, ehe sie die Monarchie wieder herstellten; aber während dieser langen Zeitspanne hatten sie in den Fürsten des Hauses Nassau-Oranien, die als oberste Befehlshaber der Armee und als Statthalter der meisten Provinzen fungierten, eine Art Ersatzmonarchie. Die Engländer setzten nach einem kurzen und nicht sehr glücklichen Experiment mit einer republikanischen Staatsform (*Commonwealth*) ihren König wieder ein, nahmen sich dabei aber wohl in acht, die konstitutionellen Freiheiten, die sie errungen hatten, wieder zu bekräftigen. Als im 18. Jahrhundert die paradigmatischen Republiken, Venedig und die Vereinten Provinzen der Niederlande, im Niedergang waren, wurde Großbritannien als Prototyp und als der erfolgreichste Praktiker der klassischen gemischten Verfassung angesehen: ein Regime, welches zugleich die Rechte und Freiheiten seiner Bürger bewahrte und dabei große Überseeimperien eroberte.

Anders war die Lage bei den quasi-republikanischen freien Reichsstädten, denn diese hatten keine effektiven Repräsentativversammlungen, die ihre Lebensinteressen hätten wahrnehmen können. Außerdem war es auch nicht ihr Oberherr, der Kaiser, der der Feind der republikanischen Freiheiten war, abgesehen von einigen ungewöhnlichen Episoden, wie dem Schmalkaldischen Krieg. Die Rolle der Republikfeinde spielten vielmehr die Fürsten, und zwar sowohl die, deren territoriale Oberhoheit die Landstädte anerkannten, als auch die aggressiven Nachbarn der freien Reichsstädte. Wie Heinz Schilling betont, fehlte es in den Städten nicht an gemeindlich-genossenschaftlichem Denken, und der bürgerliche Wille, die freiheitlichen Stadtverfassungen zu verteidigen, wurde zumindest bis ins frühe 17. Jahrhundert hinein eher stärker als schwächer. Zudem waren die lutherischen Städte ebensowenig geneigt, sich fürstlicher Autorität zu beugen, wie die zwinglianischen, calvinistischen und katholischen. Aber die Rechtfertigung zu dieser Verteidigung basierte auf dem positiven Recht, auf den Freiheitsbriefen, Verträgen oder Rezessen, die die Städte erworben hatten, und nicht auf dem Naturrecht oder auf den klassischen Argumenten für die Freiheit, so wie sie in Italien entwickelt worden waren. Nun war diese Art von Rechtfertigung praktisch durchaus effektiv, sogar dann, wenn, wie zum Beispiel in Genf, die Urkunden und

<sup>18</sup> Vgl. zum Beispiel den berühmten Satz von Philipp II. über das Problem der Niederlande: „Ich würde lieber alle meine Länder verlieren und mein eigenes Leben hundert mal, wenn ich das könnte, als daß die Religion und der Dienst Gottes den geringsten Schaden erlitten; denn ich bin weder dazu bereit noch gewillt ein Herrscher von Ketzern zu sein.“ Philipp II. an Requesens, seinen Gesandten beim Papst, 12. August 1566. *L. Serrano, Correspondencia Diplomática entre España y la Santa Sede, I* (Madrid 1914) 316. (Meine Übersetzung).

Verträge neuen Datums waren. Ganz typisch war es dann auch, daß nur in Emden, einer Stadt ohne eine lange gefestigte Tradition der genossenschaftlichen Freiheit, eine erfolgreiche revolutionäre Bewegung gegen Ende des 16. Jahrhunderts Argumente hervorbrachte, die über die traditionelle Rechtfertigung der bürgerlichen Freiheiten in den deutschen Städten hinausging. Das war die Berufung auf eine historisch-mythische friesische Freiheit – ein Gegenstück zu der Berufung der Holländer auf die historisch-mythische batavische Freiheit, der Florentiner auf die etruskische und eines Teils der englischen Revolutionäre auf eine angelsächsische Freiheit, die, wie sie behaupteten, durch die normannische Eroberung im 11. Jahrhundert niedergetreten worden sei.

In Deutschland aber blieb Emden ein Einzelfall; diese Stadt wurde keine unabhängige Republik und schloß sich auch den benachbarten Vereinigten Niederlanden mit der „stammverwandten“ Provinz von Friesland nicht an und das auch nicht, obwohl Emden auf lange Jahre eine niederländische Garnison aufnahm, die die Stadt und die Grafschaft Ostfriesland vor einer Revanche der ostfriesischen Grafen schützte. Auf lange Frist, so meint Schilling, nach der Formierung des Reichssystems im späten Mittelalter und besonders im Frieden von Augsburg von 1555, wurde die Verfassung des Reiches ein fast unüberwindliches Hindernis zu einer städtischen Entwicklung zur vollen Independenz. Oberitalien, die Schweiz und die Niederlande, die ja auch noch gerade zum Reich gehörten, waren schon vorher so unabhängig, daß sie von der Neuordnung des Reiches nicht mehr betroffen wurden. Noch wichtiger war aber doch wohl, daß man in den deutschen Städten keine kohärente republikanische Theorie entwickelte und daher im späten 17. und im 18. Jahrhundert den Fürsprechern der Landesfürsten mit ihren bodinschen Lehren von der ungeteilten und der unbegrenzten Souveränität unterlegen blieb.

Kommunalismus und Republikanismus standen in logischer und manchmal auch in chronologischer Verbindung, wie Peter Blickles Beispiel des Wallis zeigt. Unter günstigen Umständen konnte es eine direkte Entwicklung von freien Kommunen zu territorialen Republiken geben. Aber eine solche Entwicklung war die Ausnahme und nicht die Regel, und das Überleben auch dieser Ausnahmen auf längere Zeit hatte wohl viel mit ihrer relativ unzugänglichen Lage und, wie auch bei Genf, mit der Nähe und Freundschaft militärstarker Nachbarrepubliken zu tun. Das zeigt sich einerseits klar in der Geschichte des schließlichen Untergangs der auch unzugänglichen, aber ganz isolierten Republik der dithmarschen Bauern (1559) und andererseits in der Geschichte des Republikanismus in den großen westeuropäischen Monarchien. Das Kastilien der frühen Neuzeit war zum Beispiel kein Land, das man gewöhnlich mit Republikanismus assoziiert. Und doch schien es vielen Kastiliern, daß der Comuneroaufstand von 1520–21 nahe daran war, aus dem Königreich ein Land der Stadtrepubliken zu machen. Ferdinand und Isabella hatten den Thron von Kastilien durch die entscheidende Parteinahme der Städte gewonnen. Diese hatten sich in den Bürgerkriegen des späten 15. Jahrhunderts zu einer *Hermadad*, einem ‚brüderlichen‘ Städtebund, zusammengeschlossen, der dann auch wichtige Regierungsfunktionen ausübte. Als dann aber die katholischen Könige einmal fest im Sattel saßen, begannen sie eine Expansionspolitik in Granada, Nordafrika und Süditalien. Dazu war die Hilfeleistung des

Adels notwendig und daher wandte sich die königliche Gunst ihm zu und gegen die Städte. Der Gegensatz zwischen Adel und Städten wurde dabei immer schärfer. Als Ferdinand 1516 starb, stand Kastilien bereits am Rande des Bürgerkrieges. Das politische Ungeschick seines jungen Nachfolgers Karl (später Kaiser Karl V.) und dessen niederländischen Räten löste dann den Aufstand der *Comuneros* aus<sup>19</sup>. Die Städte, von Toledo und Valladolid geführt, schlossen einen Bund und stellten eine revolutionäre Regierung (*junta*) auf. In vielen Städten schlossen sich die Bürger zu einer Eidgenossenschaft zusammen und ernannten ihre eigenen Magistrate. Die *Comunero*propaganda und -rhetorik hatten einen stark republikanischen Einschlag. Die Städte beschuldigten ihre Feinde, „das Land in eine ewige Knechtschaft führen zu wollen, so daß es ihm noch schlechter ergehen würde als den Sklaven“<sup>20</sup>. Sie bedienten sich des Wortes Freiheit und nicht etwa seines ehrbaren Plurals, Freiheiten, mit all seinen feudalen Anklängen<sup>21</sup>. In Burgos sprach man tatsächlich von Demokratie. Der Historiker Maldonado, der die Ereignisse in dieser Stadt miterlebte, schrieb später, daß „omnia eo consulta tendebant ut democratia, dum viveret Joanna Regina, vigeret“. Burgos, so schrieb Maldonado, ermahnte andere Städte „ad bellum pro libertate capessendum, ad constabilienda quae iecerant Burgenses democratiae fundamenta doceret“<sup>22</sup>. Also, man sollte für die Demokratie kämpfen, zumindest solange Königin Johanna die Wahnsinnige lebte, die ja unfähig war zu regieren.

Was die Burgenses mit Demokratie sagen wollten, war ganz aristotelisch. Der *Comunero* Kleriker Fray Alfonso de Castillo definierte einen Bürger als jemanden, der beteiligt ist an der Rechtsprechung und an der öffentlichen, politischen Beschlußfassung, und er definierte eine Republik als „eine gewisse Art und Weise von Zusammenleben, erwählt und eingesetzt von denen, die in derselben Stadt wohnen“<sup>23</sup>. Außer dem aristotelischen Einfluß spielte noch der der italienischen Stadtrepubliken mit, oder jedenfalls etwas, was sich damals gebildete Spanier unter italienischen Republiken vorstellten. Man glaubte nicht nur, daß sie von jeder Oberhoheit frei wären, sondern daß sie auch hervorragende bürgerliche Tugenden besäßen, so daß eine kleine Zahl von republikanischen Bürgern im Stande wäre, eine große Anzahl von Feinden der Freiheit zu besiegen.

Es ist schwer zu sagen, wie verbreitet solche republikanischen Anschauungen waren, und es ist wohl wahrscheinlich, daß sie sich auf einen relativ kleinen, klassisch gebildeten Kreis beschränkten. Die Feinde der *Comuneros*, die Königstreuen und der hohe Adel, griffen die republikanische Rhetorik auf und schrieben sie der ganzen *Comunero*bewegung zu, schon um sowohl den *Comunerosympathisanten* (von denen es am Anfang der Bewegung viele gab), wie auch der kaiserlichen Regierung im fernen Deutschland damit Angst zu machen. Wo die kastilischen Republikaner weitergingen

<sup>19</sup> Stephen Haliczer, *The Comuneros of Castile: The Forging of a Revolution 1475–1521* (Madison 1981) passim.

<sup>20</sup> Zitiert in José Antonio Maravell, *Las comunidades de Castilla: Una prima revolución moderna* (Madrid 1963) 173.

<sup>21</sup> Ebenda 169–70.

<sup>22</sup> Ebenda 178.

<sup>23</sup> Ebenda 183.

als die Italiener, das war im bewußten Übergang von der städtischen auf eine nationale Blickrichtung. Die revolutionären Cortes von Tordesillas setzten ein Fundamentalgesetz auf, das die persönlichen Rechte aller Bürger garantierte, alle Ämter den Einheimischen vorbehielt, den Verkauf von Ämtern oder deren Bekleidung durch Mitglieder des Adels verbot, alle Ämter zeitlich begrenzte und bestimmte, daß alle Beamten sich für ihre Amtsführung verantworten mußten. Die Abgeordneten der Cortes sollten von den Städten frei gewählt werden, sich versammeln können, wann sie es für nötig befanden, und alles diskutieren dürfen, was sie wollten<sup>24</sup>.

Das alles ähnelte sehr der *Joyeuse Entrée* von Brabant, wie sie Wim Blockmans hier beschreibt. Aber die kastilische *junta general*, die Cortes der aufrührerischen Städte, ging noch weiter und behauptete, daß die Städte zusammen das Reich wären, ein politischer Körper, deren Haupt aber jetzt nicht mehr der König sei<sup>25</sup>. Dieses Abstreiten der politischen Rolle des Königs und das implizite Abstreiten einer Rolle für den Adel und den Klerus waren radikaler als die öffentlichen, wenngleich nicht die privaten, Ansprüche und Forderungen des dritten Standes im ersten Jahr der Französischen Revolution 1789. Daher ist es nun auch nicht verwunderlich, daß in Kastilien der Adel und der hohe Klerus letzten Endes die königliche Regierung im Feldzug von 1521 unterstützten und halfen, die Comunerobewegung zu brechen. Mit der Comuneroniederlage verschwand dann auch praktisch der spanische Republikanismus bis zum 19. Jahrhundert. Nur einmal noch, und dann nur begrenzt auf die Woche vom 16. bis 23. Januar 1641, stellten die Katalanen eine unabhängige Republik auf. Der drohende Einmarsch der königlichen Armee von Kastilien her bewog jedoch den katalanischen Führer, Pau Claris, seinen doch nur lauwarmen Republikanismus aufzugeben und dem König von Frankreich die Herrschaft über Katalonien anzutragen, „wie zur Zeit Karls des Großen“. Die Portugiesen rebellierte zur gleichen Zeit gegen die spanische Monarchie, aber eine Republik kam ihnen dabei überhaupt nicht in den Sinn. Mit allgemeiner Zustimmung riefen sie den Herzog von Braganza zum König aus.

In Frankreich spielte der Republikanismus erst ein halbes Jahrhundert später als in Kastilien eine Rolle. Seine Hauptbewegkraft lag im calvinistischen Glauben, den es in Spanien gar nicht gegeben hatte. Die calvinistische Kirchenorganisation mit ihrer Hierarchie von Konventikeln und Synoden gab dabei ein sehr nützliches Modell für eine politische und militärische Organisation ab, die über den Stadtrepublikanismus hinausgehen und die ganze Nation umfassen konnte. Seit etwa 1560 suchte sich die Hugenottenbewegung der Stadtregierung zu bemächtigen, um sie dann aus der königlichen Kontrolle herauszubrechen. Doch das Aufstellen von autonomen Stadtrepubliken war nicht das Hauptziel der Hugenottenbewegung. Es war viel aristokratischer als die gleichzeitige Calvinistenbewegung in den Niederlanden, und seine Führer waren überzeugte Royalisten. Condé, ein Prinz königlichen Geblüts, und Admiral Coligny bedienten sich der hugenottischen Städte, um die königliche Regierung für ihre eigenen persönlichen und religiösen Ziele zu gewinnen. In späteren Jahren der Bürger-

<sup>24</sup> Ebenda 191–202.

kriege trachtete der Hugenottenführer Heinrich von Navarra selbst nach der französischen Krone und errang sie schließlich auch.

Unter diesen Umständen lag den Hugenottenstädten hauptsächlich daran, die Autorität der Monarchie durch Repräsentativversammlungen in Schranken zu halten. Allerdings sahen sie sich gleich nach der Bartholomäusnacht (23. August 1572), als die royalistische Politik der Hugenottenführung klar zur Katastrophe geführt hatte, auf ihre eigenen Mittel angewiesen, und es war zu dieser Zeit, daß sich auch wirklich republikanische Ideen zu verbreiten begannen. In einem Entwurf von 1572 für die Verfassung eines Stadtstaates findet sich eine charakteristische Bezugnahme auf klassische Modelle und republikanische Tugenden<sup>26</sup>. Sie bekamen nun allerdings einen stark religiösen Anhauch:

„Que l'on introduise et observe tres estroitement, depuis le chef general jusqu'aux moindres chefs et membres la discipline ecclesiastique et religieuse ordonnee et introduitte par cy devant par les synodes tenus en France ... affin que par ce moyen, on voye a l'oeil, de Regne de Dieu et le sceptre de sa parolle estably et entretenu et le Regne da Sathan avec la cohorte des Vices, que le monde et la chair entretient, destruitz, chassez et aboliz d'entre des fidelles ... Estans assurees qu'en ce faisant ils seront benits en la ville et aux champs. Ils habiteront en seurete, rien ne les espouvantera ... Cinq d'entre eux poursuivront cent de leurs ennemis, et cent, dix mille.“

Sie würden ihren eigenen militärischen Kommandanten wählen, und dieser würde unter der Kontrolle des Stadtrates stehen und sich am Ende des Krieges, wie die Diktatoren des alten Rom, ins Privatleben zurückziehen<sup>27</sup>.

Während nun auch nach 1572 solche republikanischen Ansichten nicht sehr weit verbreitet waren, so funktionierten doch La Rochelle, Montauban und andere Hugenottenstädte in Südfrankreich praktisch als Stadtrepubliken. Sie schlossen reguläre Verträge mit der Krone. Sie ernannten ihre eigenen Beamten, und der König konnte weder seinen Gouverneur einsetzen noch ihnen die französische Staatsreligion aufzwingen. Über ein halbes Jahrhundert hielten sie dem immer stärker werdenden königlichen Druck stand. Schließlich hatte dann La Rochelle, die letzte und stärkste der hugenottischen Stadtrepubliken, keine wirkungsvolle Antwort mehr auf die militärische Übermacht der Monarchie und mußte sich, nach einer Belagerung von mehr als einem Jahr durch das königliche Heer, Ludwig XIII. ergeben (1628).

\* \* \*

Im transalpinen Europa war der Republikanismus selten ein Endziel. Selbst Rousseau meinte einmal, daß es eventuell in Monarchien mehr Freiheit geben könne als in

<sup>25</sup> Ebenda 114–17.

<sup>26</sup> *Gordon Griffiths*, *Representative Government in Western Europe in the Sixteenth Century* (Oxford 1968) 257.

<sup>27</sup> Ebenda 277–78.



Republiken<sup>28</sup>. Der Republikanismus trat nur in Erscheinung, wenn andere Methoden, die fürstliche Macht zu begrenzen und die Privilegien, Freiheiten und Rechte der Untertanen zu schützen, fehlschlügen oder wenn der Lauf der Ereignisse sie als unwirksam erscheinen ließ. Die Städte schlossen Bünde, um ihre Handelsinteressen, ihre Freiheiten und manchmal auch ihren religiösen Glauben zu verteidigen. Aber es bestand wenig Zusammenhang zwischen einer bestimmten religiösen Konfession und einem starken Gemeinschaftsgefühl. Mit Recht besteht Heinz Schilling darauf, daß die evangelischen Städte in Deutschland ihre Selbständigkeit genauso zäh verteidigten wie die reformierten. In den Endstadien der französischen Religionskriege organisierten die überzeugten Katholiken die Heilige Liga, ein unstabiles Bündnis von sich gegenseitig mißtrauenden, ehrgeizigen Aristokraten, städtischen Bourgeois und Professionellen. Die Ziele dieser letzteren waren revolutionär, und ihre Rhetorik war manchmal demokratisch; aber ein formeller Republikanismus war kein zentrales Anliegen dieser Bewegung. Ihre religiösen Ziele und die militärische Notwendigkeit führten die Liga zum Bündnis mit Spanien. Das war schwierig genug für die Aristokraten der Liga, die sich keinen spanischen Kandidaten für den französischen Thron aufdrängen lassen wollten. Für den Flügel der Liga, der eine städtische Volksbewegung repräsentierte, war aber das spanische Bündnis noch verhängnisvoller – vielleicht noch verhängnisvoller als der gegenrevolutionäre Staatsstreich der aristokratischen Führung der Liga in Paris, wo der Herzog von Mayenne die Ligaregierung der Hauptstadt gefangen nahm (1591). Die unüberbrückbaren inneren Gegensätze der katholischen Partei bewogen schließlich die katholische Elite von Frankreich, sich von der Heiligen Liga abzuwenden und, wie ein Zeitgenosse es ausdrückte, sich dem ‚nationalen‘ König, Heinrich von Navarra (Heinrich IV.), in die Arme zu werfen, nachdem dieser zum katholischen Glauben zurückgekehrt war. Damit hatte aber auch die antimonarchische Bewegung verloren, und zwar sowohl die republikanische wie die, die sich auf die Generalstaaten berief.

Nur wenige Jahre zuvor hatten sich die revolutionären calvinistischen Republikaner von Gent auch an Philipp II. von Spanien um Hilfe gegen ihre aristokratischen Feinde in Flandern gewandt und gegen das hauptsächlich städtische, protestantische und gegen Spanien gerichtete Bündnis der niederländischen Provinzen, die Union von Utrecht. Das voraussehbare katastrophale Resultat der bizarren Allianz der Genter mit Spanien brachte dann auch das Ende des Republikanismus in Gent (1584) und, durch die Rückeroberung durch die Spanier, in den ganzen südlichen Niederlanden mit sich.

\* \* \*

Ein Kennzeichen der Republiken und Republikaner im 17. Jahrhundert war die gegenseitige Bewunderung. Venedig wurde sogar in royalistischen Kreisen bewundert wegen der Stabilität seiner Gesetze und öffentlichen Institutionen, wegen seiner Dul-

<sup>28</sup> „Après avoir tant aimé le gouvernement républicain faudra-t-il changer de sentiment dans ma vieillesse, et trouver enfin qu'il y a plus de véritable liberté dans les Monarchies que dans nos Républiques?“ Zitiert in *Yves Durand, Les républiques au temps des monarchies* (Presses Universitaires de France 1973) 200–201.

dung von größeren Volksbewegungen und wegen des glatten Funktionierens seiner angeblichen gemischten Verfassung – obgleich die scharfsinnigeren Beobachter sie für das erkannten, was sie auch war, nämlich eine grundsätzlich aristokratische Republik. In Venedig selbst und auch sonst in Italien bewunderte man die Holländer wegen ihres erfolgreichen Kampfes gegen Spanien; denn viele Italiener haßten die spanische Herrschaft über Italien, aber konnten nichts dagegen ausrichten. Man bewunderte die Holländer auch, weil sie nicht imperialistisch waren (wenigstens nicht in Europa, soweit man vom holländischen Übersee-Imperialismus überhaupt etwas wußte, billigte man ihn wohl, denn er ging ja auf Kosten der Heiden oder Spanier). Man setzte dabei den freiwilligen Bund der niederländischen Provinzen deutlich ab vom zentralbeherrschten Reich von Venedig<sup>29</sup>. In England wurde zur Commonwealthzeit berichtet, daß Admiral Robert Blake dem König von Spanien selbst die Republiken angepriesen und ihm erklärt haben soll, daß das Frankreich der Fronde schon jetzt dem Beispiel Englands folge und daß Spanien binnen zehn Jahren auch nachfolgen würde<sup>30</sup>. Die Antwort Philipps IV. ist nicht überliefert, und man kann wohl an der ganzen Geschichte Zweifel haben. Was sie aber zeigt, ist eine zu jener Zeit in England verbreitete Meinung; und darum erzählte oder erfand man eben auch diese hübsche republikanische Geschichte.

Bewunderung hieß aber nicht dasselbe wie politische Hilfeleistung oder wirkungsvolle republikanische Solidarität. Während des ganzen 16. und 17. Jahrhunderts hat die Stadt Augsburg (von deren stolzem Rathaus Thomas Fröschl uns berichtet) ihr wirtschaftliches Geschick an das Haus Habsburg gehängt. Die Stadt Genua, die sogar formell eine unabhängige Republik war, tat dasselbe und finanzierte ihren republikanischen Wohlstand durch eine Art Symbiose mit der mächtigsten und aggressivsten Monarchie des Zeitalters. In den 1620ern liehen die Holländer dem König von Frankreich Schiffe, damit dieser ihre calvinistischen und republikanischen Genossen in La Rochelle bekämpfen konnte. Und von 1653 bis 1654 führten die Engländer, die ja gerade ihrem König den Kopf abgeschlagen und die Monarchie abgeschafft hatten, einen Seekrieg gegen die Republik der Vereinten Provinzen der Niederlande. Admiral Blake, doch angeblicher Propagandist des Republikanismus, kämpfte gegen die Holländer genauso enthusiastisch und wirkungsvoll, wie er das vorher gegen die englischen Royalisten getan hatte.

Der frühmoderne Republikanismus blieb so zweideutig und so vermischt mit widersprüchlichen politischen Zielen wie die zweideutige und gemischte Symbolik der Rathäuser der großen Stadtrepubliken und Quasirepubliken, die Thomas Fröschl uns vorführt. Aber doch blieb der Republikanismus und seine Gleichsetzung mit der Freiheit eine lebendige politische Tradition. Für die gebildete europäische Elite hatte er die Attraktion der Respektabilität vom klassischen Altertum her. Für die patrizische

<sup>29</sup> Mastellone, *I repubblicani*, op. cit. 156.

<sup>30</sup> Blake soll gesagt haben, daß „all kingdoms will annihilate tyranny and become republics, England had done so already; France was following in her wake; and as the natural gravity of the Spaniards rendered them somewhat slower in their operations, he gave them ten years for the revolution in their country“. Zitiert in *Brian Worden, The Rump Parliament, 1648–1653* (Cambridge 1974) 252. Ich danke Ian Roy für den Hinweis auf diese Quelle.

Obrigkeit der Städte war er die letzte Verteidigungslinie gegen die Forderungen der zentralisierenden absolutistischen Monarchien und gegen die Wirtschaftsinteressen der Verbündeten der Monarchien, dem militarisierten Landadel. Gegen solche mächtigen Feinde blieben die frühmodernen Republiken und Quasirepubliken fast immer in der Defensive und das auch trotz der durchschlagenden Siege in der Schweiz und den Niederlanden. Zwei Entwicklungen waren nötig, bevor der Republikanismus erfolgreich die Offensive ergreifen konnte. Die erste war die Aufnahme der Demokratie in den Republikanismus, eine viel umfangreichere Teilnahme des Volkes am aktiven politischen Prozeß, als es die republikanischen Eliten im frühmodernen Europa traditionell hatten zugestehen wollen. Die zweite war die Ausweitung des Begriffes der Ideologie und der Institutionen des Republikanismus auf große Nationalstaaten. Die erste dieser Entwicklungen, die Einführung der Demokratie, wurde direkt und fast sofort in der amerikanischen und in der Französischen Revolution erreicht. Die zweite wurde sowohl in Amerika wie in Frankreich durch die Umwandlung des nichtklassischen, aber doch alten und ehrwürdigen Prinzips der Repräsentation eines ganzen Landes in nationalen oder föderativen Repräsentativversammlungen erreicht. Die traditionellen oligarchischen Parlamente und Ständeversammlungen wurden zu demokratisch gewählten Legislativen und Nationalversammlungen.

# Register

bearbeitet von Annalena Staudte-Lauber

Die Begriffe „Bürger“ und „Stadtbürger“ wurden auch in ihrer fremdsprachigen Entsprechung wegen der Häufigkeit ihres Auftretens nicht berücksichtigt.

## Personenregister

- Adimari, (Familie-) 31  
Alamanni, Lodovico, Jurist (um 1570) 16  
Alardet, Louis (= Claude Louis), Bischof v. Mondovì (ca. 1507–1565) 83–85, 95, 96  
Alba, Herzog von (1507–1582) 82, 157, 171  
Albada, Aggaeus van (ca. 1530–ca. 1586) 179  
Alberti, Leon Battista (1404–1472) 28, 35, 38  
Aldegonde, Marnix Philip van Sint (1540–1598) 173, 174, 188  
Alexander III., Papst (1159–1181) 264  
Almaras, Alvaro van, Bürgermeister von Antwerpen 160  
Althusius, Johannes (1557–1638) 119, 136, 186, 187, 194  
Alting, Menso (1541–1612) 129, 131  
Altoviti, (Familie-) 31  
Amphion, antiker Sänger 252  
Anjou, (Haus-) 169, 173, 176–178, 179, 186  
l'Arche, Michel de 83  
Archimedes (ca. 287–212 v. Chr.) 258  
Aristide, Elio 21  
Aristoteles (384–322 v. Chr.) 1, 3, 4–7, 10, 11, 148, 182, 183, 199, 203, 285, 286, 292  
Arminius, Jacob (= Jacob Hermans), Theologe in Leiden (1560–1609) 181  
Artevelde  
– James van 152  
– Philip van 152  
l'Audito, Guglielmo 32  
Augustus (27 v. Chr.–14 n. Chr.) 148, 252, 262, 286  
  
Baitelli, Lodovico, juristischer Ratgeber 53  
Baldovinetti, (Familie-) 31  
Barbaro  
– (Familie-) 45  
– Francesco, Patriarch v. Aquileia (1546–1616) 45  
Barberini, Taddeo, Präfekt von Rom (1603–1647) 55  
Bardi, (Familie-) 31  
Bartolo, Taddeo di 39  
Bartolus von Saxoferrato (ca. 1313–ca. 1357) 287  
Baudius, Dominicus 186  
della Bella  
– (Familie-) 31  
– Giano 31  
Bentivoglio, Giovanni, Gonfaloniere in Bologna (ca. 1358–1402) 21  
Bernadotte, Jean-Baptiste (= König Karl XIV. v. Schweden 1818–1844) (1763–1844) 283  
Bernardo, Andrea, Senator in Venedig (gest. 1468) 49  
Bertius, Petrus 182  
Bèze, Theodore de 90, 91, 95, 96, 97, 171  
Blake, Robert, engl. Admiral (1599–1657) 231, 301  
Boccaccio, Giovanni (1313–1375) 38  
Bodin, Jean (ca. 1529–1596) 119, 124, 127, 182, 183, 186, 187, 194, 210, 292  
Bol, Ferdinand, niederl. Maler (1616–1680) 260, 261  
Bolardus, Gerhard 131  
Brabant  
– Anton, Herzog von (1384–1415) 150  
– Johann III., Herzog von (1300–1355) 148, 149, 150  
– Johann IV., Herzog von (1403–1427) 150, 151  
– Margaret von (1323–1368) 149  
Braganza, Herzog von 298

- Brandis, Joachim, Bürgermeister von Hildesheim (1553–1615) 109  
 Braunschweig, Herzog von 176  
 Braunschweig-Lüneburg, Franz Heinrich, Herzog v. 82  
 Brederode, Pieter Cornelisz, Gesandter der Generalstaaten 184, 185, 194  
 Bresse-Bretagne, (Haus-) 79  
 Bruni, Leonardo (ca. 1369–1444) 13–15, 21–24, 288  
 Brutus, Decimus Junius (ca. 81–43 v. Chr.) 269  
 Burckhardt, Jacob, Schweizer Kulturhistoriker (1818–1897) 28, 34, 193  
 Burgund  
 – (Haus-) 152  
 – Johann der Furchtlose, Herzog v. 150  
 – Karl der Kühne, Herzog v. (1467–1477) 146–148  
 – Maria, Herzogin v. (1457–1482) 153, 188  
 – Philipp der Gute v. (1419–1467) 153  
 – Philipp der Kühne v. (1363–1404) 152  
 – Philipp der Schöne v. (1482–1506), König von Kastilien (1504–1506) 153  
 Busius, Paulus, Jurist in Franeker 186, 187  
 Caesarius, Henricus (= Henrik de Keyser), Prädikant in Franeker (ca. 1550–1628) 182  
 Calvin, Johann (= Jean Cauvin) (1509–1564) 86, 88, 96, 97, 171  
 Campanella, Tommaso (1568–1639) 273  
 Campen, Jacob van, niederl. Baumeister (1595–1657) 251  
 Cäsar, Gaius Julius (ca. 100–44 v. Chr.) 148, 269, 289  
 Cassaubon, Isaac 191  
 Castiglione, Baldesar (oder Baldassare) (1478–1529) 39  
 Castillo, Fray Alfonso de 297  
 Cato, Marcus Porcius (95–46 v. Chr.) 269  
 Cerchi, (Familie-) 31  
 Cerealis, röm. Feldherr 190, 262  
 Charles → Karl  
 Charles the Bold → Burgund, Karl der Kühne  
 Chiermontesi, (Familie-) 31  
 Christine, Königin v. Schweden (1632–1654) 273, 274  
 Cicero, Marcus Tullius (106–43 v. Chr.) 8, 9, 11  
 Cinna, Lucius Cornelius, röm. Feldherr (gest. 84 v. Chr.) 273  
 Civilis, Claudius, Anführer der Bataver (1. Jhdt. nach Chr.) 190, 262  
 Clapmarius, Arnold (= Arnold Klapmeier), Publizist (1574–1604) 273  
 Clarendon, Edward Hyde, Earl of, Geschichtsschreiber u. Haupttratgeber Karls II. v. England (1609–1674) 235  
 Clemens VII., Gegenpapst (1378–1394) 264  
 Cluverius, Philippus (= Philipp Clüver), Geograph u. Geschichtsschreiber 192  
 Coligny, Gaspard de, franz. Admiral (1519–1572) 298  
 Colleoni, Sozzo (= Bartolomeo Colleoni) (1400–1475) 32, 288  
 Condé, Prinz (= Louis de Bourbon) (1530–1560) 298  
 Constable, Sir William 226  
 Contarini  
 – (Familie-) 15  
 – Alvise di Tomaso, Gesandter d. Rep. Venedig (1597–1651) 54, 55  
 Coornhert, Dirk Volckertsz (1522–1590) 180, 181  
 Corner, (Familie-) 45  
 Cortés, Hernán, span. Eroberer (1485–1547) 291  
 Court, Pieter de la 195, 204, 205, 207  
 Cromwell, Oliver, Lordprotektor v. England (1599–1658) 227, 230–232, 234, 235, 293  
 Dentatus, Marcus Curius, röm. Konsul 260  
 Descartes, René (1596–1650) 209  
 Donatello (1386–1466) 288  
 Doria, (Familie-) 33  
 Dorney, John 219, 223, 224, 226, 227, 231, 233, 234, 236  
 Dousa, Janus 189  
 Dudley → Leicester  
 Eduard III., König v. England (1327–1377) 145  
 Edzard, Graf von Friesland 133  
 Eigen, Peter, alias von Argun, Stadtherr von Augsburg 107  
 Elisabeth I., Königin v. England (1558–1603) 97, 214  
 Elvins, Edward 221, 223, 229, 230, 235  
 Emmius, Ubbo (= Ubbo Emmen), friesischer Geschichtsschreiber (1547–1625) 131, 133  
 Enno, Graf von Friesland 134  
 Felix V., Gegenpapst (1439–1449) 80  
 Ferdinand I. Kaiser (1556–1564) 125, 126  
 Ferdinand II., der Katholische, v. Aragon (1479–1516) 296, 297  
 Ferramosca, Scipione 53  
 Fills, Robert 97, 98  
 Flinck, Govert, niederl. Maler (1615–1660) 260

- Forlì, Ranieri da, Jurist (13.Jhdt.) 33  
 Fortisguerre, Monaldus Petri, Volksanführer in Viterbo 33  
 Foscarini  
 – Marco, Doge 42, 46  
 – Michiel, Geschichtsschreiber des 17.Jhdts. 52  
 Franz I., König v. Frankreich (1515–1547) 77, 79, 80  
 Franzius, Thomas, Kanzler der Grafen v. Friesland (um 1591) 133  
 Friedrich I. Barbarossa, Kaiser (1152–1190) 94, 264  
 Friedrich II. von Hohenstaufen, Kaiser (1212–1250) 31  
 Friedrich III., Kurfürst v.d. Pfalz (1515–1576) 94, 95  
  
 Gabrieli, (Familie-) 47  
 Gattamelata (= Erasmo da Narni), ital. General (1370–1443) 288  
 Gattinara, Mercurino Arborio di, ital. Großkanzler u. Kardinal (1465–1530) 148  
 Gattus, Rainerius, Volksanführer in Viterbo (1257–1259) 33  
 Gautier, Jean-Antoine (1674–1729) 87, 90, 96  
 Gianotti, Donato 15, 16, 27, 36  
 Giugni, (Familie-) 31  
 Giustinian  
 – Girolamo 41  
 – Lorenzo 41  
 Gomar, Franciscus, Professor in Leiden (1563–1641) 181  
 Gonzaga, Francesco 23  
 Goodman, Christopher, Bischof von Gloucester (ca. 1520–1603) 232  
 Gorizia, Grafen von 46  
 Granvella, Antoine Perrenot de, Kardinal u. span. Minister (1517–1586) 82, 83, 156, 171  
 della Greca, Rainieri, Volksanführer in Orvieto (1280–1284) 33  
 Grimani  
 – (Familie-) 45  
 – Giovanni, Patriarch 45  
 – Marino, Kardinal 45  
 Grotius, Hugo, niederl. Jurist (1583–1645) 169, 181, 190–193, 195  
 Grynäus, Johann Jakob (= Johann Jakob Grüner), Schweizer reformierter Theologe (1493–1541) 131  
 Guicciardini  
 – Francesco (1483–1540) 16, 36  
 – Lodovico 156–158, 167  
  
 Gustav II. Adolf, König v. Schweden (1611–1632) 274, 279, 281  
 Gustav Vasa, König v. Schweden (1523–1560) 274  
  
 Habsburg, (Haus-) 77, 78, 82, 125, 152, 158, 160, 179, 262, 301  
 Harrington, James (1611–1677) 199, 201  
 Heinrich II., König v. Frankreich (1547–1559) 77, 78, 81  
 Heinrich IV. von Navarra, König v. Frankreich (1589–1610) 299, 300  
 Heinsius, Daniel, niederl. Philologe u. Dichter (1580–1655) 186, 192  
 Hembyze, Jan van 152, 174  
 Hieron, Tyrann von Syrakus 258  
 Hierta, Lars Johan, schwed. Publizist (1801–1872) 283, 284  
 Hobbes, Thomas (1588–1679) 195, 196, 202, 207  
 Holl, Elias, deutscher Baumeister (1573–1646) 258  
 Hooft, Pietersz Cornelis, niederl. Jurist (1581–1647) 183, 192, 193, 194  
 Hugonet, Kanzler Karls d. Kühnen 147  
 Huizinga, Johan, niederl. Kulturhistoriker (1872–1945) 193  
 Hume, David, schottischer Philosoph (1711–1776) 203, 207  
  
 Importuni, (Familie-) 31  
 Iniquitate, Uberto de 32  
 Isabella, die Katholische, Königin v. Kastilien (1474–1504) 296  
  
 Jacchaeus, Gilbertus, Philosophie-Professor in Leiden (ca. 1578–1628) 183  
 Jakob I. (= James), König v. England (1603–1625, seit 1567 König von Schottland) 214  
 Jefferson, Thomas, 3. Präs. d. Vereinigt. Staaten v. Amerika (1743–1826) 266–268  
 Joan of Luxembourg → Luxemburg, Johanna  
 Johanna, die Wahnsinnige, Königin v. Spanien (1504–1555) 297  
 Juan d'Austria (1547–1578) 173  
 Julius II., Papst (1503–1513) 36, 45, 55  
 Junius, Hadrianus 189  
  
 Kant, Immanuel (1724–1804) 203  
 Karl der Große, Kaiser (768–814) 138, 298  
 Karl I., König v. England (1625–1649) (= Charles Stuart) 214, 215, 217, 223, 224, 225, 289

- Karl II., König v. England (1660–1685) 213, 219, 235
- Karl IV., Kaiser (1346–1378) 67, 84, 93, 149
- Karl V., Kaiser (1519–1558) 77, 94, 145, 147, 148, 152, 158, 164, 251, 264, 294, 297
- Karl XII., König v. Schweden (1697–1718) 275
- Klöcker, David, schwed. Maler (1629–1698) 279
- La Baume, Pierre de, Fürstbischof in Genf 80, 93, 94
- Laud, William, Erzbischof v. Canterbury (1573–1645) 216–218, 233
- Laurent le Magnifique → Medici, Lorenzo der Prachtige
- Le Petit, Jean-François 179
- Leicester, Robert Dudley, Earl of (ca. 1532–1588) 97, 169, 175–177, 179, 180, 186
- Leonardo da Vinci (1452–1519) 289
- Leontius, Theodorus (= Dirk Lieunes), Jurist (1573–ca. 1615) 182, 183
- Lingelsheim, Georg Michael, Jurist (1556–1636) 191
- Lippe, Grafen zur 127, 131
- Lipsius, Justus, niederl. Philologe (1547–1606) 126, 180–183, 190, 194
- Livius, Titus (59 v. Chr.–17 n. Chr.) 22
- Locke, John, engl. Philosoph (1632–1704) 167, 196, 207
- Lombardo, Marco 46
- Lonigo, Gasparo 53
- Lorenzetti, Ambrogio (1290–1348) 39, 255, 288
- Loschi, Antonio 20
- Lubbertus, Sibrandus, Theologe in Franeker (1556–1625) 181, 182
- Ludwig XIII., König v. Frankreich (1610–1643) 299
- Luscinus, Gaius Fabricius, röm. Konsul 260
- Luxembourg-Martigues
- (Haus-) 79
- Johanna Gräfin von (1356–1386) 150
- Wenceslas Graf von (1361–1419) 149, 150
- Machiavelli, Niccolò (1469–1527) 17, 24, 27, 30, 36, 38, 199, 201, 202, 204, 273, 285, 287, 289
- Madison, James, 4. Präs. d. Vereinigt. Staaten v. Amerika (1751–1836) 268
- Maldonado, Juan, span. Geschichtsschreiber (1534–1583) 297
- Marcello, Giacomo 51, 52
- Marguerite de France, Herzogin de Berry 78, 88–91, 96
- Maria I., die Katholische, Königin v. England (1553–1558) 97
- Marius, Gaius, röm. Feldherr (156–86 v. Chr.) 273
- Marranos 208
- Marsilius v. Padua (= Marsilio di Mainardini), Staatstheoretiker (1275–ca. 1342) 287
- Marten, Henry 226
- Maximilian I., Kaiser (1493–1519) 69, 153
- Maximilian II., Kaiser (1564–1576) 95
- Mayenne, Herzog von (1554–1611) 300
- Medici
- (Familie-) 33, 36, 37, 38, 288
- Cosimo „il vecchio“ (der Alte) (1389–1464) 24, 34, 39
- Cosimo I. (1519–1574) 31, 33
- Katharina, Königin v. Frankreich (1560–1563) 86, 96
- Lorenzo Magnifico (= der Prachtige) (1449–1492) 36
- Piero (1471–1503) 36, 37, 38
- Merula, Paulus, Historiker u. Geograph in Leiden (1558–1607) 185, 190
- Michelangelo Buonarroti (1475–1564) 289
- Michiel, Angelo 51
- Mill, Johan Stuart, Staatstheoretiker (1806–1873) 203
- Milledonne, Antonio 48
- Milton, John, Dichter u. Sekretär Cromwells (1608–1674) 231, 235, 293
- Mirabello, Simon de 152
- Mocenigo, Girolamo 41
- Moller
- Caspar 131
- Vincent 117
- Montanus, Eusebius 180
- Monteverdi, Claudio, Komponist (1567–1643) 41
- Montfort 91
- Montgomery 78
- Montmorency, Anne de, Herzog, Konnetabel u. Marschall v. Frankreich (1493–1567) 82
- Morillon, Provost des Kard. Granvella 156, 158
- Morosini
- (Familie-) 48
- Francesco 56
- Mozzi, (Familie-) 31
- Murer, Christoph 257
- Nani, Battista 50
- Nassau-Oranien → Oranien

- Nero, Claudius Cäsar, röm. Kaiser (54–68) 257
- Nevers und Rethel, Ludwig Herzog von (= Louis de Nevers) (1539–1595) 152
- Newcastle, William Cavendish Herzog von (1592–1676) 223, 235
- Niccoli, Niccolò (1364–1437) 39
- Niclaes, Hendrik (1502–ca. 1580) 165
- Nietzsche, Friedrich (1844–1900) 203
- Nixon, John 281–225, 231, 236, 237
- Octavian → Augustus
- Oldenbarnevelt, Johan van, niederl. Staatsmann (1547–1619) 184, 192, 206
- Oranien, (Haus-) (= Orange) 205, 295
- Oranien
- Moritz von (1585–1625) 175, 184, 185, 190, 192
- Wilhelm von (1533–1584) 157, 169, 171–173, 175, 190, 191
- Österreich
- Albrecht (= Albert), Erzherzog v. (1559–1621) 184
- Isabella Erzherzogin v. (1566–1633) 184
- Matthias Erzherzog v. (1557–1619), Kaiser (1612–1619) 173
- Oxenstierna, Axel, schwed. Reichskanzler (1583–1654) 274, 278, 281, 284
- Paets, Adriaen, niederl. Staatsmann (1631–1686) 207, 208, 211
- Pagalotti, (Familie-) 31
- Pagolo Morelli, Giovanni di 21
- Paine, Thomas, britisch-amerikanischer Publizist (1737–1809) 266
- Pandimiglio, Alberghetto da 32
- Pareto, Vilfredo (1848–1923) 27
- Paruta, Paolo 36
- Pau Claris, katalan. Anführer 298
- Perrenot, Frédéric, Herr von Champagny (1536–ca. 1600) 174
- Pesaro, Giovanni di, Doge 55, 56
- Petrie, Alexander, schottischer Minister (1594–1662) 208
- Philip the Bold → Burgund, Philipp der Kühne, Herzog v.
- Philip the Fair → Burgund, Philipp der Schöne, Herzog v.
- Philipp II., König v. Spanien (1556–1598) 77, 81, 82, 146–148, 153, 155–157, 164, 166, 170, 171, 173, 175, 177, 185, 186, 188, 294, 300
- Philipp IV., König v. Spanien (1621–1665) 301
- Pisani
- (Familie-) 45
- Paolo 37
- Plantin, Christophe (1520–1589) 165
- Platon (427–347 v. Chr.) 11
- Plinius, röm. Geschichtsschreiber 23
- Plutarch, griech. Geschichtsschreiber (ca. 46–ca. 125) 260
- Polybios, griech. Geschichtsschreiber (ca. 200–120 v. Chr.) 11, 292
- Porcia, Girolamo di 47
- Priuli, (Familie-) 45
- Pseudo-Pandolfini 35
- Ptolemeus von Lucca, Dominikaner (1236–ca. 1326) 57
- Pury, Thomas 216–218, 223–225, 232, 233, 236
- Pury, Thomas junior 233
- Pyrrhus, antiker König 260
- Renée de France, Herzogin von Ferrara 88
- Rey, Andreas 182
- Rinuccini, Cino 20
- Ronsard, Pierre de, franz. Dichter (ca. 1524–1585) 86
- Roset, Michel 79, 86, 89–92, 96, 97
- Rousseau, Jean-Jacques (1712–1778) 74, 75, 299
- Rucellai, Giovanni 35
- Ruprecht (= Rupert) von Wittelsbach, deutscher König (1400–1410) 20
- Sagredo, Zuanne 50, 51
- Saint-Pol, Philipp von 151
- Salomo, bibl. König 258, 264
- Salutati, Coluccio (1331–1406) 19, 20
- Sansovino (= Jacopo Tatti), ital. Bildhauer (1486–1570) 258, 263
- Sanudo, Marin (1466–1536) 42
- Savonarola, Girolamo, florent. Bußprediger (1452–1498) 16, 29, 37, 38
- Savoyen
- (Haus-) 77–81, 85, 86, 90, 91, 96, 98, 99, 292
- Graf von 64
- Amadeus VI. Graf v. (1334–1383) 93
- Amadeus VIII. Herzog v. (1383–1451) 80
- Beral, Herzog v. 94
- Carlo Emanuele I., Herzog v. Piemont 90
- Emanuele Filiberto, Herzog v. (1528–1580) 77–79, 81–96, 98, 99
- Jakob (= Jaques) v., Herzog von Nemours-Genevois (1531–1585) 87
- Karl III., Herzog v. (1486–1553) 77, 78, 79, 80, 85, 87, 92, 93



- Karl IX., Herzog v. 96
- Schoonbeke, Gilbert van 158, 161
- Schwendtner, Isaac, deutscher Maler 257
- Scriverius, Petrus, Professor in Leiden (1576–1660) 190, 192
- Selden, John, engl. Politiker (1584–1654) 195
- Sercambi, Giovanni 38
- Sigismund, Kaiser (1433–1437) 150
- Simler, J. 178
- Smith, Adam (1723–1790) 202
- Soderini
  - (Familie-) 35, 36
  - Francesco, Bischof v. Volterra 35
  - Giovanpaolo, pol. Führer 35
  - Giovanvittorio, Gesandter 35
  - Piero (1452–1522) 36
- Spinoza, Baruch (1632–1677) 167, 195–197, 200–204, 207–212, 275, 287
- Stevin, Simon, niederl. Mathematiker u. Ingenieur (1548–1620) 180
- Stralen, Antoon van (1521–1568) 157, 160, 167
- Strozzi
  - (Familie-) 33
  - Giulio 41
  - Nanni degli 23
- Stuart (Haus-) 214
- Sulla, Lucius Cornelius (– 78 v.Chr.) 21, 22, 286
- Tacitus (ca. 55–ca. 117) 190, 262, 273
- Tempesta (= Pieter Mulier), niederl. Maler (1637–1701) 192
- Tiberius Gracchus (163–133 v.Chr.) 9
- Tintoretto (= Jacopo Robusti) (1518–1594) 264, 265
- Tizian (= Tiziano Vecelli) (ca. 1477–1576) 264
- Tosinghi, (Familie-) 31
- Tournon, Hélène de, Comtesse de Montrevel 90
- Trevisan
  - Andrea 49
  - Domenico 37
- Tudor, (Haus-) 214
- Uittenbogaert → Wtenbogaert
- Vaenius, Otto, Philosoph u. Mathematiker in Leiden (1550–1629) 192
- Valier, Andrea 49, 50
- Valier, Bertucci, Doge 56
- Valois
  - (Haus-) 77, 78
  - Elisabeth von 82
- Valori
  - (Familie-) 38
  - Francesco 38
- Vendramin
  - (Familie-) 46, 47, 289
  - Andrea 46
  - Nicolo 46
  - Zaccaria 46
- del Verrocchio, Andrea, ital. Bildhauer u. Maler (1435–1488) 288
- Vettori, Piero 24
- Villani, Giovanni (1275–1348) 19
- Viry, Graf von 83
- Visconti
  - Filippo Maria (1342–1447) 23
  - Giangaleazzo (1351–1402) 2, 19, 20, 21
- Vondel, Joost van den, niederl. Dichter (1587–1679) 252
- Vranck, François, niederl. Staatsmann (ca. 1555–1617) 176
- Waldeck, Grafen von 128, 129
- Whitlocke, Bulstrode (1605–1675) 225, 274, 284
- Wilkes, Thomas, Gesandter Leicesters (ca. 1545–1598) 176
- Witt, Johann de (= Jean oder John de Witt), niederl. Staatsmann (1625–1672) 195, 205
- Workman, John 216, 223, 224
- Wtenbogaert, Johannes (1557–1644) 181, 207
- Württemberg, Christoph Herzog v. (1550–1568) 89
- Ziani, Sebastiano 264
- Zurkinden 95

## Ortsregister

- Aachen 116–118, 122, 139  
Agincourt 150  
Agnadello 45  
Allgäu 70, 71  
Amerika 266, 268, 269, 302  
Amsterdam 183, 212, 239, 251–254, 258, 259,  
260–262, 287  
Angleterre → England  
Annecy 87  
Antwerpen 149, 154–162, 164–168, 290, 291  
Appenzell 69, 79, 71, 75  
Aquilaia 45, 46  
Assisi 20  
Athen 4, 10, 180, 190, 199, 239, 258  
Attendorf 123  
Augsburg 107, 124–127, 249–251, 258, 261,  
262, 301  
Aurich 134, 135  
Aviano 46
- Baden (Schweiz) 87  
Baltikum 161, 165  
Basel 131, 260  
Bataverland → Niederlande  
Bergell (Alpental im Engadin) 66, 69  
Berlin 239  
Bern 77–81, 85–90, 92, 93, 96, 98, 99  
Bologna 21, 39, 264  
Brabant 130, 137, 145, 146, 148, 150,  
152–154, 156, 159, 167, 188, 294, 298  
Brasilien 165  
Braunschweig 116, 123, 125, 127, 131, 132,  
138  
Bregenz (Bodensee) 71  
Bridgwater 231  
Brilon 123  
Bristol 219, 232  
Brügge 145, 152, 294  
Brüssel → Brussels 145, 149, 151, 154  
Bruges → Brügge  
Brussels → Brüssel  
Burgos 297  
Burgund 142
- Campaldino 31  
Candia (Heraklion, Kreta) 45, 49, 51, 54–56,  
290  
Casalecchio 21  
Ceneda 45  
Chablais 78, 98  
Chester 216, 227, 229  
Chichester 217  
Chur 66, 67, 69  
Clissa 56  
Concordia 45
- Dänemark 274, 276, 278, 280  
Danzig 118, 139  
Dauphine 69  
Delfzijl 131, 133  
Den Briel 179  
Deutsches Reich 37, 94  
Deutsche Staaten 215  
Deutschland 122, 130, 136, 141, 142, 241,  
291, 296, 297, 300  
– Norddeutschland 125, 126, 137, 139  
– Oberdeutschland 74  
Domleschg (Alpental bei Chur) 66  
Dordrecht 188  
Dortmund 117
- Elsaß 72, 74  
Emden 105, 107, 114, 128, 129, 130, 134–136,  
138, 140, 296  
England → Angleterre 2, 98, 142, 187, 205,  
213–215, 224, 231, 235, 236, 268, 276, 291,  
292, 295, 301  
Ernen (Schweiz) 64
- Ferrara 95  
Flandern 37, 130, 137, 145, 146, 149,  
151–154, 174, 294, 300  
– Westflandern 152  
Florenz 2, 13–16, 19–24, 28–31, 33, 35–37, 39,  
53, 95, 288  
– „Civitas Faesulana“ 21  
Franeker 181, 182, 186

- Franken 72, 74  
 Frankfurt 116, 117, 157, 167, 243  
 Frankreich 36, 96, 145, 175, 184, 187, 266,  
 267, 269, 294, 298, 300–302  
 – Südfrankreich 299  
 Friaul 289  
 Fribourg (Schweiz) 78, 85, 91, 92, 95  
 Friesland 130, 190, 296  
  
 Gailliard 98  
 Gais (Gemeinde bei Appenzell) 71  
 Gênes → Genua  
 Genf 78–95, 97–99, 174, 185, 241, 292, 295,  
 296  
 Genfer See 78, 88, 98  
 Genoa → Genua  
 Gent 145, 146, 148, 152, 174, 188, 215, 294,  
 300  
 Genua 95, 96, 241, 249, 301  
 Gertruidenberg 174  
 Gloucester 214, 216–228, 230–237  
 Gloverston 216  
 Goms 63, 64  
 Göttingen 123  
 Grabuse (Festung) 56  
 Granada 296  
 Graubünden 67, 68, 71, 73, 75  
 Greifswald 123  
 Groningen 130, 135, 176, 182, 183  
 Großbritannien → England  
 Guelders 146  
  
 Hamburg 104, 108, 114, 116–119, 239  
 Herborn 128, 129  
 Hereford 219  
 Hessen 74, 122  
 Hildesheim 102, 104, 109  
 Holland 130, 135, 146, 150, 154, 169, 172,  
 176, 178, 183, 184, 189–192, 195, 206, 217,  
 224, 273, 274  
 Höxter 116  
 Hull 232  
 Hundwil (Gemeinde bei Appenzell) 71  
  
 Irland 227  
 Island 276  
 Israel 261  
 Italien 19, 32, 153, 240, 276, 285, 287, 290,  
 292, 295, 301  
 – Oberitalien 57, 69, 142, 296  
 – Süditalien 296  
  
 Jerusalem 8  
 Jülich 122  
  
 Kastilien 296–298  
 Katalonien 298  
 Köln 103, 116, 117, 145, 175  
 Konstantinopel 264, 265  
 Konstanz 139  
 Kopenhagen 275–277  
 Korbach 128, 129, 138  
 Kurbrandenburg 126  
 Kursachsen 126  
  
 La Rochelle 299, 301  
 Latisana 46, 47, 289  
 Lausanne 91  
 Lech (Arlberg) 71  
 Leiden 169, 180–183, 185, 186, 189  
 Lemgo 116, 123, 124, 127, 131  
 Lepanto 265  
 Lippe 124  
 Liverpool 216  
 Lodi 265  
 Lombardei 19, 20  
 London 97, 157, 213–215, 218, 219, 227, 236  
 Louvain 149, 150  
 Lübeck 117, 118  
 Lucca 39, 185  
 Lüneburg 116, 123, 132  
 Lyon 36  
  
 Madrid 82, 88  
 Mailand 2, 20, 39, 77  
 Mantua 23, 95  
 Marignano 21  
 Mechelen 149, 154  
 Mersey 216  
 Monferrato 78  
 Montauban 299  
 Motemurlo 31  
 Morea (Peloponnes) 56  
 Moskovien 187  
 Münster 104, 127, 132  
 Münster (Schweiz) 64  
  
 Nancy 147  
 Nassau 129  
 Negroponte (heute: Euböa) 54, 290  
 Netherlands → Niederlande  
 Neu-England 216  
 Neuchâtel 79, 85  
 Niederlande 129, 130, 142, 145, 146, 152–154,  
 157, 167, 171–175, 177–179, 184, 188, 189,  
 193, 215, 240, 241, 290, 291, 295, 296, 298,  
 300–302  
 Nîmes → Nismes 268  
 Nismes → Nîmes

- Nizza 84  
 Nordafrika 296  
 Norwich 217, 224  
 Nürnberg 250, 257  
  
 Oberengadin 66, 69  
 Oberhalbstein (Alpental bei Chur) 66  
 Oberrhein 72  
 Oberschwaben 72  
 Orvieto 33  
 Osmanisches Reich 55, 56  
 Osnabrück 127, 132  
 Ostfriesland 105, 136, 138, 296  
 Overijssel 177  
 Oxford 214, 216, 217, 219–225, 227–230, 232, 234–237  
  
 Paderborn 116  
 Padua 45, 288  
 Paris 82, 300  
 Parma 32  
 Payerne 85–87, 91, 92, 97  
 Pays de Gex 78, 98  
 Pays de Vaud 77–79, 88  
 Perugia 20, 39  
 Pfalz 129  
 Piacenza 32  
 Piemont 77, 78, 82, 90  
 Pisa 20, 21, 32  
 Po 19  
 Polen 274, 276, 291  
 Portobuffole 48  
 Prag 67  
 Provence 268  
  
 Regensburg 243, 251, 257  
 Richmond (Virginia) 268  
 Rom 3, 8, 10, 12, 19, 35, 37, 48, 53, 55, 82, 88, 180, 190, 199, 239, 250, 252, 262, 269, 273, 286, 289, 299  
 Romagna 19  
 Rostock 127  
 Rotterdam 208  
  
 Saar 74  
 Sachsen 74  
 Saluzzo 78  
 San Polo 47  
 Savoyen 77, 83, 89, 92, 93, 95, 98  
 Schams (Alpental bei Chur) 66  
 Schelde 156  
 Schleswig 139  
 Schottland 216, 227  
 Schweden 217, 224, 273–275, 278–281, 291  
 Schweiz 74, 142, 153, 174, 178–180, 187, 240, 241, 249, 262, 296, 302  
 – romanische – 77, 79  
 Seeland → Zeeland 146, 150, 172, 178, 184, 190  
 Siena 20, 39, 255, 257, 259, 287, 288  
 Sitten (Wallis) 57, 60, 61  
 Skandinavien 276  
 Soest 123  
 Spanien 169, 187, 241, 261, 291, 292, 298, 299, 301  
 Sparta 10, 12  
 Spinalonga (Festung) 56  
 St. Gallen 69, 70  
 Stockholm 278  
 Stralsund 116, 123, 127, 132  
 Suda (Festung) 56  
 Sudeley 232  
 Suisse → Schweiz  
  
 Tagliamento 46  
 Ternier 98  
 Tessin 19  
 Teufen (Gemeinde bei Appenzell) 71  
 Thurgau 70  
 Tirol 69, 70, 71, 74  
 Toledo 297  
 Toskana 19, 22  
 Treviso 45  
 Turin 78, 79, 81–85, 88–91, 98  
 Türkei 187, 211  
  
 Unterengadin 66, 68, 69  
 Urbino 95  
 Urnäsch (Gemeinde bei Appenzell) 71  
 Utrecht 169, 176, 300  
  
 Valladolid 297  
 Veltlin 68  
 Venedig 15, 17–19, 27, 35–37, 41, 42, 44, 45, 50, 51, 53, 54, 56, 58, 95, 96, 178, 184, 185, 187, 239, 241, 252, 254, 259, 263–266, 287, 288, 290, 291, 295, 300, 301  
 Venice → Venedig  
 Venise → Venedig  
 Vercelli 77  
 Vereinigte Staaten → Amerika  
 Vicenza 45  
 Villa Rica del la Vera Cruz 291  
 Viterbo 33  
 Vorarlberg 70, 71  
  
 Wales 226  
 Wallis 60, 63–66, 68, 69, 71, 73–75, 291, 296

- |   |  |
|---|--|
| Warwick 221                                 | Xanten 190                             |
| Washington 268                              |  |
| Wesel 123                                   | York 217, 232                          |
| Westminster 215, 218, 224–226               | Yorkshire 226                          |
| Wetterauer Grafschaften 129                 | Ypern 145, 294                         |
| Wien 84, 94, 95                             |  |
| Wismar 123                                  | Zeeland → Seeland                      |
| Worcester 214, 217, 219–222, 224, 225, 227, | Zermatt (Schweiz) 64                   |
| 229, 230, 235, 236                          | Zürich 80, 96, 248, 249, 259, 262, 287 |
| Worms 173, 188                              | Zürs (Arlberg) 71                      |
|   | Zypern 54, 55, 290                     |

## Sachregister

- Abalienationspolitik in Schweden 273
- Absolutismus 59, 72, 177, 180, 182, 186, 263, 280, 281
- Absolutismus, Bodinscher 187
- Act of Abrogation → Unabhängigkeits-  
erklärung der Niederlande
- Act of Uniformity and Corporation 1662  
(Restauration der anglikan. Staatskirche)  
235
- Adler
  - Doppeladler 250
  - Symbol Philipps II. von Spanien 155, 156
- Aldermen → Ratsherren
- Amman → Bürgermeister
- Anarchie 68, 178
- Antiklerikalismus 107
- Appellate jurisdiction → Appellationsgerichts-  
barkeit
- Appellationsgerichtsbarkeit → appellate juris-  
diction 91, 94
- Appellationsordnung 282
- Architektur, politische (s. a. Rathaus) 240, 244,  
245, 246, 249, 251, 258, 267, 268, 269, 270,  
278
- Aristokratie 8, 42, 48, 52, 57, 117, 147, 169,  
178, 183, 187, 192, 205, 273, 274, 277, 279,  
285
  - republikanische in Venedig 46, 48, 53
  - Aristokraten 28, 32, 36, 191, 300
  - Elemente, aristokratische 185
- Aristoteles, „Politik“ 4, 11, 182, 183, 199, 285
- Aristotelismus 182, 194
- Aufstand (s. a. Politische Gruppierung)
  - revolt
  - von Brügge 152
  - der Comuneros in Spanien 296, 297, 298
  - Emden Revolution 1595 105, 107, 114, 115,  
121, 128, 129, 131, 134, 140
  - flämischer 152
  - gegen den legitimen Fürsten 187, 188
  - von Gent 152
  - niederländischer 151, 152, 165, 169, 170,  
179, 180, 186, 204
- Augsburger Religionsfrieden 1555 124, 125,  
126, 127, 296
- Auricher Landtagsbeschluß 1601 134, 135
- Autonomie
  - provinzielle 172
  - tradition, mittelalterliche 138
  - städtische → municipal autonomy 130, 151,  
152, 214, 215, 236
    - politik 133
    - prinzip 122
    - der Regierung 207
  - Autonomie- und Freiheitsanspruch, stadt-  
bürgerlicher 121
- Autorität
  - Gerichts-, → juridical authority 80
  - kirchliche 225
  - lokale 153
  - monarchische 146, 148, 218
  - städtische 81, 86, 225, 234
  - städtische in Genf 89
  - städtische in Gloucester 230, 233
  - städtische in Venedig 41
  - Autoritätsforderung der Städte  
→ city authorities' desire 215
- Bauernkrieg 1525 72
- Bonum commune → Gemeinwesen, gutes
- Bund ob dem See 69, 70, 71, 73
  - Bundesgericht → Gerichtsbarkeit
  - Bundestag des „Bundes ob dem See“ 70
- Bürger
  - aufstand 110, 111, 131
  - ausschluß 111, 114, 115, 134
  - bewegungen, gemeindlich- genossenschaft-  
liche 119, 120
  - bewegungen, reformatorische 107, 137
  - definition, aristotelische 4, 199
  - eid 107, 118
  - freiheit 3, 8
  - gleichheit in der Republik Venedig 50
  - ideal, antikes 2
  - ideal, partizipatorisches 3, 18
  - ideal, florentiner 13, 17
  - konzept gemäß römischer Tradition 3
  - konzept der athenischen Demokratie 3
  - krieg, englischer → civil war 213, 215, 218,  
219, 224, 225, 227, 230, 231, 232, 234–236

- meister → Ammann → Burgomaster
  - Mayor 59, 70, 73, 107, 121, 155, 157, 160, 166, 214, 217–219, 221, 223, 224, 231, 233, 236, 251, 258, 260, 273, 282
- meister von Gloucester 223
- meisterrat → mayor's council 227
- miliz 17, 292
- pathos, gemeindlich-genossenschaftliches 115, 142
- pflichten 2
- recht 2, 3, 4, 8, 13, 15, 16
- schaft → citizenry → citizenship 104, 105, 113, 116, 119, 120, 122, 125, 126, 162, 206, 233, 286, 288
- schäftsvertreter 102
- status 3, 5, 12, 13
- tugend → Tugend, bürgerliche
- versammlung 106, 109, 115, 134
- vorstellungen, antike 3
- s.a. Souveränität der Bürgergemeinde 13
- Burgomaster → Bürgermeister
- Burschaftsvertreter 109
  
- Calvinismus 115, 129, 130, 166, 174, 298
- Calvinisten 90, 157, 166, 169, 172, 180, 191, 193, 216, 261, 294
  - bewegung 298
- Case (Patrizierfamilien) → Patrizier
- Centralisation → Zentralisation
- Chamber → Ratskammer
- Chancery → Kanzlei
- Citizenry → Bürgerschaft
- Citizenship → Bürgerschaft
- City authorities' desire → Autorität
- City council → Rat
- City elite → Elite, städtische
- City government → Stadtregierung
- City republic → Stadtrepublik
- City state system → Stadtstaatensystem
- Civil rights → Rechte, bürgerl.
- Civil war → Bürgerkrieg, engl.
- Civitas → Gemeinwesen
- Civic humanism → Humanismus, bürgerl.
- Combourgeoisie → Städtebund
- Commercial privileges → Handelsprivilegien
- Common Council → Rat
- Common wealth → Gemeinwesen
- Common interest → Gemeinwesen
- Commune italienne → Stadtrepublik
- Communitas → Gemeinde
- Conseil de la ville → Rat
- Conception of freedom → Freiheitskonzeption
- Consorteria → Gleichheit der regierenden Patrizierfamilien
- Council of representatives of the towns
  - Stadtrepräsentantenrat
- Consiglio maggiore → Rat
- Constitution → Verfassung
- Constitutionalism → Konstitutionalismus
- Council of state → Staatsrat
- County town → Stadt, Grafschaft-
  
- Delfzijl Vergleich 1595 131, 134
- Demokratie 4, 5, 7, 10, 11, 29, 75, 117, 178, 183, 214, 285, 297, 302
- athenische 3, 4
- parlamentarische 97
- in Graubünden 68
- Demokratisches Element 185
- Demos 6, 7
- Denken, gemeindlich-genossenschaftliches 116, 124, 129, 134, 135, 137, 295
- Diätenzahlung 4, 11
- Doge
  - von Genua 249
  - von Venedig 35, 42, 46, 49, 53–55, 263, 264, 291
- Dreißigjähriger Krieg 1618–1648 114, 115, 126, 128, 143, 251
- Droits civils → Rechte, bürgerl.
- Dyarchie, schwedische 278
  
- Egalität → Gleichheit
- Eidgenossenschaft, schweizerische → Helvetic Confederation 58, 74, 80, 81, 85, 87, 91, 92, 98, 178, 179, 249, 292
- spanische 297
- Eidgenossen 262, 292
- Eigenwirtschaft 59
- Einheitsstaat, absolutistischer → Absolutismus
- Einkünfte aus Amtsfunktionen 6
- Einsatz von Gut und Blut 107
- Election → Wahl
- Elector → Kurfürst
- Elite
  - adelige in Schweden 278, 280, 281
  - Bildungs- 253
  - katholische in Frankreich 300
  - politische 27–29, 31, 102, 103, 120, 121, 136, 141, 205, 226, 227, 232, 270, 276, 277, 279, 290, 292, 301
  - reggimento, Regierungselite in Florenz 13, 14, 15, 35
  - republikanische 302
  - städtische → city elite → urban elite 162, 214, 217, 219, 222, 233, 234, 236
  - s.a. clan-Struktur 29, 112
- Emperor → Kaiser
- Ephoren 11, 12, 279, 280, 281

- Federation → Staatenbund
- Federatio gentium → Gleichheit, politische der regierenden Patrizierfamilien
- Fideikommiß, Regelung der Erbfolge 44
- Fidesbegriff bei Spinoza 212
- Finanzen
  - der Gemeinden 68
  - des Herzogtums Brabant 149
  - städtische 106
  - Staats- 189
  - in Venedig 51
  - Finanzgebaren 105
  - Finanz- und Steuerstaat 106
  - Finanzregistratur 109
- Fortunabegriff bei Spinoza 201, 212
- Französische Revolution 1789 141
- Free Imperial City → Stadt, Freie Reichsstadt
- Freedom → Freiheit
- Freiheit 53, 285–287, 293, 295, 297
  - bürgerliche 200, 202, 224, 296
  - Emders Freiheit 133, 135
  - genossenschaftliche 296
  - Hut der Freiheit (Gedenkmünze von Amsterdam) 251
  - der Republik 54
  - Libertas römische 8, 9
  - Libertas bei Spinoza 209
  - Libertas der Stadtrepubliken 243
- Freiheiten → Liberties
  - Reichs- 94, 116
  - republikanische 295
  - städtische → urban franchises 70, 84, 85, 89, 91, 116, 127, 129, 164, 167, 188, 213, 233
  - Freiheitsanspruch, städtischer 122, 134
    - bewegung städtische 136, 137, 142
    - denken gemeindlich-genossenschaftliches 143
    - diskussion 141
    - konzeption → conception of freedom 200
    - lehre 135
    - prinzip, städtisches 129
    - rechte, städtische 107, 108, 130, 137
    - tradition 129
  - Freiheitszeit, sogenannte in Schweden 280, 281
- Fürstengewalt 124, 172, 173, 184, 187
  - herrschaft 57, 58
  - spiegel 173
  - staat, frühabsolutistischer 115, 122, 127–129, 135, 136, 138, 141, 142
- Gemeinde → communitas 57, 58, 60–62, 64–66, 68, 70–74, 111
  - Appenzeller Gemeinden 70
  - Autonomie, politische 70, 71
  - Bürger- 120
  - Communitas-Begriff 64
  - Gemeinderecht 64, 65, 66
  - Gerichts- 69
  - Siegelfähigkeit 69, 71
  - Souveränitätsrechte 68
  - Versammlungen 59, 64
  - Wehr- und Schwurverband 111
- Gemeiner Pfennig 106
- Gemeines Bestes 141, 142
- Gemeinheit → Generality 120, 153
- Gemeinwerk 65
- Gemeinwesen → commonwealth → common interest → public good 58, 98, 108, 147, 149, 199, 202, 205, 209, 211, 217, 227, 233, 239, 240, 255, 258, 263, 295, 301
  - s. a. civitas 187
  - s. a. civitas sine suffragio 3, 8
  - s. a. civitates mixti status („civitates mixtae“) 127, 132
  - gutes → bonum commune 256
  - stadtrepublikanisches 241
- Gemeinwohl 261
- Generality → Gemeinheit
- Generalstaaten → States General 131, 136, 145–148, 152, 153, 169–171, 173, 175–177, 179, 180, 184, 188, 192, 295, 300
- Genevan government → Regierung der Stadt Genf
- Genevan reformation → Reformation, Genfer
- Genevan sovereignty → Herrschaft der Stadt Genf
- Gerechtigkeit 253, 256, 260, 261, 264
  - Darstellung 261
  - Gerechtigkeitsideal 51
- Gerichtsbarkeit → jurisdiction
  - Kriminal- → jurisdiction over criminal cases 93, 159, 289
  - lokale 215, 216, 227, 230, 234, 236
  - in Venedig 47, 49
  - souveräne 292
  - Strafgerichtsbarkeit in Venedig 48, 49
  - Strafgerichtsbarkeit im Wallis 62, 66
  - Bundesgericht des „Bundes ob dem See“ 70
  - Gerichtsgemeinden 69
  - Gerichtsherrschaft in Genf → vidomnat 80, 85, 89–93
    - hof 251
    - hoheit 126
    - ordnung 69
    - rechte 98
    - verfassung 60
    - verfassungsrecht 62



- Gerousia (Rat der Alten in Sparta) 11  
 Gesellschaft mit St. Jörgenschild 70  
 Ghibellinen 31  
 Gilde → guild 37, 58, 109, 162, 219  
   – bürgertum 112  
   – meister → guildmaster 162  
 Gleichheit 120, 121, 141  
   – aller Bewohner einer Stadt 73, 103  
   – politische der regierenden Patrizierfamilien  
     → federatio gentium → consorteria 28, 30, 33, 34, 36, 37, 41–43, 45, 49, 50, 51, 242, 243  
   – politische zwischen Genf und Bischof 90  
   – der Sieben niederländischen Provinzen 253  
 Gleichheits  
   – ideal 255  
   – verständnis 263  
   – wille, republikanischer 249  
 gonfaloniere 17, 33, 35, 36  
 Gotteshausbund 66, 67  
   – leute 66, 67  
   – tage 67  
 Government → Regierung  
 Gouvenement → Regierung  
 Grauer Bund 67  
 Grundherrschaft, feudale 69, 71, 72, 291  
 Gruppierungen, politische der italienischen Städte  
   – arrabiati (Florenz) 38  
   – beccherini (Perugia) 39  
   – ciompi (Florenz) 39  
   – frateschi (Florenz) 38  
   – patari (Mailand) 39  
   – senzabrache (Bologna) 39  
   – straccioni (Lucca) 39  
   – vincinia (politische Gruppe eines Stadtstaates) 27, 28, 37, 38  
 Guelfen 31, 32  
 Guild → Gilde  
 Guildmaster → Gildemeister  
  
 Hamburger Hauptreiß von 1712 119  
 Handelskapitalismus → merchant capitalism 157  
   – privilegien → commercial privileges 159  
 Hanse 123, 127  
 Hansehuis in Antwerpen 161  
 Hansestadt 123, 125, 126–130, 132, 141, 239  
   – artikel 125, 126  
 Helvetic confederation → Eidgenossenschaft, Schweizer  
 Herrschaft, feudale → Souveränität  
   – autonome, städtische → sovereignty of the city 153  
   – monarchische → Monarchie  
   – der Stadt Genf → Genevan sovereignty 83, 84, 88, 90, 93, 96, 97  
   – rechte, gemischte zwischen Bischof u. der Stadt Genf 90  
   – rechte, städtische 81, 91, 95  
   – tugenden → Tugend  
 Herrschaftsanspruch, fürstlich-monarchischer 122  
 Hoheitsrechte 123  
 Holy Roman Empire → Reich, Hl. Röm.  
 homines novi 36  
 Hopliten 10  
 House of Commons → Unterhaus in England  
   – of Lords → Oberhaus in England  
 Hugenottenbewegung 298  
 Humanismus, bürgerlicher → civic humanism 2, 20, 198, 199, 201, 202, 247, 279  
  
 Ideology of republicanism → Republikanische Ideologie  
 Immunitäten → immunities 159, 165  
 Immunities → Immunitäten  
 Imperium mixtum (Republik mit aristokratischen und demokratischen Elementen) 178, 183, 185  
 Inquisition 161, 166  
 Interimskrise 115, 124, 125  
 Interregnum 214, 222, 231, 232, 234–236  
 Ius reformandi 126  
 Ius reipublicae aristocraticus an democraticus 117  
  
 Joyeuse Entrée → Joyous Entries von Brabant 150, 156, 159, 188, 298  
 Judengemeinde 117  
 Junta General in Spanien 298  
 Jurisdiction → Gerichtsbarkeit  
  
 Kaiser, Deutscher → Emperor 54, 84, 93, 95, 102, 105, 111, 125, 132, 138, 156, 157, 162, 215, 243, 279, 290, 291, 292  
   – heidnischer 262, 286  
   – tyrannischer 262  
 Kanton 77, 78, 79, 80, 81, 85, 87, 88, 91–93, 174, 292  
 Kanzlei  
   – republikanische 36  
   – königliche → chancery 146  
 Kanzler  
   – königlicher → Lord Chancellor 147, 225  
   – Reichs-, schwedischer 274, 281  
 Kirche, reformierte 206  
 Kleiderordnung in Venedig 42

- Kollegialität 120, 121
- Kollegium der XVIII Männer in Genf 174
- Kölner Friedensverhandlungen (1579) 175, 188
- Kommunalismus 57–60, 69, 73–75, 140, 143, 282, 296
- Konfessionalisierung 116
- Konskription 282
- Konstitution → s. a. Verfassung 173
- Konstitutionalismus → constitutionalism 108, 154
- Konsul
  - römischer 11, 259f.
  - der Stadtrepublik 30
- Konvent, französischer 269
- Konziliarismus 111
- Konzil von Trient 1563 54, 68
- Kooptation 113, 114
- Kurfürst → Elector 84, 89, 94, 95, 96, 125, 126
- Kurfürstenrat 125
- Kurie → Papst 45, 46, 53, 78, 290
- Laischaft 113
- Landbrief 61
- Landeshauptmann 62, 66, 282
- Landesherr → sovereign 63, 69, 102, 105, 106, 111, 115, 116, 123, 125, 126, 127, 130, 132, 134, 135, 137, 215, 223
- Landesherrschaft 122, 123, 125
- Landeshoheit 119
- Landeskirchen 126
- Landeskonkordat 1599 131, 133, 134, 135
- Landfrieden 61
- Landrat
  - der Gemeinden Graubündens 71
  - im Wallis 60–62, 64, 66, 67
- Landschaft 61
- Landvogt 189
- Libertas → Freiheit
- Liberties → Freiheiten
- Long Parliament → Parlament, langes
- Lord Chancellor → Kanzler, königlicher
- Lord-Protektor → Protector 227
- Maggior consiglio → Rat
- Magistrat 4–6, 12, 14, 15, 27, 30, 36, 42, 94, 97, 102, 104–106, 109–111, 114, 118, 120, 121, 137, 146, 147, 157, 160–162, 166, 177, 180, 186, 215, 217, 219, 226, 230, 233, 234, 236, 261, 297
  - revolutionärer in Gent 145
  - puritanischer 231, 232
- Magistratur 7, 8, 27–29, 32, 35
- Mandat, imperatives 62, 67, 73
- Margrave → Markgraf
- Markgraf → margrave 155
- Mayor → Bürgermeister
- Mayor's council → Bürgermeistererrat
- Meier 63
- Menschenrechte, Erklärung der in Frankreich 269
- Merchant capitalism → Handelskapitalismus
- Metöken 5
- Metropolis → Metropole
- Metropole → metropolis 154, 155
- Militärhoheit 126
- Militärkraft → Stadtverteidigung
- Military taxation → Steuern, Kriegs-
- Minorenritätsperiode in Schweden 275
- Monarchie 57, 58, 146, 147, 149, 153, 154, 164, 167, 176–178, 180–183, 193, 204, 213, 223, 224, 227, 236, 243, 244, 259, 266, 270, 273, 283, 284, 287, 288, 290, 293, 294, 295, 296, 298–302
  - absolutistische 277
  - Erb- in Schweden 274
  - gemischte 279, 281, 283
  - konstitutionelle 283
  - Legitimation der 148
  - Monarchisches Element 185
  - mit Primogenitur 183
  - spanische 289
  - Wahl- 291
- Monarchismus 176, 293
- Monarchomachen, Lehre der 119, 140
- Municipal authority → Autonomie, städtische
- Naturrecht 104, 134, 201, 210, 295
  - sdenken 140
  - sargumentation 133
- Necessità bei Spinoza → necessity 201, 212
- Necessity → Necessità
- Oberhaus in England → House of Lords 225, 236
- Obrigkeit 126, 127, 241, 242, 255, 258, 261, 302
  - bewußtsein des Hamburger Rates 117
  - christliche 180
  - Pflichten 180, 181, 259
  - vorstellung 110
- Obrigkeitsanspruch 116
- Oligarchic tendencies → Oligarchie
- Oligarchie → oligarchic tendencies 5–7, 10, 11, 16, 28, 29, 31, 32, 37–39, 48, 50, 51, 177, 178, 205, 249, 251, 277, 288, 292
  - florentiner 35

- Rats- 121
- Regenten- 183, 205
- stadtbürgerliche 121, 277
- venezianische 263
- Oligarchisierung 103, 105
- Orden des Goldenen Flieſes → Order of the Golden Fleece 156
- Order of the Golden Fleece → Orden des Goldenen Flieſes
- Papst → Kurie
- Parliament → Parlament
- Parliamentary ordinance → Parlamentsordnung
- Parlament → Parliament 187, 215, 218–221, 223, 225–227, 230, 232
- Kavaliers-, in England 235
- Langes von 1640 → Long Parliament 215, 223, 224
- des Protektorats → Protectorate Parliaments 227
- oligarchisches 302
- Rumpf-, in England 224, 226, 232
- Parlamentsordnung → parliamentary ordinance 232
- Parteiensystem in Schweden 275
- Partikularismus 169, 176–178, 192
- Partizipation der Bürgergemeinden 115
- genossenschaftliche 111, 137
- Partizipationsanspruch 116, 117
- bewegung, städtische 137
- denken, gemeindlich-genossenschaftliches 143
- diskussion, innerstädtische 141
- forderungen, politische, der Städte 108
- konzept des Stadtbürgertums 136
- rechte der Bürgergemeinde 102
- willen, bürgerlicher 114
- Patria → Vaterland
- Patrie → Vaterland
- Patrimoniats 77, 84
- Patriziat 31, 32, 35, 36, 38, 41, 42–44, 46, 50–52, 170, 183, 250, 259, 291, 292
- Zugang zum Patriziat 51
- Patrizier 36, 158, 172, 292
- venezianische 41, 42, 45, 47–49, 52, 53, 289
- case (Gesamtheit der Patrizierfamilien gleichen Namens) 42
- Pazifikation von Gent 1576 171, 173, 188
- Peloponnesischer Krieg 431–404 v. Chr. 10
- Polis 1, 4, 5, 10, 285, 286, 290, 291, 294
- politeia → Aristoteles
- Politica, aristotelische → Aristoteles
- Politie 57
- Politiktheorie
- calvinistisch-monarchomachische 129, 138
- genossenschaftliche 134
- monarchomachisch-naturrechtliche 128, 131
- Polizei 62
- Presbyterianismus 225
- Privileges → Privilegien
- Privilegien → privileges für Gemeinden und Städte 70, 79, 84, 86–88, 91, 94, 99, 102, 103, 106, 130, 156–159, 164, 166
- Gerichtsbarkeitsprivilegien in Antwerpen 161, 171, 215, 216, 218
- der Niederlande 179, 188
- Rechte und Privilegien für die 3 Brabanter Staaten 151, 173, 177
- Reichsprivilegien 94
- Privilegentradition 129
- Privilegien und Freiheiten 123, 300
- Privy council → Staatsrat
- Prokurator 64
- Protektorat Cromwells in England 226, 227, 230, 234, 235
- Protectorate parliament → Parlament des Protektorats
- Protestant free state → Staat, protestantischer
- Protestantismus 224, 231, 235, 279
- Provinzialstaaten 169, 171, 173, 179, 183–185, 191
- Provokationsrecht, römisches 8, 9, 15
- Public good → Gemeinwesen
- Puritanismus 235
- Puritaner 213, 216, 218, 231
- Quäker 233
- Rat → Stadtrat → town council → city council
- conseil de la ville → common council 4, 5, 20, 59, 73, 78, 103, 105, 106, 109, 110, 112, 114, 116, 119–122, 126, 130, 159, 160–162, 166, 185, 214, 216–219, 224, 227, 233, 235, 278, 279, 299
- Rat der Stadt Emden (Vierziger Kollegium) 114, 133, 134
- Rat englischer Städte 50–120 Mitglieder 227
- Großer Rat in Florenz (consiglio maggiore) 15, 16, 17, 24, 29, 37, 38
- Rat der Hundert in Florenz 1459 37
- Rat der Siebzig in Florenz 1480 37
- Rat der Stadt Genf 78–80, 82, 84–87, 89, 90, 93
- Kleiner Rat in Genf 79
- Rat der Zweihundert in Genf 79

- seigneurie (Mitglieder des Kleinen und des Rates der 200 in Genf) 79–81, 83–99
- Rat von Gloucester 236
- Oberaltenkollegium in Hamburg 114
- Rat der Stadt Hildesheim 104
- Rat der Stadt Lübeck 118
- Rat, oligarchischer in Münster (1525–1533) 114
- Rat von Oxford 236
- Großer Rat von Venedig (Maggior Consiglio) 36, 37, 41, 42, 44, 49, 50, 51, 52, 264
- Rat der Zehn in Venedig 47, 48, 49, 50, 51, 264
- Rat der Vierundzwanzig in Worcester 221
- Großer Rat in Zürich 248, 262
- Kleiner Rat in Zürich 248, 259
- Ratsboten 66, 67, 73
- Ratselite, oligarchische → Elite
- Rathaus → Town Hall 156, 157, 231, 233, 237, 239, 243, 246, 247, 249–253, 257, 259, 262, 270, 278, 287, 290, 301
- als politische Institution 214–217, 223, 226, 227, 232, 234, 235
- von Amsterdam 251, 258, 260, 261
- stadhuis in Antwerpen 155, 156, 158, 167
- von Augsburg 249, 250, 258, 261, 262
- von Basel 260
- von Siena 255
- von Zürich 248, 259
- Ratsherren → aldermen → town councillors
  - aldermanic bench 4, 107, 111, 145, 157, 214, 215, 217–219, 221, 225, 227, 230–236
- Solidarität der → aldermanic solidarity 277
- Ratskammer → chamber 215, 225, 230
- Ratsregister → Register of the Council 80, 91, 92, 95, 96, 109
- Ratssitzung in Worcester 225
- Ratssyndikus 136
- Ratsverfassung 121
- Ratsversammlung 258
- Recht
  - Erb- 68, 73
  - Land- 61, 62, 63, 65
  - Reichs- 127
  - römisches 282, 290
  - Straf- 62
  - venezianisches 41
  - Zivil- und Strafrecht 61, 62, 66
  - Recht auf Begnadigung 91
  - Recht gegen willkürliche Verhaftung 104
  - Rechte, bürgerliche → civil rights → droits civils 36, 103, 148
  - der Gemeinden und Städte 79, 84, 86
  - Grund- und Freiheitsrechte 87–89, 91, 99, 103–105
  - Rechtsdenken des Stadtbürgertums 131
  - Rechtsgleichheit 290
  - Rechtsprechung, lokale 282
  - Rechtstradition 29
  - Rechtsverhältnisse zwischen Stadt und Land 124
  - Reformation 88, 90, 99, 104, 114, 115, 124, 130, 131, 139, 140, 207, 227, 237, 241
  - Calvinistische 78, 79, 81
  - Genfer → Genevan reformation 97
  - protestantische 232
  - puritanische 217, 219
  - Regalien 81, 91
  - Regentenrat → council of regents → Regency Council 149, 150, 153
  - Regentenrepublik, niederländische 105
  - Reggimento → Elite
  - Regierung
    - aristokratische → Aristokratie
    - in England nach dem Bürgerkrieg 225
    - der Stadt Genf → Genevan government 97
    - Gute Regierung → bon gouvernement → bonne conduite 148, 206, 255, 257, 277
    - monarchische 277
    - Schlechte Regierung → bad government 151, 257
    - bei Spinoza 209
    - städtische 222
    - Vormundschafts- in Schweden 275, 280
    - zentrale → central government 157, 158, 161, 164, 203, 215, 276
  - Regierungsautorität
    - in den Niederlanden 195
    - bei Spinoza 210
  - Regierungsform
    - aristotelische 288
    - fürstliche → princely form of government 96
    - republikanische → republican form of government 96, 235
  - Regierungs-Ordnung von 1634 in Schweden 281, 282, 284
  - Regierungssystem, venezianisches 259
  - Regime
    - republikanisches 231, 237, 286, 294
    - totalitäres 31
  - Regiment
    - absolutistisches 276
    - aristokratisches in Schweden 275, 279, 281
    - Fürstenregiment 175
    - Gutes 253, 255–260, 287, 288, 290
    - oligarchisches 121
    - persönliches d. schwed. Königs 281
    - popularisches 274, 275

- Rats- 121
- des Reichsrats in Schweden 274
- Stadt- 111, 113, 118, 121, 130, 137, 241, 249, 251, 257
- der Städte Hollands 183
- Regimentskollektiv 259
- Register of the council → Ratsregister
- Reich, Heiliges römisches Reich → Holy Roman Empire 95, 97, 102, 127–129, 137, 138, 156, 243, 250, 292, 296
- Altes Reich 119
- schwedisches 279, 280, 282
- Reichs-
  - Drost in Schweden 280
  - adler 94
  - freiheit 122
  - friedenssystem 126, 132, 136, 138
  - kommission 119
  - politik 119
  - publizistik 106, 119
  - rat, Fünfergremium in Schweden 274, 278, 280
  - regierung in Schweden 279
  - standschaft 119, 120, 122
  - tag 250, 251
  - tag, Immerwährender seit 1663 243
  - tag, schwedischer (Vierständereichstag) 273, 274, 278, 281, 282, 283
    - von Worms 1578 173, 188
  - territorialsystem 138
  - territorialverfassung 126, 136
  - verfassung frühneuzeitliche → s.a. Verfassung 138, 139
  - verfassungsrecht 119
  - versammlung 243
  - vikariat 84, 85, 87, 89, 91, 93, 94
- Rektorat des Volkes 32
- Religionsfreiheit 140
- Religionskriege, französische 300
- Republic → Republik
- Republik 30, 57–59, 66, 69, 72, 75, 97, 141, 143, 147, 164, 167, 169, 170, 174, 178, 186, 187, 193, 194, 199, 207, 212, 243, 244, 251, 263, 268, 273, 276, 285–298, 301, 302
- Adels- 274, 291
- aristokratische 169, 182, 183, 187, 190, 191, 287, 291, 301
- batavische 190
- Bürgerrepublik 239
- calvinistische 251
- calvinistische von Gent 145, 152, 153, 174, 215
- demokratische 175, 180, 287
- der dithmarschen Bauern 1559 296
- Einheit der 269
- englische 214, 216, 225–227, 231, 237
- frühneuzeitliche 142, 263
- florentiner 15, 21, 22, 24, 29, 35, 288
- florentiner unter Savonarola 35
- freie 202, 212
- Genfer Stadtrepublik → Republic of Geneva 81, 90, 95, 96
- genueser → République de Gênes 96, 249
- Gesetze der 47
- holländische 153
- Kaufmanns- → mercantile republic 157
- klassische 290
- von Lucca → Republic of Lucca 96
- manquée 291
- niederländische 174, 175, 193, 195, 204, 206, 210, 252
- römische 262, 286
- in Schweden 275
- Souveränität der 41
- tugendhafte → s.a. Tugend 212
- von Venedig → République de Venise 41, 43, 45–48, 50, 51, 53–56, 58, 96, 187, 204, 259, 289, 295
- der Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich 266
- Verteidigung der Republik → Militärhoheit 56, 184
- Wallis 62, 66
- Republikanische
  - Bewegung 158
  - Freiheit 22, 53
  - Gerechtigkeit 51
  - Grundhaltung 268
  - Idee 193, 239, 240
  - Ideologie → ideology of republicanism 157, 263, 264
  - Ideologie in Genf 97
  - Institutionen 21
  - Tendenzen 156
  - Theorie 183, 192, 194, 195, 296
- Republicanism → Republikanismus
- Republikanismus → Republicanism 14, 57, 60, 69, 73, 97, 108, 119, 120, 122, 136, 140, 141, 143, 151, 153, 158, 183, 193–197, 205, 231, 263, 285, 288, 289–294, 296, 300, 301, 302
- antiker 1
- antimonarchischer 122
- aristokratischer 205
- bürgerlicher 22, 128
- demokratischer 266
- florentiner 21
- klassischer 11, 12, 15, 18, 199, 202, 204, 212

- lokaler 167
- niederländischer 204, 205
- radikaler 205
- der Regenten 170
- spanischer 298
- nach der Theorie Harringtons 198, 287
- venezianischer 264
- République → Republik
- Res Publica 108, 158, 160–162, 164–168, 169, 187, 207, 209
- Batavica 190
- mixta 184
- Romana 253
- Revolt → Aufstand
- Revolution, amerikanische 198, 302
- florentiner 31
- französische 269, 298, 302
- Genfer 79
- Revolutionäre Periode → rev. period in den Niederlanden 154
- Ritterhaus in Stockholm 278, 279
- Salzmonopol der Republik Venedig 47
- Satzungen, reichsverfassungsrechtliche 124
- Schiedsspruch von Payerne 1530 85, 86
- Schiffahrt, staatliche, in Venedig 43, 44
- Schmalkaldischer Krieg 295
- Schultheiß 59, 73
- Schwäbischer Bund 1524/25 72
- Schweizer Bund → Eidgenossenschaft
- Seigneurie → Rat
- Seigneurs de la ville → Stadtherren, feudale self-government → Autonomie, städtische
- Senat von Antwerpen 158
- römischer 11, 187
- florentiner 16
- venezianischer 43, 48–51, 55
- Serenissima von Venedig 47, 52, 54, 263, 265, 266
- Siegel 30
- Zendensiegel 66
- Souveränität → sovereignty 52, 75, 77, 80–85, 98, 99, 146, 171, 175, 176, 179, 182–187, 191–193, 204, 292, 296
- der Generalstaaten 192
- der Reichsstädte 243
- der Stadt Genf 96
- anspruch 121, 295
- begriff 128
- begriff von Althusius 186
- begriff, Bodinscher 119, 124, 127, 296
- lehre 116, 126
- Sovereign → Landesherr
- Sovereignty → Souveränität
- Sovereignty of the City → Herrschaft, autonome städtische
- Staat
- gemischter 187
- protestantischer → protestant free-state 231
- Staaten-Regiment 181, 191
- Staatenbund → federation 152, 153, 175
- der sieben Provinzen 154
- Staaten von Holland 169, 176, 180, 189, 217, 224
- von Overijssel 177
- Staatsbildung, frühmoderne 124
- Staatsbürger, Definition 4
- Staatsform, gemischte in Schweden 275
- republikanische 293, 295
- Staatsgebilde, absolutistisches → Absolutismus
- Staatskunst (Staatslenkung als Kunst) 34, 35
- Staatsrat → Privy Council → council of state 175, 215, 218, 227
- Stadt
- Autorität, politische 79, 86, 92, 93
- Freie Reichsstadt → Free Imperial City 84, 87, 93, 95, 97, 103, 106, 111, 114, 116, 117, 119, 122, 126, 127, 128, 137, 139, 141, 178, 187, 240, 243, 250, 295
- Freie Stadt 87, 93, 125, 138, 156
- Grafschafts-, in England → county town 214
- Körperschaften, städtische 80
- Landstad 103, 111, 116, 117, 119, 122, 125, 127, 131, 132, 136, 137, 138, 295
- Territorialstadt 139
- Wirtschaftliche Entwicklung 214
- Stadtautonomie, alteuropäische 115, 287
- Stadtfreiheit 122, 123, 126
- Stadtherren, feudale → seigneurs de la ville 29, 31
- Stadtherrschaft 123
- Stadtkirchen 115, 126, 215
- Stadtkonstitution 110, 114
- Stadtpatron 39
- Stadtreformation 115, 124, 137, 140
- Stadtrepublikanismus 119
- Stadtregerung → city government 166, 206
- Stadtrepräsentantenrat in Gent → council of representatives of the towns 145
- Stadtrepublik 123, 158, 185, 241, 242, 245–248, 255, 260–263, 266, 291, 298, 299, 301
- calvinistische 136
- italienische → city republic of Italy
- → Commune italienne 29, 30, 31, 164, 288, 297
- von Siena 255

- Stadtstaat 22, 27, 28, 37, 39, 241, 242, 244, 256, 291
- Stadtstaatsystem → city-state system 145, 154
- Stadtstaatentheorie 287
- Stadttyrann (s. a. Tyrann) 121
- Stadtverteidigung → Militärkraft 107, 286
- Städtebund
  - - schwäbischer 71
  - - spanischer (= Hermandad) 296
  - - zwischen Bern und Genf (combourgeoisie) 78, 80, 85, 88, 90, 91, 92
- Ständerepublik 135
- Ständestaat
  - frühmoderner 132
  - schwedischer 278
- Ständesystem in Schweden 278
- Ständeversammlungen 294, 302
- Steuern 36, 106, 107, 215, 258, 286
  - Befreiung 108
  - Besteuerung 124, 126
  - bewilligung 105, 106
  - Biersteuern in Antwerpen 162
  - catasto (Steuerverzeichnis) 33
  - erhebung 282
  - exemption des Adels 135
  - Kriegs-, in England → military taxation 229
  - Regelung 134
  - städtische 216
  - Verteilung 146, 215, 234
- Struggle for Independence → Unabhängigkeitskampf der Niederlande
- Tagwan (Fron- oder Dienstag) 65
- Territorialgewalt 106
- Territorialstaat
  - fürstlicher 116, 121, 124, 127, 130, 133, 137
  - modell, fürstliches 134
- Territorialverfassung 122, 124, 127, 128, 132, 138
- Thingsgemeinden, in Schweden 282
- Town council → Rat
- Town hall → Rathaus
- Treaty → Vertrag
- Tugend → virtù → virtue 199, 200, 202, 204, 209, 212, 247, 252, 253, 254, 259, 260, 265, 288
  - bilder, (exempla virtutis) 260, 269
  - bürgerliche 270, 287, 290, 297
  - darstellung 251
  - definition, aristotelische 199
- Tugenden
  - republikanische 259, 269, 287, 288, 299
  - des Guten Regiments 257
  - Tugendhafter Adel 279
  - Tugendhaftes Verhalten 267
  - Tugendkatalog 2 55, 278
  - Tugendrepräsentation der Reichsstädte 244
  - Tyrann 107, 171, 177
  - Tyrannenkatalog 115
  - Tyrannie 20, 21, 105, 174, 177, 178, 179, 183, 191, 223, 286, 294
  - Tyrannis 257, 259, 288
  - Tyrannische Königsherrschaft 267, 295
  - Unabhängigkeitserklärung d. Niederlande 1581 → Act of Abrogation 146
  - Unabhängigkeitskampf der Niederlande
    - struggle for independence → Aufstand 151, 157
  - Union von Utrecht 1579 136, 169, 175, 176, 177, 300
  - Universitäten 194, 195, 204
    - Franeker 181
    - Groningen 182
    - Leiden 180, 181, 189
    - Oxford 217, 218, 236
    - Worcester 230, 231
  - Universitätsbildung 213
  - Universitätskanzler 217, 232
  - Unterhaus in England → House of Commons 225, 226, 227
  - Untertanen, Pflichten 182
  - Urban elite → Elite, städtische
    - franchises → Freiheiten, städtische
  - Vassalität, feudale 37
  - Vaterland → patria → patrie 35, 38, 49, 171, 172, 192, 209, 278, 282, 287
    - advocatus patriae 179
    - pater patriae 32
  - Vereinigte Provinzen der Niederlande 130, 135, 169, 177, 178, 179, 180–187, 189–194, 290, 295, 296
  - Verfassung → constitution 173, 267, 290
    - aristokratische 120
    - florentiner 15, 16, 32
    - gemischte → mixed constitution 3, 11, 16, 17, 18, 118, 205, 266, 295, 301
    - oligarchische 14
    - republikanische von Venedig 16, 45, 50, 52, 263
    - Landesordnungen für die Gemeinden 72
    - Münsteraner 114
    - Rats- 111
    - des Reiches 296
    - reichsstädtische 118, 140
    - spartanische 11
    - eines Stadtstaats 299

- städtisch-bürgerliche 102, 103, 111, 116, 118, 124, 130, 131
- theoretische der Niederlande 186, 192
- von Venedig 264
- Zunft- 248
- Verfassungen
  - denken 107
  - diskussion, reichsstädtische 117, 118
  - entwicklung 130
  - kampf der Stadt Lübeck 119
  - legalität, städtische 133
  - streit, Hamburger 118
  - struktur 249
  - theorie, reichsstädtische 119
  - urkunde, französische 269
- Verobrigkeitlichung 103, 105
- Verpfändung 123
- Vertrags
  - idee 127
  - lehre 129, 133, 134, 187
  - theorie 133, 193
- Vertrag von Cateau-Cambrésis 1559 → Treaty of Cateau-Cambrésis 77, 78, 79, 81, 91, 98
- Vidomnat → Gerichtsherrschaft in Genf
- Villikation 59, 65, 74
- Virtù → Tugend
- Virtue → Tugend
- Vogt 73
- Volk(s)
  - gericht 4, 5, 6
  - partei (pol. Gruppierung in versch. Stadtstaaten) 32, 33
  - souveränität 186, 187, 267
  - tribun 11, 12
  - tribunat 8, 9
  - versammlung 4, 5, 6
  - zählung 282
- Wahl → election 11, 12, 13, 41, 73, 225, 242
  - Ämterwahl in Venedig 52
  - Bürgermeister- → mayoral election 218, 223
  - in der florent. Stadtrepublik 29, 30, 37
  - des Parlaments unter Cromwell 226
  - Ratswahl → election to office 113, 214, 220
    - der Räte in Genf 80
    - der Räte in Gent 145
    - zum Maggior consiglio von Venedig 50
    - der Zonta in Venedig 49
  - Wahlkapitulation 61, 66, 67
  - Wahlliste (Kandidatenüberprüfung in Florenz) 13, 14, 29
  - Wahlmänner 113
  - Wahlrecht
    - athenisches nach Aristoteles 6
    - römisches (Klassenwahlrecht) 8
    - venezianisches 43
  - Wahlverfahren, Münsteraner 114
  - Wahl zum Kavaliersparlament in England 235
- Wappen
  - Rathaus- 249
  - Stadt- 250
- Weltanschauung zur Bildung einer politischen Elite 27, 28, 38
- Widerstand 183
  - Widerstandslehre, calvinistische 186, 193
  - Widerstandsrecht 129, 171, 179, 180
- Wohlfahrt einer Nation 203
- Wohlfahrtsausschuß von 1794 269
- Zehngerichtebund 67
- Zenden 60, 61, 62, 63, 66, 68
  - recht 66
  - rat 63
- Zensus 11
  - qualifikation 6
  - Hoplitenzensus 10
  - regelung 7
- Zentralisation, monarchische → centralization 152
- Zentralverwaltung in Schweden 281, 282
- Zivilehe 233
- Zonta (Kommission des Rates der Zehn in Venedig) 48, 49
- Zunft 58
  - Lübecker Zünfte 119, 120
  - Züricher Zünfte 248
  - Zunftbürgertum 120
  - Zunftthaus 248, 249